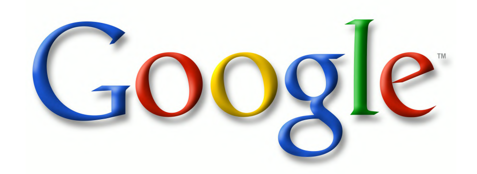
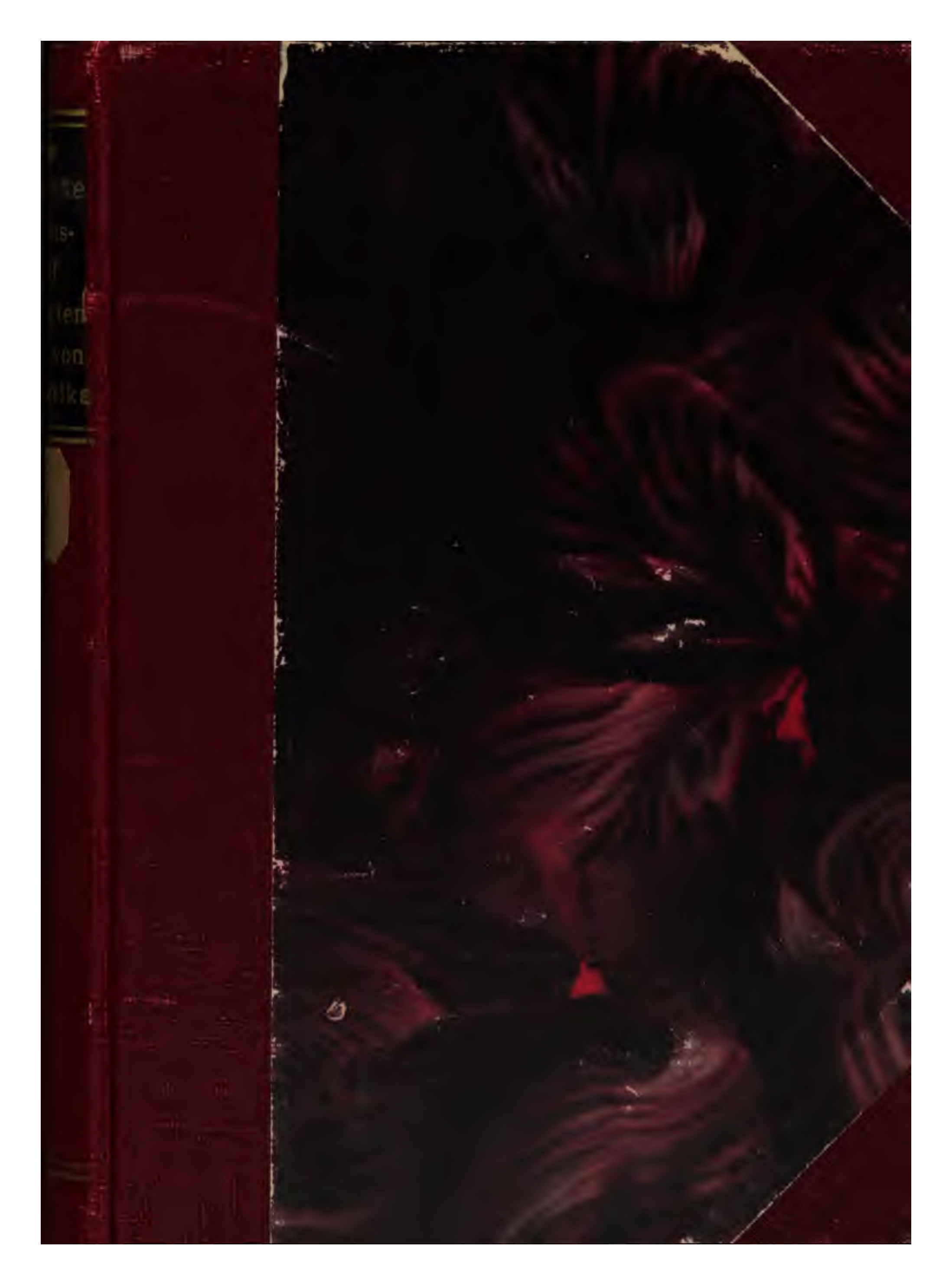
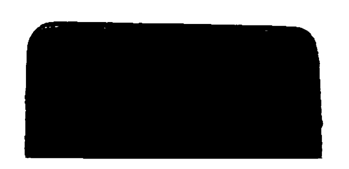






Der
Zweite Freiheitskampf
der
Vereinigten Staaten von Amerika.

Von

Fritz Anneke.

Erster Band.

Mit drei Uebersichtskärtchen.



Frankfurt am Main.
J. D. Sauerländer's Verlag.
1861.

no more published

Druck von J. D. Sauerländer in Frankfurt am Main.

Inhalt.

Seite

Erstes Kapitel 1

Die Bundesverfassung und die Sklaverei. Abschaffung der Sklaverei in den nördlichen, Befestigung derselben in den südlichen Staaten. Allmälige Entwicklung der Gegensätze. Streben der Sklavenhalter nach Macht und nach Ausdehnung ihrer Herrschaft. Entstehung der Opposition in den nördlichen Staaten. Die Erwerbung von Florida. Aufnahme von Missouri in die Union; das Missouri-Kompromiß. Umgestaltung der politischen Parteien: Demokraten und Whigs. Anschluß von Texas. Der Krieg mit Mexico. Bildung der „Freesoil“-Partei. Das Kompromiß von 1850: Aufnahme von Kalifornien; Erlaß des Sklavenjagdgesetzes. Die Präsidentenwahl von 1852.

Zweites Kapitel 21

Zahl der Staaten und ihre Vertretung im Kongreß im Jahre 1852. Die Kansas-Nebraska-Bill. Nördliche Bediente der Sklavenhalter. Auflösung und Neubildung der Parteien: Demokraten, Nichtswisser und Republikaner. Die Demokraten auf dem Gipfel ihrer Macht. Präsident Pierce. Handhabung des Sklavenjagdgesetzes. Die Personal-Liberty-Bills.

Drittes Kapitel 33

Der Kampf zwischen Süden und Norden um Kansas. Die Bundesregierung als gehorsames Werkzeug des Südens. Das Treiben der „Grenzbanditen.“ Mißhandlung und Unterdrückung der Freistaatspartei. Endlicher Sieg des Nordens.

Viertes Kapitel 74

Die Neugestaltung der Parteien. Aus den „Nichtswissern“ werden „Nord-“ und „Süd-“Amerikaner. Die National-

Seite

konventionen von 1856 und die Präsidentenwahl. Letzter Sieg der Demokraten. Administration des Präsidenten Buchanan. Die „Dred-Scott-Entscheidung“ des Oberbundesgerichts. Steigende Empörung des Nordens. Der Kampf im Kongreß. John Brown. Die Nationalkonventionen und die Präsidentenwahl von 1860. Spaltung der demokratischen Partei. Die Nichtswisserpartei aufgelöst. Vier Kandidaten im Felde. Abraham Lincoln erwählt.

Fünftes Kapitel 94

Drohungen der Sklavenhalter. Anfang der Secessionsbewegung. Die Baumwollstaaten voran: Süd-Carolina, Georgien, Mississippi, Louisiana, Alabama, Florida, Texas. Die übrigen Sklavenstaaten. Eröffnung der Sitzung des Kongresses am 3. December 1860. Botschaft des Präsidenten. Unionsausschüsse in beiden Häusern. Fruchtlose Debatten.

Sechstes Kapitel 115

Fortschritte der Rebellion. Süd-Carolina sagt sich los. General Scott, Präsident Buchanan und sein Ministerium. Fort Sumter; Major Anderson. Konspiration der Minister mit den Rebellen. Wechsel im Ministerium. Feuern der Rebellen auf den „Star of the West“; Folgen davon. Die Bevollmächtigten von Süd-Carolina und der Präsident. Die Secessionsbewegung in den übrigen Sklavenstaaten. Wegnahme der Forts und Arsenale. Die Bundesregierung thut nichts; nur General Scott und der neue Kriegsminister handeln.

Siebentes Kapitel 136

Der Kongreß von Montgomery; die „Konföderirten Staaten von Amerika;“ Präsident Davis. Die Friedenskonferenz in Washington. Stimmung des Nordens; Bereitwilligkeit, die Sklavenstaaten in Frieden ziehen zu lassen; Umschwung durch die Ueberstürzung der Rebellen. Der Kongreß der Vereinigten Staaten; seine Beschlüsse, sein Ende. Weitere Fortschritte der Bewegung in den Sklavenstaaten. Verrätherei des General Twiggs. Die Bundesregierung.

Achtes Kapitel 158

Präsident Lincoln; seine Reise nach Washington, seine Aeußerungen. Einsetzung der neuen Regierung am 4. Mai. Inauguraladresse des Präsidenten. Sein Kabinet. Harmonisirung

Seite

der republikanischen Partei. Scheinbare Unthätigkeit der Administration und deren Ursachen. Fortschreiten der Rebellion. „Permanente" Verfassung der Konföderirten Staaten. Die Bewegung in Texas, Missouri und Virginien. Seward und die Gesandten der Konföderirten Staaten. Lincolns Antwort an die Deputation von Virginien. Die Regierung schreitet zum Handeln. Expedition zum Entsatz des Forts Sumter. Bombardement und Uebergabe des Forts.

Neuntes Kapitel 193

Die Proklamation des Präsidenten Lincoln; 94 Milizregimenter in Dienst beordert; der Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung berufen. Die großartige Erhebung des Nordens. Alle Parteien einig; das Volk zu jedem Opfer bereit, um die Rebellion zu unterdrücken. Die Vorgänge in der Stadt und im Staate New-York, in Philadelphia und Pennsylvanien, in Massachusetts und den übrigen Neu-England-Staaten, in Ohio, New-Jersey und Illinois. Ein englisches Urtheil über die Erhebung.

Zehntes Kapitel 213

Eindruck der Proklamation auf die rebellischen Staaten. Der Kongreß der südlichen Konföderation zu einer außerordentlichen Sitzung berufen; Truppenaufgebot und Proklamation des Präsidenten Davis über Ausstellung von Kaperbriefen. Verhalten der übrigen Sklavenstaaten. Delaware der Union treu; Maryland zweifelhaft; Aufruhr in Baltimore; der direkte Weg vom Norden nach Washington abgeschnitten; neue Routen für die Bundestruppen eröffnet; Umschwung in Baltimore; der Weg wieder offen; die Legislatur wagt nicht, den Staat loszureißen. Losreißung Virginiens, Rüstungen und Wegnahme des Bundeseigenthums. Losreißung von Nord-Carolina, Arkansas und Tennessee. Kentucky neutral. In Missouri stehen sich die Parteien schroff gegenüber; die Behörden für die Rebellen, die Mehrheit des Volks loyal.

Elftes Kapitel 231

Die Blokade über die Häfen der rebellischen Staaten verhängt; Klarirung von Schiffen und Versendung von Kriegsmaterial nach dem Süden verboten. Zusammenziehung der Truppen; Ankunft der ersten Regimenter in Washington; Anstalten

Seite

zur Vertheidigung der Stadt. Zerstörung der Gewehrfabrik und des Zeughauses zu Harper's Ferry. Zerstörung des Marinearsenals und der Kriegsschiffe zu Gosport. Präsident Lincoln beruft 75 Freiwilligenregimenter in Dienst und verfügt eine Erhöhung der regulären Armee und des Marinekorps. Der Kongreß der Konföderirten Staaten. Botschaft des Präsidenten Jefferson Davis; Beschlüsse des Kongresses.

Zwölftes Kapitel 243

Die Kampfobjekte und die Kampfmittel der Kriegführenden.

Dreizehntes Kapitel 263

Die Sklaverei. Was zu ihren Gunsten und gegen ihre Aufhebung angeführt wird. Stimmen hervorragender Sklavenhalter über die Frage. Unverfassungsmäßige und verfassungsmäßige Wege zur Aufhebung der Sklaverei.

Vierzehntes Kapitel 280

Erhebung Westvirginiens gegen die Rebellion; Einsetzung einer Oppositions-Staatsregierung. Versuche des loyalen Osttennessee's, sich von der Rebellenherrschaft loszureißen. Rüstungen der Rebellenpartei in Missouri. Energisches Einschreiten des Kapitän Lyon; Aufhebung des Rebellenlagers bei St. Louis; Gefechte zwischen Volkshaufen und Bundestruppen in und bei der Stadt. Absetzung des verdächtigen Generals Harney. Kriegsplan der Bundesregierung.

Fünfzehntes Kapitel 293

Die Hauptarmee der Bundesregierung. Organisirung und Einübung der Truppen. Der Oberbefehlshaber der Armee, General Scott. Mangel an Kavallerie und Feldartillerie. Die Offiziere; die „politischen" Generale und Obersten. Ueberschreitung des Potomac bei Washington und Anlegung eines verschanzten Lagers. Angriff auf Fairfax Court House. Rekognoscirung gegen Vienna. Bildung des Armeekorps unter General McDowell. Bildung eines zweiten Armeekorps unter General Patterson am obern Potomac. Die Rebellendivision unter General Johnston bei Harper's Ferry. Räumung von Harper's Ferry. Patterson geht vor und wieder zurück. Johnston legt ein verschanztes Lager bei Winchester an. Patterson geht wieder vor bis Martinsburg. Gefangennahme einer Pennsylvanischen Kompagnie. Maß-

Seite

regeln zur Niederhaltung der Rebellion in Baltimore und Maryland. Fort Monroe; Bildung einer Division daselbst unter General Butler. Verschanzte Lager; Recognoscirungen; Gefecht bei Big Bethel. Operationen der Flotte im Potomac.

Sechzehntes Kapitel 323

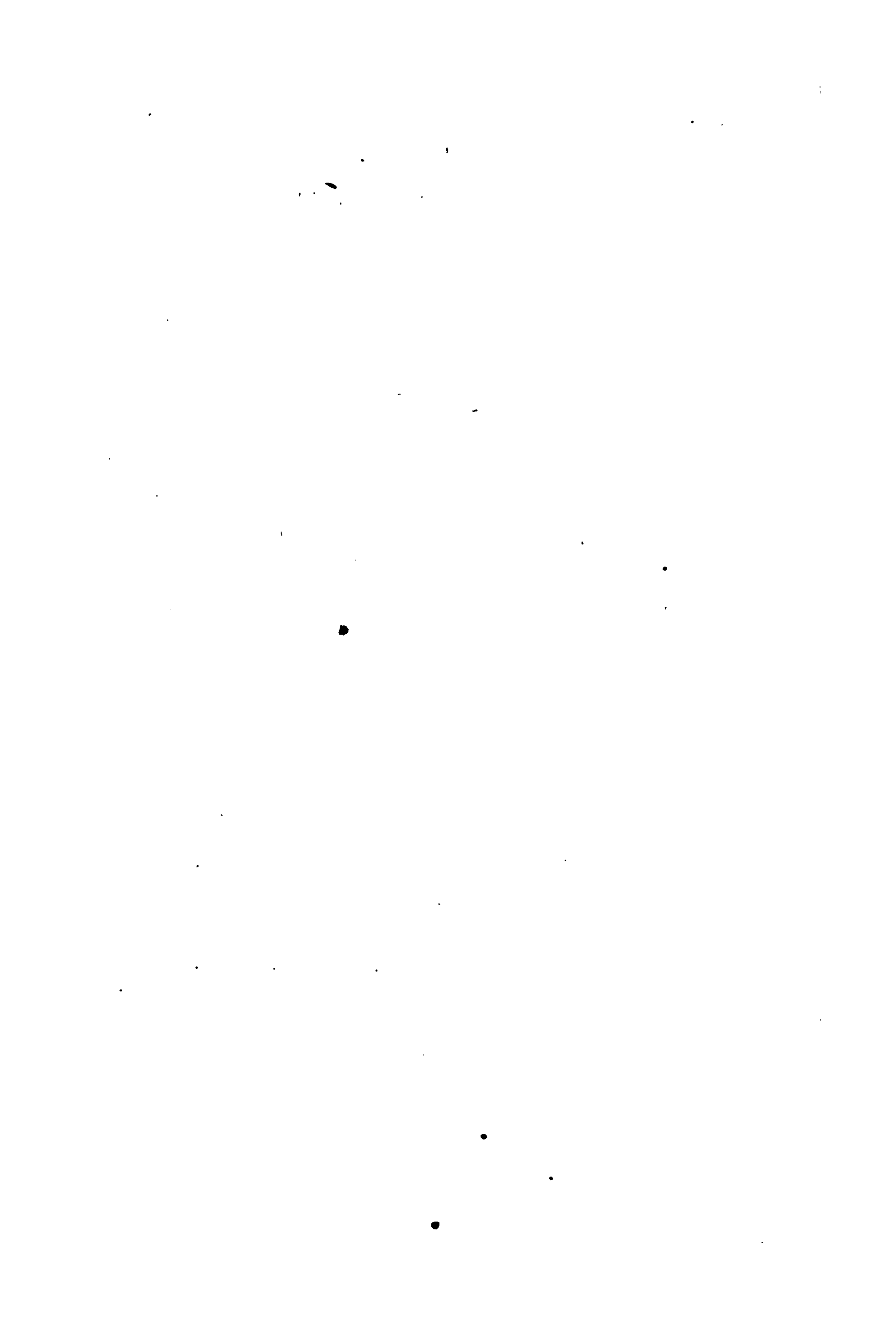
General McClellan und sein Armeecorps. Eröffnung des Feldzuges in Westvirginien. Proklamationen an das Volk und an die Soldaten. Freude der loyalen Bürger. Gefecht bei Philippi. Organisation der Bürgerwehren. Gefecht bei Romney. Gefecht beim Rich Mountain. Ein Rebellenkorps von 10000 Mann geschlagen, abgeschnitten, zum Theil gefangen, zum Theil in die Flucht getrieben. Gefecht bei Carricks' Fort. Energische Verfolgung des Feindes und völlige Auflösung desselben.

Siebenzehntes Kapitel 336

Die Division bei Cairo unter General Prentiß. — General Lyon. Energisches Vorschreiten desselben gegen die Rebellen; Expedition nach Potosi. Tagesbefehl des Milizgenerals Price. Zusammenkunft Lyon's mit Gouverneur Jackson. Kriegerische Proklamation und Flucht des Gouverneurs. Proklamation General Lyon's. Stellung und Stärke der Parteien. Die Aufgabe des Generals. Besetzung aller Eisenbahnlinien und des Missouri. Verfolgung des Gouverneurs; Besetzung von Jefferson City, Gefecht von Booneville. Kleinere Scharmützel und Gefechte in anderen Theilen des Staates. Lyon's weitere Thätigkeit; sein Vorrücken nach dem Süden. Organisation der rebellischen Streitkräfte. Expedition Oberst Sigel's; Gefecht bei Carthage. Glänzender Rückzug Sigel's. Gefecht im Norden des Staates. Die Rebellen bei Monroe und Fulton geschlagen.

Achtzehntes Kapitel 355

Vorrücken des Armeekorps McDowell am 17. Juli. Gefecht am Bull's Run am 18. Juli; Schlacht am Bull's Run am 21. Juli. Flucht der Bundestruppen.



Seinem zweiten Vaterland,

der Nordamerikanischen Union,

dem grossen Hort der Freiheit,

widmet diese Schrift

Der Verfasser.



Vorwort.

Der gewaltige Kampf in den Vereinigten Staaten von Amerika, zu welchem der Kanonendonner im Hafen von Charleston das Signal gab, ist der größte und folgenschwerste Principienkampf des neunzehnten Jahrhunderts. Als sich im Jahre 1775 die dreizehn vereinigten Kolonieen gegen die britische Krone erhoben, galt es, ihre Unabhängigkeit von der Willkürherrschaft dieser Krone zu erringen, aus den vom britischen König und Parlament beherrschten Kolonieen ein freies, selbstständiges, souveränes Staatswesen zu machen. Nach einem achtjährigen Kampfe wurde dieser Zweck erreicht; aber er wurde nur halb erreicht. Die Staatsmänner jener Zeit, die „Väter der Republik", hatten sich dem Glauben hingegeben, die großen Principien, welche sie in der Unabhängigkeitserklärung und in der Verfassung der Vereinigten Staaten niedergelegt, würden mit den Jahren mehr und mehr Fleisch und Blut gewinnen und so das Ideal eines freien Gemeinwesens, wie es ihnen vorgeschwebt hatte, zu einer Wirklichkeit gestalten. Das war ein Irrthum. Sie hatten nicht die Tragweite des großen Uebels, welches die Republik von der Monarchie übernommen, vorausgesehen, nicht vorausgesehen, daß die Sklaverei der afrika-

nischen Race immer tiefer Wurzel schlagen und wie ein Krebs an dem Herzen des gewaltigen republikanischen Baues nagen, nicht vorausgesehen, daß dieser Krebsschaden das ganze Staatsleben vergiften und seine naturgemäße Entwicklung hemmen, nicht vorausgesehen, daß er die Verwirklichung ihres Ideals zur Unmöglichkeit machen würde.

Als jene Männer vom Schauplatz der Thätigkeit abgetreten waren, entwickelte sich in einem Theil der Staaten unter einer Klasse von Bürgern, die ihren Ursprung von dem europäischen Adel ableiteten, eine auf die Sklaverei basirte Aristokratie, welche unter der Form der Republik, unter der Form der Freiheit und Volkssouveränität die Herrschaft an sich zu reißen strebte. Seit länger als vierzig Jahren hat diese Aristokratie in den engeren Gemeinwesen, wo sie zu Haus ist, ein despotisches Regiment geführt, die intellektuelle, moralische, industrielle und commercielle Entwicklung des Landes gehemmt, Freiheit und Humanität mit Füßen getreten; seit länger als vierzig Jahren hat sie in dem Sklaven den Menschen und Arbeiter entwürdigt, die freie Arbeit, welche in dem freien Gemeinwesen die höchste Ehre des Bürgers ist, zu ächten und ihr das Brandmal der Schande aufzudrücken gestrebt; seit länger als vierzig Jahren hat sie sich der Bundesregierung bemächtigt, hat alle Verhältnisse des gemeinsamen Staatslebens korrumpirt, hat den Aufschwung des freien Nordens durch ihren verderblichen Einfluß zurückgehalten und unablässig darnach getrachtet, ihre Herrschaft intensiv und extensiv immer weiter auszubreiten und ihrem eben so verabscheuenswerthen, wie zerstörenden System ewigen Bestand zu sichern.

Diese Aristokratie ist es, welche jetzt, nachdem die Bundesregierung auf verfassungsmäßigem Wege, durch die freie Wahl des Volkes ihren Händen entwunden worden ist, zu den Waffen gegriffen hat, um entweder ihre verlorene Herrschaft wieder zu

erobern, oder in einem neugegründeten Gemeinwesen von engerem Umfang ihr despotisches Regiment ungehindert und unbeschränkt fortführen zu können. Ihr gegenüber steht die Bundesregierung, gestützt auf die Bürger des freien Nordens, in denen die großen Principien der Gründer der Republik Fleisch und Blut geworden sind. Die Sklavenhalter-Aristokratie hat ihnen das Schwert in die Hand gedrückt, und sie wenden jetzt die „ultima ratio“ an, um die Republik unversehrt zu erhalten, um den schweren Alp, der so lange auf ihr gelastet hat, abzuwälzen, um das Ideal ihrer Vorfahren endlich ganz zu verwirklichen. Jene prätendiren für Freiheit und Gleichheit zu kämpfen, während der scheußlichste Despotismus ihr Ziel ist; diese kämpfen wirklich dafür.

Diesen gewaltigen Kampf, an welchem auch das civilisirte Europa, ganz abgesehen von den Handels- und sonstigen Interessen, die dabei in's Spiel kommen, den lebhaftesten Antheil nehmen muß, wahrheitsgetreu zu schildern, ist der Zweck dieser Schrift, welche um so gerechtfertigter erscheint, als die Mittheilungen über Zustände und Ereignisse in den Vereinigten Staaten, die ihren Weg in die deutsche Presse diesseits des atlantischen Oceans finden, sehr dürftig, sehr lückenhaft und nicht selten sehr unrichtig sind, und als es leider unter den amerikanischen Bürgern deutscher Abstammung selbst heute noch manche gibt, die aus Unwissenheit, Verblendung oder schmutzigem Privatinteresse der Gerechtigkeit, Freiheit und Humanität in's Gesicht schlagen, indem sie sich zur Unterstützung und zur Vertheidigung der Sklavenhalteraristokratie in Wort und Schrift hergeben.

Durch zwingende Verhältnisse genöthigt, dem Kampfe in den Vereinigten Staaten thatlos zuzuschauen, glaubt der Verfasser dieser Arbeit seinem zweiten Vaterlande, das ihm wie Tausenden von Schicksalsgenossen aus den Jahren 1848 und 1849 eine gastliche Aufnahme gewährte, wenigstens einen kleinen Dienst dadurch leisten

zu können, daß er die Interessen desselben durch die Presse wahrzunehmen und dem deutschen Volk ein richtiges Bild jenes Kampfes darzubieten sich bemüht.

Zürich im Juni 1861.

Fritz Anneke.

Erstes Kapitel.

Die Bundesverfassung und die Sklaverei. Abschaffung der Sklaverei in den nördlichen, Befestigung derselben in den südlichen Staaten. Allmälige Entwicklung der Gegensätze. Streben der Sklavenhalter nach Macht und nach Ausdehnung ihrer Herrschaft. Entstehung der Opposition in den nördlichen Staaten. Die Erwerbung von Florida. Aufnahme von Missouri in die Union; das Missouri-Kompromiß. Umgestaltung der politischen Parteien: Demokraten und Whigs. Anschluß von Texas. Der Krieg mit Mexico. Bildung der „Freesoil"-Partei. Das Kompromiß von 1850: Aufnahme von Kalifornien; Erlaß des Sklavenjagdgesetzes. Die Präsidentenwahl von 1852.

Um die ersten Anfänge des gewaltigen Kampfes, welcher jetzt zwischen dem Norden und Süden der Vereinigten Staaten entbrannt ist, aufzusuchen, müssen wir weit zurückgehen in die Geschichte jenes Staatenbundes. Als sich im Jahre 1776 die dreizehn vereinigten Kolonieen, aus denen im Laufe der Zeit 34 Staaten und 9 Territorien hervorgewachsen sind, von der britischen Krone unabhängig erklärten, bestand in allen jenen Kolonieen die Sklaverei rechtlich und thatsächlich; aber Niemanden fiel es damals ein, diese verabscheuenswerthe Institution für etwas Segensreiches zu erklären. Diese Erfindung war einer weit späteren Zeit vorbehalten. Man betrachtete damals die Sklaverei als ein durch Erbschaft überkommenes Uebel, welches zwar nicht augenblicklich ausgerottet werden könnte, auf dessen allmälige Ausrottung man aber ernstlich Bedacht nehmen müsse. In Uebereinstimmung mit diesen Anschauungen hatte auch zu jener Zeit die Sklaverei eine milde Form, wie man sie heut zu Tage nur noch ausnahmsweise kennt. Das Verhältniß des Herrn zu seinen Sklaven war ein wirklich patriarchalisches. Die Sklaven waren Mitglieder der Familie und wurden als Menschen angesehen und behandelt, nicht als Lastvieh, wie es gegenwärtig geschieht. Freie Neger und Mulatten, deren viele im Revo-

lutionskriege mitfochten, waren in jener Zeit noch keine Parias, galten noch nicht als Angehörige einer untergeordneten, „der Entwicklung nicht fähigen“ und „von der Natur zur Sklaverei bestimmten“ Race, sondern wurden den Weißen gleich geachtet und genossen alle bürgerlichen Rechte.

Von diesem Geiste, von diesen Gesinnungen ist auch die im Jahre 1787 entworfene und angenommene und 1788 ratificirte Bundesverfassung der Vereinigten Staaten beseelt. Sie kennt keinen Racen- und Standesunterschied; vor ihr sind alle Menschen frei und gleich. Freilich ließ sich das thatsächliche Bestehen der Sklaverei um jene Zeit nicht wegläugnen; aber die Verfasser der Konstitution hüteten sich wohl, das große Freiheitswerk durch förmliche Anerkennung der schimpflichen Institution zu besudeln. Sie erwähnten die Sklaverei auch nicht in einem einzigen Paragraphen, auch nicht mit einem einzigen Worte, und hielten so ihren Nachkommen die Möglichkeit offen, jenes große Werk, ohne irgend eine Abänderung des Fundamentalstatuts der Freiheit, dadurch zu krönen, daß sie die Sklaverei abschafften und die Schwarzen und Farbigen in ihre vollen Menschen- und Bürgerrechte einsetzten.

Von demselben Geiste war auch die berühmte Ordonnanz von 1787 eingegeben, welche Sklaverei und unfreiwillige Dienstbarkeit in dem einzigen damaligen Territorium der Vereinigten Staaten, für immer verbot, — der sicherste Beweis dafür, daß die Gründer der Republik von einer weitern Ausbreitung der Sklaverei nichts wissen, sondern dieselbe auf die Grenzen, innerhalb deren sie einmal bestand, beschränken wollten. Sie glaubten, damit wenigstens einen Anfang zur dereinstigen Abschaffung des fluchwürdigen Uebels gemacht zu haben.

In den sieben nördlichen Staaten des Bundes wurde die Sklaverei nach und nach aufgehoben; zunächst in den vier Neu-England-Staaten: New-Hampshire, Massachusetts, Connecticut und Rhode-Island, welche 1791 durch das aus einem Theil von New-York gebildete Vermont auf fünf und 1820 durch das aus dem nördlichen Theil von Massachusetts hervorgegangenen Maine auf sechs vermehrt wurden; dann auch in New-York, in Pennsylvanien und New-Jersey. In den ursprünglichen sechs südlichen Staaten, Delaware, Maryland, Virginien, Nord- und Süd-Carolina und Georgien, wurde die Sklaverei beibehalten und besteht noch heute.

Außer den bereits erwähnten beiden Neu-England-Staaten Vermont und Maine wurden bis zum Jahre 1820 noch folgende neue Staaten als gleichberechtigte Mitglieder in den Bund aufgenommen: Kentucky, aus einem Theil Virginiens gebildet, aufgenommen 1792; Tenessee, aus einem Theil Nord-Carolinas gebildet, aufgenommen 1796; Ohio, aus einem Theil des nordwestlichen Territoriums, aufgenommen 1802; Louisiana, aus einem Theil des Gebietes, welches die Vereinigten Staaten 1803 von Frankreich kauften, aufgenommen 1812; Indiana, aus dem nordwestlichen Territorium, aufgenommen 1816; Mississippi, aus einem Theil des Staates Süd-Carolina, aufgenommen 1817; Illinois, aus dem nordwestlichen Territorium, aufgenommen 1818; Alabama, aus Theilen der Staaten Süd-Carolina und Georgien, aufgenommen 1819. Im Jahre 1820 zählte also die Union 23 Staaten, darunter 12 freie: Maine, New-Hampshire, Massachusetts, Vermont, Connecticut, Rhode-Island, New-York, New-Jersey, Pennsylvanien, Ohio, Indiana und Illinois, und 11 Sklavenstaaten: Virginien, Delaware, Maryland, Nord- und Süd-Carolina, Georgien, Kentucky, Tenessee, Mississippi, Alabama und Louisiana.

Die Ansichten über die Sklaverei in den südlichen Staaten begannen seit dem Anfange dieses Jahrhunderts allmälig sich umzugestalten. Durch die immer rascher sich entwickelnde Kultur der Baumwolle, wozu nebenbei auch die Kultur des Zuckerrohrs und des Reis kam, wurde der Besitz von Sklaven immer profitabler. In denjenigen Sklavenstaaten, deren klimatische und Bodenverhältnisse sich nicht zum Anbau der Baumwollstaude, des Zuckerrohrs und der Reispflanze eigneten, verfiel man auf das einträgliche Geschäft, Sklaven für die Plantagen-Staaten zu ziehen, Gestüte oder eine förmliche Sklavenzucht, wie in anderen Ländern Pferde-, Rindvieh- und Schafzucht, für den südlichen Markt anzulegen. Wie die Kultur durch Racenpaarung die nützlichen Maulesel und Maulthiere hervorgebracht hat, so waren die Sklavenzüchter auch darauf bedacht, durch Kreuzung mit der schwarzen Race die nützlichen Mulatten zu erzeugen. Dies ging um so leichter, als sie das Geschäft selbst besorgen konnten und weder Mühe noch Kosten davon hatten. Die Einträglichkeit der Slavenzucht datirt wesentlich von dem Jahre 1808, in welchem die Einführung von Sklaven aus fremden Ländern durch den Kongreß der Vereinigten Staaten

verboten wurde, wenn auch trotz dieses Verbotes die Einführung noch bis auf den heutigen Tag fortgedauert hat.

Mit den veränderten Ansichten über die Einträglichkeit der Institution der Sklaverei trat auch allmälig ein völliger Umschwung in den Ansichten über die politische und moralische Seite derselben ein. Was früher als ein ererbter Fluch angesehen worden war, galt jetzt für einen Segen; wo man früher nur daran gedacht hatte, die fluchbeladene Institution einzuschränken und allmälig abzuschaffen, strebte man jetzt danach, die segensreiche Einrichtung auszubreiten, zu befestigen und zu verewigen.

In dem Maße, wie dieser Umschwung der Ansichten im Süden vor sich ging, entwickelte sich aber auch eine Opposition dagegen im Norden. Es entstand daraus ein Kampf, der, obschon er scheinbar bisweilen längere Zeit geruht, doch in der Wirklichkeit stets an Erbitterung und Energie zugenommen und endlich zu einem Kriege geführt hat, welcher einer der blutigsten in der Weltgeschichte zu werden verspricht und nicht eher aufhören wird, als bis die Frage endgültig entschieden ist, ob die Sklaverei über das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten ausgedehnt und verewigt, oder ob sie durch allmälige Abschaffung auf dem ganzen Gebiete der Union ausgerottet und die große transatlantische Republik zu einem wirklichen Freistaate, ob der an ihrer Wiege schon proklamirte Grundsatz der Freiheit und Gleichheit zur Wahrheit werden soll.

Zwei Ursachen sind es hauptsächlich, welche einer schnelleren Entwicklung des großen Kampfes um Verewigung oder Ausrottung der Sklaverei hemmend in den Weg traten und mehrmals für längere Zeit einen völligen Stillstand desselben hervorbrachten: auswärtige Verwicklungen und Kriege der Union einerseits und die Jagd nach der Herrschaft in der Bundesregierung, sowie nach den damit zusammenhängenden und daraus hervorgehenden persönlichen Vortheilen andererseits. Auswärtige Verwicklungen und Kriege brachten jederzeit die innern Streitfragen, und damit auch die Frage der Sklaverei, gänzlich zum Schweigen; die Jagd nach der Herrschaft aber und nach den persönlichen Vortheilen, die von derselben abhängen, nach Aemtern und Geldgewinn, nahm der Opposition gegen die Sklavenhaltermacht ihre Spitze während eines langen Zeitraums, wo es dieser gelungen war, sich in den fast unbeschränkten Besitz der Bundesherrschaft zu setzen.

In den Hallen des Kongresses, dem großen Kampfplatz für die nationalen Angelegenheiten, tauchte zum ersten Mal, seitdem die Bundesverfassung angenommen und die Frage der Vertretung der Freien und Sklaven geregelt worden war, im Jahre 1803 die Frage der Sklaverei wieder auf. Die Legislatur des Territoriums Indiana hatte darum nachgesucht, daß der Artikel der Ordonnanz von 1787, welcher die Sklaverei in dem Nordwest-Territorium verbietet, aufgehoben werde, weil der Mangel an Arbeitskräften die Einführung von Sklaven für das Gedeihen des Territoriums erfordere. Der Ausschuß, welchem dieses Gesuch zur Prüfung überwiesen worden war, sprach sich gegen die Bewilligung desselben aus. John Randolph von Virginien, der Berichterstatter des Ausschusses, sagte: „Die rasch angewachsene Bevölkerung des Staates Ohio gibt einen deutlichen Beweis dafür, daß Sklavenarbeit nicht nöthig ist, um die Anlegung und das Gedeihen von Kolonieen in jener Gegend zu fördern. Diese Art der Arbeit, unbedingt die theuerste von allen, kann nur bei dem Anbau von Produkten verwendet werden, welche werthvoller sind, als die in jenem Theile der Vereinigten Staaten bekannten. Ihr Ausschuß hält es deßhalb für höchst gefährlich und zweckwidrig, eine Bestimmung umzustoßen, welche weislich darauf berechnet ist, das Glück und Gedeihen des nordwestlichen Territoriums zu befördern und seinen ausgedehnten Grenzen Sicherheit und Schutz zu verleihen." Dieser Bericht wurde schon zu Anfang des Jahres 1803 erstattet; aber erst Ende 1807 wurde die Angelegenheit endgültig erledigt, indem der Kongreß nicht allein das ursprüngliche Gesuch, sondern auch wiederholte spätere, welche um Bewilligung der Einfuhr von Sklaven für den Zeitraum von zehn Jahren baten, am 13. November 1807 verwarf.

Die Verwicklungen mit England, welche schon im Jahre 1807 begannen, und der daraus erfolgende Krieg, welcher von 1812 bis 1814 dauerte, ließen die Frage der Sklaverei einstweilen nicht wieder aufkommen. Die Aufmerksamkeit der ferner blickenden Staatsmänner des Nordens wurde zuerst wieder darauf hingelenkt durch die Erwerbung von Florida und die damit zusammenhängenden Ereignisse. Schon seit langer Zeit hatten die Sklavenhalter von Georgien und Süd-Carolina auf diese spanische Kolonie ihr Auge geworfen. Zwei Gründe veranlaßten sie zu dem Streben,

dieselbe an sich zu bringen: einestheils Ländergier, oder das Verlangen nach dem Besitze eines Gebietes, welches sich vortrefflich zur Anlegung von Plantagen eignete, anderntheils der Umstand, daß eine große Anzahl von Sklaven nach Florida entflohen, wo sie theils durch die Beschaffenheit des Landes, theils durch die spanischen Behörden, theils endlich durch die dort lebenden Creek- und Cherokee-Indianer Schutz vor ihren ehemaligen Herren fanden. Nach verschiedenen fruchtlosen Kämpfen mit den Bewohnern Florida's setzten die Sklavenhalter von Georgien schon im Jahre 1811 im Kongreß einen Beschluß durch, welcher den Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigte, Florida entweder auf friedlichem oder gewaltsamem Wege zu erwerben. Die friedliche Erwerbung mißlang ebenso, wie einige Versuche zur gewaltsamen Eroberung, und der Krieg mit England verhinderte jedes weitere Vorgehen in dieser Richtung. Bald nach Beendigung dieses Krieges, im Jahre 1816, fiel der General Jackson ohne weitere Umstände in das spanische Gebiet ein, eroberte und zerstörte ein am Appalachicola erbautes, von Negern und Mischlingen besetztes Fort, ließ 270 derselben niedermetzeln und schleppte alle Ueberlebenden, deren er habhaft werden konnte, als Sklaven mit sich fort. Die Folge davon war ein blutiger Krieg. Die Neger, Indianer und Seminolen, wie die Abkömmlinge der entflohenen Sklaven und die aus ihrer Vermischung mit den Indianern hervorgegangene Nachkommenschaft genannt wurden, überfielen eine amerikanische Truppe und hieben sie nieder; worauf der General Jackson im Jahre 1818 wieder in Florida eindrang, verwüstete, mordete und Schwarze einfing, und sich zweier spanischen Plätze bemächtigte. Spanien sah sich endlich genöthigt, gegen eine Entschädigung von fünf Millionen Dollar (wovon es jedoch fast Nichts erhielt, weil alle Schadenersatzansprüche, welche die Sklavenhalter von Süd-Carolina und Georgien erhoben, vorweg daraus gedeckt wurden), die Kolonie Florida im Jahre 1821 an die Vereinigten Staaten abzutreten.

Im Kongreß hatten sich zwar einzelne Stimmen gegen diesen ganzen Floridahandel, gegen die rechtswidrigen, brutalen Angriffe und gegen die schließliche Erwerbung des neuen Gebiets erhoben; eine ernstliche Opposition wurde jedoch nicht gemacht. Man machte sich nicht klar, daß die ganze Sache eigentlich ein großer Triumph der Sklavenhaltermacht und daß die Erwerbung von Florida ein

wesentlicher Gewinn für sie war. Noch weniger ahnte man, daß dieses Florida durch den langwierigen Vertilgungskrieg, welcher Decennien hindurch im Interesse der Sklavenhalter gegen die Neger, Indianer und Mischlinge geführt wurde, den Vereinigten Staaten noch Hunderte von Millionen kosten sollte.

Der erste ernstliche Kampf im Kongreß zwischen der Sklavenhaltermacht und ihren Gegnern entspann sich, als es sich um die Aufnahme von Missouri als Staat handelte. Das im Jahre 1803 Frankreich abgekaufte Louisianagebiet wurde 1804 in zwei Territorien organisirt, von denen das südliche, der spätere Staat Louisiana, den Namen Orleans, das nördliche den Namen Louisiana erhielt. Im Jahre 1812 wurde dem letzteren der Name Missouri gegeben. In diesem ganzen Gebiet bestand zur Zeit seiner Abtretung an die Vereinigten Staaten die Negersklaverei. Ihre Existenz wurde von der neueren Regierung stillschweigend anerkannt, und nach und nach siedelte sich eine große Anzahl amerikanischer Sklavenhalter dort an. Im Jahre 1817 suchten die Bewohner des Territoriums beim Kongreß darum nach, daß dasselbe als Staat in die Union aufgenommen werde, ohne irgend eine Beschränkung hinsichtlich der Sklaverei. Im Norden wurde jetzt zum ersten Mal die Besorgniß vor dem immer weiteren Umsichgreifen und der Befestigung der Sklaverei wach. Missouri liegt nördlicher, als irgend ein anderer Sklavenstaat, und so gut wie die Sklavenhaltermacht diesen vorgeschobenen Posten eroberte, konnte sie auch in dem ausgedehnten Louisianagebiet, aus welchem seit jener Zeit noch die Staaten Kansas, Minesota und Oregon und die Territorien Nebraska, Colorado, Dacotah und Washington gebildet worden sind, noch weiter vordringen. Man fing an, im Norden zu begreifen, daß der Geist der Freiheit, welcher die Gründer des republikanischen Staatenbundes belebt hatte, im Süden nicht mehr existirte; und daß die neue Generation, weit entfernt davon, auf die Ausrottung des ererbten Uebels zu denken, sich nicht einmal mehr damit begnügte, dasselbe in den ursprünglichen Grenzen zu erhalten, sondern dahin trachtete, es immer weiter auszubreiten und zu befestigen.

Im Februar 1818 stellte der Ausschuß des Repräsentantenhauses, welchem das Gesuch der Bevölkerung Missouri's zur Prüfung überwiesen worden war, den Antrag, Missouri zur Bil-

dung einer Staatsverfassung zu ermächtigen und dann als Staat in die Union aufzunehmen, zu gleicher Zeit aber aus der südlichen Hälfte desselben, die noch sehr schwach bevölkert war, ein neues Territorium unter dem Namen Arkansas zu organisiren. Hierzu beantragten die Repräsentanten Tallmadge und Taylor von New-York das Amendement, daß die fernere Einfuhr von Sklaven in Missouri sowohl, als in Arkansas verboten werden und die Nachkommenschaft der Sklaven in beiden Gebieten nach Erreichung des fünf und zwanzigsten Lebensjahres frei sein sollte. Die Debatte über diese Anträge, welche sich durch die Sitzungen der Jahre 1818 und 1819 hinzog, wurde mit leidenschaftlicher Heftigkeit und Erbitterung geführt. Zum ersten Mal stießen damals die Sklavenhalter die seitdem so oft wiederholte Drohung aus, sie würden sich von der Union lossagen, wenn ihnen der Norden nicht nachgäbe. Cobb von Georgien erklärte, diese Frage werde einen Brand erzeugen, der nur durch Ströme von Blut gelöscht werden könne. Die entschiedenen Gegner der Sklaverei ließen sich durch diese Drohungen nicht irre machen, sondern bekämpften die Anmaßungen der Sklavenhalter mit Entschlossenheit und Energie. „Ich bin," sagte Tallmadge, „von dem unversöhnlichsten Haß beseelt gegen die grausamste und entwürdigendste Sklaverei, welche die Welt kennt. Jetzt ist der Zeitpunkt, um ihrer Ausbreitung Schranken zu setzen, oder die Gelegenheit dazu wird für immer verloren sein." Als es zur Abstimmung kam, nahm das Repräsentantenhaus den Antrag des Herrn Tallmadge, welcher die Aufhebung der Sklaverei in Missouri bezweckte, mit 87 gegen 76 Stimmen an, der Senat jedoch verwarf ihn mit 27 gegen 7 Stimmen. Eine Einigung zwischen beiden Häusern konnte nicht herbeigeführt werden, und das Gesuch von Missouri um Aufnahme als Staat war also einstweilen abgewiesen. Dagegen wurde die Bill zur Organisirung des Territoriums Arkansas angenommen, nachdem das Repräsentantenhaus den Antrag Taylor's, die Sklaverei von demselben auszuschließen, mit einer Mehrheit von 2 Stimmen verworfen hatte.

Die Missourifrage rief in den nördlichen, wie in den südlichen Staaten eine gewaltige Agitation hervor. Ueberall begriff man, daß die Entscheidung über diese Frage für eine lange Reihe von Jahren auf das Schicksal der Sklaverei und die Einwirkung der-

selben auf die Bundesregierung bestimmend einwirken werde. Von beiden Seiten wurden deßhalb große Anstrengungen gemacht, um auf die Entscheidung einzuwirken. Durch ein neues Gesuch Missouri's um Aufnahme als Staat kam die Sache bei Wiedereröffnung des Kongresses gegen Ende des Jahres 1819 sofort wieder zur Verhandlung. Auf die sehr interessanten Einzelheiten derselben einzugehen, würde zu weit führen; wir müssen uns darauf beschränken, die Resultate zu verzeichnen. Der Senat stimmte für die Aufnahme Missouri's als Sklavenstaat, das Repräsentantenhaus jedoch beharrte mit 102 gegen 68 Stimmen auf dem Antrag, welcher die Fortdauer der Sklaverei verbot. Die Bill kam wieder vor den Senat und ging dann nochmals an das Repräsentantenhaus zurück, welches zwar wieder auf dem Verbot der Sklaverei beharrte, aber diesmal nur mit 97 gegen 76 Stimmen. In kaum einer Woche war die Mehrheit von 34 bereits auf 21 Stimmen zusammengeschmolzen. Jetzt wurde ein Konferenzausschuß beider Häuser ernannt, welcher den Antrag stellte, dem Volk von Missouri die Bildung einer Verfassung und Staatsregierung, ohne eine Beschränkung hinsichtlich der Sklaverei, als Vorbereitung zur Aufnahme in die Union zu gestatten, gleichzeitig aber die Einführung der Sklaverei in denjenigen Theil des Louisianagebiets, welcher nördlich von 36° 30' nördlicher Breite liegt, für immer zu untersagen. Dieser Antrag wurde von beiden Häusern, vom Repräsentantenhause mit 90 gegen 87 Stimmen, am 2. März 1820 angenommen. Es fanden sich unter den Repräsentanten „Teiggesichter", wie sie spottweise von den stolzen Sklavenhalterbaronen genannt wurden, genug, um die Sache der Freiheit zu verrathen. Missouri wurde im Jahre 1821 definitiv als Sklavenstaat in den Bund aufgenommen.

Dies war ein großer Triumph für die Sklavenhalter. Sie hatten rasch nacheinander die Aufnahme der Sklavenstaaten Missouri und Alabama, die Errichtung des Sklavereiterritoriums Arkansas, die Erwerbung von Florida, aus dem sich ebenfalls ein Sklavenstaat bilden ließ, und die Sicherstellung des noch vorhandenen Gebietes, soweit dasselbe südlich von 36° 30' nördlicher Breite lag, für die Sklaverei durchgesetzt, gegen das geringe Zugeständniß, daß die Sklaverei nicht nördlich jener Scheidelinie vordringen solle, wo sie ohnehin niemals festen Fuß gefaßt haben würde. Von dieser Zeit an

datirt denn auch die fast unbeschränkte Herrschaft der Sklavenhalterbarone über die Union und ihre Geschicke, und eine lange Reihe von Jahren hindurch schritten sie von Triumph zu Triumph. Hörte auch der Widerstand gegen ihre freiheitsmörderischen Pläne nicht ganz auf, so war er doch gebrochen und kraftlos. Die „Teiggesichter" beugten sich entweder vor ihren Drohungen oder bettelten um ihre Gunst.

Gegen Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre ging in den Vereinigten Staaten eine Umgestaltung der politischen Parteien vor sich. Die alte föderalistische Partei hatte sich völlig überlebt und war so gut wie vernichtet. So spaltete sich denn die siegreiche republikanische Partei in zwei Fraktionen, von denen die eine den Namen „demokratische" Partei annahm, die andere sich anfangs die national-republikanische, später die Whigpartei nannte. In der ersten Zeit bestanden einige principielle Differenzen zwischen den neuen Parteien. Die Whigs strebten nach hohen Schutzzöllen, nach „innern Verbesserungen", das heißt Straßen-, Kanal- und Eisenbahn-Bauten, Korrektur der schiffbaren Gewässer u. dergl. m., auf Kosten der Regierung, nach großen Geldinstituten mit Papiercirkulation, überhaupt nach Konzentrirung und Verstärkung der Regierungsmaschinerie; während die „Demokraten" in allen diesen Dingen das Gegentheil wollten. Im Laufe der Jahre wurden diese Unterschiede mehr und mehr verwischt, und es blieb am Ende kein anderes Princip mehr übrig, als ein völlig principloses Ringen um die Regierungsgewalt und die mit derselben verknüpften Vortheile. Um in diesem Ringen Aussicht auf Erfolg zu haben, mußten sie um die Gunst der Sklavenhalter buhlen, welche in Allem, was ihre „segensreiche, eigenthümliche Institution" betraf, stets eine geschlossene Phalanx bildeten, mochten ihre Meinungsverschiedenheiten über alle andern Dinge, über Zölle, Banken u. s. w., auch noch so groß sein. Die Sklavenhalter bekannten sich nicht zu ein und derselben politischen Partei; obschon eine große Mehrheit derselben sich zur „Demokratie" hielt, schloß sich eine ziemlich beträchtliche Minderheit der Whigpartei an. In den Sklavenstaaten Kentucky, Tenessee und Nord-Carolina hatten die Whigs gewöhnlich die Oberhand, bisweilen auch in Louisiana. Der Schwerpunkt der „demokratischen" Partei lag schon von dem Tage ihrer Bildung an im Süden, und in den letzten

Jahren ihres Bestehens hatte sie dort ihren einzigen Halt. Die Sklavenhalterbarone hatten deßhalb auch diese Partei ganz in ihrer Gewalt; mit ihr und durch sie beherrschten sie die Union, während die Whigpartei sich mehr und mehr beeiferte, sich vor den allmächtigen Herrschern zu beugen, um Gnade vor ihren Augen zu finden.

Einer der Gründer der demokratischen Partei, der Präsident Jackson, führte zum ersten Mal seit dem Bestehen der Republik den Grundsatz ein, alle Aemter, welche die Bundesregierung zu vergeben hat, vom höchsten bis zum niedrigsten, nur mit zuverlässigen Anhängern der Partei zu besetzen. Dieser Grundsatz wurde mit eiserner Strenge gehandhabt; jeder Beamte, welcher auch nur im Verdacht stand, dem Willen der Parteiführer zu opponiren, oder sich lässig zeigte in dem Streben, die Parteizwecke zu förden, wurde unnachsichtig seines Amtes entsetzt, und nur die thätigsten Parteimitglieder konnten, je nach dem Verhältniß, wie sie bei den Wahlen für das Interesse der Partei „gearbeitet" hatten, auf eine entsprechende Belohnung nach dem Siege rechnen. Es ist leicht zu begreifen, daß ein solches Verfahren, daß die Besetzung von etwa 50,000 Aemtern mit gehorsamen und thätigen Werkzeugen der Partei und die Verwendung der ungeheuren Mittel der Regierung für die Parteiinteressen, für die Sicherstellung des Wahlsieges, wesentlich dazu beitragen mußte, die Herrschaft der Sklavenhalter immer mehr zu befestigen.

Ich übergehe die weniger wichtigen und weniger folgenschweren Ereignisse in der Geschichte der Vereinigten Staaten, welche jene Herrschaft in der Periode von dem Abschluß des sogenannten Missouri-Kompromisses bis zu der Erwerbung von Texas charakterisiren. Die Republik Mexico hatte im Jahre 1824 die allmälige Emancipation der Sklaven und 1829 die gänzliche Abschaffung der Sklaverei angeordnet. Hierin erblickten die nordamerikanischen Sklavenhalter eine große Gefahr für ihre „eigenthümliche Institution," während sie zugleich nach der Erwerbung eines neuen Gebietes, das sich vortrefflich für den Anbau der Baumwolle, also auch für die Einführung der Sklaverei und die Errichtung neuer Sklavenstaaten eignete, lüstern waren. Der Präsident Jackson beauftragte deßhalb den amerikanischen Gesandten in Mexico, über die Abtretung der Provinz Texas Unterhandlungen anzuknüpfen

und der mexikanischen Regierung dafür eine Summe bis zu fünf Millionen Dollar zu bieten. Alle Anträge dieser Art wurden jedoch zurückgewiesen; die mexikanische Regierung wollte sich auf keinerlei Gebietsabtretung einlassen. Die Sache mußte also auf einem andern Wege angegriffen werden. Ein solcher Weg zeigte sich in dem Anerbieten der Regierung von Mexico, Kolonisten aller Nationen auf ihrem Gebiet unentgeltlich große Landstrecken zur Ansiedlung herzugeben. Von diesem Anerbieten machten die Bewohner des Südens der Vereinigten Staaten fleißig Gebrauch, um in Texas festen Fuß zu fassen und die Sklaverei dorthin zu verpflanzen. Einer dieser Ansiedler war der Exgouverneur von Tenessee, Sam Houston, welcher mit der offen ausgesprochenen Absicht nach Texas ging, dort eine Revolution auf die Beine zu bringen. Bereits im Dezember 1835 wurde dann auch unter seiner Leitung von 90 amerikanischen Ansiedlern eine Erklärung erlassen, welche die Unabhängigkeit des Staates Texas von der mexikanischen Regierung aussprach. Die benachbarten amerikanischen Sklavenstaaten lieferten Freiwillige, Waffen, Munition und Geld, um die Unabhängigkeitserklärung aufrecht zu erhalten. Im Frühjahr 1836 begann der Kampf, welcher durch das siegreiche Gefecht bei San Jacinto rasch zu Ende geführt wurde. Schon zu Anfang des Jahres 1837 wurde die Republik Texas von den Vereinigten Staaten anerkannt, und einige Monate später suchte dieselbe um Aufnahme in den Staatenbund nach. Die schwere Geld- und Handelskrisis, welche damals über die Union hereinbrach und noch mehrere Jahre lang ihre verderblichen Folgen geltend machte, so wie ernstliche Verwicklungen mit England ließen es dem Präsidenten Van Buren nicht rathsam erscheinen, es auf einen Krieg mit Mexico, welches die Unabhängigkeit von Texas nicht anerkannt hatte, ankommen zu lassen. Er wies deßhalb das Aufnahmegesuch zurück, und die ganze Angelegenheit ruhte bis zur Zeit der Administration des Präsidenten Tyler. Die Sklavenhalter hatten auch einstweilen keine große Eile damit, da ihre Herrschaft in der Regierung der Vereinigten Staaten noch gesichert war, und die Hauptsache, um die es sich handelte, ein neues großes Gebiet zur Ausbreitung ihrer „Institution“ und ihrer Macht, nicht wieder verloren gehen konnte.

Im Sommer 1844 schloß der Präsident Tyler, oder viel-

mehr dessen Staatssekretär Calhoun mit dem Gesandten von Texas einen Vertrag ab, welcher den Anschluß der Republik an die Union zum Zwecke hatte. Der Senat lehnte die Ratifikation dieses Vertrages ab, hauptsächlich aus dem Grunde, weil ein Vertrag nicht die verfassungsmäßige Form zur Aufnahme eines neuen Staates war. Im Dezember desselben Jahres wurde darauf dem Kongreß ein Gesuch der Gesetzgebung und des Gouverneurs von Texas um Zulassung als Mitglied des Staatenbundes vorgelegt. Der Norden stand so sehr unter dem Joch der Sklavenhalter, daß beide Häuser des Kongresses nicht allein ohne Schwierigkeit die Aufnahme des Sklavenstaates beschlossen, sondern sich auch den Zusatz zu den Aufnahmeakten gefallen ließen, daß aus dem Gebiet des Staates Texas, sobald die Bevölkerungszahl dazu hinreicht, vier neue Staaten gebildet werden dürfen, mit Sklaverei, soweit es südlich der Missouri-Kompromiß-Linie, d. h. 36° 30′ Nordbreite, ohne Sklaverei, soweit es nördlich derselben liege.

Die Bevölkerung von Texas nahm nicht so schnell zu, als die Sklavenhalter gewünscht und gehofft hatten, und überdies siedelte sich eine große Anzahl Deutscher im Staate an, die von der Sklaverei nichts wissen wollten, so daß aus der Bildung der vier neuen Sklavenstaaten einstweilen noch nichts werden konnte. Dagegen führte die Aufnahme von Texas sehr bald zum Kriege mit Mexiko. Präsident Van Buren hatte einen solchen Krieg vermeiden wollen; Präsident Polk, der Nachfolger Tyler's, zog ihn bei den Haaren herbei, indem er Streitigkeiten über die Grenze von Texas mit Mexico anfing. Dieser Krieg wurde wieder lediglich im Interesse der Sklavenhalterbarone geführt. Nachdem die demokratische Partei zwölf Jahre nach einander, von 1829 bis 1841, im unbeschränkten Besitz der Bundesregierung gewesen war, trug im Jahre 1841 die Whigpartei den Sieg davon. Van Buren hatte den Erwartungen der Sklavenhalter nicht entsprochen, und da die demokratische Partei ihn wieder als Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellte, wandten eine Anzahl Sklavenstaaten ihm den Rücken und gaben ihre Stimmen dem Whigkandidaten. So wurde Harrison von Ohio zum Präsidenten gewählt, und als derselbe schon vier Wochen nach seinem Amtsantritt starb, trat der Vicepräsident Tyler von Virginien an seine Stelle. Obschon als Whig gewählt, neigte sich derselbe mehr und

mehr der demokratischen Partei zu. Dadurch half er, den Sieg der Letztern für die nächste Verwaltungsperiode vorzubereiten, und so kam 1845 an die Stelle des sklavenhaltenden Whigs wieder ein sklavenhaltender Demokrat, Polk von Tenessee, auf den Präsidentenstuhl. Um nicht nochmals von der Whigpartei aus dem Sattel gehoben zu werden, mußte die Demokratie ein stärkeres Angebot auf die Gunst der Sklavenhalter machen. Dies bestand in der oben angegebenen Aufnahme von Texas und in dem Krieg von Mexico, der keinen andern Zweck hatte, als eine neue Gebietserwerbung im Interesse der Sklavenhalter und Sklavenzüchter.

Wie leicht vorauszusehen war, wurde Mexico bald besiegt und mußte sich am 2. Februar 1848 den Frieden von Guadalupe Hidalgo durch Abtretung des ausgedehnten Gebietes erkaufen, aus welchem der Staat Kalifornien und die Territorien Neu-Mexico, Utah und Nevada gebildet worden sind. Noch während des Krieges kam die Frage der in Aussicht stehenden Gebietserwerbung vor den Kongreß, indem der Präsident ausdrücklich für diesen Zweck eine Geldsumme von drei Millionen Dollar von der Nationalvertretung forderte. Herr Wilmot stellte im Repräsentantenhause den Antrag, die Bewilligung der verlangten Summe an die Bedingung zu knüpfen, daß die Sklaverei von dem zu erwerbenden Gebiet ausgeschlossen bleibe. Dieser Antrag wurde mit 83 gegen 64 Stimmen angenommen, kam jedoch im Senate nicht zur Abstimmung. In der nächsten Session des Kongresses, zu Anfang des Jahres 1847, erneuerte Herr Hamlin, der jetzige Vicepräsident der Vereinigten Staaten, denselben Antrag. Das Haus nahm ihn abermals mit 115 gegen 106 Stimmen an; der Senat dagegen verwarf ihn und bewilligte einfach die verlangten drei Millionen ohne irgend welche Beschränkung. Unter den Repräsentanten fanden sich wirklich wieder „Teiggesichter“ genug, die sich vor dem Willen der Sklavenhalter beugten und die Sache der Freiheit verriethen. Bei nochmaliger Abstimmung wurde mit 102 gegen 97 Stimmen die beschränkende Bedingung, das „Wilmot Proviso,“ verworfen und der Beschluß des Senats angenommen.

Hierdurch war stillschweigend anerkannt, daß das zu erwerbende Gebiet dem Vordringen der Sklaverei geöffnet werden solle, obschon in Mexico die Sklaverei schon seit 1829 aufgehoben war, also auch auf dem Theile seines Gebietes, welchen die Vereinigten

Staaten an sich zu reißen trachteten, keine rechtliche Existenz haben konnte.

In den nördlichen Staaten hatten die stets anwachsende Macht und die stets zunehmenden Uebergriffe der Sklavenhalter nach und nach wieder eine energische Opposition hervorgerufen, welche unter der Leitung des Expräsidenten Van Buren sich im Jahre 1848 als politische Partei organisirte. Die Demokraten stellten damals den General Caß von Michigan als Präsidentschaftskandidaten auf, die Whigs stellten demselben den General Taylor von Louisiana gegenüber, und die neue Partei machte Van Buren, der gar zu gern noch einmal Präsident werden wollte, zu ihrem Kandidaten. Diese neue Partei, welche sich die „Freesoil"- oder Freiboden-Partei nannte, bestand aus Freesoil-Whigs und Freesoil-Demokraten, welche beide den linken oder Antisklaverei-Flügel ihrer bezüglichen Parteien bildeten. Sie hatten nicht die Absicht, dauernd aus denselben auszuscheiden, sondern vereinigten sich nur vorübergehend zum Zwecke der Präsidentenwahl zu einem Ganzen. In ihrem Parteiprogramm, der „Buffalo Platform," stellen die Freesoiler die beiden Grundsätze an die Spitze, daß die Sklaverei von allen Territorien der Vereinigten Staaten ausgeschlossen, und daß alle Staatsländereien unentgeltlich an wirkliche Ansiedler ausgetheilt werden sollten. General Taylor war der glückliche unter den drei Kandidaten. Mehrere Umstände wirkten zusammen, um ihm zum Siege zu verhelfen. Erstens hatte er im Kriege gegen Merico eine hervorragende Rolle gespielt und sich einen solchen Ruhm erworben, daß er in der Achtung des Volkes höher stand, als der General en Chef der Armee, General Scott. Zweitens, und dies war in den Augen der Negerbarone sein größtes Verdienst, war er ein Sklavenhalter. Drittens endlich entzog Van Buren, obschon er es zu keiner einzigen Elektorenstimme brachte, dem demokratischen Kandidaten Caß eine so große Zahl von Urwählerstimmen, daß Taylor dadurch in mehreren Staaten die Mehrheit erhielt, wo sie ohne diesen indirekten Beistand ohne Zweifel auf Caß gefallen sein würde. Taylor starb schon ein Jahr nach seinem Amtsantritt, worauf der Vicepräsident Fillmore von New-York seinen Platz einnahm. Dieser Fillmore, der vor seiner Erwählung immer ein entschiedener Gegner der Sklaverei gewesen war, verwandelte sich mit dem Tage, an welchem er in das Präsidentenamt einrückte, in

einen warmen Anhänger derselben und wurde ein weit gehorsameres und willigeres Werkzeug der Sklavenhalteraristokratie, als sein Vorgänger.

Bald nach dem Abschluß des Friedensvertrages von Guadalupe-Hidalgo wurden in beiden Häusern des Kongresses verschiedene Anträge gestellt, um das durch jenen Vertrag gewonnene Gebiet zu organisiren. Die Meinungsverschiedenheiten waren indeß so groß, daß während eines Zeitraumes von zwei Jahren keine Einigung erzielt werden konnte, sondern alle jene Anträge in dem einen oder andern Hause unerledigt stecken blieben. Anfangs 1850 machte der Senator Clay von Kentucky den Versuch, durch einen umfassenden Kompromißantrag, welcher eine Menge der verschiedenartigsten Dinge enthielt, die abweichenden Ansichten unter einen Hut zu bringen. Norden und Süden, Freiheit und Sklaverei sollten gleichzeitig mehrere Konzessionen erhalten und dadurch zufrieden gestellt und versöhnt werden. Kalifornien, welches in Folge der Entdeckung seiner reichen Goldlager außerordentlich rasch bevölkert worden war, hatte sich damals bereits, ohne erst seine Organisirung zum Territorium abzuwarten, eine Staatsverfassung gegeben, welche die Sklaverei ausschloß. So unerwartet und unangenehm dies auch den Sklavenhaltern war, sie mußten die vollendete Thatsache, an der sie nichts mehr ändern konnten, hinnehmen und sich mit der Hoffnung trösten, dereinst vielleicht aus dem südlichen Theil Kaliforniens einen neuen Sklavenstaat zu bilden. Der Antrag des Herrn Clay stellte deßhalb auch die Aufnahme von Kalifornien mit seiner bereits in Kraft gesetzten Verfassung, das heißt also als Freistaat, voran. Außerdem enthielt derselbe noch folgende Punkte: Errichtung von Territorialregierungen für das noch übrige von Mexico erworbene Gebiet, ohne irgend eine Bedingung in Betreff der Sklaverei; Festsetzung der Grenzen von Texas gegen das neu hinzugekommene Gebiet hin, so daß ein beträchtliches Stück desselben dem Sklavenstaate zufiel; Uebernahme der Staatsschuld von Texas durch die Bundesregierung, unter der Bedingung, daß dieser Staat keinen ferneren Anspruch auf irgend einen Theil des neu erworbenen Gebietes erhebe; ein Verbot, die Sklaverei im Distrikt Columbia aufzuheben ohne Zustimmung der Bewohner des Distrikts und ohne volle Entschädigung der Sklaveneigenthümer; ein Verbot, Sklaven in den Distrikt einzuführen, um

sie als Waare auf den Markt zu bringen; ein Gesetz zum Einfangen flüchtiger Sklaven; eine Erklärung, daß der Kongreß niemals den Sklavenhandel zwischen den einzelnen Staaten verbieten oder beschränken dürfe.

Um diese Anträge Clay's gruppirten sich noch eine Anzahl anderer, welche von verschiedenen Kongreßmitgliedern gestellt wurden. So z. B. beantragte Bell von Tenessee, aus Texas und aus dem neu erworbenen Gebiet sofort eine ganze Menge von Sklavenstaaten zu machen. Die Debatten über alle diese Anträge nahmen den Kongreß noch Monate lang fast unausgesetzt in Anspruch, und die Aufregung dabei war so groß, daß es mehrmals zu den größten Drohungen und selbst zu Thätlichkeiten zwischen den Mitgliedern kam. Die Provokationen und Angriffe gingen jedoch stets von den Vertretern des Südens aus. So zog der Senator Foote von Mississippi eine Pistole aus der Tasche und war im Begriff, dieselbe auf den Senator Benton von Missouri abzufeuern, als er von Andern daran verhindert wurde. „Geht aus dem Wege," rief Benton, „und laßt den meuchelmörderischen Schurken schießen."

Nachdem die Debatten bis zum August gedauert hatten, kam es endlich zur Abstimmung, und folgende Anträge wurden angenommen und erhielten durch die Bestätigung des Präsidenten Gesetzeskraft: 1. Die Aufnahme von Kalifornien als Staat mit einer Konstitution, welche die Ausschließung der Sklaverei enthielt; 2. die Errichtung von Territorialregierungen für Neu-Mexico und Utah, mit der Bestimmung, daß dieselben später als freie oder als Sklavenstaaten aufgenommen werden können, je nach der Wahl ihrer Bewohner; 3. die Regulirung der Grenzen des Staates Texas, wodurch derselbe einen Zuwachs von etwa 10,000 englischen Quadratmeilen erhielt, und die Uebernahme seiner Schulden durch die Bundesregierung, gegen Verzichtleistung aller seiner ferneren Ansprüche auf das von Mexico erworbene Gebiet; 4. ein Gesetz zur Einfangung flüchtiger Sklaven; 5. ein Gesetz zur Aufhebung des Sklavenmarktes im Distrikt Columbia.

Den größten Kampf von allen diesen Akten hatte die sogenannte Regulirung der Grenzen von Texas gekostet. Das Repräsentantenhaus wollte sich anfänglich nicht dazu hergeben, so ohne Weiteres 10,000 Quadratmeilen den Sklavenhaltern zu überantworten. Es verwarf

diesen Antrag mit 126 gegen 80 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 46. Als jedoch am nächsten Morgen diese Abstimmung wieder in Erwägung gezogen und dann nochmals abgestimmt wurde, fand es sich, daß die Zahl der bejahenden Stimmen auf 90 angewachsen, die der verneinenden auf 107 zusammengeschmolzen war. Die Mehrheit gegen den Antrag war also von 46 auf 17 Stimmen herabgesunken. Ein so außerordentlich günstiger Erfolg mußte natürlich die Sklavenhalter anspornen, Alles aufzubieten, um auch den Rest der Opposition zu brechen und sich eine Mehrheit zu verschaffen. Nachdem sie gehörig vorgearbeitet hatten, verlangten sie am folgenden Tage abermals eine Abstimmung. Trotzdem dies nach den parlamentarischen Regeln nicht gestattet war, setzten sie ihren Willen durch und erreichten das erstaunliche Resultat, daß der Antrag mit 108 gegen 97 Stimmen angenommen wurde. Binnen zwei Tagen also hatte sich eine Mehrheit von 46 Stimmen gegen das Sklavenhalterinteresse in eine Mehrheit von 11 Stimmen für dasselbe verwandelt! Ein schlagender Beweis für die tiefe Demoralisation, die in der Nationalvertretung herrschte.

Nachdem dieses Resultat einmal erreicht war, stieß die Annahme des Sklavenfang-Gesetzes nur noch auf geringe Schwierigkeiten, trotzdem die Vertreter des Nordens einsehen mußten, wie tief sie sich durch ein solches abscheuliches Gesetz vor der Sklavenhalteraristokratie demüthigten, und wie verhaßt dasselbe ihren Konstituenten sein würde. Dieses Gesetz überträgt an Einzelrichter oder Gerichtskommissare, welche von den Bundesgerichtshöfen zu bestellen sind, die despotische Befugniß, Personen, die auch nur im Entferntesten Negerblut in den Adern haben, wenn dieselben von einem Sklavenhalter oder dessen Bevollmächtigten als entflohene Sklaven reklamirt werden, auf den oberflächlichsten Beweis ihrer Identität hin, ohne Zuziehung einer Jury, welche zu den Fundamentalinstitutionen des amerikanischen Rechts gehört, für Sklaven zu erklären und dem reklamirenden Sklavenhalter oder seinen Agenten auszuliefern. Das Gesetz verpflichtet ferner bei schwerer Strafe alle Bürger der Vereinigten Staaten, beim Einfangen und Festhalten solcher als Sklaven beanspruchten Personen hülfreiche Hand zu leisten, bedroht Jeden, der einem solchen angeblichen Sklaven zum Entfliehen behülflich ist, oder ihn beherbergt oder verbirgt, mit einer Geldstrafe von 1000 Dollar oder Gefängniß-

strafe bis zu sechs Monaten, nebst 1000 Dollar Entschädigung an den angeblichen Eigenthümer, und belohnt endlich, um das Maß der Schande voll zu machen, den Gerichtskommissar, wenn er einen Menschen zur Sklaverei verdammt, mit 10, wenn er ihn aber für frei erklärt, nur mit 5 Dollar, während es den bei einer Menschenjagd behülflichen Personen einen Lohn von 5 Dollar und darüber zuerkennt.

Die Empörung, welche dieses Schandgesetz im ganzen Norden hervorrief, war groß; aber sie war noch nicht groß genug, um das schlummernde Volksbewußtsein vollständig wach zu rufen, um die Massen zum Handeln, zum Heraustreten aus den gewohnten Geleisen, zum Zerreißen der Bande, welche Sklavenhalter und verrätherische, schachernde Politiker ihm angelegt hatten, zum Ueberbordwerfen dieser Politiker und zur Zertrümmerung der Sklavenhalterherrschaft zu bestimmen. Dazu bedurfte es noch stärkerer Anregungen, noch empfindlicherer Faustschläge, noch derberer Fußtritte. Die praktische Ausführung des Sklavenjagdgesetzes, welche die ganze Abscheulichkeit dieses despotischen Erlasses dem Volke erst klar machte, bereitete allerdings eine Erhebung des Volkes vor, aber sie allein genügte nicht, um einen Umschwung herbeizuführen.

Für die Präsidentenwahl von 1852 stellte die demokratische Partei in der Konvention ihrer Delegaten zu Baltimore ein Programm auf, welches die Kompromißmaßregeln von 1850 für eine endgültige Erledigung der Sklavenfrage erklärte und jede fernere Agitation dieser Frage ausdrücklich von der Hand wies. Zu ihrem Kandidaten wählte sie eine ziemlich unbekannte Größe, den General Pierce von New-Hampshire. Dagegen stellte die Whigpartei den Oberanführer aus dem mexicanischen Kriege, General Scott von New-Jersey, als Kandidaten auf. Sie hatte mit dem General Taylor Glück gehabt und hoffte, daß es ihr mit Scott ebenso glücken würde. Allein es war zwischen den Beiden ein großer Unterschied. Scott, obschon sein Verdienst in dem Kriege gegen Mexico größer war, als das Taylor's, hatte sich niemals eine so große Popularität erworben, wie dieser. Ueberdies war jetzt schon ein längerer Zeitraum seit jenem Kriege verflossen, der Enthusiasmus, welcher sich an die Waffenthaten desselben knüpfte, also so ziemlich verraucht, und dann war Taylor ein Sklavenhalter, Scott aber nicht, sondern stand im Gegentheil in

dem Gerücht, daß er sich in den Händen der Freesoil-Whigs befinde. Das Parteiprogramm der Whigs wich nicht wesentlich von dem der Demokraten ab; nur war es in der Sklavenfrage weniger positiv und weniger bindend, als dieses. Die Freesoiler stellten ebenfalls ein Programm auf und ernannten einen Kandidaten in der Person des Senators Hale von New-Hampshire. Der Ausgang der Wahl war wieder ein glänzender Triumph für die Sklavenhalter; ihr Kandidat Pierce wurde mit großer Mehrheit gewählt und trat am 4. März 1853 das Präsidentenamt an. Die Geschichte der Administration dieses Präsidenten ist nichts, als ein Jagen, Ringen, Feilschen und Zanken um die Beute des Wahlsieges, ein jämmerliches Buhlen um die Gunst der Sklavenzüchteraristokratie und ein knechtischer Gehorsam gegen alle ihre Gebote.

Zweites Kapitel.

Zahl der Staaten und ihre Vertretung im Kongreß im Jahre 1852. Die Kansas-Nebraska-Bill. Nördliche Bediente der Sklavenhalter. Auflösung und Neubildung der Parteien: Demokraten, Nichtswisser und Republikaner. Die Demokraten auf dem Gipfel ihrer Macht. Präsident Pierce. Handhabung des Sklavenjagdgesetzes. Die Personal-Liberty-Bills.

Beim Amtsantritt des Präsidenten Pierce bestand die Union aus sechszehn freien Staaten: Maine, New-Hampshire, Vermont, Massachusetts, Connecticut, Rhode Island, New-York, New-Jersey, Pennsylvanien, Ohio, Indiana, Michigan, Illinois, Wisconsin, Iowa und Californien; aus fünfzehn Sklavenstaaten: Delaware, Maryland, Virginien, Nord-Carolina, Süd-Carolina, Georgien, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana, Kentucky, Tenessee, Missouri und Texas, aus zwei Territorien, in denen die Sklaverei verboten, Oregon und Minnesota, und aus zweien, in denen sie erlaubt war, Neu-Mexiko und Utah. Die freien Staaten hatten im Senat eine Vertretung von 32, im Repräsentantenhause des Kongresses von 144 Mitgliedern; die Sklavenstaaten hingegen hatten im Senat nur 30, im Repräsentantenhause nur 90 Vertreter. Jene hatten die Anwartschaft auf einen Zuwachs von zwei, diese auf einen solchen von sechs neuen Staaten, worunter vier, welche ihnen aus Texas zu bilden gestattet war. Damit war die Sklavenhalteraristokratie jedoch nicht zufrieden. Sie hatte zwar trotz der überwiegenden Vertretung der freien Staaten noch über eine entschiedene Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses zu gebieten; aber bei der fortwährend wachsenden Opposition im Norden konnte sich dieses Verhältniß binnen einigen Jahren wesentlich zu ihrem Nachtheile ändern, so daß sie, wenn sie sich nicht bei Zeiten einen numerischen Zuwachs sicherten, in Gefahr gerathen konnten, aus der Majorität im Kongreß in die Minorität zurückgeworfen zu werden. Theils aus diesem Grunde, theils um ihre „eigenthümliche Institution“ immer

profitabler zu machen, strebten sie deßhalb nach einer neuen Gebietserwerbung. Da von Außen augenblicklich nichts zu holen war, mußten sie ihre Blicke auf das Inland werfen. Außer den organisirten Territorien gab es da noch eine große Landstrecke westlich von Missouri, Iowa und Minnesota, von den Felsengebirgen, den britischen Besitzungen, dem Missourifluß, Texas und Neu-Mexico begrenzt, welche damals noch von keinen anderen Wesen, als Indianern und Büffeln bewohnt war, aus der sich aber etwas machen ließ. Es handelte sich also darum, dieses Land, welches nördlich der Missouri-Kompromißlinie lag, von welchem die „eigenthümliche Institution" also gesetzlich ausgeschlossen war, der Sklaverei zu öffnen.

Unter ihren nördlichen Trabanten fanden die Sklavenhalter bereitwillige Werkzeuge, welche mit Freuden die Einleitung dieser schmutzigen Arbeit übernahmen. Vor allen andern drängte sich der Senator Douglas von Illinois dazu. Dieser Mann, der eine sehr rasche politische Carriere gemacht hatte, strebte danach, um jeden Preis Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Bei jeder Gelegenheit, die sich darbot, um in oder außer dem Kongreß Reden zu halten, bei Ackerbau- und Industrieausstellungen, bei öffentlichen Festlichkeiten aller Art, im Norden wie im Süden, wußte er sich vorzudrängen, um seinen Namen vor die Leute zu bringen und die Spalten der Presse mit seinem Ruhme zu füllen. Bei den sogenannten Kompromißmaßregeln von 1850, namentlich bei dem Sklavenjagdgesetz, hatte er eine hervorragende Rolle gespielt und rühmte sich dessen mit Stolz. Er brannte vor Begierde, sich im Dienste der allmächtigen Sklavenhalteraristokratie so auszuzeichnen, daß er ihr unentbehrlich und in Folge dessen zu dem höchsten Amt der Republik erhoben würde. Dazu bot sich die beste Gelegenheit, wenn er ihnen neue Territorien verschaffte.

Schon seit zwanzig Jahren war die Frage der Organisation des Territoriums Nebraska wiederholt vor den Kongreß gekommen. Mehrmals waren darauf bezügliche Anträge gestellt worden, die aber nie das Stadium der Abstimmung erreicht hatten. Im December 1853 wurde dem Senat wieder eine Bill zur Organisirung jenes Territoriums vorgelegt. Douglas, welcher Vorsitzender des Ausschusses für Territorialangelegenheiten war, konnte jetzt

seine ganze Geschicklichkeit entfalten, um sich dem Sklavenhalter-interesse dienstbar zu zeigen. Er ging aber nicht gerade und direkt auf das Ziel los, welches er sich gesteckt hatte, sondern näherte sich demselben mit pfiffigen Manövern und auf Umwegen. Am 4. Januar 1854 berichtete er eine Bill zur Organisirung des Territoriums Nebraska, welche in Betreff der Sklaverei nur die im Jahre 1850 für Utah und Neu-Mexiko erlassene Bestimmung enthielt, daß der aus dem Territorium später zu bildende Staat, je nach dem Willen der Bewohner, mit oder ohne Sklaverei in die Union aufgenommen werden solle. Da das Territorium Nebraska zu dem Louisianagebiet gehörte, so fand selbstredend das Missouri-Kompromiß von 1820 auch dort Anwendung, und die Einführung der Sklaverei war demnach verboten, indem das ganze Territorium nördlich der Kompromißlinie liegt. Das Zugeständniß, daß Nebraska später, je nach dem Willen seiner Bewohner, mit oder ohne Sklaverei als Staat in die Union aufgenommen werden solle, war also ganz illusorisch. Aber die Bill in dieser ihrer ersten Gestalt sollte auch nichts anderes, als ein vorbereitender Versuch sein. Sie erschien am 7. Januar gedruckt; am 10. aber wurde mit dem Bemerken, daß durch ein Versehen etwas dabei vergessen worden sei, noch ein Paragraph hinzugefügt, welcher erklärte, daß Alles, was die Sklaverei in den Territorien und den daraus zu bildenden Staaten betreffe, lediglich der Entscheidung ihrer Bevölkerung und deren Legislatur anheimfalle. So sah das Ding schon ganz anders aus; aber es hatte damit noch immer nicht die Form gewonnen, welche die Sklavenhalter wünschten, und welche am besten ihren Interessen entsprach. Senator Dixon von Kentucky stellte den Antrag, das Missouri-Kompromiß ausdrücklich, klar und bestimmt zu widerrufen. Der Territorial-Ausschuß nahm diesen Antrag an, die ganze Bill wurde umgearbeitet, und am 30. Januar berichtete Douglas eine ganz neue an ihrer Stelle. Dieselbe wollte statt eines Territoriums Nebraska zwei Territorien, Kansas und Nebraska, organisiren und brachte über die Sklaverei folgende Paragraphen: „Die Konstitution und die Gesetze der Vereinigten Staaten, so weit dieselben nicht lokaler Verhältnisse wegen unanwendbar sind, sollen in den Territorien Kansas und Nebraska ebenso in Kraft stehen, wie anderwärts in den Vereinigten Staaten; mit Ausnahme jedoch des

achten Abschnitts der vorbereitenden Akte für die Aufnahme von Missouri als Staat, bestätigt am 6. März 1820, welcher Abschnitt durch die Grundsätze der Gesetzgebung von 1850, gewöhnlich die Kompromißmaßregeln genannt, aufgehoben wurde und demgemäß hierdurch außer Kraft erklärt wird." Dieser achte Abschnitt ist derjenige, welcher die Sklaverei im Louisianagebiet nördlich von 36° 30' verbietet. Durch seine unbedingte Aufhebung wurde also die Sklaverei in allen Territorien zugelassen, in den bereits organisirten, wie in den noch zu organisirenden.

Während die Bundesverfassung die Sklaverei als einen Ausnahmezustand angesehen hatte, der nur da, wo er einmal existirte, so lange geduldet werden sollte, bis er durch bessere Einsicht der Bevölkerung beseitig werden würde, und während die Ordonnanz von 1787 die Sklaverei von allen damaligen Territorien ausschloß, war man nach siebenundsechszig Jahren so weit gekommen, sie zur Regel zu machen und ihr das ganze Gebiet der Union zu öffnen!

Douglas und seine Spießgesellen vertheidigten ihre schlechte Sache hauptsächlich mit zwei Argumenten. Sie sagten, einem jeden Bürger der Vereinigten Staaten müsse es freistehen, nicht allein für seine Person, sondern auch mit seinem Eigenthum, also auch mit seinen Sklaven, in das Allen gemeinsame Gebiet zu übersiedeln und sich dort niederzulassen. Sie behaupteten ferner, der Grundsatz der Volkssouveränität erfordere, daß der Kongreß sich nicht in die Angelegenheiten der Territorien einmische, sondern den Bewohnern derselben ganz die Regelung ihrer Institutionen überlasse. Vergebens führten die Vorkämpfer der Freiheit dagegen an, daß die Bundesverfassung nirgend ein Eigenthumsrecht auf Menschen anerkenne, daß die logische Konsequenz der ersten jener Behauptungen dahin führe, auch alle freien Staaten zu Sklavenstaaten zu machen, daß dem Kongreß durch die Bundesverfassung ausdrücklich das Recht beigelegt worden sei, „über das Gebiet oder anderes den Vereinigten Staaten gehörendes Eigenthum zu verfügen und rücksichtlich desselben alle nothwendigen Verordnungen und Einrichtungen zu treffen," und daß endlich die Lehre von der Volkssouveränität in den Territorien, oder der „Squattersouveränität," wie sie die Vertheidiger der Kansas-Nebraska-Bill aufstellten, nichts als eine elende Lüge der Heuchelei sei, indem das

ganze Souveränitätsrecht der Bewohner der Territorien darin bestehen solle, die Existenz der Sklaverei zu legalisiren, die „eigenthümliche Institution“ mit schützenden Formen zu umgeben, während die vorgeblichen Souveräne, in allen anderen Dingen unter der Vormundschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten und der von ihm ein- und abzusetzenden administrativen und richterlichen Beamten stehen sollten. Vergebens wandten die hervorragendsten Kongreßmitglieder des Nordens ihre ganze Beredtsamkeit auf, um die Sache der Humanität und Freiheit gegen die frechen Uebergriffe der Sklavenhalter und die sophistischen Beweisführungen ihrer Werkzeuge zu verfechten. Ihre Worte fanden allerdings einen Nachhall im Lande, aber in den Hallen des Kongresses fielen sie auf unfruchtbaren Boden. Die Sache war längst abgemacht und in geheimen Versammlungen beschlossen, und am Morgen des 4. März nahm der Senat nach einer stürmischen Nachtsitzung mit 37 gegen 14 Stimmen die Bill an.

Im Repräsentantenhause stieß das schnöde Attentat zur Ermordung der Freiheit auf etwas größere Schwierigkeiten. Die vom Senat angenommene Bill wurde am 8. März dem Hause überreicht. Richardson von Illinois, Vorsitzender des Ausschusses für Territorialangelegenheiten, welcher mit Douglas in bedientenhafter Ergebenheit gegen die Sklavenhalteraristokratie wetteiferte, beantragte am 21. März, sie dem Ausschuß, dessen Vorsitzender er war, zu überweisen. Wäre das geschehen, so würde er dafür gesorgt haben, die Bill so schnell als möglich zur Verhandlung und Abstimmung vor das Haus zu bringen. Mit einer Mehrheit von 110 gegen 95 Stimmen wurde jedoch der Gegenantrag angenommen, die Bill an den Plenarausschuß, oder „das Kommittee des Ganzen“, zu verweisen. Diese eigenthümliche Einrichtung, bei welcher das ganze Haus als Ausschuß sitzt, ist nichts anderes, als eine Redeübungs- oder Schwatz-Anstalt, in welcher jedes Mitglied, ohne sich um den zur Debatte vorliegenden Gegenstand zu kümmern, ganz nach Belieben über die fremdartigsten Dinge reden, vom Hundertsten ins Tausendste übergehen kann. Die Gesetzesvorschläge, welche dem Plenarausschuß vorliegen, sind deßhalb in der Regel auch auf lange Zeit und oft auf Nimmerwiedersehen begraben. Alle Mittel wurden jetzt in Bewegung gesetzt, um Stimmen für die Bill zu gewinnen, und wieder gelang es den Sklavenhaltern,

feige, bestechliche und käufliche Verräther an der Sache der Freiheit in hinlänglicher Anzahl unter den Repräsentanten des Nordens zu finden, um ihren Willen durchzusetzen. Am 8. Mai hatte Richardson den Triumph, die Bill auf die Tagesordnung zu bringen; 109 Repräsentanten stimmten dafür und nur 88 dagegen. Es entspann sich nun ein Kampf, der an Heftigkeit und Zähigkeit den im Senat geführten noch weit übertraf; aber die Gegner der Bill kämpften unter dem niederdrückenden Bewußtsein, daß sie sich ohne irgend welche Aussicht auf Erfolg für eine bereits verlorene Sache abmühten. Durch ihre hartnäckige Ausdauer erreichten sie zwar noch eine Galgenfrist von vierzehn Tagen; als es aber am 22. Mai zur Endabstimmung kam, wurde die Bill in etwas abgeänderter Form mit 113 gegen 100 Stimmen angenommen. Der Senat trat diesen Abänderungen bei, und der Präsident beeilte sich natürlich, die Bill zu genehmigen.

So wurde der große Nebraska=Verrath vollzogen. Bemerkenswerth ist es, daß alle Whigs aus den freien Staaten, im Senat wie im Repräsentantenhaus, dagegen stimmten. Die demokratische Partei hatte allein die Schande auf sich geladen; sie hatte sich endlich offen und ungeschminkt als das gezeigt, wozu sie im Laufe der Jahre mehr und mehr herabgesunken war, als das gehorsame Werkzeug der Sklavenhalter. Darüber konnte von nun an kein Zweifel mehr herrschen.

Die Sklavenhalteraristokratie stand auf dem Gipfel ihrer Macht; sie hatte ihren größten Triumph gefeiert. Aber dieser größte Triumph war auch ihr letzter. Von dem Augenblick an ging es mit ihrer Herrlichkeit bergab, und wie ihr eigenes Schicksal, so war auch das ihres blind gehorsamen Werkzeuges besiegelt. Der Kampf zwischen Sklaverei und Freiheit hätte sich vielleicht noch lange hinziehen, hätte noch lange hin und her schwanken können, wenn er auf die Hallen des Kongresses beschränkt geblieben wäre; aber das Sklavenfanggesetz und die Kansas=Nebraska=Bill trugen ihn mitten unter das Volk, zogen einen großen Theil der Bewohner der nördlichen Staaten als Mithandelnde und Mitleidende hinein. Dies beförderte intensiv und extensiv seine Entwicklung.

Bevor ich zur Schilderung dieser Phase des Kampfes übergehe, muß ich einen Blick auf die Umgestaltung der politischen Parteien werfen, welche unter der Administration des Präsidenten

Pierce vor sich ging. Die Whigpartei hatte bei der Präsidentenwahl von 1852 eine Waterloo-Niederlage erlitten, von der sie sich nicht wieder erholen konnte. Ihre hervorragenderen Parteiführer selbst erklärten sie für todt, und sie konnten um so weniger auf eine Wiederbelebung rechnen, als sie nach der gänzlichen Verwischung aller charakteristischen Unterschiede, die früher zwischen ihr und der demokratischen Partei bestanden hatten, jeder innern Berechtigung zum Dasein entbehrte. Ihre Fragmente lebten zwar noch eine Reihe von Jahren fort, wie die Stücke eines zerschnittenen Reptils, und trugen sogar bei Staats- und Lokal-Wahlen noch manchen Sieg davon; aber die Niederlage von 1852 hatte ihr den Kopf abgeschlagen, weßhalb an eine Wiedervereinigung der Fragmente zu einem organischen Ganzen nicht mehr zu denken war.

Bald nach der Niederlage begannen die Versuche zu neuen Parteibildungen. Es wurde gleichzeitig in zwei ganz verschiedenen Richtungen experimentirt. Im Westen tauchten die ersten Anfänge der republikanischen, im Osten fast zu derselben Zeit die der „Knownothing"- oder Nichtswisser-Partei auf. Die letztere organisirte sich anfänglich als Geheimbund, in ähnlicher Art wie die „Freimaurer", „Odd Fellows", „Druiden", „Rothmänner", „Hermannssöhne", und wie alle diese Verbindungen, die in Amerika sehr verbreitet sind, heißen mögen, mit geheimen Zeichen, Handgriffen und dergleichen. Die Mitglieder mußten sich eidlich zur Geheimhaltung ihrer Namen und Verhandlungen verpflichten und versammelten sich nur unter dem Schutze der Nacht hinter verschlossenen Thüren. Das politische Programm des Ordens war ein sehr mageres. Es bestand in der Opposition gegen den Katholicismus und gegen die „Fremden", das heißt gegen die eingewanderten, nicht im Lande selbst geborenen Bürger. Katholiken und „Fremde" sollten von allen Aemtern ausgeschlossen, und die letzteren entweder niemals, oder doch erst nach einundzwanzigjährigem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten vollberechtigte Bürger werden. Die Aemter wollte der Orden wo möglich nur mit Bundesbrüdern besetzen. In allen übrigen politischen Fragen, so namentlich in der Frage der Sklaverei, verhielt sich die neue Verbindung völlig indifferent. Ihre Mitglieder schieden deßhalb auch keineswegs aus ihrem bisherigen Parteiverbande aus, sondern blieben nach wie vor Whigs oder Demokraten; der Orden rekrutirte sich

aus beiden Parteien, obschon vorherrschend aus den Whigs. Die ersten Logen bildeten sich in den Staaten New-Jersey, namentlich in der Stadt Newark, Pennsylvanien und New-York, und verbreiteten sich dann allmälig über die Neu-England-Staaten, über den Süden und den Westen, wo sie jedoch am wenigsten Eingang fanden. Neugier und Liebe zum Geheimnißvollen, zwei hervorstechende Eigenschaften des amerikanischen Charakters, führten dem Orden viele Mitglieder zu. Berücksichtigt man dabei den finstern Protestantismus, der in Amerika herrscht, und den Umstand, daß die meisten Eingeborenen des Landes, insbesondere die weniger Gebildeten, in größerem oder geringerem Grade den „Fremden" abgeneigt sind, so kann man sich nicht wundern, daß der Orden der „Knownothings", oder der „Ritter von der dunkeln Laterne", außerordentlich rasch um sich griff. Sein geheimer Einfluß machte sich schon in manchen Orten im Jahre 1854 bei den Wahlen geltend, ehe noch sein Dasein recht bekannt geworden war. Der gehässige Grundsatz der politischen Verfolgung gegen Katholiken und „Fremde" brachte es ganz natürlich mit sich, daß in den größeren Städten das rohe Gesindel, die „Rowdies", sich in Masse dem Orden der Nichtswisser anschloß und in Baltimore, Louisville, New-Orleans und anderen Orten bei den Wahlen blutige Verfolgungsscenen aufführten, welche die Wirkung hatten, daß manche der besseren Elemente sich mit Abscheu von der Bruderschaft abwandten, und daß die „Fremden", das heißt die Deutschen und Irländer, sich fester an die demokratische Partei anschlossen.

Die republikanische Partei trat zuerst im Staat Wisconsin auf und verbreitete sich von dort rasch nach dem Osten. Ihre Tendenz war eine entschieden sklavereifeindliche; ihr offen ausgesprochenes Ziel war der Sturz der Sklavenhaltermacht in der Bundesregierung und die Verhinderung der weiteren Ausbreitung der Sklaverei, die Beschränkung derselben auf die Staaten, in denen sie einmal bestand. Das war ein eben so positives, als zeitgemäßes Streben, welches der jungen Partei rasch die Herzen des Volks der nördlichen Staaten gewinnen mußte, wenn sie auch in den Sklavenstaaten einstweilen auf wenig Eroberungen rechnen konnte.

Eine vollständige Zersetzung und Neubildung der Parteien ging jetzt während der Jahre 1854—56 vor sich. Die beiden

entgegengesetzten Pole, um welche sich allmälig die Neugestaltungen immer fester und bestimmter gruppirten, waren der demokratische oder Prosklaverei- und der republikanische oder Antisklavereipol. Die alten Freesoiler oder Freibodenmänner bildeten den Kern des republikanischen, die Sklavenhalterbarone den Kern des demokratischen Poles. Was in den Fragmenten der zertrümmerten Whigpartei an Antisklaverei-Elementen war, setzte sich an die republikanische an, was an Prosklaverei-Elementen, an die demokratische; während zugleich aus der alten demokratischen Partei die Freiheits-Elemente sich nach und nach loslösten und zur republikanischen hinübergingen. Der Knownothingbund störte diese Umgestaltung und Neugruppirung eine Zeit lang und hielt sie in ihrer Entwicklung zurück; verhindern jedoch konnte er sie nicht, weil er selbst keine Lebensfähigkeit hatte, weil er in sich nach den großen Principien, welche thatsächlich die politische Entwicklung der Union bestimmten und beherrschten, gespalten war, und weil weder der Reiz der Neuheit und die Geheimnißkrämerei, noch die Anfeindung des Katholicismus und der Fremden ein Bindemittel abgaben, das stark genug gewesen wäre, um den tiefen principiellen Riß zu überkleistern und die heterogenen Elemente zusammenzuhalten.

Schon der Präsident Fillmore hatte sich eifrig bemüht, das infame Sklavenfanggesetz mit allen Mitteln der Bundesregierung in den nördlichen Staaten in Vollzug zu setzen. Sein Nachfolger Pierce suchte ihn darin wo möglich noch zu übertreffen. Mochten in den Sklavenstaaten die empörendsten Gesetzwidrigkeiten begangen, mochte die Freiheit der Rede und Schrift dort mit Füßen getreten, die freie Presse des Nordens verfolgt und verbannt, mochten die Bürger der nördlichen Staaten, wenn sie sklavereifeindlicher Gesinnungen verdächtig waren, oder wenn sie auch nur eine andere Hautfarbe, als die der kaukasischen Race hatten, eingekerkert, gehängt und lebendig verbrannt werden — das kümmerte diese obersten Beamten des Staatenbundes, die sich nur als Diener und Werkzeuge der Sklavenhaltermacht fühlten, nicht; davon nahmen sie keine Notiz. Sie mußten die Empfindlichkeit, das zarte Gefühl der Sklavenhalter schonen. Galt es aber einen entflohenen Sklaven zu jagen, so mußte die Majestät des Gesetzes um jeden Preis aufrecht erhalten werden, mochten auch die Bürger des freien Nordens dazu sagen, was sie wollten. Auf *ihr* empörtes Gefühl

kam es nicht an; ihre Empfindungen konnten ungenirt mit Füßen getreten werden. Fast jeder der freien Staaten hatte solche Fälle von Sklavenhetzen aufzuweisen, bei denen die Bundesregierung ihre ganze Macht entfaltete, um einen einzelnen Menschen, der der Sklaverei entronnen war, dem Volksgefühl des Nordens zum Trotz wieder in Fesseln zu schlagen und seinem Eigenthümer zurückzuliefern. Der erste und einer der eklatantesten dieser Fälle kam unter der Administration des Präsidenten Fillmore in Boston vor. Ein angeblich entflohener Sklave, Namens Burns, war durch den Bundeskommissar identificirt und dem reklamirenden Eigenthümer zugesprochen worden. Das Volk von Boston widersetzte sich der gewaltsamen Abführung eines Menschen von dem freien Boden des Staates Massachusetts in die Sklaverei, ohne daß wenigstens ein Geschwornengericht den Thatbestand untersucht und ein Verdikt darüber gefällt hatte. Die Bundesbehörden aber boten eine starke Polizeimacht, Marinesoldaten, Kriegsschiffe und Milizen auf und schleppten den gefesselten Burns mit Hülfe aller dieser Apparate auf eine Kriegsschaluppe, die ihn zu seinem „Eigenthümer" brachte. Aehnliche Fälle spielten in Cincinnati, Cleveland, Albany, New York, Chicago, Philadelphia, Milwaukee und manchen anderen Orten. Ich will nur noch eines derselben, dessen Schauplatz in Milwaukee, im Staat Wisconsin, war, mit wenigen Worten hier erwähnen. Ein angeblich flüchtiger Sklave, Namens Glover, der seit einer Reihe von Jahren als freier Mann in der Stadt Racine gelebt, dort geheirathet und Kinder gezeugt hatte, wurde 1854 auf die Reklamation eines Sklavenhalters in Missouri verhaftet und nach Milwaukee vor den Bundeskommissar geschleppt. Sherman M. Booth, Zeitungsredakteur und ein hervorragender Führer der Freesoiler, rief augenblicklich die Bürger von Milwaukee nach dem Gerichtsgebäude zusammen, wo die Verhandlung des Falles vor dem kommissarischen Richter vor sich gehen sollte. Tausende entsprachen seinem Aufruf, und bevor es noch zur Verhandlung kam, war der als Sklave reklamirte Glover aus dem Gefängniß, welches dicht neben dem Gerichtsgebäude liegt, befreit und wurde nach dem benachbarten Canada geschickt. Booth und einer der Befreier Glovers, John Rycraft, wurden vor Gericht gestellt und zu einer Gefängniß- und Geldstrafe verurtheilt. Das Obergericht des Staates Wisconsin erklärte dieses Urtheil des

Bundesgerichts aus verschiedenen Gründen, worunter auch der, daß das Sklavenjagdgesetz verfassungswidrig sei, für null und nichtig; worauf der Bundesanwalt die Sache vor das Obergericht der Vereinigten Staaten brachte. Dieses annullirte im Jahre 1858 das Urtheil des Obergerichts von Wisconsin als unbefugt und erklärte die Verurtheilung Booth's und Rycraft's als zu Recht bestehend. Erst 1860 jedoch, nachdem die Zusammensetzung des Obergerichts von Wisconsin sich so geändert hatte, daß ein abermaliges Einschreiten desselben zu Gunsten Booth's nicht zu erwarten stand, wurde zur Vollstreckung des Urtheils gegen diesen geschritten. Um Rycraft, einen Maurer, kümmerte man sich nicht; es war den demokratischen Bundesbehörden nur um Booth, nur um ein hervorragendes Mitglied der republikanischen Partei, zu thun. Er wurde im Juni verhaftet und eingesperrt. Sein Urtheil lautete auf einen Monat Gefängniß und 1461 Dollar Strafe nebst Gerichtskosten, oder fortgesetzte Haft bis zur Zahlung dieser Summe. Booth weigerte sich zu zahlen und blieb im Gefängniß. Seine Freunde und Anhänger machten Anstalten, um ihn zu befreien, worauf die Bundesbehörden längere Zeit durch eine starke bewaffnete Polizeimacht und durch die Mannschaft eines im Hafen von Milwaukee liegenden Zollkutters das Gefängniß bewachen ließen. Im August, als diese außerordentlichen Maßregeln wieder eingestellt wurden, gelang die Befreiung. Mehrere Versuche, ihn gewaltsam wieder zu verhaften, mißlangen; im Oktober wurde er jedoch durch List wieder eingebracht und saß seit der Zeit noch fünf Monate im Gefängniß. Auf wiederholte, dringende Vorstellungen von Seiten einflußreicher Demokraten schlug der Präsident Buchanan am 2. März 1861 die Geldstrafe von 1461 Dollar nieder, und Booth wurde in Freiheit gesetzt.

Die gesetzgebende Versammlungen fast aller nördlichen Staaten verdammten durch ausdrückliche Beschlüsse das Sklavenfanggesetz, und die meisten derselben erließen als Antwort darauf Gesetze „zum Schutz der persönlichen Freiheit;“ so die sechs Neu-England-Staaten Maine, New Hampshire, Massachusetts, Vermont, Connecticut und Rhode Island, ferner Michigan, Wisconsin, Jova und Kalifornien. New York und New Jersey hatten schon früher solche Gesetze. Der wesentliche Inhalt derselben besteht darin, daß sie allen Staatsbeamten bei schweren Strafen verbieten, bei

der Verhaftung, Einkerkerung oder Abführung eines flüchtigen Sklaven irgendwie behülflich zu sein, daß sie das Fortschleppen eines freien Menschen in die Sklaverei, sowie die Ablegung falschen Zeugnisses in einer Verhandlung über Freiheit oder Sklaverei eines Menschen mit besonders strengen Strafen bedrohen, und daß alle Staatsgerichtshöfe angewiesen werden, zu Gunsten solcher Personen, die ein Sklavenhalter als sein Eigenthum beansprucht, Habeas-Corpus-Befehle zu erlassen, um einer unparteiischen Jury die Frage, ob sie Freie oder Sklaven, zur Entscheidung vorzulegen.

Eine noch weit größere Aufregung, als das Sklavenfanggesetz und dessen Ausführung rief der Kampf zwischen dem Süden und Norden um das Territorium Kansas hervor. Dieser Kampf, bei dem alle Vortheile auf der Seite des Südens standen, zu dessen Gunsten die Bundesregierung ihre ganze Macht in die Wagschale warf, der aber trotzdem mit dem Siege des Nordens endete, bietet eine so interessante und so folgenschwere Episode in der neuesten Geschichte der Vereinigten Staaten, daß ich denselben etwas ausführlicher in einem besonderen Kapitel behandeln werde.

Drittes Kapitel.

Der Kampf zwischen Süden und Norden um Kansas. Die Bundesregierung als gehorsames Werkzeug des Südens. Das Treiben der „Grenzbanditen." Mißhandlung und Unterdrückung der Freistaatspartei. Endlicher Sieg des Nordens.

Die Kansas-Nebraska Bill war kaum zum Gesetz erhoben, als schon eine große Anzahl von Missouriern nach Kansas hinüberzog und symbolisch von dem Territorium Besitz ergriff. Sie hielten „Squatter"*)-Versammlungen, faßten Beschlüsse, unter denen ich beispielsweis die folgenden hervorhebe: „Wir werden keinem Abolitionisten die Niederlassung in diesem Territorium gestatten. Wir anerkennen die Institution der Sklaverei als bereits in diesem Territorium bestehend und rathen den Sklavenhaltern, ihr Eigenthum sobald als möglich hierher zu bringen;" nach diesem Akt kehrten sie wieder nach ihrer Heimath in Missouri zurück. Von jetzt an begann ein förmliches Wettrennen zwischen Süden und Norden um die Besiedlung des neuen Territoriums. Das Motiv, welches demselben zu Grunde lag, war ein zweifaches. Einerseits wollte der Norden das Gebiet, und damit den zukünftigen Staat Kansas der Freiheit sichern, während der Süden die Sklaverei darin befestigen wollte; anderntheils aber wurden die Ansiedler beider Parteien von dem gemeinsamen Interesse geleitet, das reiche, schöne Land des neuen Territoriums um billigen Preis als Eigenthum zu erwerben, sei es, um dasselbe selbst zu bebauen, oder um damit zu spekuliren. Beides trieb zur Eile. Wie schon weiter oben angeführt wurde, gab das Gesetz zur Organisirung des Territoriums der Bevölkerung desselben „vollkommene Freiheit, ihre heimischen Institutionen nach ihrem eigenen Gefallen zu reguliren;" die Partei also, welche in der Mehrheit war, hatte diese

*) Squatter sind die Ansiedler auf bis dahin unbebautem und nicht ihnen, sondern andern Personen oder dem Staat gehörendem Lande.

Regulirung in der Hand, hatte zu bestimmen, ob die Sklaverei erlaubt und gesetzlich beschützt, oder ob sie verboten sein sollte. Was die Erwerbung des Landes betraf, so stand es jedem Bürger der Vereinigten Staaten, so wie Jedem, der die Absicht erklärt hatte, Bürger werden zu wollen, frei, von demjenigen Grund und Boden, welcher der Bundesregierung gehört, 160 Acres für sich in Anspruch zu nehmen, die unter der Bedingung sein Eigenthum wurden, daß er sich darauf ansiedelte, wenigstens einen Theil davon bebaute und binnen fünf Jahren den Preis von 1¼ Dollar per Acre entrichtete.

Der ganze Grund und Boden des Territoriums Kansas hatte bis zum Jahre 1854 ausschließlich den Indianern gehört, theils solchen Stämmen, welche schon früher in jener Gegend ihre Jagdgründe hatten, theils solchen, welche durch die fortschreitende Kultur aus den Staaten im Osten des Mississippi verdrängt worden waren, und welchen die Bundesregierung westlich des „Vaters der Ströme“ neue Wohnsitze angewiesen hatte. Sobald die Kansas-Nebraska Bill vom Senat angenommen worden war, beeilte sich die Administration, mit allen jenen Stämmen, mit den Otoes und Missourias, mit den Kickapoos, mit den Kaskaskias, Weasteorias und Pinckashaws, mit den Delawares, mit den Shawnees, mit den Sacs und Foxes und mit den Wyandots, Verträge abzuschließen, wodurch sie den größten Theil ihres Landes an die Vereinigten Staaten abtraten. Erst dadurch wurde das Land der Ansiedlung geöffnet. Die Missourier erhielten augenblicklich Nachricht von dem Abschluß dieser Verträge und beeilten sich, ohne Verzug einen großen Theil des besten Landes für sich in Anspruch zu nehmen. Sie begnügten sich aber nicht mit dem, was den Vereinigten Staaten durch die Verträge mit den Indianern zugefallen war, sondern drangen ohne alle Umstände in das reservirte Gebiet der armen Rothhäute vor und eigneten sich davon an, was ihnen gefiel. Gegen dieses Annexionsverfahren erließen die Häuptlinge der Delawares folgenden Protest: „Wir, die Häuptlinge, Vornehmsten und Räthe der Delaware Nation, geben hierdurch unsern weißen Brüdern Kenntniß, daß alle Ansiedelungen auf den Ländereien der Delaware Indianer den am 6. Mai 1854 zu Washington abgeschlossenen Vertrag verletzen, und daß wir in keiner Weise unsere Einwilligung zu einer solchen Ansiedlung geben

wollen; und wenn unsere weißen Brüder darauf beharren, werden wir unsern großen Vater, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, um Schutz anrufen." Dieser Protest half natürlich den Delawares nichts, und ihr „großer Vater" hatte eben so wenig Schutz für seine rothhäutigen Kinder, wie für die Weißen des freien Nordens, weil er seine ganze Macht dazu gebrauchte, die Interessen seiner bevorzugten Kinder, der Sklavenhalter, wahrzunehmen und zu beschützen.

Für die Bewohner von Missouri war das Wettrennen um die Besiedelung von Kansas am leichtesten, weil dieser Staat der einzige ist, der an Kansas grenzt. Ein Paar Schritte über die Grenze brachten sie in das neue Territorium; es kostete ihnen also weder Zeit noch Geld, Bewohner desselben zu werden. Ganz anders mit den Bürgern des Nordens. Was von dort nach Kansas übersiedelte, kam größtentheils aus den dichter bevölkerten Staaten des Ostens, hatte also eine große Reise zu machen, viel Zeit und Geld auf die Uebersiedelung zu verwenden und mußte schließlich noch seinen Weg durch feindliches Gebiet, das heißt durch den Staat Missouri, nehmen. Möglich war es zwar, auch durch den Staat Jowa und das Territorium Nebraska nach Kansas zu kommen; allein dieser Weg war viel weiter, viel schwieriger und viel kostspieliger. Er wurde deßhalb auch nur vorübergehend eingeschlagen zu einer Zeit, wo die Missourier die Durchreise durch ihren Staat den Einwanderern nach Kansas ganz gesperrt hatten.

Um die Auswanderung nach Kansas aus den freien Staaten zu erleichtern und zu fördern, bildeten sich mehrere Vereine. Der bedeutendste derselben war die „Neu-Englische Hülfsgesellschaft für Auswanderer," welche ihren Sitz in Massachusetts hatte. Diese Gesellschaft machte den Auswanderern Geldvorschüsse, schloß Reiseakkorde zu billigen Preisen für sie ab, lieferte ihnen Lebensmittel, Saaten, Werkzeug, Maschinerieen und dergleichen im Großen, beförderte ihre Habe, stellte Sägemühlen, eins der nothwendigsten Erfordernisse für eine neue Ansiedlung, in Kansas auf, errichtete Gasthöfe und schickte fertige Bretterhäuser hin, die leicht auseinanderzunehmen und wieder aufzuschlagen sind. Mit Hülfe dieser und einiger andern Gesellschaften gelang es, in kurzer Zeit eine beträchtliche Zahl von Ansiedlern aus den freien Staaten nach Kansas zu bringen, so daß bald Städte und Dörfer in dem neuen Terri-

torium emporwachsen. Mit der Einwanderung aus den Sklavenstaaten ging es bei weitem nicht so rasch. Sklaven nach Kansas zu bringen, wie die Missourier gleich anfangs empfohlen hatten, war schwierig, kostspielig und sehr riskant, weil sich leicht voraussehen ließ, daß dieses zweibeinige „Eigenthum" die vortreffliche Gelegenheit benutzen würde, um seinen Herren davonzulaufen. Die Missourier hüteten sich deßhalb auch wohl, selbst ihren Rath zu befolgen; nur wenige wagten es, mit ihren Sklaven hinüberzuziehen. Dagegen organisirten sie ebenfalls Auswanderer-Gesellschaften, freilich auf ganz anderem Fuße, als die nördlichen Staaten. Während diese Kolonisten hinschickten, die sich auf dem neuen Gebiet niederlassen und anbauen sollten, und mit allem dazu Erforderlichen ausgerüstet waren, schickten die Missourier Vagabunden hin, die keinen andern Zweck hatten, als sich des Grund und Bodens zu bemächtigen, indem sie die üblichen Zeichen der Besitzergreifung darauf anbrachten, einige Bäume fällten, eine Tafel aufstellten und allenfalls noch eine rohe Blockhütte aufschlugen, die Niederlassung der Ansiedler aus den freien Staaten zu erschweren und zu verhindern, und deren ganze Ausrüstung deßhalb in Waffen, einigen Aexten, Zelten, Lebensmitteln für ein Paar Tage und vor allen Dingen sehr viel Schnaps bestand. Schon im Juli 1854 hatte sich in Westport eine solche Vagabunden-Hülfsgesellschaft gebildet, welche folgende Beschlüsse faßte und veröffentlichte: „Beschlossen, daß diese Gesellschaft, sobald sie von Bürgern des Territoriums Kansas dazu aufgefordert wird, sich bereit halten will, alle Einwanderer, welche unter den Auspicien der Auswanderungs-Hülfsgesellschaften des Nordens dorthin gehen, zu entfernen. Beschlossen, daß wir den Bürgern anderer Counties, besonders derjenigen, welche an das Territorium Kansas grenzen, empfehlen, sich in ähnlicher Weise, wie diese Gesellschaft, zu organisiren und ihre Bereitwilligkeit auszusprechen, zu dem in dem vorhergehenden Beschluß ausgesprochenen Zweck mitzuwirken."

In demselben Monat, in welchem diese Beschlüsse gefaßt worden waren, kam die erste Kolonistengesellschaft aus den Neu-England-Staaten, dreißig Mann stark, in Kansas an. Sie schlug ihr Lager da auf, wo später die Stadt Lawrence entstand. Ein Theil des Landes war bereits von einigen Missouriern mit „Claims"

belegt (in Anspruch genommen); gegen eine Entschädigung traten dieselben jedoch ihre Ansprüche an die neuen Ansiedler ab. Bald darauf langte eine zweite Kolonistengesellschaft an, die sechzig bis siebenzig Köpfe zählte, darunter Dr. Robinson und Herr Pomeroy, zwei Männer, welche später eine hervorragende Rolle in der Entwicklungsgeschichte von Kansas spielten. Die Missourier, welche die Ankunft dieser Kolonisten erfahren hatten, schickten eine Abtheilung ihrer „Grenzbanditen," oder „Grenzstrolche," wie dieses Gesindel bald allgemein in den nördlichen Staaten genannt wurde, nach dem Lagerplatz derselben hin, um sie zu vertreiben. Da diese Abtheilung nur achtzig Mann zählte, getraute sie sich nicht, die Kolonisten anzugreifen, sondern lagerte sich denselben gegenüber, auf der andern Seite einer Schlucht, stolzirte dort mit ihren Waffen herum, übte sich im Scheibenschießen und stieß Flüche und Drohungen gegen die „verdammten Yankee Abolitionisten" aus. Gegen Abend schickten die Ansiedler eine Deputation zu den Missouriern und ließen sie fragen, was ihr Vorhaben sei, und was ihre feindseligen Demonstrationen bedeuten sollen. Die Antwort der Missourier lautete: die Ansiedler sollten bis zum nächsten Morgen ihre Zelte einpacken und das Territorium verlassen, sonst würden sie mit Gewalt vertrieben werden. Während der Nacht stellten beide Parteien Schildwachen aus und bewachten einander sorgfältig. Am nächsten Morgen erhielten die Missourier eine Verstärkung von siebenzig Mann, worauf sie eine kategorische Aufforderung an die Ansiedler schickten, augenblicklich aufzupacken und bis zehn Uhr den Platz und das Territorium zu verlassen. Diese Aufforderung wurde ebenso kategorisch zurückgewiesen, und sechzig von den Kolonisten, welche Waffen hatten, organisirten sich auf der Stelle als Militärkompagnie und begannen, vor ihren Zelten zu exerziren. Die zehnte Morgenstunde kam, aber die Missourier schritten nicht zum Angriff, sondern schickten um halb 11 ein Ultimatum, wodurch sie den Kolonisten noch eine halbe Stunde Zeit zum Abzug gewährten. Die Kolonisten exerzirten ruhig weiter, und als die halbe Stunde verstrichen war, kam ein zweites Ultimatum, welches ihnen eine neue Frist bis um 1 Uhr bewilligte. Nur um Blutvergießen zu vermeiden, ließen die Grenzbanditen sagen, seien sie so geduldig; wenn aber bis 1 Uhr die „Abolitionisten" nicht abzögen, so würden sie mit Büchsen, Revolvern und

Bowiemessern massakrirt werden. Die Kolonisten trafen keine Anstalt zum Abzuge, sondern exerzirten weiter. Ein Uhr kam, und abermals erschien ein Bote mit einem allerletzten Ultimatum, welches noch eine Frist von zehn Minuten gewährte. Diese Botschaft wurde mit einem erschütternden Gelächter empfangen. Die Missourier stellten sich jetzt in Linie auf, marschirten vor und zurück, rechts und links, überschritten aber die Schlucht nicht, welche sie von den Kolonisten trennte. Dann erhob sich ein heftiger Streit zwischen ihnen, ob sie angreifen sollten oder nicht. Nachdem dieser Streit sich bis zum Abend hingezogen hatte, packten die Grenzbanditen auf und machten sich truppweise davon.

Der vom Präsidenten Pierce ernannte Gouverneur von Kansas, Reeder von Pennsylvanien, kam im Oktober 1854 in dem Territorium an. An der Grenze empfingen ihn die Missourier und verlangten von ihm, er solle sofort die Wahlen für die Territorial-Legislatur ausschreiben. Es war ihnen darum zu thun, so rasch als möglich die gesetzgebende Gewalt in die Hand zu bekommen, um der Sklaverei einen „rechtlichen" Boden in Kansas zu verschaffen und sie mit schützenden Gesetzen zu umgeben. Reeder ging auf dieses Verlangen nicht ein, weil er sich erst etwas genauer in seinem neuen Wirkungskreise orientiren wollte, ehe er eine gesetzgebende Versammlung berief, schrieb aber einstweilen die Wahl eines Delegaten zum Kongreß aus. Dieselbe fand am 29. November statt, und der Kandidat der Missourier, General Whitfield, wurde mit 2268 gegen 575 Stimmen gewählt. Von den 2843 Stimmen, welche dabei abgegeben wurden, gaben die wirklichen Ansiedler des Territoriums nur 1114, die Grenzbanditen von Missouri 1729.

In Missouri hatte sich nämlich eine neue Organisation gebildet, welche auf einem mehr systematischen Wege, als die vereinzelten Vagabunden-Gesellschaften, Kansas zum Sklavenstaate machen wollte. Sie führte den Namen: die „blaue Loge," wurde aber außerdem auch „sociale Bande," „Gesellschaft der Freunde" und „Söhne des Südens" genannt. Ihre Verfassung war der der Knownothings ähnlich; ihre Versammlungen waren geheime, die Mitglieder waren durch Eide gebunden und erkannten sich an Handgriffen und Zeichen. Sie breitete sich allmälig über einen großen Theil Missouri's, über mehrere andere Sklavenstaaten und

über Kansas aus. Ihr Zweck bestand darin, nicht bloß Kansas, sondern auch andere Territorien der Union zu Sklavenstaaten zu machen. Ihre Mittel zu diesem Zweck waren verschiedene. Vor allem sammelte die „blaue Loge" Geld, um die großen Kosten ihrer ausgedehnten Operationen zu bestreiten. Dann war ihre Absicht zunächst darauf gerichtet, die Wahlen zu beherrschen. Hierzu wurden starke Banden von Grenzstrolchen organisirt und an den Wahltagen nach allen denjenigen Stimmplätzen hingeschickt, wo es darauf ankam, die Ansiedler aus den freien Staaten zu überwältigen. Der Plan der Loge ging ferner dahin, Sklavenhalter und Anhänger der Sklaverei zur Auswanderung nach Kansas zu bestimmen und sie darin zu unterstützen. Endlich war die gewaltsame Vertreibung, Ausplünderung, Mißhandlung und Ermordung der Freistaatsansiedler keineswegs ausgeschlossen.

Einer der Gründer und Leiter dieser „blauen Loge," wenn nicht ihr Oberhaupt, war der Senator Atchison von Missouri, welcher nach dem Tode des Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten vom Senat zu dessen Nachfolger gewählt worden war. Dieser Mann legte sein hohes Amt nieder, um sich ganz der Aufgabe zu widmen, Kansas mit Betrug und Gewalt zum Sklavenstaat zu machen. Ein anderes hervorragendes Mitglied der Loge, General Stringfellow, sprach sich in St. Joseph, im Staat Missouri, in einer öffentlichen Versammlung folgendermaßen aus: „Ich rathe Euch, jeden Hallunken, der nur im Geringsten von Abolitionismus oder Freesoilismus verpestet ist, zu zeichnen und auszurotten. Gebt den verdammten Schurken keinen Pardon und nehmt keinen von ihnen an. Ich schlage Euch vor, sie jetzt gleich an dieser Stelle zu bezeichnen, damit ihr sie ohne Umstände vertilgen könnt. Denjenigen, die vielleicht Gewissensskrupel haben mögen, daß sie dadurch Staats- oder Bundesgesetze verletzen könnten, sage ich, daß die Zeit gekommen ist, wo solche Vorschriften außer Augen gesetzt werden müssen, indem Eure Rechte und Euer Eigenthum in Gefahr sind. Ich rathe Euch, einem wie allen, in jeden Wahlbezirk von Kansas einzudringen, trotz Gouverneur Reeder und seinen erbärmlichen Myrmidonen, und mit Bowiemesser und Revolver Eure Stimmzettel abzugeben. Es genügt, daß das Sklavenhalterinteresse es gebietet. Dagegen gibt es keine Appellation." Ein großer Theil der Bewohner und die ganze Presse des westlichen Missouri

stimmten in diesen Ton ein, und eine Periode von Gewaltthaten aller Art gegen die Freistaatsansiedler begann.

Gegen Ende Januar 1855 ließ Gouverneur Reeder eine Volkszählung vornehmen. Dieselbe ergab, ausschließlich der Indianer, eine Bevölkerung von 8501 Köpfen, worunter 242 Sklaven; die Zahl der gesetzlich berechtigten Stimmgeber betrug 2892. Am 30. März fand dann die Wahl der Mitglieder der Territorialgesetzgebung statt. Die Missourier drangen mehrere tausend Mann stark in das Territorium ein, bemächtigten sich der Wahlurnen, ernannten aus ihrer Mitte Wahlrichter und Wahlinspektoren und erlangten natürlich auf diese Weise in allen Distrikten eine große Mehrheit. Die Freistaats-Ansiedler wurden theils mit Gewalt von den Wahlurnen vertrieben, theils enthielten sie sich der Abstimmung, als sie sahen, daß sie gegen die bewaffneten und zum großen Theil betrunkenen Banden nichts machen konnten. Von den gesetzlich berechtigten Wählern stimmten nur 1310, während 4908 ungesetzliche Stimmzettel abgegeben wurde. Die Grenzbanditen begnügten sich nicht damit, jeder eine Stimme abzugeben; viele stimmten zwei, drei oder ein halbes Dutzend mal, und wo das noch nicht für genügend gehalten wurden, steckten die Wahlbeamten ganze Hände voll Stimmzettel in die Urnen. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses des Kongresses, welcher später mit der Untersuchung der in Kansas verübten Gewaltthaten, Betrügereien und Wahlfälschungen beauftragt wurde, berichtet über diese Wahl vom 30. März 1855: „Vermöge einer organisirten Bewegung, die sich nach Norden bis zu dem County Andrew, nach Süden bis zum County Jasper und nach Osten bis zu den Counties Boone und Cole erstreckte, wurden Kompagnieen von Männern in regulären Abtheilungen geordnet und in alle Wahldistrikte des Territoriums geschickt. Der Zahl nach waren sie so vertheilt, daß sie in jedem Distrikt die Wahl beherrschten. Sie kamen, um zu stimmen, und mit der eingestandenen Absicht, Kansas zum Sklavenstaat zu machen. Sie waren durchweg bewaffnet und equipirt, führten ihre Lebensmittel und Zelte mit sich und marschirten so in das Territorium hinein. Die Einzelheiten dieser Invasion, wie sie aus einer Masse von Zeugenaussagen sich ergaben, sind so voluminös, daß daß Kommittee hier nur die hauptsächlichsten Thatsachen hervorheben kann."

Einige weitere Auszüge aus dem Bericht des Ausschusses werden das Verfahren der Missourier Grenzstrolche noch besser illustriren. Ueber die Wahl in Lawrence heißt es: „Die Kompagnie, welche in diesen Distrikt marschirte, sammelte sich in den Counties Ray, Howard, Carroll, Boone, La Fayette, Randolph, Saline und Caß des Staates Missouri. Ihre Auslagen wurden bezahlt. Die, welche nicht selbst mitgehen konnten, lieferten Lebensmittel, Wagen ꝛc. Am Abend vor dem Wahltage und am Morgen des Wahltages selbst kamen etwa tausend Mann aus den angeführten Counties bei Lawrence an und lagerten sich in einer Schlucht in der Nähe des Wahllokals. Sie kamen in mehr als hundert Wagen und zum Theil zu Pferde, unter dem Kommando des Oberst Samuel Young von dem County Boone in Missouri und des Herrn Claiborne Jackson, ebenfalls von Missouri. Sie waren mit Flinten, Büchsen, Pistolen und Bowiemessern bewaffnet, hatten Zelte, Musik und Fahnen bei sich und führten außerdem zwei mit Flintenkugeln geladene Kanonen mit. Auf dem Wege nach Lawrence begegneten einige von ihnen dem Herrn Blanton, welcher vom Gouverneur Reeder als einer der Wahlrichter angestellt war, und nachdem sie von ihm gehört, daß er es für seine Pflicht halte, ihnen in Betreff ihres Wohnsitzes einen Eid abzunehmen, versuchten sie zuerst, ihn zu bestechen; und drohten dann, ihn zu hängen, wenn er ihnen einen Eid abfordern werde. In Folge dieser Drohungen erschien Herr Blanton nicht an der Wahlurne. Da es sich herausstellte, daß weit mehr Missourier anwesend waren, als sie zur Beherrschung der Wahl bedurften, wurden mehrere Kompagnieen von 150 bis 200 Mann nach andern Wahldistrikten abgeschickt, wo sie besser verwendet werden konnten. Statt des Herrn Blanton wurde ein Missourier zum Wahlrichter gewählt, welcher von der Ansicht ausging, daß jeder, der sich nur eine Stunde im Territorium aufgehalten, das Recht zum Stimmen habe. Als die Wahl begann, erschienen die Missourier mit einem weißen Bande im Knopfloch. Oberst Young meldete sich zuerst zum Stimmen. Er weigerte sich, den vom Gouverneur vorgeschriebenen Eid zu schwören, beschwor aber, daß er ein Bewohner des Territoriums sei. Einem der Wahlrichter, Herrn Abbott, welcher ihm die Frage vorlegte, ob er Kansas zu seiner Heimath zu machen gedenke, gab er zur Antwort, das ginge ihn nichts

an. Da die beiden andern Wahlrichter beschlossen, die Stimmzettel Young's anzunehmen, resignirte Herr Abbott, worauf an seine Stelle ebenfalls ein Missourier gewählt wurde. Young erklärte dann, es sei unnöthig, die andern Missourier noch zu vereiden, indem sie dasselbe schwören würden, wie er. Mehrere Bürger von Lawrence wurden vom Stimmkasten vertrieben. Einer derselben, Herr Bond, wurde von einem Haufen mit Pistolenschüssen verfolgt und rettete sich nur dadurch, daß er in den Fluß sprang. Die drei Personen, für welche die Missourier stimmten, und welche erwählt wurden, waren Bewohner des Staates Missouri."

„Im Wahldistrikt Bloomington erschienen die drei vom Gouverneur ernannten Wahlrichter und eröffneten die Urnen. Die Missourier rückten, 5- bis 600 stark, zu Pferde und zu Wagen am frühen Morgen heran. Ihre Anführer waren Samuel Jones, Postmeister von Westport in Missouri, Claiborne Jackson, der mit einer Kompagnie von Lawrence herbeigekommen war, und Steeley von Independence in Missouri. Sie waren mit doppelläufigen Flinten, Büchsen, Pistolen und Bowiemessern bewaffnet und führten Fahnen mit sich. Jones verlangte von den Wahlrichtern, daß die Missourier zum Stimmen zugelassen würden, ohne einen Eid wegen ihres Wohnsitzes zu schwören. Die Richter weigerten sich, darauf einzugehen, worauf Jackson eine Anrede an seine Leute hielt, in welcher er erklärte, daß sie ein Recht zum Stimmen hätten, wenn sie auch erst fünf Minuten in Kansas gewesen wären. Dann führte er sie an einen Wagen, theilte Flinten an sie aus und ließ dieselben laden. So ausgerüstet kehrten sie zum Wahllokal zurück und forderten die Richter auf, zu resigniren. Als diese sich weigerten, zertrümmerten sie das Fenster mit dem Rahmen, legten ihre Flinten und Pistolen auf die Richter an und drohten, sie zu erschießen. Da sich aber mehrere der Ihrigen in dem Lokal befanden, standen sie davon ab und versuchten statt dessen, mit Hebebäumen das ganze Gebäude, welches ein Blockhaus war, umzuwerfen. Ellison, einer der Richter, erklärte sich jetzt bereit, ihren Befehlen zu gehorchen; die beiden andern aber, Burson und Ramsay, blieben bei ihrer Weigerung. Hierauf drang ein Haufe, unter Anführung von Jones, in das Gebäude ein und hielt den beiden letzteren Pistolen und Bowiemesser entgegen. Jones zog seine Uhr heraus und sagte, er wolle ihnen fünf Minuten Zeit geben, zu

resigniren oder zu sterben. Nach Ablauf der fünf Minuten bewilligte er ihnen noch eine letzte Minute. Ellison rieth seinen Kollegen, zu resigniren, ergriff dann den Stimmkasten, rannte unter den Menschenhaufen, hielt den Kasten hoch in die Höhe und brachte ein Hurrah über das andere für Missouri aus. Burson und Ramsay wurden von ihren Freunden aus dem Hause geholt und fortgebracht. Jener steckte beim Fortgehen die Stimmbücher in die Tasche. Als die Missourier dies merkten, setzten sie ihm nach, um sie ihm zu entreißen. Burson steckte die Bücher einem gewissen Amberger zu und sagte ihm, er möge nach einer andern Richtung hin fortlaufen. Aber die Missourier hatten es gesehen, verfolgten und ergriffen ihn, nahmen ihm die Bücher fort und schleppten ihn als Gefangenen mit. Nachdem sie zum Stimmplatz zurückgekehrt waren, stellten sie zwei neue Wahlrichter an und drohten denselben, sie umzubringen, wenn sie den Stimmgebern einen Eid abzunehmen wagen würden. Ebenso bedrohten sie jeden, der sich dazu hergeben würde, einen Eid zu schwören, ihn zu erschießen, ihm „die Eingeweide auszuschneiden" u. dergl. m. Einige Bürger, welche zu stimmen versuchten, wurden fortgejagt. Einer derselben, Namens Macey, wurde gefragt, ob er den vorgeschriebenen Eid ablegen wolle, und als er dies bejahte, riß der Haufen ihn fort unter dem wüsten Geschrei: „Massakrirt den verdammten Niggerdieb! Schneidet ihm die Kehle ab! Reißt ihm das Herz aus!" Pistolen und Bowiemesser wurden auf ihn gerichtet. Einer hielt ihm einen Revolver ans Ohr, ein Anderer setzte die Spitze eines Messers auf sein Herz, und ein Dritter hieb während dessen unbarmherzig mit einem Knittel auf ihn los. Einige der Missourier sagten, sie seien gemiethet worden, um hier zu stimmen, sie bekämen einen Dollar per Tag, und sie wollten stimmen oder sterben. Der 30. März, sagten sie, sei ein wichtiger Tag, weil Kansas an diesem Tage zum Sklavenstaat gemacht werden würde."

Der Bericht des Ausschusses schließt mit den Worten: „Diese gesetzwidrige Einmischung ist bei jedem wichtigen Ereigniß in der Geschichte des Territoriums fortgesetzt worden. Jede Wahl wurde, nicht von wirklichen Ansiedlern, sondern von Bürgern des Staates Missouri beherrscht, und als eine Folge davon verdankt jeder Beamte des Territoriums, vom Constabler bis zum Gesetzgeber, die vom Präsidenten angestellten ausgenommen, seine Stellung nichtansässigen Stimmgebern."

Gouverneur Reeder hatte nur einen Zeitraum von vier Tagen zu Reklamationen gegen die Gültigkeit und Gesetzmäßigkeit der Wahlen bewilligt. Dieser Zeitraum war viel zu kurz, um die erforderlichen Zeugenaussagen und Beweismittel über die Betrügereien und Gewaltthaten der Missourier beizubringen und nach Shawnee Mission, dem damaligen Regierungssitz, der von manchen Wahlorten über 100 Meilen entfernt war, hinzuschicken. Dazu kam, daß viele der Freistaats-Ansiedler von den Drohungen der Grenzbanditen eingeschüchtert waren und ihre Rache fürchteten, im Fall sie Zeugniß von dem verübten Unfug ablegten. In Folge dessen liefen nur aus sechs von den achtzehn Wahldistrikten Proteste ein. Der Gouverneur fand dieselben alle begründet und ordnete in diesen Distrikten Neuwahlen an, sah sich aber genöthigt, die Wahlen in den übrigen Distrikten anzuerkennen und den gewählten Personen die vorgeschriebenen Wahlbeglaubigungen auszustellen. Die Missourier waren wüthend darüber, daß Reeder sich nicht als willenloses Werkzeug von ihnen gebrauchen lassen wollte, und griffen ihn auf's Heftigste in der Presse und in Versammlungen an. So sagte der „Brunswicker", eins der Grenzbanditen-Organe: „Wir hören, daß Reeder sich weigert, vier Mitgliedern des Councils (das Oberhaus der Legislatur) und dreizehn Mitgliedern des Hauses Certifikate zu geben, und daß er auf den 22. Mai eine Neuwahl angeordnet hat. Dieser höllische Schurke muß noch einen hänfenen Strick zu kosten bekommen." Am 6. April wurde in Shawnee Mission eine zahlreiche Grenzbanditen-Versammlung gehalten, welche den Beschluß faßte, „allen Ordnung und Gesetz liebenden Bürgern des Territoriums Kansas zu empfehlen, sich an der vom Gouverneur ausgeschriebenen Neuwahl nicht zu betheiligen, sondern das gute Recht der bereits gewählten Vertreter aufrecht zu erhalten." In fünf Distrikten enthielten sich in Folge dieses Beschlusses die Missourier jeder Einmischung bei der Wahl am 22. Mai; nur in dem Distrikt Leavenworth wiederholten sie das Schauspiel vom 30. März und wählten mit 560 gegen 140 Stimmen nochmals dieselben Personen, denen sie bei der ersten Wahl ihre Stimmen gegeben hatten. In jenen fünf Distrikten wurden die Freistaats-Kandidaten mit Stimmeneinheit gewählt.

Mit wie großer Gefahr es verknüpft war, sich dem Treiben der Missourier zu widersetzen, sollte sich bald zeigen. In Leaven-

worth stand an der Spitze Derjenigen, welche den Protest gegen die Wahl vom 30. März unterzeichnet hatten, ein Advokat, Namens William Phillips. Die Sklavereipartei hielt eine Versammlung und beschloß, Phillips aufzufordern, sofort das Territorium zu verlassen. Da er sich weigerte, dieser Aufforderung Folge zu leisten, wurde eine zweite Versammlung ausgeschrieben und eine große Anzahl von Grenzbanditen zur Verstärkung herbeigeholt. Nach vielem Schimpfen über „die Fanatiker des Nordens", über Abolitionisten und Freesoilers, über freie Rede und Presse, zog die ganze Versammlung bewaffnet aus, um Phillips zu suchen. Sie fanden und ergriffen ihn und schleppten ihn nach dem acht Meilen entfernten Orte Weston in Missouri. Vergebens suchten seine Freunde Hülfe für ihn bei den Behörden von Leavenworth und dem Kommandeur der in Fort Leavenworth, auf dem halben Wege nach Weston, stationirten Truppen; Niemand wollte sich einmischen. In Weston angekommen, wurde Phillips von den Grenzbanditen nackt ausgezogen, getheert und gefedert, auf einen Zaunriegel gebunden, unter Mißhandlungen aller Art durch den ganzen Ort geschleppt, dann durch einen Neger an den Meistbietenden versteigert und schließlich unter der Bedingung in Freiheit gesetzt, daß er bei Todesstrafe sich nicht wieder in Kansas blicken lasse. Einige Tage später wurde unter Vorsitz eines Mitgliedes der Legislatur von Kansas eine Versammlung gehalten, welche auf Antrag eines andern Mitgliedes, des Richters Payne, ihre vollkommene Billigung und Anerkennung der an Phillips verübten Mißhandlungen aussprach.

Bei einer andern Grenzbanditen-Versammlung in Leavenworth gerieth ein Freistaats-Ansiedler, Namens Mc. Crea, mit Einem von der Sklavenhalterpartei heftig aneinander. Dieser ergriff ein schweres Stück Holz und versetzte seinem Gegner einen heftigen Schlag damit. Ehe er aber noch den Schlag wiederholen konnte, hatte Mc. Crea eine Pistole gezogen und ihn niedergeschossen. Augenblicklich rissen die Gefährten des Erschossenen ihre Pistolen aus dem Gürtel und feuerten auf Mc. Crea, der sich durch schleunige Flucht rettete. Seine Freunde brachten ihn nach dem Fort, um ihn vor den Verfolgungen der Banditen sicher zu stellen. Nach längerer Haft wurde er vor die Grand Jury gestellt, welche aber keine Anklage gegen ihn erheben wollte, weil die Erschießung seines Gegners eine Handlung der Nothwehr gewesen sei. Diesem

Spruch der Jury und dem gemeinen Rechte zum Trotz hielt der vom Präsidenten Pierce angestellte Richter Lecompte, ein fanatisches Werkzeug der Sklavenhalter, ihn im Gefängniß fest und stellte ihn beim nächsten Gerichtstermin noch einmal vor die Grand Jury, setzte dieselbe jedoch so zusammen, daß er sicher sein konnte, sie würde eine Anklage auf Mord gegen Mc. Crea erheben. So geschah es denn auch, und der Angeschuldigte würde sicher als Mörder gehängt worden sein, wenn es seinen Freunden nicht gelungen wäre, ihm zur Flucht zu verhelfen.

In den Grenzdistrikten von Missouri selbst fand das Treiben der Banditen keineswegs allgemeine Billigung. Es ging aber Denjenigen, welche demselben offen entgegen zu treten wagten, eben so schlecht, wie den Freistaats-Ansiedlern von Kansas. Ich will nur noch ein Beispiel hier anführen, welches mit den beiden zuvor erwähnten genügen wird, um das Verfahren der Grenzbanditen zu charakterisiren. Der „Luminary", ein in Parkville, im County Platte, erscheinendes Blatt, hatte sich in sehr gemäßigten Worten gegen den Einfall der Missourier in Kansas ausgesprochen und den Rath gegeben, daß man die Bürger von Kansas ihre Angelegenheiten selbst reguliren lassen solle. Daraufhin rottete sich eine Banditenbande aus dem ganzen County zusammen, um Herausgeber und Redakteur des Blattes zu lynchen und die Druckerei zu zerstören. Als die Bande an Ort und Stelle ankam, war der Herausgeber, Herr Park, einer der ältesten Ansiedler jener Gegend, welcher den Ort, der von ihm den Namen trug, gegründet hatte, abwesend. Die Bande zertrümmerte seine Pressen und warf sie mitsammt dem übrigen Material der Druckerei in den Missourifluß. Der Redakteur des „Luminary", Herr Patterson, wurde ergriffen und sollte gehängt werden. Seine Frau bat flehentlich, daß man ihm das Leben lasse, und klammerte sich in ihrer Verzweiflung so fest an ihn an, daß es nicht möglich war, sie loszureißen. Die Bitten und der verzweifelte Widerstand der Frau bestimmten die Bande, das Hängen aufzugeben und statt dessen Herrn Patterson aus dem Staate Missouri und dem Territorium Kansas zu verbannen, bei Todesstrafe im Fall seiner Rückkehr.

Als die Freistaats-Ansiedler, welche mindestens drei Viertel der Bewohner von Kansas ausmachten, sich von dem ersten Schrecken über den Einfall und die Drohungen der Missourier

etwas erholt hatten, hielten sie Versammlungen, protestirten gegen die betrügerischen Wahlen und beschlossen, die Autorität der auf solche Art zusammengebrachten Legislatur in keiner Weise anzuerkennen.

Im Juni reiste der Gouverneur Reeder nach Washington, um dem Präsidenten und Ministerium die Lage des Territoriums eindringlich vorzustellen und die Autorität der Bundesregierung zum Schutz der Bevölkerung von Kansas gegen die übermüthigen Gewaltthaten der Missourier in Anspruch zu nehmen. Bei einer Administration, die sich mit Leib und Seele, mit Haut und Haar dem Interesse der Sklavenhalter verkauft hatte, deren ganzes Streben dahin gerichtet war, Kansas zum Sklavenstaat zu machen, mußte er natürlich eine sehr kalte Aufnahme mit seinen eindringlichen Vorstellungen finden. Was er auch sagen mochte, er predigte tauben Ohren. Präsident Pierce gewann daraus nur die Ueberzeugung, daß er in dem Gouverneur Reeder kein passendes Werkzeug für die Pläne seiner Herren, der Sklavenhalter, ausgewählt hatte.

Reeder kehrte unverrichteter Sache zurück. Als er in Leavenworth ankam, traf er mit dem schon oben erwähnten berüchtigten Stringfellow zusammen. Dieser stellte ihn zur Rede über das, was er im Osten in Bezug auf die Märzwahlen und die Rolle, welche die Missourier dabei gespielt, geäußert habe. Reeder antwortete, daß er ihm keine Rechenschaft schuldig sei, und nach einem kurzen Wortwechsel streckte der Banditenhäuptling den Gouverneur unversehens mit einem Faustschlage zu Boden und traktirte ihn dann mit Fußtritten, worauf dieser, nachdem es ihm gelungen war, wieder auf die Beine zu kommen, seinen Gegner mit einem Stuhl aus dem Zimmer trieb. Für diese pöbelhafte Rohheit wurde der Bandit Stringfellow nicht allein nicht bestraft, sondern das Unterhaus der Territorial-Legislatur, dessen Mitglied er war, belohnte ihn dafür, indem es ihn zum Sprecher wählte, eine Handlung, welche allein hinreicht, um diese Körperschaft vollständig zu charakterisiren.

Im Juli trat die sogenannte Gesetzgebung in Pawnee, wohin der Gouverneur den Regierungssitz verlegt hatte, zusammen. Ihr erster Akt bestand darin, die bei der Nachwahl vom 22. Mai erwählten Freistaats-Mitglieder auszustoßen und deren Sitze den

am 30. März Gewählten zu geben. Danach blieb in jedem der beiden Häuser nur noch ein Freistaatsmann. Den einen derselben stießen sie ebenfalls ohne alle weitern Umstände aus, der andere resignirte. Jetzt waren die Grenzbanditen ganz unter sich und konnten ganz ungestört an ihr Werk gehen, ohne auch nur durch einen Einwand von Seiten ihrer Gegner aufgehalten zu werden. Der nächste Schritt, welchen sie thaten, war die einstimmige Annahme eines Beschlusses, den Sitz der Legislatur nach Shawnee Mission zu verlegen. Dieser Ort liegt hart an der Grenze von Missouri; sie befanden sich dort mitten unter ihren Spießgesellen und konnten jeden Abend nach vollbrachtem Tagewerk nach Hause gehen. Pawnee dagegen liegt ziemlich in der Mitte von Kansas, so weit es damals angesiedelt war, und über 100 Meilen von der Grenze Missouri's entfernt. Gouverneur Reeder belegte den Uebersiedelungsbeschluß mit seinem Veto, worauf die Legislatur einstimmig das Veto annullirte und dann sofort ihre Uebersiedelung vornahm. Der Gouverneur, welcher seinen Sitz in Pawnee behielt, erklärte, er könne die Versammlung nicht mehr als Legislatur des Territoriums betrachten, und brach alle Verbindung mit ihr ab. Das war den Grenzbanditen schon ganz recht; sie waren damit von dem letzten Hinderniß, welches ihnen noch im Wege stehen konnte, befreit und konnten nun mit Dampf darauf losarbeiten.

Innerhalb etwa zwei Monaten machten sie ein Gesetzbuch, das mehr als tausend gedruckte Seiten stark war. Man wird fragen, wie es möglich ist, daß sie so Unglaubliches leisten konnten. Sehr einfach: sie nahmen die meisten Gesetze von Missouri an, ohne davon mehr, als den bloßen Titel zu lesen, und setzten bloß an die Stelle der Worte: „Staat Missouri" die Worte „Territorium Kansas." Veränderungen wurden wenige gemacht; nur wurden einige der Gesetze, die sich auf die Sklaverei beziehen, bedeutend verschärft. So heißt es z. B. in einem „Gesetz zur Bestrafung von Vergehen gegen Sklaven-Eigenthum": „Wenn Jemand einen Sklaven, der einem Andern gehört, in der Absicht, den Eigenthümer desselben der Dienste eines solchen Sklaven zu berauben, aus diesem Territorium weglockt oder fortbringt, so soll er des großen Diebstahls für schuldig erklärt werden und den Tod oder eine Gefängnißstrafe bei harter Arbeit von wenigstens zehn

Jahren erleiden.“ Dieselbe Strafe soll Denjenigen treffen, welcher in irgend einer Weise bei dem Fortlocken oder Wegschaffen eines Sklaven behülflich ist. Ferner: „Wenn Jemand innerhalb dieses Territoriums irgend ein Buch, eine Zeitung, eine Broschüre, eine Zeitschrift, einen Zettel oder ein Cirkular, worin irgend welche Angaben, Argumente, Ansichten, Meinungen, Doktrinen oder Rathschläge enthalten sind, welche dahin zielen, unter den Sklaven des Territoriums eine ordnungswidrige, gefährliche oder rebellische Unzufriedenheit zu erregen, oder solche Sklaven dazu zu verleiten, aus dem Dienst ihrer Herren zu entweichen, oder sich der Autorität derselben zu widersetzen, druckt, schreibt, einführt oder verbreitet, oder einführen, drucken, schreiben oder verbreiten läßt, oder wissentlich bei der Einführung, dem Druck, der Veröffentlichung oder Verbreitung behülflich ist, so soll er mit Gefängniß bei harter Arbeit für einen Zeitraum von nicht weniger als fünf Jahren bestraft werden.“

Das Stimmrecht, welches der Kongreß in dem Kansas-Nebraska-Gesetz jedem „wirklichen Ansiedler, welcher Bürger der Vereinigten Staaten ist, oder seine Absicht erklärt hat, Bürger werden zu wollen,“ verliehen hatte, beschränkte die sogenannte Legislatur auf „jeden freien, weißen Bürger der Vereinigten Staaten, der ein Bewohner des Territoriums ist, eine Territorialsteuer bezahlt hat und auf Verlangen eidlich erklärt, daß er das Sklavenfanggesetz unterstützen und befolgen will.“ Hierzu bemerkt die schon mehr erwähnte Untersuchungskommission des Repräsentantenhauses: „Während durch dieses Gesetz alle Diejenigen, welche den verlangten Eid nicht schwören wollten, und alle im Auslande geborenen Ansiedler, welche ihre Absicht, Bürger werden zu wollen, erklärt hatten, vom Stimmrecht ausgeschlossen wurden, konnte ein Jeder, der sich am Tage einer Wahl im Territorium befand, wenn er eine Abgabe von einem Dollar an den Sheriff bezahlte, der sich zur Empfangnahme dieser Abgaben auf dem Wahlplatz aufhalten mußte, als „Bewohner“ mitstimmen, wenn er auch in Missouri gefrühstückt hatte und zum Abendessen dorthin zurückzukehren gedachte.“ Jeder Kandidat für die Legislatur, jeder Wahlrichter, jeder sonstige Beamte und jeder Advokat mußte sich ebenfalls durch einen Eid zur Befolgung des Sklavenfanggesetzes verpflichten.

Um sich die Gewalt über das Territorium vollständig zu sichern, dekretirte die Grenzbanditen-Versammlung ihr eigenes Fortbestehen bis zum Jahre 1858, das heißt bis dahin, wo die Volkszahl des Territoriums voraussichtlich so weit angewachsen sein mußte, daß das Territorium zum Staat gemacht werden konnte, behielt sich die Ernennung aller Verwaltungs- und Justizbeamten vor und stellte eine Anzahl von Generalen als Kommandanten der Miliz an, welche der Sache der Sklavenhalter treu ergeben waren, und unter deren Leitung eine beliebige Zahl von Missouriern als Miliz von Kansas eingereiht werden konnte. Die Ernennung aller Beamten sicherten sie sich vermittelst eines Gesetzes, welches die Wahl von drei Countykommissären für jedes County durch die Legislatur und die Anstellung sämmtlicher Beamten durch diese Kommissäre vorschrieb. Wie sich das von einer solchen Bande nicht anders erwarten läßt, wählten sie nur sich selbst und ihre besten Freunde zu Countykommissären und stellten dann wieder sich selbst und ihre besten Freunde als Sheriffs, Steuerempfänger, Friedensrichter, Constables u. s. w. an — eine so schamlose Habgier, daß sogar die große Masse der Grenzbanditen darüber empört war.

Der Kommissionsbericht drückte sich über diesen ganzen Schwindel mit den Worten aus: „Auf diese Weise hat das Volk auch nicht die geringste Kontrolle, weder über den gesetzgebenden, noch über den vollziehenden, noch über den richterlichen Zweig der Territorialregierung bis zu der Zeit, wo vermöge des Anwachsens der Bevölkerung eine Staatsregierung an die Stelle der Territorialregierung treten wird.“

Gleich nach ihrem Konflikt mit dem Gouverneur Reeder hatte die sogenannte Gesetzgebung ein Gesuch um Absetzung des Gouverneurs an den Präsidenten Pierce gerichtet. Es bedurfte dessen gar nicht, um „den armseligen Pierce,“ wie er später von seinen eigenen Parteigenossen genannt wurde, zu diesem Schritt zu bestimmen; Reeder's Absetzung war längst beschlossen. Um Aufsehen zu vermeiden, suchte man ihn erst zu Resignation zu bewegen und versprach ihm einen Gesandtenposten. Darauf ging Reeder jedoch nicht ein, und so blieb nichts Anderes übrig, als ihn abzusetzen. Zum Vorwand wurde die leichtfertige Behauptung genommen, er habe sich in unerlaubte Landspekulationen eingelassen,

ein Vorwand, welcher einer so korrupten Administration, wie die des Präsidenten Pierce, schlecht genug anstand, und welche man sich wohl hütete, durch eine ordentliche Untersuchung, wie Reeder sie verlangte, zu begründen.

Reeder war als guter Demokrat und mit der aufrichtigen Absicht nach Kansas gekommen, treulich mitzuwirken an dem Plane seiner Partei und ihres Präsidenten, das Territorium zu einem Sklavenstaat zu machen. Die Grenzbanditen bekehrten ihn, sie machten ihn zu einem entschiedenen Freistaats-Mann, und als er das Territorium verließ, wandte er der demokratischen Partei den Rücken und trat zur republikanischen über. Die Sklavenhalter machten dem „armseligen" Pierce den Vorwurf, Reeder sei immer ein Freesoiler gewesen, und er, der Präsident, habe das wohl gewußt, als er ihn zum Gouverneur ernannt. Auf diesen Vorwurf antwortete die Washington „Union," das Organ des Präsidenten: „Ein Herr in Virginien lenkt unsere Aufmersamkeit auf die Thatsache, daß die Feinde des Präsidenten Pierce im Süden ein besonderes Gewicht auf die Anstellung des Gouverneurs Reeder, als einen Beweis seiner Bereitwilligkeit, Freesoilers zu begünstigen, legen, und fragt uns, ob Gouverneur Reeder zur Zeit seiner Anstellung als ein gesunder Nationaldemokrat*) angesehen wurde. Wir sind im Stande, diese Frage mit vollkommener Zuversicht zu beantworten und zu sagen, daß bis zu der Zeit, wo Gouverneur Reeder nach Kansas ging, um die Funktion des Gouverneurs anzutreten, so weit wir je gehört hatten, und so weit der Präsident je gehört hatte, auch nicht der Schatten eines Argwohns existirte, daß er Freesoil-Gesinnungen hegen könnte. Er wurde angestellt unter den festesten Versicherungen, daß er aufrichtig und rückhaltslos ein „nationaler Mann" sei. Wir sind

*) Seitdem die Sklavenhalter in ihren Prätensionen so weit vorgeschritten waren, die Sklaverei für eine nationale Institution zu erklären, nannten sie Alle, welche dies als einen Glaubensartikel anerkannten, „nationale Männer," und die Masse der Demokraten bezeichnete sich selbst, zur Unterscheidung von denjenigen, welche ketzerische Ansichten hinsichtlich jenes Glaubensartikels hegten, als „nationale Demokraten." „Gesund", oder „gesund in der Gänsefrage" wurden diejenigen genannt, auf deren „nationale" Gesinnungen man sich vollständig verlassen konnte, die mit Leib und Seele sich der Sache der Sklavenhalter verkauft hatten, die auf die „segensreiche, göttliche Institution" wie auf ihre Bibel schworen.

ferner im Stande, auf sehr zuverlässige Autorität hin zu sagen, daß Gouverneur Reeder während seines Aufenthalts in Washington zur Zeit seiner Anstellung mit Herren aus dem Süden über das Thema der Sklaverei sich unterhielt und jenen Herren die Versicherung gab, er trage eben so wenig Bedenken, einen Sklaven als ein Pferd zu kaufen, und er bedaure nur, daß er nicht Geld genug habe, um sich eine Anzahl Sklaven anzuschaffen und mit nach Kansas zu nehmen. Wir haben gehört, daß er dieselben Gesinnungen auf seinem Wege nach Kansas wiederholt hat. Es ist die größte Ungerechtigkeit, Reeder's Anstellung als einen Beweis anzuführen, daß der Präsident willig sei, Freesoilers zu begünstigen."

Gewiß, der „armselige" Pierce ist vollkommen gerechtfertigt. Reeder war ein „ganz gesunder, nationaler Demokrat," und erst die praktische Belehrung, welche ihm die Missourier über die eigentliche, wahre Bedeutung dieses Begriffes gaben, wandelte ihn um.

Zum Nachfolger des Gouverneurs Reeder wurde Wilson Shannon von Ohio ernannt, ein durch und durch „nationaler" Mann, ein Mann, der vom Wirbel bis zur Zehe „gesund" war „in der Gänsefrage". Um über diese seine „Gesundheit" und über die Stellung, die er in Kansas einzunehmen gedachte, keinen Zweifel zu lassen, nahm der Gouverneur Shannon einen feierlichen Empfang an, welcher ihm in Westport in Missouri, einem der Hauptnester der Grenzbanditen, von diesen bereitet wurde, und hielt bei der Gelegenheit eine Rede, in welcher er sich für einen der Ihrigen erklärte. „Dieser freundliche Empfang," sagte er, „zeige ihm, daß er sich auf ihre Hülfe verlassen könne, um die Hindernisse, die ihm im Wege ständen, zu überwinden („Ja," fiel ihm Einer in's Wort, „Sie sollen unsere Hülfe haben"). Er bedauere, daß in einigen Theilen des Territoriums sich eine Neigung kundgebe, die Gesetze, welche ihre Legislatur gemacht habe, zu mißachten. Das sei eine revolutionäre Bewegung. Diese Gesetze seien bindend für jeden Bürger; die Justizbeamten des Territoriums hätten das anerkannt, und er werde seine ganze Macht dazu anwenden, die Gesetze in Vollzug zu setzen. Was die Sklaverei betreffe, so sei er der Ansicht, daß in den Nachbarstaaten Missouri und Kansas die Institutionen in Einklang sein müßten; er sei deßhalb für Sklaverei in Kansas."

In Bezug auf die Aeußerung des Gouverneurs, daß die Justizbeamten des Territoriums die von der Grenzbanditen-Legislatur erlassenen Gesetze für bindend erklärt hätten, muß ich Folgendes zur Erläuterung bemerken. Die Legislatur hatte einige dieser sogenannten Gesetze dem von Präsidenten Pierce ernannten Obergericht des Territoriums zur Prüfung ihrer Verfassungsmäßigkeit vorgelegt. Zwei von den drei Mitgliedern des Gerichts, Lecompte und Elmore, gaben ein Gutachten zu Gunsten der Verfassungsmäßigkeit ab, und der Generalanwalt des Territoriums, den die Sache gar nichts anging, stimmte demselben bei. Der Dritte der Richter, Herr Johnson, war so ehrlich, zu bekennen, daß dem Gerichtshof kein solches vorgreifendes Urtheil über die Verfassungsmäßigkeit irgend eines Gesetzes zustehe, sondern daß es nur dann seine Sache sei, die Verfassungsmäßigkeit zu beurtheilen, wenn ein Prozeß vor seinem Forum anhängig sei, in welchem ein solches Gesetz in Anwendung komme.

Die Freistaats-Ansiedler des Territoriums sahen keinen andern Weg mehr für sich offen, um der Unterjochung, mit welcher sie von den Beamten des Präsidenten und den Missourier Grenzbanditen bedroht waren, zu entgehen, als den, die aufgezwungene Autorität ihrer Tyrannen gänzlich zu ignoriren und sich eine eigene Organisation, eine eigene Regierung zu schaffen. Nach mehreren vorbereitenden Versammlungen hielten sie am 19. September in Topeka eine Konvention von Delegaten, welche den Beschluß faßte, daß die Freistaatsleute sich an der auf den 1. Oktober anberaumten Wahl eines Vertreters im Kongreß nicht betheiligen, sondern statt dessen am 9. Oktober auf eigene Hand einen solchen Vertreter und zu gleicher Zeit Delegaten zu einer Territorial-Konvention wählen sollten, welche mit der Ausarbeitung einer Staatsverfassung und Errichtung einer Staatsregierung beauftragt wurde. Zur Vollziehung dieser Beschlüsse und zur Ueberwachung der Angelegenheiten des Territoriums wurde ein Exekutivausschuß von sieben Mitgliedern gewählt.

Von dieser Zeit an sonderten sich die Bewohner von Kansas vollständig in zwei Klassen, in „Freistaats“- und „Sklavenstaats-Leute.“ Alle sonstigen Parteiunterschiede hörten auf; für längere Zeit war weder von Whigs, noch von Demokraten, Republikanern oder Knownothings die Rede. Die Freistaatsleute bildeten die

große Mehrheit; nicht bloß alle Ansiedler aus den freien Staaten gehörten dazu, sondern auch viele aus den Sklavenstaaten schlugen sich auf diese Seite. Die Sklavenstaatsleute stützten sich lediglich auf die Bundesbeamten und die Missourier Grenzstrolche.

Mit Hülfe einer neuen Invasion von Missouri wählte die Sklavenstaatspartei am 1. Oktober ihren frühern Vertreter Whitfield wieder zum Kongreß; die Freistaatspartei dagegen wählte am 9. Oktober ohne erhebliche Störungen den Ex-Gouverneur Reeder und zu gleicher Zeit ihre Delegaten zur Territorial-Konvention; nur in einigen Grenzorten wurde sie von den Missouriern am Stimmen verhindert. Die Konvention trat am 23. Oktober in Topeka zusammen. Sie arbeitete mit ausdauerndem Fleiße Tag und Nacht und hatte in kurzer Zeit eine Verfassung entworfen, die am 15. Dezember dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden sollte.

Mittlerweile war die Sklavenstaatspartei nicht müßig. Sie hielt zunächst am 14. November eine Abgeordneten-Versammlung in Leavenworth, in welcher Gouverneur Shannon den Vorsitz führte. Der Gouverneur denuncirte die Bewegung der Freistaatsleute und ihre Konvention in Topeka als Hochverrath und erklärte, er sei entschlossen, mit allen Mitteln dagegen einzuschreiten und „Gesetz und Ordnung" aufrecht zu erhalten. Die Versammlung faßte Beschlüsse in diesem Sinne, und die Sklavenstaats- und Grenzbanditen-Partei legte sich seitdem den wohlklingenden Namen „Gesetz- und Ordnungs-Partei" zu. Damit war jedoch noch wenig gewonnen. Es handelte sich um Thaten; es handelte sich darum, die Freistaatspartei, so lange sie noch schwach an Zahl war, mit Gewalt zu unterdrücken, so zu unterdrücken, daß sie sich nicht wieder regen konnte. Dazu eignete sich der Winter, während dessen die Einwanderung aus dem Norden stockte, am besten. Sheriff Jones, einer der von der Grenzbanditen-Legislatur angestellten Beamten, erfand einen Plan, um die Freistaatsansiedler zur höchsten Erbitterung zu reizen und dann unter dem Schein der Gesetzlichkeit und unter dem Beistand des Gouverneurs mit einer Bande von Missouriern über sie herzufallen und wo möglich einen Vertilgungskrieg gegen sie zu führen. Am 21. November wurde bei Hickory Point ein Freistaatsmann von einem Missourier kaltblütig erschossen. Die Freunde des Ermordeten hielten eine

Versammlung, um zu berathen, wie der Mörder ausgemittelt und zur verdienten Bestrafung gezogen werden könne. Sheriff Jones ließ einen der Mitschuldigen an dem Morde vor einem Friedensrichter, den er zu dem Zweck erst anstellte, beschwören, daß sein Leben von einem Freistaatsmann, Namens Branson, bei welchem der Erschossene gewohnt hatte, bedroht sei, und ließ daraufhin einen Haftsbefehl gegen Branson ausstellen. Dann ritt er an der Spitze von 14 Mann nach dem Hause Branson's hin, und schleppte ihn mitten in der Nacht fort, um ihn nach der Stadt Lawrence zu bringen. Lawrence war die bedeutendste Freistaatsansiedlung. Der Sheriff rechnete darauf, daß die Bevölkerung, erbittert über die doppelte Missethat, Branson mit Gewalt aus seinem Gewahrsam befreien würde, und dann sollte der Kampf gegen die „rebellische" Stadt beginnen. Dieser Plan wurde insofern vereitelt, als die Nachbarn des Verhafteten, welche augenblicklich von dem Vorgefallenen in Kenntniß gesetzt wurden, sich auf ihre Pferde warfen, dem Sheriff nachjagten und Branson aus seiner Gewalt befreiten. Die Befreier schlugen dann den Weg nach Lawrence ein. Dies gab dem Sheriff Veranlassung, zu behaupten, die That sei von den Bewohnern der Stadt Lawrence verübt worden, und Lawrence sei in offener Rebellion gegen die gesetzmäßigen Behörden.

Am nächsten Morgen, den 27. November, verlangte er von dem Gouverneur eine Milizmacht von 3000 Mann, um das Gesetz den Rebellen gegenüber vollstrecken zu können, forderte aber gleichzeitig seine Freunde in Missouri auf, so viel Bewaffnete, als sie aufzutreiben vermöchten, schleunigst nach Kansas zu schicken. Der Gouverneur erließ einen Befehl an die verschiedenen, von der Legislatur ernannten Generale, an Streitkräften zu sammeln, was sie könnten, und dem Sheriff Jones zur Verfügung zu stellen. Hunderte von Missourier Grenzbanditen strömten in den nächsten Tagen nach den Rendezvous-Plätzen Lecompton und Franklin, um unter den Befehlen des Gouverneurs Shannon und des Sheriffs Jones als „Miliz von Kansas" gegen die Freistaatsleute zu operiren. Diese blieben indeß auch nicht müßig. Sie sammelten ihre Kräfte in Lawrence, gegen welchen Ort es zunächst abgesehen war, organisirten sich dort militärisch, erwählten die Herren Robinson und Lane zu ihren Generalen, schafften an Waffen

und Munition herbei, was zu haben war, machten militärische Uebungen und bauten Verschanzungen um die Stadt. Die Missourier bezogen ein Lager bei Franklin, in der Nähe von Lawrence.

Gouverneur Shannon kam am 6. Dezember in diesem Lager an. Er hatte schon vorher viel davon gehört, was für eine Räuberbande dort versammelt sei, hatte aber den Berichten keinen Glauben schenken wollen. Nachdem er sich durch eigene Anschauung überzeugt, daß alles, was ihm von den Räubereien, Plünderungen und Gewaltthaten dieser Strolche gemeldet worden, wahr sein müsse, erschrack er vor der Größe der Verantwortung, die er auf sich laden würde, wenn er mit solchem Gesindel „Gesetz und Ordnung" handhabe, und wandte sich an den Kommandeur des in Fort Leavenworth stationirten Dragonerregiments, Oberst Sumner, mit der Bitte, seine Truppe ihm gegen die rebellischen Freistaatsleute zur Verfügung zu stellen. Da der Oberst sich weigerte, weil er von seiner vorgesetzten Behörde keinen Befehl dazu habe, hielt Gouverneur Shannon es für gerathener, mit den Freistaatsleuten in Unterhandlung zu treten. Die Folge dieser Unterhandlungen war ein förmlicher Vertrag, zwischen dem Gouverneur und den Herren Robinson und Lane, als Vertretern der Bewohner von Lawrence, abgeschlossen, welcher in sehr zweideutigen Ausdrücken beide Parteien zum Frieden verpflichtete. Der Gouverneur hielt dann vor einer Versammlung der Bürger eine Rede, in welcher er die ganze Geschichte für ein Mißverständniß erklärte, die Versicherung gab, daß mit seinem Willen keine Missourier als Miliz berufen worden seien, und dieselben nach Haus zu schicken versprach. Er ertheilte auch die nöthigen Befehle hierzu und beauftragte die „Generale" Robinson und Lane, mit den unter ihrem Befehle stehenden Mannschaften den Frieden zu erhalten und die Bürger von Lawrence und Umgegend zu beschützen.

Bei der Volksabstimmung, welche am 15. Dezember über die in Topeka entworfene Freistaats-Konstitution stattfand, fielen 1731 Stimmen für und 46 gegen dieselbe. In Atchison, Kickapoo und vielen andern Ortschaften, die in der Nähe der Grenze von Missouri liegen, wurde die Abstimmung von den Grenzbanditen durch Entfaltung einer überlegenen Macht, durch Drohungen und Gewaltthaten verhindert. In Leavenworth bemächtigte sich, nachdem etwa 300 Stimmen abgegeben worden waren, ein starker

Haufe Missourier, welcher durch einen der „Generale“ dorthin geführt worden war, um gerade an dem Wahltage aus dem Dienst von Kansas entlassen zu werden, des Stimmkastens und der Listen und zerstörte dieselben. Die Wahlbeamten wurden dabei mißhandelt und entgingen nur mit knapper Noth dem Tode.

In ähnlicher Weise ging es bei der Wahl der Staatsbeamten zu, welche das Exekutivkommittee der Freistaatspartei auf den 15. Januar festgesetzt hatte. In Leavenworth konnte keine Wahl abgehalten werden, weßhalb dieselbe auf den 17. Januar nach Easton verlegt wurde. Sie fand dort zwar statt; aber viele der Wähler wurden auf dem Hin- und Rückwege mißhandelt. Eine Gesellschaft von sechzehn Wählern hatte ein förmliches Gefecht zu bestehen und sah sich schließlich gezwungen, sich an eine dreifache Uebermacht von Grenzbanditen zu ergeben. Sie wurden in ein Haus eingesperrt, wo einige Stunden später ihr Führer, Namens Brown, von der thierischen Bande mit Beilen zu Tode gehackt wurde. Die übrigen Gefangenen entgingen dem gleichen Schicksal vielleicht nur dadurch, daß einer der Banditen selbst, der sich über die Greuelthat entsetzte, ihnen zur Flucht verhalf.

Am 1. März 1856 versammelten sich in Topeka die am 15. Januar gewählten Staatsbeamten und Mitglieder der Staatslegislatur. Sie beschränkten sich darauf, eine Denkschrift an den Kongreß abzufassen, welche um die Aufnahme von Kansas als Staat nachsuchte, Ausschüsse zu ernennen, welche Gesetzbücher für den zukünftigen Staat ausarbeiten sollten und zwei Senatoren zu wählen für den Fall, daß der Kongreß die Zulassung des neuen Staates bewilligen würde. Nach Erledigung dieser Geschäfte vertagte sich die Legislatur bis zum 4. Juli, in der Erwartung, daß der Kongreß bis dahin das Aufnahmegesuch bewilligen würde. Die Staatsbeamten in Funktion treten zu lassen, davon war einstweilen noch nicht die Rede. In allen diesen Handlungen lag durchaus nichts Gesetzwidriges; es war das Nämliche, was viele seitdem als Staaten aufgenommene Territorien zuvor gethan hatten. Aber was dort eine erlaubte Handlung, was die Ausübung eines natürlichen Rechtes war, wurde hier von den Machthabern für ein Verbrechen erklärt.

Die Bewohner des Territoriums hatten schon früher eine Denkschrift an den Präsidenten der vereinigten Staaten gesandt,

worin sie ihn baten, daß er sie in ihren natürlichen und bürgerlichen Rechten gegen die bewaffneten Eindringlinge aus Missouri schütze. Der Präsident antwortete darauf mit einer außerordentlichen Botschaft an den Kongreß und einer Proklamation an das Volk von Kansas, in welchen beiden Dokumenten er vollständig die Partei der Grenzbanditen nimmt, die Freistaatsleute für Rebellen erklärt und den Entschluß ausspricht, mit der ganzen Macht der Regierung die Gesetze der Grenzbanditen-Legislatur aufrecht zu erhalten und die von ihr angestellten Beamten zu unterstützen.

Das machte natürlich den Grenzbanditen frischen Muth und spornte sie zu neuen Thaten an. Der bekannte Sheriff Jones hatte es vor allen Dingen wieder auf Lawrence abgesehen. Außerdem war es ihm darum zu thun, dem weiter oben schon erwähnten Ausschuß des Repräsentantenhauses, welcher sich damals in Lawrence aufhielt, um die von den Missouriern verübten Greuel- und Gewaltthaten zu konstatiren, hindernd in den Weg zu treten, sei es durch Verhaftung der Zeugen, deren derselbe bedurfte, oder durch Herbeiführung eines Tumultes, bei welchem die Papiere des Ausschusses vernichtet und die Mitglieder selbst vielleicht unschädlich gemacht werden konnten. Sheriff Jones versuchte also, eine Verhaftung in Lawrence vorzunehmen, wurde aber, wie er erwartet und gehofft hatte, daran verhindert. Am nächsten Sonntag ging er wieder hin und forderte verschiedene Bürger, die auf dem Wege zur Kirche waren, auf, ihm bei einer Verhaftung behülflich zu sein, wozu ein Jeder gesetzlich verpflichtet ist. Da aber am Sonntag in Amerika alle Privat- und öffentlichen Geschäfte ruhen und auch keine Verhaftungen, außer auf frischer That, vorgenommen werden, weigerten sich die Aufgeforderten alle, Folge zu leisten. Auch das hatte der Sheriff gehofft. Er wandte sich sofort an den Gouverneur um eine bewaffnete Macht gegen die „Rebellen" von Lawrence. Der Gouverneur, dem mittlerweile die Truppen zur Verfügung gestellt worden waren, requirirte ein Detachement Dragoner, und Sheriff Jones rückte mit denselben vor die „rebellische" Stadt. Unter dem Schutz der Soldaten verhaftete er die Bürger, welche ihm nicht hatten Folge leisten wollen, ohne dabei auf Widerstand zu stoßen. Das kam ihm höchst ungelegen. In der Hoffnung, doch noch einen Konflikt herbeizuführen, bezog er mit den Dragonern ein Lager vor der Stadt und sperrte seine Gefangenen in einem

Zelte ein. Die Sache kam aber anders, als er gedacht hatte. In der Nacht vom 23. April, während Jones vor seinem Zelte an einem Lagerfeuer stand, wurden rasch nach einander mehrere Pistolenschüsse auf ihn abgefeuert, von denen einer ihn traf und schwer verwundete. Wer die That begangen haben mag, ist nie ermittelt worden; die Schuld wurde aber der ganzen Stadt Lawrence beigemessen, obschon die Bürger in einer Versammlung ihre Entrüstung darüber aussprachen, und der Freistaats-Gouverneur Robinson eine Belohnung von 500 Dollar auf die Entdeckung des Thäters aussetzte. Der Plan des Sheriffs war für dieses Mal vereitelt, und die Dragoner zogen wieder ab. Dragoner waren übrigens auch nicht die Leute, die man gebrauchen konnte für solche Pläne.

Indessen zog sich bereits von anderer Seite ein neues Ungewitter gegen die Freistaatsleute und die Stadt Lawrence zusammen. Die Bundesjustiz vereinigte sich mit der Territorialpolizei, um das Attentat der letztern auszuführen. In Lecompton war im Mai das Distriktsgericht der Vereinigten Staaten in Sitzung getreten. Der vorsitzende Richter Lecompte machte die Grand Jury darauf aufmerksam, daß die Freistaatsbewegung ein hochverrätherisches Unternehmen sei und die darin verwickelten Personen deßhalb in Anklagezustand versetzt werden müßten. Die Jury, welche für diesen Staatsstreich besonders zusammengelesen war, erhob nicht allein diese Anklage nach dem Wunsche des Richters, sondern ging noch weiter. Sie erklärte die in Lawrence erscheinenden Zeitungen „Herald of Freedom“ und „Kansas Free State“, sowie das in Lawrence liegende Gebäude des „Free State Hotel“ für gemeinschädliche Uebel und empfahl die Ergreifung geeigneter Schritte zur Beseitigung dieser Uebel. Mehr konnte selbst Sheriff Jones, konnte die ganze Grenzbanditenbande nicht hoffen und wünschen.

Um diese vortreffliche Gelegenheit gehörig ausbeuten zu können, wurde noch eine andere Veranlassung herbeigezogen zum gewaltsamen Einschreiten gegen Lawrence. Während der Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses dort in Sitzung war, erschien ein Deputy-Marschall in dem Lokal desselben mit einem Vorführungsbefehl gegen Exgouverneur Reeder, wodurch dessen Anwesenheit vor dem Gerichtshof in Lecompton verlangt wurde. Reeder weigerte sich, mitzugehen, weil er als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß unentbehrlich sei, und überdies seine Stellung als

erwähltes Kongreßmitglied ihn gegen Verhaftung schütze. Die energisch ausgesprochene Erklärung Reeder's wurde von einigen anwesenden Bürgern mit lebhaftem Beifall begrüßt. Das war genügend, um Lawrence wieder zu einem „Rebellennest" zu stempeln. Reeder, will ich hier gleich bemerken, entfloh bald darauf verkleidet aus dem Territorium, weil sein Leben keinen Augenblick mehr vor den meuchelmörderischen Kugeln und Messern der Grenzbanditen sicher war.

Unter dem 11. Mai erließ der Exekutivbeamte des Bundesgerichts in Lecompton, Marschall Donaldson, eine Proklamation an das Volk von Kansas, worin er alle „dem Gesetz gehorsamen Bürger" aufforderte, sich so schnell als möglich in hinreichender Zahl in Lecompton einzufinden, um ihm bei der Ausführung von Verhaftsbefehlen in Lawrence gegen bewaffneten Widerstand, der zu erwarten stehe, behülflich zu sein. Alsbald strömten die wohlbekannten Banden aus Missouri zusammen, diesmal verstärkt durch neue Gestalten, die aus dem tiefen Süden herbeigeeilt waren. Die Missourier hatten sich in der Presse bitterlich darüber beklagt, daß ihnen Kansas bloß an baarem Gelde schon über 150,000 Dollar gekostet habe, und daß die ganze Arbeit allein auf ihren Schultern ruhe, während doch alle Sklavenstaaten dabei interessirt seien. Auf diesen Nothruf kam endlich Hülfe, ein Regiment Freiwillige aus Süd-Karolina, Alabama und Florida. In Lawrence sollten sich diese Helden ihre ersten Sporen verdienen. Am 20. Mai war die Stadt von 800 wohlbewaffneten Banditen mit mehreren Kanonen umzingelt. Unter den vielen Generalen und Obersten, die der Expedition beiwohnten, befand sich auch der Exvicepräsident Atchison.

Vergebens hatten die Bürger von Lawrence bei dem Gouverneur Shannon und dem Marschall Donaldson gegen die Gewaltthaten, mit denen sie von dem Banditenhaufen bedroht seien, protestirt; vergebens hatten sie versichert, daß die vollkommenste Ruhe und Ordnung in der Stadt herrsche, und daß keiner Verhaftung Widerstand geleistet werden solle; vergebens hatten sie sich sogar erboten, den Beamten bei der Vornahme von Verhaftungen behülflich zu sein. Es war einmal beschlossen, durch die „Gesetz- und Ordnungspartei" ihnen eine Lehre zu geben, ihnen zu zeigen, worin die wahre Ruhe und Ordnung bestehe. Die Bürger beriethen und beriethen, was zu thun sei, und kamen endlich zu

dem Entschluß, nichts zu thun, den Bundesbehörden keinen Widerstand entgegen zu setzen, sondern Alles über sich ergehen zu lassen.

Am 21. Mai marschirte die Banditenarmee vor Lawrence in Schlachtordnung auf. Marschall Donaldson ging dann mit einigen Unbewaffneten in die Stadt und verhaftete die angeschuldigten Freistaatsbeamten. Als er damit fertig war, kam die Reihe an den von seiner Wunde wieder hergestellten Sheriff Jones. Dieser rückte mit einem Trupp Bewaffneter in die Stadt und verlangte die Ablieferung aller Waffen. Die vorhandenen Kanonen und eine Anzahl Büchsen wurden ihm gegeben. Während er seinen Raub in Sicherheit brachte, marschirte die ganze Banditenarmee in den Ort hinein. Der Sheriff erklärte, er habe Befehl von dem Gerichtshof in Lecompton, das Freistaatshotel und die Druckereien der beiden Zeitungen zu zerstören. Diese Mittheilung wurde mit Jubel begrüßt, und das Zerstörungswerk nahm augenblicklich seinen Anfang. Exvicepräsident Atchison hatte sich das Hotel zur Kühlung seiner Wuth vorbehalten. Zuerst versuchte er, es mit Kanonen zusammenzuschießen. Als dies nicht gelingen wollte, probirte er, es in die Luft zu sprengen; da aber auch dieses Experiment fehlschlug, ließ er es in Brand stecken. Dann begann eine allgemeine Plünderung. Jeder Bandit stahl, was ihm gefiel: der eine eine goldene Uhr, der andere eine Kiste Cigarren, der dritte baares Geld, der vierte Kleidungsstücke u. s. w. Außerdem wurden in der Stadt und in der Umgegend alle Pferde und alles Rindvieh geraubt, dessen die Banditen habhaft werden konnten. Die Zahl der gestohlenen Pferde wird auf 200 angegeben, der Werth des zerstörten und gestohlenen Eigenthums auf 150,000 Dollar. Zum Beschluß des Vergnügens wurde noch das Haus des Freistaats-Gouverneurs Robinson in Brand gesteckt.

Diese Missethaten wurden keineswegs von allen Sklavenstaatsleuten gebilligt. Es befanden sich unter ihnen manche, die in der Absicht nach Kansas gekommen waren, sich dort eine friedliche, glückliche Heimath zu gründen; andere, die zwar den guten Willen hatten, mit Eifer für die Sache der Sklaverei zu arbeiten, deren Gefühl sich aber gegen solche Mittel, wie die Grenzbanditen sie anwandten, sträubte, oder die so viel Einsicht hatten, zu begreifen, daß auf solchem Wege zu keinem günstigen Endresultat zu kommen sei. Viele, die sich im Territorium schon fest angesiedelt hatten,

wurden zu Freistaatsleuten bekehrt; viele wandten dem Schauplatz der Greuel den Rücken und gingen wieder nach ihrer alten Heimath. Einer dieser Zurückgekehrten, ein Kentuckier, Namens Sebree, erstattete einen Bericht über seine Erfahrungen, welchen eine Zeitung seines Heimathsstaates mit folgenden Worten veröffentlichte: „Herr Sebree sagt, daß eine große Anzahl von Missouriern in Kansas ist, und daß die Zufuhr an solchen Missouriern nur in der Nachfrage eine Beschränkung findet. Die Beschreibung, welche er von den Leuten, aus denen die Sklavenstaatspartei besteht, und von ihrem Verhalten macht, ist nicht sehr schmeichelhaft für sie. Er sagt, daß anständige Männer des Südens sich ihrer schämen, und er hat manche gesehen, deren Ansichten über die Sklaverei eine völlige Umgestaltung erlitten haben. Die große Einwanderer-Kompagnie, welche in Alabama rekrutirt wurde, schildert er als eine elende Bande versoffener Strolche. Herr Sebree sagt ferner, es sei eine eingestandene Thatsache, daß die wirklichen Bürger des Territoriums in dem Verhältniß von zwei zu eins für einen Freistaat und, mit Ausnahme einer verhältnißmäßig geringen Zahl von Schreiern, ruhige, fleißige Leute sind, welche für sich und ihre Familien eine Heimath zu gründen streben. Sie sind von der Grenzbevölkerung Missouri's, die sich zu dem Zweck organisirt hat, überstimmt worden. Dies sind allerdings unangenehme Wahrheiten für den Süden; aber je eher die Wahrheit bekannt wird, desto besser. Herr Sebree denkt, daß der Krieg begonnen hat, und daß in kurzer Zeit Tausende von Bewaffneten aus den freien Staaten in Kansas sein werden."

Der Krieg hatte in der That begonnen und wurde von beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt. Die Plünderung von Lawrence war das Signal dazu. Die sogenannte Miliz, welche der Marschall Donaldson aufgeboten hatte, war zwar entlassen worden; aber nur ein Theil ging auseinander, der Rest blieb in größeren und kleineren Trupps beisammen und plünderte, raubte, sengte und mordete auf eigene Faust. Die Freistaatsleute organisirten sich ebenfalls in Kompagnien, suchten ihren Feind auf, lieferten ihm Gefechte und vergalten Gleiches mit Gleichem. Indeß behauptete ihre Kriegführung immerhin einen weit humaneren Charakter, als die der Grenzbanditen. Sie mordeten wenigstens nicht, wie diese, einzelne wehrlose Personen, und stahlen und raubten

nicht, sondern bemächtigten sich nur des Kriegsmaterials der Gegner und desjenigen Eigenthums, welches ihnen abgenommen worden war. Es würde für den Zweck dieses Werkes zu weit führen, die Einzelheiten dieses Guerillakrieges zu schildern; ich beschränke mich darauf, eine Episode hervorzuheben, welche dadurch besonders an Interesse gewinnt, daß derselbe John Brown, dessen Name einige Jahre später durch die Expedition nach Harper's Ferry der ganzen civilisirten Welt bekannt werden sollte, dabei die Hauptrolle spielt.

Kapitän John Brown, der ältere, — so genannt zur Unterscheidung von einem seiner sechs Söhne, der denselben Namen führte — geboren im Staat Vermont, später nach New-York übersiedelt, ein Mitkämpfer in dem Kriege von 1812—14, war nach der Beschreibung eines seiner näheren Bekannten ein großer, kräftiger, entschlossener Mann, mit ernstem, festem Blick und strengen Zügen. In seinen Ansichten war er so unerschütterlich, daß er vor der Welt als ein Fanatiker galt; sein Wille war eisern und unbeugsam. „Wie ein einsamer Fels stand er inmitten einer beweglicheren Umgebung — eine feurige Natur, aber mit kaltem Temperament und kaltem Kopf; ein Vulkan unter einer Schneedecke." Die Grenzbanditen haßten ihn, wie eine Schlange; aber ihr Haß bestand zu neun Zehntel aus Furcht.

Einer der marodirenden Banditentrupps, unter Führung des Kapitäns Pate von Missouri, hatte zwei Söhne des alten Brown gefangen genommen und in Fesseln mit fortgeschleppt, ihre Häuser, so wie das Haus eines deutschen Ansiedlers verbrannt, eine Anzahl Pferde gestohlen und die Ansiedlungen Palmyra und Prairie City ausgeplündert. Mit 9 Mann brach Kapitän Brown auf und setzte der Bande nach, fest entschlossen, sie zu züchtigen und seine Söhne zu befreien. Die Banditen hatten einen weiten Vorsprung; aber es war nicht schwer, ihre Spur zu verfolgen. Nach einigen Tagemärschen kamen die Verfolger in Prairie City an, wo sie erfuhren, daß der Feind nur 4 bis 5 Meilen von dort, am Black Jack lagere. Brown entschloß sich, ohne Säumen den Banditen auf den Leib zu rücken, und setzte sich am 2. Juni bei Tagesanbruch, nachdem er die ganze Nacht vorher marschirt war, mit seinen 9 Mann wieder in Bewegung. Mit ihm zog eine Kompagnie von 20 Mann, die er in Prairie City antraf, unter Führung des

Kapitän Shore. Eine Meile vom Lager des Feindes saßen sie ab und ließen ihre Pferde unter Aufsicht von zwei Mann zurück. Außerdem wurde die kleine Truppe noch um zwei Mann geschwächt, welche nach verschiedenen Richtungen ausgesandt wurden, um Verstärkungen herbeizuholen; so daß nicht mehr als 26 Mann, 9 unter Brown's und 15 unter Shore's Führung, zum Gefecht übrig blieben.

Es war gegen 6 Uhr Morgens, als sie von einer Vedette des Feindes bemerkt wurden. Die Vedette sprengte sofort zurück und alarmirte das Lager mit dem Ruf: „Die Abolitionisten kommen! Sie sind hundert Mann stark!" Die Zahl der Missourier belief sich auf einige fünfzig. Ihre Stellung befand sich am Rande einer Prairie, welche nach der Richtung der Angreifer hin sanft abfiel. In der Front hatten sie dieselbe durch vier gestohlene oder „gepreßte" Wagen, die mit ihrem Raub beladen waren, gedeckt; im Rücken der Stellung hingegen lief ein gewundenes Ravin hin, das den Vertheidigern höchst gefährlich werden konnte. Der alte Brown hatte dies auf den ersten Blick erkannt und warf sich mit seinen 9 Mann sofort in das Ravin hinein, während er Shore aufforderte, die Stellung des Feindes zu umgehen und auf der andern Seite das Ravin zu gewinnen. Shore that dies nicht, sondern rückte gegen die Front der Stellung vor und begann ein lebhaftes Feuer, welches von den Missouriern erwidert wurde. Dieses ziemlich fruchtlose Schießen hatte vielleicht eine Viertelstunde gedauert, als Brown in dem Ravin bis auf Schußweite herangekommen war. Nach einigen Salven von seiner Seite, durch welche acht Missourier verwundet wurden, gaben diese ihre Stellung hinter der Wagenburg auf und sprangen in das Ravin zurück. Die Leute Shore's, statt ihnen gleich nachzusetzen, blieben stehen, bis ihnen der Feind aus seiner neuen gedeckten Stellung seine Kugeln zusandte, auf die sie nichts erwidern konnten, weil sie ihn gar nicht sahen. Dann machten sie einen etwas übereilten Rückzug, der sie aus dem Schußbereich der Missourier brachte. Kapitän Shore, der sie nicht wieder vorwärts zu bringen vermochte, ging mit zwei Mann zu Brown hinüber. Dieser entschloß sich, noch einen Versuch zu machen, um Shore's Mannschaft zum Angriff zu führen. Als er bei ihnen ankam, fand er, daß einige sich entfernt hatten, „um Munition zu holen," während die übrigen im Grase saßen und ihre Gewehre

in Ordnung brachten. Zu einem entschlossenen Angriff waren sie nicht zu bewegen; aber es gelang dem alten Brown, sie wieder etwas näher an den Feind heranzubringen und dazu zu bestimmen, daß sie auf die Pferde desselben feuerten, welche jenseits des Ravins standen.

Das Schießen hatte drei Stunden gedauert. Es war fast ganz wirkungslos, indem die Kämpfenden alle im hohen Grase oder hinter Gestrüpp versteckt lagen. Auf Seiten der Freistaatsleute waren nur noch 18 Mann im Gefecht, 9 auf der Prairie und 9 in dem Ravin. Zwei waren schwer verwundet und durch zwei andere zurückgebracht worden. Einige der verwundeten Missourier hatten sich ebenfalls entfernt und mit ihnen hatten sich viele andere davon geschlichen, so daß die Zahl der Kampffähigen auf ihrer Seite auf 21 reducirt war. Ihr Führer hielt es für gerathen, zu unterhandeln und schickte einen der Seinigen nebst einem gefangenen Freistaatsmann mit einer Parlamentärflagge an Brown ab. „Sind Sie," fragte Brown den Banditen, „der Anführer?" Da dies verneint wurde, hielt er ihn fest und schickte den Freistaatsmann zurück, um den Anführer zu holen. Kapitän Pate kam und begann eine lange Erzählung: daß er Beamter der Vereinigten Staaten sei, daß Brown dies wohl nicht gewußt habe, jetzt aber, nachdem er es ihm gesagt, den Kampf einstellen werde. „Kapitän," fiel ihm der alte Brown in's Wort, „ich weiß sehr gut, wer und was Sie sind, und will nichts mehr davon hören. Haben Sie mir irgend einen Vorschlag zu machen?" „Nein, das nicht," lautete die Antwort; „das heißt —" „Schon recht, Kapitän," unterbrach ihn Brown abermals, „ich habe Ihnen aber etwas vorzuschlagen: Ihre bedingungslose Uebergabe." Der bestürzte Banditenführer wußte darauf nichts zu erwiedern und lud den alten Brown ein, ihn zu seinen Leuten zu begleiten, um dort den Vorschlag zu wiederholen. Brown ging ohne Zaudern mit, und sein Vorschlag wurde angenommen. Die Missourier legten ihre Waffen nieder und gaben sich gefangen; ihre Wagen, Zelte, 28 Pferde und Maulthiere und ein großer Theil des Eigenthums, welches sie gestohlen hatten, fielen den Siegern in die Hände. Drei gefangene Freistaatsleute wurden befreit; seine Söhne jedoch fand der alte Brown nicht, die Missourier hatten sie einige Tage zuvor an ein Detachement Dragoner abgeliefert.

Gouverneur Shannon würde wahrscheinlich gegen den allgemeinen Kampf, welcher im Territorium entbrannt war, gar nichts einzuwenden gehabt haben, wenn die Grenzbanditen und die Sklavenstaatspartei dabei die Oberhand behauptet hätten; da aber die Freistaatsleute vermöge ihrer überwiegenden Zahl, ihrer größeren Entschlossenheit und der kräftigen Hülfe, welche ihnen aus den nördlichen Staaten zuströmte, entschieden die Oberhand gewonnen, rief er die Dragoner zu Hülfe, um, wie er sagte, dem Kampfe ein Ende zu machen, eigentlich jedoch, um die Freistaatsleute zu entwaffnen und den Grenzbanditen beizustehen. Er selbst durchstreifte an der Spitze eines Detachements das Land, hielt in allen Freistaatsansiedlungen Haussuchung und nahm die Waffen weg, die er finden konnte. Viele bekam er freilich nicht, weil sie entweder in den Händen der Guerillas waren, oder sorgfältig versteckt wurden, seitdem der Zweck seiner Expedition bekannt geworden war. Oberst Sumner erhielt den Auftrag, die bewaffneten Banden zu zerstreuen. Der Oberst, ein Bruder des rühmlich bekannten Senators Sumner, sympathisirte keineswegs mit den Grenzbanditen und nahm seinen Auftrag, der eigentlich nur gegen die Freistaatsleute gerichtet war, wörtlich. Er durchzog das Territorium nach allen Richtungen hin und zerstreute die bewaffneten Trupps, auf die er stieß, ohne Unterschied der Partei, wobei er freilich in den meisten Fällen sich damit begnügte, die Leute zum Auseinandergehen aufzufordern, oder sich von den Führern das Versprechen geben zu lassen, daß sie keine feindselige Handlungen begehen und ihre Mannschaft auf dem nächsten Wege heimführen würden. Wenn der Kampf hierdurch auch nicht ganz unterdrückt wurde, so wurden ihm doch nach und nach sehr enge Grenzen gezogen.

Als die Missourier die Ueberzeugung gewonnen, daß sie mit ihrem Betrugs- und Einschüchterungssystem, mit Wahlfälschungen, mit Plündern, Rauben, Morden, Sengen und Brennen, ihr Ziel nicht erreichen würden, griffen sie im Laufe des Sommers von 1856 zu einem neuen Mittel, um den Freistaatsleuten von Kansas den Lebensnerv abzuschneiden. Der Missourifluß bildet die große Wasserstraße, welche nach Kansas führt. Auf dieser Straße sandte der Norden Einwanderer, Waffen, Munition, Geräthschaften, Waaren, Lebensmittel und Geld nach dem Territorium. Es war nichts leichter für die Missourier, als diese Straße vollständig zu unter-

brechen und so das Territorium ganz von den nördlichen Staaten abzuschneiden. Sie schlugen dieses Verfahren ein, und die Sache gelang vortrefflich. Die Einwanderung und alle Sendungen nach Kansas mußten eine Zeitlang den bedeutend weiteren und kostspieligeren Landweg durch Jowa und Nebraska einschlagen. Aber die Missourier, namentlich die Kaufleute von St. Louis, die Dampfschiffeigenthümer, die Gasthofbesitzer und Spediteure, fanden bald aus, daß ein zu großer finanzieller Verlust für sie mit der Sperrung des Stromes verknüpft war, und ihrem Einfluß war es hauptsächlich zu verdanken, daß die Sperrung nach einiger Zeit wieder aufgegeben wurde. Wenn auch die Einwanderer von den freien Staaten noch längere Zeit bedeutenden Vexationen unterworfen blieben, sie konnten doch wenigstens wieder passiren.

Am 4. Juli versammelte sich in Topeka die Freistaatslegislatur. Die erwählten Staatsbeamten konnten nicht erscheinen, weil sie alle von dem Bundesgerichtshof als „Hochverräther" in Haft gehalten wurden. Oberst Sumner hatte den unangenehmen Auftrag erhalten, die Legislatur auseinander zu treiben. An der Spitze von drei Schwadronen seines Dragonerregiments rückte er gegen Mittag in Topeka ein, ließ seine Mannschaft aufmarschiren und begab sich in das Sitzungslokal der Legislatur. Er trat zuerst in die Halle des Repräsentantenhauses, wartete, bis sich die Mitglieder versammelt hatten, und redete sie dann mit den Worten an: „Meine Herren! Ich bin heute berufen, die peinlichste Pflicht meines ganzen Lebens zu erfüllen. Auf Grund der Autorität der Proklamation des Präsidenten bin ich hier, um diese Legislatur zu zerstreuen, und setze Sie deßhalb in Kenntniß, daß Sie sich nicht versammeln können. Ich befehle Ihnen deßhalb, auseinanderzugehen. Gott weiß, daß ich in dieser Sache kein Parteigefühl hege und keines hegen werde, so lange ich meine jetzige Stellung in Kansas einnehme. Ich komme eben von der Grenze zurück, wo ich einige Kompagnieen Missourier heimgeschickt habe, und habe jetzt den Befehl, Sie zu zerstreuen. So lautet mein Befehl, und ich muß Sie zerstreuen. Ich befehle Ihnen jetzt, auseinanderzugehen. Ich wiederhole, daß dies die peinlichste Pflicht meines ganzen Lebens ist." Nachdem er diese Worte gesprochen, eilte der Oberst hastig hinaus und stieg wieder zu Pferde, um mit seinen Dragonern abzumarschiren. Der Marschall

Donaldson machte ihn darauf aufmerksam, daß die Legislatur aus zwei Häusern bestehe, und daß er den Senat noch auseinandertreiben müsse. Oberst Sumner saß also wieder ab und stieg in die Senatshalle hinauf, wo er eine ähnliche Ansprache wie vor dem Repräsentantenhause hielt. Eine peinliche Pause entstand, die der Oberst mit den Worten unterbrach: „Nun, meine Herren, halten Sie sich für zerstreut?“ „Oberst Sumner,“ entgegnete der Präsident, „der Senat ist noch nicht in Sitzung und kann Ihnen deßhalb keine Antwort geben.“ Marschall Donaldson verlangte jetzt, daß die einzelnen Mitglieder ein Versprechen ablegen sollten, sich nicht zu versammeln, und drohte, im Weigerungsfalle sie zu verhaften. Keiner der Senatoren nahm Notiz von dieser Aufforderung und dieser Drohung. Endlich nahm einer von ihnen das Wort: „Oberst, wir sind nicht in der Lage, den Truppen der Vereinigten Staaten Widerstand zu leisten, und wenn Sie uns befehlen, auseinander zu gehen, so müssen wir natürlich auseinander gehen.“ Damit war Oberst Sumner zufrieden. Vor dem Hause stand eine große Menschenmenge, die aus allen Theilen des Territoriums herbeigekommen war, um der Eröffnung der Sitzung der Legislatur beizuwohnen und eine Volksversammlung zu halten. Sumner erklärte den Leuten, er habe gegen ihre Versammlung nichts einzuwenden, sein Auftrag laute nur dahin, die Legislatur zu zerstreuen. Das Volk brachte donnernde Lebehochs auf den Oberst Sumner, auf den Oberst Fremont, den damaligen Präsidentschafts-Kandidaten der republikanischen Partei, auf den Gouverneur Robinson, auf die Staatslegislatur und auf die Freiheit aus. Begleitet von diesen Hurrahrufen trabte Oberst Sumner mit seinen Dragonern davon.

Gouverneur Shannon hatte es glücklich dahin gebracht, es mit beiden Parteien zu verderben. Die Auflösung ihrer Banden, obschon dieselbe weniger dem Gouverneur als dem Oberst Sumner zuzuschreiben war, erbitterte die Missourier auf's Höchste gegen ihn, und von der Zeit an schmähten, verfolgten und bedrohten sie das unglückselige Werkzeug, das ihnen schon so viele Dienste geleistet hatte. Shannon wurde seines undankbaren Postens müde und suchte entweder im Laufe des Juni um seine Entlassung nach, oder sprach offen die Absicht aus, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Durch Zureden ließ er sich bestimmen, einstweilen noch

zu bleiben. Zwei Monate später setzte der Präsident Pierce ihn ab und ernannte Geary von Pennsylvanien zu seinem Nachfolger.

Geary war ein ebenso guter und vollkommener „gesunder" „National-Demokrat" wie seine beiden Vorgänger; aber er war dabei ein ehrlicher Mann, dem es darum zu thun war, Gesetz und Recht zu handhaben, Ruhe und Ordnung herzustellen und beiden Parteien gleiche Gerechtigkeit werden zu lassen. Das war sehr schwer, da ihm die Grenzbanditen-Legislatur, die ganz auf deren Seite stehenden Richter und die Bundesregierung entgegen standen. Er that, was er konnte, vermochte aber einen so ungleichen Kampf nicht lange auszuhalten, und als seine Feinde so dreist wurden, seine Briefe zu erbrechen oder zu unterschlagen und sein Leben zu bedrohen, ohne daß er bei der Bundesregierung Schutz und Beistand finden konnte, so legte er schon nach sechs Monaten, im März 1857, sein Amt nieder und verließ als unbekehrter Republikaner das Territorium. Wie Reeder mußte er in einer Verkleidung entfliehen, um nicht der Wuth der Grenzbanditen zum Opfer zu fallen.

Der „armselige" Pierce hatte gerade seinem Nachfolger Buchanan den Präsidentenstuhl einräumen müssen. Es gab damals viele Leute, welche dem neuen Präsidenten zutrauten, er werde der Greuelwirthschaft in Kansas auf einmal ein Ende machen und der Mehrheit der Bevölkerung des Territoriums zu ihrem schon so lange mit Füßen getretenen Rechte verhelfen. Allein das war ein großer Irrthum. Buchanan hatte sich eben so vollständig an das Sklavenhalterinteresse verkauft, wie sein Vorgänger und war ein ebenso bereitwilliges Werkzeug desselben, wie dieser. Ein Grenzbanditen-Blatt, der „Squatter Sovereign," hatte kurz zuvor geschrieben: „Mögen die impertinenten Schufte des „New-York Tribune" Oceane von Tinte verschmieren; mögen ihre Auswanderungs-Hülfsgesellschaften ihre Millionen und Billionen verschwenden, und ihre Repräsentanten im Kongreß ihre ketzerischen Theorien bis zum jüngsten Gericht ausspeien; mag Seine Excellenz Franklin Pierce Abolitionisten und Freesoiler als unsere Gouverneure anstellen — wir werden trotz alledem fortfahren, zu lynchen und zu hängen, zu theeren und zu federn und jeden feigherzigen Abolitionisten, der unseren Boden zu besudeln wagt, zu ersäufen."

Solche Aeußerungen nahm Buchanan sich zu Herzen und ernannte

einen Mann zum Gouverneur von Kansas, dem er zutraute, er werde „die Rebellen“ mit Scorpionen züchtigen.

Walker von Mississippi, der neue Gouverneur, war einer der hervorragendsten Politiker der Sklavenstaaten, weßhalb man erwartete, er werde energischer und rücksichtsloser das Interesse derselben wahrnehmen, als seine drei Vorgänger, die alle in freien Staaten zu Haus waren. Die Grenzbanditen-Legislatur hatte die Aufnahme eines Census angeordnet, bei welcher viele Freistaatsdistrikte theils ganz übergangen, theils durch die rücksichtslosesten Fälschungen so beeinträchtigt wurden, daß die Listen nicht die Hälfte ihrer Kopfzahl angaben; wogegen die Bevölkerungszahl der Sklavenstaatsdistrikte ganz beliebig auf dem Papiere erhöht wurde. Auf Grund dieses gefälschten Census hatte die Legislatur eine Wahl von Delegaten zu einer Konvention ausgeschrieben, welche in Lecompton zusammentreten sollte, um eine Staatsverfassung zu entwerfen. Die Freistaatsleute beschlossen, sich an dieser Wahl nicht zu betheiligen. So wurden natürlich nur Sklavenstaatsleute gewählt, welche sich in Lecompton versammelten und eine Sklavenstaats-Konstitution machten. Dieses Machwerk sollte am 15. Juni 1857 dem Volk zur Annahme vorgelegt werden. Die Freistaatsleute blieben sich konsequent und beschlossen abermals, nicht an der Abstimmung Theil zu nehmen, sondern an der Konstitution von Topeka festzuhalten und die Staatsorganisation zu vervollständigen. So wurde dann die Sklavenstaatsverfassung von Lecompton ohne alle Opposition mit etwa 2000 Stimmen am 15. Juni angenommen.

Kurz darauf kam der Gouverneur Walker in Kansas an. Eine seiner ersten Handlungen bestand darin, Dragoner gegen die Freistaatsleute aufzubieten, als dieselben in Leavenworth sich Stadtbeamte gewählt und in Lawrence sich eine Stadtverfassung gegeben hatten, ohne dazu von der Grenzbanditen-Legislatur autorisirt zu sein. Sobald er sich aber erst etwas über die Lage der Dinge orientirt hatte, kam er zu der Ueberzeugung, daß den Freistaatsleuten bei der systematischen Unterdrückung, unter welcher sie seit Jahren gelitten hatten, nichts Anderes übrig bleibe, als sich selbst zu helfen. Walker war ein ehrlicher Mann, der sich eben so wenig zu Schurkenstreichen gebrauchen lassen wollte, als Reeder und Geary. Wie sich Pierce in diesen beiden geirrt hatte, so

hatte sich auch Buchanan in ihm geirrt. Hätte es in Walker's Macht gestanden, die Erlasse der Grenzbanditen-Legislatur aufzuheben, oder die betrügerische Volkszählung zu annulliren, er würde es gethan haben. Da er dies aber nicht konnte, versprach er den Freistaatsleuten, sie nach Kräften zu schützen, wenn sie sich bei den im Oktober stattfindenden Wahlen zur Territorial-Legislatur betheiligen wollten, und alle Betrügereien und Gewaltthaten zu verhindern. Die Freistaatsleute bedachten sich lange, ob sie sich darauf einlassen sollten. Auf Grund des betrügerischen Census waren die zur Territorial-Legislatur zu wählenden Repräsentanten so vertheilt worden, daß sechszehn ziemlich stark angesiedelte Freistaatscounties nicht einen einzigen, die an Missouri grenzenden hingegen 39 von 52 erhielten. Außerdem waren alle nach dem 1. April eingewanderten Ansiedler von der Stimmberechtigung ausgeschlossen. Trotzdem entschlossen sich die Freistaatsleute auf den dringenden Wunsch des Gouverneurs, in den Wahlkampf einzutreten.

Das Ergebniß der Wahl war über alle Erwartung günstig. Gouverneur Walker hatte Wort gehalten und nach Kräften die Freiheit der Wahl geschützt. Die Freistaatspartei gab 7600 Stimmen ab, die Sklavenstaatspartei brachte es nur auf 3700. Jene erwählte ihren Delegaten zum Kongreß und trotz der ungünstigen Vertheilung der Repräsentation in der Territorial-Legislatur 36 von den 52 Vertretern. Zum ersten Mal seit der Organisation des Territoriums war das ungeheure Uebergewicht der Freistaatspartei in unwiderlegbaren Zahlen constatirt; zum ersten Mal bekam die Partei, welcher sie von Rechts wegen gehörte, die gesetzgebende Gewalt in die Hand. Die Grenzbanditen machten zwar eine verzweifelte Anstrengung, das Wahlresultat zu annulliren, indem sie dagegen protestirten und mit kecker Stirn den Freistaatsleuten Betrügereien und Fälschungen nachsagten, wie sie selbst sie so oft verübt hatten; allein alle ihre Bemühungen scheiterten an der männlichen Ehrlichkeit des Gouverneurs. Ihre Proteste waren die großartigste Fälschung, die noch je dagewesen war. Einer derselben, der über 1600 Unterschriften trug, kam aus einem Orte an der Grenze von Missouri, welcher aus nicht mehr, als 11 Häusern bestand. Um so schnell als möglich 1600 Namen zusammen zu finden, hatten sie dieselben ganz einfach aus

einem Adreßbuch abgeschrieben. Gouverneur Walker gab deßhalb auch den Protesten keine weitere Folge, sondern stellte den gewählten Repräsentanten ihre Wahlbeglaubigungen aus. Damit war der Kampf um Kansas thatsächlich entschieden.

Da der Kongreß nicht in Sitzung war, und ihm deßhalb die in Lecompton fabricirte Staatsverfassung noch nicht vorgelegt werden konnte, und da überdies die dafür abgegebenen 2000 Volksstimmen etwas dürftig aussahen, trat die Grenzbanditen-Konvention noch einmal in Lecompton zusammen, verfertigte eine verbesserte Auflage ihres Machwerks und ordnete eine neue Volksabstimmung auf den 21. Dezember an, bei welcher das Volk sich nicht etwa über die Annahme oder Ablehnung der Verfassung entscheiden sollte, sondern nur darüber, ob es dieselbe mit oder ohne Sklaverei haben wollte. Die Freistaatsleute enthielten sich wieder der Abstimmung, und mit Hülfe der Grenzbanditen wurde am 21. Dezember die Verfassung mit Sklaverei durch 6143 Stimmen angenommen.

Gouverneur Walker, der von den Missouriern eben so bitter angefeindet und verfolgt wurde, wie sein Vorgänger Geary, ging im Dezember nach Washington, um den Präsidenten zum energischen Einschreiten gegen die Banditenwirthschaft aufzufordern, welche in den Bundesrichtern des Territoriums ihre festeste Stütze fand. Alles, was er erreichte, war seine Amtsentsetzung. Herr Denver wurde sein Nachfolger, der fünfte Gouverneur von Kansas seit der Organisation des Territoriums im Jahre 1854. Bevor dieser auf seinem Posten angekommen war, berief der Territorial-Sekretär Stanton, welcher die Stelle des Gouverneurs vertrat, die im Oktober gewählte Legislatur zu einer Sitzung. Auf den 4. Januar 1858 hatte die Grenzbanditen-Konvention von Lecompton die Wahl von Staatsbeamten angeordnet. Die Territorial-Legislatur beschloß, daß das Volk an demselben Tage, weil die Abstimmung vom 21. Dezember eine betrügerische gewesen war, nochmals über Annahme oder Verwerfung der Konstitution von Lecompton abstimmen solle. Das Ergebniß dieser Abstimmung stellte die Freistaatsmehrheit noch viel schlagender heraus, als die Oktoberwahl, indem das Machwerk der Grenzbanditen mit 10,226 Stimmen verworfen wurde.

Diesem eklatanten Resultat zum Trotz nahm der Kongreß

am 30. April 1858 nach langem Debattiren über die Angelegenheiten von Kansas eine Bill an, welche verfügte, daß die Lecompton-Konstitution dem Volke des Territoriums nochmals zur Abstimmung vorgelegt werde, daß im Fall der Annahme derselben das Territorium sofort als Staat in die Union aufgenommen und mit fünf Millionen Acres Land zu Eisenbahnbauten beschenkt, im Fall der Verwerfung jedoch nicht eher als Staat zugelassen werden solle, als bis die Bevölkerungszahl auf 93,340, die Zahl, welche nach dem Census der Vereinigten Staaten von 1850 zu einem Vertreter im Repräsentantenhause des Kongresses berechtigte, angewachsen sein würde. Das Volk von Kansas wies mit der tiefsten Entrüstung dieses betrügerische Anerbieten des Kongresses zurück und verwarf am 3. August 1858 nochmals die Sklavenstaats-Verfassung mit einer Mehrheit von über 10,000 Stimmen.

Gouverneur Denver gerieth ebenso, wie alle seine Vorgänger, mit den Grenzbanditen und der Bundesregierung in Zwiespalt und legte schon nach einem halben Jahre sein undankbares Amt nieder. Medary von Ohio wurde der sechste Gouverneur von Kansas. Dieser Gouverneur „that nichts Gutes und that nichts Schlechtes". Das war alles, was die Freistaatsleute verlangten; sie waren stark genug, um ihre Angelegenheiten selbst zu reguliren. Die Territorial-Legislatur erließ, um den noch immer fortdauernden Folgen des Bürgerkrieges und der sich daran knüpfenden Erbitterung so viel als möglich ein Ende zu machen, eine Amnestie für alle politischen Verbrecher, hob die von der Grenzbanditen-Legislatur verfaßten Gesetze auf und verfügte dann die Einberufung einer neuen konstituirenden Versammlung. Bei der Wahl der Abgeordneten zu dieser Versammlung sonderte sich das Volk zum ersten Mal wieder in Republikaner und Demokraten; es wurden 35 Republikaner und 17 Demokraten gewählt. Im Juli 1859 versammelte sich die Konstituante in Wyandot und entwarf eine neue Verfassung. Es vergingen seitdem noch anderthalb Jahre, ehe die republikanische Partei die Zulassung von Kansas mit dieser Freistaatsverfassung in beiden Häusern des Kongresses durchsetzen konnte.

Erst am 28. Januar 1861 wurde Kansas als Staat in die Union aufgenommen.

Viertes Kapitel.

Die Neugestaltung der Parteien. Aus den „Nichtswissern“ werden „Nord-“ und „Süd-“Amerikaner. Die Nationalkonventionen von 1856 und die Präsidentenwahl. Letzter Sieg der Demokraten. Administration des Präsidenten Buchanan. Die „Dred-Scott-Entscheidung“ des Oberbundesgerichts. Steigende Empörung des Nordens. Der Kampf im Kongreß. John Brown. Die Nationalkonventionen und die Präsidentenwahl von 1860. Spaltung der demokratischen Partei. Die Nichtswisserpartei aufgelöst. Vier Kandidaten im Felde. Abraham Lincoln erwählt.

Am Schluß des zweiten Kapitels habe ich die Zersetzung und Neugestaltung der politischen Parteien, welche im Jahre 1854 begann, kurz erwähnt und gehe jetzt dazu über, diesen Umbildungsprozeß bis zur Präsidentenwahl von 1856 zu schildern.

Der Orden der „Nichtswisser,“ wie ich schon oben bemerkte, nahm ungemein rasch an Zahl und Einfluß zu und gab bei vielen Lokalwahlen den Ausschlag. Aber er konnte sich nicht für immer von dem Licht der Sonne abschließen. Um in die nationalen Angelegenheiten als Partei einzugreifen, mußte er das Visir zurückschlagen, und sobald er das that, war es mit seiner Herrlichkeit zu Ende. Als die helle Sonne ihn beschien, sah man bald, daß das mitternächtige Schreckgespenst nichts Anderes war, als ein mit Lumpen behängtes Gerippe, „ein grabentstiegner Strohwisch,“ dessen Kern bald vor der frischen Morgenluft zusammenfiel. Im Sommer 1855 hielten die Nichtswisser ihre erste Nationalkonvention, um sich als politische Partei zu konstituiren. Der Schleier des Geheimnisses wurde von dieser Konvention zwar erst theilweise gelüftet; aber die Welt erfuhr genug, um zu wissen, daß nichts dahinter stecke, und daß die „amerikanische“ Partei, wie sich die Verbindung nach ihrem obersten Grundsatz: „Amerikaner sollen Amerika regieren“ nannte, schon den Keim des Todes in sich trüge. Zwei Fragen spalteten die Ordensbrüder, die Katholikenund die Sklavereifrage. Während die im Norden gebildeten Logen den Grundsatz aufgestellt hatten, der Macht des Katholicismus entgegen zu arbeiten und Katholiken von allen Aemtern auszu-

schließen, hatten manche Logen im Süden, namentlich im Staat Louisiana, diesen Grundsatz nicht allein gänzlich ignorirt, sondern auch katholische Mitglieder in die Verbrüderung aufgenommen und katholische Delegaten zur Konvention geschickt. Ueber diese Schwierigkeit kam man hinweg, indem man nach stürmischen Debatten die grundsätzliche Bekämpfung des Katholicismus fallen ließ und die katholischen Ordensbrüder anerkannte. Die andere Schwierigkeit dagegen war ein Stein des Anstoßes, über den nicht hinwegzukommen war. Die allesverzehrende Frage der Sklaverei mit Stillschweigen zu übergehen, das ging nicht an. Sie mußte zur Sprache gebracht werden, und damit loderte der Kampf in hellen Flammen auf. Die Ritter von der dunkeln Laterne spalteten sich in zwei Fraktionen, eine nördliche und eine südliche, und wenn auch diese Spaltung einstweilen noch nicht zu einem offenen Bruch wurde, so war doch der Bruch wenigstens vorbereitet.

Die demokratische Partei hatte mit der Erwählung des Präsidenten Pierce den Höhepunkt ihres Glanzes erreicht. Daß sie mit einer so großen Mehrheit bei dieser Wahl gesiegt hatte, war nichts weniger als ein Vortheil für sie. Auf der einen Seite wurden die Führer und Bannerträger der Partei, voran der Präsident Pierce, durch die Größe des Sieges zu einem verhängnißvollen Uebermuth hingerissen, in welchem sie sich der dünkelhaften Einbildung hingaben, sie könnten sich gegen den niedergeworfenen Gegner jetzt ungestraft alles erlauben; auf der andern Seite war die Zahl derjenigen, welche auf einen Antheil an der Beute des Wahlsieges Anspruch machten, so außergewöhnlich groß, daß viele wohlbegründete Ansprüche unberücksichtigt bleiben mußten. Beides trug viel zum Sturze der Partei bei. Die Nichtbefriedigung mancher Ansprüche erregte Unzufriedenheit, Neid, Haß und Anfeindungen, führte zu öffentlichen Skandalscenen, lockerte so die Parteibande und zeigte dem Volke, daß es mit den Principien der „nationalen Demokratie" nicht so gar weit her sein müsse. Der Uebermuth und die dünkelhafte Einbildung führten dazu, den Ansichten und Gefühlen der Bevölkerung der nördlichen Staaten auf's schamloseste Hohn zu sprechen, das verhaßte Sklavenjagdgesetz auf die brutalste Weise in Vollzug zu setzen und die Freistaatsansiedler in Kansas mit Betrug und Gewalt zu unterjochen. Ohne den Uebermuth der demokratischen Parteiführer würden die Grenzban-

diten von Missouri nicht alles das gewagt haben, was sie wagten, würde die Bundesregierung nicht jede Missethat, die sie begingen, gutgeheißen, nicht fünf Gouverneure nach einander abgesetzt oder vertrieben, nicht die Menschen- und Bürgerrechte der Freistaatansiedler mit Füßen getreten, nicht ihre ganze Macht dazu aufgewandt haben, allen demokratisch-republikanischen Grundsätzen in's Gesicht zu schlagen.

Dieses Betragen der Grenzbanditen und der demokratischen Bundesregierung kam der in der Bildung begriffenen republikanischen Partei wesentlich zu Hülfe. Die unbedingte Nothwendigkeit, in geschlossener Phalanx die Sklavenhaltermacht zu bekämpfen und das Werkzeug, durch welches sie herrschte, die demokratische Partei, zu stürzen, wurde den freien Männern des Nordens täglich einleuchtender. Die republikanische Partei bildete den Kern, um welchen eine solche Phalanx sich schaaren konnte. Ihre Gründer und Führer brauchten nichts Anderes zu thun, als auf die Greuelthaten der Grenzbanditen, auf die cynische Frechheit, mit welcher die Bundesregierung diese Greuelthaten unterstützte und den ganzen Norden zu einem Menschenjagdrevier für die Sklavenhalter machte, hinzuweisen und das Volk zu fragen: „Wollt ihr Das noch länger geduldig mit ansehen? Wollt ihr zugeben, daß unsere freien Institutionen durch eine freche Horde von Despoten vernichtet werden? daß unsere große Republik der Barbarei und dem Despotismus zum Raube wird? daß die ganze civilisirte Welt sich mit Abscheu von uns abwendet?" Das Volk verstand diese Sprache — hatte es ja die Thatsachen, auf die sie sich stützte, unmittelbar und täglich vor Augen! — und die Reihen der republikanischen Organisation füllten sich rasch. Im Februar 1856 trat in Pittsburg eine Nationalkonvention der republikanischen Partei zusammen und beschloß die Organisation derselben für die nächste Präsidentenwahl.

Die Nichtswisser oder „Amerikaner" waren die ersten, welche ihr Parteiprogramm für die Präsidentenwahl und ihre Kandidaten für das Präsidenten- und Vicepräsidenten-Amt aufstellten. Ihre Delegaten versammelten sich in Philadelphia am 22. Februar 1856. Wie vorauszusehen war, geriethen sich die beiden Fraktionen bald heftig in die Haare, und die bei ihrer ersten Nationalkonvention an's Licht getretene Spaltung wurde zum völligen Bruch. Die

Proſklaverei=Fraktion, welche die Mehrheit hatte, ſtellte den Expräſidenten Fillmore von New=York als Kandidaten für das Präſidenten=Amt, Donaldſon von Teneſſee als Kandidaten für das Vicepräſidenten=Amt auf und ſetzte in ihrer Platform, oder ihrem politiſchen Programme feſt, daß in der Sklavereifrage alles unverändert bleiben und keine fernere Agitation derſelben mehr ſtattfinden ſolle, daß „Amerikaner Amerika regieren,“ Eingewanderte erſt nach einundzwanzigjährigem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten das Bürgerrecht erlangen und Arme und Verbrecher fremder Länder nicht in die Vereinigten Staaten zugelaſſen werden ſollten. Die Antiſklaverei=Fraktion ſchied aus der Konvention aus und beſchloß, eine neue Verſammlung am 12. Juni in New=York zu halten. Bei dieſer Verſammlung legten ſie ſich den Namen „Nordamerikaner“ bei, ſtellten ein Programm auf, welches ſich von dem der andern Fraktion dadurch weſentlich unterſchied, daß es ſich gegen die weitere Ausbreitung der Sklaverei erklärte, und ernannten Banks von Maſſachuſetts zum Präſidentſchafts=, Johnſon von Pennſylvanien zum Vicepräſidentſchafts=Kandidaten. Da ſich am 17. Juni die republikaniſche Nationalkonvention in Philadelphia verſammelte, zogen die „Nordamerikaner“ ihre Sitzungen ſo lange hin, um eine Einigung mit den Republikanern zu verſuchen. Ihre Bevollmächtigten wurden jedoch abgewieſen, weil die Republikaner nicht darauf eingehen wollten, in ihr Programm einen gegen die eingewanderten Bürger gerichteten Paragraphen aufzunehmen. Unter dieſen Umſtänden entſchloſſen ſich die „Nordamerikaner,“ ihren Präſidentſchaftskandidaten fallen zu laſſen und den der republikaniſchen Partei zu adoptiren.

Am 2. Juni trat die Nationalkonvention der Demokratie in Cincinnati zuſammen. Ihr Programm verdammte die der Einwanderung feindlichen Beſtrebungen der Nichtswiſſer und jede fernere Agitation in der Frage der Sklaverei, billigte dagegen die ſogenannten Kompromißmaßregeln von 1850 mitſammt dem Sklavenfanggeſetz und die Kanſas=Nebraska=Bill, welche der Sklaverei in allen Territorien Eingang verſchaffte, als einen „endgültigen Abſchluß“ jener Frage. Zu ihren Kandidaten ernannte ſie Buchanan von Pennſylvanien für das Präſidenten= und Breckinridge von Kentucky für das Vicepräſidenten=Amt.

Die republikaniſche Konvention tagte am 17. und 18. Juni

in Philadelphia. Sie stellte eine Platform auf, welche die Ausschließung der Sklaverei von allen Territorien forderte, dem Kongreß das Recht und die Verpflichtung zusprach, die Sklaverei in den Territorien für immer zu verbieten, die sofortige Aufnahme von Kansas als Freistaat für eine Forderung der Gerechtigkeit erklärte und vom Kongreß verlangte, daß er den Präsidenten der Vereinigten Staaten und seine Mitschuldigen bei den an den Freistaatsleuten von Kansas verübten Freveln in Anklagezustand versetze. Als Kandidaten wählte die republikanische Konvention Fremont von Kalifornien und Dayton von New-Jersey aus.

Die Präsidentenwahl, welche bekanntlich eine indirekte ist, ergab für den demokratischen Kandidaten Buchanan 1,838,232 Urwählerstimmen, für den republikanischen Kandidaten Fremont 1,341,514 und für den „amerikanischen" Kandidaten Fillmore 874,707. Buchanan erhielt die Elektorenstimmen von 20 Staaten, Fremont die von 11, Fillmore die von einem einzigen. Buchanan war somit der erwählte Präsident. Alle Mittel der Bundesregierung waren in Bewegung gesetzt worden, um seine Wahl zu sichern. Für ihn stimmten die Sklavenhalter fast wie Ein Mann und eine große Mehrheit der nicht sklavenhaltenden Bevölkerung des Südens; das ganze Heer der Bundesbeamten, die ihre Aemter nicht verlieren und eine Masse von beutesüchtigen Professions-Politikern, welche sich Aemter, Lieferungs- und Arbeits-Kontrakte als Lohn für ihre Bemühungen erwerben wollten; ferner eine große Menge Landbewohner, namentlich in den Staaten Pennsylvanien, Indiana und Illinois, die sich theils hatten vorreden lassen, Buchanan werde der Sklaverei-Agitation ein Ende und Kansas zu einem Freistaat machen, und denen theils die Kardinalfrage, um die es sich handelte, noch nicht klar genug geworden war, um sie zur Losreißung von den langgewohnten Parteibanden zu bestimmen; endlich fast alle Irländer und die Mehrzahl der Deutschen, welche entweder aus Unwissenheit oder aus Furcht vor dem Nichtswisser-Gespenst sich an die demokratische Partei anklammerten. Für Fillmore stimmten die Ueberreste der alten Whigpartei, im Norden und im Süden, welche weder zur Demokratie übertreten, noch sich der republikanischen Partei anschließen wollten, und alle diejenigen, denen die Nichtswisser-Principien, der Kampf gegen die „Fremden", höher standen, als die Frage der Sklaverei. Für Fremont endlich stimmten alle,

welche erkannt hatten, daß die Sklavenhaltermacht endlich aus der Bundesregierung hinausgeworfen werden müsse, wenn nicht die Republik zu Grunde gerichtet werden solle. Es war dies eine entschiedene Mehrheit der Bürger der freien Staaten, namentlich der eingebornen. In den Sklavenstaaten war begreiflicherweise die für Fremont abgegebene Stimmenzahl äußerst gering. Wie in Kansas die Freistaatsleute, so wurden in den Sklavenstaaten die Republikaner mit Gewalt am Stimmen verhindert. In Missouri stimmten sie, um wenigstens ihre Opposition gegen die demokratische Partei an den Tag zu legen, „unter Protest" für Fillmore.

Buchanan bestieg am 4. März 1857 den Präsidentenstuhl. Das einzige Verdienst, welches sich dieser Mann um die Vereinigten Staaten erworben hat, besteht darin, daß er der demokratischen Partei, freilich ohne sein Wissen und gegen seinen Willen, den Todesstoß gab. Er trat vollständig in die Fußtapfen seines Vorgängers, des „armseligen" Pierce.

Den vollziehenden Zweig der Bundesregierung hatten die Sklavenhändler in ihrer Gewalt; sie brauchten nur zu winken, und die Exekutive gehorchte. Den gesetzgebenden Zweig beherrschten sie zwar nicht so unbedingt, aber sie wußten sich denselben in allen wichtigen Fragen, sobald es zur Entscheidung kam, dienstbar zu machen. Der richterliche Zweig stand ebenfalls zu ihrer Verfügung; aber es galt, denselben für ihr Interesse besser auszubeuten, als es bis dahin geschehen war. Daß die Bundesgerichtshöfe und Gerichtskommissarien einen lobenswerthen Eifer in der Handhabung des Sklavenfanggesetzes entwickelten, und die Bundesrichter in Kansas alles, was die Grenzbanditen thaten, sanktionirten, alles, was die Freistaatsleute thaten, verdammten und als Hochverrath behandelten, war schon recht gut und anerkennenswerth; allein es genügte nicht, um die Sklaverei in der ganzen Union auf eine „rechtliche" Grundlage zu stellen, um sie zu einer nationalen Institution zu machen. Um diesen großen Zweck zu erreichen, bedurfte es mehr. Das Obergericht der Vereinigten Staaten, die einzige Behörde, deren Mitglieder, vom Präsidenten mit Zustimmung des Senates ernannt, lebenslänglich im Amte blieben, war in seiner Mehrheit aus Sklavenhaltern zusammengesetzt, zu denen noch einige Anhänger der Sklaverei aus den nördlichen Staaten kamen. Einen umfassenden Spruch

von diesem Gerichtshof zu erlangen, wie die Sklavenhalter ihn im Interesse ihrer „eigenthümlichen Institution" wünschten, konnte also keine Schwierigkeit haben. Nur bedurfte es dazu einer Veranlassung, eines speziellen Falles, an den der Spruch sich knüpfen konnte; zu einem auch der Form nach ganz und gar gesetzwidrigen Gutachten, wie die Richter von Kansas, gab sich das Obergericht wenigstens nicht her.

Ein solcher Fall bot sich in dem Prozeß des Negers Dred Scott. Dred Scott, ein in Missouri geborner Sklave, war im Jahre 1834 von seinem Eigenthümer, dem Militärarzt Emerson, nach einem Fort im Staat Illinois mitgenommen und im Jahre 1838 nach einem andern Fort im Territorium Minesota gebracht worden. Dort kaufte sein Eigenthümer von einem Offizier eine Sklavin, die er mit Dred Scott verheirathete. Später kehrte der Doktor Emerson mit seinem lebendigen Eigenthum nach Missouri zurück und verkaufte dort den Dred Scott, dessen Frau und zwei Kinder, die sie mit einander gezeugt hatten, an einen Herrn Sanderson. Nach einer Reihe von Jahren erst wurde Dred Scott, sei es durch Lektüre oder durch Gespräche, darüber aufgeklärt, daß ein Sklave, den sein Eigenthümer freiwillig in einen Freistaat oder ein freies Territorium gebracht habe, dadurch zu seiner Freiheit berechtigt sei. Da ihn nun sein früherer Eigenthümer nach dem Freistaat Illinois und dem freien Territorium Minesota gebracht hatte, wandte er sich an einen Gerichtshof des Staates Missouri, um seine und seiner Familie Freiheit zu erlangen. Der Gerichtshof fand seine Klage begründet und erklärte ihn für frei. Das Obergericht des Staates dagegen kassirte dieses Urtheil, worauf der Prozeß vor dem Kreisgericht der Vereinigten Staaten anhängig gemacht wurde. Dieses erklärte den Kläger und seine Familie für Sklaven, für rechtmäßiges Eigenthum des Herrn Sanderson. Dred Scott wandte sich jetzt mit einem Kassationsgesuch an das Obergericht der Vereinigten Staaten. Im Dezember 1855 kam das Gesuch zur Verhandlung; ein Jahr später wurde die Entscheidung gefällt, aber erst nach dem Regierungsantritt des Präsidenten Buchanan, gleichsam zur Einweihung desselben, wurde sie veröffentlicht.

Anstatt sich an die Prüfung des Kassationsgesuches zu halten, womit es der Gerichtshof allein zu thun hatte, breitete sich die

Entscheidung über das ganze Gebiet der Sklavereifrage aus und stellte auf diesem Gebiet eine Reihe von Sätzen auf, die an Kühnheit Alles übertrafen, was die Sklavenhalter-Aristokratie und die ihr ergebenen politischen Parteien bis dahin zu behaupten und zu beanspruchen gewagt hatten. Der Kläger Dred Scott hatte Kassation des gegen ihn erlassenen Urtheils verlangt, weil das Kreisgericht der Vereinigten Staaten die Jury dahin instruirt hatte, sie müsse ihn für einen Sklaven erklären, während nach dem Thatbestand die Instruktion entgegengesetzt hätte lauten sollen. Das Obergericht erkannte wirklich auch auf Kassation, aber nicht aus dem Grunde, auf welchen der Kläger sich stützte, sondern deßhalb, weil der Kläger ein Neger sei, weil ein Neger niemals Bürger der Vereinigten Staaten sein und deßhalb auch nicht als Kläger vor einem Gerichtshofe der Vereinigten Staaten auftreten könne. Aus diesen Gründen gab das Obergericht dem Kreisgericht auf, sich in der Sache für inkompetent zu erklären. Das Obergericht entschied ferner: daß Menschen von afrikanischer Race und Mischlinge von dieser Race, Neger, Mulatten, Quadronen u. s. w., niemals Personen, sondern immer nur Eigenthumsobjekte und von der Natur zur Sklaverei bestimmt seien; daß ein Sklave dadurch nicht frei werde, daß sein Eigenthümer ihn in einen Staat oder Territorium bringe, wo die Sklaverei gesetzlich nicht bestehe; daß die Verfassung der Vereinigten Staaten Sklaven als Eigenthum anerkenne, und die Bundesregierung deßhalb verpflichtet sei, dieses Eigenthum wie jedes andere zu schützen; daß die Eigenthümer von Sklaven das Recht haben, dieses ihr Eigenthum gerade so gut, wie jedes andere, mit sich in die Territorien der Vereinigten Staaten zu nehmen; daß deßhalb auch das sogenannte Missouri-Kompromiß, welches die Sklaverei von einem Theil der Territorien ausschloß, sowie jedes ähnliche Uebereinkommen oder Gesetz rechtswidrig war und ist.

Durch diese Aufstellungen, welche die Sklaverei zu einer nationalen Institution machten, welche Sklaverei für die herrschende Regel, Freiheit für die geduldete Ausnahme erklärten, welche die Rechtsbegriffe der Union, wie sie seit der Gründung derselben bestanden hatten, auf den Kopf stellten, sollte der Herrschaft der Sklavenhalter die Krone aufgesetzt werden. Man hatte darauf gerechnet, daß der gesetzliche Sinn des amerikanischen Volkes,

welcher vor richterlichen Entscheidungen sich achtungsvoll zu beugen pflegt, den Spruch der höchsten richterlichen Behörde des Landes wie ein Orakel hinnehmen würde. Allein darin hatte man sich getäuscht. Das Volk des Nordens begriff, daß der höchste Gerichtshof sich zu einem gemeinen Parteiorgane herabgewürdigt hatte, und seine gewohnte Achtung verwandelte sich in die tiefste Verachtung. Die Krone, welche das Obergericht der Sklavenhalter-Aristokratie dargereicht hatte, sollte zur Dornenkrone werden.

Um zu seinen gewagten Aufstellungen zu kommen, welche weder in der Konstitution, noch in den Gesetzen der Vereinigten Staaten die geringste Begründung fanden, hatte sich das Obergericht der elendesten Sophistereien bedient, die dem Wortlaut, wie dem Geiste der Verfassung, die der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten, den Ansichten der Bevölkerung des Nordens, dem gemeinen Recht und den Gesetzen der Einzelstaaten auf's Schnödeste Hohn sprachen. Es würde zu weit führen, dies hier näher zu begründen. Ich muß mich darauf beschränken, die Thatsachen zu konstatiren und auf deren Folgen aufmerksam zu machen.

Präsident Buchanan erkannte die „Dred-Scott-Entscheidung", wie das Machwerk des Obergerichts genannt wurde, an, indem er sich in seiner nächsten Botschaft an den Kongreß zu Gunsten derselben aussprach und in den Territorien danach handelte. Die Kansas-Nebraska-Bill hatte das Verbot der Sklaverei nördlich von 36° 30' aufgehoben und der Bevölkerung der Territorien die Entscheidung über diese Frage anheim gegeben. Die Dred-Scott-Entscheidung sprach der Bevölkerung der Territorien eben so wie dem Kongreß das Recht ab; sie stellte das Eigenthumsrecht auf Sklaven über die Konstitution, über die legislative Befugniß des Kongresses und der Territoriallegislaturen. Der Präsident instruirte seine Territorialbeamten, sich danach zu richten, was diese natürlich befolgten. So wurden z. B. Beschlüsse der Territoriallegislaturen von Nebraska und Kansas, welche die Sklaverei verboten, mit dem Veto belegt. Wie der Präsident, so hieß auch die demokratische Partei die Dred-Scott-Entscheidung gut. Sie adoptirte dieselbe als einen ihrer angenehmsten Glaubensartikel, und indem sie sich so ganz und gar mit dem Sklavenhalterinteresse identificirte, zerstörte sie auch den letzten Nimbus, der noch an ihrem Namen haften konnte.

Die Entrüstung, welche die Dred-Scott-Entscheidung bei allen Freunden der Freiheit hervorrief, war so groß, daß, wenn dieses Machwerk vor der Präsidentenwahl von 1856 das Licht der Welt erblickt hätte, jene Wahl wahrscheinlich einen ganz anderen Ausgang gehabt haben würde. In der That, nachdem der große Schritt einmal gewagt worden war, bedurfte es nur noch eines ganz kleinen, nur noch einer einzigen weiteren Schlußfolgerung aus den kühnen Prämissen, um die rechtliche Existenz der Sklaverei auch in allen freien Staaten der Union zu dekretiren, um alle freien Farbigen für Sklaven zu erklären und den afrikanischen Sklavenhandel wieder zu eröffnen. Hatte doch bereits ein fanatischer Vertreter des Südens im Kongreß mit übermüthigem Trotze den Repräsentanten des Nordens die herausfordernden Worte in's Gesicht geschleudert: „Die Zeit ist nicht mehr fern, wo wir die Musterrolle unserer Sklaven auf dem Bunker Hill bei Boston verlesen werden!"

Jedes Wort und jede Handlung des Präsidenten Buchanan war darauf berechnet, dem Interesse der Sklavenhalter zu dienen und ihr Werkzeug, die demokratische Partei, „gesund" und „rein," das heißt von jeder Ketzerei in der Sklavenfrage frei zu erhalten. Wo immer ein Beamter solcher Ketzerei verdächtig war, wurde er augenblicklich entlassen. Die Amtsguillotine arbeitete unter Buchanan's Administration mit einer Thätigkeit, wie nie zuvor. Wie aber auf der einen Seite bestraft wurde, so wurde auf der anderen Seite belohnt. Die Getreuen, mochten sie sonst die größten Schurken und Taugenichtse sein, erhielten die besten Aemter und die fettesten Kontrakte. Anstatt Kontrakte und Lieferungsverträge für die Regierung an die Mindestfordernden zu geben, gab man sie nicht selten zum Doppelten, ja zum vierfachen Preise und noch höher an die Zuverlässigen, die „Gutgesinnten." Die Angestellten, die Kontraktoren und Lieferanten mußten dann freilich Procente abgeben, welche zu Bestechungen und zur Deckung der Wahlkosten benutzt wurden; aber ihr Profit blieb noch groß genug, um einen solchen Abzug zu verschmerzen. So groß war diese Korruption, und so laut erhob sich die Stimme der Presse dagegen, daß das Repräsentantenhaus des Kongresses sein Ohr nicht mehr dagegen verschließen konnte und am 5. März 1860 einen Ausschuß niedersetzte, um die Anschuldigungen, die hauptsächlich auf das Haupt

des Präsidenten fielen, zu untersuchen. Der Präsident remonstrirte zwar in einer besonderen Botschaft dagegen und sprach dem Repräsentantenhause das Recht ab, eine Untersuchung über seine Amtsführung einzuleiten; allein das Haus nahm davon keine Notiz. Es stützte sich darauf, daß nach der Verfassung ihm das Recht zusteht, den Präsidenten wegen amtlicher Vergehen in Anklagezustand zu versetzen, woraus von selbst das Recht sich ergibt, eine Voruntersuchung zu führen, um zu ermitteln, ob solche Vergehen vorliegen, die eine Anklage rechtfertigen. Die Untersuchung wurde geführt und ergab eine Menge der gravirendsten Thatsachen, welche Stoff genug zur Erhebung einer Anklage boten. Das Repräsentantenhaus stand jedoch davon ab, weil die Führung des Prozesses selbst Sache des Senats ist, in welchem der Präsident über eine unbedingte Mehrheit verfügen, also auf Freisprechung rechnen konnte, und weil der Zweck der Untersuchung, dem Lande die gravirenden Thatsachen, die systematische Korruption in der Verwaltung des Präsidenten Buchanan in beglaubigter Form vor Augen zu führen, vollständig erreicht war.

Wie Buchanan das Verfahren seines Vorgängers in Kansas fortsetzte, ist bereits im vorigen Kapitel erwähnt worden. Im Uebrigen bestanden die Dienste, welche er den Sklavenhaltern leistete oder sich zu leisten bemühte, hauptsächlich darin: daß er unablässige Versuche machte, die Insel Cuba, aus der sich mehrere Sklavenstaaten würden bilden lassen, für sie zu erwerben und in Mexiko in ihrem Interesse festen Fuß zu fassen, um auch dort wieder Boden für zukünftige Sklavenstaaten zu gewinnen; daß er den afrikanischen Sklavenhandel und die Eroberungszüge des Abenteurers Walker gegen Mittelamerika, welche ebenfalls der Sklaverei neues Gebiet zu erwerben bestimmt waren, durch die Nachsicht seiner Beamten indirekt unterstützen ließ.

Im Kongreß entspann sich der Kampf der Parteien während der Administration des Präsidenten Buchanan zunächst um Kansas. Am 2. Februar 1858 legte der Präsident dem Kongreß die in Lecompton verfertigte Sklavenstaatsverfassung mit einer begleitenden Botschaft vor, worin er seine Ansicht mit den Worten aussprach: „Es ist von unserem höchsten Gerichtshofe feierlich entschieden worden, daß die Sklaverei in Kansas kraft der Konstitution der Vereinigten Staaten zu Recht besteht. Kansas ist in diesem

Augenblick gerade so gut ein Sklavenstaat, wie Süd-Carolina oder Georgien." Der Senat beeilte sich, die Lecompton-Konstitution gut zu heißen und eine Bill anzunehmen, welche die Zulassung von Kansas mit dieser Konstitution in den Staatenbund verfügte. Das Repräsentantenhaus jedoch verwarf diese Bill mit 137 gegen 95 Stimmen und nahm statt ihrer eine andere an, welche bestimmte, daß das Volk von Kansas nochmals über die Lecompton-Verfassung abstimmen, daß im Fall der Annahme derselben Kansas sofort als Staat zugelassen, im Fall der Verwerfung dagegen eine neue, konstituirende Versammlung berufen werden solle. Ein Konferenzausschuß beider Häuser wurde ernannt, und mit Hülfe von Drohungen und Bestechungen brachten die Sklavenhalter und ihre Helfershelfer es nach einem vierzehntägigen Kampfe fertig, daß die schon im vorigen Kapitel angeführte Bill angenommen wurde, welche dem Volke von Kansas allerdings eine nochmalige Abstimmung über die Lecompton-Verfassung gestattete, die Annahme derselben aber mit der Zulassung des Territoriums als Staat und mit einem Landgeschenk von fünf Millionen Acres belohnte, die Verwerfung hingegen damit bestrafte, daß das Territorium nicht eher als Staat aufgenommen werden sollte, als bis seine Bevölkerung auf 93,340 Seelen angewachsen sein würde.

Der nächste bedeutende Kampf im Kongreß entspann sich um den mißglückten Versuch John Brown's, die Sklaverei mit Gewalt auszurotten, und um ein Buch von H. R. Helper: „Die bevorstehende Krisis des Südens." John Brown, der bekannte energische Guerillaführer in Kansas, hatte bei den Kämpfen mit den Grenzbanditen einen so glühenden Haß gegen die Sklaverei und die Sklavenhalter eingesogen, daß er sich entschloß, die Axt an die Wurzel des Uebels zu legen, „den Krieg nach Afrika zu tragen." Im Spätsommer 1859 miethete er sich unter angenommenem Namen in Virginien, in der Nähe des Ortes Harper's Ferry, wo die Bundesregierung eine Waffenfabrik und ein Zeughaus hatte, eine Farm, versammelte dort einige Freunde und ein paar seiner Söhne um sich, brachte Waffen und Munition zusammen, sondirte seine Nachbarschaft und versuchte Verbindungen anzuknüpfen. Seine Absicht ging dahin, einen großen Sklavenaufstand zu erregen und die Sklaven mit Gewalt zu befreien. Die Aussicht auf Erfolg bei diesem gewagten Unternehmen war äußerst gering. Während

die Sklaven theils zu unwissend, theils zu furchtsam waren, um dem Manne, der sich für sie zu opfern bereit war, entgegen zu kommen, durfte Brown sich nicht auf lange und umfassende Vorbereitungen einlassen, weil sein Plan dann sicher würde verrathen oder ausspionirt worden sein, bevor er zur Ausführung gekommen wäre. Im Oktober beschloß er deßhalb, zur That zu schreiten. Zum Anfangspunkt seiner Operationen hatte er sich den Ort Harper's Ferry und das dortige Zeughaus ausersehen. Wenn in Besitz dieses Zeughauses, welches ihm die Mittel gewährte, eine große Streitmacht zu bewaffnen, glaubte er, daß ihm rasch eine Menge Gesinnungsgenossen zuströmen und die Sklaven sich überall erheben würden. Das Zeughaus nahm er mit leichter Mühe, aber der Zuzug und die Sklavenerhebung blieben aus. Dagegen eilten virginische Milizen und Vereinigte-Staaten-Truppen in großer Zahl herbei, um den kühnen Abenteurer gefangen zu nehmen. Nach einer verzweifelten Vertheidigung fiel er, von mehreren Kugeln durchbohrt, mit dem kleinen Rest seiner geringen Mannschaft den Angreifern in die Hände. Eine grenzenlose Angst bemächtigte sich der Sklavenhalter. Sie zogen tausende von Milizen zusammen, um den schwerverwundeten Brown zu bewachen, schleppten ihn auf einer Tragbahre vor Gericht und beruhigten sich nicht eher wieder, als bis sie den gefährlichen Feind am Galgen sahen. Der alte Brown blieb sich treu bis zu seinem letzten Athemzuge. Er ließ sich zu keiner Concession herbei, verzog keine Miene seines ernsten, strengen Gesichts, zuckte mit keinem Nerv seines eisernen Körpers. Er starb für seine große Sache am Galgen wie ein Held.

Die Sklavenhalter glaubten, daß hinter der verwegenen That des alten Brown eine große Verschwörung stecke, in welche die hervorragendsten Mitglieder der republikanischen Partei verwickelt seien, und stellten deßhalb im Senat den Antrag, einen Ausschuß zur Untersuchung der vermeintlichen Verschwörung niederzusetzen. Während der Debatte, die hierüber geführt wurde, fielen zwar von beiden Seiten die heftigsten Aeußerungen; aber die republikanischen Senatoren widersetzten sich dem Antrage nicht, sondern gaben bereitwillig ihre Zustimmung.

Das Buch von Helper: „Die bevorstehende Krisis des Südens,“ welches die moralischen, intellektuellen und nationalökonomischen

Nachtheile der Sklaverei schlagend beweist und zu dem Schluß kommt, daß dem Süden eine große Krisis bevorsteht, wenn er nicht auf die Abschaffung der Sklaverei bei Zeiten Bedacht nimmt, war von vielen Kongreßmitgliedern ihren Gesinnungsgenossen als ein vortreffliches und nützliches Werk dringend empfohlen worden. Als es sich nun nach Eröffnung der Sitzung des Repräsentantenhauses um die Wahl des Sprechers handelte, beantragte ein Mitglied von Missouri, daß keiner derjenigen Repräsentanten, welche das Helper'sche Buch empfohlen hätten, zum Sprecher gewählt werden dürfe. Damit war die Sklavenfrage in die Debatte hineingeworfen, und es entspann sich über dieses Alpha und Omega der innern Politik zwischen den Demokraten und Republikanern ein hitziger Kampf, der bis zur Beendigung der Sprecherwahl, das heißt volle zwei Monate, dauerte. Die Wahl zog sich deßhalb so lange hin, weil Demokraten wie Republikaner in der Minorität waren, und die Knownothings, welche den Ausschlag geben konnten, sich weder auf die eine, noch auf die andere Seite neigen wollten. Beinah acht Wochen hielten die Republikaner bei ihrem ersten Kandidaten Sherman, einem der Unterstützer des Helper'schen Buches, fest. Dann endlich ließen sie ihn fallen und setzten Pennington von New-Jersey, der bei der Empfehlung des verhängnißvollen Buches nicht betheiligt gewesen war, an seine Stelle. Dieser wurde mit Hülfe einiger Knownothing-Stimmen nach ein paar Ballotements gewählt. Kaum war aber die Sprecherwahl beendet, so kam die unvermeidliche Sklavereifrage schon wieder auf's Tapet. Kansas klopfte von Neuem an den Pforten des Kongresses um Aufnahme in die Union an, diesmal mit der in Wyandot verfaßten Freistaatskonstitution. Die Debatte darüber zog sich bis zum Schluß der Kongreßsitzung hin, ohne zu einem Resultat zu führen.

Ehe noch die Sitzung des Kongresses zu Ende war, versammelten sich die Nationalkonventionen der verschiedenen Parteien, um ihre Platformen zurechtzuzimmern und ihre Kandidaten für die Präsidentenwahl von 1860 aufzustellen.

Die republikanische Konvention trat am 16. Mai 1860 in Chicago zusammen und erledigte ihre Geschäfte in der größten Eintracht in zwei Tagen. Ueber die Frage der Sklaverei spricht sich ihre Platform in folgender Weise aus:

„Die neu erfundene Lehre, daß die Bundesverfassung die Sklaverei in allen Territorien gestatte, ist eine gefährliche politische Ketzerei und steht in direktem Widerspruch mit den ausdrücklichen Bestimmungen jenes Instrumentes selbst, mit den Erklärungen der Zeitgenossen der Revolution und mit früheren Entscheidungen der Gerichtshöfe und der Gesetzgeber. Sie ist revolutionär in ihrem Endziel und untergräbt den Frieden und die Eintracht des Landes."

„Alles Territorium der Vereinigten Staaten ist von Rechtswegen ein freies. Da unsere republikanischen Vorfahren, als sie in allen unsern Territorien die Sklaverei verboten, die Bestimmung trafen, daß Niemand ohne gesetzliche Procedur des Lebens, der Freiheit oder des Eigenthums beraubt werden darf, so ist es unsere Pflicht, durch Maßregeln der Gesetzgebung, so oft es nothwendig ist, diese Bestimmung gegen jeden Angriff aufrecht zu erhalten. Wir sprechen deßhalb auch dem Kongreß, einer Territorial-Legislatur oder irgend welchen Personen die Befugniß ab, die Sklaverei in einem Territorium der Vereinigten Staaten zu sanktioniren."

„Wir brandmarken die Wiedereröffnung des afrikanischen Sklavenhandels, welche neuerdings unter Beihülfe einer mißbrauchten richterlichen Gewalt unter unserer Nationalflagge stattgefunden hat, als ein Verbrechen gegen die Humanität, als eine himmelschreiende Schande für unser Land und unser Zeitalter, und wir verlangen vom Kongreß, daß er unverzüglich wirksame Maßregeln ergreife, um diesem abscheulichen Handel für immer ein Ende zu machen."

„Wir erblicken in den kürzlich erlassenen Vetos der Gouverneure von Kansas und Nebraska gegen das von den Legislaturen dieser Territorien beschlossene Verbot der Sklaverei eine praktische Illustration zu dem vielgepriesenen demokratischen Princip der Nichteinmischung und Volkssouveränität, wie es in der Kansas-Nebraska-Bill ausgesprochen wurde, und ein Eingeständniß der hinterlistigen Täuschung, welche damit beabsichtigt war."

„Kansas hat die Berechtigung, sofort als Staat aufgenommen zu werden mit der Verfassung, welche von seinem Volk entworfen und gut geheißen worden ist."

Die erste republikanische Nationalkonvention im Jahre 1856 hatte sich nicht stark genug gefühlt, den damals noch ziemlich mächtigen Nichtswissern, von denen sie einige Unterstützung erwartete, dadurch vor den Kopf zu stoßen, daß sie in ihr Parteiprogramm

einen Paragraphen aufnahm, welcher das Fundamentalprincip jener Partei ausdrücklich desavouirte. Sie zog es vor, den Gegenstand mit Stillschweigen zu übergehen. Die Konvention von 1860 dagegen, bei welcher die deutschen Bürger der Union durch viele einflußreiche Delegaten vertreten waren, nahm einen Paragraphen auf, welcher die eingewanderten mit den eingeborenen Bürgern ausdrücklich anerkannt und sich gegen jede Abänderung der bestehenden Naturalisationsgesetze ausspricht. Von dem Rest der republikanischen Platform verdient noch ein Paragraph hervorgehoben zu werden, welcher sich gegen jede fernere Veräußerung der öffentlichen Ländereien und für den Erlaß eines „Heimstätte-Gesetzes“ ausspricht, das jedem wirklichen Ansiedler, der Bürger der Vereinigten Staaten ist, oder seine Absicht erklärt hat, Bürger werden zu wollen, 160 Acres Land unentgeltlich bewilligt.

Zu ihrem Kandidaten für das Präsidentenamt ernannte die republikanische Konvention Abraham Lincoln von Illinois, für das Vicepräsidentenamt Hannibal Hamlin von Maine. Abraham Lincoln ist ein ächter Repräsentant des Westens und im wahren Sinne des Wortes das, was man in den Vereinigten Staaten einen „selbstgemachten Mann“ nennt. Er ist der Sohn eines Grenzansiedlers und wurde im Jahre 1809 in den Wäldern Kentucky's geboren, von wo er später nach Indiana und dann nach Illinois kam. Axt und Büchse waren die ersten Geräthschaften, welche er gebrauchen lernte. Vom Schulunterricht wurde ihm blutwenig zu Theil. Kaum halb erwachsen, mußte er sich selbst sein Brot erwerben, erst als Feldarbeiter, dann in einer Schneidemühle, später abwechselnd als Schiffer, als Ladengehülfe und als Feldmesser. Bei diesen verschiedenen Beschäftigungen hatte er sich nach und nach so viel Kenntnisse angeeignet und so viel Mittel erworben, daß er sich zum Advokaten ausbilden konnte. Er ließ sich in Springfield, dem Regierungssitz des Staates Illinois, nieder und lebte dort von seiner Advokatur, bis er von dem Volke der Vereinigten Staaten zum Präsidentenamt berufen wurde. Von 1847—1849 war er Mitglied des Kongresses und 1858 wurde er von der republikanischen Partei als Kandidat für das Amt eines Senators des Staates Illinois aufgestellt, unterlag aber seinem Gegner Douglas. Außerdem hatte er bis zu der Zeit seiner Erwählung zum Präsidenten keinen aktiven Antheil an der Politik des Landes genommen

und kein Amt bekleidet. Lincoln zeichnet sich nicht durch hervorragende Talente aus, gilt aber als ein Mann von klarem Verstande, von erprobter Redlichkeit, von gutem Willen, von entschlossenem und energischem Charakter.

Die Partei der Nichtswisser oder Amerikaner war zu Grabe gegangen. Aus den Fragmenten derselben, aus einigen „fossilen" Whigs und aus einem Häuflein politisch indifferenter Leute, denen die Ruhe über Alles geht, bildete sich für die Präsidentenwahl von 1860 eine vorübergehende Kombination, die sich den Namen „Unionspartei" beilegte. Diese Unionspartei hielt am 9. Mai in Baltimore eine Konvention, stellte ein Programm auf, das gar nichts sagte, sondern sich auf einige allgemeine Phrasen über Aufrechthaltung der Bundesverfassung und der Union und über Durchführung der Gesetze beschränkte, und ernannte Bell von Tenessee und Everett von Massachusetts zu ihren Kandidaten.

Die demokratische Nationalkonvention versammelte sich schon am 23. April in Charleston in Süd-Carolina. Ein ominöser Versammlungsort! Der Zank um die Aemter, die Greuel in Kansas und die Dred-Scott-Entscheidung hatten einen Zwiespalt in den Reihen der Partei hervorgerufen, den Buchanan vergebens durch eine eiserne Disciplin zu unterdrücken versucht hatte. An die Spitze der Unzufriedenen stellte sich der Senator Douglas von Illinois, der langjährige Präsidentschafts-Aspirant. Er hatte Einsicht genug, um zu begreifen, daß durch das Verfahren des Präsidenten Buchanan die demokratische Partei in den nördlichen Staaten völlig zu Grunde gerichtet werden, daß die Mannschaft, das heißt das Volk, in Masse abfallen und zur republikanischen Partei übergehen, und daß am Ende nur noch eine Hand voll Beamte und Aemterjäger als Rest der Partei übrig bleiben würde. Wenn das geschah, so war es natürlich mit der Herrlichkeit der Demokratie für immer zu Ende. Douglas suchte deßhalb so zu manövriren, daß er dem empörten Gefühl des Nordens scheinbar Rechnung trug, ohne dem Süden geradezu vor den Kopf zu stoßen und seine Interessen zu verletzen. Er behauptete den Standpunkt der „Volkssouveränität", den er als Urheber der Kansas-Nebraska-Bill proklamirt hatte, und bekämpfte von diesem Standpunkt aus im Kongreß die betrügerische Lecompton-Verfassung als einen Hohn auf seine Volkssouveränitätslehre. Dadurch setzte er sich in offenen Widerspruch mit dem Präsidenten

Buchanan und den Ultras, den sogenannten „Feuerfressern“ des Südens. Er hatte gehofft, die Leute würden begreifen, daß die demokratischen Massen des Nordens nicht anders, als durch eine solche scheinbare Konzession bei der Fahne zu halten seien, und sie würden aus seiner ganzen politischen Vergangenheit das Vertrauen zu ihm schöpfen, daß er niemals dem Interesse der Sklavenhalter ernstlich entgegenarbeiten, sondern nach wie vor für ihr Bestes wirken werde. Allein darin hatte er sich getäuscht. Es ging ihm gerade so, wie den verschiedenen Gouverneuren von Kansas. Die „Feuerfresser“ und ihr Werkzeug, Präsident Buchanan, verlangten unbedingte Unterwerfung, unbedingten, schweigenden Gehorsam. Douglas war in ihren Augen ein Abtrünniger, ein Ketzer und wurde mit seinem ganzen Anhang unerbittlich verfolgt. Von der Zeit an spaltete sich die Demokratie in zwei Fraktionen, in eine südliche oder „Lecompton“= und in eine nördliche oder Anti=Lecompton=Demokratie, die nach ihrem Führer auch Douglas=Demokratie genannt wurde. Zwischen den Führern dieser Fraktionen bestand im Grund genommen nur ein sehr geringer Unterschied, zwischen den Massen jedoch ein tiefgehender.

Bei dieser Lage der Dinge konnte es nicht ausbleiben, daß die Konvention in Charleston zu einem für die demokratische Partei nichts weniger als günstigen Resultate führte. Beide Fraktionen waren unter den Delegaten fast jedes einzelnen Staates vertreten; unter den nördlichen Delegaten war natürlich die ketzerische Anti=Lecompton=, unter den südlichen die rechtgläubige Lecompton=Fraktion vorherrschend. Von einigen Staaten und einigen Wahldistrikten erschienen doppelte Delegationen, von denen jede darauf Anspruch machte, die wahre Vertreterin der Demokratie und der demokratischen Principien zu sein. Die Sitzung der Konvention war kaum eröffnet, so begann ein erbitterter Zank zwischen den feindlichen Brüdern, und nachdem dieser Zank zehn Tage fortgesetzt worden war, kam die Konvention glücklich dahin, daß sie sich in zwei Konventionen spaltete. Die Delegaten von acht Sklavenstaaten traten in corpore aus, und einzelne der Delegaten von mehreren der übrigen Staaten gingen mit ihnen. Douglas war natürlich der Kandidat der nördlichen Fraktion. Da er aber nicht die gebräuchliche Zweidrittels=Majorität erhielt, so vertagte sich die nördliche Fraktion auf den 18. Juni nach Baltimore. Die südliche Fraktion

folgte ihrem Beispiel und vertagte sich auf den 11. Juni nach Richmond, der Hauptstadt von Virginien. Bei der Konvention in Baltimore ging der Zank von Neuem wieder los. Neue Austrittserklärungen erfolgten, und nach achttägigem Streite wurde endlich Stephen Douglas zum Präsidentschafts-, Herschel Johnson zum Vicepräsidentschafts-Kandidaten nominirt. Die Konvention in Richmond wählte John Breckinridge von Kentucky, den Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten, und Joseph Lane als ihre Kandidaten aus.

Die Plattformen der beiden demokratischen Fraktionen wichen sehr wenig von einander ab, so wenig in der That, daß sie kaum von einander zu unterscheiden waren. Die südliche Fraktion sagte: „In einem Territorium darf weder der Kongreß, noch die Territoriallegislatur die Sklavenhalter verhindern, mit ihrem Eigenthum sich dort niederzulassen. Die Bundesregierung ist verpflichtet, sie im Besitz ihres Sklaveneigenthums zu schützen. Erst wenn ein Territorium das Recht erlangt, sich eine Staatsverfassung zu geben, kann das Volk darüber entscheiden, ob es Sklaverei haben will oder nicht." Dem gegenüber berief sich die Platform der nördlichen Fraktion auf die Plattform von 1856 und fügte derselben hinzu, daß sich „die demokratische Partei der Entscheidung des Obergerichts der Vereinigten Staaten füge, und daß sich auch die Territorial-Legislaturen darnach zu richten haben." Der einzige Unterschied zwischen diesen beiden Programmen ist der, daß das erstere ausdrücklich Schutz für das Sklaveneigenthum in den Territorien verlangt, während das letztere diesen Punkt mit Stillschweigen übergeht. Für ungehindertes Eindringen der Sklaverei in die Territorien sprachen sich beide aus.

Es standen also bei der Präsidentenwahl von 1860 vier Kandidaten im Felde. Daß Lincoln eine weit größere Stimmenzahl erhalten würde, als irgend einer seiner Mitbewerber, daran war nicht zu zweifeln. Um ihm den Sieg streitig zu machen, blieb deßhalb nichts Anderes übrig, als daß seine Gegner sich vereinigten, um das Glück ihrer Kandidaten auf eine gemeinschaftliche Karte zu setzen. So vereinigte sich z. B. im Staat New-York die ganze Gesellschaft und stellte gemeinschaftlich 35 Kandidaten für die 35 Elektorenstellen des Staates auf, mit dem Uebereinkommen, daß im Fall des Sieges die 35 Elektorstimmen zwischen den drei betreffenden Parteien nach Verhältniß ihrer Stärke vertheilt werden

sollten. Sie brachten es jedoch alle zusammen nur auf 313,640 Stimmen, während die Zahl der republikanischen Stimmen 361,367 betrug. Aehnliche Kombinationen, theils zwischen den Anhängern von Douglas und denen von Breckinridge, theils zwischen den Douglas- und Bell-Leuten, theils zwischen allen drei Parteien, fanden in mehreren Staaten statt.

Das Endresultat war folgendes: In den nördlichen Staaten erhielt Lincoln 1,758,702 Stimmen, Douglas 747,450, Breckinridge 100,706, Bell 139,154, außerdem die drei letzteren zusammen 502,930. In den südlichen Staaten wurden für Lincoln nur 26,096 Stimmen abgegeben (davon die meisten, 17,024 in Missouri, die übrigen in Delaware, Kentucky, Maryland und Virginien), für Breckinridge 583,320, für Douglas 162,786, für Bell 506,418. Im Ganzen hatte Lincoln 1,784,798 Urwählerstimmen erhalten, Douglas 910,286, Breckinridge 684,025, Bell 645,572 und die drei letzten zusammen außerdem noch 502,930. Die Elektoralstimmen der Staaten vertheilten sich wie folgt: Lincoln erhielt die Stimmen aller freien Staaten, mit Ausnahme von 3 Stimmen des Staates New-Jersey, welche Douglas zufielen, im Ganzen 180; Breckinridge erhielt die Stimmen von 11 Sklavenstaaten, im Ganzen 72; Bell die Stimmen der Sklavenstaaten Kentucky, Tenessee und Virginien, im Ganzen 39; Douglas nur 3 Stimmen von New-Jersey und 9 von Missouri, zusammen 12.

Abraham Lincoln war demnach, da er von 303 Elektoralstimmen 180 erhalten hatte, zum Präsidenten, Hannibal Hamlin zum Vicepräsidenten der Vereinigten Staaten gewählt.

Fünftes Kapitel.

Drohungen der Sklavenhalter. Anfang der Secessionsbewegung. Die Baumwollstaaten voran: Süd-Carolina, Georgien, Mississippi, Louisiana, Alabama, Florida, Texas. Die übrigen Sklavenstaaten. Eröffnung der Sitzung des Kongresses am 3. December 1860. Botschaft des Präsidenten. Unionsausschüsse in beiden Häusern. Fruchtlose Debatten.

Schon von dem Tage an, an welchem die republikanische Konvention in Chicago ihre Platform aufgestellt und ihre Kandidaten ernannt hatte, erhob sich in den Sklavenstaaten das seit vierzig Jahren so oft schon gehörte Geschrei: „Die Fanatiker des Nordens wollen unser gutes Recht mit Füßen treten. Das dulden wir nicht; lieber sagen wir uns von der Union los.“ Mit dieser Drohung und der nöthigen Zugabe von Gewaltthaten und Bestechungen hatte der Süden bisher alles durchgesetzt, was er wollte. In dem Wahlkampf von 1860 erreichte er damit wenigstens das, daß die republikanischen Kandidaten eine weit geringere Stimmenzahl erhielten, als sie ohne das drohende Geschrei erhalten haben würden. „Seht nur,“ sagten die ängstlichen, friedfertigen Teiggesichter des Nordens, denen die Ruhe über alles ging, „seht, in welch' furchtbarer Aufregung sich die Sklavenstaaten befinden; im ganzen Süden herrscht Schrecken und Trauer. Laßt es also nicht auf's Aeußerste kommen; stimmt nicht für die Kandidaten der republikanischen Fanatiker, sondern stimmt für konservative Kandidaten, für Bell oder Douglas.“ Durch diesen nördlichen Wiederhall des südlichen Geschrei's wurden Lincoln viele Stimmen entzogen und seinen Gegnern zugewandt.

In dem Maße, wie die Siegesaussichten der republikanischen Partei wuchsen, nahmen auch die Drohungen der Feuerfresser des Südens zu. Zur Charakterisirung dieser Drohungen führe ich einige Aeußerungen der südlichen Presse aus dem Monat Oktober hier an.

„Die rauschenden Wogen des schwarzen Republikanismus,“

sagte der „Nashville American“, schlagen an unsere Füße; ihr Schaum spritzt uns bereits ins Gesicht. Was haben wir zu thun, um nicht ersäuft zu werden von ihrem weitern Vordringen? Möge der Süden einen soliden Damm bilden, und die tollen Wogen des Fanatismus werden vergebens dagegen anstürmen. Laßt uns Parteivorurtheile bei Seite setzen; laßt uns unsre innern Zwistigkeiten heilen und der Gefahr als Patrioten ins Auge blicken. Parteitriumphe sind nutzlos, wenn Tollheit die Stunde beherrscht, wenn unsere Rechte durch den eisernen Huf der Gewalt in den Staub getreten und unsere verfassungsmäßigen Garantieen von zügelloser Frechheit mißachtet werden. Breckinridge ist unsere erste Wahl. Wir nehmen auch Douglas an, auch Bell; aber Lincoln niemals!“

Das „Sketch Book“, welches in Auburn, im Staat Alabama, erscheint, schrieb: „Mag es nun zur Trennung, zur Revolution, oder wozu sonst kommen — Eins ist gewiß: Lincoln kann niemals Präsident der südlichen Staaten sein! Im Fall seiner Erwählung werden wir keinen Präsidenten haben, bis entweder die schwarz-republikanische Partei von ihrer Stellung zurücktritt und uns die Erwählung eines nationalen Mannes möglich macht, oder bis wir durch ihre Weigerung gezwungen werden, einen Präsidenten für uns selbst zu wählen. Dafür müssen wir kämpfen.“

Diese Bewegung in den südlichen Staaten war übrigens damals keinesweges eine allgemeine. Viele der einflußreichsten Blätter erklärten sich sehr entschieden dagegen. So sagte der „New-Orleans Picayune“ in einem längern Artikel, der sich ausführlich über die segensreichen Folgen des Staatenbundes für das ganze Land und besonders für den Süden verbreitete, Folgendes: „Wer will die Segnungen, welche die Union uns gebracht hat, gegen die ungewissen Resultate der Revolution eintauschen? Wer will alles das, was uns theuer ist, auf's Spiel setzen um einer ungewissen Furcht willen, die man wegen der Zukunft hegt? Wer wird nicht seiner Nationalität nur um so treuer sein, wenn die Wolken am dunkelsten sind, und das Licht nur schwach durch ihre zusammengeballten Massen dringt!“

Wie stark diese Opposition war, kann man am besten aus folgenden Aeußerungen des „Clayton Banner“ entnehmen: „Wir

zweifeln nicht daran, daß Süd-Carolina bereit ist, im Fall der Erwählung Lincoln's sich loszusagen, und falls kein anderer Staat sich an die Spitze stellen will, so sagen wir jetzt, obschon wir seither für gemeinschaftliches Handeln waren: Laßt Süd-Carolina zuerst gehen, wenn nicht binnen drei Wochen nach der Erwählung Lincoln's Georgien, Texas, Mississippi, Florida oder Alabama den Anfang macht. Aber wie soll es geschehen? Das ist die Frage. Wir meinen, daß es vermittelst eines Staatsstreichs geschehen muß, wenn nicht die Geschichte durchfallen und fehlschlagen soll." Diese Staatsstreichpolitik wurde denn auch wirklich eingeschlagen und bei der ganzen Secessionsbewegung als Regel befolgt.

Süd-Carolina, welches von je her allen übrigen Sklavenstaaten in Drohungen und frechen Anmaßungen gegen den Norden voraus gewesen war und sich schon mehrmals in rebellischen Bewegungen gegen die Bundesbehörden versucht hatte, machte den Anfang. Schon vor der Präsidentenwahl hatte der Gouverneur des Staates die Legislatur zu einer außerordentlichen Sitzung berufen, damit sie im Fall der Erwählung Lincoln's sofort Maßregeln „zum Schutz der Rechte des Staates" beschließen könne. Kaum hatte der Telegraph die Berichte über die Präsidentenwahl vom 6. November gebracht, welche die Erwählung Lincoln's außer Zweifel stellten, so beschloß die Legislatur, auf den 17. Dezember eine Staatskonvention, das heißt eine Versammlung von Abgeordneten mit konstituirender Gewalt, zu berufen, welche über die Lossagung des Staates von der Union beschließen sollte. Gleich darauf legten die meisten Bundesbeamten in und für Süd-Carolina, Richter, Bundesanwälte, Marschälle u. s. w., ihre Funktionen nieder, so daß die Bundesregierung innerhalb der Grenzen des Staates thatsächlich außer Kraft gesetzt war.

Um dieselbe Zeit fanden in allen „Baumwoll-" und „Zucker-" Staaten, zu denen außer Süd-Carolina noch Georgien, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas gehören, Versammlungen statt, welche sich für Losreißung von der Union erklärten. Die Feuerfresser bemächtigten sich überall der Gewalt und terrorisirten das Volk. Sie entwickelten die größte Thätigkeit und Energie, während die konservativen Elemente, die Anhänger der Union, von Tage zu Tage muthloser wurden und sich am Ende ganz vom Kampfplatz der Oeffentlichkeit zurückzogen, um den Dingen freien

Lauf zu lassen. Als eine Probe von dem Ton, welchen die Feuerfresser anschlugen, möge ein Auszug aus einer der Reden dienen, welche am 15. November bei einer Volksversammlung in Charleston gehalten wurden. Derselbe lautet:

„Das niederträchtige Komplot, welches vor vierzig Jahren geschmiedet wurde, um die Zügel dieser Regierung zur Ausplünderung des Südens und zur Ausrottung seiner Institutionen zu ergreifen, ist Tag für Tag herangereift, bis die Stunde seiner Ausführung gekommen ist. Eine Woge des Angriffs nach der andern ist über diese Union gefluthet, hat die Verfassung in tausend Trümmer zerschmettert und wird uns bald unter ihren Fluthen begraben, wenn wir nicht unsere Brust dem Unwetter entgegenstemmen und tapfer Widerstand leisten. Ja, ja, meine Freunde, die flammenden Blicke und die strahlenden Gesichter, die ich um mich sehe, sagen mir, daß ihr Widerstand leisten werdet. Ja, ja, denkt an die berühmte Maxime, daß Widerstand gegen die Tyrannen Gehorsam gegen Gott ist. Süd-Carolina hat den ersten Schritt gethan, um seine Stellung unter den Nationen der Erde einzunehmen, und Süd-Carolina wird feststehen. Die Todtenglocke dieser Union hat geläutet, und er muß untergehen, dieser Bund, sollte er auch in Strömen Blutes und in unendlichem menschlichen Elend untergehen. Welchen Werth hat diese Union jetzt für uns? Dreitausend Millionen Eigenthum kommen hierbei in Frage, und wenn ihr an der Wahlurne sagt, daß Süd-Carolina sich nicht losreißen soll, so legt ihr das Opfer von dreitausend Millionen eures Eigenthums hinein. Ja, meine Freunde, diese Union, von der so manche in Ausdrücken des Lobes sprechen, ihre Tugenden, ihr Geist, ihr Glanz sind für immer dahin. Sie ist jetzt ein todtes Aas, dessen Gestank die Nasen des Südens beleidigt. O, meine Freunde, eine breite und tiefe Scheidelinie ist zwischen dem Norden und Süden gezogen, und diese Scheidelinie wird für immer bleiben. Ein unüberschreitbarer Strom rollt zwischen dem Süden und Norden und wird die beiden feindseligen Länder ewig getrennt halten. Die zukünftige Politik Süd-Carolinas, hoffe ich zu Gott, wird keinen Schritt rückwärts gehen. Ich sage heute: Süd-Carolina muß sich lostrennen und wird sich lostrennen!"

Eine solche, bloß auf die Leidenschaft der unwissenden Masse berechnete Sprache — und die Masse in den Sklavenstaaten ist unendlich

unwissend, da ihr systematisch jede Belehrung vorenthalten wird — konnte ihre Wirkung nicht verfehlen.

Dem Beispiel von Süd-Carolina folgte zunächst Georgien. In der Legislatur dieses Staates, welche seit Anfang November in Sitzung war, wurden gleich nach der Präsidentenwahl eine Menge Anträge gestellt, die sich auf die Lossagung des Staates bezogen. Einige Mitglieder verlangten, daß die Lossagung augenblicklich dekretirt werde. Die konservativen und besonneneren Mitglieder ließen sich jedoch nicht fortreißen, und da sie durch konservative Volksversammlungen in einem großen Theil des Staates, welche sich für das Verbleiben bei der Union aussprachen, unterstützt wurden, kam erst nach langen Debatten am 21. November ein Beschluß zu Stande, welcher die Wahl von Abgeordneten zu einer Staatskonvention auf den 3. und den Zusammentritt auf den 16. Januar anordnete.

Der Gouverneur von Mississippi berief die Legislatur auf den 26. November zu einer außerordentlichen Sitzung; „weil," wie er in der betreffenden Proklamation sich ausdrückt, „das Volk der nicht-sklavenhaltenden Staaten in verschiedenen Formen Absichten ausgesprochen hat, welche den Institutionen der sklavenhaltenden Staaten feindlich sind, und die Staatsregierungen fast aller nördlichen Staaten den bestimmten Vorsatz kundgegeben haben, ihren konstitutionellen Verpflichtungen aus dem Wege zu gehen und unter Mißachtung ihrer Eidschwüre Krieg gegen die Rechte und Institutionen der südlichen Staaten zu führen; und weil ferner die Erwählung der Herren Lincoln und Hamlin beweist, daß die, welche weder die Konstitution achten, noch den Gesetzen gehorchen, noch sich an ihre Eide binden, jetzt die Macht haben, zu den höchsten Bundesämtern Leute zu wählen, welche mit ihnen in all' ihrem tollen Eifer, den Frieden, das Eigenthum und das Glück des Südens zu vernichten, sympathisiren, und welche die Macht der Bundesregierung dazu benutzen werden, alle die Zwecke, um deretwillen sie gegründet wurde, zu vereiteln." Als die Legislatur sich am 26. November versammelte, legte der Gouverneur ihr eine Botschaft vor, worin er alle das Unrecht, das der Norden dem Süden zugefügt habe, mit diesen Worten schildert: „Sie haben eine niedrige Selbstsucht an den Tag gelegt, indem sie sich aller Territorien bemächtigt, welche das gemeinsame Eigenthum sämmtlicher Staaten sind. Sie haben sich mit Vor-

bedacht bemüht und haben es fertig gebracht, eine Generation zum Haß gegen den Süden zu erziehen. Sie haben geschworen, die Bundesverfassung aufrecht zu erhalten, und haben Gesetze in der offenbaren Absicht erlassen, eine der deutlichsten Bestimmungen jenes Vertrages zu verletzen. Sie haben große Geldsummen in den Kongreß geschickt, um die Mitglieder jenes Körpers zu bestechen, damit sie Gesetze zur Förderung ihrer Privatinteressen erlassen. Sie haben versucht, uns in der Achtung anderer Nationen herabzusetzen, indem sie uns als Barbaren, Piraten und Räuber denuncirten, die nicht in die Gesellschaft von Christen oder civilisirten Menschen paßten. Sie haben unsere Sklaven zur Insurrektion aufgereizt, haben ihnen gerathen, unser Eigenthum zu verbrennen, unser Volk zu ermorden, und haben ihnen Waffen und Munition geliefert, um sie in ihrem blutigen Werk zu unterstützen. Sie haben Männer des Südens, die sich in der gesetzmäßigen Verfolgung ihrer flüchtigen Sklaven befanden, ermordet und haben es unterlassen, ihre Bürger für diese flagranten Verletzungen der Gesetze Gottes und der Menschen zu bestrafen." In dem Munde eines Gouverneurs waren diese Behauptungen, die theils völlig aus der Luft gegriffen sind, theils auf groben Entstellungen beruhen, mehr als kühn; aber sie thaten ihre Wirkung, auf die sie berechnet waren. Die Legislatur des Staates beschloß, daß am 20. Dezember eine Wahl von Delegaten zu einer Staatskonvention stattfinden und die Konvention am 7. Januar zusammentreten solle. Sie ernannten außerdem Bevollmächtigte, welche im Namen Mississippi's mit den Legislaturen oder Konventionen aller übrigen Sklavenstaaten Unterhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen anknüpfen sollten.

Die Legislatur des Staates Louisiana wurde zu einer außerordentlichen Sitzung auf den 10. Dezember berufen. Was sie beschließen würde, konnte nicht mehr zweifelhaft sein, seitdem verschiedene Volksversammlungen in New Orleans sich für Lostrennung von der Union und Bildung eines südlichen Staatenbundes erklärt hatten. Die Legislaturen von Alabama und Florida beschlossen die Einberufung von Staatskonventionen auf den 7., bezüglich den 3. Januar 1861. In Texas wurde der Gouverneur Houston, ein entschiedener Anhänger der Union, hart gedrängt, um eine außerordentliche Sitzung der Legislatur zu berufen, weigerte sich aber diesen Schritt zu thun, so lange nicht eine Mehrheit des

Volkes darauf bestehe. Die Secessionspartei arbeitete indeß mit großem Eifer auf ihr Ziel los und war entschlossen, dasselbe um jeden Preis, mit oder ohne Gouverneur, zu erreichen. Durch brutale Gewaltthaten an ihren Gegnern, namentlich an Personen aus dem Norden, welche damals in allen von dem Secessionsfieber ergriffenen Gegenden an der Tagesordnung waren, zeichnete sie sich mehr, als in irgend einem der anderen Baumwollstaaten aus.

In den übrigen acht Sklavenstaaten blieb es verhältnißmäßig ruhig. Delaware, das nach dem Census von 1860 auf 110,548 Freie nur 1805 Sklaven zählte, hatte gar keine Sympathie für den Süden. Von Maryland, Arkansas und Missouri hörte man wenig oder gar nichts. Kentucky sprach sich durch seine Presse und durch die Stimme seines Gouverneurs Magoffin für die Union aus. In einem Briefe zur Beantwortung der Frage: „Was wird Kentucky thun?" sagte derselbe: „Die Erwählung Lincoln's ist kein Grund zur Losreißung oder Rebellion und wird auch von dem Volke dieses Staates nicht so angesehen." Erst dann, sagt er im weiteren Verlauf des Briefes, würde der Süden Ursache zur Losreißung haben, wenn die republikanische Partei thatsächlich seine Rechte verletzen würde. In Tenessee, Virginien und Nord-Carolina war eine starke und lärmende Secessionspartei; aber die Unionsmänner hielten ihr die Stange. Virginien, „die Mutter der Staatsmänner", zählte unter seinen Politikern einige der hervorragendsten und ehrgeizigsten Führer der Secessionsbewegung, wie z. B. den Exgouverneur Wise, einen Mann, der auf jede Weise bemüht ist, sich hervorzuthun, und der danach strebt, wenigstens Präsident eines Sklavenstaatenbundes zu werden, nachdem es ihm nicht gelungen, sich in den Präsidentensessel der Vereinigten Staaten zu drängen. Diese Leute bramarbasirten und lärmten; aber es gelang ihnen nicht, den Staat Virginien im Sturm mit fortzureißen. Der Gouverneur berief zwar schon im November eine außerordentliche Sitzung der Legislatur, aber erst auf den 7. Januar und keineswegs ausschließlich, sondern nur nebenbei wegen der Secessionsfrage. Der Gouverneur von Tenessee gab dem Verlangen der Secessionisten, eine Extrasitzung der Legislatur anzuordnen, ebenfalls so weit nach, daß er dieselbe auf den 7. Januar ansetzte. Die Gesetzgebung von Nord-Carolina eröffnete

Ende November ihre regelmäßige Sitzung. Der Gouverneur empfahl ihr, eine Staatskonvention einzuberufen, ein Gesetz zur Organisation der Miliz, welches die Einreihung aller waffenfähigen Männer vom 18. bis zum 45. Jahre vorschriebe, und ein anderes zur Bildung einer Freiwilligenarmee von 10,000 Mann zu erlassen. Es ließ sich indessen voraussehen, daß sich die Legislatur wenigstens mit den Schritten zur Lostrennung des Staates nicht sehr beeilen würde.

Süd-Carolina hatte mittlerweile ebenfalls, wie Mississippi, Bevollmächtigte an alle andere Sklavenstaaten geschickt, um dieselben zu einem Bündniß aufzufordern. Bis zur Wiederversammlung der Legislatur, deren regelmäßige Jahressitzung am 27. November eröffnet wurde, waren nur von Alabama und Mississippi zustimmende Antworten eingelaufen, während mehrere nördliche Sklavenstaaten den guten Rath ertheilten, Süd-Carolina möge sich mäßigen und nicht kopflos in eine Bewegung hineinstürzen, in der es untergehen könne. Mit Beziehung hierauf sagte der Gouverneur des Staates in seiner Jahresbotschaft, alle Hoffnung auf ein gemeinschaftliches Handeln von Seiten des Südens sei verloren, und es bleibe Süd-Carolina nichts Anderes übrig, als im Einklang mit seiner Ehre, seinen Interessen und seiner Sicherheit zu handeln und gerade auf sein Ziel loszugehen, ohne nach rechts oder nach links zu blicken. Die Botschaft empfiehlt dann eine Reihe von Gesetzen und Maßregeln, die darauf berechnet sind, den Staat auf eine selbstständige Basis zu stellen, eine starke Streitmacht zu organisiren und jeden Angriff auf die Institution der Sklaverei, durch Rede oder Schrift, auf's Strengste zu bestrafen. Zum Schluß bricht der Gouverneur in die pathetischen Worte aus: „Ich kann mir nicht erlauben, die gegenwärtige oder zukünftige Bundesregierung für so toll oder so leidenschaftlich zu halten, daß sie versuchen sollte, Süd-Carolina nach seiner Lossagung dadurch zu zwingen, daß sie die Uebergabe der Hafenvertheidigungen verweigert, oder dem Einfuhr- oder Ausfuhrhandel hindernd in den Weg tritt. Sollte ich mich aber hierin täuschen, so müssen wir den Kampf annehmen, wie es freien Männern geziemt, welche den Untergang tausendmal der Schmach vorziehen." Die Legislatur machte sich sofort eifrig an's Werk, Gesetze und Maßregeln, wie sie der Gouverneur empfohlen hatte, zu entwerfen und zu berathen.

Dies war der Stand der Dinge in den Sklavenstaaten, als die Sitzung des Kongresses am 3. Dezember 1860 eröffnet wurde. Süd-Carolina hatte sich, wenn auch noch nicht durch förmlichen Beschluß, doch bereits thatsächlich von der Union losgesagt. Georgia, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana und Texas standen im Begriff, zu folgen. Ein großer Theil der Bundesbeamten in diesen Staaten hatte resignirt und täglich liefen neue Resignationen ein. Die übrigen Sklavenstaaten hielten theils noch fest zur Union, theils hatten sie eine abwartende und beobachtende Haltung angenommen.

Sehen wir jetzt zu, wie sich der exekutive und legislative Zweig der Bundesregierung gegen die Bewegung verhielten.

Präsident Buchanan hatte bis zur Eröffnung der Kongreßsitzung gar nichts gegen die Bewegung gethan. Seine Ansichten über den Gegenstand legte er in seiner Jahresbotschaft dar, aus der ich einige der wichtigsten Punkte in größerer Ausführlichkeit hervorhebe, weil sie wesentlich dazu dienen, denjenigen europäischen Lesern, welche mit den amerikanischen Verhältnissen nicht näher vertraut sind, die ganze Sachlage besser klar zu machen.

Zunächst beschäftigt sich der Präsident mit den Klagen und Beschwerden des Südens. In diesem Punkte nimmt er, wie sich nicht anders von einem Manne, der von der Sklavenhalterpartei gewählt worden war und sich während seiner ganzen Amtsdauer eifrig bemüht hatte, ihr Interesse wahrzunehmen, erwarten läßt, ganz und gar Partei für den Süden. Er schlägt ganz denselben Ton an, wie ein Gouverneur eines Sklavenstaates, oder ein Redner in Charleston in Süd-Carolina. „Die lange fortgesetzte und maßlose Einmischung des Volkes des Nordens in die Frage der Sklaverei in den südlichen Staaten," sagt er, „hat endlich ihre natürlichen Folgen hervorgebracht. Die verschiedenen Sektionen der Union sind jetzt gegen einander in Schlachtordnung aufgestellt, und die von dem Vater dieses Landes so sehr gefürchtete Zeit ist gekommen, wo geographische Parteien gebildet worden sind. Ich habe die jetzt schwebende Gefahr lange vorausgesehen und meine Landsleute oft davor gewarnt. Dies kommt nicht allein von den Ansprüchen von Seiten des Kongresses oder der Territoriallegislaturen, die Sklaverei von den Territorien auszuschließen, noch von den Bemühungen verschiedener Staaten, die Vollziehung des Sklavenfang-

gesetzes zu vereiteln. Alle diese Uebel könnte der Süden ohne Gefahr für die Union erdulden, in der Hoffnung, daß Zeit und Nachdenken sie heilen werden. Die unmittelbare Gefahr entspringt nicht so sehr aus diesen Ursachen, als aus der Thatsache, daß die unaufhörliche und heftige Agitation der Sklavereifrage im ganzen Norden während des letzten Vierteljahrhunderts endlich ihren verderblichen Einfluß auf die Sklaven ausgeübt und denselben vage Begriffe von Freiheit beigebracht hat. Deßhalb besteht nicht länger mehr ein Gefühl der Sicherheit am Familienaltar. Dieses Gefühl des heimischen Friedens hat Befürchtungen vor einer Sklavenerhebung Platz gemacht. Manche Hausfrau im Süden begibt sich Abends zur Ruhe in Furcht und Schrecken vor dem, was sie und ihre Kinder noch vor Morgen überfallen kann. Sollte diese Befürchtung vor häuslicher Gefahr, sei sie unbegründet oder eingebildet, sich ausbreiten und tiefer eindringen, bis sie in den Massen des südlichen Volkes lebt, dann ist die Trennung der Union unvermeidlich. Selbsterhaltung ist das erste Gesetz der Natur, und keine politische Union, welchen Segen und welche Wohlthaten sie auch in andern Beziehungen mit sich führen mag, kann langen Bestand haben, wenn es eine nothwendige Folge derselben ist, daß sie die Heimstätten und den Herd fast der Hälfte der betheiligten Parteien beständig und hoffnungslos unsicher macht."

Es dürfte am Platze sein, bevor ich weiter gehe in der Anführung der wichtigsten Stellen der Präsidentenbotschaft, hier einzuschalten, was zwei der bedeutendsten Journale der Sklavenstaaten kurz vor dem Erscheinen der Botschaft über denselben Gegenstand, den der Präsident in dem Vorstehenden berührt hat, über die Klagen, Beschwerden und Drohungen der Feuerfresser, zu deren Mundstück der Präsident sich macht, schrieben. Der „Missouri-Demokrat" sagte: „Wir stellen die wohlüberlegte Behauptung auf, daß die südlichen Angreifer der republikanischen Partei die Urheber dieses gefährlichen Wahnes der Sklavenbevölkerung und aller derjenigen Akte sind, welche demselben folgten oder noch folgen mögen. Der Sklave hat ein seltsames Geräusch in der Luft vernommen, wo immer er über die republikanische Partei von ihren Gegnern sprechen hörte. Er hat den weißen Mann, seinen Eigenthümer, in öffentlichen Versammlungen erklären hören, daß der einzige Zweck jener Partei die Abschaffung der Sklaverei sei. Dies ist ihm so

oft in die Ohren geklungen, die Presse und die Volksredner haben es so häufig wiederholt, daß er es endlich glaubt. Er hat es ja aus dem Munde derjenigen, auf die er nach Belehrung blickt. Ist er fromm, so singt er seine Hymnen mit größerer Emphase, indem er sich einbildet, er sei bereits in das glückliche Land Canaan versetzt; ist er aber anders disponirt, so schmiedet er wahrscheinlich Pläne, um das große Ereigniß zu beschleunigen. Daß Friedensstörungen aus der bitteren Enttäuschung, die er erleiden muß, folgen, liegt in der Natur der Dinge." Das andere Blatt, die „Commonwealth," welches in Frankfort, im Staate Kentucky, erscheint, sprach sich noch viel deutlicher und energischer aus. „Wenn das Volk von Süd-Carolina, Alabama, Georgien oder Mississippi" — so lauten seine Worte — „sich von der Union oder der Konstitution loszusagen wünscht, möge es das thun. Möge es sich mit einer chinesischen Mauer umgeben, wenn das sein Wunsch ist; wir wollen gern unser Scherflein zu den nöthigen Bausteinen beitragen. Möge es thun, was ihm gefällt, aber unter einer Bedingung, der Bedingung nämlich, daß die Lostrennung eine endgültige sein soll. Die Abwesenheit dieser Leute würde eine unberechenbare und unschätzbare Erleichterung für das Volk der Vereinigten Staaten sein. Es würde uns alle vier Jahre eine große Menge Wind und Konfusion und Unsinn erspart werden. Bei jeder Präsidentenwahl erinnern uns diese politischen Freibeuter an jenen armen Franzosen, der sich mit einem reichen Mann in ein Zimmer einschloß und demselben drohte, er würde sich eine Kugel durch den Kopf jagen und ihn dann des Mordes beschuldigen, wenn er ihm nicht auf der Stelle 500 Dollar zahle. Alle vier Jahre blähen sich diese südlichen Don Quixotes mit schlechtem Schnaps und noch schlechterer Logik auf und erzählen dem Volk, wenn es nicht das und das thue, so würden sie, die Don Quixotes, sich von der Union lossagen. Mögen sie sich lossagen und ver —, nein, gesegnet sein. Wir haben ihre Gasconaden, ihre fürchterlichen Drohungen, ihre blutigen Prophezeihungen herzlich satt. Sie waren nie auf mehr berechnet, als alte Weiber und kleine Kinder zu schrecken."

Ich kehre zu der Botschaft des Präsidenten Buchanan zurück. Trotz des schreienden Unrechts, welches seiner Meinung nach den Sklavenstaaten schon seit einem Vierteljahrhundert zugefügt worden

ist, und trotz der ferneren Gefahren, welche ihnen von der republikanischen Partei drohen sollen, erblickt der Präsident in der bloßen Thatsache der Erwählung Lincoln's keinen Grund für sie zur Trennung von der Union. Ebenso wenig findet er einen solchen Grund in der Behauptung, daß ihnen die Gleichberechtigung mit den übrigen Staaten in den gemeinsamen Territorien verweigert würde, da diese Gleichberechtigung ausdrücklich vom Kongreß anerkannt und in der Dred-Scott-Entscheidung durch das Oberbundesgericht feierlich sanktionirt worden sei.

Eine schreiende Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten sieht der Präsident in den Gesetzen mehrerer Staaten — den sogenannten „Personal-Liberty-Bills" —, welche dazu bestimmt seien, die Vollziehung des Sklavenfanggesetzes zu vereiteln. Obschon daraus noch kein praktischer Nachtheil erwachsen sei, indem alle Gerichtshöfe das Sklavenfanggesetz als gültig anerkannt und die gegenwärtigen Bundesbehörden dasselbe in jedem vorgekommenen Fall vollstreckt haben, während die zukünftigen voraussichtlich ebenso handeln werden, meint doch der Präsident, daß „die südlichen Staaten das Recht haben, die Aufhebung jener widerstrebenden Gesetze als einen Akt der Gerechtigkeit zu verlangen." „Sollte das verweigert werden," fährt er fort, „dann würde die Verfassung, bei welcher alle Staaten Parteien sind, absichtlich von einem Theil derselben verletzt worden sein, verletzt in einer Vorschrift, welche für den häuslichen Frieden und das Glück des Restes wesentlich ist. In dem Fall würden die beeinträchtigten Staaten, nachdem sie zuerst alle feindlichen und verfassungsmäßigen Mittel, um Abhülfe zu erlangen, in Anwendnng gebracht, zum revolutionären Widerstand gegen die Regierung der Union berechtigt sein."

Was den Charakter der Gesetze, auf die der Präsident hier so großes Gewicht legt, betrifft, so sind dieselben nur darauf berechnet, die farbigen Bürger der betreffenden Staaten vor der Gefahr zu schützen, daß sie auf Grund des leichtfertigen Verfahrens, welches das Sklavenfanggesetz vorschreibt, in die Sklaverei geschleppt werden können, und die Ausführung des verhaßten Gesetzes lediglich den Bundesbeamten zur Last zu legen. Keins derselben aber verhindert diese Ausführung, keins tritt der Auslieferung eines flüchtigen Sklaven, dessen Identität gehörig erwiesen ist, hemmend in den Weg. Thatsächlich ist auch kein einziger ent-

flohener Sklave durch diese Gesetze vor der Auslieferung geschützt worden.

Mit großer Ausführlichkeit und Gründlichkeit untersucht der Präsident die Frage, ob ein Staat verfassungsmäßig das Recht habe, sich von der Union loszusagen. Da diese Frage von besonderer Wichtigkeit ist, indem die Sklavenstaaten fast ohne Ausnahme ein solches Recht behaupteten, lasse ich den betreffenden Theil der Botschaft unverkürzt hier folgen.

„Ich habe meine Bemerkungen absichtlich auf revolutionären Widerstand beschränkt, weil in den letzten Jahren die Behauptung aufgestellt worden ist, jeder Staat könne nach seinem souveränen Willen und Belieben, im Einklang mit der Konstitution und ohne irgend eine Verletzung der konstitutionellen Rechte der übrigen Mitglieder des Bundes, aus der Union austreten; wie jeder durch Abstimmung seines eigenen, in einer Konvention versammelten Volkes Theilhaber an der Union geworden sei, so könne auch jeder in ähnlicher Weise durch die Abstimmung einer solchen Konvention sich wieder von der Union zurückziehen. Eine solche Auffassung ist mit der Geschichte sowohl, als mit dem Charakter der Bundesverfassung ganz und gar unvereinbar. Nachdem sie mit der größten Ueberlegung und Sorgfalt gebildet worden war, wurde sie Volkskonventionen der verschiedenen Staaten zur Ratificirung unterbreitet. Ihre Bestimmungen wurden in diesen Körpern, die aus den ersten Männern des Landes bestanden, ausführlich erörtert. Ihre Gegner behaupteten, daß sie der Bundesregierung Befugnisse beilege, welche den Rechten der Staaten gefährlich seien; worauf ihre Anhänger entgegneten, daß bei einer ehrlichen Auslegung des Instrumentes kein Grund zu solchen Befürchtungen vorhanden sei. Bei diesem großartigen Kampfe zwischen den ersten Köpfen dieses oder irgend eines andern Landes fiel es nie jemanden ein, weder unter ihren Gegnern, noch unter ihren Anhängern, zu behaupten, oder auch nur anzudeuten, daß alle ihre Bemühungen vergebliche Arbeit seien, weil irgend ein Staat in dem Augenblick, wo er sich verletzt fühle, aus der Union ausscheiden könne. Was für ein niederschmetterndes Argument würde dies gegen diejenigen gewesen sein, welche befürchteten, daß die Rechte der Staaten durch die Verfassung gefährdet werden könnten!“

„Erst viele Jahre nach der Bildung der Bundesregierung

wurde zum ersten Mal eine solche Behauptung vorgebracht. General Jackson wies sie mit folgenden bündigen Worten zurück, als er am 16. Januar 1833 dem Kongreß die Nullifikations-Ordonnanz von Süd-Carolina vorlegte: „„Das Recht des Volkes eines einzelnen Staates, sich beliebig und ohne Zustimmung der übrigen Staaten von seinen feierlichsten Verpflichtungen loszusagen und Freiheit und Glück der Millionen auf's Spiel zu setzen, welche die Union bilden, kann nicht anerkannt werden. Eine solche Befugniß verstößt auf's Entschiedenste sowohl gegen die Principien, auf welche die Bundesregierung gegründet wurde, als auch gegen die Zwecke, die zu erreichen sie ausdrücklich bestimmt war.""

„Es wird nicht behauptet, daß irgend eine Klausel in der Konstitution einer solchen Theorie Halt verleihe; sie wird lediglich aus dem souveränen Charakter der verschiedenen Staaten, welche die Verfassung ratificirten, hergeleitet. Aber liegt es nicht in der Befugniß eines Staates, wie in der eines Individuums, einen Theil seiner souveränen Rechte abzugeben, um den Rest zu sichern? Um mit Madison, dem Vater der Konstitution, zu reden, „„wurde sie von dem Volk in jedem der Staaten, welches in seiner höchsten souveränen Eigenschaft handelte, und folglich von derselben Autorität gebildet, welche die Staatsverfassungen schuf. Auch ist die Regierung der Vereinigten Staaten — sagt Madison weiter — innerhalb der Sphäre ihrer Befugnisse nicht weniger eine Regierung im strengen Sinne des Wortes, als die von den Konstitutionen der Staaten geschaffenen Regierungen innerhalb ihrer verschiedenen Sphären. Sie ist, gleich diesen, in einem gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Departement organisirt. Wie bei diesen, erstreckt sich ihre Wirksamkeit direkt auf Personen und Sachen, und wie diese, hat sie eine physische Macht zur Ausübung der ihr angewiesenen Befugnisse zur Verfügung.""

„Es war die Absicht der Gründer der Verfassung, daß sie ewig sein und nicht nach dem Belieben irgend einer der kontrahirenden Parteien annullirt werden sollte. Die alten Konföderationsartikel führten den Namen: „Artikel der Konföderation und ewigen Union zwischen den Staaten," und der 13. Artikel erklärt ausdrücklich, „daß die Artikel dieser Konföderation von jedem Staat genau beobachtet werden, und daß die Union ewig sein

soll.“ Die Einleitung zur Konstitution, indem sie sich ausdrücklich auf die Konföderationsartikel bezieht, wiederholt, daß dieselbe gebildet wurde, „um eine vollkommnere Union zu errichten.“ Daß die Union bestimmt war, ewigen Bestand zu haben, ergibt sich aber auch mit Folgerichtigkeit aus der Natur und Ausdehnung der Befugnisse, welche die Verfassung der Bundesregierung übertragen hat. Diese Befugnisse schließen die höchsten Attribute nationaler Souveränität in sich. Sie stellen das Schwert und den Geldbeutel unter ihre Kontrole. Der Kongreß hat die Befugniß, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Armeen und Flotten aufzubringen und zu unterhalten und Verträge mit fremden Regierungen abzuschließen. Er ist mit der Befugniß bekleidet, Geld zu prägen, den Werth desselben zu regeln und den Handel mit fremden Nationen, sowie zwischen den verschiedenen Staaten, zu reguliren. Es ist unnöthig, die übrigen hohen Befugnisse aufzuzählen, welche der Bundesregierung übertragen sind.

„Aber die Verfassung hat nicht bloß diese hohen Befugnisse dem Kongreß übertragen; sie hat auch wirksame Mittel angenommen, um die Staaten an der Einmischung in die Ausübung derselben zu verhindern. Zu dem Zweck hat sie ausdrücklich verboten, daß „kein Staat irgend einen Vertrag oder ein Bündniß eingehen, Kaperbriefe bewilligen, Geld schlagen, Papiergeld emittiren, irgend etwas Anderes, als Gold oder Silber, zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel machen, irgend ein Gesetz mit rückwirkender Kraft oder ein Gesetz, das die Verbindlichkeit von Kontrakten beeinträchtigt, erlassen soll.“ Außerdem darf kein Staat, „ohne Einwilligung des Kongresses, Zölle oder Abgaben auf Einfuhr oder Ausfuhr legen, Truppen oder Kriegsschiffe in Friedenszeiten halten, irgend ein Uebereinkommen mit einem anderen Staat oder einer fremden Macht abschließen, oder sich in einen Krieg einlassen, es sei denn, daß er angegriffen wird, oder sich in einer so drohenden Gefahr befindet, daß kein Aufschub statthaft ist.“ Um die Ausübung der hohen Befugnisse noch weiter gegen jede Einmischung von Seiten der Staaten zu schützen, ist vorgesehen, „daß die Konstitution und die auf Grund derselben zu erlassenden Gesetze der Vereinigten Staaten, sowie alle unter der Autorität der Vereinigten Staaten abgeschlossenen oder noch abzuschließenden Verträge das höchste Gesetz des Landes und daß die Richter jedes

Staates daran gebunden sein sollen, wenn auch die Verfassung und die Gesetze irgend eines Staates etwas Entgegenstehendes enthalten."

„Alle Senatoren und Repräsentanten der Vereinigten Staaten, alle Mitglieder der Staatslegislaturen und alle Exekutiv- und Justiz-Beamten der Vereinigten Staaten sowohl, als der einzelnen Staaten, werden durch Eid oder Versicherung verpflichtet, die Bundesverfassung aufrecht zu erhalten. In der ganzen Ausdehnung der an die Bundesregierung übertragenen Gewalten ist die Verfassung der Vereinigten Staaten so gut wie ein Theil der Verfassung jedes einzelnen Staates und ist ebenso bindend für das Volk desselben, als wenn sie wörtlich darin aufgenommen wäre.

„Man könnte nun fragen: Hat das Volk der Staaten kein Mittel der Abhülfe gegen Tyrannei und Unterdrückung von Seiten der Bundesregierung? Ganz gewiß. Das Recht des Widerstandes auf Seiten der Regierten gegen Unterdrückung von ihren Regierungen kann nicht abgeläugnet werden. Es besteht unabhängig von allen Verfassungen und ist in allen Perioden der Weltgeschichte ausgeübt worden. Vermöge desselben wurden alte Regierungen vernichtet, und neue traten an ihre Stelle. Es ist in kräftigen und ausdrücklichen Worten unserer eigenen Unabhängigkeitserklärung einverleibt. Aber der Unterschied muß streng festgehalten werden, daß dies Revolution gegen eine bestehende Regierung ist, aber nicht freiwillige Lossagung von derselben kraft eines inwohnenden verfassungsmäßigen Rechts. Kurzum, lassen Sie uns der Gefahr gerade in's Auge sehen: Secession ist nicht mehr, noch weniger, als Revolution. Es mag oder es mag nicht eine zu rechtfertigende Revolution sein; aber Revolution ist und bleibt es." —

Nachdem der Präsident mit seiner ausführlichen Beweisführung bis zu diesem Punkt gekommen ist, wendet er seinen ganzen Scharfsinn auf, um auseinanderzusetzen, daß er weder die Befugniß, noch die Macht habe, gegen die Revolution einzuschreiten, sondern ruhig dem Verlauf der Dinge zusehen müsse.

Zum Schluß empfiehlt der Präsident Versöhnung und Frieden und schlägt als das geeignetste Mittel dazu vor, die gekränkten Sklavenstaaten durch folgende drei Amendements zur Konstitution zu befriedigen: 1. Ausdrückliche Anerkennung des Eigenthumsrechtes

auf Sklaven in den Staaten, wo dasselbe jetzt besteht oder späterhin bestehen mag. 2. Verpflichtung, dieses Recht in allen gemeinschaftlichen Territorien zu beschützen, so lange sie Territorien bleiben, und bis sie als Staaten, mit oder ohne Sklaverei, je nachdem ihre Verfassung es bestimmen möge, in die Union aufgenommen werden. 3. Gleiche Anerkennung des Rechtes der Sklaveneigenthümer auf Auslieferung ihrer in einen anderen Staat entflohenen Sklaven und der Gültigkeit des zu diesem Zweck erlassenen Sklavenfanggesetzes, nebst einer Erklärung, daß alle dieses Recht beeinträchtigenden Strafgesetze der Konstitution zuwider und folglich null und nichtig sind.

Die Botschaft befriedigte niemanden; den Süden nicht, weil der Präsident nicht warm genug seine Partei genommen und ihm das Recht der Lostrennung von der Union abgesprochen hatte; den Norden noch viel weniger, weil der Präsident ihm leichtsinniger Weise Sachen zuschrieb, die wie aus der Luft gegriffen waren, ihm die Schuld der Rebellion des Südens beimaß und nichts gegen diese Rebellion thun zu wollen erklärte.

Das Repräsentantenhaus des Kongresses beschloß am 5. Dezember, den auf den Zustand der Union bezüglichen Theil der Botschaft an einen Specialausschuß von je einem Mitgliede aus jedem Staat zur Prüfung zu verweisen und von den Repräsentanten der einzelnen Staaten Vorschläge über das, was zur Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten zu thun sei, entgegen zu nehmen. Mehre Mitglieder dieses Ausschusses aus denjenigen Staaten, deren Lossagung von der Union nahe bevorstand, verlangten von der Theilnahme an demselben dispensirt zu werden; allein ihr Verlangen wurde nicht bewilligt. Die Zahl der Vorschläge, welche von den Repräsentanten der verschiedenen Staaten eingereicht wurden, war so groß, und dieselben differirten so weit von einander, daß der „Dreiunddreißiger“- oder „Unions“-Ausschuß, dem dieselben als Material für seine Berathungen zugewiesen wurden, ein tüchtiges Stück Arbeit vor sich hatte. Während die Anträge einiger republikanischen Mitglieder dahin gerichtet waren, die erforderlichen Gesetze zu erlassen, um den Bürgern der freien Staaten, welche in Sklavenstaaten reisen oder sich aufhalten, ihre verfassungsmäßigen Rechte zu sichern, ihre Personen gegen gesetzwidrige Gewaltthaten und ihr Eigenthum gegen gesetzwidrige

Beschlagnahme zu schützen, und die nöthigen Maßregeln anzuordnen, um bewaffnete Rebellion gegen die Gesetze und die Autorität der Vereinigten Staaten zu unterdrücken — verstiegen sich die südlichen Ultras in ihren Forderungen so weit, Gesetze zum Schutz der Sklaverei in den Territorien zu verlangen, für die Sklavenhalter das Recht zu beanspruchen, mit ihren Sklaven nicht allein durch die freien Staaten zu reisen, sondern sich auch dort aufzuhalten, die Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen Sklaven- und freien Staaten im Senat zu begehren, entweder dadurch, daß durch Theilung einiger Sklavenstaaten die Zahl derselben und folglich die Zahl ihrer Senatoren vermehrt, oder dadurch, daß der Senat in eine nördliche und eine südliche Hälfte gespalten und die Gültigkeit aller Bundesgesetze an die Zustimmung jeder dieser Hälften geknüpft werde, endlich statt eines Präsidenten der Vereinigten Staaten die Einsetzung zweier oder dreier, von den verschiedenen Sektionen des Landes zu wählenden Präsidenten zu verlangen, von denen jeder das Vetorecht haben sollte. Der Ausschuß hielt Tag für Tag lange Sitzungen; allein, obschon er so ziemlich aus den gemäßigtsten Elementen der verschiedenen in seinem Schooße repräsentirten Staaten zusammengesetzt war, stellte sich doch bald heraus, daß er zu keinem befriedigenden Resultate gelangen würde.

Am 17. Dezember nahm das Repräsentantenhaus mit großer Mehrheit zwei Beschlüsse an, welche die vorherrschende Stimmung dieses Körpers bezeichneten und zugleich andeuteten, daß an irgend welche entschiedene Maßregeln nach der einen oder anderen Richtung hin nicht zu denken sei. Die Beschlüsse lauteten:

„Wir mißbilligen den Geist des Ungehorsams gegen die Verfassung, wo immer derselbe sich kundgeben möge, und empfehlen ernstlich den Widerruf aller Gesetze, welche mit dieser heiligen Urkunde und den auf Grund derselben vom Kongreß erlassenen Gesetzen in Widerspruch stehen.

„Wir wissen den unermeßlichen Werth unserer nationalen Union für unser gemeinsames und individuelles Glück gehörig zu schätzen; wir hegen eine aufrichtige und unveränderliche Anhänglichkeit an sie; wir wollen von ihr als dem Palladium unserer politischen Sicherheit und unseres Gedeihens sprechen; wir wollen über ihre Erhaltung mit eifersüchtiger Besorgniß wachen; wir wollen alles

vermeiden, was auch nur den Verdacht erregen könnte, daß sie unter irgend welchen Umständen aufgegeben werden dürfte, und mit Unwillen den ersten Anschein irgend eines Versuches, einen Theil unseres Landes dem Rest zu entfremden, oder die heiligen Bande zu schwächen, welche jetzt die verschiedenen Theile vereinigen, zurückweisen; wir sehen sie als den Hauptpfeiler in dem Gebäude unserer Unabhängigkeit an, als die Stütze der Ruhe im Innern, des Friedens nach Außen, als die Stütze unserer Sicherheit, unseres Wohlergehens und der Freiheit, die wir so hoch schätzen; wir haben nichts in der Vergangenheit gesehen, noch sehen wir etwas in der Gegenwart, weder in der Erwählung Abraham Lincoln's zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, noch in irgend einem anderen Umstande, was ihre Auflösung rechfertigte; wir halten ihren ewigen Bestand für werthvoller, als der zeitweilige Triumph irgend einer Partei oder irgend eines Mannes; alle Uebelstände oder Mißbräuche, die unter ihr bestehen, sollten innerhalb der Union, auf friedlichem und verfassungsmäßigem Wege, Abhülfe finden; wir glauben, daß sie Macht genug hat, um jedes Unrecht gut zu machen und jedes Recht, das aus ihrer Organisation erwächst, oder zu ihren eigentlichen Funktionen gehört, in Kraft zu setzen, und daß es die Pflicht der Patrioten ist, an ihr als unserer Hoffnung im Frieden und unserer Schutzwehr im Kriege festzuhalten."

Im Senat wurde, wie im Repräsentantenhause, der Antrag gestellt, den von der politischen Lage des Landes handelnden Theil der Präsidentenbotschaft an einen Specialausschuß von 13 Mitgliedern zu verweisen. An diesen Antrag knüpfte sich eine so heftige und langwierige Debatte, bei welcher alle Parteien und alle Meinungsschattirungen sich hören ließen, daß derselbe erst am 18. Dezember angenommen wurde. Bemerkenswerth ist darin nur das, daß einige Senatoren des Südens, darunter namentlich Johnson von Tenessee und Crittenden von Kentucky sich mit großer Entschiedenheit gegen die Secessionsbewegung aussprachen, und daß die Behauptung, das Sklavenfanggesetz sei nie ordentlich ausgeführt worden, von sehr kompetenten Leuten, wie z. B. dem Senator Douglas, einem der Urheber desselben, gründlich widerlegt wurde. Unter den mancherlei, in Rücksicht auf die bestehenden Schwierigkeiten, gestellten Anträgen habe ich den des Senators

Crittenden hervor, weil derselbe bei denen, welchen es um Vermittlung um jeden Preis zu thun war, den meisten Anklang fand, und später häufig Bezug darauf genommen wurde. Herr Crittenden schlug folgende Amendements zur Bundesverfassung vor:

1. „In allen jetzigen und zukünftigen Territorien nördlich von 36° 30′ nördlicher Breite ist die Sklaverei oder unfreiwillige Dienstbarkeit, außer als Strafe für Verbrecher, verboten; in allen Territorien südlich jenes Breitengrades wird die Sklaverei hierdurch als bestehend anerkannt, und der Kongreß soll sich nicht in dieselbe einmischen, sondern sie soll von allen Departements der Territorialregierung geschützt werden. Jedes Territorium, liege es nördlich oder südlich besagter Linie, sobald es eine Bevölkerungszahl enthält, welche zu einem Mitglied im Repräsentantenhause berechtigt, soll mit oder ohne Sklaverei, wie es seine Verfassung vorschreiben mag, als Staat in die Union aufgenommen werden.

2. „Der Kongreß soll keine Befugniß haben, die Sklaverei in den Staaten, welche dieselbe gestatten, aufzuheben.

3. „Der Kongreß soll keine Befugniß haben, die Sklaverei im Distrikt Columbia, solange dieselbe in den Staaten Virginien und Maryland, oder in einem derselben, besteht, aufzuheben; noch soll der Kongreß jemals den Beamten der Regierung oder den Mitgliedern des Kongresses, deren Pflichten sie nöthigen im Distrikt Columbia zu leben, verbieten, Sklaven dorthin zu bringen und als solche zu halten.

4. „Der Kongreß soll keine Befugniß haben, den Transport von Sklaven aus einem Staate in den anderen, sei es zu Lande, oder zur See, oder auf schiffbaren Flüssen, zu verhindern.

5. „Der Kongreß soll die Befugniß haben, vermittelst eines Gesetzes einem Eigenthümer, welcher darum nachsucht, den vollen Werth für einen entflohenen Sklaven in allen Fällen zu bezahlen, wo der Marschall durch Gewalt verhindert wird, seine Pflicht zu erfüllen. In allen solchen Fällen soll der Eigenthümer die Befugniß haben, das County, in welchem die Gewalt verübt wurde, gerichtlich zu belangen, und das County soll das Recht haben, die Individuen, welche das Unrecht begingen, in derselben Weise zu belangen, wie es der Eigenthümer konnte.

6. „Kein ferneres Amendement soll die vorhergehenden Artikel

beeinträchtigen, und der Kongreß soll niemals die Befugniß haben, sich in die Sklaverei in denjenigen Staaten, wo sie jetzt gestattet ist, einzumischen."

Diesen Amendements zur Konstitution fügte der Antrag des Herrn Crittenden noch Folgendes als Beschluß bei: „Die südlichen Staaten haben ein Recht auf die pflichtmäßige Ausführung des Gesetzes zur Wiedererlangung flüchtiger Sklaven, und dieses Gesetz soll nicht widerrufen oder so abgeändert werden, daß seine Wirksamkeit beeinträchtigt wird. Der Kongreß soll befugt sein, den Widerruf aller Gesetze, welche mit dem Sklavenfanggesetz im Widerspruch stehen, zu verlangen. Die Gesetze zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels sollen streng gehandhabt werden."

Der Dreizehner-Ausschuß des Senats kam schon am 28. Dez. zu der Ueberzeugung, daß er sich über Nichts einigen könne, und beschloß deßhalb, anstatt noch ferner leeres Stroh zu dreschen, dem Senat zu berichten, daß er „außer Stande sei, sich zu einigen."

Ueberlassen wir jetzt einstweilen den Kongreß seinen fruchtlosen Debatten und wenden uns wieder zu den Ereignissen.

Sechstes Kapitel.

Fortschritte der Rebellion. Süd-Carolina sagt sich los. General Scott, Präsident Buchanan und sein Ministerium. Fort Sumter; Major Anderson. Konspiration der Minister mit den Rebellen. Wechsel im Ministerium. Feuern der Rebellen auf den „Star of the West"; Folgen davon. Die Bevollmächtigten von Süd-Carolina und der Präsident. Die Secessionsbewegung in den übrigen Sklavenstaaten. Wegnahme der Forts und Arsenale. Die Bundesregierung thut nichts; nur General Scott und der neue Kriegsminister handeln.

Am 10. Dezember trat in Baton Rouge die Legislatur des Staates Louisiana zusammen und beschloß nach zweitägiger Sitzung die Bewilligung von 500,000 Dollar zu militärischen Rüstungen, sowie die Einberufung einer Staatskonvention auf den 23. Januar 1861. Am 18. Dezember beschloß die Legislatur von Nord-Carolina ebenfalls, für alle Fälle zu rüsten, und die von Georgien erließ am 15. Dezember die Erklärung, „daß das gemeinsame Interesse der Sklavenstaaten sie auffordere, Hand in Hand zu gehen."

Alles dies hatte noch wenig auf sich, solange es entweder bei bloßen Worten blieb, oder doch nichts geschah, was gegen die Gesetze und die Verfassung der Vereinigten Staaten verstieß. Aber der „ritterliche Palmenstaat" Süd-Carolina that am 26. Dezember den ersten entscheidenden Schritt auf der abschüssigen Bahn, welche die Sklavenstaaten betreten hatten. Seine Konvention, welche am 17. ihre Sitzung eröffnet hatte, faßte einstimmig den Beschluß: „Wir, als Volk von Süd-Carolina, in Konvention versammelt, erklären und verordnen, und es wird hiermit erklärt und verordnet, daß die von uns am 23. Mai 1788 in Konvention angenommene Verordnung, durch welche die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika ratificirt wurde, sowie alle Akte und Theile von Akten der General-Assambly*) dieses Staates, welche Amendements der besagten Verfassung ratificiren, hiermit widerrufen sind, und daß die jetzt zwischen Süd-Carolina und anderen Staaten, unter dem

*) Gleichbedeutend mit „Legislatur."

Namen der Vereinigten Staaten von Amerika bestehende Union hiermit aufgelöst ist."

Die Erwägungsgründe, auf welche dieser Beschluß basirt war, sind kurz zusammengefaßt folgende: „Fünfzehn der nördlichen Staaten haben sich seit Jahren geweigert, ihre verfassungsmäßigen Pflichten zu erfüllen. Sie haben Gesetze erlassen, welche entweder die Verfassung annulliren, oder alle Versuche, die Akte des Kongresses auszuführen, fruchtlos machen. In vielen dieser Staaten sind Flüchtige, „die zu Dienst und Arbeit verbunden waren", zurückverlangt worden, aber in keinem derselben hat die Staatsregierung der in der Verfassung über diesen Gegenstand gemachten Zusage entsprochen. Die Zwecke, für welche die Bundesregierung eingesetzt worden war, sind durch das Verfahren der nicht=sklavenhaltenden Staaten vereitelt worden. Sie haben sich angemaßt, über die Schicklichkeit unserer heimischen Institution zu entscheiden; sie haben das in fünfzehn Staaten bestehende und von der Verfassung anerkannte Eigenthumsrecht geleugnet. Sie haben die Institution der Sklaverei für sündhaft erklärt, haben die offene Einrichtung von Gesellschaften geduldet, deren Zweck die Vernichtung des Friedens und Glückes der Bürger anderer Staaten ist, haben tausende unserer Sklaven aufgemuntert und unterstützt, um ihre Heimath zu verlassen, und die, welche geblieben sind, durch Emissäre zu einem Sklavenaufstand angereizt. Seit fünfundzwanzig Jahren hat diese Agitation beständig zugenommen, bis sie sich endlich der Macht der gemeinsamen Regierung versichert haben. Eine geographische Linie ist durch die Union gezogen worden, und alle Staaten nördlich dieser Linie haben sich zu der Erwählung eines Mannes für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten verbunden, dessen Ansichten und Absichten der Sklaverei feindlich sind. Am 4. März wird diese Partei Besitz von der Regierung ergreifen. Sie haben angekündigt, daß der Süden von dem gemeinsamen Territorium ausgeschlossen werden soll, daß Krieg gegen die Sklaverei geführt werden muß, bis sie in den ganzen Vereinigten Staaten aufhört. Die Garantien der Verfassung werden nicht länger mehr bestehen, die Gleichberechtigung der Staaten wird verloren sein, die sklavenhaltenden Staaten werden nicht mehr die Macht der Selbstregierung und des Selbstschutzes haben, und die Bundesregierung wird ihre Feindin werden."

Nachdem die Unabhängigkeits-Erklärung Süd-Carolina's erfolgt war, legten die Vertreter des Staates im Kongreß ihre Funktionen nieder, die aus Süd-Carolina gebürtigen Offiziere der Armee und Flotte, darunter der durch die Befreiung des Ungarn Koszta bekannt gewordene Kapitän Ingraham, erklärten ihren Austritt, und die Postmeister, die Hafen- und Finanz-Beamten der Vereinigten Staaten in Charleston und anderen Orten des rebellischen Staates zeigten an, daß sie ihre Funktionen nicht mehr im Dienste der Union, sondern im Dienste Süd-Carolina's ausübten.

Damit war ein weiterer Schritt in der revolutionären Bewegung geschehen, der den Präsidenten Buchanan hätte zum Handeln auffordern sollen. Die Gesetze der Vereinigten Staaten waren jetzt nicht bloß außer Wirksamkeit gesetzt, sondern die Einnahmen aus dem Staate Süd-Carolina wurden der Bundesregierung vorenthalten und die Ausübung eines ihrer wesentlichen Souveränitätsrechte, die Regulirung der Schifffahrt und der Ein- und Ausfuhr, wurde ihr entzogen. Allein der Präsident, obschon er sich in seiner Botschaft an den Kongreß auf den Präsidenten Jackson bezogen hatte, der im Jahre 1833 durch seine Energie die Rebellion Süd-Carolina's im Entstehen unterdrückt und den Leitern derselben gedroht hatte, er werde sie am höchsten Galgen aufhängen, nahm sich das Beispiel Jackson's nicht zum Muster, sondern verharrte in seiner Unthätigkeit. Doch ich darf ihm nicht Unrecht thun. Er that wirklich Etwas. Er schrieb am 14. Dezember einen allgemeinen Buß-, Bet- und Fasttag für die ganze Union aus, welcher am 4. Januar 1861 gehalten werden sollte!

Schon am 29. Oktober hatte der Oberbefehlshaber der Bundesarmee, Generallieutnant Scott, dem Präsidenten und dem Kriegsminister eine Denkschrift eingereicht, worin er die Aufmerksamkeit dieser Herren auf die bevorstehende Secessionsbewegung und speciell auf die Gefahren, von denen das militärische Eigenthum der Union bedroht sei, hinlenkte. „Nach meiner Kenntniß unserer südlichen Bevölkerung," sagt der General, „ist es meine feste Ueberzeugung, daß Gefahr eines baldigen Aktes der Unbesonnenheit vorhanden ist. Ich meine damit die Ueberrumpelung einiger der folgenden Forts: Forts Jackson und St. Philip in Mississippi, unterhalb New-Orleans, beide ohne Besatzungen; Fort Morgan unterhalb Mobile, ohne Besatzung; Forts Pickens und Mc Ree

im Hafen von Pensacola, mit einer Besatzung, die für eines derselben nicht hinreicht; Fort Pulaski unterhalb Savannah, ohne Besatzung; Forts Moultrie und Sumter im Hafen von Charleston, ersteres mit unzulänglicher, letzteres ohne Besatzung, und Fort Monroe, in der Rhede von Hampton, ohne genügende Besatzung. Meiner Meinung nach sollten alle diese Werke unverzüglich so besetzt werden, daß jeder Versuch, irgend eines derselben durch Ueberraschung oder durch einen Handstreich zu nehmen, lächerlich erscheinen müßte. Mit einer Armee, die ihrer Pflicht treu ist, mit einer Flotte, von der ich das Gleiche annehme, und mit einer Bundesexekutive für die nächsten zwölf Monate, die Festigkeit mit Mäßigung vereinigt — Mäßigung ist nicht weniger ein Element der Kraft, als Festigkeit —, ist guter Grund, zu hoffen, daß die Gefahr der Secession vorübergehen wird, ohne einen bewaffneten Konflikt, ohne eine einzige Exekution oder eine Verhaftung wegen Hochverrath. Mittlerweile mache ich den Vorschlag, daß der Export so frei bleiben sollte, wie er jetzt ist, daß alle Einfuhrzölle jedoch, da dieselben nicht entbehrt werden können, in Forts oder an Bord von Kriegsschiffen erhoben und nur solche Artikel, die Kriegskontrebande sind, zurückgewiesen werden."

Der redliche alte General hatte in dieser Denkschrift eine große Umsicht an den Tag gelegt. Er hatte, um eine triviale Redensart zu gebrauchen, „den Nagel auf den Kopf getroffen." Aber bei einer Administration, wie die des Präsidenten Buchanan, suchte er vergebens „Festigkeit und Mäßigung," die beiden Eigenschaften, welche er für nothwendig hielt, um die drohende Gefahr zu beseitigen. Festigkeit hatte der Präsident, so lange es galt, die Gebote der Sklavenhalter auszuführen. Aber Festigkeit gegen das Treiben der Sklavenhalter — die suchte man bei ihm vergebens. Und Mäßigung? Nun, die brauchte ihm der General Scott nicht zu empfehlen. So maßlos er gegen die Freistaatsleute in Kansas zu Werke gegangen war, so mäßig war er gegen die Rebellen in den Sklavenstaaten; so maßlos er die Bundesgewalt in Anwendung brachte, wenn es sich um Widerstand gegen ein im Interesse der Sklavenhalter erlassenes Gesetz handelte, so maßvoll war er, als die Sklavenhalter alle Bundesgesetze und die ganze Bundesautorität mit Füßen traten. Der Kriegsminister, Herr Floyd von Virginien, stand mit Leib und Seele auf der

Seite der Rebellen; von ihm konnte der General Scott deßhalb gar nichts erwarten. Ob die Denkschrift des Generals jemals dem Kabinet vorgelegt worden ist, ist nicht bekannt geworden. Wahrscheinlich haben die Herren Buchanan und Floyd sie ruhig in die Tasche gesteckt.

In den zunächst bedrohten Forts im Hafen von Charleston kommandirte der Artilleriemajor Anderson, ein tüchtiger und entschlossener Offizier. Obschon Bürger des Sklavenstaates Kentucky und mit der Sache der Sklavenhalter sympathisirend, war er doch ein treuer Anhänger der Union und trug keinen Augenblick Bedenken, seine ganze Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland zu erfüllen. Die Zahl der Befestigungen im Hafen von Charleston beträgt drei: Kastell Pinckney, zunächst der Stadt, auf einer langen, schmalen, sumpfigen Insel gelegen; Fort Sumter, in der Mitte des Hafens auf einem Felsen erbaut, der nicht größer ist, als der Umfang des Forts, so daß dieses sich unmittelbar aus dem Wasser zu erheben scheint; Fort Moultrie, etwas weiter nach dem Eingang des Hafens zu auf der Insel Sullivan gelegen. Zur Besetzung aller dieser Befestigungswerke hatte der Major Anderson einige 70 Mann, einschließlich eines Musikcorps und 7 Offiziere. Mit dieser kleinen Truppe war er in Fort Moultrie stationirt. Daß es nicht möglich sein würde, im Fall eines Angriffs die drei Festungswerke alle zu behaupten, war einleuchtend. Es handelte sich also darum, dasjenige zu besetzen, welches von allen das wichtigste und am besten gegen einen Handstreich gesichert war. Dies war Fort Sumter. Es „beherrschte“ nicht allein die beiden andern Forts, sondern war auch vollkommen „sturmfrei,“ indem keine andere Annäherung an seine sechzig Fuß hohen, aus dem Wasser aufsteigenden Mauern möglich war als zu Schiffe. Major Anderson hatte dies gleich erkannt und sich entschlossen, nach Fort Sumter zu übersiedeln; aber er mußte mit großer Vorsicht dabei zu Werke gehen, damit seine Absicht von den Rebellen nicht entdeckt und vereitelt wurde. Diese hatten nämlich schon längst den Plan gefaßt, sich der Festungswerke zu bemächtigen, und bewachten jede Bewegung der kleinen Garnison mit argwöhnischem Auge. Sie zogen in Charleston täglich mehr Bewaffnete zusammen und stellten im Hafen ein Wachtschiff auf. Am Abend des 26. Dezember war die günstige Gelegenheit gekommen. Major Anderson

war an dem Abend zu einer Festlichkeit in die Stadt geladen. Er stellte sich dort betrunken, um die Leute sicher zu machen, und als er in einem Boot nach Fort Moultrie zurückgebracht wurde, erfuhr die Mannschaft des Wachtschiffes ebenfalls von seiner Betrunkenheit, worauf dieselbe beschloß, sich eine lustige Nacht zu machen, da von einem betrunkenen Major nichts zu befürchten sei. Kaum in Fort Moultrie angekommen, ließ Anderson seine Mannschaft antreten, ließ alle Bagage, Munition, Lebensmittel und Handwaffen in zwei Schooner und mehrere Barken, die er in der größten Stille hatte herbeischaffen lassen, einladen, ließ dann die Kanonen des Forts vernageln und die Laffeten derselben in Brand stecken, ließ das Sternenbanner von dem Flaggenmast des Forts, an dessen Spitze es befestigt war, herunter nehmen und den Mast absägen, damit kein anderes Banner ihn verunzieren könne, und fuhr unter dem Schutze der Nacht mit seiner Schaar ungestört nach Fort Sumter hinüber. Ein Ingenieurkapitän mit einigen Leuten blieb zurück, um das Zerstörungswerk in Fort Moultrie zu vollenden.

Als die Bewohner von Charleston am nächsten Morgen erwachten, waren sie nicht wenig überrascht, das Sternenbanner über Fort Sumter, statt über Fort Moultrie, wehen zu sehen. Die ganze Stadt war bald auf den Beinen, Tausende von Bewaffneten trabten durch die Straßen, und einige Hitzköpfe machten den Vorschlag, sich die Köpfe an Fort Sumter einzurennen. Der Gouverneur des Staates jedoch, welcher seinen Sitz nach Charleston verlegt hatte, trat solchem kopflosen Beginnen entgegen und beorderte die Milizkompagnien, die verlassenen Forts Moultrie und Pinckney zu besetzen. So wüthend die Rebellen über den Streich waren, den ihnen der Major Anderson gespielt hatte, so großen Jubel erregte dieser Streich im ganzen Norden. War es auch gerade keine Heldenthat, die der Major vollbracht hatte, so war es doch eine That, eine klug angelegte und prompt und entschlossen ausgeführte That, die ihren Hauptwerth durch den Kontrast erhielt, in welchem sie mit der Thatlosigkeit der Bundesregierung stand. Als charakteristisch verdient hier noch angeführt zu werden, daß der Kriegsminister Floyd nach der Uebersiedelung des Majors Anderson an diesen telegraphirte: „Es geht hier das Gerücht, Sie hätten Ihre Kanonen vernagelt, Ihre Laffeten verbrannt und sich

nach Fort Sumter gezogen. Wenn so, dann haben Sie Ihre Befehle verletzt. Antworten Sie augenblicklich.“ Die Antwort lautete: „Ich habe meine Kanonen vernagelt, ich habe meine Laffeten verbrannt, ich habe mein Kommando nach Fort Sumter verlegt, und habe damit meine Pflicht gethan.“

Einige Wochen vor der Räumung des Forts Moultrie hatte der Major Anderson vom Kriegsminister Verstärkungen verlangt. Präsident Buchanan hatte darauf den Unterstaatssekretär Trescott, einen Südländer, nach Charleston geschickt, um durch ihn Auskunft über die Lage der Dinge und über die Absichten der Rebellen zu erhalten. Als dieser Abgesandte mit der Versicherung zurückkehrte, die Rebellen würden keinen Akt der Feindseligkeit begehen, sie würden namentlich die Erhebung der Einfuhrzölle nicht beeinträchtigen und nichts gegen die Forts unternehmen, weigerte sich der Präsident, dem Major Anderson die verlangte Verstärkung zu senden. Der Premierminister, General Caß, eines der ältesten und treuesten Mitglieder der demokratischen Partei und sein ganzes Leben lang ein fast eben so gehorsames Werkzeug der Sklavenhalter, wie der Präsident selbst, war darüber so entrüstet, daß er sein Amt augenblicklich niederlegte. Sein Portefeuille wurde dem Generalanwalt Black übergeben, an dessen Stelle Stanton von Ohio als Generalanwalt in das Kabinet trat. Der Finanzminister, Cobb von Georgien, war einige Tage zuvor ausgetreten, um sich der rebellischen Bewegung in seinem Heimathsstaat anzuschließen. Sein Nachfolger wurde Thomas von Maryland, der es ebenso mit den Rebellen hielt, wie sein Vorgänger, und ihnen, wie dieser, in die Hände arbeitete, wo und wie er konnte. Einer der Wege, auf denen das geschah, war der, daß er für alle Zahlungen, die im Süden zu leisten waren, das baare Geld hinschickte und die Regierungsgelder in den dortigen Münzen, Zoll- und Postkassen ruhig liegen ließ, damit die Rebellen sich derselben bemächtigen könnten. Mehr, als irgend ein Anderer, that der Kriegsminister Floyd zur Unterstützung der Sache der Rebellen. Seit Jahren schon hatte er nach und nach die Zeughäuser in den Sklavenstaaten mit Waffen und Munition überfüllt, die in den freien Staaten dagegen verhältnißmäßig leer gelassen. So wurde es möglich, daß den Rebellen im Verlaufe der Secessionsbewegung allein 280,000 Gewehre in die Hände fielen. Außerdem hatte er

dafür gesorgt, daß von der kleinen Armee der Vereinigten Staaten, die nur 17—18,000 Mann zählt, gar Nichts bei der Hand war, um die bedrohten Forts und Zeughäuser zu beschützen. Ich habe schon zuvor erwähnt, daß der Befehlshaber der Armee ihn früh genug auf die Gefahren, welche dem militärischen Eigenthum der Vereinigten Staaten drohten, aufmerksam gemacht und zeitige Vorkehrungen verlangt hatte; aber der Kriegsminister wollte das gerade Gegentheil, er wollte auch das, was noch einigermaßen geschützt war, preisgeben. Als Major Anderson Fort Sumter besetzt hatte, bestand Herr Floyd darauf, daß dasselbe geräumt werde. Als die Frage am 29. Dezember im Kabinet zur Abstimmung kam, stimmten außer Floyd der Minister des Innern, Thompson, und der Finanzminister Thomas für die Räumung, der Premierminister oder Staatssekretär Black, der Marineminister Toucey, der Generalpostmeister Holt und der Generalanwalt Stanton dagegen. Die Räumung war also verworfen, und der Kriegsminister, welcher einsah, daß er in Washington nichts mehr für die Sache der Rebellen thun könne, nahm sofort seinen Abschied und ging nach Virginien, um dort in anderer Weise für dieselbe Sache zu wirken.*) Zu seinem Nachfolger ernannte der Präsident den Generalpostmeister Holt und übertrug das Postdepartement provisorisch an dessen ersten Assistenten. Der neue Kriegsminister war ein ehrlicher Mann, ein treuer Anhänger der Union und entschiedener Gegner der Rebellen.

Eben so thätig, wie die beiden Finanzminister Cobb und Thomas und der Kriegsminister Floyd arbeitete der Marineminister Toucey im Interesse der Rebellen. Obschon aus einem freien Staat, aus Connecticut, zu Haus, entwickelte er einen Eifer für ihre Sache, als ob er ein geborner Feuerfresser aus Süd-Carolina gewesen wäre. Bei der Abstimmung über die Frage der Räumung des Fort Sumter würde er unzweifelhaft für die Räumung gestimmt haben, wenn nicht einige seiner Freunde aus den nördlichen Staaten ihn durch unablässiges dringendes Zureden fast mit Gewalt zum Gegentheil genöthigt hätten. Um gegen die Rebellen etwas

*) Zu der schleunigen Resignation und Abreise des Herrn Floyd trug die Entdeckung eines auf viele Millionen Dollar sich belaufenden Schwindels, bei dem er in seiner offiziellen Eigenschaft mitgewirkt hatte, wesentlich mit bei.

zu unternehmen, um die entblößten Küstenforts mit Besatzung zu versehen oder zu verstärken, um die Häfen der rebellischen Staaten abzusperren und die Einfuhrzölle, wie General Scott vorgeschlagen hatte, an Bord von Kriegsschiffen zu erheben, war eine ansehnliche Zahl von Kriegsfahrzeugen erforderlich. Der Minister Toucey, dessen Schuldigkeit es gewesen wäre, dafür zu sorgen, daß dieselben bei der Hand waren, sorgte aber statt dessen dafür, daß so gut wie gar nichts von der Flotte zur Verfügung stand. Den größten Theil der Schiffe hatte er nach weit entlegenen Stationen geschickt, und was daheim war, ließ er fast alles abgetakelt und dienstunfähig in den Häfen liegen. Diese offenbare Pflichtverletzung des Ministers veranlaßte das Repräsentantenhaus des Kongresses, am 12. Januar eine Kommission niederzusetzen, um zu untersuchen, wo und mit welchen Aufträgen oder zu welchen Zwecken die Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten stationirt seien. Nach dem Bericht dieser Kommission, welcher erst kurz vor dem Schluß des Kongresses erstattet wurde, zählte das ostindische Geschwader 5 Schiffe, das brasilische 3, das pacifische 7, das afrikanische 7, das mittelländische 3, das Heimgeschwader 11, wovon 5 an der Küste der Vereinigten Staaten, 3 bei Vera-Cruz und 3 bei Cuba sich befanden; dann war 1 Schiff nach Japan geschickt, 6 Proviantschiffe befanden sich auf verschiedenen Stationen, und 34 Schiffe lagen abgetakelt, reparaturbedürftig und dienstunfähig in verschiedenen Häfen. Der Bericht schließt mit den Worten: „Schiffe nach entfernten Meeren zu schicken, nachdem die unseligen Wirren daheim ausgebrochen sind, und kein einziges der Schiffe, die abgetakelt und dienstunfähig in unsern Häfen liegen, repariren und in dienstfähigen Stand setzen zu lassen, während sogar noch 646,639 Dollar von den zur Ausbesserung der Flotte bewilligten Geldern noch unverwandt sind, ist ein schweres Versehen in der Verwaltung der Marinedepartements, dessen Folgen sich bereits in den vielen Akten gesetzwidriger Gewaltthätigkeit kundgegeben haben. Die Kommission ist der Ansicht, daß der Minister es in seiner Gewalt hatte, mit der gegenwärtig zu seiner Verfügung stehenden Seemacht des Landes, und ohne die Wirksamkeit des auswärtigen Dienstes wesentlich zu beeinträchtigen, zu jeder Zeit, nachdem die Absicht, die Regierung über den Haufen zu werfen, augenscheinlich wurde, innerhalb des Bereichs seiner Befehle eine Macht vor Anker zu legen, welche

dazu hinreichte, alles Eigenthum und alle Rechte der Regierung, sowie die Bürger und die Flagge des Landes gegen jede Beschimpfung und Gewaltthat an irgend einem Punkte der atlantischen Küste zu schützen. Daß er dies unterlassen hat, ist weder zu rechtfertigen, noch zu entschuldigen."

Trotz dieser groben Vernachlässigung seiner ersten Pflichten, wie sie hier von einer Kommission des Repräsentantenhauses amtlich konstatirt worden ist, blieb Herr Toucey Marineminister, so lange der Präsident Buchanan an der Spitze der Bundesregierung stand. Noch bis zum letzten Tage seiner amtlichen Thätigkeit setzte Buchanan jeden Postmeister, jeden Zollbeamten, dessen demokratische Rechtgläubigkeit auch nur im Geringsten in Verdacht stand, unerbittlich ab; aber die höchsten Beamten des Landes, die Departementschefs der Regierung, konnten ungestört und ungestraft unter seinen Augen mit den Rebellen konspiriren und ihnen in die Hand arbeiten — das kümmerte den Präsidenten nicht. Unthätig sah er ihrem Treiben zu, und wenn er dasselbe auch nicht durch aktive Theilnahme unterstützte, so ließ er doch ruhig alles geschehen, was sie thaten und was sie unterließen. Der Letzte in dem Bunde der verrätherischen Kabinetsmitglieder war der Minister des Innern, Thompson von Mississippi. Obschon er in seinem Departement wenig für die Sache der Rebellen thun konnte, weil dasselbe mit den Angelegenheiten, auf die es ankam, nichts zu schaffen hatte, fand er doch in seiner Stellung als Mitglied des Ministerraths Gelegenheit genug, ihnen zu nützen, theils durch seine Abstimmungen, theils dadurch, daß er sie von Allem, was im Kabinet vorging, unterrichtet hielt. Im Laufe des Dezember machte er eine Reise nach Nord-Carolina, um mit einigen Häuptern der Secessionsbewegung zu konferiren und ihnen den Rath zu ertheilen, nicht mehr vereinzelt, sondern wo möglich in allen Sklavenstaaten gemeinschaftlich vorzugehen. Er würde vielleicht schon mit seinem Kollegen Floyd aus dem Kabinet getreten sein, wenn er es nicht vorgezogen hätte, als Spion in demselben zu bleiben, ein Dienst, den außer ihm noch sehr viele Unterbeamte in den verschiedenen Departements verrichteten. Der Kriegsminister Holt, um dieser Spionirerei zu entgehen, besorgte die wichtigsten Geschäfte seines Ministeriums, welche Geheimhaltung erheischten, auf dem Bureau des Generals Scott, der das Generalkommando der Armee von New-York nach Washington verlegt

hatte. Er wußte, daß er dort vor Verräthern sicher war, und hatte den General und dessen Stab als Rathgeber zur Seite. General Scott bestand darauf, daß vor allen Dingen dem Major Anderson eine Verstärkung geschickt würde. Der Kriegsminister war mit ihm einverstanden, und es wurde zwischen ihnen verabredet, unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit 200 Mann aus einem der im Hafen von New=York liegenden Forts auf einem gemietheten Transportdampfer nach Fort Sumter zu schicken, Ob diese Angelegenheit im Kabinetsrath verhandelt worden ist, und ob der Präsident darum gewußt, oder seine ausdrückliche Zustimmung dazu gegeben hat, steht dahin; jedenfalls erfuhr der Minister Thompson nichts davon. Der Dampfer „Star of the West" fuhr am 5. Januar Abends von New=York ab. Erst am 8., als alle Welt darum wußte, hörte auch Herr Thompson davon, worauf er sein Amt niederlegte. Somit blieb nur noch ein aktiver Verräther, der neue Finanzminister Thomas, im Kabinet, da der Marineminister Toucey sich darauf beschränkte, durch seine Unthätigkeit der Sache der Rebellion Vorschub zu leisten. Thomas trat einige Tage nach Thompson aus und machte dem General Dix von New=York Platz, dem bravsten und tüchtigsten Mann, der unter der Administration des Präsidenten Buchanan gedient hat.

Der „Star of the West" kam am 9. Januar kurz nach Mitternacht vor dem Hafen vor Charleston an, konnte aber nicht einfahren, weil alle Leuchtsignale ausgelöscht waren. Erst beim Morgengrauen konnte er seine Fahrt mit großer Vorsicht fortsetzen. Das von den Rebellen aufgestellte Wachtschiff gab mit Raketen und Leuchtkugeln Zeichen für das Fort Moultrie und eine näher dem Eingang des Hafens zu auf Morris Island errichtete Batterie, bei welcher das Fahrwasser auf etwas mehr als 1000 Schritt vorbeiführt. Sobald sich der „Star of the West", auf dem alle Lichter ausgelöscht und die Soldaten unter Deck gebracht waren, dieser Batterie näherte, begann dieselbe auf ihn zu feuern. Als er hierauf das Sternenbanner aufzog, wurde das Feuer immer heftiger: Die Kugeln gingen fast alle über das Schiff weg; nur zwei trafen den Rumpf, ohne jedoch erheblichen Schaden anzurichten. Zehn Minuten hatte dieses Schießen gedauert, als zwei Dampfer, mit einem Schooner im Schlepptau, vom Lande abstießen. Da der „Star of the West" kein Geschütz an Bord hatte und sich

jetzt in der doppelten Gefahr befand, abgeschnitten oder in Grund gebohrt zu werden, so entschloß sich der Kapitän, umzudrehen und nach New-York zurückzukehren.

Im Norden rief das Feuern auf die Nationalflagge im Hafen von Charleston einen Schrei allgemeiner Entrüstung gegen die Rebellen hervor; auf den Präsidenten dagegen, weit entfernt, ihn endlich zur Erfüllung seiner Pflicht anzutreiben, äußerte es den Einfluß, ihn von jedem ferneren Versuch zum Handeln abzuschrecken. Die ungeheure Verantwortung, welche er sich durch die direkte und indirekte Unterstützung der Rebellion, deren seine Regierung sich schuldig gemacht, vor der Nation auf sich geladen hatte, begann, ihm zum Bewußtsein zu kommen und schwer auf seinen Schultern zu lasten; seine Sympathieen für die Rebellion erkalteten mit der steigenden Frechheit derselben mehr und mehr — aber zum Handeln war er nicht zu bringen. Sein ganzes Streben ging dahin, sich bis zur Stunde seiner Erlösung am 4. März so durchzuwinden, daß ihm nicht die allgemeine Verachtung in sein Privatleben nachfolgen sollte. Was seinen Sympathieen für die Partei, der er mit so großem Eifer gedient hatte, und die jetzt bloß ihre letzten Konsequenzen zog aus dem, was er ihr selbst so oft, was er ihr namentlich in Kansas in so ausgedehntem Maße zugestanden, einen besonders schweren Stoß versetzte, war der anmaßende, trotzige Ton, den sie gegen ihn selbst anschlugen. Am 26. Dezember kam eine Gesandtschaft „des souveränen Staates" Süd-Carolina nach Washington und suchte um eine Unterredung mit dem Präsidenten nach. Nachdem dieser sie zwei Tage hingehalten hatte, weil er nicht wußte, was er ihnen antworten sollte, theilten sie ihm am 28. schriftlich mit, daß sie bevollmächtigt seien, „mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die Uebergabe der Forts, Magazine, Leuchtthürme und anderer Gebäulichkeiten nebst Zubehör, innerhalb der Grenzen Süd-Carolina's, sowie über eine Theilung alles Eigenthums der Vereinigten Staaten zwischen diesen und dem Staat Süd-Carolina und über alle sonstigen Maßregeln und Anordnungen rücksichtlich des gegenseitigen Verhältnisses der beiden Parteien, zu unterhandeln." Sie knüpften daran die Forderung, daß als Vorbedingung für die Unterhandlungen über die mittlerweile erfolgte Besetzung des Forts Sumter eine befriedigende Erklärung gegeben und die Truppen aus dem Hafen von Charleston

entfernt werden sollten. Hierauf erwiderte der Präsident zwei Tage später: daß es nicht in seiner Macht stehe, den „souveränen Staat“ Süd-Carolina anzuerkennen, daß er jedoch die ganze Angelegenheit dem Kongreß, als der einzigen kompetenten Autorität, vorlegen wolle; daß er die Truppen aus dem Hafen von Charleston nicht zurückziehen könne und werde, um so weniger, als er soeben die Nachricht erhalten habe, daß die Behörden des Staates Süd-Carolina sich der Forts Moultrie und Pinckney, des Zoll- und Post-Amtes und des Zeughauses der Vereinigten Staaten mit Waffen und Munition im Werth von einer halben Million Dollar bemächtigt; daß er es für seine Pflicht halte, das Fort Sumter gegen jeden Angriff zu vertheidigen. Unter dem 1. Januar schickten die Bevollmächtigten dem Präsidenten eine Rückantwort, welche so von Vorwürfen strotzte und ihm in so ungeschminkten Ausdrücken Wortbrüchigkeit, Verrath und Treulosigkeit vorhielt, daß der Präsident deren Annahme verweigerte. Die Bevollmächtigten reisten darauf unverrichteter Sache wieder ab.

Am 8. Januar 1861 legte der Präsident dem Kongreß seine Korrespondenz mit den Bevollmächtigten Süd-Carolina's vor und schilderte in einer weinerlichen Specialbotschaft das Unglück, welches über die Union hereingebrochen sei und den großen Staatenbund mit gänzlicher Vernichtung bedrohe. Die Schuld maß er nicht mehr, wie in seiner Jahresbotschaft, dem „fanatischen Treiben“ des Nordens bei, sondern „der falschen Auffassung, welche der Süden von den Gesinnungen der Mehrheit in verschiedenen der nördlichen Staaten habe.“ Indem er anerkannte, daß „es seine Pflicht sei, militärische Gewalt gegen diejenigen, welche den Bundesbeamten in der Ausübung ihrer gesetzlichen Funktionen Widerstand leisten, und gegen diejenigen, welche das Eigenthum der Bundesregierung angreifen, zu gebrauchen,“ behauptet er zugleich, daß die Revolution schon einen solchen Umfang gewonnen habe, daß sie ganz und gar der Gewalt der Regierung entzogen sei. Der Kongreß allein, meinte er, sei im Stande, durch Maßregeln der Versöhnung die Ruhe und den Frieden wieder herzustellen und die Union vor dem Untergang zu retten, und er bat ihn deßhalb flehentlich, keinen Augenblick länger zu versäumen, um solche Maßregeln zu ergreifen. Die Botschaft schließt mit den Worten: „Zum Schluß möge es mir gestattet sein, zu bemerken, daß ich meine Landsleute oft vor

den Gefahren, welche uns jetzt umgeben, gewarnt habe. Dies ist vielleicht das letzte Mal, daß ich amtlich auf den Gegenstand Bezug nehme. Ich fühle, daß ich getreulich, wenn auch vielleicht unvollkommen, meine Pflicht erfüllt habe; und was auch immer der Ausweg sein möge, ich werde das Bewußtsein mit in's Grab nehmen, daß ich es mit meinem Lande wohl gemeint habe."

Die Secessionsbewegung machte, nachdem Süd-Carolina, der „ritterliche Palmenstaat," den Reigen eröffnet, rasche Fortschritte. Am 9. Januar beschloß die Staatskonvention von Mississippi mit 84 gegen 15 Stimmen die Lossagung des Staates von der Union, am 11. Januar die von Alabama mit 61 gegen 39 Stimmen, an demselben Tage die von Florida mit 62 gegen 7, am 19. Januar die von Georgia mit 208 gegen 89 und am 26. Januar die von Louisiana mit 113 gegen 17. Bei der Wahl der Delegaten zu diesen Konventionen und in den Konventionen selbst herrschte der größte Terrorismus von Seiten der Secessionspartei. Trotzdem ging es bei einigen derselben, namentlich in Georgia, Alabama und Louisiana, nicht ohne heftige Opposition ab. Durch Vermittlung von Bevollmächtigten trafen die Konventionen der sechs Staaten, welche sich von der Union losgesagt hatten, das Uebereinkommen, so viel Abgeordnete, als jeder Staat Senatoren und Repräsentanten im Kongreß zählte, zu einer, am 4. Februar in Montgomery, der Hauptstadt von Alabama, zu eröffnenden National-Konvention zu schicken.

In Texas hatte der Gouverneur Houston dem Drängen der Secessionisten endlich nachgegeben und auf den 21. Januar eine Extrasitzung der Legislatur einberufen. Dies währte ihnen jedoch zu lange. Am 17. Dezember hielten sie auf eigene Hand eine Versammlung und beschlossen, eine Wahl von Delegaten zu einer Staatskonvention auszuschreiben, die am 28. Januar in Austin zusammentreten sollte. Gouverneur Houston wollte dieselbe zwar nicht anerkennen, er sprach sich in seiner Botschaft an die Legislatur entschieden gegen die Konvention und gegen die Lossagung des Staates von der Union aus; die Legislatur jedoch legte der gesetzwidrig berufenen Konvention durch einfachen Mehrheitsbeschluß einen legalen Charakter bei. In der Konvention hatten die Secessionisten eine sehr große Majorität, weil die Unionsfreunde entweder nicht an der Wahl Theil genommen hatten, oder noch Mis-

sourier Grenzbanditen-Manier am Stimmen verhindert worden waren. Am 1. Februar beschloß die Konvention mit 166 gegen 6 Stimmen die Lossagung des Staates von der Union, unter der Bedingung, daß das Volk durch eine am 23. Februar anberaumte Abstimmung diesen Beschluß sanktionire. In den Konventionen von Georgien und Louisiana war ebenfalls der Antrag gestellt worden, den Lostrennungsbeschluß der Sanktion des Volkes zu unterbreiten; allein die Secessionisten fürchteten sich vor der Abstimmung des Volkes und lehnten den Antrag ab. In Texas dagegen mußten sie eine solche Concession machen, um dem Widerstand des Gouverneurs und dem illegalen Charakter der Konvention gegenüber ihrem Unternehmen das Siegel der Volksmajestät aufzudrücken. Eine Gefahr liefen sie dabei nicht, weil sie zu jeder Gewaltthat bereit waren, um ihren Zweck zu erreichen. So brachten sie denn auch bei der Volksabstimmung eine Mehrheit von über 40,000 Stimmen für den Lostrennungsbeschluß zusammen. Die vielen Unionsfreunde, zu welchen die zahlreiche deutsche Bevölkerung von Westtexas fast ohne Ausnahme zählte, wußten ihre Stimmen nicht zur Geltung zu bringen.

In den übrigen Sklavenstaaten war der Stand der Secessionsbewegung im Laufe des Januar folgender: Die Legislatur von Arkansas beschloß am 16. Januar einstimmig, dem Volke am 18. Februar die Frage zur Abstimmung vorzulegen, ob eine Staatskonvention berufen werden solle, oder nicht, und für den Fall der Bejahung dieser Frage den Gouverneur mit der Ausschreibung der Wahlen und der Einberufung der Konvention zu beauftragen. An demselben Tage beschloß die Legislatur von Missouri, daß das Volk am 18. Februar Delegaten zu einer, am 28. desselben Monats zu eröffnenden Staatskonvention wählen und zu gleicher Zeit darüber abstimmen solle, ob die Konvention gehalten sei, im Fall sie die Lossagung des Staates beschließen werde, diesen ihren Beschluß den Wählern zur Sanktionirung vorzulegen. In der Legislatur von Virginien kämpften die Secessions- und Unionspartei hart mit einander. Jene bestand aus den Repräsentanten der östlichen, diese aus denen der westlichen, jenseits des Alleghany-Gebirges liegenden Hälfte des Staates, welche nur sehr wenige Sklavenhalter und Sklaven enthält. Die Secessionspartei war in

sich gespalten, indem ein Theil derselben den augenblicklichen Anschluß an die bereits ausgetretenen Staaten begünstigte, ein anderer Theil dagegen noch weiter temporisiren, abwarten und „Vermittlungsversuche" machen wollte, das heißt Versuche, den Norden durch Einschüchterungen zu Konzessionen, zu abermaliger Unterwerfung unter die Gebote der Sklavenhalter-Aristokratie zu nöthigen. In Folge dieser Spaltung in den Ansichten wurden hunderte von Anträgen gestellt und Wochen lang debattirt, ohne daß ein Resultat dabei herauskam. Am 19. Januar einigten sich die Fraktionen über eine Reihe von Vermittlungsbeschlüssen folgenden Inhalts: „Virginien ladet alle übrigen Staaten, welche Willens sind, ihre Bemühungen mit den seinen zu vereinigen, um die unseligen Wirren in dem ursprünglichen Geiste der Konstitution so zu schlichten, daß dem Volk der sklavenhaltenden Staaten angemessene Garantieen für seine Rechte gegeben werden, dazu ein, Kommissäre zu ernennen, die am 4. Februar in Washington zusammentreten sollen, um über geeignete Mittel zur Schlichtung zu berathen. Die Legislatur von Virginien ernennt zu dieser Konferenz fünf Kommissäre. Wenn diese Kommissäre sich über Amendements zur Konstitution, welche die fernere Sicherung der Rechte der sklavenhaltenden Staaten zum Zweck haben, einigen, sollen sie dieselbe dem Kongreß vorlegen. Im Fall sie sich nicht einigen können, oder der Kongreß sich weigert, die Amendements den Staaten zur Ratificirung zu überweisen, sollen die Kommissäre dieses Staates sofort dem Gouverneur darüber berichten. Die General-Assembly Virginiens erblickt in den Anträgen des Senators Crittenden die beste Grundlage zur Schlichtung der Wirren. Abschriften dieser Beschlüsse sollten sofort den Gouverneuren der verschiedenen Staaten per Telegraph mitgetheilt werden." Die Legislatur beschloß dann ferner, eine Million Dollar für militärische Rüstungen zu bewilligen und durch den Expräsidenten Tyler den Präsidenten Buchanan, sowie durch einen anderen Abgeordneten die Behörden von Süd-Carolina ersuchen zu lassen, sich jeder feindseligen Handlung bis zum Schluß der Arbeiten der Vermittlungs- und Friedenskonferenz zu enthalten. Endlich ordnete sie noch an, daß am 13. Februar eine Staatskonvention zusammentreten, und daß das Volk bei der Wahl der Delegaten darüber abstimmen solle, ob die Konvention ihre Be-

schlüsse über das zukünftige Verhältniß Virginiens zur Union den Wählern zur Ratificirung vorzulegen habe, oder nicht.

Die Legislatur von Tenessee setzte auf den 9. Februar die Wahl von Delegaten zu einer Staatskonvention fest und auf den 25. den Zusammentritt derselben, bestimmte aber dabei, daß die Konvention ihre zu fassenden Beschlüsse der Abstimmung des Volkes unterbreiten solle. Der Gouverneur empfahl der Legislatur, Bevollmächtigte zu dem Kongreß der aus der Union geschiedenen Staaten nach Montgomery zu schicken; die Legislatur jedoch lehnte diesen Vorschlag ab und entschied sich statt dessen für Beschickung der Friedenskonferenz in Washington. In Nord-Carolina beschloß die Legislatur nach langen Debatten, daß am 28. Februar eine Wahl von Delegaten zu einer Staatskonvention stattfinden und das Volk gleichzeitig darüber abstimmen solle, ob es mit der Abhaltung einer solchen Konvention einverstanden sei oder nicht. In der Wahl zwischen dem Kongreß in Montgomery und der Konferenz in Washington entschied sich die Legislatur für die letztere. Die Legislatur von Kentucky entschied sich ebenfalls für die Sendung von Abgeordneten zur Friedenskonferenz, that aber sonst nichts weiter, als daß sie sich eben so gegen das Verfahren Süd-Carolina's und der übrigen rebellischen Staaten, wie gegen jedes Zwangsverfahren gegen denselben von Seiten der Bundesregierung erklärte, und vertagte sich am 11. Februar bis zum 20. März, um die Ergebnisse der Friedenskonferenz abzuwarten. In Maryland setzten die Secessionisten dem Gouverneur Hicks hart zu, daß er entweder die Legislatur zu einer außerordentlichen Sitzung berufen, oder auf eigene Verantwortung eine Wahl von Delegaten zu einer Staatskonvention ausschreiben solle. Es war ihnen darum zu thun, gerade diesen Staat in den Secessionsschwindel mit hineinzureißen, theils um dadurch die Verbindung der Bundeshauptstadt mit den nördlichen Staaten, welche nur durch Maryland, oder auf einem Umwege durch Virginien geht, abzuschneiden, theils um durch einen Staatsstreich in Besitz der Stadt Washington zu gelangen. Der auf dem linken Ufer des Potomac liegende Theil des Distrikts Columbia nämlich gehörte ursprünglich dem Staat Maryland, und die Secessionisten strebten dahin, die Legislatur dieses Staates zum Widerruf der Abtretung des Distrikts an die Bundesregierung zu bestimmen, um sich dann

„auf gesetzlichem Wege“ in Besitz desselben und der Stadt Washington zu setzen. Gouverneur Hicks ging jedoch auf ihre Vorschläge nicht ein, sondern beharrte auf seiner Weigerung, die Legislatur oder Staatskonvention zu berufen. Dagegen ernannte er Bevollmächtigte zu der Friedenskonferenz. Die Secessionspartei machte dann einen Versuch, nach dem Beispiel von Texas auf eigene Hand eine Staatskonvention zusammen zu bringen; aber der Versuch gelang nicht. Im Staate Delaware blieb alles ruhig. Die Legislatur wies einstimmig den Vorschlag Mississippi's, sich der Secessionsbewegung anzuschließen, zurück.

Mit dem Fortschreiten der Secessionsbewegung gingen die Resignationen der Kongreßmitglieder, der Bundesbeamten, der Armee- und Flottenoffiziere aus den ausscheidenden Staaten und die Besitzergreifung des in diesen Staaten liegenden Bundeseigenthums Hand in Hand. Am 1. Januar bemächtigte sich Süd-Carolina des Zollkutters Aiken, im Einverständniß mit dem Kapitän dieses Schiffes; am 3. Januar setzte sich Georgien in Besitz des Zollkutters Dobbin und der leerstehenden Forts Pulaski und Jackson, am 4. Alabama in Besitz des Zeughauses zu Mobile und des Forts Morgan, am 8. Nord-Carolina in Besitz der Forts Macon, Johnson und Caswell, am 10. Louisiana in Besitz des Arsenals zu Baton Rouge und der Forts Pike, Macomb, Jackson und St. Philip. Von allen diesen Lokalitäten hatte nur das Arsenal zu Baton Rouge eine Besatzung, welche aus zwei Kompagnieen unter Befehl des Major Haskins bestand. Ohne auch nur einen Widerstand zu versuchen, übergab dieser nach einigem Parlamentiren das ihm anvertraute Eigenthum an 600 Milizen, die ihm gegenüber standen. Alles dies geschah, bevor noch die betreffenden Staaten ihre Lossagung von der Union erklärt hatten. Florida wartete mit der Wegnahme des Bundeseigenthums wenigstens bis zum Tage seiner Lossagung. Am 11. erfolgte dieselbe, und am 12. erschienen 100 Milizen vor dem Schiffsarsenal von Pensaeola und verlangten dessen Uebergabe. Commodore Armstrong, der Befehlshaber des Arsenals, hatte zwar eine Macht von 43 Marinesoldaten zu seiner Verfügung, hielt jedoch eine Vertheidigung des ausgedehnten Etablissements um so weniger für thunlich, als er sich auf einen Theil seiner Leute nicht verlassen konnte, und übergab deßhalb das Arsenal. Die

drei Forts im Hafen von Pensacola, Mc Rea, Barrancas und Pickens, standen unter Befehl des Artillerielieutenants Slemmer, der sich ganz in derselben Lage befand, wie der Major Anderson mit seinen drei Forts im Hafen von Charleston, indem er nicht mehr als eine Kompagnie zu seiner Verfügung hatte, die nicht zur Vertheidigung eines einzigen Forts, viel weniger aller dreien, hinreichte. Er folgte deßhalb dem Beispiel Anderson's, indem er sich entschloß, die Forts Mc Rea und Barrancas, welche auf dem Festlande liegen, aufzugeben und sich auf das auf einer Insel im Eingang des Hafens erbaute Fort Pickens zu beschränken. Dieses Manöver führte er am 11. aus, worauf die Milizen von Florida am nächsten Tage die beiden geräumten Forts besetzten. Am 30. Januar wurde in New-Orleans der Zollkutter Mc Clelland, am 1. Februar in Mobile der Kutter Caß an die rebellischen Behörden übergeben. Am 31. Januar bemächtigte sich die Regierung von Louisiana des Zollhauses und der Münze der Bundesregierung. In der letzteren befanden sich 389,000 Dollar, welche der Finanzminister Dix zehn Tage vorher eingefordert, der Kassenbeamte sich jedoch geweigert hatte, herauszugeben, um sie der rebellischen Staatsbehörde einzuhändigen. Das Zeughaus der Vereinigten Staaten in Augusta, im Staat Georgien, wurde am 24. Januar von 700 Mann Miliz besetzt, denen die Handvoll Soldaten, welche mit der Bewachung des Bundeseigenthums beauftragt war, keinen Widerstand zu leisten wagte.

Werfen wir noch einen Blick auf das Verhalten der Bundesregierung während dieser Periode. Nachdem der „Star of the West“ durch das Feuer der Rebellen aus dem Hafen von Charleston zurückgetrieben worden war, schrieb der Major Anderson an den Gouverneur von Süd-Carolina, er habe sich nur deßhalb des Feuerns auf die Rebellenbatterie enthalten, weil er vorausgesetzt habe, daß dieselbe ohne Ermächtigung von Seiten der Behörde, auf das Schiff geschossen, verlange aber eine befriedigende Erklärung darüber und werde, wenn eine solche nicht erfolgen sollte, auf jedes Schiff feuern, das die Kanonen des Forts Sumter passire. Gouverneur Pickens antwortete hierauf: das Feuern auf den „Star of the West“ sei im Einklang mit seinen Instruktionen geschehen; Major Anderson habe den ersten Akt der Feindseligkeit begangen, indem er die Kanonen in Fort Moultrie

vernagelt und Fort Sumter besetzt habe; das sei eine Drohung gegen den souveränen Staat Süd-Carolina, die dieser nicht ruhig mit ansehen könne; am wenigsten aber könne er dulden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich der Forts Moultrie und Pinckney wieder bemächtige, oder die Besatzung des Forts Sumter verstärke. Major Anderson, dessen Verbindung mit seinen vorgesetzten Behörden völlig abgeschnitten war, und der keinerlei Instruktionen über sein Verhalten in der kritischen Stellung, in der er sich befand, hatte, kam mit dem Gouverneur Pickens überein, daß ihm gestattet werde, einen Offizier nach Washington zu schicken, welcher ihm Instruktionen von dort holen sollte, und daß bis zu dessen Rückkehr beide Parteien sich jeder feindseligen Handlung zu enthalten hätten. Nach Ablauf einer Woche trafen die Instruktionen ein; sie lauteten dahin, daß sich der Kommandant des Forts Sumter strikt in der Defensive halten, jedem Angriff aber den äußersten Widerstand entgegensetzen solle. Ehe noch der Bote des Major Anderson zurückgekehrt war, machte Gouverneur Pickens einen Versuch, den Major zur Uebergabe des Forts zu bewegen. Als diese Zumuthung, wie sich nicht anders erwarten ließ, entschieden zurückgewiesen wurde, sandte der Gouverneur den Generalanwalt von Süd-Carolina, Oberst Hayne, als Bevollmächtigten an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, um die Uebergabe des Fort Sumter gegen eine Entschädigung zu verlangen. Der Bevollmächtigte kam am 15. Januar in Washington an und hatte eine Privatunterredung mit dem Präsidenten, deren Resultat ihn nicht befriedigte. Im Begriff, seine Forderung schriftlich vorzulegen, wurde er durch die Vorstellungen einer Anzahl Senatoren der Sklavenstaaten einstweilen davon abgehalten. Da er aber wiederholt von Charleston aus gedrängt wurde, schickte er endlich am 31. Januar die Forderung dem Präsidenten schriftlich zu. Erst am 6. Februar erhielt er durch den Kriegsminister Holt eine ablehnende Antwort, mit der er nach Charleston zurückreiste.

Major Anderson war von dem Augenblick an, wo er das Fort Sumter besetzt hatte, von allem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten. Das Einzige, was ihm die Behörden in Charleston einstweilen gestatteten, war der tägliche Einkauf einer beschränkten Quantität frischer Lebensmittel (was ihm insofern sehr zu Statten

kam, als das Fort nur mit Schiffsproviant auf etwa drei Monate versehen war), und die Unterhaltung der Postverbindung. Dagegen mußte er ruhig zusehen, wie rings um das Fort Angriffsbatterieen gebaut und armirt wurden. Seine Instruktionen gestatteten ihm nicht, etwas dagegen zu unternehmen. Uebrigens hätte er das in der ersten Zeit auch kaum gekonnt, weil noch sehr viel daran fehlte, um das neue Fort wohnlich zu machen und zur Vertheidigung einzurichten. Die schwerste Arbeit für die schwache Mannschaft war die, die Geschütze auf ihre Laffeten und an Ort und Stelle zu bringen. Die Armirung bestand aus 140 Geschützen, 30 64pfündern, 30 32pfündern und 40 24pfündern für die beiden Kasematten-Etagen des Forts, 10 10zölligen und 10 8zölligen „Columbiaden" oder Bombenkanonen, 10 13zölligen und 10 10zölligen Mörsern für die Wälle.

Der Kriegsminister, im Einvernehmen mit dem Oberbefehlshaber der Armee, richtete im Laufe des Januar seine Aufmerksamkeit hauptsächlich darauf, die wenigen Kräfte der Armee, welche rasch anwendbar gemacht werden konnten, zum Schutz und zur Vertheidigung des bedeutenden Zeughauses in St. Louis, der Forts Monroe in Virginien, an der Rhede von Hampton, und Mc. Henry in der Nähe von Baltimore, so wie der Bundeshauptstadt heranzuziehen. Die Stadt Washington — dafür lagen ganz bestimmte Anzeichen vor — schwebte in großer Gefahr, von den Secessionisten in Maryland oder Virginien durch einen plötzlichen Ueberfall genommen zu werden. Bis Anfang Februar hatte der General Scott zu ihrer Vertheidigung etwa 1000 Mann mit 18 Geschützen zusammengezogen. Fort Mc. Henry war von besonderer Wichtigkeit, um die Verbinduug der Hauptstadt mit dem loyalen Norden zu sichern; Fort Monroe konnte dazu dienen, die Secessionisten in Virginien im Zaum zu halten, oder im weitern Verlauf der Dinge offensiv gegen sie vorzugehen.

Siebentes Kapitel.

Der Kongreß von Montgomery; die „Konföderirten Staaten von Amerika;" Präsident Davis. Die Friedenskonferenz in Washington. Stimmung des Nordens; Bereitwilligkeit, die Sklavenstaaten in Frieden ziehen zu lassen; Umschwung durch die Ueberstürzung der Rebellen. Der Kongreß der Vereinigten Staaten; seine Beschlüsse, sein Ende. Weitere Fortschritte der Bewegung in den Sklavenstaaten. Verrätherei des General Twiggs. Die Bundesregierung.

Am 4. Februar versammelte sich in Montgomery der Kongreß der sechs Staaten, welche sich von der Union losgesagt hatten. Alabama war durch 9 Delegaten vertreten, Florida durch 3, Georgien durch 10, Louisiana durch 6, Mississippi durch 6, Süd-Carolina durch 8. Cobb von Georgien, früher Sprecher des Repräsentantenhauses und zuletzt Finanzminister des Präsidenten Buchanan, wurde zum Präsidenten gewählt. In der Ansprache, die er bei Besteigung des Präsidentenstuhles hielt, sagte er, die Lossagung sei eine unwiderrufliche Thatsache, sie sei vollständig und ewig, und es handele sich nur noch darum, für die ausgeschiedenen Staaten eine gemeinsame Regierung zu ihrem Schutz und ihrer Sicherheit zu errichten. Schon am 8. Februar nahm der Kongreß eine provisorische Konstitution für die „Konföderirten Staaten von Amerika" an, die sich wenig von der Verfassung der Vereinigten Staaten unterschied. Süd-Carolina verlangte dringend die Gestattung des afrikanischen Sklavenhandels; aber sein Verlangen wurde zurückgewiesen. Der Artikel über den Sklavenhandel wurde in folgender Weise gefaßt: „Die Einführung afrikanischer Neger von irgend einem fremden Lande, außer den sklavenhaltenden Staaten der Vereinigten Staaten, wird hiermit verboten, und der Kongreß ist gehalten, Gesetze zur wirksamen Unterdrückung desselben zu erlassen." Hierzu wurde der Zusatzartikel gemacht: „der Kongreß soll die Befugniß haben, die Einführung von Sklaven aus irgend einem Staate, der nicht ein Mitglied dieser Konföderation ist, zu verbieten." Durch diese

drohende Bestimmung sollten die sklavenzüchtenden Staaten, namentlich Virginien und Kentucky, deren Hauptprodukt in Negern und Mulatten zum Export nach dem Süden besteht, gezwungen werden, sich der Konföderation anzuschließen. Hinsichtlich entflohener Sklaven setzte die Konstitution fest, daß die Exekutivbehörde der Staaten, wohin dieselben fliehen, zu ihrer Auslieferung, im Fall ihrer Entführung oder gewaltsamen Befreiung aber zu voller Entschädigung und Tragung aller Kosten verpflichtet sein solle.

Unmittelbar nach der Annahme der provisorischen Konstitution wurden Davis von Mississippi zum provisorischen Präsidenten, Stephens von Georgien zum provisorischen Vicepräsidenten der Konföderation gewählt. Stephens, welcher Mitglied des Kongresses war, trat sofort sein Amt an. Davis, welcher erst von Mississippi berufen werden mußte, kam am 17. in Montgomery an und wurde am 18. feierlich eingesetzt. Aus seiner Inaugurationsadresse hebe ich einige charakteristische Stellen hervor. „Wenn," sagt Herr Davis, „Leidenschaft oder Herrschsucht das Urtheil verdunkeln oder den Ehrgeiz des Nordens aufstacheln sollte, so müssen wir uns darauf vorbereiten, durch den Richterspruch des Schwertes die Stellung zu behaupten, welche wir unter den Nationen der Erde eingenommen haben. — Aus Nothwendigkeit, nicht aus freier Wahl, sind wir zu dem Hülfsmittel der Lossagung geschritten. — Bei der jetzigen Lage der Dinge erscheint es rathsam, eine gut ausgebildete und gut disciplinirte Armee zu haben. Ebenso mache ich darauf aufmerksam, daß zum Schutz unserer Häfen und unseres Handels auf hoher See eine diesen Zwecken entsprechende Flotte erforderlich ist. — Mit einer Verfassung, die von der unserer Väter nur in so weit abweicht, als sie deren wohl bekannte Absichten näher erläutert und von allen sektionellen Konflikten frei ist, können wir wohl erwarten, daß die Staaten, von denen wir uns getrennt haben, ihr Geschick unter der von uns eingesetzten Regierung wieder mit dem unsrigen zu vereinigen suchen werden. Auf andere Weise aber, wenn ich das Urtheil des Volkes nicht mißverstehe, ist eine Wiedervereinigung mit jenen Staaten weder wünschenswerth, noch ausführbar."

Präsident Davis organisirte ohne Verzug alle Departements seiner Regierung. Zum Premierminister ernannte er Herrn Toombs von Georgien, zum Finanzminister Memminger von Süd-Carolina,

zum Kriegsminister Walker von Alabama, zum Marineminister Mallory von Florida, zum Generalanwalt Benjamin von Louisiana, zum Generalpostmeister Ulett von Mississippi.

Zur Ausarbeitung einer permanenten Konstitution ernannte der Kongreß der „Konföderirten Staaten“ einen Ausschuß von je zwei Mitgliedern jedes der sechs Staaten. Alle am 1. November 1860 gültigen Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika wurden provisorisch für die Konföderirten Staaten in Kraft erklärt. Dann wurde ein Beschluß angenommen, daß nach dem Amtsantritt des Präsidenten eine Gesandtschaft nach Washington geschickt werden solle, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten über alle noch obschwebenden Schwierigkeiten, insbesondere über förmliche Abtretung aller Forts, Zeughäuser, Schiffsarsenale und Theilung des gemeinsamen Eigenthums und der Schulden zu unterhandeln.

Während dies in Montgomery vor sich ging, tagte in Washington an der Seite des Kongresses der Vereinigten Staaten die Versöhnungs- und Friedenskonferenz. Wie schon weiter oben angegeben wurde, trat dieselbe am 4. Februar, auf Grund einer Einladung von Seiten der Legislatur des Staates Virginien, zusammen. Von den meisten Staaten, mit Ausnahme derjenigen, welche sich bereits von der Union losgesagt hatten, erschienen Bevollmächtigte, die theils von den Legislaturen, theils von den Gouverneuren ihrer Staaten ernannt worden waren. Ihr Zweck war, wie wir gesehen haben, durch Amendements zur Bundesverfassung, welche weitgehende Zugeständnisse an die Sklavenstaaten gewährten, den Bruch in der Union zu heilen. Auf revolutionären Boden konnte sich die Konferenz selbstredend nicht stellen, sondern was sie erzielen wollte, mußte sie auf verfassungsmäßigem Wege zu erzielen suchen. Sie konnte also, wenn sie über Amendements einig wurde, die dem Zweck zu entsprechen schienen, nur den von der Konstitution vorgezeichneten Weg einschlagen, um die Einverleibung solcher Amendements in das Fundamentalstatut der Nation zu erreichen. Dies kann auf zweierlei Weise geschehen. Entweder kann der Kongreß mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen beider Häuser Amendements zur Konstitution beschließen, oder er kann, auf Nachsuchen der Legislaturen von zwei Dritteln aller Staaten, eine Nationalkonvention berufen, welche dann das Recht hat, mit einfacher Mehrheit Amendements nach ihrem Er-

messen zu entwerfen. In beiden Fällen erhalten solche Amendements erst dann Kraft, wenn sie entweder von den Legislaturen, oder von besonders dazu berufenen Staatskonventionen von drei Vierteln aller Staaten der Union angenommen werden. Die Friedenskonferenz mußte also ihre Entwürfe dem Kongreß zur Beschlußfassung unterbreiten, oder den Legislaturen aller Staaten mit der Bill vorlegen, daß sie dieselben unterstützen und darauf hin den Kongreß zur Berufung einer Nationalkonvention auffordern möchten. Beide Wege waren sehr schwierig und sehr weit aussehend, und da die Secessionsbewegung unaufhaltsam vorwärts drängte, so hatte von vornherein Niemand Vertrauen auf einen günstigen Erfolg der Friedenskonferenz.

Das Vertrauen wurde keineswegs gehoben durch die erste Handlung der Konferenz. Sie sorgte im Gegentheil dafür, daß auch der Glaube an ihre gute Absichten und ihre Fähigkeiten im Publikum und in der Presse schwand, indem sie den Beschluß faßte, daß ihre Sitzungen geheim sein sollten, und sogar ihre Mitglieder zur Geheimhaltung verpflichtete. In einem Lande, wo das ganze Staatsleben so öffentlich ist, wie in den Vereinigten Staaten, mußte ein so durchaus ungewöhnlicher Beschluß den übelsten Eindruck machen. Derselbe verfehlte überdies ganz und gar seinen Zweck: jeden Morgen konnte man von einem Ende des Landes bis zum andern gedruckt lesen, was die Konferenz am Tage vorher gemacht hatte; die indiskreten Telegraphendrähte hatten es nach allen Richtungen hin ausgeplaudert.

Am Tage der Eröffnung der Sitzungen erschienen Bevollmächtigte von 11 Staaten; am dritten Sitzungstage waren 15 Staaten vertreten, am sechsten 20, nämlich: Maine, Vermont, Massachusetts, New-Hampshire, Connecticut, Rhode-Island, New-York, New-Jersey, Pennsylvanien, Delaware, Maryland, Virginien, Nord-Carolina, Kentucky, Tenessee, Ohio, Indiana, Illinois, Missouri und Iowa. Hierzu kamen am 24. Februar noch Bevollmächtigte des Staates Kansas. Der Expräsident Tyler von Virginien wurde zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Die Debatten zogen sich sehr in die Länge. Mehrmals war die Konferenz nahe daran, ohne irgend ein Resultat auseinander zu gehen. Erst am 27. Februar kam eine Einigung zu Stande, indem die Konferenz beschloß, dem Kongreß der Vereinigten Staaten

sieben Amendements zur Bundesverfassung einzureichen, mit der Empfehlung, dieselben gutzuheißen und den Legislaturen der 34 Staaten zur Sanktionirung vorzulegen. Diese Amendements lauten ihrem wesentlichen Inhalt nach:

1. „In dem gegenwärtigen Territorium der Vereinigten Staaten nördlich von 36° 30′ Nordbreite ist unfreiwillige Dienstbarkeit, außer als Strafe für Verbrechen, verboten. In dem Territorium südlich jener Linie soll der Zustand der zu Dienst und Arbeit gehaltenen Personen, wie er jetzt besteht, nicht geändert werden. Eben so wenig soll der Kongreß oder die Territoriallegislatur ein Gesetz erlassen, welches das Mitnehmen solcher Personen aus irgend einem Staate dieser Union nach solchem Territorium verhindert, oder die aus besagtem Verhältniß entspringenden Rechte beeinträchtigt.

2. „Kein Territorium, es sei denn durch Entdeckung, oder zu Marine- und Handelsstationen, Depots und Transitrouten, soll von den Vereinigten Staaten erworben werden ohne Zustimmung einer Mehrheit aller Senatoren der Sklaven- und einer Mehrheit aller Senatoren der freien Staaten.

3. „Weder die Verfassung, noch irgend ein Amendement zu derselben, soll so ausgelegt werden, daß dem Kongreß dadurch die Befugniß gegeben wird, in einem Staat oder Territorium das gesetzlich festgestellte Verhältniß der zu unfreiwilliger Dienstbarkeit verbundenen Personen zu reguliren oder abzuschaffen, oder die freiwillige Dienstbarkeit im Distrikt Columbia, ohne Einwilligung der Eigenthümer und des Staates Maryland, aufzuheben; noch die Befugniß, Kongreßmitgliedern und andern Personen zu verbieten, solche zu Dienst und Arbeit verbundene Personen mit nach der Stadt Washington zu bringen und dort zu halten; noch die Befugniß, die unfreiwillige Dienstbarkeit an solchen Orten, innerhalb der Staaten und Territorien, wo sie gestattet ist, über welche die Vereinigten Staaten ausschließliche Gerichtsbarkeit haben, abzuschaffen; noch die Befugniß, den Transport von zu unfreiwilliger Dienstbarkeit verpflichteten Personen aus einem Staat oder Territorium in einen andern Staat oder ein anderes Territorium, wo sie durch Gesetz oder Gebrauch besteht, zu verbieten.

4. „Der dritte Absatz des zweiten Abschnitts des vierten Artikels der Konstitution (betreffend „Dienst- oder Arbeitsflüchtige“)

soll nicht so ausgelegt werden, als ob er irgend einen der Staaten verhinderte, durch geeignete Gesetzgebung und durch seine richterlichen und exekutiven Beamten die Auslieferung Arbeitsflüchtiger an die Person, welcher die Arbeit gehört, zu erzwingen.

5. „Der auswärtige Sklavenhandel ist für immer verboten.

6. „Der vorstehende 1., 3. und 5. und dieser 6. Abschnitt, sowie der dritte Absatz des zweiten Abschnitts des ersten Artikels der Konstitution (die Vertheilung der Repräsentation im Kongreß betreffend, wobei fünf Sklaven gleich drei freien Menschen gerechnet werden) und der dritte Absatz des zweiten Abschnitts des vierten Artikels derselben sollen nicht abgeändert oder aufgehoben werden ohne Zustimmung aller Staaten.

7. „Der Kongreß soll durch ein Gesetz Vorkehrung treffen, daß die Vereinigten Staaten dem Eigenthümer den vollen Werth seines Arbeitsflüchtigen in allen Fällen, in denen der vollziehende Beamte durch Gewalt oder Einschüchterung an der Verhaftung des Flüchtigen verhindert, oder dieser durch solche Mittel befreit wird, bezahlen müssen. Der Kongreß soll durch ein Gesetz Sorge tragen, daß den Bürgern jedes Staates die Privilegien und Freiheiten der verschiedenen Staaten gesichert werden."

Die Abstimmung über diese Vorschläge geschah nach Staaten, so daß die Bevollmächtigten jedes Staates eine Stimme hatten. Der erste wurde mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen, — vier Staaten stimmten nicht mit — die übrigen mit 16 gegen 5. Der Grund, weßhalb diese weitgehenden Zugeständnisse überhaupt und die meisten derselben obendrein mit so beträchtlicher Mehrheit beschlossen werden konnten, ist theils darin zu suchen, daß die Bevollmächtigten der nördlichen Staaten zum großen Theil aus den gemäßigtsten, konservativsten und friedliebendsten Elementen ausgesucht waren, theils darin, daß sie durch die größte Nachgiebigkeit zeigen wollten, wie bereitwillig sie seien, für den Frieden und die Versöhnung alles Mögliche zu thun, überzeugt, daß weder der Kongreß mit der verfassungsmäßigen Zweidrittel-Mehrheit ihren Beschlüssen beitreten, noch daß drei Viertel der Staaten dieselben sanktioniren würden, indem sie den äußersten Süden bei weitem nicht befriedigten, dem Norden dagegen viel zu weit gingen. Bevor ich zu dem Schicksal, welches die Beschlüsse im Kongreß hatten, übergehe, wird es nöthig, einen Rückblick auf die Haltung der

nördlichen Staaten seit dem Beginne der Secessionsbewegung zu werfen.

Bei den ersten Anzeichen der Bewegung war das vorherrschende Gefühl im Norden, oder um mich richtiger auszudrücken, im Kreise der Politiker von Profession und der Geschäftsmänner des Nordens — denn die Masse des Volks wurde nicht davon berührt — Furcht und Schrecken. Die „Teiggesichter" zitterten, wie das von jeher geschehen war, vor den gefährlichen Drohungen der „Feuerfresser." Hätten sie über das Schicksal der Union zu bestimmen gehabt, sie würden jedes Zugeständniß gemacht haben, das die Baumwollstaaten verlangten. Die Demokraten stimmten natürlich denselben Ton an, wie ihr Präsident Buchanan. Wie dieser sprachen sie von „schwer gekränkten und durch die republikanische Partei bedrohten" Rechten des Südens; wie dieser maßen sie alle Schuld des hereinbrechenden Unheils dem „Fanatismus" der Republikaner und Abolitionisten bei; wie dieser brachen sie in ein Kassandrageheul über „den Untergang der Union" aus. Unionsrettung um jeden Preis war zu jener Zeit die Losung. Verleugnet eure Grundsätze, gebt alles, was der Süden fordert, werft eure Selbstständigkeit, eure Männlichkeit über Bord, um die Hitzköpfe in den Sklavenstaaten zu befriedigen und die Union zu retten — solche Weisheit wurde von den Dächern gepredigt. Man konnte sie täglich von den Tribünen hören und täglich in der Presse lesen. Auch ein Theil der republikanischen Partei, oder wenigstens ihrer schreibenden und redenden Mitglieder gehörte zu diesen Fanatikern der Ruhe. Gingen sie darin auch nicht so weit, wie die Demokraten, maßen sie auch die Schuld der herrschenden Aufregung nicht sich selbst bei, hielten sie auch die Klagen und Beschwerden des Südens keineswegs für gerechtfertigt: so waren sie doch um des lieben Friedens willen zu großen Opfern und Zugeständnissen bereit.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch diese schwachmüthige Haltung des Nordens in Verbindung mit der halb verrätherischen, halb jämmerlichen Stellung, welche die Bundesregierung einnahm, die Secessionsbewegung großen Vorschub erhielt. Die Führer der Bewegung glaubten, im Norden auf eine starke Bundesgenossenschaft zählen und mit deren passiven oder gar aktiven Hülfe Alles wagen zu können. Wären sie etwas besonnener zu Werke gegangen,

sie hätten es in ihrer Hand gehabt, viel zu erreichen. Hätten sich die Sklavenstaaten nicht in den Secessionsschwindel hineinreißen lassen, wären sie auf gesetz- und verfassungsmäßiger Bahn geblieben und hätten vereinigt dem Norden erklärt: Wir halten die Sklaverei, ohne die wir für jetzt wenigstens nicht existiren können, für so gefährdet, daß ihr uns entweder weitere und bestimmtere Garantieen für ihr Bestehen innerhalb der Union geben, oder daß ihr uns gestatten müßt, in Frieden aus dieser Union zu scheiden, um einen Bund unter uns zu bilden, — sie würden ganz gewiß das Eine oder das Andere erreicht haben. Sie in Frieden ziehen zu lassen, wenn sie diese Wahl getroffen hätten, dazu waren hervorragende Männer aller Parteien mit Freuden bereit, und auch die Masse der Bevölkerung des Nordens, wenn sie dazu berufen worden wäre, die Frage zu entscheiden, würde ihre Einwilligung gegeben haben. Die Sklavenfrage, sagten viele republikanische Blätter, steht uns überall hemmend im Wege; sie bildet das Alpha und Omega aller Kongreßverhandlungen; sie absorbirt einen großen Theil der besten Kräfte des Landes; sie vergiftet unser ganzes Staatsleben; sie stört und beeinträchtigt nach allen Richtungen hin unsere Entwicklung — warum also noch länger uns damit abquälen? Warum nicht dieses Bleigewicht auf einmal lösen, warum nicht für immer uns davon frei machen, indem wir die Sklavenstaaten ihren eigenen Weg gehen lassen? Selbst die radikalsten Abolitionisten erblickten in der Lostrennung der Sklavenstaaten von der Union den sichersten und nächsten Weg, um die Abschaffung der Sklaverei zu erreichen, und sprachen sich in diesem Sinne aus. So Gerritt Smith, Josua Giddings und Wendell Philips, Männer, die ihr ganzes Leben der Titanenarbeit gewidmet haben, die Union von ihrem schwarzen Schandfleck zu befreien. Sie waren der Ansicht, daß sie viel leichter und erfolgreicher für die Aufhebung der Sklaverei würden wirken können, wenn die Sklavenstaaten als Feinde der Union gegenüber ständen, und daß in einem Sklavenstaatenbund die Krisis weit schneller heranreifen, die Entscheidung der großen Frage weit früher eintreten müsse, als in den Sklavenstaaten, die als Mitglieder der Union den ganzen Schutz derselben für alle ihre Institutionen genossen und aller der finanziellen, industriellen und kommerziellen Vortheile, welche der große Staatenbund seinen Mitgliedern bot, theilhaftig waren.

Die gemäßigteren Elemente in den Sklavenstaaten, namentlich in den nördlichen, soweit sie überhaupt mit der Union unzufrieden waren und in dem Siege der republikanischen Partei Gefahren für sich und ihre „eigenthümlichen Institutionen" erblickten, waren dem Secessionsschwindel entschieden abgeneigt. Sie wollten, um die Garantieen, die ihnen als nothwendig erscheinen mochten, zu erlangen, kein anderes Verfahren einschlagen, als ein legales. Allein Hitzköpfe ohne tiefere Ueberlegung und ehrgeizige Politiker, denen es nur darum zu thun war, sich auf irgend eine Weise auszuzeichnen, bemächtigten sich, wie wir gesehen haben, der Bewegung, hetzten, schürten, appellirten an die Leidenschaften der unwissenden Masse, terrorisirten und trieben einen Staat nach dem andern in die Rebellion hinein.

Jeder Schritt auf dieser Bahn, jeder Akt der Feindseligkeit gegen die Union diente dazu, einen Umschwung in der Stimmung und Haltung des Nordens vorzubereiten, aus Freunden und Anhängern der Sache der Sklavenhalter bittere Feinde zu erwecken, die Unentschlossenen, die Aengstlichen, die Friedliebenden wild zu machen und nach und nach in jede Werkstatt des Nordostens, in jede Blockhütte des Nordens die Kunde zu tragen, daß Verfassung, Gesetz und Recht von einer Rebellenbande rücksichtslos mit Füßen getreten und die glorreiche Union der vierunddreißig Staaten in ihrem Dasein bedroht würde. Mit dem Fortschreiten dieser Kunde wuchs auch das Gefühl in den Herzen der freien Bürger des Nordens auf, daß die grundlose Rebellion zu Boden geschmettert, daß der Natter des Hochverraths gegen die Union der Kopf zertreten werden müsse. Die männliche That des Major Anderson und das Feuern der Rebellen auf das Sternenbanner des „Star of the West" trug viel dazu bei, dieses Gefühl zum Bewußtsein zu bringen und zu kräftigen. Was die entschiedenere Hälfte der republikanischen Partei von vorn herein als Wahlspruch aufgestellt hatte: „Keine Zugeständnisse! Keine Kompromisse mehr!" das wurde mehr und mehr der Wahlspruch des ganzen Nordens. Lautete derselbe auch nicht bei Allen so bedingungslos, so stimmten doch selbst die Demokraten, wenigstens die, welche sich zu dem Douglas-Flügel der Partei bekannten, soweit mit den Republikanern überein, daß sie sich gegen alle Zugeständnisse an Rebellen, so lange dieselben gegen die Regierung in Waffen ständen, erklärten und

vor jeder Unterhandlung erst die Majestät der Union, die Majestät des Gesetzes wieder hergestellt sehen wollten.

Die meisten der Legislaturen der nördlichen Staaten, welche im Laufe des Winters von 1860/61 in Sitzung traten, gaben dem Volksbewußtsein durch Beschlüsse, die sie in Beziehung auf die rebellische Bewegung des Südens faßten, bestimmten Ausdruck. Am 11. Januar nahm die Legislatur des Staates New-York — der Senat mit allen gegen eine, das Haus mit allen gegen zwei Stimmen — folgenden Beschluß an:

„In Erwägung, daß Süd-Carolina das Postamt, das Zollamt, die Gelder und die Fortifikationen der Bundesregierung in Besitz genommen und durch Beschießung eines Schiffes der Regierung thatsächlich Krieg erklärt hat, und daß in Georgien, Alabama und Louisiana die Forts und das Eigenthum der Bundesregierung gesetzwidrig und in feindseliger Absicht mit Beschlag belegt worden sind; deßhalb sei es beschlossen, daß die Legislatur von New-York dem Präsidenten der Vereinigten Staaten durch den Gouverneur anbietet, was immer er an Mannschaft und Geld verlangen mag, um die Gesetze durchzuführen und die Autorität der Bundesregierung aufrecht zu erhalten, und daß wir bereit sind, der Erhaltung der Union unser Leben und unsre Glücksgüter zu widmen."

Abschriften dieses Beschlusses wurden auf Anordnung der Legislatur an die Gouverneure aller Staaten geschickt, zur Mittheilung an die betreffenden Legislaturen. Der Eindruck, den sie dort machten, war ein sehr verschiedenartiger. Während sie im Norden großen Beifall fanden und überall ihre Nacheiferung anspornten, erregten sie im Süden Zorn und Wuth, aber zugleich auch Schrecken. Daß die Legislatur von New-York, die zu zwei Dritteln aus Republikanern und zu einem Drittel aus Demokraten bestand, fast einstimmig solche Beschlüsse gefaßt, daß der größte und mächtigste Staat der Union, der um die Hälfte mehr freie Bewohner zählte, als die sieben Baumwollstaaten zusammen genommen, und beinahe halb so viel, als alle Sklavenstaaten, eine solche Sprache gegen die Rebellen geführt hatte, das gab ihnen die erste Ahnung von der Gefährlichkeit ihres kopflosen Unternehmens, die erste Ahnung davon, daß sie auf Sympathieen und Beistand in den nördlichen Staaten wohl schwerlich würden rechnen können.

Aehnliches wie die Legislatur von New=York, beschlossen nach einander die Legislaturen von Ohio, Massachusetts, Michigan, Minnesota, Wisconsin, Pennsylvanien u. s. w. Außerdem wurden in fast allen nördlichen Staaten Geldsummen zur Vervollständigung der Organisation und Ausrüstung der Miliz, die größtentheils nur auf dem Papiere standen, bewilligt. In Staaten, in denen die republikanische Partei in der Minderheit war, entschieden sich die Legislaturen für den Weg der Vermittlung; so z. B. erklärte die von New=Jersey sich für die Anträge des Senators Crittenden und für die Berufung einer Nationalkonvention. Auch herrschte nicht in allen Legislaturen, so lange man glaubte, die Rebellen würden sich durch Zugeständnisse zur Umkehr bestimmen lassen, dieselbe Einstimmigkeit, wie in der von New=York; in der Legislatur von Pennsylvanien z. B. stimmten die Demokraten damals noch als ein geschlossenes Ganze gegen die Anträge der Republikaner.

Wir hatten den Kongreß der Vereinigten Staaten mitten in seinen Debatten über die kritische Lage der Union und seinen Berathungen über die Heilmittel verlassen. Der drei und dreißiger Ausschuß des Repräsentantenhauses erstattete am 20. Januar drei Berichte. Die Mehrheit, vertreten durch Corwin von Ohio, sagt in dem ihrigen, wenn Schriften in den Sklavenstaaten verbreitet würden, die darauf berechnet seien, die Sklaven zur Insurrektion aufzureizen, so sei es Sache der betreffenden Staaten, auf dem Wege des Gesetzes dagegen einzuschreiten. Was das Sklavenfang=Gesetz betreffe, so stelle sich heraus, daß die unter dem Namen „Personal=Liberty=Bills" bekannten Gesetze einiger nördlichen Staaten zum Schutz der persönlichen Freiheit der Vollziehung des Sklavenfanggesetzes noch nicht hindernd in den Weg getreten seien. So fern sie jedoch mit der Verfassung der Vereinigten Staaten in Widerspruch ständen, seien sie selbstredend null und nichtig, und die nördlichen Staaten seien zu ersuchen, ihre Gesetzbücher sorgfältig zu revidiren, um alles Verfassungswidrige daraus zu entfernen. Zum Sklavenfanggesetz schlug der Mehrheitsbericht einige Amendements vor, welche die tyrannischen Bestimmungen desselben beseitigen sollten, und beantragt schließlich, als endgültige Erledigung der Sklavenfrage in den Territorien, die Annahme eines Beschlusses, welcher alles südlich von 36° 30′ nördl. Breite liegende Gebiet den Sklavenhaltern Preis gab. Die Herren Washburn von Wisconsin

und Tappan von New-Hampshire erstatteten einen ersten Minderheitsbericht, welcher die Grundsätze der republikanischen Partei für gerecht und mit der Verfassung in Einklang stehend erklärte, jedes fernere Zugeständniß an die Sklavenhaltermacht, als entwürdigend und den Principien der großen Mehrheit der Bevölkerung der freien Staaten widerstrebend, unbedingt von der Hand wies, und den einzigen Beschluß beantragte: „Die Bestimmungen der Verfassung sind hinreichend zur Erhaltung der Union und zum Schutz aller materiellen Interessen des Landes. Sie braucht nicht abgeändert, aber es muß ihr Gehorsam geleistet werden. Um aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten heraus zu kommen, müssen wir uns bemühen, das öffentliche Eigenthum zu erhalten und zu beschützen und die Gesetze mit Strenge durchzuführen, nicht aber nach neuen Garantieen für Privatinteressen, nach Kompromissen oder Concessionen an grundlose Forderungen zu suchen." Adams von Massachusetts erstattete einen zweiten Minderheitsbericht, worin er sagte, er würde bereitwillig allen schicklichen Vorschlägen zur Beseitigung der Schwierigkeiten beigestimmt haben, wenn er auf der andern Seite ein Entgegenkommen gesehen hätte. Allein die Thatsache, daß die Ausschußmitglieder von drei Sklavenstaaten sich ganz zurückgezogen und die von sieben andern sich gegen alle Beschlüsse des Ausschusses erklärt hätten, schließe von vorn herein jede Hoffnung auf Versöhnung und friedliche Beilegung des Zwistes aus. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die widerspenstigen Staaten nur unter der Bedingung, daß in der Verfassung der Vereinigten Staaten die Verpflichtung, die Sklaverei zu schützen und auszubreiten, anerkannt würde, zur Einstellung ihres Widerstandes gegen die Bundesregierung bereit seien. Da er auf eine solche Bedingung niemals eingehen könne, halte er es auch für nutzlos, an irgend einem Versöhnungsversuch sich weiter zu betheiligen.

Es währte bis zum 27. Februar, ehe die Anträge des Ausschusses, die mittlerweile durch die Aufnahme vieler Amendements eine bedeutende Veränderung erlitten hatten, zur Endabstimmung kamen. Zunächst wurde ein Substitut für dieselben, welches den Staaten der Union empfahl, durch ihre Legislaturen den Kongreß zur Einberufung einer Nationalkonvention aufzufordern, mit 109 gegen 74 Stimmen verworfen. Mehreren anderen Substituten,

darunter auch den Vorschlägen des Senators Crittenden, ging es ebenso. Dann wurden die amendirten Anträge des Ausschusses mit 134 gegen 53 Stimmen in folgender Form angenommen:

„Die bestehende Unzufriedenheit unter dem Volke des Südens und die wachsenden Feindseligkeiten desselben gegen die Bundesregierung sind zu bedauern. Mag dieselbe eine gerechte Ursache haben oder nicht, so sollten verständige, verfassungsmäßige Abhülfmittel und weitere und wirksamere Garantieen für die eigenthümlichen Rechte und Interessen des Südens, die zur Erhaltung des Friedens und der Dauer der Union nothwendig sind, pünktlich bewilligt werden.

„Alle Versuche von Seiten der Legislaturen irgend welcher Staaten, die Auslieferung Arbeitsflüchtiger zu verhindern, verletzen die Verfassung der Vereinigten Staaten, sind unverträglich mit der Höflichkeit und guten Nachbarschaft, die unter den verschiedenen Staaten bestehen sollte, und gefährlich für den Frieden der Union.

„Die verschiedenen Staaten werden achtungsvoll ersucht, ihre Gesetze zu revidiren, um zu ermitteln, ob einzelne derselben in Widerspruch stehen mit den Gesetzen der Vereinigten Staaten über Arbeitsflüchtige und deren Ausführung hindern; und der Kongreß ersucht ernstlich darum, daß alle Erlasse, die eine solche Tendenz haben, sofort widerrufen werden.

„Wir anerkennen, daß die Sklaverei jetzt in fünfzehn der Vereinigten Staaten durch Gebrauch und Gesetz besteht, und wir erkennen keiner Autorität außerhalb eines Staates, wo sie besteht, die Befugniß zu, sich in die Sklaverei in einem solchen Staat einzumischen.

„Wir erkennen es als gerecht und geziemend, daß die Verfassung getreulich ausgeführt und die auf Grund derselben über flüchtige Sklaven oder Arbeitsflüchtige gemachten Gesetze vollzogen werden, und mißbilligen jede Verhinderung der Vollziehung solcher Gesetze, wie wir auch der Ansicht sind, daß die Bürger jedes Staates zu den Privilegien und Freiheiten der Bürger der verschiedenen Staaten berechtigt sein sollten.

„Wir finden weder in der Zusammensetzung dieser Regierung ein so widerstreitendes Element, daß ihre Auflösung daraus folgen müßte, noch irgend wo sonst eine genügende Ursache dazu. Wir wurden nicht hierher geschickt, um zu zerstören, sondern um die

Institutionen zu erhalten und zu harmonisiren und darauf zu sehen, daß allen Theilen desselben gleiche Gerechtigkeit werde, endlich um diesen Institutionen unter Bedingungen der Gleichheit und Gerechtigkeit für alle Staaten ewige Dauer zu geben.

„Die getreue Beobachtung aller ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegen einander und gegen die Bundesregierung von Seiten aller Staaten ist wesentlich für den Frieden des Landes.

„Wir ersuchen jeden Staat, seine Gesetzbücher zu revidiren und nöthigenfalls so zu ändern, daß den Bürgern andrer Staaten, die in denselben reisen, der nämliche Schutz gesichert werde, den die Bürger eines solchen Staates selbst genießen, und daß sie gegen Gewaltthaten und gesetzwidrige summarische Bestrafung, ohne Proceß in gehöriger gesetzlicher Form, geschützt seien.

„Ebenso ersuchen wir achtungsvoll jeden Staat, Gesetze zur Verhinderung und Bestrafung gesetzwidriger Invasion eines andern Staates oder Territoriums zu erlassen.

„Wir ersuchen den Präsidenten, den Gouverneuren der verschiedenen Staaten Abschriften dieser Beschlüsse mit der Aufforderung zuzustellen, sie ihren betreffenden Legislaturen mitzutheilen.

„Da von keiner Seite Anträge vorliegen, gegen die Sklaverei im Distrikt Columbia oder in Orten, die in Sklavenstaaten liegen und unter der ausschließlichen Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten stehen, einzuschreiten oder den Sklavenhandel zwischen den Staaten zu beeinträchtigen, so ist es unnöthig, in diesen Dingen irgend etwas zu thun."

Alles dies waren bloß Ansichten und Wünsche, die erst durch den Beitritt des Senats zum Ausdruck des Kongresses werden konnten, die weiter gar keine rechtlichen Folgen hatten, oder zu haben brauchten, und die zu jeder Zeit durch einfache Mehrheit widerrufen werden durften. Dann aber kam als Schluß der Friedens- und Versöhnungsmaßregeln noch folgendes Amendement zur Bundesverfassung zur Abstimmung: „Kein Amendement soll zur Konstitution gemacht werden, welches den Kongreß autorisirt, oder ihm Befugniß verleiht, innerhalb irgend eines Staates sich in die häuslichen Institutionen desselben, einschließlich derjenigen, wodurch Personen zur Arbeit oder Knechtschaft durch die Gesetze eines solchen Staates gehalten sind, einzumischen oder dieselben aufzuheben." Für dieses Amendement stimmten 120 Repräsentanten,

gegen dasselbe 71. Da zur Annahme eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich war, so war es verworfen. Am nächsten Tage wurde Wiedererwägung dieser Abstimmung beschlossen, und das Amendement dann mit 133 gegen 65 Stimmen angenommen. Dieses Resultat wurde dadurch erreicht, daß eine größere Anzahl von Repräsentanten an der zweiten Abstimmung Theil nahmen, die bei der ersten nicht zugegen waren, daß 5 Republikaner sich der Theilnahme an der Abstimmung entzogen und 2 zu den Gegnern übergingen. Ohne diese beiden Ueberläufer wäre das Amendement zum zweiten Mal, und damit endgültig verworfen worden.

Die Beschlüsse der Friedenskonferenz gelangten im Repräsentantenhause nicht mehr zur Berathung und Abstimmung. Wären sie vor der Abstimmung über die modificirten Anträge des Dreiunddreißiger-Ausschusses vorgelegt worden, so hätten sie als Amendement zu denselben vorgeschlagen werden können. Nachdem aber die Abstimmung einmal erfolgt war, gestatteten die übrigen Geschäfte, welche noch vorlagen, es nicht mehr bis zum 2. März, dem letzten Sitzungstage des Hauses vor dem Schluß des sechsunddreißigsten Kongresses, die Vorschläge der Friedensconferenz in Berathung zu nehmen.

Der Senat kam erst am 3. März zur Abstimmung über die verschiedenen Friedens- und Versöhnungsanträge. Der 3. März war ein Sonntag, ein Tag, an dem in den Vereinigten Staaten von Amerika alle Geschäfte gesetzlich verboten sind. Trotzdem hatte aber der Senat, nachdem er in der vorhergehenden Nacht bis um 12 Uhr in Sitzung gewesen war, beschlossen, an diesem Tage eine Abendsitzung zu halten, um wo möglich noch zur Abstimmung über die Friedensanträge zu kommen, was bis dahin nicht hatte gelingen wollen. Als gegen den Antrag auf eine Sonntagssitzung eingewandt wurde, man müsse „den Sabbath heilig halten", rief der Senator Crittenden aus: „Was heilig! das heiligste Werk, das wir thun können, ist unser Vaterland vor Blutvergießen und Untergang zu bewahren!"

Bei der Abstimmung bildeten die Beschlüsse des Repräsentantenhauses die Hauptvorlage. Verschiedene Substitute, welche beantragt wurden, darunter die Beschlüsse der Friedenskonferenz, wurden verworfen und die Beschlüsse des Hauses dann mit 24

gegen 12 Stimmen angenommen. Damit waren diese Beschlüsse zum Ausdruck der Ansichten und Wünsche des Kongresses erhoben und das denselben beigefügte Amendement zur Bundesverfassung so weit gediehen, daß es den Legislaturen der einzelnen Staaten zur Sanktionirung vorgelegt werden konnte. Nach dieser Abstimmung kommen die bekannten Crittenden-Anträge an die Reihe. Herr Crittenden selbst beantragte, die Beschlüsse der Friedenskonferenz dafür zu substituiren. Dies wurde mit 28 gegen 7 und der Hauptantrag demnächst mit 20 gegen 19 Stimmen verworfen.

Hierauf beschränkt sich alles, was der Kongreß für den Zweck des Friedens und der Versöhnung that. Das Repräsentantenhaus nahm zwar noch ein verbessertes Sklavenfanggesetz an, welches die Einwendungen des Nordens gegen das tyrannische Gesetz von 1850 beseitigen sollte, aber im Senat gelangte dasselbe nicht mehr zur Abstimmung. Die entschiedeneren republikanischen Blätter machten es den Kongreßmitgliedern ihrer Partei zum schweren Vorwurf, daß sie sich, mit Ausnahme von 12 Senatoren und 65 Repräsentanten, zu Zugeständnissen an die Sklavenhalter herbeigelassen hätten; worauf die Angeschuldigten entgegneten, daß sie es für ihre Pflicht gehalten, durch die angenommenen Beschlüsse einen Geist der Versöhnlichkeit an den Tag zu legen, daß sie aber nichts zugestanden, was gegen die ausgesprochenen Principien der republikanischen Partei, gegen die „Chicago Platform" verstoße, nichts von dem, was die Sklavenhalter eigentlich begehrt hätten, insbesondere nicht die weitere Ausbreitung der Sklaverei. Als Entschuldigung mag dies hingehen; aber so viel ist gewiß, daß der freie Norden nur auf jene 65 Repräsentanten und 12 Senatoren als eine feste Phalanx gegen die Anmaßungen des Südens mit Sicherheit rechnen konnte.

Beschlüsse, welche direkt auf die Rebellion Bezug haben, kamen wenige zu Stande, obschon Anträge genug gestellt wurden. So beantragte Mason von Virginien im Senat, daß alle Gesetze, welche die Verwendung der Land- und Seemacht der Vereinigten Staaten zur Unterstützung der bürgerlichen Autorität in Ausführung der Gesetze gestatten, so wie alle Gesetze über Erhebung der Zölle im Staate Süd-Carolina und in allen anderen Staaten, welche

sich von der Union lossagen würden, suspendirt und außer Kraft gesetzt werden sollten. So beantragte ferner Burnett von Kentucky im Repräsentantenhause als Amendement zu der Bewilligung des Armeeetats, daß kein Theil des Heeres gegen die aus der Union tretenden Staaten verwendet werden dürfe. Noch direkter ging Craige von Nord-Carolina auf das Ziel los, indem er im Repräsentantenhause am 11. Februar den Antrag stellte: „Da Süd-Carolina, Georgien, Alabama, Mississippi, Louisiana und Florida sich von den Vereinigten Staaten getrennt und eine Südkonföderation gebildet haben; und da es wünschenswerth ist, daß die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen denselben bestehen, und daß der Krieg als das größte Unglück, das eintreten kann, vermieden werden sollte: deßhalb sei es beschlossen, daß der Präsident ersucht werde, die Unabhängigkeit der Südkonföderation, anzuerkennen, sobald die offizielle Anzeige von ihrer Bildung eintrifft, und daß er die Kommissäre empfange, welche von jener Regierung zur freundschaftlichen Beilegung aller streitigen Angelegenheiten würden ernannt werden."

Zur Verhöhnung dieser Anmaßungen beantragte Mc Kean von New-York einen Beschluß des Inhalts, „daß Trennung von der Union und Hochverrath legalisirt werde durch Hinzufügung des folgenden Amendements zu Artikel 2 der Verfassung, 5. Abschnitt: Wenn eine Partei bei der Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten geschlagen wird, so darf eine solche Partei rebelliren und zu den Waffen greifen, und wenn nicht die siegreiche Partei die Principien der geschlagenen als die ihrigen annimmt und in solche Amendements zur Verfassung willigt, wie die letztere zu diktiren für gut findet, so soll es mit der Union aus sein."

Daneben wurden jedoch auch Anträge ernstlicheren Inhalts von republikanischer Seite gestellt, welche darauf berechnet waren, die Exekutivgewalt mit der nöthigen Macht zur Unterdrückung der Rebellion auszustatten. Zu diesem Zweck beantragte Stephens von Pennsylvanien, daß der Präsident ermächtigt werde, in allen rebellischen Staaten die Gesetze zu suspendiren, durch welche Eingangshäfen im Gebiet derselben errichtet werden, oder mit anderen Worten, diese Häfen zu schließen; ferner Colfax von Indiana, daß der Generalpostmeister angewiesen werde, in allen denjenigen Staaten, in welchen die Einkünfte der Post der Bundesregierung

vorenthalten oder die Postgesetze durch Eröffnung, Zurückhaltung oder Beraubung der Briefe verletzt werden, ohne daß die Regierung im Stande ist, den Gesetzen Kraft zu verschaffen, den Postdienst so lange einzustellen, als seiner Ueberzeugung nach das öffentliche Interesse es erheischt; ferner King von New-York, daß dem Präsidenten die Befugniß ertheilt werde, zur Durchführung der Gesetze und zur Beschützung des öffentlichen Eigenthums Freiwillige in Dienst zu nehmen. Zu demselben Zweck berichtete der Militärausschuß des Repräsentantenhauses eine Bill, welche dem Präsidenten gestattet, zur Unterdrückung von Insurrektionen gegen die Autorität der Vereinigten Staaten außer der Armee und Marine die Miliz zu verwenden und Freiwillige anzuwerben; der Marineausschuß eine Bill, welche den Bau von sieben Kriegsdampfschaluppen anordnet, und der Finanzausschuß eine Bill, durch die eine Anleihe von 25 Millionen Dollar bewilligt wird, welche nach dem Ermessen des Finanzministers in Schuldscheinen von mindestens 1000 Dollar vergeben oder durch Emittirung von Kassenscheinen zu 50 Dollar kontrahirt werden kann.

Die meisten dieser Anträge und Bills wurden entweder verworfen oder kamen nicht zur Abstimmung in dem einen oder anderen der Häuser des Kongresses. Angenommen und zum Gesetz erhoben wurde nur der Antrag auf Einstellung des Postdienstes in den rebellischen Staaten, die Bill, welche den Bau von sieben Kriegsschiffen anordnet, und die Bewilligung der Anleihe von 25 Millionen.

Am 4. März 1861 um 12 Uhr Mittags erlosch das Mandat der Mitglieder des Repräsentantenhauses, und der sechs- und dreißigste Kongreß der Vereinigten Staaten hatte aufgehört zu existiren. Um dieselbe Stunde war auch die Amtsdauer des Präsidenten Buchanan abgelaufen. Bevor ich aber zu der Administrationsperiode seines Nachfolgers übergehen kann, bleibt mir noch nachzuholen, was die Sklavenstaaten seit der Bildung der südlichen Konföderation machten, und wie sich die Bundesregierung verhielt.

Der Kongreß der rebellischen Staaten ernannte drei Bevollmächtigte, welche mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die Feststellung der gegenseitigen Beziehungen und die Regulirung des militärischen und sonstigen Eigenthums in Unterhandlung treten sollten. Diese Bevollmächtigten kamen erst nach dem Amts-

antritt des Präsidenten Lincoln in Washington an. Von dem, was der Rebellenkongreß sonst noch während dieses Zeitraums that, führe ich als das Bemerkenswertheste folgendes an. Er dekretirte eine Anleihe von 15 Millionen Dollar, zu dem Zinsfuß von 8 Procent, rückzahlbar in zehn Jahren, und legte zur Bildung eines Amortisationsfonds eine Ausfuhrsteuer von einem viertel Cent per Pfund auf Baumwolle; erließ ein Gesetz zur Organisirung der „Armee der konföderirten Staaten," ernannte Peter Beauregard und Braxton Bragg zu Generalen dieser Armee, deren Oberbefehl der Präsident Jefferson Davis, welcher eine Reihe von Jahren Offizier in der Armee der Vereinigten Staaten und Kriegsminister unter dem Präsidenten Pierce gewesen war, führen sollte, nahm ein Gesetz über den Sklavenhandel an und kreirte einige neue Einfuhrhäfen. Am 4. März wurde zum ersten Mal die Flagge der konföderirten Staaten, deren Feststellung dem Kongreß viel Kopfzerbrechens verursacht hatte, auf dem Kapitol zu Montgomery aufgezogen.

Bei der Wahl der Delegaten zur Staatskonvention in Virginien trugen die Anhänger der Union einen entschiedenen Sieg davon. Die Frage, ob das, was die Konvention über die Stellung Virginiens zur Union beschließen würde, dem Volk zur Sanktionirung vorgelegt werden solle, wurde mit einer Mehrheit von über 52,000 Stimmen bejaht. Am 13. Februar eröffnete die Konvention in Richmond ihre Sitzungen. Es stellte sich bald eine so bedeutende Spaltung der Ansichten heraus, daß an eine Einigung für längere Zeit nicht zu denken war. Unzählige Anträge der verschiedensten Art wurden gestellt und an einen Ausschuß für Bundesangelegenheiten verwiesen. Die Unions- und Secessionspartei bekämpften sich mit großer Heftigkeit und Erbitterung auf der Rednerbühne, in Volksversammlungen und in der Presse. Die letztere besonders bot Alles auf, um sich eine Mehrheit in der Konvention zu verschaffen. Am Staate Virginien war den Führern der rebellischen Bewegung Alles gelegen, und sie arbeiteten deßhalb unermüdlich, um ihn in den Strudel hineinzureißen.

Das Volk von Tenessee erklärte sich mit einer Mehrheit von über 20,000 Stimmen gegen die Abhaltung einer Staatskonvention und wählte für den etwaigen Fall der Bejahung der

Konventionsfrage fast lauter Unionsleute zu Delegaten. Die durchschnittliche Unionsmehrheit betrug mehr als 50,000 Stimmen im ganzen Staat; nur zwei Secessionisten wurden gewählt. Damit war die Secessionsfrage zwar einstweilen in Tenessee beseitigt; aber die Rebellen ließen sich durch das Resultat keineswegs abschrecken, sondern agitirten nur mit um so größerem Eifer, um den Staat auf ihre Seite zu bringen.

Noch entschiedener, als Virginien und Tenessee, sprach sich Missouri bei der Wahl am 18. Februar gegen die Secessionsbewegung aus. Die Stimmenmehrheit gegen den Schwindel war noch größer, als dort; unter den gewählten Delegaten waren nicht 10 Secessionisten. Als die Staatskonvention am 28. Februar ihre Sitzung eröffnet hatte, wurde vor jeder weiteren Handlung beschlossen, daß die Mitglieder der Verfassung der Vereinigten Staaten und der Verfassung des Staates Missouri Treue schwören sollten. Arkansas hatte sich am 18. Februar mit einer geringen Mehrheit für die Berufung einer Staatskonvention erklärt. Am 25. fanden die Wahlen statt und am 4. März trat die Konvention in Sitzung. Der Stand der Parteien ging aus der Wahl der Beamten der Konvention hervor. Mit einer Mehrheit von 6 Stimmen wurden Unionsmänner gewählt. Nord-Carolina entschied sich am 28. Februar mit einer Mehrheit von etwa 1000 Stimmen gegen Abhaltung einer Konvention. Die eventuelle Delegatenwahl ergab zwei Drittel Unionsmänner gegen ein Drittel Secessionisten. In Kentucky, Maryland und Delaware trug sich nichts Bemerkenswerthes zu.

In Texas brachten die Secessionisten bei der Volksabstimmung am 23. Februar eine Mehrheit von 28,000 Stimmen für Lostrennung des Staates heraus. Am 4. März stellte die Staatskonvention das Ergebniß dieser Abstimmung fest, proklamirte die Trennung von der Union, beschloß die Vereinigung von Texas mit den Konföderirten Staaten von Amerika und wählte Repräsentanten zur Vertretung des Staates im Kongreß zu Montgomery. Gouverneur Houston wollte diese Schritte der Konvention nicht anerkennen und gerieth darüber in offenen Zwiespalt mit ihr. Da aber die weitere Entwicklung dieses Zwiespalts unter die Administration des Präsidenten Lincoln fällt, muß ich die Darstellung desselben auf das nächste Kapitel verschieben.

Dagegen bleibt mir noch ein anderes wichtiges Ereigniß hier zu erwähnen, das sich noch während der Administration des Präsidenten Buchanan zutrug: die schmachvolle Verrätherei des General Twiggs. Dieser General hatte den Befehl über das Militärdepartement Texas und die dort stationirte Truppendivision, welche etwa 3000 Mann zählte, nebst den Forts, Zeughäusern, Waffen, Lebensmitteln und Kriegsmaterial aller Art. Am 15. Februar erschien der texanische Oberst Mc. Cullough mit 800 Freiwilligen in San Antonio, wo General Twiggs sein Hauptquartier hatte, und bemächtigte sich des dortigen Zeughauses. Nach dreitägigen Unterhandlungen übergab der General alle Truppen, die in San Antonio standen, und das ganze dort befindliche Kriegsmaterial der Vereinigten Staaten, im Werth von anderthalb Millionen Dollar, an den texanischen Oberst. Zugleich stellte er an die Kommandanten der verschiedenen Grenzforts und der einzelnen über den Staat zerstreuten Truppenabtheilungen den Befehl aus, seinem Beispiel zu folgen, sich ebenfalls ohne Widerstand zu ergeben und das Kriegsmaterial an den Staat Texas auszuliefern. Sobald die Bundesregierung diesen Verrath erfuhr, wurde der General Twiggs, da man seiner nicht habhaft werden konnte, um ihn vor ein Kriegsgericht zu stellen, auf Befehl des Präsidenten „aus den Listen der Armee gestrichen", das heißt kassirt. Oberst Waite, welcher sein Departement und das Kommando über seine Division erhielt, versuchte, das Unheil, welches der verrätherische General angerichtet hatte, wieder gut zu machen; aber seine Bemühungen waren vergebens. Durch den Verrath ihres Generals waren die Truppen völlig demoralisirt; einige Offiziere hatten seinem Befehl Folge geleistet, andere hatten sich zum Widerstand in ihren befestigten Stellungen vorbereitet, noch andere hatten sich aus dem Innern des Staates auf den Marsch nach der Seeküste begeben, um sich dort zur Einschiffung nach dem Norden, worin sie das einzige Mittel erblickten, um wenigstens einen Theil der Mannschaft und des Materials zu retten, bereit zu halten. Oberst Waite mußte sich ebenfalls zu diesem Ausweg entschließen und ertheilte zu dem Ende die nöthigen Befehle. Wir werden später sehen, was schließlich aus der Division wurde. Außer dem Kriegsmaterial, welches ihnen der General Twiggs überlieferte, fiel den Rebellen in Texas am 2. März noch der Zollkutter Dodge, der

im Hafen von Galveston lag, durch Verrath seines Kommandeurs in die Hände.

In Arkansas warteten die Rebellen ebenfalls nicht die Lossagung des Staates von der Union ab, sondern bemächtigten sich schon am 8. Februar des Vereinigten=Staaten=Zeughauses in Little Rock, welches 9000 Flinten, 40 Feldgeschütze und eine große Quantität Munition enthielt.

Von der Thätigkeit der Bundesregierung bis zum 4. März ist wenig zu melden. Für Fort Sumter geschah nichts, trotzdem die Angriffsarbeiten rings um das Fort täglich verstärkt wurden und die Rebellen nach und nach in Charleston gegen 10,000 Bewaffnete zusammenzogen, über die General Beauregard den Oberbefehl führte. Dagegen erhielten die mitten im Meere auf Felsen an der Küste von Florida liegenden Forts Taylor und Jefferson, die keiner Gefahr ausgesetzt waren, Verstärkung an Mannschaft und Zufuhr an Lebensmitteln. Nach Fort Pickens wurden 5 Kriegsschiffe mit Truppen und Lebensmitteln geschickt, ohne jedoch dieselben ausschiffen zu dürfen. Die Rebellen zogen dort allmälig bis zu 6000 Mann zusammen und bedrohten das Fort mit einem Angriff. „Um sie nicht zu provociren", wurde den Kriegsschiffen der Befehl gegeben, auf der Rhede von Pensacola müßig liegen zu bleiben und nicht eher Truppen und Lebensmittel in Fort Pickens zu landen, als bis entweder ein Angriff gegen dasselbe erfolgen oder ein bestimmter Befehl dazu von Washington aus ertheilt werden würde. General Scott und Kriegsminister Holt fuhren fort, jeden Mann, über den sie irgend disponiren konnten, zum Schutz der Stadt Washington und zur Verstärkung der Besatzung der Forts Monroe und Mc. Henry herbeizuziehen. Sonst that die Bundesregierung nichts gegen die Rebellen und alle ihre kriegerischen Vorbereitungen, die täglich an Umfang zunahmen.

Von Niemanden geliebt, aber von Vielen verachtet, stieg James Buchanan am 4. März vom Präsidentenstuhl herab und zog sich schon am folgenden Tage nach seiner Heimath Wheatland in Pennsylvanien zurück.

Achtes Kapitel.

Präsident Lincoln; seine Reise nach Washington, seine Aeußerungen. Einsetzung der neuen Regierung am 4. Mai. Inauguraladresse des Präsidenten. Sein Kabinet. Harmonisirung der republikanischen Partei. Scheinbare Unthätigkeit der Administration und deren Ursachen. Fortschreiten der Rebellion. „Permanente“ Verfassung der Konföderirten Staaten. Die Bewegung in Texas, Missouri und Virginien. Seward und die Gesandten der Konföderirten Staaten. Lincolns Antwort an die Deputation von Virginien. Die Regierung schreitet zum Handeln. Expedition zum Entsatz des Forts Sumter. Bombardement und Uebergabe des Forts.

Präsident Lincoln war am 11. Februar aus Springfield in Illinois nach Washington aufgebrochen. Seine Reise glich einem Triumphzuge. Von allen Staaten, deren Gebiet er passiren mußte, und von allen größern Städten, die auf seiner Route, oder die ihm nicht weit aus dem Wege lagen, war er als Gast eingeladen worden. Auf allen Bahnhöfen, auf welchen der Extrazug, der ihm von den Eisenbahndirektionen zur Verfügung gestellt worden war, anhielt, waren Tausende, Zehntausende versammelt, um den „erwählten Präsidenten“ der Vereinigten Staaten zu begrüßen, zu bewillkommnen, zu sehen, ihm die Hand zu schütteln und ihn sprechen zu hören. In den größern Orten kamen ihm die Stadtbehörden, an den Regierungssitzen die Legislaturen und Staatsbeamten entgegen, um ihn zu empfangen. Und an diesen außergewöhnlichen Huldigungen betheiligten sich nicht etwa bloß die Mitglieder der republikanischen Partei, welche in Lincoln den Repräsentanten ihrer Grundsätze erblickten, sondern die Mitglieder aller Parteien ohne Unterschied. Daß von Buchanan, der bis dahin nichts für die Erhaltung der Union gethan hatte, auch während der letzten Wochen seiner amtlichen Laufbahn nichts mehr zu erwarten sei, war selbst dem blödesten Auge klar. Die Blicke der ganzen Nation waren deßhalb auf seinen Nachfolger gerichtet, in dessen Hände am 4. März das Geschick der Union gelegt werden sollte, und von dessen Entschlossenheit, Festigkeit und Besonnenheit es fast allein abhing, ob die Union siegreich, verjüngt

und neu gekräftigt aus den Schwierigkeiten und Gefahren, in die sie hineingerissen worden war, hervorgehen, oder ob sie ihren Untergang darin finden würde. Was war unter diesen Umständen natürlicher, als daß die loyalen Bürger des Nordens auf den Mann, auf dessen Schultern binnen wenigen Wochen eine so ungeheure Verantwortung lasten sollte, ihre ganze Hoffnung setzten, daß sie ihm mit Vertrauen entgegen kamen und ihm ihre Bereitwilligkeit ausdrückten, die schwere Last ihm tragen zu helfen und das Staatsschiff, dessen Ruder er in die Hand nehmen sollte, in dem drohenden Sturm mit allen Mitteln zu unterstützen! Nur so sind die Huldigungen zu verstehen, welche dem erwählten Präsidenten dargebracht wurden. Sie galten nicht dem verhältnißmäßig ziemlich unbekannten Abraham Lincoln — sie galten nur dem höchsten Beamten der Vereinigten Staaten von Amerika, dem offiziellen Repräsentanten der Union, den die Mehrheit des souveränen Volkes auserkoren hatte, das glorreiche Sternenbanner, unter dessen Schutz der mächtige republikanische Staatenbund seit fünf und achtzig Jahren emporgewachsen war, hochzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß kein einziger der vierunddreißig Sterne verloren gehe.

Von Seiten der Aengstlichen, der Friedliebenden, der Versöhnungs- und Kompromißsüchtigen war der erwählte Präsident vielfach darum angegangen worden, zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther und zur Förderung des Versöhnungswerkes eine Proklamation an das Volk der Vereinigten Staaten zu erlassen. Lincoln hielt dies jedoch weder für schicklich, noch wollte er sich durch eine vorzeitige Erklärung die Hände binden. Als er aber auf dem Wege nach Washington war und in jeder Stadt, die er passirte, auf jedem Bahnhof, in dem er anhielt, eine Rede halten mußte, und als die Anforderung, daß er sich über die Politik, die er zu verfolgen gedenke, aussprechen solle, immer dringender wurde, konnte er endlich nicht mehr umhin, aus den Allgemeinheiten, in denen er sich anfangs in seinen Reden bewegte, herauszutreten und sein Regierungsprogramm wenigstens anzudeuten. In Indianapolis, der Hauptstadt von Indiana, wo er vom Gouverneur, den Staatsbeamten und der Legislatur auf dem Bahnhof begrüßt und in einem mit vier weißen Pferden bespannten Wagen nach seinem Absteigequartier gefahren wurde, hielt er vor mehr als 20,000 Menschen eine Rede, in deren Verlauf er Folgendes äußerte: „Die

Worte „Zwang" und „Angriff" werden in diesen Tagen so häufig gebraucht und nicht selten mit großer Gereiztheit und aufgeregtem Blut. Lassen Sie uns sehen, was unter diesen Worten eigentlich zu verstehen ist. Wenn die Vereinigten Staaten bloß ihre eigenen Forts und sonstiges Eigenthum festhalten und wiedernehmen und die Zölle von ausländischen Importationen erheben, oder auch selbst die Posten solchen Orten vorenthalten sollten, in welchen sie in der Regel verletzt werden, würde alles dies, oder eins davon „Angriff" oder „Zwang" sein? Sind unsere vorgeblichen Freunde der Union, welche mit so großer Entrüstung erklären, daß sie jedem Zwang und Angriff sich widersetzen wollen, der Meinung, daß ein solches Verfahren, wie dieses von Seiten der Vereinigten Staaten Zwang oder Angriff eines Staates sein würde? Wenn so, dann scheint ihre Idee von den Mitteln, um den Gegenstand ihrer großen Zuneigung zu erhalten, außerordentlich luftig zu sein." „Mitbürger," sagte der erwählte Präsident am Schluß seiner Rede, „ich stelle keine Behauptungen auf. Ich lege nur einige Fragen Ihrer Erwägung vor."

Aber auf seiner Weiterreise stellte Herr Lincoln auch keine solche verfänglichen Fragen mehr, sondern beobachtete wieder, wie zuvor, ein diplomatisches Stillschweigen über die Politik, welche er gegen die Rebellen einzuschlagen gedachte. Erst ist der Stadt New-York machte er wieder einige Andeutungen, als der Mayor Wood, ein Freund und Anhänger der Rebellen, ihn dazu provocirte. „Herr Lincoln!" redete dieser ihn an, „als Mayor von New-York habe ich die Pflicht, Ihnen ein offizielles Willkommen von Seiten der Stadt zu bieten. Indem ich dies thue, gestatten Sie mir, zu sagen, daß diese Stadt noch niemals ihre Gastfreundschaft einem Manne geboten hat, der mit erhabeneren Befugnissen bekleidet war, oder auf dem eine schwerere Verantwortlichkeit ruhte, als die, welche die Verhältnisse Ihnen übertragen haben. Wenn Sie in Ihr Amt eintreten, ist es Ihre Aufgabe, eine zerstückelte Regierung wieder aufzubauen und ein gespaltenes und feindseliges Volk wieder zu versöhnen. Ein hoher Patriotismus und eine erhabene Auffassung des ganzen Landes und seiner verschiedenartigen Interessen, Meinungen und Vorurtheile wird dazu erforderlich sein, die öffentlichen Angelegenheiten so zu leiten, daß das Land in seine frühere harmonische, konsolidirte und glückliche Lage zurück-

versetzt wird. Wenn ich auf diesen Gegenstand Bezug nehme, mein Herr, so geschieht es, weil New-York ein großes Interesse daran hat. Die gegenwärtigen politischen Spaltungen haben das Volk der Stadt New-York tief bekümmert. All seine materiellen Interessen sind gelähmt. Seine kommerzielle Größe ist gefährdet. Ein Kind der amerikanischen Union ist die Stadt unter der mütterlichen Sorge derselben emporgewachsen, und wir fürchten, daß wenn die Union untergeht, auch New-York von seiner hohen Stellung herabsinken wird. Auf Sie deßhalb, der Sie unter den Formen und der Verfassung als Oberhaupt des Bundes gewählt worden sind, richten wir unsere Blicke; von Ihnen erwarten wir die Wiederherstellung der brüderlichen Beziehungen zwischen den Staaten, die nur durch friedliche und versöhnliche Mittel erreicht werden kann."

Herr Lincoln sagte in seiner Antwort: „In Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche uns entgegentreten, und von denen Sie, Herr Mayor, so treffend zu sprechen für gut befunden haben, kann ich nur sagen, daß ich mit ihren Ansichten übereinstimme. In meiner Hingebung an die Union glaube ich hinter Keinem zurückzustehen. Nichts könnte mich je dazu bringen, aus freien Stücken in die Zerstörung dieser Union zu willigen, unter deren Schutz nicht allein die große Handelsstadt New-York, sondern das ganze Land seine Größe erreicht hat, es sei denn der Zweck, für welchen die Union selbst gebildet wurde. Meiner Meinung nach ist ein Schiff dazu da, seine Ladung zu transportiren und zu erhalten, und so lange das Schiff mit der Ladung gerettet werden kann, sollte man es nie aufgeben, sondern nur dann, wenn seine Rettung allein dadurch möglich wird, daß man Ladung und Passagiere über Bord wirft. So auch mit der Union. Solange es möglich ist, daß das Glück und die Freiheit des Volks innerhalb dieser Union erhalten wird, wird es zu allen Zeiten mein Streben sein, meine ganze Machtbefugniß zur Sicherung ihres Bestehens zu verwenden."

Das hieß mit anderen Worten: Keine Konzessionen an Rebellen, welche die Freiheit zu vernichten trachten, sondern zuerst und vor Allem die Freiheit, dann die Union!

In Harrisburg, der Hauptstadt von Pennsylvanien, erhielt Lincoln am 22. Februar von zuverlässigen Personen in Washington die bestimmteste Nachricht, daß in Baltimore ein Komplot geschmiedet

worden sei, bei seiner Ankunft in dieser Stadt einen Tumult zu veranstalten, um ihn in dem Wirrwar, der daraus erfolgen sollte, zu ermorden. Da von seinem Leben in diesem Augenblick das ganze Geschick der Union abhing, entschloß sich der erwählte Präsident, nach mehrstündiger geheimer Berathung mit einigen Vertrauten, auf dringendes Zureden, noch in derselben Nacht mit einem Extrazuge abzureisen und ohne Aufenthalt in Baltimore, direkt nach Washington zu fahren. Das Geheimniß wurde so gut bewahrt, daß die Sache erst am folgenden Tage bekannt wurde, als Lincoln die Stadt Baltimore bereits passirt hatte. Wohlbehalten traf er am 23. Februar in der Bundeshauptstadt ein. Ob die Nachrichten über das Komplot begründet waren, ist bis jetzt nicht aufgeklärt, oder wenn aufgeklärt, nicht veröffentlicht worden. Unwahrscheinlich ist es durchaus nicht, daß ein solcher verbrecherischer Plan bestand. Die Stadt Baltimore hat seit einer langen Reihe von Jahren unter der Herrschaft des verworfensten Gesindels gestanden. Sie war deßhalb berüchtigt in der ganzen Union nicht allein, sondern in der ganzen civilisirten Welt. Eine zahlreiche Bande von „Rowdies", von verzweifelten Banditen und Kehlabschneidern, machte Leben und Eigenthum der Bürger unsicher und beherrschte mit Messer und Revolver jede Wahl, so daß die Stadtbehörden und die Polizei durchgängig Kreaturen oder Verbündete der Bande waren. Seit der Secessionsbewegung standen sie auf der Seite der Rebellen, und sie konnten der Sache derselben keinen größeren Dienst erweisen, als wenn sie den erwählten Präsidenten umbrachten, wodurch die Regierung in die größte Verwirrung gestürzt und wahrscheinlich eine völlige Auflösung oder Zersplitterung der Union herbeigeführt worden wäre. Unter diesen Umständen ist Niemand berechtigt, dem erwählten Präsidenten der Vereinigten Staaten die „Flucht" von Harrisburg, wie seine Gegner die heimliche Abreise nannten, zu verargen und ihm als Feigheit auszulegen.

Am 4. März, um 11 Uhr Mittags, wurde der neue Vicepräsident der Vereinigten Staaten, Herr Hamlin, eingeschworen und übernahm seine Funktion als Präsident des Senats. Nachdem dies geschehen, versammelten sich in der Senatskammer die Mitglieder des Repräsentantenhauses, die Minister und Unterstaatssekretäre, die Mitglieder des Obergerichts der Vereinigten Staaten,

die in Washington anwesenden Gouverneure und Exgouverneure der einzelnen Staaten und das diplomatische Corps. Kurz nach 1 Uhr traten der Präsident Buchanan und der erwählte Präsident Lincoln ein, worauf sich die ganze Versammlung nach der vor der östlichen Front des Kapitols errichteten Platform begab und die für sie bestimmten Sitze einnahm. Präsident Lincoln trat dann an den Rand der Platform vor und las mit lauter, deutlicher und fester Stimme vor einer Volksmenge von wenigstens 50,000 Menschen, die aus allen Theilen der Union, namentlich aber von den nördlichen Staaten, herbeigeströmt war, seine Inauguraladresse vor, welche mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Die Hauptstellen dieses wichtigen Schriftstückes lauten:

„Mitbürger der Vereinigten Staaten! Einem Gebrauche gemäß, der so alt ist, wie unsere Regierung, erscheine ich vor euch, um eine kurze Ansprache an euch zu halten und in eurer Gegenwart den von der Verfassung der Vereinigten Staaten vorgeschriebenen Eid abzulegen.

„Unter der Bevölkerung der südlichen Staaten scheint die Befürchtung zu herrschen, daß durch die Einsetzung einer republikanischen Administration ihr Eigenthum, ihr Friede und ihre persönliche Sicherheit gefährdet würde. Eine solche Befürchtung hat keinen vernünftigen Grund. Der deutlichste Beweis des Gegentheils hat stets Jedermann zur Einsicht offen gestanden. Ich citire nur aus einer meiner frühern Reden, wenn ich erkläre, daß „ich keine Absicht habe, mich direkt oder indirekt in die Institution der Sklaverei in den Staaten, wo sie besteht, einzumischen, und daß ich nach meinem Dafürhalten auch kein gesetzliches Recht dazu habe.“ Die, welche mich erwählt haben, wußten das und haben Aehnliches erklärt. In ihrer Platform, welche ich anerkannt, sagten sie: „„Die unverletzte Aufrechterhaltung der Rechte der Staaten und insbesondere das Recht eines jeden Staates, seine eigenen heimischen Institutionen ausschließlich nach seinem eigenen Ermessen zu ordnen und zu kontroliren, ist wesentlich für jenes Gleichgewicht der Gewalt, von welchem die Vollendung und Dauer unseres politischen Gebäudes abhängt, und wir erklären die gesetzlose Invasion des Bodens irgend eines Staates oder Territoriums, gleichviel unter welchem Vorwand sie geschehe, für eins der schwersten Verbrechen.““ Indem ich diese Gesinnungen jetzt wiederhole, lege

ich der öffentlichen Aufmerksamkeit den bündigsten Beweis vor, daß Eigenthum, Friede und Sicherheit keines Theiles des Landes durch die jetzt in Funktion tretende Administration gefährdet ist.

„Viel ist über die Auslieferung Dienst- oder Arbeitsflüchtiger gestritten worden. Daß die bezügliche Klausel der Verfassung der Auslieferung flüchtiger Sklaven gelten soll, wird wohl kaum in Frage gestellt. Aber es herrscht eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob die Klausel durch die Bundes-, oder durch die Staatsbehörden ausgeführt werden soll. Dieser Unterschied ist am Ende ein sehr unwesentlicher. Allein sollte nicht jedes Gesetz über diesen Gegenstand alle diejenigen Schutzwehren der Freiheit enthalten, welche eine civilisirte und humane Jurisprudenz kennt, damit auch nicht in einem einzigen Fall ein freier Mensch als Sklave ausgeliefert werden kann? Und dürfte es nicht zu gleicher Zeit wohl am Platze sein, auch jene Klausel der Verfassung in Kraft zu setzen, welche gewährleistet, daß „„die Bürger jedes Staates zu allen Privilegien und Gerechtsamen der Bürger in den verschiedenen Staaten berechtigt sein sollen?““

„Es ist jetzt zwei und siebenzig Jahre her, seit unter unserer nationalen Verfassung der erste Präsident eingesetzt wurde. Seitdem haben fünfzehn ausgezeichnete Bürger den exekutiven Zweig der Regierung durch manche Gefahren geführt und im Allgemeinen mit großem Erfolg. Ich trete jetzt für den kurzen Zeitraum von vier Jahren unter großen und eigenthümlichen Schwierigkeiten dieselbe Aufgabe an. Eine Zerreißung der Union, mit der seither nur gedroht wurde, wird jetzt in furchtbarer Weise versucht. Ich halte dafür, daß in Anbetracht des Universalgesetzes und der Verfassung die Union dieser Staaten ewig ist. Ewigkeit ist in dem Fundamentalgesetz aller nationalen Regierungen, wenn nicht ausgesprochen, doch implicirt. Man kann dreist behaupten, daß keine eigentliche Regierung jemals in ihrem organischen Gesetz eine Bestimmung über ihr eigenes Aufhören hatte. Angenommen aber auch, die Vereinigten Staaten wären keine eigentliche Regierung, sondern nur eine Association von Staaten in der Weise eines Kontrakts, könnten sie selbst dann durch weniger, als alle Parteien, welche den Kontrakt machten, aufgelöst werden? Eine einzelne Partei bei einem Kontrakt kann denselben verletzen oder

brechen; aber sind nicht alle dazu erforderlich, um ihn in gesetzlicher Weise aufzuheben?"

Nach einer kurzen historischen Ausführung dieses Punktes fährt der Präsident fort:

„Es folgt aus dieser Auffassung, daß kein Staat bloß durch sein eigenes Handeln in gesetzlicher Weise aus der Union scheiden kann; daß Beschlüsse und Verordnungen zu dem Zweck vor dem Gesetz nichtig sind, und daß Gewaltakte innerhalb eines Staates gegen die Autorität der Vereinigten Staaten, je nach Umständen, aufrührerisch oder revolutionär sind. Ich halte deßhalb dafür, daß in Anbetracht der Verfassung und der Gesetze die Union ungebrochen ist, und so weit meine Fähigkeit reicht, werde ich, wie die Verfassung mir ausdrücklich zur Pflicht macht, Sorge dafür tragen, daß die Gesetze der Union in allen Staaten getreulich vollzogen werden. Ich werde diese meine Pflicht erfüllen, so lange nicht mein rechtmäßiger Herr, das amerikanische Volk, die erforderlichen Mittel dazu mir vorenthält oder gebieterisch das Gegentheil befiehlt. Dabei braucht kein Blutvergießen und keine Gewaltthätigkeit vorzukommen und wird auch nicht vorkommen, wenn sie der Bundesbehörde nicht aufgezwungen wird.

„Die mir anvertraute Macht wird dazu angewandt werden, das Eigenthum der Regierung und die ihr gehörenden Plätze zu behaupten, zu besetzen und festzuhalten und die Zölle und Auflagen einzuziehen. Ueber das, was für diese Zwecke nothwendig sein mag, hinaus wird kein Angriff stattfinden, keine Gewalt gegen das Volk gebraucht werden. Wo die Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten in irgend einem Ort im Innern so groß und so allgemein ist, daß sie kompetente Bürger eines solchen Ortes verhindert, die Bundesämter zu verwalten, wird kein Versuch gemacht werden, dem Volke Fremde, die ihm zuwider sind, aufzuzwingen. Ich halte es für besser, einstweilen solche Aemter zu suspendiren. Dieses Verfahren wird innegehalten werden, so lange nicht Ereignisse und Erfahrung eine Aenderung als zweckmäßig erscheinen lassen.

„Daß es in dem einen oder anderen Theil des Landes Personen gibt, welche die Union um jeden Preis zu zerstören suchen, will ich weder behaupten, noch läugnen. Solchen Personen indeß habe ich nichts zu sagen. Aber ich wende mich an die, welche

wirklich die Union lieben. Sie alle bekennen, mit der Union zufrieden zu sein, wenn alle verfassungsmäßigen Rechte aufrecht erhalten werden können. Ist denn jemals ein in der Verfassung klar ausgesprochenes Recht abgeläugnet worden? Ich denke, nicht. Kein solcher Fall kann angeführt werden. Wenn eine Mehrheit vermöge der bloßen Gewalt der Zahlen eine Minderheit irgend eines deutlich ausgesprochenen verfassungsmäßigen Rechtes berauben sollte, so würde das eine Revolution moralisch rechtfertigen, und sicherlich dann, wenn ein solches Recht ein wesentliches wäre. Aber das ist bei uns nicht der Fall. Alle wesentlichen Rechte der Minoritäten und Individuen sind so ausdrücklich gesichert, daß niemals Kontroversen darüber entstehen.

„Dagegen kann kein organisches Gesetz Vorausbestimmungen für alle Fragen treffen, welche bei seiner praktischen Handhabung auftauchen können. So sagt unsere Verfassung nicht ausdrücklich, ob Arbeitsflüchtige durch die National- oder durch die Staatsbehörden ausgeliefert werden sollen, ob der Kongreß die Sklaverei in den Territorien verbieten darf, oder ob er sie schützen muß. Aus Fragen dieser Art entspringen alle unsere konstitutionellen Kontroversen, und wir theilen uns nach ihnen in Majoritäten und Minoritäten. Will die Minorität nicht nachgeben, so muß es die Majorität, oder die Regierung muß aufhören. Ein Anderes gibt es nicht. Fortbestand der Regierung ist Zufriedengeben von der einen oder anderen Seite. Wenn eine Minorität in einem solchen Fall sich lieber lostrennen als zufriedengeben will, so gibt sie damit ein Beispiel, welches sie ihrerseits wieder spalten und ruiniren wird, indem eine neue Minorität sich von ihr lostrennen kann, sobald eine Majorität sich weigert, sich von derselben leiten zu lassen. Es leuchtet ein, daß die Grundidee der Secession das Wesen der Anarchie ist. Eine Majorität, die durch konstitutionelle Eingrenzungen beschränkt ist, und mit der Umgestaltung der Volksansichten und Empfindungen stete Veränderungen erleidet, ist der einzige wahre Souverän eines freien Volkes. Wer sie verwirft, eilt nothwendiger Weise der Anarchie oder dem Despotismus in die Arme. Einstimmigkeit ist unmöglich, und die Herrschaft einer Minorität als eine permanente Einrichtung ist durchaus unzulässig.

„Ein Theil unseres Landes glaubt, daß die Sklaverei recht ist und ausgebreitet werden sollte, während der andere glaubt, sie

sei ein Unrecht und sollte nicht ausgebreitet werden. Dies ist der einzige wesentliche Streit. Die Klausel der Verfassung in Betreff flüchtiger Sklaven und das Gesetz zur Unterdrückung des auswärtigen Sklavenhandels werden beide vielleicht so gut ausgeführt, als irgend ein Gesetz ausgeführt werden kann in einem Gemeinwesen, wo die moralische Empfindung des Volkes das Gesetz selbst nur unvollkommen unterstützt. Die große Masse des Volkes fügt sich in beiden Fällen der nüchternen gesetzlichen Verbindlichkeit, und Einige übertreten dieselbe. Das würde nur schlimmer werden durch Trennung der beiden Abtheilungen des Landes. Der auswärtige Sklavenhandel, jetzt unvollständig unterdrückt, würde am Ende in der einen Abtheilung ganz ungehindert wieder in's Leben treten, während flüchtige Sklaven, die jetzt nur zum Theil ausgeliefert werden, von der andern gar nicht mehr ausgeliefert werden würden.

„Dieses Land mit seinen Institutionen gehört dem Volke, von welchem es bewohnt wird. Wenn immer dieses Volk der bestehenden Regierung müde wird, kann es sein verfassungsmäßiges Recht, sie zu verbessern, oder sein revolutionäres Recht, sie aufzulösen oder über den Haufen zu werfen, ausüben. Die Thatsache ist mir nicht unbekannt, daß viele würdige und patriotische Bürger nach einer Verbesserung der Bundesverfassung verlangen. Während ich mich jedes Verbesserungsvorschlages enthalte, möchte ich doch unter den bestehenden Umständen mich dafür erklären, daß dem Volke die Gelegenheit geboten werde, sich in einer Konvention darüber auszusprechen.

„Der oberste Beamte erhält seine ganze Autorität vom Volke, und dieses hat ihm keine Befugniß ertheilt, Bedingungen für die Lostrennung der Staaten festzustellen. Seine Pflicht ist es, die Regierung, wie sie in seine Hände kam, zu verwalten und sie unverletzt seinem Nachfolger zu übergeben. Weßhalb sollte nicht ein geduldiges Vertrauen auf die schließliche Gerechtigkeit des Volkes bestehen? Gibt es irgend eine bessere oder auch nur eine gleich gute Hoffnung in der Welt? Weislich hat das Volk seinen Dienern nur wenig Macht, um Unheil zu stiften, gegeben und hat eben so weislich angeordnet, daß dieses wenige in sehr kurzen Intervallen in seine Hände zurückkehrt. So lange das Volk seine Tugend und Wachsamkeit behauptet, kann keine Administration,

selbst durch die äußerste Schlechtigkeit oder Thorheit, in dem kurzen Zeitraum von vier Jahren die Regierung ernstlich beeinträchtigen.

„Meine Landsleute! denkt ruhig und wohl über diese ganze Angelegenheit nach. Nichts Werthvolles kann dadurch verloren gehen, daß man sich Zeit nimmt. Wenn selbst zugestanden würde, daß ihr, die ihr unzufrieden seid, das Recht in dem Streit auf eurer Seite hättet, so ist doch kein einziger guter Grund vorhanden, um euer Handeln zu überstürzen. In euren Händen, meine unzufriedenen Mitbürger, nicht in den meinigen, ruht die gewaltige Frage des Bürgerkrieges. Die Regierung will euch nicht angreifen. Ihr könnt keinen Kampf haben, ohne daß ihr selbst die Angreifer seid. Ihr habt keinen Eid im Himmel verzeichnet, die Regierung zu zerstören, während ich den feierlichen Eid leisten werde, sie „zu erhalten, zu schützen und zu vertheidigen.""

Nachdem Herr Lincoln seine Rede geschlossen, ließ der Chef des Oberbundesgerichts ihn folgenden Amtseid schwören: „Ich, Abraham Lincoln, schwöre feierlich, daß ich getreulich das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten verwalten und nach meiner besten Fähigkeit die Verfassung der Vereinigten Staaten erhalten, schützen und vertheidigen will." Damit war der neue Präsident in sein Amt eingesetzt.

Seine Inaugural-Adresse fand im Norden allgemeinen Anklang; den gemäßigten und loyalen Bürgern der Sklavenstaaten zeigte sie, daß sie für ihre Rechte von dem Präsidenten Lincoln nichts zu befürchten hatten; die Rebellen aber erfuhren daraus, daß es mit der Nachsicht gegen ihr verwegenes Treiben bald zu Ende sein würde.

Das Kabinet der neuen Administration wurde in folgender Weise zusammengesetzt: Staatssekretär (Premierminister und Minister des Auswärtigen) William H. Seward von New-York; Schatzsekretär (Finanzminister) Salmon P. Chase von Ohio; Kriegssekretär Simon Cameron von Pennsylvanien; Marinesekretär Gideon Welles von Connecticut; Sekretär des Innern Caleb B. Smith von Indiana; Generalanwalt Edward Bates von Missouri; Generalpostmeister Montgomery Blair von Maryland. Unter diesen Ministern waren drei Konkurrenten des Herrn Lincoln um den Präsidentenstuhl: Seward, Chase und Bates. Alle drei waren bei der republikanischen Konvention in Chicago für die Kandidatur

unterstützt worden, Seward am stärksten; er war nahe daran gewesen, die Nomination zum Kandidaten zu erhalten, und hatte es nur den Intriguen seiner Feinde zu verdanken, daß die Konvention ihn schließlich verwarf.

Im Jahre 1801 geboren, hatte Seward schon 1821, nach Beendigung seiner Studien, sich in Auburn, im Staate New-York, als Advokat niedergelassen, war 1830 zum Senator in der Staatslegislatur, 1839 zum Gouverneur des Staates New-York und 1849 zum Senator im Kongreß gewählt worden, worauf nach Ablauf seines sechsjährigen Amtstermins sein Mandat im Jahre 1855 wieder auf sechs Jahre erneuert worden war. Seward gilt als der erste der jetzt lebenden amerikanischen Staatsmänner. Im Senat der Vereinigten Staaten spielte er eine hervorragende Rolle, so lange er ein Mitglied dieses Körpers war. Er gehörte zu den Gründern der republikanischen Partei und wurde als ihr Führer angesehen. Nie hatte er sich im Kongreß vor den anmaßenden Forderungen der Sklavenhalter gebeugt. Den großen Konflikt zwischen Sklaverei und Freiheit, zwischen den beiden unversöhnlich sich gegenüberstehenden Systemen der freien und der Zwangsarbeit hatte er seit Jahren vorausgesagt, seit Jahren für unabwendbar erklärt. Seit Jahren hatte er behauptet, daß das eine oder das andere System siegen und die ganze Union beherrschen müsse, seit Jahren die Bürger des freien Nordens unablässig ermahnt, muthig und entschlossen dem unvermeidlichen Konflikt entgegen zu treten, muthig und entschlossen den Kampf aufzunehmen. Vor der Präsidentenwahl hatte er der republikanischen Partei große Dienste geleistet durch die gediegenen und energischen Reden, die er in mehreren nördlichen Staaten vor dem Volke hielt. Kurz nach der Wahl hatte er sich noch in St. Paul, in Minesota, mit diesen kräftigen Worten ausgesprochen: „Die Sklaverei ist heute zum ersten Mal nicht allein machtlos, sondern auch ohne Einfluß in der amerikanischen Republik. Die geschlossenen Reihen von Partei auf Partei, welche sich unter ihr sammelten, um sie zu erhalten und zu stützen, sind gebrochen und aufgelöst unter dem Druck des Marsches, des großen und mächtigen Marsches des amerikanischen Volkes, das entschlossen ist, die Freiheit wieder in ihre ursprüngliche und gerechte Stellung in der Regierung einzusetzen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten kann kein

Mann bestochen werden, um für die Sklaverei zu stimmen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik vermag die Sklavenmacht die freien Männer nicht zu erschrecken oder zu beunruhigen, so daß sie sich unterwerfen und kompromittiren. Während sie zwanzig, dreißig Jahre lang in unsern Ohren donnerte, schmählt sie jetzt nur noch mit schwacher Stimme. Mit schwacher, murmelnder Stimme rufen sie aus, sie würden die Union in Stücke reißen. Wer fürchtet sich? Sie sagen, wenn wir unsere Principien und unser System und unser Recht, als Majorität zu herrschen, nicht aufgäben, und nicht ihr System und solche Herrscher annähmen, wie sie uns geben wollen, so würden sie aus der Union treten. Wer fürchtet sich? Niemand fürchtet sich, Niemand kann gekauft werden!" Nach diesen Antecedentien des Herrn Seward mußte es ein ungeheures Erstaunen erregen, als er während der letzten Kongreßsitzung bei den heftigsten Debatten über die Krisis und die Rebellion lange schwieg und endlich nur den Mund öffnete, um von Nachgiebigkeit und Versöhnung zu reden, um die Union über Alles zu stellen, um seine Partei und ihre Principien der Erhaltung der Union als Opfer zu bieten. Was Herrn Seward, der damals schon zum Premierminister designirt war, zu dieser plötzlichen Frontveränderung bestimmt haben mag, bleibt einstweilen unaufgeklärt. Die radikale Seite der republikanischen Partei denuncirte ihn als Verräther; seine Freunde und Anhänger, die ihm unbedingt vertrauten, erklärten sein seltsames Auftreten im Senat als diplomatische Klugheit.

Nächst Seward ist Chase das bedeutendste Mitglied des Kabinets. Im Jahre 1808 in Ohio geboren, hatte er erst in Cincinnati, dann in Hannover, im Staat New-Hampshire, und endlich in Washington seine Studien gemacht und 1829 in Cincinnati eine Advokatenpraxis eröffnet. Wie Seward vertrat er seinen Staat im Senate der Vereinigten Staaten und bekleidete zwei Mal das Amt des Gouverneurs von Ohio. Das zweite Mal nahm er dasselbe nur auf dringendes Bitten seiner Parteigenossen an, um den Staat aus dem finanziellen Abgrund, in welchen Betrug und Schwindel demokratischer Beamten ihn hineingestürzt hatten, wieder herauszureißen. Chase gehört der entschiedenen Linken der republikanischen Partei an. Ein Mann von hervorragenden Talenten, gediegenen Kenntnissen und reicher Erfahrung im öffentlichen Leben,

fest, entschlossen und nie wankend in dem, was er als gut und recht erkannt hat, frei von jedem selbstsüchtigen Interesse, wird er von Freund und Feind hochgeschätzt. Er hatte sich lange besonnen, ehe er sich dazu entschloß, die hohe Würde eines Repräsentanten seines Staates im Senat, welche als die höchste nächst der des Präsidenten gilt, mit der mühevollen und undankbaren Stellung des Finanzministers der Bundesregierung zu vertauschen. Nur weil das Vaterland in der schwierigen Lage, in der es sich befand, seiner Dienste bedurfte, brachte er ihm das Opfer.

Der Kriegsminister Cameron ist in vielen Punkten das Gegenstück von Chase. Geboren in Pennsylvanien im Jahr 1797, begann er nach dem frühen Tod seines Vaters seine Laufbahn als Druckerlehrling und arbeitete erst in Harrisburg, dann in Washington als Schriftsetzer. Nachdem er sich durch beharrlichen Fleiß etwas emporgearbeitet hatte, trat er in seinen späteren Lebensjahren in Eisenbahn- und Banquier-Geschäfte ein und unternahm finanzielle Spekulationen, die nicht gerade immer ein vortheilhaftes Licht auf ihn warfen. Im Jahre 1845 wählte ihn die Legislatur von Pennsylvanien zum Vertreter des Staates im Senat der Vereinigten Staaten. „General" Cameron hatte sich eine Zeitlang zur Partei der „Nordamerikaner" gehalten und gehört in den Reihen der republikanischen Partei zur Rechten. Während der letzten Kongreßsitzung sprach er sich noch bestimmter, als Seward, für Nachgiebigkeit, Versöhnung und Zugeständnisse aus.

Edward Bates von Missouri, der Generalanwalt des neuen Kabinets, ist 1793 in Virginien geboren, von wo er 1814 nach St. Louis übersiedelte. In seiner Erziehung ebenso wie Cameron auf seine eigenen Kräfte hingewiesen, brachte er es schon 1817 zum Advokaten. Präsident Fillmore bot ihm 1850 das Kriegsministerium an, das er jedoch ablehnte. In der Politik seines Heimathstaates Missouri ein gemäßigter Antisklavereimann, schloß Bates sich an die Knownothings, als die einzige, nach dem Untergang der Whigs in den Sklavenstaaten mögliche Oppositionspartei gegen die Demokraten. Obschon er eigentlich nie Mitglied der republikanischen Partei war, hatte der rechte Flügel dieser Partei nichts desto weniger stark darauf hingearbeitet, ihn als ihren Präsidentschafts-Kandidaten aufzustellen, von der Ansicht ausgehend, daß auf einen solchen „gemäßigten" Kandidaten ohne bestimmt

ausgeprägte republikanische Principien eine weit größere Stimmenzahl konzentrirt werden würde, als auf einen entschiedenen Vertreter des Parteistandpunktes. Um den Gemäßigten, die Bates hatten zum Präsidenten machen wollen, gerecht zu werden, und weil er einige Mitglieder aus Sklavenstaaten in seinem Kabinet haben mußte, machte ihn Präsident Lincoln zum Generalanwalt.

Der Generalpostmeister, Montgomery Blair, obschon aus dem Sklavenstaat Maryland, gehört zu den entschiedensten Mitgliedern der republikanischen Partei. In Missouri geboren, wo sein Vater, Francis Blair der ältere, und sein Bruder, Francis Blair der jüngere, mit gleichem Eifer und gleicher Energie, wie er in Maryland, die Sache der republikanischen Partei verfechten, wurde er auf der Militärakademie zu West Point erzogen und widmete sich in St. Louis später der Jurisprudenz. Dann übersiedelte er nach Maryland, wo er, ohne sich viel um juristische Praxis zu kümmern, und ohne sich je um ein Amt zu bewerben, auf einem Landgut ein unabhängiges Leben führte, bis er in das Ministerium berufen wurde.

Die noch übrigen Mitglieder des Kabinets, der Minister des Innern und der Marine, sind verhältnißmäßig unbekannte Leute, von denen wenig zu sagen ist. In der republikanischen Partei gehören sie zur Mitte.

So war das Kabinet aus allen Schattirungen der an's Ruder gekommenen Partei zusammengesetzt. Präsident Lincoln, der selbst den Willen und die nöthige Entschlossenheit hatte, die Rebellion niederzubrechen, mußte sich vor allen Dingen in dem, was er zu thun gedachte, wenigstens der Unterstützung und Mitwirkung seiner Partei vollständig versichern. Er durfte deßhalb nicht wagen, sich einer einzelnen Fraktion derselben in die Arme zu werfen, sondern mußte sein Streben darauf richten, alle Fraktionen zu harmonisiren und zu verschmelzen. Dazu war in der Zusammensetzung des Kabinets der Anfang gemacht. Dieselbe Regel mußte aber auch bei den übrigen Anstellungen beobachtet werden. Diese Anstellungen nahmen zunächst fast die ganze Zeit des Präsidenten und der Minister in Anspruch. Zu umgehen waren sie nicht und eben so wenig hinauszuschieben. Präsident Lincoln war nicht der Ansicht, daß sich neuer Wein in alte Schläuche füllen, daß sich ein neues System mit Organen, die

seine entschiedenen, erbitterten Gegner sind, durchführen lasse; sondern er glaubte sehr richtig, daß er diese Gegner zuerst beseitigen und zuverlässige Anhänger seines Systems an ihre Stelle setzen müsse. Es galt dabei nicht bloß, die verschiedenen Schattirungen der Partei, sondern auch die verschiedenen Staaten gehörig zu berücksichtigen, zahllose persönliche Ansprüche und Bewerbungen, sowie deren Unterstützung gehörig zu würdigen und unter sonst gleichen Umständen unter den Bewerbern die brauchbarsten und tüchtigsten auszuwählen. Um seiner Sache ganz gewiß zu sein, prüfte der Präsident, so weit es irgend anging, Alles selbst und traf auch in den meisten Fällen, unabhängig von den Departementschefs, selbst die Entscheidung. Obschon die Anstellungen einstweilen auf das Allernothwendigste beschränkt wurden, auf die Neubesetzung der Exekutivbeamten- und Richter-Stellen in den sieben Territorien, der Stellen der Bundesmarschälle und Bundesanwalte in den Staaten, der wichtigsten Postmeister-, Zoll- und Hafenbeamten-Stellen, der auswärtigen Gesandtschaften und einiger der bedeutendsten Konsulate, sowie eines Theiles der Unterbeamtenstellen in den Ministerien, wurde doch fast die ganze Zeit bis zum 28. März durch dieses Geschäft in Anspruch genommen.

Der radikale Theil der republikanischen Partei wurde täglich ungeduldiger über die passive Haltung der neuen Administration und drang täglich heftiger in den Präsidenten, daß er endlich zum Handeln schreiten solle. Viele begannen, an dem Präsidenten und seinem Ministerium irre zu werden, und als gar die Nachricht durch alle Zeitungen ging, die Administration habe die Räumung des Fort Sumter beschlossen, wurden in der republikanischen Partei Stimmen laut, daß die neue Regierung um nichts besser sei, als die eben abgetretene. Allein es waren der Ursachen viele, welche den Präsidenten an einem so raschen Handeln, wie die radikale Seite der republikanischen Partei es wünschte, verhinderten. Die unumgängliche und zeitraubende Arbeit der Anstellungen habe ich bereits ausführlich erwähnt. Dann aber konnte auch und wollte der Präsident nicht so rasch zum Handeln schreiten.

Er konnte nicht, weil ihm die nöthigen Mittel fehlten. Die ordentlichen Mittel, welche dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu Gebote stehen, um, wie die Verfassung es ihm zur Pflicht macht, „Sorge zu tragen, daß die Gesetze getreulich ausgeführt werden,"

sind die Armee und die Flotte, sobald die bürgerliche Gewalt nicht mehr ausreicht. Wir haben gesehen, wie unter der vorigen Administration über diese an und für sich schon geringen Mittel so disponirt worden war, daß so gut wie gar nichts davon zur Verfügung stand. Wenn in der ersten Zeit, als die Rebellion ihr Haupt erhob, eine geringe Macht hingereicht hätte, um sie niederzuschlagen, so hatte sie seitdem so an Umfang gewonnen, daß ohne eine ziemlich ansehnliche Macht gar kein solches Unternehmen zulässig war. Namentlich bedurfte es dazu einer beträchtlichen Anzahl von Kriegsschiffen. Die Regierung des Präsidenten Lincoln gab sofort die nöthigen Befehle, um die in den Häfen abgetakelt liegenden Schiffe seefertig zu machen, und rief von den auswärtigen Flottenstationen alles zurück, was irgend entbehrlich war. Zugleich fuhr sie fort in dem von General Scott und dem vorigen Kriegsminister Holt begonnenen Herbeiziehen der einzelnen Heeresabtheilungen, welche in weit entlegenen Forts, tief im Innern des Landes, stationirt waren. Alle diese Anordnungen bedurften einer geraumen Zeit zu ihrer Ausführung, und so lange sie nicht ausgeführt waren, waren der Regierung die Hände gebunden.

An außerordentlichen Mitteln hatte der Kongreß nichts Anderes bewilligt, als sieben neue Kriegsdampfschaluppen, deren Vollendung natürlich noch im weiten Felde stand, eine Anleihe von 25 Millionen Dollar, deren Verwendung jedoch in dem Ausgabenetat genau vorgesehen war, und die Befugniß, den Postenlauf in den rebellischen Staaten einzustellen. Ob der Präsident die Befugniß habe, die Einfuhrzölle in den Häfen dieser Staaten an Bord von Kriegsschiffen erheben zu lassen, oder die Absperrung dieser Häfen anzuordnen, wurde als sehr zweifelhaft angesehen. Ein Antrag, ihm eine solche Befugniß beizulegen, war vom Kongreß nicht zum Gesetz erhoben worden. Die Armee und Marine durfte der Präsident ohne Ermächtigung von Seiten des Kongresses um keinen Mann und kein Schiff über den Etat hinaus vermehren. Die Einberufung der Miliz „zur Unterdrückung von Insurrektionen" anzuordnen, war allein Sache des Kongresses. Wenn der Präsident in einer dieser Richtungen einen selbstständigen Schritt thun wollte, so mußte er ihn auf die Gefahr hin thun, dafür vom Kongreß zur Verantwortung gezogen und wegen Ueberschreitung seiner Befugnisse in Anklagezustand versetzt zu werden.

Um ein solches Risiko auf seine Schultern zu laden, dazu bedurfte es eines neuen Ereignisses, das die Situation wesentlich änderte, eines neuen eklatanten Schrittes von Seiten der Rebellen. So lange der nicht erfolgte, wollte der Präsident nicht zum Handeln schreiten. Bis zu seinem Regierungsantritt gänzlich unbekannt mit den Geschäften der Bundesadministration, bedurfte er einiger Zeit, um sich zu orientiren und um den Stand der Dinge, der ihm fast nur aus Zeitungsberichten bekannt geworden war, gründlich kennen zu lernen. Diese Zeit wollte er auch den Rebellen lassen, um ruhig nachzudenken und, wenn es noch möglich war, zur Besinnung zu kommen und umzukehren, wie er das in seiner Inauguraladresse ausgesprochen hatte. Das wird manchem europäischen Leser, der unter einer absolutistischen, oder auch unter einer konstitutionell-monarchischen Anschauungsweise groß geworden ist, der mit dem Begriff des Staates zuerst und vor allen Dingen die unbedingte Nothwendigkeit einer starken Regierungsgewalt verknüpft, der daran gewöhnt ist, daß diese Gewalt jede Mißachtung ihrer selbst, jede Auflehnung gegen ihre Autorität sofort blutig rächt und mit den Waffen in der Hand niederschlägt, sonderbar vorkommen. Allein das amerikanische Staatswesen ist eben himmelweit von jedem europäischen verschieden. In den Vereinigten Staaten von Amerika, wo so wenig wie irgend möglich regiert wird, wo die Regierung mit so wenig Gewalt, wie irgend möglich, ausgestattet, wo der Begriff der Freiheit und Volkssouveränität so weit entwickelt und dem Volke in Fleisch und Blut übergegangen ist, wo das Gesetz weder Majestäts- noch Beamtenbeleidigung, weder Aufreizung zum Ungehorsam, noch versuchten Hochverrath, noch frechen, unehrerbietigen Tadel der Landesgesetze und Einrichtungen des Staates kennt, wo Preß-, Rede- und Versammlungsfreiheit vollständig und unbedingt sind, — in einem solchen Lande muß die Exekutivgewalt sich lange besinnen, ehe sie zu der „ultima ratio“ gegen das Volk schreitet, gegen das Volk, von dem sie eingesetzt ist, von dem allein sie ihre Macht empfangen hat.

Wenden wir uns jetzt wieder zu der rebellischen Bewegung. Der wichtigste Akt des Kongresses der „Konföderirten Staaten von Amerika“ im Laufe des März war die Annahme einer permanenten Bundesverfassung. Da dieselbe trotz ihrer „Permanenz“ schwerlich von langer Dauer sein, vielmehr wahrscheinlich niemals in Kraft

treten wird, genügt es, einige der wichtigsten Bestimmungen daraus hier anzuführen. In der Hauptsache stimmt sie mit der Bundesverfassung der Vereinigten Staaten überein. In einigen Punkten enthält sie wesentliche Verbesserungen, die auch in den nördlichen Staaten längst als Bedürfniß anerkannt und nur deßhalb noch nicht eingeführt worden sind, weil Niemand gern an dem altehrwürdigen Gebäude rütteln wollte. Dagegen anerkennt sie die Sklaverei als eine Fundamental-Institution des neuen Staatenbundes, an der nie gerüttelt werden darf, und umgibt dieselbe nach allen Richtungen hin, in Staaten wie in Territorien, mit dem vollen Schutz des Gesetzes. Für den Kongreß wird dieselbe Repräsentation der Staaten beibehalten, wie sie für den Kongreß der Vereinigten Staaten besteht. Den Ministern, welche im Kongreß der Vereinigten Staaten niemals Sitz haben können, gestattet sie Zutritt zu den Sitzungen beider Häuser, um an den Debatten, die ihre Departements betreffen, Theil zu nehmen. Der Präsident und Vicepräsident sollen auf sechs Jahre gewählt werden und nach Ablauf ihres Amtstermins nicht wieder wählbar sein. Untergeordnete Beamte sollen nur wegen Unfähigkeit, Mißverhalten im Amt, Vernachlässigung ihrer Pflichten und Unehrenhaftigkeit entlassen werden dürfen, und die Gründe ihrer Entlassung sollen dem Senat mitgetheilt werden. Zu allen Geldbewilligungen, die nicht vom Präsidenten oder einem der Departementschefs verlangt worden sind, soll eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen in beiden Häusern erforderlich sein. Keine Zölle sollen auferlegt werden zur Förderung oder Unterstützung irgend eines Industriezweiges. Die Einführung von Negern aus irgend einem andern Lande, als den Vereinigten Staaten, ist verboten, und auch von dort kann der Kongreß die Einfuhr verbieten, oder mit Zöllen belegen. Sklavenhalter sollen das Recht haben, mit ihren Sklaven durch alle Staaten zu reisen oder sich dort aufzuhalten, und die Rechte der Sklavenhalter in Territorien sollen durch Gesetze vom Kongreß und den Territoriallegislaturen geschützt werden. Neue Staaten können durch Beschluß von zwei Dritteln der Mitglieder des Kongresses in den Bund aufgenommen werden. Die Verfassung wird als angenommen betrachtet, sobald sie von fünf Staaten ratificirt ist, und soll spätestens binnen einem Jahre in Kraft treten.

Das Verbot der Sklaveneinfuhr, welchem besonders Süd-Carolina auf's Heftigste opponirte, versuchte der Kongreß durch ein detaillirtes Gesetz über diesen Gegenstand wieder zu annulliren. Dasselbe schrieb nämlich vor, daß die auf gekaperten Sklavenschiffen befindlichen Neger an den Meistbietenden verkauft werden sollten. Präsident Davis vereitelte den Plan, indem er das mit der neuen Verfassung in Widerspruch stehende Gesetz mit seinem Veto belegte. Im Uebrigen beschränkte sich die Thätigkeit des Kongresses der Konföderirten Staaten im Laufe des März auf die Ernennung von Bevollmächtigten, um die Anerkennung des Bundes bei den europäischen Mächten zu erzielen, und auf die Durchberathung eines neuen Zolltarifs mit bedeutend niedrigeren Ansätzen, als der Tarif der Vereinigten Staaten. Ohne jedoch definitiv darüber zu beschließen, vertagte sich der Kongreß am 10. März bis zum zweiten Montag im Mai.

Die „permanente" Verfassung der Konföderirten Staaten wurde von allen Mitgliedern derselben durch deren Konventionen ratificirt. In einigen dieser Konventionen wurde der Antrag gestellt, sie dem Volke zur Ratifikation vorzulegen, aber nicht angenommen. Sonst ist aus dieser Zeit wenig über die rebellischen Staaten zu berichten. Sie paßten ihre Verfassungen und Gesetze dem neuen Zustand der Dinge an, rüsteten zu dem unausbleiblichen Kampfe und trafen Maßregeln und Vorkehrungen, um der Noth und den Verlegenheiten, die täglich in ihrer Mitte wuchsen, so gut als möglich abzuhelfen. Als eine Kuriosität will ich hier erwähnen, daß der Staat Georgien Prämien von je 500 Dollar für ein Buchstabirbuch, für zwei Lesebücher, für eine englische Grammatik, für ein Handbuch der Geographie und ein Handbuch der Arithmetik aussetzte. Der geistesarme Süden hatte nämlich bis dahin seine ganze Literatur, bis auf die ABC- und Buchstabir-Bücher herab vom Norden bezogen. Da er jetzt aber alle Verbindungen mit dem Norden abbrechen wollte, suchte Georgien die Gelegenheit zu benutzen, um Handbücher für den Schulunterricht zu bekommen, welche den Kindern schon von frühester Jugend an auf jeder Seite einprägen sollten, daß die Sklaverei die Fundamental-Institution der menschlichen Gesellschaft sei, ein Satz, welcher in den im Norden verfaßten und gedruckten Büchern natürlich nicht zu finden war.

Gouverneur Houston von Texas, wie wir gesehen haben, weigerte sich, die Losreißung des Staates von der Union und den Anschluß desselben an den südlichen Staatenbund anzuerkennen. Die Staatskonvention lud ihn und alle übrigen Regierungsmitglieder vor ihre Schranken und verlangte von ihnen, sie sollten den Losreißungsakt und die Verfassung der Konföderirten Staaten, die noch gar nicht einmal in Texas bekannt war, durch Eidschwur anerkennen. Die meisten Beamten leisteten den verlangten Schwur; nur der Gouverneur und der Staatssekretär weigerten sich, worauf die Konvention beide für abgesetzt erklärte und den Vicegouverneur zum Gouverneur ernannte. Houston protestirte in einer Proklamation an das Volk gegen die revolutionäre Gewaltanmaßung der Konvention, erklärte aber zugleich, er wolle keinen Bürgerkrieg sondern werde sich ruhig zurückziehen, wenn er mit Gewalt verhindert werde, seine Funktionen ferner auszuüben. Zwei Tage später, am 18. März, trat die Legislatur in Sitzung und sanktionirte das Verfahren der Konvention. Sam Houston, der Sieger von San Jacinto, der Gründer der Unabhängigkeit des Staates Texas, lange Jahre sein Gouverneur und sein Vertreter im Senat der Vereinigten Staaten, hatte seine alte Energie so ganz und gar verloren, daß er am Schluß seiner Tage ohne einen Versuch des Widerstandes ruhmlos vor einer Rebellenbande zurückwich.

In Arkansas verwarf die Staatskonvention am 19. März mit 39 gegen 35 Stimmen den Antrag auf Lossagung des Staates von der Union. Trotzdem setzten die Secessionisten einen Beschluß durch, daß die Frage der Lossagung am ersten Montag im August dem Volke zur freien Abstimmung vorgelegt werden solle. In Tennessee, Kentucky, Nord-Carolina und Maryland kam kein bemerkenswerthes Ereigniß vor, obschon die Aufregung groß war und von den Secessionisten unablässig geschürt wurde.

Die Staatskonvention von Missouri faßte am 21. März folgende Beschlüsse:

„Gegenwärtig hat Missouri keine Ursache, seine Verbindung mit der Union aufzulösen, sondern es wird im Gegentheil auf eine solche Beilegung der Wirren hinarbeiten, daß allen Staaten Friede, Recht und Gleichheit gesichert sind.

„Das Volk dieses Staates hält die von Herrn Crittenden

vorgeschlagenen Amendements zur Konstitution der Vereinigten Staaten für eine Grundlage der Beilegung, welche die Ursachen der Differenz für immer aus der Arena der nationalen Politik beseitigen wird.

„Das Volk von Missouri glaubt, daß der Friede und die Ruhe des Landes durch eine Konvention, welche Amendements zur Verfassung der Vereinigten Staaten entwirft, gefördert werden wird; und diese Konvention ersucht die Legislatur des Staates, Schritte zur Berufung einer solchen Konvention zu thun.

„Nach der Ansicht dieser Konvention wird die Anwendung militärischer Gewalt von Seiten der Bundesregierung, um die sich lossagenden Staaten zu zwingen, oder die Anwendung von Gewalt von Seiten dieser Staaten, um die Regierung der Vereinigten Staaten anzugreifen, das Land in Bürgerkrieg stürzen und dadurch jede Hoffnung auf friedliche Beilegung der schwebenden Streitpunkte vernichten."

Am folgenden Tage wählte die Konvention sieben Delegaten zu einer von Virginien vorgeschlagenen Konferenz der nördlichen Sklavenstaaten, welche am letzten Montag des Mai in Frankfort, im Staat Kentucky, stattfinden sollte, und vertagte dann ihre Sitzungen bis zum dritten Montag des Dezember.

Die Staatskonvention von Virginien war nach vierwöchentlicher Sitzung so weit gekommen, daß der Ausschuß für Bundesangelegenheiten einen Mehrheits- und drei Minderheitsberichte erstattete. Der Mehrheitsbericht, welcher den weitern Berathungen der Konvention als Grundlage diente, bestand in vierzehn Beschlüssen und einem halben Dutzend Amendements zur Bundesverfassung. Es vergingen noch vier Wochen darüber, bis dieselben durchdebattirt und mit manchen Zusätzen und Abänderungen angenommen worden waren; erst am 13. April war dies erreicht. Schritt für Schritt hatten die Anhänger der Union, in vielen Punkten unterstützt von der gemäßigten Mittelpartei, den Secessionisten streitig gemacht, waren aber aus den meisten Positionen verdrängt worden. Die umfangreichen Beschlüsse hier anzuführen, ist um so weniger nöthig, als sie gleich nach ihrer Annahme durch die Ereignisse, welche Virginien mitten in die Rebellion hineinrissen, wieder verwischt wurden. Dagegen ist noch zu erwähnen,

daß die Konvention drei ihrer Mitglieder als Deputation an den Präsidenten Lincoln zu schicken beschloß, um ihn zu ersuchen, er möge der Konvention mittheilen, welche Politik er in Beziehung auf die Konföderirten Staaten zu verfolgen beabsichtigte. Gleichzeitig mit der Staatskonvention von Virginien war die Legislatur des Staates in Sitzung. Von ihren Akten verdienen zwei besondere Erwähnung. Der eine verfügt, daß alle freien Neger und Mulatten, deren Zahl in Virginien sich auf 60,000 bis 70,000 beläuft, den Staat verlassen oder zum Besten des Staats als Sklaven verkauft werden sollen. Der andere ermächtigt den Gouverneur des Staates, die Fortschaffung von Geschützen aus der Gießerei der Vereinigten Staaten bei Richmond, welche einem Gerücht zufolge von der Bundesregierung beabsichtigt wurde, mit Gewalt zu verhindern. Durch diese beiden Akte bewies die Legislatur von Virginien, daß sie der Bundesregierung eben so feindlich gegenüber stand, wie die rebellischen Staaten, und daß sie diese an Barbarei gegen die afrikanische Menschenrace noch weit übertraf.

Die nach Washington gesandten Bevollmächtigten der Konföderirten Staaten setzten sich einige Tage nach der Einsetzung und Organisirung der Administration des Präsidenten Lincoln mit dem Staatssekretär Seward in Verbindung. Was alles zwischen ihnen und dem Staatssekretär verhandelt worden sein mag, wissen bis jetzt nur die Betheiligten selbst und vielleicht noch einige Vertraute. Veröffentlicht wurde darüber nichts; das Publikum erfuhr nur widersprechende Gerüchte. Auf Gerüchte beschränkte sich überhaupt fast alles, was vom 4. März bis Mitte April über die Pläne und Absichten der neuen Administration, über ihre Kabinetsberathungen, ihre Beschlüsse und Anordnungen seinen Weg in die Presse fand. Bis dahin war es Gebrauch gewesen, daß die Berichterstatter der Presse, namentlich der Parteiorgane der Regierung, in allen Büreaus freien Zutritt hatten, alles aushorchen und ausforschen, von allen Papieren ungehindert Einsicht nehmen konnten. Präsident Lincoln dagegen führte die durch die Lage der Dinge vollkommen gerechtfertigte Regel ein, daß der Zutritt zu den Büreaus jedem Fremden, der nichts dort zu thun hatte, geschlossen blieb, und daß alle Berathungen, Beschlüsse und Anordnungen der Regierung und ihrer verschiedenen Departements geheim gehalten wurden. Ob Herr Seward, wie behauptet worden ist, den Be-

vollmächtigten der Konföderirten Staaten wirklich Zugeständnisse gemacht hat, ob er ihnen das Versprechen gegeben, die Regierung würde ein friedliches Abkommen mit ihnen treffen, und sie werde die Forts Sumter und Pickens weder verproviantiren, noch ihre Besatzung verstärken, ob er noch Wochen lang in seinen Ansichten und Entschlüssen geschwankt hat, wie er während der letzten Periode seiner Senatorenlaufbahn zu schwanken schien, oder ob er die wohlüberlegte Politik beobachtet hat, die Rebellen hinzuhalten, bis der Augenblick des Handelns gekommen sein würde, — über alles das ist es heute noch nicht möglich, ein positives Urtheil zu fällen. Wie dem aber auch sein mag, den Präsidenten kann man jedenfalls nicht mit dafür verantwortlich machen, wenn die Haltung seines Premierministers eine schwankende war. Einen Mann, wie Seward, der eine so hervorragende Stellung in der republikanischen Partei einnahm, konnte er nicht ohne Weiteres über Bord werfen, sondern sein Streben mußte dahin gerichtet sein, ihn im Gegentheil näher an sich heranzuziehen und für das, was er selbst wollte, zu gewinnen. Thatsache ist es, daß der Präsident mit den Bevollmächtigten der Konföderirten Staaten gar nicht in Verbindung trat, und daß der Staatssekretär ihnen in den ersten Tagen des April eröffnete, sie könnten in ihrer offiziellen Eigenschaft von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht empfangen werden. Dies ist das Einzige, was man mit Bestimmtheit von dieser Angelegenheit weiß. Am 11. April reisten die Bevollmächtigten, nachdem sie vorher noch ihren Empfindungen in einem langen Schriftstück an den Staatssekretär Luft gemacht, nach Montgomery zurück.

Ließ das Verhalten des Staatssekretärs gegen diese Bevollmächtigten vielleicht vieles zu wünschen übrig, so war dagegen die Antwort, welche der Präsident den Abgesandten der Staatskonvention von Virginien gab, ebenso prompt als bestimmt. Er empfing sie am 13. April und antwortete ihnen, nachdem er ihren Auftrag angehört, im Wesentlichen: „Es ist meine Absicht, den in meiner Inauguraladresse bezeichneten Weg zu verfolgen, und ich habe noch keine Veranlassung gehabt, davon abzugehen. Ich empfehle eine sorgfältige Erwägung des ganzen Dokuments als des besten Ausdrucks, den ich meinen Absichten geben kann. Wie ich darin sagte, werde ich die mir anvertraute Macht dazu benutzen, das Eigenthum und die Plätze, welche den Vereinigten

Staaten gehören, zu besetzen und zu behaupten. Mit dem „Eigenthum" und den „Plätzen" meine ich hauptsächlich die militärischen Posten und das Eigenthum, welche in Besitz der Regierung waren, als sie in meine Hand kam. Wenn jedoch, wie es jetzt der Fall zu sein scheint, in der Verfolgung der Absicht, die Autorität der Vereinigten Staaten aus diesen Plätzen zu vertreiben, ein unprovocirter Angriff auf das Fort Sumter gemacht worden ist, so behalte ich mir vor, es wieder zu nehmen, wenn ich kann, sowie auch ähnliche Plätze, welche schon weggenommen waren, als die Regierung auf mich überging; und in jedem Fall werde ich, nach meinen besten Kräften, Gewalt mit Gewalt zurücktreiben. Vielleicht werde ich auch den Postenlauf in allen den Staaten einstellen, welche sich losgesagt haben. Ich brauche wohl nicht zu sagen, daß ich die militärischen Posten und das Eigenthum in den Staaten, welche sich losgesagt zu haben beanspruchen, noch ganz ebenso als der Regierung der Vereinigten Staaten gehörend betrachte, wie vor der eingebildeten Lossagung. Ich werde nicht versuchen, Steuern und Zölle vermittelst einer bewaffneten Invasion irgend eines Theiles des Landes zu erheben; womit ich jedoch nicht meine, daß ich nicht eine Streitmacht landen werde, die für nothwendig gehalten wird, um ein Fort an der Grenze des Landes zu entsetzen."

Gegen Ende März und in den ersten Tagen des April begann die Regierung eine große Thätigkeit zu entwickeln. Um die Truppen, welche im Laufe des März und April nach und nach aus dem Innern des Staates Texas an der Küste anlangten, schneller fortzuschaffen, und um den Forts Pickens, Jefferson und Taylor rasch weitere Verstärkungen an Mannschaft, sowie Lebensmittel- und Munitionsvorräthe zuführen zu können, wurden eine Anzahl Transportdampfer für den Dienst der Regierung gemiethet. Die Forts Taylor und Jefferson erhielten alles, was sie bedurften, nach Fort Pickens wurden noch einige Schiffe mit dem nöthigen Bedarf abgeschickt, und die Flotte, welche schon Monate lang müßig auf der Rhede von Pensacola herumschaukelte, erhielt Befehl, endlich alles das, was sie für das Fort an Bord führte, auszuschiffen.

Zur besseren Sicherung der Bundeshauptstadt, die nach übereinstimmenden Nachrichten von zuverlässigen Leuten in Virginien

und Maryland neuerdings wieder in großer Gefahr schwebte, von Rebellenbanden überrumpelt zu werden, und zu deren Vertheidigung General Scott höchstens 2000 Mann Regulärer hatte zusammenziehen können, errichtete die Regierung ein neues Militärdepartement, welches den Distrikt Columbia und den Staat Maryland umfaßte, und berief die Miliz des Distriktes für drei Monate in den Dienst der Vereinigten Staaten. Einige tausend Mann wurden am 10. und 11. April „eingemustert." Außerdem schrieb der Präsident an die Gouverneure mehrerer nördlichen Staaten, sie möchten Sorge tragen, daß die Miliz in Bereitschaft gesetzt werde, um auf die erste Aufforderung sofort marschiren zu können. Schon am 11. kam von den Gouverneuren von Ohio und Pennsylvanien die Antwort, daß sie bereit seien, und daß die Legislaturen dieser beiden Staaten die Ermächtigung ertheilt, Truppen in Dienst zu nehmen, und die nöthigen Geldmittel bewilligt hätten.

Die wichtigste Frage für die Bundesregierung, um die sich zunächst Alles drehte, die Frage, von deren Beantwortung in erster Instanz die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, abhing, war die der Verproviantirung und Verstärkung der kleinen Garnison in Fort Sumter. Präsident Lincoln war noch keine Woche im Amt, als die telegraphische Nachricht von Washington aus über die ganze Union verbreitet wurde, die Regierung beabsichtige, das Fort zu räumen. Drei Wochen lang wurde diese Nachricht täglich in verschiedenen Formen wiederholt. Bald hieß es: „Der Beschluß zur Räumung ist zwar noch nicht gefaßt, wird aber ohne Zweifel an einem der nächsten Tage gefaßt werden;" bald: „Das Kabinet hat sich mit großer Mehrheit für die Räumung entschieden; nur der Präsident will bis jetzt noch nicht einwilligen;" bald: „Die Räumung ist definitiv beschlossen, und der Befehl dazu wird stündlich erwartet." Als Grund für die Räumung gaben die Zeitungsberichte an, der General Scott und andere hohe Autoritäten der Armee und Flotte hätten erklärt, bei den furchtbaren Vertheidigungsanstalten, welche die Rebellen im Hafen von Charleston getroffen, sei eine Entsetzung des Forts, wenn nicht absolut unausführbar, doch nur mit einem ganz außerordentlichen Verlust von Menschenleben und Kriegsmaterial möglich, und hätten deßhalb der Regierung den Rath ertheilt, keinen Ver-

such zur Verproviantirung und Verstärkung der Besatzung des Forts zu machen, sondern den verlorenen Posten lieber aufzugeben. Dieser militärische Gesichtspunkt, behaupteten die Zeitungsberichte, sei bei der Räumungsfrage der allein entscheidende; der politische müsse vor demselben zurückstehen.

Was an allen diesen Nachrichten und Behauptungen Wahres sein mag, weiß man bis jetzt nicht. Verbürgt ist davon Nichts. Die bei der Sache betheiligten Personen, der Präsident und die Minister, haben allem, was darüber gesprochen, geschrieben und gedruckt worden ist, ein absolutes Stillschweigen entgegengesetzt. Nur der General Scott hat etwas darüber geäußert, indem er einem Senator der Vereinigten Staaten, welcher ihn fragte, ob er die Räumung des Forts angerathen habe, die Antwort gab: „Lieber würde ich meinen linken Arm, ja den rechten, ja beide Arme verlieren, als Fort Sumter räumen lassen." Damit fällt zwar eine der wesentlichsten Stützen der Behauptungen zusammen; ganz erledigt werden sie jedoch dadurch nicht. Jedenfalls ist die Angelegenheit mehrfach im Kabinet berathen worden, und es kann immerhin sein, daß die Mehrheit der Minister sich für die Räumung des Forts ausgesprochen hat, die Ausführung derselben jedoch an dem festen Willen des Präsidenten gescheitert ist. Vielleicht ist aber auch die Nachricht nur in die Welt geschickt worden, um die Stimmung des Nordens zu erfahren, um zu erfahren, ob die Regierung, falls es in Folge eines Versuches, das Fort zu entsetzen, im Hafen von Charleston zu einem blutigen Konflikt kommen sollte, auf den ganzen Beistand des Nordens würde zählen können. War dies die Absicht, so wurde dieselbe vollständig erreicht. Der Norden nahm die Nachricht von der beabsichtigten Aufgabe des Forts in einer Weise auf, daß die Regierung nicht daran zweifeln konnte, man erwarte das gerade Gegentheil von ihr, und sie werde im Fall eines Konfliktes mit den Rebellen die ganze Macht des Nordens auf ihrer Seite haben.

In der zweiten Hälfte des März schickte der Präsident einen Vertrauten an den Major Anderson, welchen die Rebellen mittlerweile durch eine strenge Blokade von allem Verkehr mit der Welt abgeschnitten hatten. Der Gouverneur von Süd-Carolina gestattete diesem Abgesandten, das Fort zu besuchen und eine Unterredung

mit dem Kommandanten desselben zu halten. Es scheint, daß das Ergebniß seiner Sendung, welches wohl hauptsächlich in der Nachricht bestand, daß die Besatzung des Forts nur noch bis Mitte April zu leben habe, die Regierung bestimmte, nicht länger mehr mit dem Handeln zu säumen. Wenige Tage, nachdem der Abgesandte nach Washington zurückgekehrt war und dem Präsidenten Bericht erstattet hatte, wurden die nöthigen Befehle ertheilt, um im Hafen von New-York ein Geschwader von Kriegs- und Transportschiffen, mit Landtruppen, Lebensmittel-, Waffen- und Munitionsvorräthen und einer großen Anzahl von Landungsbooten an Bord, zu einer Expedition auszurüsten, deren Zweck geheim gehalten wurde. Nach zwei Tagen ununterbrochener Arbeit war die Expedition segelfertig, und die Schiffe fuhren mit versiegelten Befehlen am 7. und 8. einzeln ab. Es waren im Ganzen 3 Kriegsdampfer mit zusammen 26 Kanonen, 3 große Transportdampfer und 2 Schlepper. Die Landmacht, welche sie mit sich führten, bestand aus 1380 Mann und 8 Feldgeschützen. Die Zahl der Landungsboote belief sich auf 30; jedes derselben hatte eine leichte Haubitze.

Nachdem die Expedition abgesegelt war, ließ der Präsident Lincoln den Gouverneur von Süd-Carolina in Kenntniß setzen, daß er Schiffe abgesandt habe, um das Fort Sumter zu verproviantiren, friedlich, wenn kein Hinderniß in den Weg gelegt werde, mit Gewalt, wenn sie eine feindliche Begegnung erfahren sollten. Der Kommandeur der Rebellentruppen bei Charleston, General Beauregard, berichtete diese Mittheilung per Telegraph an den Kriegsminister der Konföderirten Staaten in Montgomery, worauf dieser erwiderte: „Fordern Sie augenblicklich die Räumung des Forts, und wenn dieselbe verweigert wird, so schießen Sie es zusammen.“ General Beauregard forderte am 11. den Major Anderson zur Uebergabe auf und erhielt einige Stunden später die Antwort: „Mein Ehrgefühl und meine Pflichten gegen meine Regierung gestatten mir nicht, Ihre Forderung zu erfüllen. Wahrscheinlich“ — fügte er hinzu — „werde ich den ersten Schuß abwarten, und wenn Sie uns nicht zusammenschießen, so werden wir in einigen Tagen ausgehungert sein.“ Nachdem Beauregard diese Antwort dem Kriegsminister berichtet hatte, telegraphirte dieser zurück: „Wir wünschen nicht, Fort Sumter nutzlos zu bom-

bardiren, wenn Major Anderson die Zeit, um welche er es zu räumen gedenkt, angeben und versprechen will, mittlerweile seine Geschütze nicht gegen uns zu gebrauchen. Wird dies verweigert, so nehmen Sie das Fort, wie es Ihnen am besten dünkt.“ Eine zweite Aufforderung, welche Beauregard in Uebereinstimmung mit dieser Instruktion im Laufe der Nacht vom 11. zum 12. an ihn richtete, beantwortete Anderson ebenfalls ablehnend.

Am 12. April, kurz nach 4 Uhr Morgens, wurde vom Fort Moultrie das Feuer gegen Fort Sumter eröffnet. Major Anderson ließ nicht lange mit der Antwort auf sich warten, und bald war nach allen Richtungen hin eine lebhafte Kanonade im Gange. Die Angreifer beschossen das Fort von vier Seiten; vom Süden her aus einer ganz von Eisen gebauten Batterie auf Cumming's Point, einer vorspringenden Spitze von Morris Island, in einer Entfernung von 1600 Yard *); vom Osten her aus den Batterieen des Fort Moultrie auf Sullivan's Island, die durch Sandsäcke verstärkt worden waren, in einer Entfernung von 1800 Yard; vom Norden her aus einer von Eisen erbauten schwimmenden Batterie, ebenfalls in einer Entfernung von 1800 Yard; endlich vom Westen her aus der von Sandsäcken und Palmenstämmen neu aufgebauten Batterie des alten, im Revolutionskriege benutzten, später aber aufgegebenen Fort Johnson, in einer Entfernung von 2200 Yard. Die Zahl der Geschütze, welche in diesen vier Angriffsbatterieen in Thätigkeit kamen, belief sich auf 17 10zöllige Mörser und 33 schwere Kanonen, worunter 4 bis 6 gezogene, der Rest aber größtentheils Bombenkanonen waren. An Munition hatten die Angreifer solchen Ueberfluß, daß sie unbekümmert darauf losschießen konnten, und ihre Mannschaft war zahlreich genug, um die Bedienung der Geschütze je nach Bedarf durch frische Leute ablösen zu können.

Ganz anders sah es im Fort Sumter aus. Major Anderson hatte zwar von den 140 Geschützen des Forts 75 auf ihre Laffeten gebracht und theils auf dem Wall, theils in den Kasematten aufgestellt, allein mit allem, was zur Bedienung der Geschütze gehörte, sah es traurig aus. Die Mannschaft bestand in 5 Artillerie- und 3 Ingenieur-Offizieren, einem Chirurgen, 15 Spiel-

*) Die Yard zu drei Fuß englisches Maß.

leuten, 55 Artilleristen und 30 Arbeitern. Obschon Alles zur Bedienung der Geschütze herangezogen wurde, konnte doch nicht die Rede davon sein, mit 109 Menschen 75 Geschütze in Thätigkeit zu erhalten. In der Nacht vor dem Beginn des Kampfes hatte die kleine Besatzung wenig Ruhe, weil jeden Augenblick der Angriff erfolgen konnte. Die Lebensmittel waren auf gesalzenes Schweinefleisch, das noch für drei Tage ausreichte, und auf Wasser reducirt; Brot, Gemüse, Kaffee, Taback, Schnaps und dergleichen hatten die Leute schon lange entbehren müssen. Ermüdet und abgespannt ging also die Besatzung am Morgen des 12. in den Kampf. Major Anderson theilte die Leute in drei Ablösungen, so daß auf jede 36 Mann, einschließlich der Offiziere, kamen. Damit ließen sich zur Noth 9 Geschütze regelmäßig bedienen; allein die Ablösungen, die nicht an der Reihe waren, nahmen freiwillig an der heißen Arbeit Theil, so lange ihre Kräfte ausreichten, so daß oft die doppelte Zahl von Geschützen gleichzeitig in Thätigkeit war. An Pulver und Geschossen war ein ziemlicher Vorrath vorhanden; es war jedoch nur eine geringe Anzahl von Geschützpatronen fertig, und das Material fehlte, um Patronensäcke zu machen. Ebenso fehlten die nöthigen Instrumente zum Richten der Geschütze. Alle diese Mängel rührten daher, daß die Armirung des neugebauten Forts noch nicht vollendet war, als Major Anderson dasselbe besetzt hatte.

Bei dieser Lage der Dinge war es von vorn herein einleuchtend, daß die kleine Besatzung des Fort Sumter sich nicht lange würde halten können. Um seine Handvoll Leute nicht ganz unnütz Verlusten auszusetzen, gab der Kommandant die Bedienung der auf den Wällen placirten Geschütze ganz auf, als die Kugeln, Granaten und Bomben von allen Seiten immer dichter in das Fort hineinregneten, und beschränkte sich auf die Kasematten-Geschütze. Das Feuer der Angreifer währte ununterbrochen den ganzen Tag bis Abends um 7 Uhr, um welche Zeit es in Folge eines heftigen Regens eingestellt wurde. Drei Mal im Laufe des Tages geriethen die aus Backsteinen und Holzwerk im Innern des Forts erbauten Wohnungen der Offiziere und Mannschaften in Flammen; der Brand wurde aber jedesmal rasch wieder gelöscht. Das über dem Fort wehende Sternenbanner, welches allen denjenigen Geschützen, die ihr Feuer nach dem Innern richteten, als Zielpunkt

diente, wurde von mehreren Kugeln getroffen und endlich herunter=geschossen. Freiwillige waren augenblicklich bei der Hand, um es wieder an der Spitze des Flaggenmastes zu befestigen.

Während der Nacht setzten die Angreifer das Feuer nur schwach fort. Major Anderson erwiderte es gar nicht, sondern verwandte die Nacht dazu, den angerichteten Schaden an Geschützen und Schießscharten so gut als möglich auszubessern. Am 13. April früh Morgens wurde das Bombardement wieder von allen Batterieen mit derselben Heftigkeit, wie am ersten Tage, eröffnet. Als eine Kugel den Flaggenmast zerschlug, wurde das Sternenbanner an eine Stange befestigt und auf der Brustwehr aufgepflanzt. Um 8 Uhr geriethen die Wohnungsgebäude des Forts zum vierten Mal in Flammen. Alle Bemühungen, des Feuers Herr zu werden, waren vergebens. Am ersten Tage war dasselbe durch Bomben entstanden und hatte deßhalb nicht viel auf sich; diesmal brach es durch glühende Kugeln aus, mit denen eine der Angriffsbatterieen das Fort ununterbrochen überschüttete. Nach mehrstündigen vergeblichen Anstrengungen mußte die Besatzung den Flammen weichen und ihre ganze Thätigkeit darauf beschränken, die Pulvermagazine zu retten. Einige neunzig Faß Pulver wurden aus den Magazinen, die dem Feuer vollständig ausgesetzt waren, mit der größten Gefahr und Anstrengung herausgeholt und in die Kasematten gebracht. Dann war ein weiteres Retten nicht mehr möglich; die Magazine mußten geschlossen und ihrem Schicksal überlassen werden. Eins derselben explodirte, die übrigen blieben verschont. Das ganze Innere des Forts war bald ein Flammenmeer. Das Feuer ergriff sogar die Thore in der Kehlmauer, die Thüren der Kasematten und die Laffeten der auf den Wällen stehenden Geschütze. Die Hitze und der Rauch wurden so unerträglich, daß sich die Mannschaft auf den Boden legen und in nasse Tücher und Decken hüllen mußte, um nicht zu ersticken und nicht versengt zu werden. Das in die Kasematten gebrachte Pulver mußte, weil es dort ebenfalls nicht sicher war, durch die Schießscharten in's Meer geworfen werden. Nur fünf Fässer wurden zurückgehalten und durch Einhüllung in sechsfache nasse Decken gegen die glühende Hitze und gegen herumfliegende Funken geschützt. Die Zahl der fertigen Geschützpatronen war auf drei reducirt. Der ganze Vorrath an diesem Artikel war schon am ersten Tage verschossen worden, und um das Feuern fortsetzen zu

können, hatte sich die Besatzung damit geholfen, aus Hemden und Betttüchern Patronensäcke zu machen. Wie das Feuer im Fort weiter und weiter um sich griff, konnten natürlich auch keine Patronen mehr gemacht werden, und die Geschütze waren seitdem nach und nach völlig verstummt.

Als die Angreifer gewahrten, wie das ganze Fort in Rauch und Flammen gehüllt war, und die Kanonen desselben ihre Schüsse nicht mehr beantworteten, schickte General Beauregard Parlamentäre hinüber, um dem Major Anderson Beistand gegen das Feuer anbieten und ihn zugleich zur Uebergabe auffordern zu lassen. Die Parlamentäre stiegen durch eine Schießscharte in die Kasematten hinein und brachten ihren Auftrag vor. Die Besatzung des Forts war auf den Tod abgemattet, die Munition aufgebraucht oder in's Wasser geworfen, die Lebensmittel zu Ende, während die Flammen noch immer rasten und neue Explosionen der noch unversehrten Magazine drohten. So blieb dem Major Anderson nichts Anderes übrig, als das Anerbieten anzunehmen, wenn der Feind auf seine Bedingungen einging. Diese Bedingungen waren: Freier Abzug mit Waffen, Gepäck und militärischen Ehren und Salutiren des Sternenbanners beim Abzuge durch Kanonenschüsse. Alles wurde bewilligt und um 1 Uhr Mittags die Kapitulation abgeschlossen. Gleich darauf kamen von Charleston mehrere Feuerlöschkompagnieen, um den Flammen Einhalt zu thun und die brennenden Trümmer aus dem Fort wegzuschaffen.

Abgesehen von dem Schaden, welchen der Brand angerichtet hatte, war der Verlust auf beiden Seiten nicht erheblich. Im Fort Sumter wurden 5 Geschütze demontirt, einige Schießscharten zerstört, die Kehlmauer und ein Theil der Brustwehr ziemlich stark mitgenommen, 1 Mann getödtet, 5 schwer und einige leicht verwundet. Auf Seiten der Rebellen wurden nur 2 Geschütze demontirt, und nach ihren eigenen Angaben nur einige wenige Leute verwundet, während andere Berichte von vielen Todten wissen wollen. Wenn man bedenkt, daß die Entfernungen, auf welche geschossen wurde, sehr groß und die Deckungen für die Mannschaft vortrefflich waren, daß das Feuer des Forts nur sehr schwach und nach allen Richtungen hin zersplittert war, und daß von der kleinen Besatzung des Forts sich nur eine ganz geringe Zahl auf

den Wällen dem doppelten Kreuzfeuer des Feindes ausgesetzt befand, so wird man die unbedeutenden Verluste durch das anderthalbtägige Bombardiren sehr begreiflich finden, ohne das alberne Erklärungsmittel einiger europäischen Blätter zu Hülfe zu nehmen, das ganze Bombardement von Fort Sumter sei nichts. Anderes, als ein amerikanischer „Humbug“ gewesen.

Das Flottengeschwader, welches zum Entsatz des Forts abgeschickt worden war, hatte einen heftigen Sturm zu bestehen und kam in Folge dessen erst am Vormittag des 12. April vor dem Hafen von Charleston an, als das Bombardement im vollen Gange war. Die Einfahrt in diesen Hafen ist zu jeder Zeit schwierig, außer bei sehr hoher Fluth, weil eine Barre denselben sperrt, die bei der Ebbe gar nicht und zur Fluthzeit von Schiffen mit größerem Tiefgang nur sehr vorsichtig passirt werden kann, und weil das Fahrwasser, welches von der Barre zwischen den Inseln Sullivan und Morris hindurch nach dem Innern des Hafens führt, sehr schmal und sehr gewunden ist. Ohne gute Lootsen oder genaue Lokalkenntniß, unterstützt durch die Schifffahrtszeichen, welche das Fahrwasser markiren, ist es fast nicht möglich, hineinzugelangen, und jedes Schiff, welches ohne diese Hülfsmittel einen solchen Versuch macht, setzt sich der größten Gefahr aus, auf einer der vielen Untiefen festzurennen. Diese Gefahr war dadurch noch um ein Bedeutendes gesteigert, daß die Rebellen alle Schifffahrtszeichen entfernt und durch Versenkung von Schiffen im Fahrwasser die Einfahrt noch schwieriger gemacht hatten. Feindliche Schiffe waren überdies nicht allein dem Feuer der Batterieen von Cumming's Point und Fort Moultrie, sondern auch dem mehrerer anderer, auf den Inseln Sullivan und Morris, näher dem Eingang des Hafens zu, erbauten Batterieen ausgesetzt. Zwischen den Batterieen, in der Mitte der Einfahrt, lagen drei Brand- und Leuchtschiffe, dazu bestimmt, im Fall eines nächtlichen Angriffs den Hafen mit Tageshelle zu erleuchten. Alle diese Schwierigkeiten zusammengenommen, ließen es dem Kommandanten der Expedition unmöglich erscheinen, eines seiner Schiffe nach Fort Sumter hinzubringen, und bestimmten ihn, einstweilen vor dem Hafen Anker zu werfen. Mit Booten eine Landung gegen die feindlichen Batterieen zu versuchen, erschien ebenfalls nicht thunlich, weil das Meer noch so unruhig war, daß die Boote, wenn sie auch glücklich

durch die hohen Wogen hindurch und an's Land kommen konnten, doch während ihrer ganzen Fahrt schutz- und vertheidigungslos dem feindlichen Feuer preisgegeben waren. Ob jedoch die Schwierigkeiten so unüberwindlich waren, oder ob die Instruktionen für die Expedition so lauteten, daß die ruhige Zuschauerrolle, welche dieselbe spielte, als vollkommen gerechtfertigt angesehen werden muß, kann nur Der beurtheilen, welcher mit allen Umständen genau bekannt ist.

Am 14. April, um 9 Uhr Morgens, übergab Major Anderson das Fort den Rebellen und schiffte sich mit seiner Mannschaft nach New-York ein. Seine wackern Musikanten spielten den „Yankee Doodle", und das stolz flatternde Sternenbanner wurde mit hundert Kanonenschüssen salutirt.

Weithin hallte der Kanonendonner aus dem Hafen von Charleston. Er hallte an den Küsten des atlantischen Oceans entlang bis nach Canada hinauf, rollte über die großen Seen und endlosen Prärien des Westens und tönte mit tausendfach donnerndem Echo von den schneegekrönten Gipfeln des riesigen Felsengebirges zurück. Er war das Signal zu einer Volkserhebung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, zu einer Erhebung, welche die Rebellen erzittern machte und alle Völker und Fürsten mit bewunderndem Staunen erfüllte, zu einer Erhebung, welche die schadenfrohen, hohnlächelnden Feinde der großen Republik zu ihrer tiefen Beschämung belehrte, daß jene Republik auf einem Felsen ruht, der fester ist, als jener „Rocher von Bronze", worauf der große Friedrich seinen Staat gebaut zu haben glaubte.

Folgende, durch die große Entfernung des Autors vom Druckort stehen gebliebenen Druckfehler bitten wir nachträglich zu verbessern.

Minnesota statt Minesota.
Mississippi „ Missisippi.
Tennessee „ Tenessee.

Seite	Zeile		
Seite 3	Zeile 3 v. u.	lies	Sklavenzucht statt Slavenzucht.
„ 7	„ 15 v. o.	„	neuen statt neueren.
„ 13	„ 12 v. o.	„	der Aufnahmeakte statt den Aufnahmeakten.
„ 31	„ 4 v. u.	„	Jowa statt Jova.
„ 36	„ 1 v. u.	„	Claims statt Klaims.
„ 50	„ 5 v. u.	„	zur Resignation statt zu Resignation.
„ 68	„ 15 v. u.	„	Fremont statt Tremont.
„ 82	„ 4 v. u.	„	vornehmsten statt angenehmsten.
„ 87	„ 18 v. o.	„	an statt bei.
„ 89	„ 6 v. o.	„	die Gleichberechtigung der eingewanderten.
„ 92	„ 2 v. u.	„	Elektoralstimmen statt Elektorstimme.
„ 99	„ 14 v. u.	„	ernannte statt ernannten.
„ 103	„ 14 v. o.	„	nun begründet statt unbegründet.
„ 105	„ 13 v. u.	„	friedlichen statt feindlichen.
„ 110	„ 10 v. o.	„	Staatsgesetz statt Strafgesetz.
„ 112	„ 1 v. u.	„	hebe statt habe.
„ 113	„ 7 v. o.	„	Verbrechen statt Verbrecher.
„ 115	„ 8 v. u.	„	Assembly statt Assambly.
„ 116	„ 18 v. o.	„	Errichtung statt Einrichtung.
„ 117	„ 1 v. u.	„	Mc Rea statt Mc Ree.
„ 118	„ 1 v. o. u. flg.	lies	Pensacola statt Pensaeola.
„ 125	„ 16 v. u.	lies	von Charleston statt vor Charleston.
„ 128	„ 5 v. o.	„	Ausgang statt Ausweg.
„ 128	„ 1 v. u.	„	nach statt noch.
„ 135	„ 18 v. o.	„	verwendbar statt anwendbar.
„ 139	„ 7 v. o.	„	Bitte statt Bill.
„ 140	„ 14 v. u.	„	unfreiwillige statt freiwillige.
„ 144	„ 20 v. o.	„	Nordwestens statt Nordens.
„ 145	„ 12 v. u.	„	zur Nacheiferung statt ihre Nacheiferung.
„ 149	„ 2 v. o.	„	dieselbe statt desselben.
„ 158	„ 2 v. o.	„	4. März statt Mai.
„ 160	„ 17 v. u.	„	in statt ist.
„ 161	„ 10 v. o.	„	Formen der Verfassung.
„ 162	„ 6 v. u.	„	12 Uhr statt 11 Uhr.

Neuntes Kapitel.

Die Proklamation des Präsidenten Lincoln; 94 Milizregimenter in Dienst beordert; der Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung berufen. Die großartige Erhebung des Nordens. Alle Parteien einig; das Volk zu jedem Opfer bereit, um die Rebellion zu unterdrücken. Die Vorgänge in der Stadt und im Staate New-York, in Philadelphia und Pennsylvanien, in Massachusetts und den übrigen Neu-England-Staaten, in Ohio, New-Jersey und Illinois. Ein englisches Urtheil über die Erhebung.

Am 13. April war Fort Sumter gefallen. Am 15. verkündigten der Telegraph und die Presse in allen Orten der Vereinigten Staaten folgende Proklamation des Präsidenten Lincoln:

„Da in den Staaten Süd-Carolina, Georgien, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana und Texas, durch Verbindungen, die zu mächtig sind, als daß sie durch den gewöhnlichen Gang gerichtlicher Proceduren, oder durch die Befugnisse, mit welchen das Gesetz die Marschälle bekleidet, unterdrückt werden könnten, den Gesetzen der Vereinigten Staaten seit einiger Zeit Widerstand geleistet worden ist und noch geleistet wird, und die Vollziehung derselben verhindert worden ist und noch verhindert wird;

„Deßhalb habe ich, Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, kraft der durch die Verfassung und die Gesetze mir verliehenen Machtbefugniß, für passend erachtet, die Miliz der verschiedenen Staaten der Union, in der Zahl von 75,000 Mann, in Dienst zu berufen, und berufe dieselbe hiermit, um besagte Verbindungen zu unterdrücken und die gehörige Vollziehung der Gesetze zu bewirken. Die Einzelheiten zu diesem Zweck werden den Staatsbehörden sofort durch das Kriegsdepartement mitgetheilt werden.

„Ich fordere alle loyalen Bürger auf, diese Bemühung zur Aufrechthaltung der Ehre, der Integrität und des Daseins unserer nationalen Union und der Beständigkeit unserer Volksregierung und zur Wiedergutmachung des Unrechts, welches bereits lange genug geduldet worden ist, zu begünstigen, zu erleichtern und zu unterstützen.

„Ich halte es für schicklich, zu sagen, daß der erste Dienst, zu welchem die hierdurch einberufene Macht bestimmt ist, wahrscheinlich darin bestehen wird, die Forts, die Plätze und das Eigenthum, welche der Union fortgenommen worden sind, wieder in Besitz zu nehmen, und daß in jedem Fall, so weit es mit den vorgenannten Zwecken vereinbar ist, die äußerste Sorge getragen werden wird, jede Verwüstung, jede Zerstörung oder Beeinträchtigung von Eigenthum, sowie jede Störung friedfertiger Bürger in irgend einem Theile des Landes zu vermeiden; und ich befehle hiermit denjenigen Personen, welche die besagten Verbindungen bilden, sich binnen zwanzig Tagen von diesem Datum an zu zerstreuen und friedlich nach ihren bezüglichen Wohnplätzen zurückzuziehen.

„Indem ich dafür halte, daß die gegenwärtige Lage der öffentlichen Angelegenheiten eine außerordentliche Veranlassung darbietet, berufe ich hiermit, kraft der von der Konstitution mir verliehenen Machtbefugniß, beide Häuser des Kongresses zusammen. Die Senatoren und Repräsentanten werden deßhalb aufgefordert, sich am Donnerstag, den vierten Tag des nächsten Juli, um zwölf Uhr Mittags, in ihren bezüglichen Kammern zu versammeln, um dann und dort solche Maßregeln zu erwägen und zu beschließen, wie sie in ihrer Weisheit von der öffentlichen Sicherheit und dem öffentlichen Interesse geboten erachten mögen.

„Zum Zeugniß dessen habe ich meine Handschrift hierunter gesetzt und das Siegel der Vereinigten Staaten anfügen lassen.

„Geschehen in der Stadt Washington, diesen fünfzehnten Tag des April, im Jahre unseres Herrn eintausend achthundert und einundsechzig, und im fünfundachtzigsten der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten.

„Abraham Lincoln.

„Auf Befehl des Präsidenten:

„William H. Seward, Staatssecretär."

Gleichzeitig mit dieser Proklamation des Präsidenten sandte der Kriegsminister folgendes Cirkularschreiben an die Gouverneure der verschiedenen Staaten:

„Mein Herr! Auf Grund der Kongreßakte zur Einberufung der Miliz, um die Gesetze der Union zu vollziehen, Insurrektion

zu unterdrücken, Invasion zurückzutreiben u. s. w., genehmigt den 28. Februar 1795, habe ich die Ehre, Euer Excellenz zu ersuchen, von der Miliz Ihres Staates sofort das in der untenstehenden Tabelle bezeichnete Kontingent zu detachiren, zum Dienst als Infanterie oder Schützen für einen Zeitraum von drei Monaten, wenn nicht die Entlassung früher erfolgt. Euer Excellenz werden mir gefälligst die Zeit mittheilen, wann Ihr Kontingent auf seinem Sammelplatz erwartet werden kann, indem so bald als thunlich ein oder mehrere Offiziere sich einfinden werden, um es in den Dienst und die Zahlung der Vereinigten Staaten einzumustern. Zu derselben Zeit wird jedem Offizier und jedem Mann der Eid der Treue gegen die Vereinigten Staaten abgenommen werden. Die Musterungsoffiziere werden angewiesen sein, keinen Gemeinen oder Unteroffizier anzunehmen, der augenscheinlich über 45 oder unter 18 Jahr alt ist und nicht die nöthige physische Kraft und Stärke besitzt. Das Kontingent jedes Staates in Regimentern ist, wie folgt:

„Maine	1	Nord-Carolina	2
New-Hampshire	1	Tennessee	2
Vermont	1	New-York	17
Rhode Island	1	Pennsylvanien	16
Connecticut	1	Ohio	13
Delaware	1	New-Jersey	4
Arkansas	1	Maryland	4
Michigan	1	Kentucky	4
Wisconsin	1	Missouri	4
Iowa	1	Illinois	6
Minnesota	1	Indiana	6
Massachusetts	2	Virginien	3

„Jedes Regiment soll im Ganzen an Offizieren und Mannschaft 780 Mann zählen. Die Gesammtzahl der in Dienst berufenen 94 Regimenter würde demnach 73,320 Mann betragen, und was noch an den 75,000, welche die Proklamation des Präsidenten beruft, fehlt, soll durch die Miliz des Distrikts Columbia gedeckt werden."

Die Proklamation zündete wie ein elektrischer Funke. Alle Parteiunterschiede in den nördlichen Staaten waren plötzlich vergessen, und die ganze Bevölkerung stand wie mit Einem Schlage

ten, zu jedem Opfer bereit, um die Bundesregierung zu unterstützen, die Union zu erhalten und die frevelhafte Rebellion zu Boden zu schlagen.

Um von dieser großartigen Erhebung eines freien Volkes, bei der keinerlei Zwang im Spiele war, die ganz aus dem freien Willen, aus dem selbstständigen Entschluß der einzelnen souveränen Individuen hervorging, ein richtiges Bild zu geben, muß ich die Ereignisse, welche unmittelbar auf die Proklamation des Präsidenten folgten, wenigstens in einigen der nördlichen Staaten und in einigen der bedeutendsten Städte, etwas ausführlicher schildern.

Am auffallendsten war die völlige Umwandlung, welche vom 13. bis zum 15. April in der Stadt New-York, der Handelsmetropole der Vereinigten Staaten, vor sich ging. New-York war eine durch und durch „demokratische" Stadt. Seit einer Reihe von Jahren hatte sie bei allen Wahlen eine demokratische Mehrheit von 30- bis 40,000 Stimmen gegeben, und bei der letzten Präsidentenwahl waren die republikanischen Kandidaten Lincoln und Hamlin um mehr als 28,000 Stimmen hinter ihren Gegenkandidaten zurückgeblieben. Die Rebellen hatten unter der Demokratie New-Yorks viele Sympathieen; sie zählten in der Handels- und Finanzwelt der großen Metropole, die mit ihnen in enger commerzieller Verbindung stand, manche Freunde und Anhänger, in der Presse offene und versteckte Vertreter, so den „Herald", die „News", das „Day Book", den „Express" und die „Staatszeitung". Der Angriff auf das Fort Sumter aber und die Proklamation des Präsidenten brachte einen totalen Umschwung in diesen Verhältnissen hervor. Das Volk erhob sich so einmüthig und in so imponirender Majestät für die Union und die Bundesregierung, daß plötzlich alle Stimmen für die Rebellen verstummten. Sympathieen für sie zu äußern, war von jetzt an in New-York mit Lebensgefahr verknüpft. Der Eigenthümer und Chefredakteur des „Herald", Herr Bennett, entging nur mit genauer Noth einem Akte summarischer Volksjustiz, und seine Druckerei würde wahrscheinlich zerstört worden sein, wenn nicht aus allen Fenstern schleunigst Unionsflaggen herausgesteckt worden wären und das Blatt eine andere Richtung angenommen hätte.

In wenigen Stunden kamen überall die äußeren Zeichen des Patriotismus zum Vorschein. Von allen Gebäuden, aus

allen Fenstern wehte das Sternenbanner; Männer, Frauen und Kinder trugen die Nationalfarben auf der Brust; alle Schiffe, Pferde, Wagen und Eisenbahnzüge waren mit den „Sternen und Streifen“ dekorirt, jedes Briefcouvert trug irgend eine patriotische Devise und ein patriotisches Zeichen in Farbendruck. Aber es blieb nicht bei solchen Aeußerlichkeiten; die ganze Bevölkerung wetteiferte auch in patriotischen Handlungen. Rasch füllten sich die Reihen aller unvollzähligen Milizregimenter, und neue Regimenter wuchsen über Nacht aus der Erde hervor. Alles drängte sich dazu, Jeder wollte der Erste sein, Keiner zurückbleiben. Die Eingeborenen des Landes, die Deutschen, Irländer, Engländer, Schotten, Franzosen, Skandinavier, Ungarn und Italiener, welche der amerikanischen Nation angehören — Alle suchten sie es einander zuvorzuthun.

Ueber die Miliz der Vereinigten Staaten muß ich hier Einiges zur Erläuterung einschalten. Jeder Bürger, der fähig ist, die Waffen zu tragen, ist von seinem 18. bis 45. Lebensjahre zum Milizdienst verpflichtet. Nach dem letzten Census von 1860 beläuft sich die Zahl dieser Milizpflichtigen auf mehr als 3,000,000, wovon weit über zwei Drittel, also über 2,000,000, auf die freien Staaten kommen. Die Bundesregierung hat die Waffen für die Miliz zu stellen, für die übrige Equipirung sollen die Staaten, bezüglich die Mannschaft selbst, sorgen. In keinem einzigen der Staaten ist, oder war wenigstens zur Zeit des Ausbruchs der Rebellion, die Miliz organisirt oder in den Waffen geübt. In den meisten stand sie nicht einmal auf dem Papier, sondern war einzig und allein durch eine Anzahl von den Gouverneuren ernannter Generale und Obersten „in partibus“ repräsentirt. Nur in einigen wurden Musterrollen geführt und, wie z. B. in New-York, alljährlich eine Musterung und ein großer „Drilltag“ gehalten, wobei es indeß sehr oberflächlich und gemüthlich herging. Was an organisirter Miliz existirte, bestand in Freiwilligen-Kompagnieen, welche in einzelnen Staaten, namentlich aber in größeren Städten, wo es deren mehrere gab, zu Bataillons oder Regimentern, hie und da auch zu Brigaden oder selbst zu Divisionen vereinigt waren. In der ganzen Union mochte diese Freiwilligen-Miliz sich auf 60,000 bis 70,000 Mann belaufen. Am stärksten war sie in den Staaten New-York und Massachusetts;

die Stadt New=York allein hatte eine Division von 12 Regimentern. Die Reihen der Freiwilligen=Kompagnieen waren durchschnittlich sehr defekt; selten zählten dieselben mehr als 40, häufig nur 20 Mann in Reih' und Glied. Einen eigentlich militärischen Zweck hatten diese Kompagnieen nicht; die Gründe, welche ihre Bildung veranlaßten, waren in der Regel: Lust am Soldatenspielen, Verlangen nach militärischen Titeln und Offiziersepaulets und Hoffnung auf pekuniäre Vortheile. Aerzte z. B. traten einer Kompagnie bei, weil sie hofften, Praxis dadurch zu bekommen, Schneider und Schuhmacher, weil sie auf Kundschaft von ihren Kompagniekameraden rechneten, Wirthe, weil sie darauf spekulirten, daß die Kompagnie bei ihnen einkehren und trinken werde.

Von diesen spekulativen Milizen traten Manche zurück oder blieben daheim, als es sich darum handelte, aus dem Spiele Ernst zu machen; aber für Einen waren zehn Andere bereit, die Reihen zu füllen. Es gab nicht wenige Familien in New=York, deren sämmtliche erwachsene männliche Mitglieder sich dem Bürgermilitär anschlossen. Betagte Männer mit allen ihren Söhnen, Kaufleute, Richter, Advokaten, Beamte aller Klassen drängten sich dazu, die Muskete zur Vertheidigung der Bundesregierung auf die Schulter zu nehmen.

Viele der bedeutendsten Kaufleute, Banquiers, Druckerei=, Hotel= und Restaurationsbesitzer erklärten, daß sie allen ihren Gehülfen und Angestellten, welche für die Erhaltung der Union die Waffen ergriffen, für eine Reihe von Jahren, jedenfalls während der Dauer des Krieges, das Gehalt fortzahlen, falls sie aber bleiben sollten, ihren Familien dasselbe als Pension bewilligen würden. Die Richter und Advokaten von New=York hielten eine Versammlung, in welcher sie einmüthig beschlossen, die Funktionen derjenigen ihrer Kollegen, welche in den Krieg ziehen würden, unentgeltlich zu versehen. Eine Subskription zur Unterstützung derselben und ihrer Familien ergab auf der Stelle 25,780 Dollar. Der Stadtrath votirte eine Million Dollar für Equipirung und Unterstützung der Milizen. Privatunterzeichnungen zu demselben Zweck ergaben in wenigen Tagen weit über eine Million an baarem Gelde; dazu kamen aber noch eine Menge Naturalbeiträge an Bekleidungs= und Ausrüstungsgegenständen, an Schuhen, Strümpfen, Hemden, Unterjacken, wollenen Decken, Tuch u. s. w. Die Banken

erklärten sich, je nach Verhältniß ihrer Geldkräfte, zu Darlehen bereit. Die Handelskammer von New-York, so zu sagen die Repräsentantin des ganzen Handels der Vereinigten Staaten, faßte eine Reihe von Beschlüssen, worin sie sich mit dem energischen Auftreten der Regierung vollkommen einverstanden erklärte, sich zu jedem Opfer für die Erhaltung der Union verpflichtete und den Wunsch aussprach, daß der Präsident auf dem betretenen Wege mit aller Entschlossenheit fortfahren und die Rebellion mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Macht der loyalen Staaten unterdrücken möge. Die Kammer ernannte einen Ausschuß, welcher dafür Sorge tragen sollte, daß die soeben vom Schatzsekretär der Vereinigten Staaten ausgeschriebene zweite Serie der vom Kongreß bewilligten Anleihe, im Betrage von neun Millionen Dollar, prompt gedeckt würde, und beauftragte denselben Ausschuß mit der Sammlung von Subskriptionen für Ausrüstung und Unterstützung der Milizen der Stadt.

Am 20. April wurde auf dem Union Square eine Volksversammlung gehalten, um der Stimmung der Bevölkerung New-Yorks Ausdruck zu geben. Die ganze Stadt prangte in einem Festkleide von Sternenbannern; aus Tausenden von Kehlen ertönten patriotische Gesänge, und die Reiterstatue Washington's auf dem Union Square, welcher sich bald mit einer zahllosen Menschenmenge füllte, trug die Flagge des Fort Sumter. Wie groß die Versammlung gewesen sein mag, ist schwer zu bestimmen; sie wird auf 150,000 bis 200,000 Menschen geschätzt und war jedenfalls die größte, welche jemals, sei es in der neuen oder in der alten Welt, stattgefunden hat. Die ungeheuere Volksmenge wurde gleichzeitig von fünf verschiedenen Rednerbühnen, von den Treppen und Balkonen mehrerer Häuser und von einigen der Säulen an den Eingängen des Platzes herab angeredet, theils in englischer, theils in deutscher Sprache. Den größten Beifall von allen Rednern fand der Senator Baker von Kalifornien, früher ein Bürger New-Yorks und in dem Kriege gegen Mexico Kommandeur eines New-Yorker Freiwilligen-Regiments. Seine Worte, welche kurz, treffend und energisch waren, schlugen an das Herz des Volks. „Ich bin," sagte er, „für den Angriffskrieg. Wir müssen jetzt, wie wir es in Mexico thaten, den Frieden erobern. Wir müssen über Washington hinausgehen, die Verräther auf ihrer Schwelle

aufsuchen und ihnen die Bedingungen des Friedens dictiren. Das mag uns dreißig, es mag uns dreihundert Millionen Dollar kosten. Was liegt daran? Wir haben es. Meine Mission besteht heute darin, das Herz New-Yorks für den Krieg zu entzünden, für einen kühnen, entschlossenen Angriffskrieg. Der Bürgerkrieg ist immer furchtbar und immer blutig; aber Schande, Anarchie und Verräther überall sind etwas Schlimmeres."

Auch der Mayor der Stadt, Fernando Wood, der alte Freund der Rebellen, ließ sich von einer der Rednerbühnen herab hören, und da er sich als reuigen Sünder bekannte, so wurden seine Worte ebenfalls mit Beifall aufgenommen. „Mein Amtseid," sagte er, „geht dahin, die Verfassungen der Vereinigten Staaten und des Staates New-York zu unterstützen, und danach ist es meine Pflicht, wie es denn auch mit meinen Grundsätzen und meinem Rechtsgefühl übereinstimmt, nicht bloß die Constitution, sondern auch die Union, die Regierung, die Gesetze und die Flagge zu unterstützen, und in der Erfüllung dieser Pflicht kümmert es mich nicht, welche vergangene politische Verbindungen aufgelöst werden mögen. Ich bin Willens, alle Sympathieen und, wenn Sie so wollen, alle Irrthümer des Urtheils über alle nationalen Fragen fahren zu lassen. Ich bin Willens, zu sagen, daß ich mich ganz in diesen Kampf stürze mit aller meiner Kraft und Macht. Der höchste Beamte dieser Nation, so weit er in den Grenzen des Gesetzes handelt, repräsentirt den Volkswillen, und dieser Wille muß unter jeder Bedingung und unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Es ist heute hier gesagt worden, daß unsere Flagge insultirt worden ist, und ein Kriegsminister, welcher die Konföderirten Staaten zu vertreten beansprucht, hat gesagt, daß die Konföderationsflagge über der Faneuil Halle in Boston wehen würde. Sollte sie das, so müßte sie über die Leiche jedes Bürgers von New-York hinweggehen. Ich drücke die Stimme New-Yorks aus, indem ich sage, daß, wenn je die Konföderationsflagge über der Bundeshauptstadt wehen sollte, jeder Mann, jedes Weib und jedes Kind an dem Kampfe Theil nehmen würde. Ich kenne jetzt keinen Parteistandpunkt. Ich fordere Alle, was auch immer ihre Sympathieen gewesen sein mögen, auf, eine einzige große Phalanx in diesem Streit zu bilden und, um mit dem Senator Baker zu sprechen, zur Eroberung des Friedens zu schreiten."

Als Ausdruck der Gesinnungen der Volksversammlung wurde eine Reihe von Beschlüssen vorgelegt und angenommen, aus denen ich Folgendes anführe:

„Beschlossen, daß die Unabhängigkeitserklärung, der Revolutionskrieg und die Verfassung der Vereinigten Staaten diese Regierung, die von allen, welche bis jetzt unter Menschen bekannt sind, die gerechteste und wohlthätigste ist, gegründet haben; daß unter ihrem Schutze die weite Ausdehnung unseres Gebiets, die gewaltige Entwickelung unseres Reichthums, unserer Bevölkerung und unserer Macht eine Nation aufgebaut haben, welche im Stande ist, die Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit, welche ihre Grundlage bilden, vor der Welt zu vertheidigen und aufrecht zu erhalten; daß wir der Erhaltung dieses heiligen, uns anvertrauten Gutes alles widmen, was wir besitzen und was wir vermögen, und bereit sind, zur Unterstützung dieser Regierung, unter der wir glücklich und stolz sind, zu leben, unser Blut zu vergießen und unser Dasein zu opfern.

„Beschlossen, daß, wenn die Autorität der Bundesregierung wieder hergestellt sein und friedfertiger Gehorsam gegen die Verfassung und die Gesetze wieder herrschen wird, wir bereit sein werden, mit allen loyalen Bürgern in der ganzen Union, im Kongreß oder in einer Konvention, zu dem Zweck der Erwägung aller vermeintlichen Beschwerden, der Wiedergutmachung alles Unrechtes und der Beschützung jedes Rechtes, zu konferiren und zusammenzuwirken, und daß wir uns dem Willen des ganzen Volkes, wie er sich verfassungs- und gesetzmäßig aussprechen wird, unterwerfen wollen, in der Erwartung, daß alle Anderen dasselbe thun.

„Beschlossen, daß es die Pflicht aller guten Bürger ist, über vergangene Meinungsdifferenzen hinwegzusehen und mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln zur Erhaltung der Union der Staaten, zur Vertheidigung der Verfassung, zur Wahrung der Nationalflagge vor Beschimpfung und zur Aufrechthaltung der Autorität der Regierung gegen Akte gesetzloser Gewaltthat beizutragen, die, wenn länger geduldet, unvermeidlich mit dem Niederreißen aller Barrieren, welche unsere Väter zum Schutz der Freiheit, des Lebens und Eigenthums errichtet haben, endigen und das Land in allgemeine Anarchie und Verwirrung stürzen würden."

Zur Sammlung von freiwilligen Beiträgen und „zur Unter-

stützung der Regierung durch sonstige Verrichtungen, wie das öffentliche Interesse sie erheischen mag," wurde ein Kommittee von 25 Mitgliedern gewählt.

Alle Berichte über diese großartige Volksversammlung stimmen darin überein, daß sie sowohl hinsichtlich der Zahl ihrer Theilnehmer, als auch hinsichtlich des Geistes, der sie belebte, das imposanteste Schauspiel war, welches je dagewesen ist. Sogar der Korrespondent eines Londoner Blattes, dem man wahrlich keine parteiische Vorliebe für das amerikanische Volk zur Last legen kann, gestand in seinem Berichte über die Versammlung ein, daß er weder in London, noch in Paris je eine so ungeheuere Volksmenge beisammen gesehen habe, die bei einem so großen Enthusiasmus einen so ruhigen Ernst und eine so durchaus würdige Haltung beobachtet habe.

In allen übrigen Orten des Staates herrschte ein ähnlicher Eifer und eine ähnliche Begeisterung; so in Buffalo, Albany, Troy, Syracuse, Auburn, Utica. Ueberall wurden Volksversammlungen gehalten, überall bildeten sich freiwillige Milizkompagnieen und Regimenter, überall wurden freiwillige Beiträge zur Ausrüstung und Unterstützung der Milizen gesammelt. Aber auch der Staat blieb nicht hinter den Gemeinden zurück. Schon am 13. April wurde in der Assembly, dem Unterhause der Legislatur, eine „Militär-Bill" berichtet, welche am 15., nach dem Bekanntwerden der Proklamation des Präsidenten, unter Suspendirung der Geschäftsordnung, alle Stadien der Gesetzgebung passirte, dann vom Senat eben so schnell angenommen und noch an demselben Tage vom Gouverneur unterzeichnet wurde. Nur sechs „demokratische" Mitglieder der Assembly, Vertreter der Stadt New-York, und ein „demokratisches" Mitglied des Senats stimmten dagegen. Sie würden das sicherlich nicht gethan haben, wenn sie die Stimmung ihrer Konstituenten gekannt hätten. Die Bill ermächtigte den Gouverneur, außer der bereits organisirten Miliz noch 30,000 Mann Freiwillige für zwei Jahre in Dienst zu nehmen und auf Requisition der Bundesregierung derselben als Miliz zur Verfügung zu stellen. Zur Deckung der Kosten der Equipirung, Verpflegung und Besoldung wurden 3,000,000 Dollar bewilligt.

In dem zweitgrößten Ort der Vereinigten Staaten, der alten „Quäkerstadt" Philadelphia, stieg die Aufregung des Volkes weit

höher, als in New-York. Bereits am 15. April wurde eine Adresse an den Präsidenten in Umlauf gesetzt und rasch mit zahllosen Unterschriften bedeckt, in welcher die Unterzeichner sich verpflichteten, „die Regierung zu unterstützen in ihrem Bemühen, die Ehre, die Integrität und das Dasein unserer nationalen Union aufrecht zu erhalten und das bereits lange genug geduldete Unrecht wieder gut zu machen.“ An demselben Tage durchzog eine aufgeregte Volksmenge, unter Vortragung eines Sternenbanners, die Straßen der Stadt, um Rebellen, oder Anhänger derselben zu fangen. Zuerst ging der Zug nach der Druckerei der „Palmetto Flag,“ eines, wie schon aus dem Namen hervorgeht, die Sache der Rebellion vertretenden Blattes. Im Begriff, die Druckerei zu demoliren, ließ das Volk sich dadurch wieder zufrieden stellen, daß der Eigenthümer des Etablissements die amerikanische Flagge aufzog, alle Nummern, die er von der „Palmetto Flag“ besaß, zum Fenster hinauswarf und, um zu zeigen, daß er mit der Rebellion nicht sympathisire, einige Exemplare eines Blattes von entgegengesetzter Richtung, der „Stars and Stripes,“ nachfolgen ließ. Der Mayor der Stadt erschien mit einer bedeutenden Polizeimacht, um Excesse zu verhüten. Nachdem es ihm gelungen war, sich Gehör zu verschaffen, sprach er die Volksmenge mit den Worten an: „Mitbürger! Mit Hülfe des allmächtigen Gottes soll der Verrath niemals sein Haupt erheben oder festen Fuß gewinnen. Ich fordere euch als amerikanische Bürger auf, zu eurer Fahne zu stehen und sie unter allen Umständen zu vertheidigen, mit der Spitze des Bajonnets, wenn es nöthig ist. Aber indem ihr das thut, vergeßt nicht die Rechte, welche eueren Mitbürgern zustehen, und vergeht euch nicht gegen ihr Eigenthum. Ich fordere alle guten Bürger auf, die ihr Vaterland und seine Fahne lieben, ihre Loyalität dadurch zu beweisen, daß sie nach Hause gehen und den konstituirten Behörden der Stadt überlassen, den Frieden zu schützen und jede Handlung zu verhindern, die als Verrath gegen das Land ausgelegt werden könnte.“ Diese Rede des Mayors und die Thätigkeit der Polizei verhinderte zwar Excesse, aber zum Auseinandergehen ließ sich das Volk nicht bewegen. Große Massen blieben den ganzen Tag auf den Straßen und zogen nach den Druckereien aller Zeitungen und nach den Wohnungen aller namhaften Personen hin, welche die Sache der Rebellen begünstigt hatten, oder

im Verdacht standen, es mit ihnen zu halten, begnügten sich jedoch damit, überall die Entfaltung des Sternenbanners zu erzwingen. Dasselbe wiederholte sich am folgenden Tage, und die Ruhe wurde erst dann wieder hergestellt, als der Mayor eine Proklamation erließ, wodurch er erklärte, daß weder Verrath gegen die Union, noch Gewaltthätigkeiten gegen Personen und Eigenthum würden geduldet werden, und alle guten Bürger aufforderte, den Behörden Jeden zur Anzeige zu bringen, welcher den Feind durch Werbung von Mannschaft, oder durch Lieferung von Waffen, Munition und Lebensmitteln unterstütze.

Die Organisation der bestehenden Milizregimenter wurde rasch vervollständigt, und neue wurden in allen Theilen des Staates Pennsylvanien gebildet. Mit den größeren Städten Philadelphia, Pittsburg, Lancaster, Harrisburg, Erie, Reading wetteiferte das Land in der Bereitwilligkeit, sich dem Dienst der Bundesregierung zum Kampfe gegen die Rebellen zu widmen. Die Bauern verließen den Pflug, um ihn mit der Muskete zu vertauschen; aus den endlosen Wäldern des Alleghany-Gebirges strömten Schaaren von abgehärteten Holzfällern und Köhlern herbei, aus den Eisen- und Steinkohlengruben kamen Tausende, die fast ihr ganzes Leben unter der Erde zugebracht hatten, an's Tageslicht, um ihre, in dem nimmer endenden täglichen Unterjochungskampfe gegen die Natur gestählten Glieder jetzt im Kampfe gegen Ihresgleichen zu versuchen. Schon nach wenigen Tagen waren beim Gouverneur 8 Regimenter von Philadelphia und 140 Kompagnieen aus den übrigen Theilen des Staates angemeldet. Die Legislatur hatte in ihrer regulären Sitzung, schon vor dem Fall des Fort Sumter, 500,000 Dollar zu Rüstungen bewilligt. Nach den Anforderungen, welche die Proklamation des Präsidenten an den Staat stellte, reichte diese Summe nicht mehr hin, worauf der Gouverneur die Legislatur zu einer Extrasitzung berief und eine weitere Bewilligung von drei Millionen Dollar verlangte. Die Legislatur kam dieser Forderung ohne Anstand nach.

Allen Anderen voraus an patriotischem Eifer und Pünktlichkeit war der Staat Massachusetts. Kaum hatte der Gouverneur Andrew auf telegraphischem Wege Kenntniß erhalten von der Proklamation des Präsidenten und der Requisition des Kriegsministers, so meldete er auf demselben Wege nach Washington: „Das von

Massachusetts verlangte Kontingent ist bereit. Wie soll ich dasselbe schicken?" Die Antwort lautete: „Schicken Sie es per Bahn." Zugleich erwies der Kriegsminister dem Staat Massachusetts in Folge dieser Pünktlichkeit die Ehre, statt der ursprünglichen 2 Regimenter 4 von demselben zu verlangen. Dies geschah am 15. April. Schon am 16. fuhr das 6. Milizregiment von Massachusetts, 800 Mann stark, von Boston nach New-York an; am 17. folgte das 4., 500 Mann stark; am 18. das 8., welches 1200 Mann zählte; am 19. ein Schützenbataillon von 300 Mann und am 20. das 5. Regiment, 1000 Mann stark, mit einer gut bespannten Batterie von 6 Geschützen.

„Wo Alle ihre Schuldigkeit gethan haben," so schrieb ein New-Yorker Blatt über Massachusetts, „erscheint es fast gehässig, einen einzelnen Staat besonders hervorzuheben. Als es vor drei Wochen bekannt wurde, daß eine Expedition abgesegelt war, um jener braven kleinen Schaar, die schon so lange den verlorenen Posten im Hafen von Charleston behauptet hatte, Lebensmittel zu bringen, klopfte das patriotische Herz höher vor Erwartung. Als die Nachricht kam, daß die belagerte Besatzung, von zehntausend Feinden angegriffen, von Feuer und Hunger bedrängt, nach einer fast zweitägigen Beschießung mit Kugeln und Bomben gezwungen worden sei, ihren Posten aufzugeben, wollte anfangs Niemand an solche Tollheit der Rebellion glauben. Als aber endlich kein Zweifel mehr blieb, und es bekannt wurde, daß Major Anderson und seine tapferen Gefährten mit nichts Anderem, als ihrer Ehre, ihren Waffen und dem zerschossenen Ueberbleibsel der Flagge, die so lange über ihren Häuptern geweht, die rauchenden Trümmer des Forts verlassen hatten, da eilte der ganze Norden mit einem gewaltigen Schrei der Entrüstung zu den Waffen. Die Vergangenheit war vergessen; alle Parteivorurtheile, lang gehegte politische Neigungen gingen in dem einen allgemeinen und überwältigenden Gefühl der Vaterlandsliebe auf, und der Norden leistete dem Gesetz einer gemeinsamen Brüderlichkeit der Institutionen und Interessen freudig Gehorsam und gestand die Wahrheit ein, die zu begreifen es dreißig Jahre gekostet hatte, daß ein fremdes System bürgerlichen und socialen Lebens ein fremdes Volk geschaffen habe. Er begriff und acceptirte die Thatsache, daß die Zeit gekommen sei für den letzten Kampf um Freiheit, um Heimath und Vaterland mit denjenigen, welche

an die Stelle der Regierung des Volkes die Herrschaft einer Klasse setzen wollten. Und bei dieser gewaltigen Erhebung einer großen Nation führte Massachusetts die Avantgarde. Dieses Vorrecht kam ihm von Rechtswegen zu. Die Nachkommen jener Männer, welche in der State-Straße in Boston unbewaffnet dem Feuer der britischen Truppen Trotz boten, welche auf dem Bunker-Hill nicht eher einen Schuß abfeuerten, als bis sie das Weiße im Auge ihres Feindes sehen konnten, welche in Lexington mit den Waffen, die sie von ihrem Herd ergriffen hatten, die besten Soldaten Europa's zurückschlugen — sie waren nicht die Männer, um in einer Zeit, wie diese, zu zaudern. Es war gut für Massachusetts, daß es als ersten Beamten einen Mann hatte, dessen Voraussicht die Ereignisse hatte kommen sehen, und dessen umfassender Verstand Vorkehrungen für dieselben getroffen. „Wir sind bereit, augenblicklich aufzubrechen," sagte das Volk; „aber wir haben nicht die Mittel." „Schickt nur euere Leute," antwortete der Gouverneur; „die Mittel sind bereit." Er hatte schon seit Monaten dafür Sorge getragen. Die Drähte, welche die Proklamation des Präsidenten nach Boston brachten, hatten kaum aufgehört zu vibriren, als die Männer von Massachusetts schon ihr Handwerkszeug und ihr Ackerbaugeräth bei Seite warfen, aus den Werkstätten und von den Feldern herbeieilten, sich auf den Dorfplätzen versammelten, wie ihre Väter vor sechsundachtzig Jahren gethan, ihre Weiber und Kinder und Eltern der freundlichen Fürsorge der Nachbarn empfahlen, rasch Abschied nahmen und abmarschirten, um sich im Hauptquartier zum Dienst zu melden. In manchen Fällen ertönten in der Nacht die Alarmglocken von den Kirchthürmen, und die Männer sprangen aus den Betten, eilten in die Reihen auf den Rendezvous-Platz, und ehe noch die Sonne aufgegangen war über ihren Heimstätten, die viele von ihnen nie wiedersehen sollten, waren sie bereits auf dem Wege, um die Schlachten ihres Vaterlandes zu schlagen. Bevor noch ein Soldat aus irgend einem anderen Staat, ausgenommen einige wenige von Pennsylvanien, die Hauptstadt des Landes erreicht hatte, überschauten diese ersten Minutenmänner *) von Massachusetts

*) „Minutenmänner" wurden im Revolutionskriege die Milizen genannt, welche zu jeder Minute bereit waren, die Pflugschar, die Axt, den Hammer mit der Flinte zu vertauschen, um die britischen Soldaten zu bekämpfen und nach dem Kampfe zu ihrer bürgerlichen Arbeit zurückzukehren.

schon von den Wällen des Forts Monroe aus die Gestade Virginiens."

Der Staat Massachusetts bewilligte für Rüstungen drei Millionen Dollar, die Stadt Boston 100,000 Dollar, alle übrigen Orte des Staates verhältnißmäßige Summen. Außerdem beschlossen die meisten Gemeinden, ihren Mannschaften zu dem regelmäßigen Solde von 11 Dollar, welchen der Soldat, der Freiwillige und der Milize der Vereinigten Staaten, neben Bekleidung und voller Verpflegung, per Monat erhält, eine Zulage von 5 bis 6 Dollar zu geben und für die Familien der Verheiratheten Sorge zu tragen. Privaten zeichneten ebenfalls ansehnliche Beiträge an baarem Gelde, gaben Waffen, Equipirungsstücke und Lebensmittel, und die Banken des Staates erklärten sich bereit, sofort ein Zehntel ihres Kapitals, das heißt 3,800,000 Dollar, dem Staat oder der Bundesregierung als Darlehen zu geben.

Die übrigen Neu-England-Staaten bestrebten sich, hinter ihrem Schwesterstaat Massachusetts nicht zurück zu bleiben. Gouverneur Washburne von Maine berichtete an den Kriegsminister der Vereinigten Staaten: „Ihre Depesche erhalten. Ihrer Aufforderung wird pünktlich Folge geleistet werden. Das Volk von Maine, von allen Parteien, wird sich mit Freudigkeit sammeln, um die Regierung und die Union aufrecht zu erhalten." Die Legislatur beschloß einstimmig, alle Hülfsquellen des Staates der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen, sofort 10 Milizregimenter und eine Küstenwache zu errichten und einstweilen 1,300,000 Dollar für Rüstungen zu bewilligen. Der Gouverneur von Vermont antwortete dem Kriegsminister: „Ein Regiment Green Mountain Boys *) wird sofort aufgebracht werden." Die Legislatur votirte eine Million Dollar für die Rüstungen. Dieselbe Summe votirte auch die Legislatur von Connecticut, dessen Gouverneur dem Kriegsminister erwiderte: „Ihre Requisition wird ungesäumte Beachtung finden." Vorläufig wurden 3 Regimenter in diesem Staat gebildet. Gouverneur Sprague von Rhode-Island offerirte sich selbst und zwei Regimenter. Die Bundesregierung wollte jedoch einst-

---

*) Vermont wird der „Green Mountain State," der „Staat der Grünen Berge," und seine Bewohner die „Green Mountain Boys," die „Buben der Grünen Berge," genannt. Es sind riesige „Buben," die Vermonter, meist sechs Schuh hoch und darüber.

wollen nicht mehr, als ein Regiment von dem „kleinen Rhody“ haben. Am 18. fuhr eine dem Regiment attachirte Feldbatterie von 6 Geschützen nach New-York ab und von da weiter nach Washington; am 20. folgte das Regiment, mit dem Gouverneur an der Spitze. In diesem Regiment diente ein Mann als Gemeiner, der über eine Million Dollar im Vermögen hatte. Im Begriff, eine Vergnügungsreise nach Europa zu machen, wurde er durch den Angriff auf das Fort Sumter und die Proklamation des Präsidenten zurückgehalten, zerriß sein schon gelöstes Dampfschiffbillet und trat als Soldat in die Miliz ein, wo er jede Dienstverrichtung ebenso pünktlich versah, wie irgend einer seiner Kameraden. Waren auch alle Klassen der Gesellschaft in der Miliz repräsentirt, so war doch ein Millionär in Reih' und Glied immerhin eine seltene Erscheinung. Die Legislatur des Staates setzte für Rüstungen 500,000 Dollar aus. Banken und Geschäftshäuser erboten sich, den fünffachen Betrag dieser Summe zu dem niedrigen Zinsfuß von fünf Procent vorzuschießen. Ein Geschäftshaus, an dem der Gouverneur Theilhaber war, offerirte allein 100,000 Dollar.

Ich füge diesen kurzen Notizen noch hinzu, was ein Korrespondent des Londoner Blattes „Daily News“ schrieb. „Die Neu-England-Staaten,“ sagte derselbe, „sind das interessanteste Studium, nicht allein weil Massachusetts am ersten bereit war, sondern weil das ganze Verhalten derselben uns erinnert, daß dieses Volk die Abkömmlinge der Pilgrime sind. Es war nicht das flammende Kreuz, das durch dieses Land gesandt wurde, aber es war etwas ebenso Schnelles und ebenso Wirksames. Bei der Ankunft des Telegramms auf irgend einer Station schwang sich Einer auf's Pferd und jagte durch Dörfer und Flecken, bis sein Pferd zusammenstürzte, und ein Anderer seine Botschaft übernahm. In diesen ländlichen Ansiedlungen hatten die Bürger manches Jahr Hymnen in ihren Abendversammlungen gesungen, worin sie gelobten, auf jedem Wege und in jedem Augenblick, den man ihnen bestimmen würde, gegen „die Sünde und den Fluch des Landes“ anzurücken. Vielen von diesen begegnete der reitende Bote, während sie vom Felde, aus der Werkstatt oder vom Schiffe heimkehrten. „Ihre Gemeinde sollte so und so viel Mann in den Krieg schicken; in einer halben Stunde würde der letzte Zug abfahren.“ Sie legten

ihre Geräthschaften nieder oder gaben sie den Umstehenden, im Vertrauen darauf, daß die, welche nicht mehr heute Abend gehen konnten, morgen früh ihre Kleider mitbringen würden, und brachen auf, wie sie eben waren; einige mit der Erde der Ackerfurchen an ihren Stiefeln, andere mit den Zeichen ihrer Tagesarbeit noch an den Händen. Wenn solche Männer dann durch die Städte marschirten, liefen die Kaufleute ihnen entgegen und fragten sie: „Können wir euch mit irgend etwas dienen?“ Und sie brachten von allen Artikeln herbei, welche ihre Waarenlager enthielten, und welche den Milizen von Nutzen sein konnten. Die schmutzigen Stiefel verschwanden dann; was alt und zerrissen war, wurde durch Neues ersetzt, und alle Tornister und Taschen wurden mit nothwendigen und nützlichen Dingen und mit den Mitteln, um sie zu kaufen, gefüllt. Brot wurde täglich in Boston gebacken und zu hunderten von Fässern fortgeschickt, damit es nicht an Lebensmittelvorräthen fehle. Bei dem ersten Gerücht von Mangel kam ein Ueberfluß zum Vorschein, der jeder Berechnung spottete. Die Menge der Lebensmittel, welche im ganzen Lande angeboten worden sind, von den Seehäfen bis zu den großen Flüssen und Binnenseeen hinauf, ist unerschöpflich.“

Ohio, der drittgrößte Staat der Union und der erste, welcher aus dem nordwestlichen Territorium gebildet worden war, bewies, daß er die Freiheit, die ihm durch die Jefferson'sche Ordonnanz von 1787 gesichert wurde, zu schätzen wußte. Gouverneur Dennison erwiderte am 15. April dem Kriegsminister: „Ihre Depesche, welche von Ohio 13 Regimenter verlangt, ist soeben eingetroffen und wird pünktlich erledigt werden.“ Die Legislatur wies drei Millionen für Kriegszwecke an, die Stadt Cincinnati gab 200,000 Doll. Das Volk des Staates — so wurde von allen Orten berichtet — wird wie Ein Mann für die Bundesregierung einstehen. Eine Volksversammlung, welche noch am 15. in Cincinnati veranstaltet wurde, die größte, welche je dort stattgefunden, sprach sich ebenfalls entschieden in diesem Sinne aus. Der Handelsstand von Cincinnati, dessen Hauptverkehr nach dem Süden, nach Memphis, Vicksburgh, Natchez, New-Orleans und anderen Städten am Mississippi ging, brach sofort diesen Verkehr ab. Alle nach dem Süden bestimmten Schiffe wurden durchsucht, und was dieselben an Waffen, Munition und Lebensmitteln an Bord hatten, wurde

konfiscirt. Zur Handhabung einer strengen Flußpolizei wurden von den Stadtbehörden zwei Dampfschiffe gemiethet, zur Vertheidigung der Stadt gegen etwaige Angriffe von Seiten der Rebellen eine Home Guard (Bürgerwehr) von 10,000 Mann organisirt. Der Gouverneur ordnete mit Zustimmung der Legislatur die Errichtung einer aktiven Miliz von 25,000 Mann in 25 Regimentern und einer Reservemiliz von 35,000 Mann an. Der Zudrang zu den ersteren war so groß, daß bei Weitem nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden konnten. Ein angesehener Bürger von Cincinnati telegraphirte dem Präsidenten: „Männer aller Klassen treten in Dienst. Der größte Enthusiasmus herrscht. Der Hochverrath findet keine Sympathie."

Der Staat New-Jersey stand im Verdacht, sich stark zu den Rebellen hinzuneigen. Die Fabrikstädte Newark, Elizabeth, Rahway und New-Brunswick, welche ihren Hauptabsatz nach dem Süden, namentlich nach Charleston, hatten, sympathisirten von jeher mit dem Süden und gaben fast bei allen Wahlen ansehnliche demokratische Mehrheiten. Das Volk indeß widerlegte glänzend den Verdacht, indem eine Versammlung in Newark, der gegen 50,000 Menschen aus der Stadt und aus der ganzen Umgegend weit und breit beiwohnten, sich mit großem Enthusiasmus für die Erhaltung der Union um jeden Preis erklärte. Die Legislatur des kleinen Staates bewilligte zwei Millionen, die Stadt Newark 100,000 Dollar, andere Orte im Verhältniß, für Rüstungen, und die 4 Regimenter, welche der Staat zu stellen hatte, waren in kurzer Zeit marschfertig.

Aus Chicago, der großen Handelsmetropole des Staates Illinois und des ganzen Nordwestens, wurde berichtet: „Die kriegerische Hitze im Westen hat einen hohen Grad erreicht. Depeschen aus fast allen Orten in Illinois, Wisconsin, Iowa und Minnesota, die telegraphische Verbindung haben, schildern das Volk als fest entschlossen, die Regierung in ihren Bemühungen zur Aufrechthaltung des nationalen Banners mit allen Mitteln zu unterstützen." Und wie in den genannten Staaten, so war es auch in Indiana, Michigan und Kansas. Alle Gouverneure erließen unverzüglich die nöthigen Befehle und Aufforderungen, um die von der Bundesregierung verlangten Milizen zu stellen und weitere Streitkräfte bereit zu halten. Von Indiana fuhr schon

am 18. ein Regiment nach Washington ab. In Illinois hatte der Gouverneur an demselben Tage bereits 49 Kompagnieen in Dienst genommen, und eben so viele hatten sich noch angemeldet. Die Legislatur von Illinois bewilligte 3,500,000 Dollar für Rüstungen, die von Indiana, Michigan und Wisconsin je eine Million. Die State-Bank von Indiana erbot sich, alles Geld, dessen der Staat bedürfe, vorzuschießen, die Banken von Chicago offerirten 500,000 Dollar, und die Eisenbahnen des Staates Illinois erklärten sich bereit, alle Truppen bis zu ihren Rendezvous-Plätzen unentgeltlich zu transportiren.

Ich könnte diese einfache Darstellung der Erhebung des Nordens in einigen ihrer Hauptzüge noch durch unzählige Beispiele des glühendsten Patriotismus, der edelsten Aufopferung illustriren; allein der Zweck dieser Arbeit und der Raum, auf den ich mich nothwendig beschränken muß, gestatten mir nicht, mich in solche Einzelheiten zu verlieren. Um aber zu zeigen, wie auch das weibliche Geschlecht an der patriotischen Erhebung Theil nahm, führe ich ein Beispiel von vielen hier an. Lieutenant Smead von der regulären Armee war vom Oberkommando mit einer Depesche nach Fort Pickens geschickt worden. Die Antwort, welche er darauf erhielt, gab er der Rebellenregierung in Montgomery zur Einsicht und brachte sie erst dann nach Washington. Für diese verrätherische Handlung wurde er kassirt. Wenig bekümmert um diese gelinde Strafe, begab er sich nach Fort Monroe, um seine dort weilende Gattin abzuholen und dann mit ihr nach dem Süden zu ziehen. Der Eintritt in das Fort wurde dem Verräther verwehrt; es wurde ihm nur gestattet, außerhalb desselben eine Unterredung mit seiner Gattin zu halten. Begleitet von einigen Freundinnen ging die brave Frau hinaus und trat ihrem unwürdigen Mann mit den Worten entgegen: „Ich sollte mit Dir gehen? Nimmermehr! Unsere Wege sind fortan geschieden. Ich verläugne Dich. Ein Feigling und Verräther kann nicht mein Gatte sein. Fortan giltst Du mir als todt. So lange ich lebe, werde ich um Dich trauern und mich als Wittwe betrachten. Ich werde unsere Kinder lehren, Dein Andenken als das eines Missethäters und Verräthers zu verfluchen.“ Nach diesen Worten wandte sie sich rasch in das Fort zurück, wo sie sich einem ungezügelten Ausbruch des wildesten Schmerzes überließ.

Zum Schluß führe ich noch einige Worte des schon oben erwähnten Korrespondenten der „Daily News“ hier an. „Jetzt, da die zweite amerikanische Revolution nach langem Erwarten eingetreten ist, sind wir im Stande, wenn wir nur wollen, sie zu sehen und zu begreifen, sie in ihrer ganzen Lebhaftigkeit zu sehen, in ihrer ganzen Eigenthümlichkeit zu begreifen. Wenn es jetzt noch irgend eine Affektation im Auslande gibt, welche an den laufenden Ereignissen kein Interesse zu nehmen behauptet, so möge sie auf ihre Ehre erklären, ob sie in irgend einem Buche der Neuzeit eine Erzählung oder ein Bild aufzeigen kann, das ernsthafter, belehrender oder werthvoller wäre, als Nachrichten wie die folgenden. Die Ereignisse trugen sich alle in diesem Monat zu, und wenn sie sich wie eine Erzählung der Ereignisse vor neunzig Jahren lesen, um so besser. Präsident Lincoln und sein Staatssekretär erließen ein Aufgebot von 75,000 Mann zur Vertheidigung der Regierung, gänzlich im Ungewissen, was darauf erfolgen würde. Es kann nicht länger mehr bezweifelt werden, daß der Feind versprochen hatte, Washington zu erobern, Philadelphia zu nehmen und auf New-York zu marschiren, im Vertrauen auf eine warme und freudige Aufnahme als Erlöser des Handels dieses Hafens mit dem Süden. Der Präsident sah, daß es keinen andern Weg mehr gab, als Widerstand; aber er hatte kein Mittel, um zu wissen oder auch nur vermuthen zu können, ob eine hinlängliche Macht zu seiner Verfügung stehen würde. In alten Zeiten würden wir erst lange nachher erfahren haben, wie die Antwort lautete; jetzt aber sind alle Einzelheiten im Bereich Derjenigen, welchen es gefällt, darnach zu fragen. Die Antwort von allen freien Staaten war, daß er nicht halb genug gefordert hatte. Hätte er eine Viertelmillion Mannschaft oder eine halbe oder auch eine ganze Million verlangt, er würde sie gehabt haben mit allen Mitteln, die das Land herbeischaffen konnte. Die Details zeigen, ob dies Uebertreibung oder Wirklichkeit ist.“

Zehntes Kapitel.

Eindruck der Proklamation auf die rebellischen Staaten. Der Kongreß der südlichen Konföderation zu einer außerordentlichen Sitzung berufen; Truppenaufgebot und Proklamation des Präsidenten Davis über Ausstellung von Kaperbriefen. Verhalten der übrigen Sklavenstaaten. Delaware der Union treu. Maryland zweifelhaft; Aufruhr in Baltimore; der direkte Weg vom Norden nach Washington abgeschnitten; neue Routen für die Bundestruppen eröffnet; Umschwung in Baltimore; der Weg wieder offen; die Legislatur wagt nicht, den Staat loszureißen. Losreißung Virginiens, Rüstungen und Wegnahme des Bundeseigenthums. Losreißung von Nord-Carolina, Arkansas und Tennessee. Kentucky neutral. In Missouri stehen sich die Parteien schroff gegenüber; die Behörden für die Rebellen, die Mehrheit des Volks loyal.

In den rebellischen Staaten machte die Proklamation des Präsidenten Lincoln wenig Eindruck. Die lange Unthätigkeit der Bundesregierung hatte die Rebellen zu dem Glauben veranlaßt, daß der Präsident weder den Muth, noch die Macht habe, etwas Ernstliches gegen sie zu unternehmen. Sie verließen sich auf die Unentschlossenheit des Nordens, die stets ihr bester Verbündeter gewesen war, und bildeten sich ein, durch diese Unentschlossenheit und Aengstlichkeit, sowie durch die warmen Sympathieen, welche ihre alten Parteigenossen, die Demokraten, noch immer für sie hegten, seien dem Präsidenten die Hände gebunden. Der mißglückte Versuch, Fort Sumter zu verproviantiren, und die leichte Eroberung dieses Forts, welche einen ungeheuren Jubel im ganzen Süden hervorrief, bestärkten sie in diesem Irrwahn. Die Führer der Bewegung bemühten sich, das Volk darin zu erhalten, indem sie systematisch die fabelhaftesten Lügen über das, was im Norden vor sich ging, verbreiteten und ihre eigene Schwäche hinter den größten Prahlereien verdeckten. So sagte der Kriegsminister der „Konföderirten Staaten," als das Volk von Montgomery am 12. April als ein Zeichen der Anerkennung für die Eröffnung des Bombardements auf Fort Sumter ihm ein Ständchen brachte: „Niemand kann sagen, wo der heute begonnene Krieg enden wird; aber das prophezeie ich euch, daß unsere Flagge noch vor dem 1. Mai auf der Kuppel des alten Kapitols zu Washington

wehen wird. Laßt sie nur die Ritterlichkeit des Südens und den Umfang unserer Hülfsquellen auf die Probe stellen, und sie wird noch über der Faneuil Halle in Boston wehen." In ähnlichen Großsprechereien ergingen sich bei anderer Gelegenheit auch der Präsident und Vicepräsident der Konföderirten Staaten.

Die Zeitungen berichteten, Jefferson Davis habe auf die Proklamation des Präsidenten Lincoln mit dem Witz geantwortet:

„With mortar, paixhans and petard
We send old Abe our Beauregard."*)

Ob er wirklich eine solche Insolenz begangen, mag dahingestellt sein; die Nachricht fand wenigstens allgemeinen Glauben, im Norden sowohl als im Süden, und man kann sich deßhalb auch nicht darüber wundern, daß unter den Umständen, wie ich sie eben angedeutet habe, die Rebellen die Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten nur mit Hohngelächter aufnahmen. Von den Anhängern der Union war in den rebellischen Staaten, Texas ausgenommen, bald nichts mehr zu sehen und zu hören. Sie wurden entweder mit in den Schwindel hineingerissen, oder waren durch den Terrorismus der herrschenden Secessionspartei so eingeschüchtert, daß sie sich nicht mehr zu regen wagten.

Jefferson Davis berief den Kongreß der Konföderirten Staaten zu einer außerordentlichen Sitzung auf den 29. April, forderte zur Bildung einer Feldarmee je 5000 Mann von den Staaten Süd-Carolina, Georgia, Alabama, Louisiana, Mississippi und Texas und 2000 von Florida, und erließ eine Proklamation zur Anwerbung von Kaperschiffen, welche mit diesen Worten beginnt: „Da Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, durch eine Proklamation die Absicht angekündigt hat, mit bewaffneter Macht die Konföderation anzugreifen, um ihre Befestigungen zu erobern und dadurch das freie Volk derselben der Herrschaft einer fremden Macht zu unterwerfen; und da es so die Pflicht dieser Regierung geworden ist, den angedrohten Angriff zurückzuschlagen und die Rechte und Freiheiten des Volkes mit allen Mitteln zu vertheidigen, welche das Völkerrecht und die Gebräuche der civi-

*) „Mit Mörser, Paixhans und Petard'
Schicken wir dem alten Abraham (Lincoln) unsern Beauregard."
(Name des kommandirenden Generals der Rebellen und zugleich: „Gruß.")

listirten Kriegführung ihr zur Verfügung stellen: deßhalb erlasse ich, Jefferson Davis, Präsident der Konföderirten Staaten von Amerika, diese meine Proklamation und lade alle Diejenigen, welche durch den Dienst in bewaffneten Privatschiffen auf hoher See diese Regierung in ihrem Widerstand gegen einen so muthwilligen und verruchten Angriff zu unterstützen wünschen, dazu ein, sich um Kaperbriefe, die unter dem Siegel dieser Konföderirten Staaten ausgegeben werden sollen, zu bewerben."

Welchen Erfolg diese, an die ganze Welt gerichtete Proklamation hatte, werden wir in einem der nachfolgenden Kapitel sehen, welches die Kampfmittel und die Rüstungen der kriegführenden Parteien speziell behandeln wird. Zunächst müssen wir das Verhalten der übrigen acht Sklavenstaaten in's Auge fassen, die am 15. April noch die Autorität der Bundesregierung anerkannten.

Der Gouverneur von Delaware weigerte sich, das vom Präsidenten Lincoln verlangte Regiment zu stellen. Das Volk jedoch begann auf eigene Hand ein Regiment zu organisiren; sogar die Quäker, die den Krieg als eine Sünde verabscheuen, meldeten sich zum Militärdienst. „Nirgends," so wurde aus der Hauptstadt Wilmington geschrieben, „kann die Anhänglichkeit an die Union größer sein, als in Delaware." Senator Byyard, der es mit den Rebellen hielt, mußte sich vor dem Unwillen des Volkes flüchten, und eine Zeitung in Wilmington, welche sich für die Lostrennung des Staates ausgesprochen hatte, wurde zur Umkehr und zum Aufstecken des Sternenbanners genöthigt.

Ich habe schon früher erwähnt, einen wie großen Werth die Rebellen auf den Besitz des Staates Maryland legten, theils weil der Theil des Distrikts Columbia, in welchem die Stadt Washington liegt, ganz von dem Gebiet dieses Staates eingeschlossen ist und ursprünglich zu demselben gehörte, theils weil die einzige Landverbindung der Bundeshauptstadt mit dem Norden auf eine große Entfernung hin durch Maryland führt. Die Rebellen hatten nun den Plan entworfen, diese Verbindung abzuschneiden, einen blutigen Konflikt zwischen dem Volk von Maryland und den von der Bundesregierung aufgebotenen Streitkräften herbeizuführen, um den Staat dadurch in den Secessionsschwindel hineinzureißen, und die Isolirung der Stadt Washington zu benutzen, um sich derselben durch einen Handstreich zu bemächtigen. Der

passendste Angriffspunkt zur Ausführung dieses Planes war die Stadt Baltimore, weil die von Philadelphia und von Harrisburg kommenden Eisenbahnen dort zusammentreffen, weil die Rebellion einen starken Anhang in dieser Stadt hatte und weil das zahlreiche Rowdygesindel derselben am besten zu einem mörderischen Anfall auf die Bundesmilizen zu gebrauchen war. Am 18. April passirten 500 Mann von Pennsylvanien die Stadt. Bis auf einen Steinhagel, mit welchem der Eisenbahnzug, in dem sie saßen, bombardirt wurde, kamen sie unangefochten durch. Am 19. Vormittags folgte das 6. Milizregiment von Massachusetts, 800 Mann stark. Von dem nördlichen Bahnhof für die Philadelphia- und Pittsburger Bahn werden die Waggons nach dem südlichen Bahnhof für die Washingtoner Bahn mit Pferden durch die Stadt gezogen. Eine große Volksmenge hatte sich in den Straßen gesammelt und schleuderte Ziegel- und Pflastersteine gegen die Wagen. Die Truppen, obschon manche von ihnen verletzt wurden, ließen sich das nicht anfechten, und so kam die erste Abtheilung des Zuges ohne Aufenthalt auf dem südlichen Bahnhof an. Als die zweite Abtheilung bis in die Mitte der Stadt gekommen war, fand es sich, daß das Volk mittlerweile die Schienen aufgerissen hatte. Die Truppen mußten deßhalb aussteigen und ihren Weg zu Fuß fortsetzen. So lange das Volk bei Schimpfreden, Drohungen und Steinwürfen blieb, marschirten sie ruhig weiter, ohne sich daran zu kehren. Als aber Pistolenschüsse auf sie abgefeuert wurden und der Pöbel gar die Dreistigkeit hatte, einigen ihrer Kameraden, die, von Steinwürfen getroffen, zu Boden stürzten, die Gewehre zu entreißen, um sie dann in ihre Reihen abzuschießen, machten sie endlich doch von ihren Waffen Gebrauch. Ein unregelmäßiges Feuer entspann sich die ganze Linie entlang, worauf die Rowdybanden sich aus dem Staube machten und den Durchmarsch des Massachusettser Regiments nicht weiter hinderten. Dagegen stürzten sie sich auf eine andere Abtheilung unbewaffneter Pennsylvanischer Miliz, welche noch auf dem nördlichen Bahnhof hielt, und zwangen dieselbe, umzukehren. Das 6. Regiment von Massachusetts hatte in diesem Rencontre 2 Todte und 12 erheblich Verwundete, die Rowdys von Baltimore 7 Todte; die Zahl ihrer Verwundeten ist nicht ermittelt worden.

Hätte es noch irgend einer Veranlassung bedurft, um

die Empörung des Nordens gegen die Rebellen wach zu rufen und ihn zum Kampfe zu entflammen, so war sie in dem frechen, hinterlistigen Angriff des Pöbels von Baltimore auf das 6. Milizregiment von Massachusetts gegeben. Gerade an demselben Tage vor 86 Jahren, am 19. April 1775, war in dem ersten Freiheitskampfe der Vereinigten Staaten das erste Blut geflossen. Eine Abtheilung desselben Milizregiments, welches jetzt von den Rebellen in Baltimore angefallen worden war, die Vorfahren derselben Männer waren vor 86 Jahren in Lexington von britischen Truppen angefallen worden und hatten das erste Blut für die Sache der Freiheit hingegeben. Welche Erinnerung! Und wie damals jeder Mann von Massachusetts, jeder Mann von Neu-England im Stillen gelobt hatte, nicht zu rasten, bis die Todten von Lexington tausendfältig gerächt, bis die britischen Truppen vom amerikanischen Boden vertrieben, bis Freiheit und Unabhängigkeit des Landes gesichert sein würden: so gelobten auch jetzt die Nachkommen jener Männer, ihre Todten von Baltimore tausendfältig zu rächen und nicht zu rasten, bis die Rebellion zu Boden geschlagen, bis das Werk ihrer Väter vollendet und die Freiheit des Landes ganz und für immer gesichert sein werde.

Nicht bloß die nachfolgenden Regimenter von Massachusetts, sondern auch mehrere Regimenter von anderen Staaten verlangten ausdrücklich, durch Baltimore geführt zu werden, um das „Rebellen- und Rowdy-Nest" gründlich auszuräuchern und nöthigenfalls dem Erdboden gleich zu machen. Aber die Bundesregierung ging nicht darauf ein, sondern wies den vom Norden kommenden Truppen einstweilen andere Marschrouten an, auf denen sie am schnellsten und sichersten nach Washington gelangen konnten. Diese Routen waren: 1. von Havre de Grace, welches an der Philadelphia-Baltimore-Eisenbahn und am oberen Ende der Chesapeake-Bai liegt, zu Schiff die Bai entlang bis nach Annapolis, dem Regierungssitz von Maryland, und von dort per Eisenbahn nach Washington; 2. von New-York zu Schiff entweder nach Annapolis und dann wieder per Eisenbahn nach Washington, oder den Potomac hinauf direkt nach Washington. Der Oberbefehlshaber der Armee hatte es für unerläßlich nothwendig erklärt, so schnell als möglich die Bundeshauptstadt sicher zu stellen und deßhalb diese Wege zur Herbeiziehung der Truppen einzuschlagen.

In Baltimore nämlich hatten seit dem 19. April die Rebellen vollständig die Oberhand gewonnen. Die ganze Polizei stand auf ihrer Seite; der Mayor der Stadt und der Gouverneur des Staates beugten sich vor ihnen. Beide erließen Proklamationen, worin sie das Volk zum Gehorsam gegen die Gesetze und die Behörden und zur Erhaltung des Friedens und der Ruhe ermahnten. Von dem verbrecherischen Angriff gegen die Truppen war darin keine Rede; eben so wenig wurden irgend welche Maßregeln zur Verfolgung der Verbrecher ergriffen. Beide wandten sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit dem dringenden Ersuchen, keine Truppen mehr durch Baltimore marschiren zu lassen. Der Präsident lud die Herren ein, nach Washington zu kommen, um die Sache mit ihm zu besprechen. Da der Gouverneur Hicks nicht in Baltimore anwesend war, fuhr der Mayor allein hin und hatte eine lange Unterredung mit dem Präsidenten, in Gegenwart des Kabinets und des General Scott. Nachdem der Mayor die furchtbare Aufregung, welche in der Stadt Baltimore herrsche, geschildert und die Versicherung gegeben hatte, daß die Stadt- und Staatsbehörden den besten Willen hätten, Ruhe und Frieden zu erhalten, aber für nichts einstehen könnten, wenn wieder Truppen durch die Stadt marschiren sollten, erklärte der Präsident: er wünsche eine Kollision mit dem Volke zu vermeiden; indeß müsse er Truppen zum Schutz der Bundeshauptstadt herbeiziehen und zwar durch den Staat Maryland, da ihm keine andere Route zur Verfügung stehe; er erwarte, daß die Behörden ihre Schuldigkeit thun würden, um den Weg über Annapolis offen zu erhalten; sollten aber auch dort Hindernisse in den Weg gelegt werden, so würden sich die Truppen mit Gewalt den Durchgang auf irgend einer Route, sei es durch Baltimore, oder wo sonst, erzwingen müssen.

Gouverneur Hicks, welcher bis dahin allen Einflüsterungen und Drohungen der Secessionisten entschlossen widerstanden hatte, war jetzt so ganz in ihren Händen, daß er am 22. April dem Präsidenten schrieb, er müsse gegen jeden Truppendurchmarsch durch das Gebiet des Staates Maryland protestiren und mache den Vorschlag, den britischen Gesandten, Lord Lyons, zu ersuchen, daß er die Rolle eines Vermittlers zwischen „den streitenden Parteien" übernehme. Auf dieses Schreiben antwortete der Staats-

sekretär Seward: die Streitkräfte, welche jetzt durch Maryland herbeigezogen würden, seien nur zur Vertheidigung der Hauptstadt bestimmt; eine Route durch Maryland sei für dieselben unerläßlich nöthig, und die jetzt eingeschlagene über Annapolis, welche auf den Vorschlag des General Scott ausgewählt worden sei, könne von der Bevölkerung Marylands am wenigsten anstößig gefunden werden, da sie von den volkreichen Städten des Staates weit abliege; in früheren Zeiten seien zur Vertheidigung der Hauptstadt bestimmte Truppen dem Volke von Maryland und namentlich den Bürgern von Annapolis willkommen gewesen; wenn aber auch alle anderen edlen Empfindungen aus Maryland verschwunden sein sollten, so hoffe der Präsident doch, daß die eine wenigstens noch in dem Volke des Staates lebe, daß kein Streit zwischen den Parteien der Republik jemals unter irgend welchen Umständen einem fremden Schiedsrichterspruch unterworfen werden sollte, und am allerwenigsten dem einer europäischen Monarchie.

Die Rebellen in Baltimore beschränkten sich nach dem Angriff auf das Milizregiment von Massachusetts nicht darauf, sich zu bewaffnen, Barrikaden aufzuwerfen und viele Häuser an den Straßen, durch welche die Eisenbahn geht, mit Schießscharten zu versehen und Steine in den oberen Stockwerken und auf den Dächern aufzuhäufen, sondern sie zerrissen auch die Telegraphendrähte und zerstörten die Eisenbahnen nördlich von Baltimore. Starke Haufen Bewaffneter drangen längs der Bahnlinie gegen Havre de Grace vor, rissen die Schienen auf, trugen die Dämme ab und demolirten und verbrannten die großen Brücken, welche über die Küstenflüsse und die weit in's Land reichenden Buchten der Chesapeake-Bai zwischen Baltimore und Havre de Grace führen. Milizkompagnieen schlossen sich den Rebellen an und unterstützten sie in ihrem Treiben. Gouverneur Hicks und Mayor Brown thaten nichts dagegen; von glaubwürdigen Leuten wurde sogar behauptet, der Gouverneur habe selbst die Zerstörung mehrerer Eisenbahnbrücken angeordnet, ein Vorwurf, gegen den er sich zwar später verwahrt hat, der aber als dringender Verdacht auf ihm haften geblieben ist.

Die direkte Verbindung zwischen der Bundeshauptstadt und den nördlichen Staaten war auf diese Weise gänzlich unterbrochen. Passagiere und Posten mußten den Umweg über Annapolis und Havre de Grace einschlagen, und die Bürger des Nordens, welche

ohne Kenntniß der Lage der Dinge in jenen Tagen von Washington nach Baltimore kamen, oder welche sich zufällig in dieser Stadt aufhielten, mußten, um Mißhandlungen zu entgehen, sich beeilen, zu fabelhaft enormen Preisen in Fuhrwerken oder Schiffen fortzukommen. Der telegraphische Verkehr der Stadt Washington blieb ganz abgeschnitten, so lange Baltimore in den Händen der Rebellen war. Die Bundesregierung kam darüber erst in's Klare, als auf alle ihre Depeschen nach dem Norden, welche natürlich in Baltimore aufgefangen wurden, keine einzige Antwort erfolgte.

Der Secessionsschwindel in Baltimore war indeß nur von sehr kurzer Dauer; zehn Tage genügten, um ihm ein Ende zu machen. Die verübten Gewaltthaten und die Unterbrechung aller Verbindungen brachten eine völlige Stockung des Handels und der Gewerbe hervor, deren Folgen sich für alle Klassen der Gesellschaft sehr unangenehm fühlbar machten, und als täglich Tausende von Milizen nach Washington eilten, als kein Angriff auf die Bundeshauptstadt unternommen wurde, als die erwartete Unterstützung der Rebellen von Virginien ausblieb, und als in dem größten Theil des Staates Maryland, namentlich in allen nordwestlichen Counties, das Volk sich energisch gegen den Secessionsschwindel und die Missethaten in Baltimore erhob und seine unwandelbare Anhänglichkeit an die Union erklärte, — da sank auch den Rebellen in Baltimore der Muth, sie wurden von Tag zu Tag kleinlauter, zogen sich vom Schauplatz des Handelns zurück und entfernten sich in großer Zahl nach Virginien, um der Abrechnung, die ihnen bevorstand, zu entgehen; während die Anhänger der Union zu der Einsicht kamen, daß sie die große Mehrheit in der Stadt bildeten und sich nur von einer Handvoll Rebellen, deren ganze Macht in den Rowdies, in einigen von denselben gewählten Beamten und der Polizei bestand, hatten einschüchtern und terrorisiren lassen. Schon am 29. April wurde in dem östlichen Theile der Stadt eine Unionsversammlung gehalten, an der gegen 2000 Personen theilnahmen, Nationalflaggen wurden aufgezogen, patriotische Beschlüsse gefaßt, und eine Dampferlinie zwischen Baltimore und Perryville, welches Havre de Grace gegenüber, an der anderen Seite der Mündung des Susquehanna liegt, errichtet, um die unterbrochene Verbindung mit dem Norden wieder herzustellen. Kein Rebell ließ sich mehr öffentlich sehen oder hören.

In den nächsten Tagen gab sich der völlige Umschwung in der Haltung der Stadt noch deutlicher zu erkennen. Am 1. Mai zogen die von der neuen Bundesregierung angestellten Zoll- und Postbeamten, welche bis dahin ihre Funktionen nicht hatten antreten können, in ihre Amtsgebäude ein, auf denen mit großen Feierlichkeiten und unter allgemeinem Zujauchzen der zahlreich versammelten Bevölkerung das Sternenbanner entfaltet wurde. An demselben Tage wurde die Vierteljahrssitzung des Kriminalgerichts eröffnet. Der vorsitzende Richter machte die Grandjury darauf aufmerksam, daß es ihre Schuldigkeit sei, die Personen, welche sich an dem Angriff auf die Bundesmilizen, an der Zerstörung der Eisenbahn und anderen gesetzwidrigen Handlungen betheiligt hätten, zu ermitteln und in Anklagezustand zu versetzen. Da es sehr schwer hielt, Zeugniß zu bekommen, und viele der Schuldigen sich entfernt hatten, gelang es der Grandjury nur, gegen sechs Personen eine Anklage zu erheben, womit indeß immerhin wenigstens ein Anfang zur Verfolgung des Verbrechens gemacht war. In allen Theilen der Stadt wurden an diesem und den folgenden Tagen Unionsversammlungen gehalten, welche einstimmig Beschlüsse dieses Inhalts faßten: „Wir schätzen die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten hoch und wollen unser Leben und unsere Glücksgüter der Vertheidigung ihrer Integrität gegen alle revolutionären Angriffe widmen; wir bedauern den gewaltsamen Angriff auf die Truppen der Vereinigten Staaten, welche friedlich durch die Stadt marschirten, um den Sitz der Regierung zu beschützen, und sprechen uns mit Entrüstung dagegen aus, daß dieser Angriff als Vorwand benutzt wurde, um die Stadt in eine der Regierung feindliche Stellung zu versetzen."

Folgende Adresse „an die Regierung der Vereinigten Staaten zu Washington": „Die unterzeichneten Bürger von Baltimore stellen achtungsvoll vor, daß unserer Meinung nach, Truppen der Vereinigten Staaten, oder militärische Kräfte oder Vorräthe ohne ferneres Hinderniß oder Belästigung durch Baltimore passiren sollten, und daß wir als loyale Bürger alle unsere Anstrengungen aufbieten werden, um jeder etwaigen Hemmung vorzubeugen," sowie eine Denkschrift an die Legislatur des Staates, worin dieselbe aufgefordert wurde, dafür Sorge zu tragen, daß die zerstörten Eisenbahnbrücken wieder hergestell und alle Kommunikationslinien

dem freien Verkehr wieder geöffnet würden, zirkulirten in der Stadt und wurden, mit zahlreichen Unterschriften bedeckt, an ihren Bestimmungsort abgesandt. Die Kaufleute, Banquiers und Industriellen faßten ebenfalls Beschlüsse für die schleunige Wiederherstellung der Brücken und schickten eine Petition zu dem Zweck an die Legislatur ein. Der Stadtrath von Baltimore bewilligte eine Geldsumme für die Wiederinstandsetzung der zerstörten Eisenbahn, und bereits am 10. war alles so weit in Ordnung, daß die Züge von Philadelphia wieder regelmäßig fahren konnten, und die Truppentransporte wieder ihren Weg über Baltimore nahmen.

Auf den 26. April hatte der Gouverneur Hicks eine außerordentliche Sitzung der Legislatur berufen. Weil die Stadt Annapolis, der Regierungssitz des Staates, von Bundestruppen okkupirt war, so wurde die Sitzung in Frederick City eröffnet. Die Secessionisten hatten eine entschiedene Mehrheit in der Legislatur, getrauten sich aber nicht, offen mit ihren Absichten hervorzutreten. Dieselben Gründe, welche die Rebellen in Baltimore zum Schweigen brachten, hielten auch die Legislatur im Zaum. Manchen Abgeordneten war von ihren Konstituenten bedeutet worden, man würde sie ohne Umstände hängen, wenn sie für Lostrennung des Staates von der Union stimmten. In dem temporären Regierungssitz Frederick City waren von 400 organisirten und bewaffneten Milizen 350 nebst allen Offizieren für die Union, was ebenfalls dazu beitrug, den Herren Gesetzgebern einigen Respekt einzuflößen. Die Legislatur sandte ein Kommittee an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, mit dem Auftrage, die Lage der Dinge mit demselben zu besprechen und zu versuchen, ob nicht ein Arrangement mit der Bundesregierung getroffen werden könne, vermöge dessen „der Friede und die Ehre des Staates und die Sicherheit seiner Bewohner gewahrt würden.“ Dieses Kommitee kehrte mit der wenig tröstlichen Nachricht zurück, daß an ein befriedigendes Arrangement mit der Bundsregierung wohl nicht zu denken sei, und daß die Regierung entschlossen scheine, zum Krieg zu schreiten, um alle Staaten, die sich von der Union lossagten, zum Gehorsam zu zwingen. In geheimer Berathung wurden sich die Mitglieder der Legislatur darüber klar, „daß es physisch unmöglich sei, den Staat von der Union zu trennen und der südlichen Konföderation anzuschließen, so lange die Bundestruppen denselben

besetzt hielten." Dem entsprechend traf denn auch die Legislatur ihre Entscheidung über die Secessionsfrage.

Von Bürgern aus Prince George's County lag eine Petition vor, daß die Legislatur, wenn sie ihrer Ansicht nach die Befugniß dazu besitze, ungesäumt die Lostrennung des Staates von der Union beschließen möge. Die Mehrheit des Ausschusses für Bundesangelegenheiten berichtete hierüber, daß die Legislatur eine solche Befugniß nicht besitze, und daß aus diesem Grunde der Petition nicht entsprochen werden könne; eine Minderheit dagegen beantragte, die Bitte der Petenten einfach zu verwerfen. Ein Antrag, diesen Minderheitsbericht für den der Mehrheit zu substituiren, das heißt über die Secessionsfrage selbst ohne Winkelzüge abzustimmen, wurde mit 53 gegen 13 Stimmen verworfen und der Majoritätsbericht dann fast einstimmig angenommen. Mit gleicher Einstimmigkeit wurde ein Antrag auf Berufung einer Staatskonvention, welche über die Frage der Lossagung entscheiden sollte, abgelehnt. Die Secessionisten befürchteten theils, das Volk würde eine Mehrheit von Unionsanhängern zur Konvention wählen, theils wurden sie durch die „physische Unmöglichkeit" der Lostrennung bewogen, gegen die Konvention zu stimmen.

Sie machten jedoch einen Versuch, die Exekutivgewalt des Staates aus den Händen des Gouverneur Hicks, der sich zwar von ihnen einschüchtern ließ, auf den sie sich aber nicht verlassen konnten, in die eines „Sicherheitsausschusses" zu bringen, der aus dem Gouverneur und sechs von ihnen auserlesenen besonders zuverlässigen Anhängern der Rebellion bestehen sollte. Die betreffende Bill, welche diesem Sicherheitsausschuß die Befugniß übertrug, für die Organisation, Bewaffnung und Leitung der Miliz Sorge zu tragen, die Offiziere derselben anzustellen und abzusetzen, „alle Vorkehrungen für den Schutz, die Sicherheit, den Frieden und die Vertheidigung des Staates zu treffen, und Vakanzen in ihrer Mitte selbst zu füllen," war bereits bis zur dritten Lesung gekommen, als der allseitige energische Ausdruck des Unwillens, der sich von Seiten der unionstreuen Bevölkerung dagegen erhob, und der von den Bürgern Baltimore's durch eine besondere Deputation der Legislatur vorgelegt wurde, die Secessionisten bestimmte, sie zurückzuziehen.

Dahingegen wagten sie es, ihren Gesinnungen in folgendem Beschluß Ausdruck zu geben:

„In Erwägung, daß der Krieg gegen die Konföderirten Staaten verfassungswidrig ist, der Civilisation widerstreitet und zum blutigen und schändlichen Umsturz unserer Institutionen führen wird, und daß wir, obschon wir die Verpflichtungen Marylands gegen die Union anerkennen, doch mit dem Süden um seiner Rechte willen sympathisiren, und um der Sache der Humanität willen für Frieden und Wiederversöhnung sind und feierlich gegen diesen Krieg protestiren und keinen Theil an demselben nehmen wollen:

„Sei es beschlossen, daß Maryland den Präsidenten im Namen Gottes anfleht, diesen unheiligen Krieg einzustellen, wenigstens bis der Kongreß sich versammelt; daß Maryland die Anerkennung der Unabhängigkeit der Konföderirten Staaten wünscht und in dieselbe willigt; daß die militärische Okkupation Marylands verfassungswidrig ist, und daß es dagegen protestirt, obschon die gewaltsame Einmischung gegen den Transit der Bundestruppen aufgegeben ist; daß die Vindikation seiner Rechte der Zeit und der gesunden Vernunft überlassen wird, und daß eine Konvention unter den bestehenden Umständen nicht rathsam ist."

Am 14. Mai vertagte sich die Legislatur, nachdem sie noch Friedenskommissäre ernannt hatte, welche sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung der südlichen Konföderation in Verbindung setzen sollten. Dem Gouverneur Hicks, der wie ein Rohr hin und her geschwankt hatte, fiel mit ihrer Vertagung ein Stein vom Herzen. Er gab noch an demselben Tage Befehl, 4 Regimenter Freiwillige in Dienst zu berufen, welche indeß „nur das Eigenthum der Vereinigten Staaten innerhalb des Staates Maryland und des Distrikts Columbia vertheidigen sollten."

Gouverneur Letcher von Virginien antwortete dem Kriegsminister auf die Aufforderung, 3 Milizregimenter zu stellen: „Ich habe nur zu sagen, daß die Miliz Virginiens den Gewalten in Washington für keinen solchen Gebrauch oder Zweck, als sie im Auge haben, geliefert werden wird. Ihre Absicht ist, die südlichen Staaten zu unterjochen, und eine für diesen Zweck an mich gerichtete Requisition wird nicht erfüllt werden. Sie haben für gut befunden, den Bürgerkrieg einzusetzen, und nachdem Sie das gethan, wollen wir denselben mit einem eben so entschlossenen Geiste annehmen, als die Administration gegen den Süden an den Tag gelegt hat."

Am demselben Tage, an welchem Gouverneur Letcher diese Antwort gab, beschloß die Staatskonvention von Virginien die Lossagung des Staates von der Union, mit dem Vorbehalt, daß das Volk dieselbe am 23. Mai durch seine Abstimmung ratificire. Bis diese Ratifikation erfolgt war, hätte also Virginien von seiner Exekutive noch als ein Mitglied der Vereinigten Staaten angesehen werden müssen. Gouverneur Letcher jedoch handelte, als ob die Losreißung des Staates bereits eine vollendete Thatsache sei. Durch eine Proklamation befahl er allen bewaffneten Freiwilligen-Regimentern und Kompagnieen innerhalb des Staates, ihre Organisation und Stärke dem Generaladjutanten zu melden und sich bereit zu halten, augenblicklich jedem Befehl Folge leisten zu können, allen nicht bewaffneten und equipirten Kompagnieen, unverzüglich das Fehlende vom Generaladjutanten zu verlangen. Er ordnete ferner die Wegnahme der Zoll- und Postgebäude der Vereinigten Staaten und der Geschützgießerei bei Richmond an, ließ alle in den Gewässern Virginiens befindlichen Schiffe mit Beschlag belegen und schickte eine Abtheilung Freiwilliger nach Harper's Ferry, um die dortige Gewehrfabrik und das Zeughaus der Vereinigten Staaten, eine andere nach Norfolk, um das Marinearsenal und die im Hafen liegenden Kriegsschiffe für den Staat Virginien und die südliche Konföderation erobern zu lassen. Auf den Erfolg dieser Expeditionen werde ich an anderer Stelle zurückkommen.

Virginien stand somit, noch ehe es sich förmlich von der Union losgesagt hatte, der Bundesregierung feindlich gegenüber und vereinigte seine Kräfte zur Bekämpfung derselben mit den rebellischen Staaten.

Aus Wilmington in Nord-Carolina wurde nach Veröffentlichung der Proklamation des Präsidenten Lincoln berichtet: „Die Proklamation ist hier mit vollständiger Verachtung und Entrüstung aufgenommen worden. Die größte Einigkeit herrscht bei uns.“ Der Gouverneur des Staates antwortete dem Kriegsminister: „Sie können keine Truppen von Nord-Carolina bekommen. Ich muß Ihnen sagen, daß das Aufgebot von Truppen zur Unterjochung der Staaten des Südens eine Verletzung der Verfassung und eine Gewaltanmaßung ist.“ Am 1. Mai trat die Legislatur des Staates zu einer Extrasitzung zusammen. Gouverneur Ellis empfahl in seiner Botschaft die Errichtung von zehn Freiwilligen-

Regimentern für die Dauer des Krieges. „Die Regierung des Nordens,“ sagte er, „koncentrirt eine große Macht im Distrikt Columbia, scheinbar, um den Sitz der Regierung zu beschützen; allein sie bedroht die Freiheit des Volks von Maryland und Virginien, und wenn diese Staaten erobert sein werden, so wird Nord-Carolina die nächste Beute der Eindringlinge sein. Politik sowohl, als Sympathie und das Gefühl der Brüderlichkeit erheischen demnach von uns, daß wir unsere ganze Thatkraft zur Vertheidigung Marylands und Virginiens aufwenden. Jede dort gefochtene Schlacht wird eine für Nord-Carolina gefochtene sein, und unsere Truppen sollten deßhalb rasch dorthin gesandt werden.“

Die Legislatur beschloß die Berufung einer Staatskonvention auf den 20. Mai und bewilligte die Errichtung von zehn Regimentern. In seinem Aufruf zur Bildung derselben sagte der Gouverneur, sie seien dazu bestimmt, auf den Kriegsschauplatz geschickt zu werden, und Virginien werde aller Wahrscheinlichkeit nach das erste Schlachtfeld sein. Die Staatskonvention proklamirte gleich nach ihrem Zusammentritt die Lostrennung von der Union und den Anschluß Nord-Carolina's an die Konföderirten Staaten.

Auf den Staat Arkansas übte die Proklamation des Präsidenten den gleichen Einfluß aus, wie auf Virginien und Nord-Carolina. Nach dem Beschluß der Staatskonvention vom 19. März hatte das Volk erst im August über die Frage der Lossagung des Staates abstimmen sollen. Die Konvention wurde Anfangs Mai wieder einberufen und entschied sich für sofortige Lossagung. Am 18. Mai nahm der Kongreß der Konföderirten Staaten Arkansas als das achte Mitglied in den neuen Bund auf.

Im Gebiet von Arkansas, gerade an der Grenze zwischen dem Staat und den Territorien der Cherokee-, Creek- und Choctaw-Indianer, besaßen die Vereinigten Staaten noch das Fort Smith, welches von zwei Kavalleriekompagnieen besetzt war. Mitten in der Nacht vom 24. zum 25. April rückte eine Abtheilung von 300 Staatsmilizen vor das Fort, um sich desselben zu bemächtigen. Es war bereits geräumt, als sie ankamen, so daß sie ungehindert einrücken konnten. Der Kommandant, welcher einsah, daß er sich mit seiner nur zum Kampf gegen Indianer bestimmten Truppe nicht gegen einen Angriff von gut bewaffneter Infanterie

würde halten können, hatte bei der Nachricht von der Annäherung der Miliz alles, was er von Vorräthen mitnehmen konnte, aufgepackt und war nach dem Fort Wachita, im Gebiet der Choctaws, aufgebrochen.

Das Volk von Tennessee hatte sich, wie wir im siebenten Kapitel gesehen haben, bei der Abstimmung im Februar mit einer überwältigenden Mehrheit für das Verbleiben des Staates in der Union ausgesprochen. Trotzdem weigerte sich nicht allein der Gouverneur, die vom Präsidenten verlangten zwei Milizregimenter zu stellen, sondern die Führer der Secessionistenpartei des Staates erboten sich prahlerischer Weise, der Rebellenregierung in Montgomery 50,000 Mann aus Tennessee zuzuführen. In den ersten Tagen des Mai versammelte sich die Legislatur in außerordentlicher Sitzung, beschloß die Lossagung des Staates von der Union und den Abschluß eines Bündnisses mit den Konföderirten Staaten, unter der Bedingung, daß das Volk in einer am 8. Juni vorzunehmenden Abstimmung seine Genehmigung dazu geben würde, und bewilligte eine Geldsumme von 2,000,000 Dollar zur Ausrüstung von 55,000 Mann.

Mit Soldaten und Geld — will ich bei dieser Gelegenheit bemerken — war man nicht bloß in Tennessee, sondern in allen rebellischen Staaten auf dem Papiere außerordentlich freigebig. Auf ein Paar Millionen Dollar mehr oder weniger, auf zehn-, zwanzig-, fünfzigtausend Mann kam es den Leuten gar nicht an, wenn es sich um's Bewilligen handelte. Die Wirklichkeit blieb dann aber unendlich weit hinter dem zurück, was auf dem Papiere stand. Tennessee hatte z. B. zwei Monate, nachdem die Organisirung von 55,000 Mann beschlossen worden war, sicherlich noch keine 10,000 auf den Beinen, etwa 2500 bei der Hauptarmee der Rebellen und höchstens 7000 in Memphis am Mississippi und in anderen Orten des Staates, und zwei Millionen Dollar in baarem Gelde herbeizuschaffen, war eine schwer zu lösende Aufgabe, indem die Schuldscheine des Staates damals auf 45 standen und selbst zu diesem Preis Niemand Lust hatte, sie zu kaufen.

Der Gouverneur von Tennessee schickte mit Genehmigung der Legislatur Bevollmächtigte an die Regierung der Konföderirten Staaten, um einen einstweiligen Alliancevertrag abzuschließen. Die Hauptbestimmung dieses Vertrages, welcher ohne Schwierigkeit zu

Stande kam, lautet: „Bis der Staat Tennessee ein Mitglied der Konföderation, in Uebereinstimmung mit den Verfassungen der beiden Mächte, sein wird, sollen die ganze Streitmacht und die offensiven wie defensiven militärischen Operationen des besagten Staates in dem bevorstehenden Kampf mit den Vereinigten Staaten unter der Oberleitung des Präsidenten der Konföderirten Staaten stehen, auf derselben Grundlage, denselben Principien und demselben Fuße, als wenn besagter Staat jetzt und während des Zwischenraumes ein Mitglied besagter Konföderation wäre." Die auf den 8. Juni anberaumte Volksabstimmung war unter diesen Umständen eben so sehr eine leere Farce, wie die, welche am 23. Mai in Virginien stattfinden sollte. Es war eine Abstimmung, wie die fünf Jahre zuvor unter Kontrolle der Grenzbanditen in Kansas gehaltenen, oder wie die bonapartistischen Abstimmungen in Frankreich, Nizza und Savoyen, mit dem Unterschied nur, daß der Bonapartismus weit raffinirter und mit weit besser organisirten Zwangsmitteln zu Werke ging, als die Grenzbanditen in Kansas und die Rebellen in den nordamerikanischen Sklavenstaaten. Als die Anhänger der Union in Paris, in Tennessee, eine Versammlung hielten, wurden zwei derselben von einer bewaffneten Secessionistenbande todtgeschossen und die übrigen auseinander getrieben, und eine andere Unionsversammlung, die in Trenton stattfinden sollte, wurde dadurch vereitelt, daß die Secessionisten erklärten: „Jedem, der gegen den Süden zu sprechen wagt, werden wir mit Kugeln und kaltem Eisen antworten."

Den Staat Kentucky gelang es nicht, in den Secessionsschwindel hineinzureißen, trotzdem der Gouverneur Magoffin, welcher sich mehr und mehr auf die Seite der Rebellen geneigt hatte, zu dem Ende alles that, was in seiner Macht stand. „In Beantwortung Ihrer Depesche," telegraphirte er dem Kriegsminister, „sage ich mit Nachdruck, daß Kentucky keine Truppen für den verruchten Zweck, seine südlichen Schwesterstaaten zu unterjochen, stellen wird." Trotz dieser Erklärung des Gouverneurs gingen der Bundesregierung aus Kentucky Anerbietungen zu, mehrere Regimenter der berühmten Kentuckier Büchsenschützen für jenen „verruchten Zweck" zu bilden; während dagegen alle Versuche der Rebellen, in Kentucky zu werben, ebenso scheiterten, wie ihre Anstrengungen, den Staat auf ihre Seite zu bringen. Sie erhielten

wohl einzelne unbewaffnete Leute, aber keine organisirten Truppen. Nur eine vollständige Kompagnie, ebenfalls ohne Waffen, zog aus Kentucky nach Tennessee in das Heerlager der Rebellen. Auf ihrer Fahrt durch Frankfort, den Regierungssitz des Staates, wurde dieselbe jedoch von der Bevölkerung so bedroht und mit Steinen bombardirt, daß keine andere Kompagnie ihr mehr zu folgen wagte.

Bei der Wahl von Abgeordneten zu der im achten Kapitel erwähnten Konferenz der nördlichen Sklavenstaaten, welche am letzten Montag im Mai in Frankfort stattfinden sollte, legte das Volk von Kentucky in nicht mißzuverstehender Weise seine Gesinnungen an den Tag, indem es nur Anhänger der Union wählte und zwar mit einer so großen Stimmenzahl, wie noch nie bei irgend einer früheren Wahl abgegeben worden war.

Die Legislatur des Staates, vom Gouverneur zu einer Extrasitzung berufen, versammelte sich am 6. Mai. Sie faßte den Beschluß, daß Kentucky in dem Kampfe zwischen der Bundesregierung und den Rebellen neutral bleiben solle und votirte eine Million Dollar zur Ausrüstung der Miliz, um diese neutrale Stellung behaupten zu können, schrieb aber zugleich vor, daß die Milizen den Vereinigten Staaten den Eid der Treue schwören sollten. Anträge auf Berufung einer Staatskonvention und auf Anordnung einer Volksabstimmung über die Frage der Lossagung des Staates von der Union fanden keinen Anklang.

Missouri befand sich in ähnlicher Lage wie Kentucky. Es hatte zum Gouverneur einen warmen Anhänger der Rebellen, Namens Claiborne Jackson, welcher sich als einer der Führer der Grenzbanditen bei den Versuchen zur Unterjochung der Freistaatsansiedler von Kansas hervorgethan hatte. Die große Mehrheit der Bevölkerung des Staates war für die Union; die Parteien standen sich jedoch schroffer gegenüber, als in Kentucky. Die Secessionisten waren zahlreicher, dreister und entschlossener, als dort. Sie begannen den Kampf mit einem Guerillakrieg, wie in Kansas, gegen die Unionsleute; sie verfolgten, sie mißhandelten dieselben und jagten sie von Haus und Hof. Auf der anderen Seite waren aber auch die Unionsleute, und unter ihnen namentlich die zahlreiche deutsche Bevölkerung des Staates, die auf 200,000 Köpfe geschätzt wird, zum Handeln entschlossen. Ohne diese Deutschen

und einige energische Männer, welche sich an die Spitze stellten, darunter namentlich Frank Blair der Jüngere, Bruder des Generalpostmeisters Montgomery Blair, und Kapitän Lyon von der Armee der Vereinigten Staaten, würde Missouri wahrscheinlich in den Strudel der Rebellion hineingerissen worden sein.

Gouverneur Jackson antwortete dem Kriegsminister: „Ihre Requisition ist ungesetzlich, verfassungswidrig, revolutionär, unmenschlich, teuflisch und kann nicht erfüllt werden." Gleichzeitig aber telegraphirten Frank Blair und einige andere hervorragende Unionsmänner dem Präsidenten Lincoln, die loyalen Bürger von Missouri würden die verlangten 4 Regimenter stellen und mehr, als das, wenn es gewünscht würde. General Harney, welcher das Militärdepartement des Westens kommandirte, wurde beauftragt, Freiwillige in St. Louis anzunehmen und 4 Regimenter zu bilden. Die Organisation begann augenblicklich und nahm einen raschen Fortgang. Der Gouverneur berief eine Extrasitzung der Legislatur auf den 2. Mai.

Den weiteren Verlauf der Dinge in Missouri, der einen wesentlichen Theil des großen Kampfes bildet, werde ich in einem anderen Kapitel beschreiben.

Elftes Kapitel.

Die Blokade über die Häfen der rebellischen Staaten verhängt; Klarirung von Schiffen und Versendung von Kriegsmaterial nach dem Süden verboten. Zusammenziehung der Truppen; Ankunft der ersten Regimenter in Washington; Anstalten zur Vertheidigung der Stadt. Zerstörung der Gewehrfabrik und des Zeughauses zu Harper's Ferry. Zerstörung des Marinearsenals und der Kriegsschiffe zu Gosport. Präsident Lincoln beruft 75 Freiwilligenregimenter in Dienst und verfügt eine Erhöhung der regulären Armee und des Marinekorps. Der Kongreß der Konföderirten Staaten. Botschaft des Präsidenten Jefferson Davis; Beschlüsse des Kongresses.

Der ersten Maßregel, welche der Präsident Lincoln gegen die Rebellion ergriffen hatte, folgte rasch eine Reihe weiterer. Am 19. April erließ er eine zweite Proklamation, wodurch er die Häfen der rebellischen Staaten Süd-Carolina, Georgia, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana und Texas, weil „die Erhebung der Zölle dort nicht mit Erfolg ausgeführt werden" könne, und weil „eine bei der Insurrektion betheiligte Verbindung von Personen gedroht" habe, „Kaperbriefe auszustellen, um die Inhaber derselben zu ermächtigen, Angriffe auf das Leben, die Schiffe und das Eigenthum guter Bürger des Landes, welche sich in gesetzmäßiger Weise mit dem Handel auf hoher See und in den Gewässern der Vereinigten Staaten beschäftigen, zu machen," in Blokadezustand erklärte. „Wenn irgend ein Schiff," sagt die Proklamation, „in der Absicht, die Blokade zu verletzen, den Versuch macht, in einen blokirten Hafen ein- oder aus demselben auszulaufen, so soll es von dem Kommandeur eines der Blokadeschiffe gewarnt und diese Warnung in sein Register eingetragen, falls es aber einen solchen Versuch wiederholt, gekapert werden." Zugleich kündigt die Proklamation an, daß Kaperschiffe als Seeräuber angesehen und bestraft werden sollen.

Die Blokade wurde nicht augenblicklich, sondern erst nach und nach, in dem Verhältniß, wie die dazu erforderlichen Schiffe disponibel wurden, in Vollzug gesetzt. Allen Fahrzeugen, welche die blokirten Häfen zu verlassen wünschten, wurde eine Frist von vier-

zehn Tagen dazu bewilligt. Am 27. April verhängte der Präsident die Blokade auch über die Häfen von Virginien und Nord-Carolina.

Der Finanzminister Chase wies die Hafeninspektoren in den Seehäfen der loyalen Staaten an, keinem Schiffe mehr eine Klarirung nach den rebellischen Staaten auszufertigen, und instruirte die Hafen- und Zollbeamten in den Binnenhäfen*) des Nordens und Nordwestens, alle Schiffe, Eisenbahnzüge und Fuhrwerke innerhalb ihres Bereiches, die nach den rebellischen Staaten bestimmt seien, streng zu durchsuchen, Waffen, Munition, Lebensmittel und sonstige zur Kriegführung dienende Artikel, die sie darauf finden würden, mit Beschlag zu belegen und die Personen, welche dabei betheiligt seien, den Rebellen solche Artikel zu liefern, auszumitteln und den Gerichtshöfen zur Bestrafung anzuzeigen. Die letztere dieser Maßregeln traf hauptsächlich den Mississippi, die große Wasserstraße, auf welcher der Süden Blei von Illinois, Iowa und Wisconsin, Fleisch von Ohio und Illinois, Getreide und Mehl von allen nordwestlichen Staaten erhielt.

Von den Milizregimentern, welche der Präsident in Dienst berufen hatte, wurde nur ein Theil nach Washington und nach den bedrohten Forts McHenry, bei Baltimore, und Monroe, auf virginischem Gebiet, am Eingang der Chesapeake-Bai, beordert, ein Theil dagegen in Pennsylvanien und Ohio, an der Nordgrenze Virginiens, in Illinois, an der Mündung des Ohio in den Mississippi, und bei St. Louis in Missouri zusammengezogen. In Washington erwartete man mit der größten Ungeduld die Ankunft der Regimenter, weil stündlich ein Angriff von Virginien her befürchtet wurde. Alle Nachrichten deuteten auf einen solchen Angriff hin, und die Gefahr erschien in der That so dringend, daß die öffentlichen Gebäude zur Vertheidigung eingerichtet, Feldverschanzungen und Barrikaden aufgeworfen, sämmtliche Beamten in den verschiedenen Ministerien bewaffnet wurden, und alle in der Stadt anwesenden patriotischen Bürger aus den verschiedensten

*) Die größern Handelsstädte an den Binnengewässern der Vereinigten Staaten, wie Cincinnati am Ohio, St. Louis am Mississippi, Milwaukee, Chicago, Detroit und Buffalo an den nordwestlichen Seeen sind sämmtlich „Einfuhrhäfen," in welchen die von überseeischen Ländern importirten Waaren eben so gut verzollt werden können, wie in den Seehäfen.

Theilen der Union, die irgend im Stande waren, eine Muskete zu tragen, sich in Freiwilligenkompagnieen organisirten. Ex-Gouverneure, Ex-Minister, Richter, neuernannte Gesandten und Konsuln, die noch auf ihre Instruktionen warteten, Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses — alle ohne Unterschied nahmen das Gewehr auf die Schulter und traten in Reih' und Glied. Auf diese Weise wurden mit der Miliz des Distrikts Columbia und den Kompagnieen der regulären Armee, welche nach und nach herbeigezogen worden waren, etwa 6000 Bewaffnete zusammengebracht. Am 18. April kamen 500 pennsylvanische Milizen an, am 19. das 6. Regiment von Massachusetts, welches sich seinen Weg durch Baltimore hatte erkämpfen müssen; dann aber trat in Folge der Unterbrechung der direkten Route eine längere Pause ein.

Einige der nachkommenden Regimenter wurden dazu verwendet, die Eisenbahnen nördlich von Baltimore, so weit dieselben von den Rebellen gefährdet erschienen, namentlich die Bahnhöfe und Brücken, zu besetzen, um weitere Zerstörungen zu verhindern und den Wiederaufbau des Zerstörten zu beschützen; die übrigen, so weit sie nach Washington bestimmt waren, mußten den Weg über Annapolis oder den Potomac hinauf einschlagen. Das erste Regiment, welches in Annapolis ankam, war das 8. Milizregiment von Massachusetts. Unglücklicher Weise lief der Dampfer, welcher dasselbe brachte, in der Nacht vom 21. zum 22. vor der Einfahrt in den Hafen auf den Grund und saß noch fest, als am nächsten Morgen das 7. New-Yorker Milizregiment auf einem anderen Dampfer ankam. Die New-Yorker mußten den ganzen Tag helfen, das festgefahrene Schiff wieder flott zu machen, was erst gegen Abend gelang. Am 23. hielten die beiden Regimenter Rasttag, um sich für die anstrengende Arbeit, die ihnen für die nächsten Tage in Aussicht stand, vorzubereiten. Die Eisenbahn nämlich von Annapolis bis Annapolis-Junction, der Station, wo dieselbe in die Baltimore-Washingtoner Bahn einmündet, eine Strecke von 25 Meilen,*) war zum großen Theil zerstört, und das ganze Transportmaterial, welches sich in Annapolis vorfand, bestand in einer unbrauchbar gemachten Lokomotive, zwei Personen-

*) Amerikanisches Maß; etwa 4,6 amerikanische Meilen = 1 deutsche.

und einigen Erdwagen. Die Truppen mußten deßhalb den ganzen Weg auf und neben der Bahnlinie zu Fuß zurücklegen und nebenbei die Eisenbahn wieder in Stand setzen.

Die Lokomotive wurde von Mannschaften des Massachusettser Regiments reparirt. Als der Oberst des Regiments seine Leute fragte: „Wer von Euch kann eine Lokomotive repariren?" traten gleich ein Dutzend vor und erklärten sich bereit zur Uebernahme dieser Arbeit. Einer von ihnen aber, der sich die Lokomotive näher angesehen hatte, nahm diese Ehre für sich besonders in Anspruch. „Sehen Sie hier, Oberst," sagte er, „das ist mein Zeichen; ich habe diese Maschine selbst vor zwei Jahren gemacht." Wie in diesem Fall, so fanden sich bei den meisten Gelegenheiten, wo es sich um irgend eine mechanische Arbeit handelte, in den Regimentern des Nordens, namentlich aber in denen von Massachusetts, immer Leute, welche die Arbeit auszuführen verstanden. Handwerker aller Art, Mechaniker, Maschinisten, Schiffer befanden sich in ihren Reihen, so daß ein solches Regiment nie in Verlegenheit gerieth, wenn es darauf ankam, einen Eisenbahnzug oder ein Dampfschiff in Bewegung zu setzen, eine telegraphische Verbindung herzustellen, irgend eine Werkstatt zu errichten, Gewehre oder Kanonen zu repariren u. dergl. m., sobald nur das dazu nothwendige Material und Werkzeug irgend herbeizuschaffen war.

Früh Morgens am 24. April traten die beiden Regimenter ihren mühevollen Marsch nach Annapolis=Junction an. Die Lokomotive war wieder in Ordnung und wurde dazu verwendet, die mit Schwellen, Schienen, Bauhölzern und Geräthschaften beladenen Wagen zu ziehen. Unter brennender Sonnenhitze bewegte sich der Zug auf dem äußerst beschwerlichen Wege langsam vorwärts und erreichte nach vierundzwanzig Stunden am nächsten Morgen Annapolis=Junction. Die Reparaturen an der Eisenbahn, welche in der Wiederherstellung einer zerstörten Brücke und in dem Legen vieler weggerissenen Schienen und Schwellen bestanden, wurden zwar größtentheils von dem Massachusettser Regiment ausgeführt, aber dem siebenten New=Yorker muß man zum Ruhme nachsagen, daß es unverdrossen und ohne einen Mann zurückzulassen die Strapazen dieses Marsches aushielt und noch am 25. Abends, nachdem es mit dem Massachusettser Regiment per Eisenbahn von Annapolis=Junction nach Washington gefahren war, in

den Straßen der Hauptstadt vor dem Präsidenten, dem Kabinet, dem Oberbefehlshaber der Armee und der Bevölkerung paradirte. Für ein solches Regiment, wie dieses New-Yorker siebente, welches aus der Creme der Gesellschaft der Metropolis bestand, welches den Namen des „Dandy-" oder „Glaceehandschuh"-Regiments führte, welches in den ersten Hotels zu speisen pflegte und dessen sämmtliche Mitglieder wohlgespickte Börsen in der Tasche hatten, mit deren goldenem Inhalt sie verschwenderisch um sich warfen; will das schon viel sagen.

Der Truppentransport über Annapolis ging jetzt, wenn auch langsam, doch ununterbrochen vor sich. Das Betriebsmaterial war in den ersten Tagen, und bevor mehr von Baltimore herbeigeschafft werden konnte, so knapp, daß die in Annapolis ankommenden Regimenter etappenweis gegen Washington vorgeschoben wurden, in der Art, daß sie immer einen Theil des Weges zu Fuß zurücklegten, während die Eisenbahnzüge neue Regimenter nachholten. Die ganze Bahnlinie wurde, um fernere Beschädigungen derselben zu verhindern, besetzt, und die Bundesregierung nahm den Betrieb selbst in die Hand. Das nämliche Verfahren wurde auf allen Eisenbahn- und Telegraphenlinien eingeschlagen, welche Angriffen von Seiten der Rebellen ausgesetzt, oder deren Beamten unzuverlässig waren. Zugleich führte die Regierung eine strenge Kontrolle des telegraphischen Verkehrs ein und gestattete die Beförderung keiner Depesche, welche dem Interesse der Union schaden oder dem der Rebellen von Nutzen sein konnte.

Während der ersten Zeit wurden die in Washington anlangenden Truppen in den öffentlichen Gebäuden, in den großen Hallen des Kapitols und der Wohnung des Präsidenten, in den disponibeln Räumen der Ministerien und in gemietheten oder von den Eigenthümern unentgeltlich zur Verfügung gestellten großen Privathäusern untergebracht. Sobald aber für die regelmäßige Herbeischaffung von Lebensmitteln gesorgt und die nöthigen Materialien zum Aufschlagen von Holzbaracken und Zelten, zum Bau von Küchen und Backöfen herbeigeschafft werden konnten, wurden sie regimenterweis in Zelt- oder Hüttenlager gelegt, theils auf den großen freien Plätzen innerhalb der Stadt, theils in der nächsten Nähe.

Am 6. Mai standen folgende Regimenter in und um

Washington: das 3. Pennsylvanische, das 5. und 8. Massachusettser, das 1., 2. und 3. New-Jerseyer, das 1. Rhode-Isländer, das 7., 12., 25., 28., 69., 71. New-Yorker, das Feuerwehr-Zuaven-Regiment von New-York, eine Batterie von Rhode-Island und eine von Pennsylvanien, im Ganzen etwa 17,000 Mann, wozu noch 1500 Reguläre und 2500 Milizen aus dem Distrikt Columbia kamen. Zur Vertheidigung der Bundeshauptstadt waren also 21,000 Mann bereit, während in Annapolis, Annapolis-Junction und anderen Orten längs der Eisenbahn noch 4 New-Yorker und 2 Pennsylvanische Regimenter und beim Relay-House, 11 Meilen südlich von Baltimore, an dem Vereinigungspunkt der Baltimore-Ohio- und der Baltimore-Washington-Bahn das 6. Massachusettser und 8. New-Yorker Regiment standen, so daß die Besatzung von Washington durch diese Truppen nöthigenfalls in einigen Stunden noch um 8000 Mann vermehrt werden konnte. Damit war die Stadt gegen jeden Angriff, der ihr von den Rebellen drohen konnte, vollkommen gesichert. Trotz aller vorhergegangenen Prahlereien wurde kein Versuch zu einem solchen Angriff gemacht, sei es, daß den Führern der Rebellion der Muth gesunken war, seitdem sie die einmüthige Erhebung des Nordens gesehen hatten, oder daß sie nicht im Stande waren, in demselben Verhältniß Kräfte zum Angriff herbeizuschaffen, in welchem die Vertheidigungsmittel der Bundesregierung wuchsen.

Im vorigen Kapitel habe ich erwähnt, daß der Gouverneur von Virginien Mannschaften abschickte, um die Gewehrfabrik nebst dem Zeughaus zu Harper's-Ferry und das Marinearsenal von Gosport wegnehmen zu lassen. Wie sehr beide Punkte bedroht waren, mußte die Regierung wissen. Was Harper's-Ferry betrifft, so war an eine Vertheidigung desselben nicht zu denken. Abgesehen davon, daß keine Truppen dazu disponibel waren, hat der Ort auch eine solche Lage, daß er sich wohl gegen Osten, nach der Seite von Maryland zu, aber nicht gegen Westen, nach der Virginischen Seite, vertheidigen läßt. Er liegt nämlich auf dem rechten oder westlichen Ufer des Potomac, an der Einmündung des Shenandoah in denselben, und ist ganz nahe von hohen Bergen umgeben. Indeß wäre es wohl möglich gewesen, wenigstens die Waffenvorräthe, oder doch den größten Theil derselben bei Zeiten zu retten; allein es geschah nichts für den Zweck. Zur Bewachung

des Zeughauses und der Gewehrfabrik war ein Lieutenant mit 47 Mann in Harper's-Ferry stationirt. Am 18. April erhielt derselbe die Nachricht, daß im Laufe der folgenden Nacht ein starker Trupp Rebellen eintreffen würde, um das Zeughaus zu nehmen. Da er weder im Stande war, es zu vertheidigen, noch die 15,000 Gewehre, die es enthielt, zu retten, so entschloß er sich, wenigstens dem Feinde nichts in die Hände fallen zu lassen, und traf deßhalb alle Vorbereitungen zu einer gründlichen Zerstörung, ließ die Waffen in Haufen zusammentragen, mit Stroh, Hobelspänen und anderen leicht brennbaren Dingen umgeben, Theer darauf schmieren und Pulver dazwischen streuen. Um 10 Uhr Abends meldeten seine Schildwachen die Annäherung des Feindes, worauf Lieutenant Jones Feuer anlegen ließ und mit seiner Mannschaft über den Potomac hinüber marschirte, als das Zeughaus gehörig in Brand war. Nach einem forcirten Nachtmarsch von 30 Meilen erreichte er Hagerstown in Maryland und fuhr von dort mit Wagen nach Chambersburg in Pennsylvanien. Von vier Mann seines Detachements, die dem Feinde in die Hände gefallen waren, gelang es dreien zu entkommen und einige Tage später ihre Truppe wieder zu erreichen. Die Gewehre wurden nicht vollständig zerstört; viele konnten noch von den Rebellen gebraucht, viele wieder reparirt werden.

Einen noch weit empfindlicheren Verlust, als in Harper's-Ferry, sollte die Bundesregierung in dem Marinearsenal und der Flottenstation zu Gosport erleiden. Dieses Marinearsenal, eins der bedeutendsten in den Vereinigten Staaten, liegt am Ende der letzten von den vielen kleinen Buchten, welche der Jamesfluß, der südlichste der breiten Küstenströme, die sich in die Chesapeake-Bai ergießen, bildet, gerade an der Mündung jenes Flusses, die den Namen „Hampton-Roads," oder Rhede von Hampton, führt. Ganz nahe bei Gosport und dem Arsenal, nach dem Eingang der Bucht zu, liegen einander gegenüber die Orte Norfolk und Portsmouth. Außer einem ungeheueren Ausrüstungs- und Baumaterial, Kanonen, Kugeln, Flinten, Säbeln, Ankern, Ketten, Hölzern, Tauwerk u. s. w., die das Arsenal enthielt, lagen auf der Station 12 Kriegsschiffe, darunter 4 Linienschiffe, 5 Fregatten und 3 Corvetten. Von allen diesen Fahrzeugen war nur ein einziges seefertig, die Fregatte Cumberland. Am 16. April ertheilte das

Marineministerium dem Kommandanten des Arsenals und der Flottenstation den Befehl, augenblicklich die Dampffregatte Merrimack, das größte und schönste Schiff der amerikanischen Marine, das über eine Million Dollar gekostet hatte, seefertig zu machen, die 3 Korvetten aber so weit zu bringen, daß sie ohne Aufenthalt aus dem Hafen herausgeschleppt werden könnten, und das werthvollste und am leichtesten zu transportirende Material aus dem Arsenal hinaus an Bord der Schiffe bringen zu lassen. Commodore Mc Cauley berichtete noch an demselben Tage, der Befehl solle ungesäumt ausgeführt werden, und der Oberingenieur des Arsenals sei bereits so thätig an der Arbeit, daß der Merrimack binnen vierundzwanzig Stunden für temporären Dienst seefertig sein werde. Das Schiff war wirklich am 17. April Nachmittags fertig; aber der Commodore wollte nicht gestatten, daß die Maschinen geheizt würden. Am 18. Morgens wurden die Feuer ohne seinen Befehl angemacht, und um 9 Uhr hatten die Maschinen Dampf genug zum Arbeiten. Wäre Commodore Mc Cauley ein Mann gewesen, der Kopf und Herz auf dem rechten Fleck hatte und es mit der Regierung der Vereinigten Staaten ehrlich meinte, so hätte ein großer Theil des werthvollen Materials gerettet werden können; aber entweder fehlte es ihm an der Besonnenheit, die sein verantwortlicher Posten erforderte, oder er neigte sich zu der Sache der Rebellen hin. Anstatt zu handeln, ließ er die Feuer auf dem Merrimack wieder auslöschen.

Sobald der Marineminister von diesem seltsamen Benehmen des Commodore Kenntniß erhielt, beorderte er den Commodore Paulding, mit der Dampfkorvette Pawnee, die bei Washington lag, nach Gosport zu fahren, dort das Kommando zu übernehmen, zu retten, was zu retten sei, und um jeden Preis zu verhindern, daß die Kriegsschiffe und das sonstige öffentliche Eigenthum den Rebellen in die Hände fielen. Als Paulding am 20. Abends vor dem Arsenal ankam, fand er, daß Commodore McCauley gar nichts gethan hatte, um die Schiffe und das übrige werthvolle Material zu retten. Dagegen waren Anstalten getroffen, um alles zu zerstören. Der „Merrimack“ und der „Germantown“ waren angebohrt und bereits im Versinken begriffen. Kanonen waren vernagelt, Laffeten und Gewehre zerschlagen und nebst Kugeln, Ankern, Ketten und anderen Dingen schon zum Theil in's Wasser

geworfen worden. Ein starker Trupp bewaffneter Rebellen, denen sich die Bevölkerung von Norfolk und Portsmouth anschloß, hatte sich des zum Arsenal gehörenden Pulvermagazins bemächtigt und an den Ufern der Bucht Batterieen zum Beschießen der Schiffe errichtet. Dem Commodore Paulding blieb nichts Anderes zu thun übrig, als die Fregatte Cumberland zu retten und die Zerstörung alles übrigen Materials so gründlich als möglich zu machen. Er ließ deßhalb mit dem Zerschlagen und in's Wasser Werfen fortfahren, ließ die Docks unterminiren, um sie in die Luft zu sprengen, und alles, was verbrennlich war, durch Zündungen verbinden. Um 4 Uhr Morgens am 21. nahm der Pawnee die Fregatte Cumberland in's Schlepptau und fuhr aus der Bucht heraus. Gleichzeitig wurde Feuer angelegt, und in einem Augenblick standen alle Schiffe und das Arsenal in Brand. Das Kriegsmaterial, welches hier zerstört wurde, hatte einen Werth von wenigstens 14,000,000 Dollar.

Die Bundesregierung überzeugte sich bald, daß die auf drei Monat*) in Dienst berufenen 75,000 Mann Miliz bei Weitem nicht ausreichten, um die Rebellion zu unterdrücken. Zur Vertheidigung der Hauptstadt und zum Offenhalten der Verbindung mit dem Norden mochten sie einstweilen genügen; aber zu Offensivoperationen bedurfte es ganz anderer Mittel. Präsident Lincoln erließ deßhalb am 3. Mai eine Proklamation, wodurch er 42,034 Freiwillige für den Zeitraum von drei Jahren, „falls sie nicht früher wieder entlassen werden sollten," in Dienst berief und eine Vermehrung der stehenden Armee um 8 Regimenter Infanterie, 1 Regiment Kavallerie und 1 Regiment Artillerie, in der Gesammtstärke von 22,714 Mann, sowie die Anwerbung von 18,000 Seeleuten für 1 bis 3 Jahre anordnete.

Damit kam erst rechtes Leben in die Rüstungen hinein. Noch ehe die Proklamation erschienen war, hatte überall die Bildung von Freiwilligenregimentern begonnen, welche kein großes Verlangen danach trugen, bloß drei Monate in Washington zu stehen, um die Hauptstadt gegen etwaige Angriffe zu vertheidigen, sondern zum Angriff gegen die Rebellen geführt zu werden begehrten und bereit waren, bis zur völligen Beendigung des Kampfes

*) Zu einer längeren Dienstzeit ist die Miliz nicht verpflichtet.

zu dienen, gleichviel ob noch drei Monat, drei Jahr oder zehn Jahr darüber vergehen würden. Die vom Präsidenten verlangte Zahl war schon da, als seine Proklamation bekannt gemacht wurde, und es handelte sich nicht darum, wieviel Regimenter jeder Staat stellen mußte, sondern nur darum, wieviel jeder stellen durfte. Die Gouverneure, die Senatoren, die Kongreßmitglieder, kurz alle einflußreichen Personen thaten, was sie vermochten, um ihren Staaten möglichst viele Regimenter zu verschaffen, und als die Vertheilung derselben unter die Staaten bekannt gemacht wurde, hatte der Kriegsminister mit Genehmigung des Präsidenten ihre Anzahl schon von 55 auf 75 erhöht. Davon kamen auf New-York 11, Pennsylvanien 10, Ohio 9, Illinois 6, Massachusetts 5, Indiana und Missouri je 4, Michigan und New-Jersey je 3, Wisconsin, Iowa, Kentucky und Virginien je 2, Minnesota, Kansas, Nebraska, Maine, Connecticut, New-Hampshire, Vermont, Rhode-Island, Maryland, Delaware und Distrikt Columbia je 1. Aber auch diese Zahl wurde nicht inne gehalten, sondern durch Annahme neuer Regimenter fortwährend erhöht, bis sie das Doppelte und endlich fast das Dreifache erreichte.

Mittlerweile hatte sich in Montgomery am 29. April der Kongreß der Konföderirten Staaten versammelt. Die Botschaft, welche der Präsident Davis vorlegte, behandelt nochmals ausführlich das Thema von den „schwer gekränkten" und „durch die Fanatiker des Nordens bedrohten" Rechten des Südens, versucht nochmals den Beweis zu führen, daß die Vereinigten Staaten nichts Anderes seien, als ein Staatenbund, aus welchem beliebig auszutreten jedes Mitglied das Recht habe, spricht ferner von der schlechten Behandlung, welche die Bevollmächtigten der Konföderirten Staaten in Washington erfahren haben, und dem hinterlistigen Hinhalten derselben während beinah eines Monats, von dem ebenso „hinterlistigen" Versuch, das Fort Sumter zu entsetzen, und der dadurch herbeigeführten Nothwendigkeit, dasselbe zu erobern, und kommt dann auf die Proklamation des Präsidenten Lincoln vom 15. April, die er eine Kriegserklärung gegen die Konföderirten Staaten nennt. „Ich hätte nicht nöthig gehabt," sagte er, „aktive Maßregeln zu unserer Vertheidigung zu ergreifen, wenn die Staaten der Union alle das Verfahren Virginiens, Nord-Carolina's, Arkansas', Kentucky's, Tennessee's und Missouri's nachgeahmt hätten, welche die

Einberufung von Truppen als eine verfassungswidrige Usurpation von Gewalt denuncirten, der sie nicht entsprechen würden; allein ich konnte die Thatsache nicht unbeachtet lassen, daß viele der Staaten ganz zufrieden damit schienen, sich der Ausübung der Gewalt, welche sich der Präsident der Vereinigten Staaten angemaßt hatte, zu unterwerfen, und sich thätig damit beschäftigten, Truppen auszuheben, welche zu dem in der Proklamation angedeuteten Zweck gebraucht werden sollten."

Dies, sagt Herr Davis, habe ihn bestimmt, die Staaten aufzufordern, Freiwillige zur gemeinsamen Vertheidigung zu stellen, und an alle Personen, welche bei dieser Vertheidigung mit bewaffneten Privatschiffen auf hoher See helfen wollten, einen Aufruf zu erlassen, sich um Kaperbriefe zu bewerben. „Ich empfehle ernstlich," fährt er fort, „den unverzüglichen Erlaß eines Gesetzes, welches mich ermächtigt, die bereits empfangenen zahlreichen Bewerbungen anzunehmen." Die Proklamation des Präsidenten Lincoln vom 19. April, welche die Blockade über die Häfen der Konföderirten Staaten verhängt, und Kaperschiffe mit der Strafe des Seeraubes bedroht, kann sich Herr Davis nur durch „den plötzlichen Einfluß der Leidenschaft" erkären, und er gibt sich der Ueberzeugung hin, daß „dem Menschengeschlecht die Schrecken eines solchen Kampfes werden erspart werden."

Die Streitkräfte des Bundes gibt die Botschaft auf 19,000 Mann, „welche in Charleston, Pensacola und in den Forts Morgan, Jackson, St. Philip und Pulaski stehen," und 16,000, „welche auf dem Wege nach Virginien sind," an, macht aber den Vorschlag, dieselben auf 100,000 zu erhöhen. Die Marine besteht nur aus zwei Schiffen.

Der Kongreß der Konföderirten Staaten führte seine Verhandlungen größtentheils in geheimer Sitzung; von den Beschlüssen, die er faßte, wurden jedoch die meisten nachträglich veröffentlicht. Folgende verdienen erwähnt zu werden: Vermehrung der Armee bis auf 100,000 Mann, je nach dem Ermessen des Präsidenten; Abschließung einer Anleihe von 50 Millionen Dollar, zum Theil in der Form von Schuldscheinen, zum Theil in Schatzamtsnoten; Aufnahme von Arkansas als Mitglied der Konföderirten Staaten und einstweilige Zulassung von Virginien; Anerkennung der Thatsache, daß „zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von

Amerika und den Konföderirten Staaten" Krieg besteht, und Ertheilung der Befugniß an den Präsidenten der Konföderirten Staaten, Kaperbriefe „gegen die Schiffe und Effekten der Regierung der Vereinigten Staaten und der Bürger und Bewohner derselben" auszustellen. Von den detaillirten Bestimmungen, welche dieser Beschluß über die Ausstellung von Kaperbriefen enthält, ist die merkwürdigste die, daß Kaperschiffe „eine Prämie von 20 Dollar für jede Person erhalten sollen, welche sich an Bord eines von ihnen verbrannten, versenkten oder zerstörten bewaffneten Schiffes der Vereinigten Staaten beim Beginn des Kampfes befand, vorausgesetzt, daß ein solches Schiff von gleicher oder größerer Stärke war, als das betreffende Kaperschiff."

Eine solche Bestimmung war vollkommen der Sache der Sklavenhalter-Rebellion würdig, für welche diese Kaperschiffe kämpfen und rauben sollten, und wenn es noch einer Rechtfertigung dafür bedurft hätte, daß der Präsident Lincoln die Kaper als Seeräuber zu behandeln drohte, so war sie in der Prämie für Menschenköpfe gegeben, welche die Rebellenregierung ihren Kapern aussetzte.

Zwölftes Kapitel.

Die Kampfobjekte und die Kampfmittel der Kriegführenden.

Von beiden Seiten war jetzt eine förmliche Kriegserklärung erfolgt. Jede Aussicht auf Vermittlung, auf friedliche Beilegung, auf Nachgeben der einen oder der andern Partei war geschwunden. Die Entscheidung durch Waffengewalt stand vor der Thür. Bevor wir nun dem Gang der Ereignisse weiter folgen, dürfte es an der Zeit sein, einen Augenblick zu pausiren, um die Kampfobjekte und die Kampfmittel etwas schärfer in's Auge zu fassen.

Die Rebellen waren ursprünglich der angreifende Theil. Sie kündigten der Bundesregierung den Gehorsam auf, bemächtigten sich der Arsenale, Forts, Waffen, Munition, Zoll= und Postgebäude, Münzstätten und Gelder der Vereinigten Staaten und bombardirten und eroberten schließlich das Fort Sumter. Kein Zweifel, ihre Offensivpläne gingen damals noch weiter. Sie hatten die Absicht, die Bundeshauptstadt zu erobern, die Regierung zu stürzen und sich der an der Wahlurne verlorenen Herrschaft mit Gewalt wieder zu bemächtigen. Sie rechneten dabei auf die Unterstützung ihrer alten Parteigenossen im Norden, auf die „Demokratie," die so oft die schmutzigste Arbeit für sie verrichtet, so oft schon ihnen die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte. Als sie aber die majestätische Erhebung des Nordens sahen, die wunderbare Einigkeit aller Parteien und die feste, zu allen Opfern bereite Entschlossenheit, die Bundesregierung zu unterstützen und um jeden Preis aufrecht zu erhalten, erlitt ihr Kampfobjekt eine wesentliche Veränderung. Sie wurden aus der Rolle des Angreifers augenblicklich in die des Vertheidigers zurückgedrängt; ihre kühnen, weitaussehenden Pläne wurden auf den bescheidneren reducirt, die Unabhängigkeit eines Sklavenstaatenbundes zu behaupten und seine Anerkennung zu erringen.

Auf dieses Ziel beschränkt sich jetzt das Streben der Führer der Rebellion. Sie werden im Verlaufe des Kampfes, mag derselbe auch eine Gestaltung annehmen, wie er will, weder darüber hinausgehen, noch dahinter zurückweichen, so lange sie die Macht in Händen behalten. Darüber hinausgehen werden sie nicht, weil sie bei alle der Tollheit und allem dem Ehrgeiz, von denen sie getrieben werden, doch Einsicht genug haben, um zu begreifen, daß an eine Unterwerfung des Nordens unter ihren Willen nie und unter keinen Umständen zu denken ist. Dahinter zurückweichen können sie nicht, weil sie sammt und sonders den Galgen verwirkt haben. Freilich haben Alle, die an der rebellischen Bewegung Theil genommen, sich des Hochverraths gegen die Vereinigten Staaten schuldig gemacht; allein die gesetzliche Strafe an Hunderttausenden zu vollziehen, davon kann natürlich nicht die Rede sein. Die Führer jedoch, wenn sie der Bundesregierung in die Hände fallen, werden eben so sicher gehängt werden, wie seiner Zeit der Vorkämpfer der Sklavenbefreiung, der alte John Brown, sein mißlungenes Unternehmen am Galgen büßen mußte. Diese Aussicht allein genügt, um die Führer zu bestimmen, den Kampf um die Unabhängigkeit des Sklavenstaatenbundes bis auf's Aeußerste zu führen.

Das Volk in den rebellischen Staaten hat kein weiter gehendes Ziel, als die Führer. Man hat ihm so viel vorgeschwindelt von dem Unrecht, das der Norden ihm zugefügt habe, und von den Gefahren, die ihm von dort her drohen, daß es in der Unabhängigkeit vom Norden seine einzige Rettung erblickt und willig in den Kampf geht, um sich diese Unabhängigkeit zu sichern. Ob es aber den Führern bis auf's Aeußerste folgen wird, ist sehr zweifelhaft, wenn es auch jetzt noch dazu entschlossen scheinen mag. Wenn im Verlauf des Kampfes die Schwierigkeiten, welche in der ersten Zeit so gering erschienen, und die Opfer, welche als so unbedeutend geschildert wurden, riesengroß anwachsen, so wird wahrscheinlich die Opposition, die augenblicklich durch den Terrorismus der Fanatiker niedergeworfen ist, wieder aufleben und das verblendete Volk dahin bringen, bedingungslos zum Gehorsam gegen die Bundesregierung zurückzukehren.

Herr Russell, der weltberühmte Berichterstatter der Londoner „Times,“ der bei all' seinem glänzenden Darstellungstalent schon

viel Unrichtiges, Oberflächliches, Verkehrtes und Widersprechendes über die Lage der Dinge in Amerika verbreitet hat, hat sich während seines Aufenthaltes in den Rebellenstaaten auch das Märchen aufbinden lassen, daß dort eine außerordentliche Vorliebe für monarchische Institutionen und eine große Anhänglichkeit an England herrsche, und daß sie mit Freuden zur Monarchie zurückkehren würden, wenn Königin Victoria ihnen einen ihrer vielen Prinzen schenken wollte. Herr Russell hat in Süd-Carolina und anderen Rebellenstaaten fast nur mit den Führern der Rebellion und einem sehr beschränkten Kreise reicher Sklavenhalter verkehrt. Was er berichtet, hat er meist in diesen Kreisen wahrgenommen oder sich dort aufbinden lassen. Unter der Sklavenhalteraristokratie Süd-Carolina's gibt es allerdings Manche, welche sich nach Titeln und Auszeichnungen sehnen mögen, wie sie nur die Monarchie gewährt, Manche vielleicht auch, welche unter einer monarchischen Verfassung ihre „eigenthümliche Institution" für besser gesichert halten, als unter einer republikanischen, und die Führer der Rebellion mögen kein Bedenken tragen, sich lieber der Monarchie in die Arme zu werfen, wenn sie darin eine Rettung erblicken, als sich vor der Regierung der Vereinigten Staaten zu beugen; allein es würde ganz verkehrt sein, wenn man daraus den Schluß ziehen wollte, daß die Bevölkerung der Sklavenstaaten, oder auch nur ein beträchtlicher Theil derselben, sich nach monarchischen Institutionen sehnte. Oberflächliche europäische Beobachter haben zwar schon öfter behauptet, nicht bloß in den Sklaven-, sondern auch in den freien Staaten schwärme ein großer Theil des Volkes für die Monarchie, und über kurz oder lang würde es mit der Republik zu Ende sein; aber von allen den vielen Verläumdungen, die schon gegen die Vereinigten Staaten von Amerika verbreitet worden sind, ist diese die allerhaltloseste und unbegründetste.

Daß es unter der Sklavenhalteraristokratie Süd-Carolina's Leute gibt, die sich nach den „Ehren" und Auszeichnungen der Monarchie sehnen, dafür ist kürzlich ein zuverlässigeres und unverwerflicheres Zeugniß, als das des Herrn Russell, veröffentlicht worden. W. Miller, Lieutenant auf der Vereinigten Staaten Kriegsschaluppe Iroquois, welche Anfangs Juli vom Mittelmeer-Geschwader, zu dem sie gehört hatte, zurückkehrte, theilte in dem in seiner Heimathsstadt Wheeling in Virginien erscheinenden „In-

telligencer“ Folgendes mit: „Am 20. December vorigen Jahres versammelte der Kommandeur des Geschwaders, Kapitän Ingraham,*) einen Theil der Offiziere desselben in Spezzia, um mit ihnen eine Besprechung über die Ereignisse in den Vereinigten Staaten zu halten. Das Ergebniß der Besprechung war kein befriedigendes, worauf der Kapitän die Offiziere im Januar zu einer zweiten nach Genua einlud. Ingraham und mehrere andere Offiziere erklärten bei dieser Gelegenheit, daß sie entschlossen seien, den Dienst der Vereinigten Staaten zu verlassen und sich den Rebellen anzuschließen. Um mich zu verleiten, ein Gleiches zu thun, erzählten sie mir, die Bewegung im Süden würde bald auf eine Monarchie hinauslaufen; das sei der Plan, und Alle, welche jetzt übergingen, würden geadelt werden und hohe Stellungen erhalten. Sobald ich das hörte, wandte ich ihnen den Rücken mit der Erklärung, daß ich unter der Flagge, unter der ich bis jetzt gesegelt, leben und sterben wolle.“

Die Bundesregierung stand Anfangs auf der Defensive. In seiner Antrittsadresse hatte der Präsident Lincoln gesagt: „Die mir anvertraute Macht wird dazu angewandt werden, das Eigenthum der Regierung und die ihr gehörenden Plätze zu behaupten, zu besetzen und festzuhalten und die Zölle und Auflagen einzuziehen. Ueber das, was für diese Zwecke nothwendig ist, hinaus wird kein Angriff stattfinden, keine Gewalt gegen das Volk gebraucht werden. Wo die Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten in irgend einem Ort im Innern so groß und so allgemein ist, daß sie kompetente Bürger eines solchen Ortes verhindert, die Bundesämter zu verwalten, wird kein Versuch gemacht werden, dem Volke Fremde, die ihm zuwider sind, aufzuzwingen. Ich halte es für besser, einstweilen solche Aemter zu suspendiren. Dieses Verfahren wird inne gehalten werden, so lange nicht Ereignisse und Erfahrung eine Aenderung als zweckmäßig erscheinen lassen.“ Der Präsident empfahl zugleich den Rebellen ruhiges Nachdenken und that sechs Wochen lang gar nichts, um auch nur das Wenige, was er in seiner Adresse angekündigt hatte, auszuführen, ausgenommen den

*) Derselbe, welcher sich durch die Befreiung des Ungarn Koszta aus der Gewalt Oesterreichs einen Namen gemacht hatte, ein geborener Süd-Carolinaer und ein Mitglied der Sklavenhalteraristokratie jenes Staates.

Versuch, Fort Sumter zu verproviantiren, und die weitere Herbeiziehung unbedeutender Streitkräfte zur Vertheidigung der Bundeshauptstadt.

In seiner Proklamation vom 15. April war er einen Schritt weiter gegangen. Er hatte 75,000 Mann auf drei Monat in Dienst berufen, „um die Verbindungen, welche den Gesetzen der Vereinigten Staaten Widerstand leisteten, zu unterdrücken und die gehörige Vollziehung der Gesetze zu bewirken,“ hatte aber gleich hinzugefügt, daß „der erste Dienst, zu welchem die einberufene Macht bestimmt sei, wahrscheinlich darin bestehen werde, die Forts, die Plätze und das Eigenthum, welche der Union weggenommen worden seien, wieder in Besitz zu nehmen.“ Damit war die Bundesregierung in die Offensive getreten, in eine Offensive freilich, welcher sehr enge Grenzen gesteckt waren. Der Präsident und seine Rathgeber gaben sich damals noch dem Glauben hin, sie würden durch die bloße Drohung mit energischen Maßregeln zur Unterdrückung der rebellischen „Verbindungen,“ durch die bloße Aufbietung einer Macht von 75,000 Mann, mit Hülfe einer Blockade und vielleicht noch der Wiedereroberung des einen oder andern Forts die Rebellen zur Unterwerfung bestimmen. Aber die Ereignisse belehrten sie bald eines Bessern, und so folgte denn schon am 3. Mai die Proklamation, welche 75 Freiwilligenregimenter auf drei Jahre in Dienst berief und eine bedeutende Vermehrung der stehenden Armee und der Flottenmannschaft anordnete.

Das Kampfobjekt der Bundesregierung war jetzt endlich bestimmt ausgeprägt. Es heißt einfach und ohne Winkelzüge: Unterdrückung der Rebellion um jeden Preis, vollständige Wiederherstellung der Bundesgewalt auf jedem Zoll Erde, der den Vereinigten Staaten gehört. Auch dieses Ziel wird im Verlaufe des Kampfes eben so wenig eine Veränderung erleiden, wie das der Rebellenführer. Die Bundesregierung kann und darf weder mehr noch weniger thun. Von anderweitigen Bedingungen, welche den Rebellen bewilligt oder welche ihnen auferlegt werden könnten, kann keine Rede sein. Sind die rebellischen Staaten zum Gehorsam zurückgekehrt, so nehmen sie selbstredend ihre frühere gleichberechtigte Stellung in der Union wieder ein. Was nach beendigtem Kampfe geschehen soll, um die Wiederholung einer solchen frevelhaften Rebellion zu verhüten, das zu entscheiden, ist Sache

des Volkes und seiner Vertreter, des Kongresses oder einer Nationalkonvention.

Was den Weg zur Erreichung seines Zieles betrifft, so hat sich der Präsident Lincoln auf den sehr richtigen Standpunkt gestellt, nicht mehr Gewalt anzuwenden, als unbedingt nothwendig ist, nicht mehr Menschenleben, Kriegsmaterial und Eigenthum zu zerstören, als der Zweck erfordert — ein Standpunkt, welcher mit den wahrhaft demokratischen Institutionen der Vereinigten Staaten vollkommen in Einklang steht und durch sie bedingt wird. Wer diesen Standpunkt begreift und nicht aus dem Auge verliert, der wird, wenn auch nicht Alles, doch sehr Vieles in dem Kampfe gegen die Rebellion erklärlich finden, was denen unerklärlich, wenn nicht dumm und abgeschmackt erscheint, die keinen andern Maßstab für solche Dinge kennen, als den europäischer Kriegführung. Wie der Präsident der Vereinigten Staaten in der politischen Leitung des Kampfes, so hält der Oberbefehlshaber der Armee auch in der militärischen jenen Standpunkt möglichst fest. Wo eine Blockade hinreicht, da werden keine Kugeln gewechselt; wo eine bloße Machtentfaltung den Zweck erfüllt, da wird kein Gefecht geliefert; wo ein Scharmützel genügt, wird keine Schlacht geschlagen, und wo eine Rebellenabtheilung umzingelt oder abgeschnitten werden kann, wird sie nicht zusammengehauen. Freilich hat dieses System des Zauderns und der Mäßigung auch seine Grenzen. Zwei Umstände namentlich sind es, welche ihm Schranken setzen: die Stockung des Handels und der Gewerbe, welche der Kriegszustand mit sich gebracht hat und welche von Tag zu Tag empfindlicher wird, je länger derselbe dauert, und die wachsende Ungeduld des Nordens, die nichts mehr von Zaudern und Mäßigung wissen will, sondern nach greifbaren Thaten verlangt.

Alle diese Bemerkungen greifen zwar den Ereignissen weit vor; allein da sie wesentlich zu deren richtiger Beurtheilung dienen, habe ich ihnen schon hier einen Platz angewiesen.

Hat auch die Bundesregierung in dem Kampfe kein anderes Ziel vor Augen, als die Wiederherstellung ihrer Autorität, so blickt doch das Volk der nördlichen Staaten, von dessen freiem Willen die Regierung allein ihre Macht und ihre Kampfmittel hat, über dieses Ziel hinaus nach einem ferner liegenden. Als die Secessionsbewegung begann, erhoben sich unter den Politikern

des Nordens viele Stimmen für Nachgiebigkeit und Zugeständnisse an die Sklavenhalter, während die Masse des Volkes sich ziemlich indifferent verhielt. In dem Maße, wie die Bewegung zunahm und die Anmaßung der Rebellen wuchs, verstummten diese Stimmen, und ertönte aus der Mitte des Volkes heraus immer lauter das Feldgeschrei: Keine Zugeständnisse an Rebellen! Nieder mit der Rebellion! Die Proklamation des Präsidenten, welche dem Angriff auf Fort Sumter folgte, fand ein einiges Volk, das sich wie Ein Mann erhob, zu jedem Opfer bereit, um die Rebellion zu unterdrücken und die Union zu erhalten. Weiter wollte das Volk damals nichts, an etwas Anderes dachte es im ersten Augenblick nicht. Nur die radikalen Mitglieder der republikanischen Partei faßten von vornherein die Sache anders auf. Sie begriffen, daß dem Uebel, aus welchem die Rebellion entsprungen, die Art an die Wurzel gelegt werden müsse, wenn der Kampf nicht ein ganz nutzloser sein solle, daß es immer eine nach Macht und Herrschaft strebende, die Freiheit des Volkes und den Bestand der Union bedrohende Sklavenhalteraristokratie geben werde, so lange die Sklaverei existire, und daß es keine bessere Gelegenheit geben könne, um das Grundübel auszurotten, als den gegenwärtigen Kampf; allein sie hüteten sich, diese einfachen Wahrheiten als Parteiprogramm hinzustellen oder auch nur öffentlich auszusprechen, um nicht eine Opposition von demokratischer Seite hervorzurufen und Zwiespalt in den einigen Reihen des Nordens zu säen. Trotzdem greifen dieselben immer weiter um sich; sie brechen sich mehr und mehr Bahn, ohne daß Propaganda für sie gemacht wird. Die Logik der Zahlen steht auf ihrer Seite; je länger der Kampf sich hinzieht, je größere Opfer er erfordert, je hartnäckiger der Widerstand der Rebellen ist, desto mehr kommt das Volk zu der Einsicht, daß etwas Durchgreifendes geschehen muß, um die Grundursache der Rebellion zu beseitigen. „Sollen wir zehn=, fünfzig=, hunderttausend Menschenleben opfern und hundert, zweihundert, fünfhundert Millionen Dollar ausgeben, ohne wenigstens der Wiederkehr solcher Opfer vorzubauen, und ohne den Bestand der Union und unserer Freiheit für alle Zukunft zu sichern? Reicht nicht eine solche Geldsumme allein schon hin, um die Sklaverei in der Hälfte der Staaten, in denen sie besteht, auszukaufen und ihre Aufhebung in den übrigen anzubahnen?" Das

sind zu natürliche Fragen, als daß sie sich nicht Jedem aufdrängen sollten.

Betrachten wir jetzt die Kampfmittel, welche den Parteien zu Gebote stehen. Die Bundesregierung hat zu ihrer unbedingten Verfügung die Mittel der 19 freien Staaten, des Sklavenstaates Delaware, der Territorien Washington, Dakotah, Nevada, Utah, Nebraska und Colorado und des Distrikts Columbia. Davon kommen jedoch die Staaten Kalifornien und Oregon und die sämmtlichen Territorien, mit Ausnahme von Nebraska, nicht in Betracht, insofern es sich um lebendes Kriegsmaterial handelt, weil sie theils zu weit vom Schauplatz der Handlung entfernt, theils noch zu dünn bevölkert sind, während dagegen ihre finanziellen Kräfte der Regierung zu Gute kommen. Die Einwohnerzahl der freien Staaten, ohne Kalifornien und Oregon, des Staates Delaware, des Territoriums Nebraska und des Distrikts Columbia betrug nach dem Census von 1860 zusammengenommen 18,728,385.

Auf der Seite der Rebellenregierung stehen die Staaten Texas, Louisiana, Arkansas, Mississippi, Alabama, Georgia, Florida, Süd- und Nord-Carolina, Tennessee und ein Theil von Virginien, die sklavenhaltenden Territorien Neu-Meriko und Arizona und das Territorium der sklavenhaltenden Cherokee-, Creek- und Choctaw-Indianer. Die drei Territorien kommen ebenfalls nicht in Betracht. Virginien kann nur zum Theil gerechnet werden, zu etwa zwei Drittel, weil der Rest dieses Staates, wie wir weiter unten sehen werden, sich von der Sache der Rebellen losgesagt und in die Reihe der loyalen Staaten auf die Seite der Bundesregierung gestellt hat. Die genannten 10 Staaten nun nebst dem rebellischen Theil Virginiens hatten nach dem Census von 1860 zusammen 5,271,723 freie Bewohner, während durch den loyalen Theil Virginiens die Volkszahl, aus welcher die Bundesregierung ihre Streitkräfte ziehen kann, auf 19,128,385 anschwillt.

Maryland, Kentucky und Missouri müssen einstweilen aus der Rechnung bleiben: Maryland, weil, obschon die Mehrheit der Bevölkerung loyal ist, die Bundesregierung mehr Streitkräfte dort halten muß, als der Staat stellt, damit die Rebellen nicht wieder das Haupt erheben und die Verbindung der Hauptstadt mit dem Norden gefährden oder gar unterbrechen können; Kentucky, weil es eine neutrale Stellung behauptet; Missouri, weil die loyalen

Bürger dort im Kampfe mit den Rebellen stehen und die Bundesregierung ihnen noch aus anderen Staaten Truppen zur Unterstützung geben muß.

Vergleicht man die Bevölkerungszahlen mit einander, so ergibt sich ein so ungeheures Uebergewicht auf Seiten der Bundesregierung, daß der endliche Sieg auch nicht einen Augenblick zweifelhaft sein kann, wenn nicht durch andere Umstände dieses Uebergewicht wieder aufgewogen wird. Sehen wir uns also diese anderen Umstände an.

Zunächst fragt es sich, welche Procentzahl von der Bevölkerung für den Krieg verwendbar gemacht werden kann. Die Erfahrung lehrt, daß bei außerordentlicher Anstrengung 3 Procent aufgestellt werden können, wenn der Krieg nicht zu lange währt; für die Vertheidigung in der Regel mehr, als für den Angriff. Im Allgemeinen ist das Geld das Einzige, was die Procentzahl bestimmt und ihr Schranken setzt. Ein anderes Bestimmungselement, der Wille der Bevölkerung, kommt in monarchischen Staaten, in welchen unbedingter Gehorsam gegen eine Regierungsgewalt, die sie nicht geschaffen haben, als erste Pflicht der Regierten gilt und ihnen zur zweiten Natur geworden ist, für gewöhnlich nicht in Betracht, kann aber in republikanischen Gemeinwesen, in welchen die Regierung ein Geschöpf der Regierten ist und ihre Macht allein von dem guten Willen der einzelnen Individuen ableitet, sehr schwer in's Gewicht fallen und wesentlich auf die für den Krieg verwendbare Procentzahl einwirken.

Das Geld, der Nerv der Kriegführung, übt in den Vereinigten Staaten von Amerika noch einen viel größeren Einfluß auf dieselbe aus, als in irgend einem anderen Lande, weil der amerikanische Soldat durchschnittlich 1000 Dollar per Jahr kostet, etwa zehn Mal so viel, als der Soldat in den meisten europäischen Staaten. Dies rührt einfach daher, daß Löhnung und Beköstigung der Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere nach den dortigen bürgerlichen Verhältnissen normirt sind, in der Weise, daß jede Klasse sich mindestens eben so gut steht, wie Personen in entsprechender bürgerlicher Stellung, und daß die Truppen niemals in Privathäuser einquartiert, noch durch unbezahlte Requisitionen verpflegt werden, sondern neben ihrem hohen Sold eine sehr reichliche Nahrung erhalten, welche von Kontraktoren geliefert und der Armee

nachgeführt wird. Nun ist allerdings auch der Reichthum der Vereinigten Staaten, wenn auch nicht an baarem Gelde, doch an Werthen aller Art viel größer, als der der europäischen Staaten, England allein vielleicht ausgenommen, und sie haben keine erdrückende Schuldenlast wie diese; allein dieser größere Reichthum wiegt doch bei Weitem die bedeutenden Mehrkosten der Truppen nicht auf, so daß die Unterhaltung einer Armee nach europäischem Maßstab wegen ihrer größeren Kostspieligkeit nicht bloß eine absolut, sondern auch eine relativ viel größere Last für die Vereinigten Staaten ist, als für die europäischen Monarchieen.

Vergleichen wir nun die finanzielle Leistungsfähigkeit des Gebietes, welches der Bundesregierung zur Verfügung steht, mit den Hülfsmitteln des Gebietes der Rebellenregierung an der Hand des Census von 1850, — der von 1860 steht mir leider nur sehr unvollständig zu Gebote — so finden wir folgende Zahlen. Der Werth des liegenden und beweglichen Eigenthums in den damals bestehenden 16 freien Staaten und Delaware wurde auf 4,120,101,961 Dollar geschätzt. Rechnet man dazu die neu hinzugekommenen freien Staaten, ein Drittel von Virginien, den Distrikt Columbia und die Territorien, so erreicht jene Summe mindestens 4300 Millionen Dollar. Dagegen wurde das Eigenthum im Gebiete der Rebellenregierung zu 1,055,419,617 Dollar veranschlagt, abgesehen jedoch von dem eingebildeten Werth des Sklaveneigenthums. Das Eigenthum in dem loyalen Gebiet hatte also einen vier Mal so hohen Werth, als das in dem rebellischen. Dieses Verhältniß hat sich aber seit 1850 noch wesentlich geändert. Durch die außerordentliche Zunahme der Ansiedelung des Nordwestens und die große Ausdehnung der Bodenkultur, durch das fabelhafte Aufblühen der meisten größeren Städte des Nordens und die Entstehung vieler neuen, durch den riesigen Aufschwung der Industrie, des Handels, der Schifffahrt und der Eisenbahnen, in Verbindung mit einer Einwanderung, die nach Millionen zählt, sind so viele neue Werthe erzeugt worden, daß heute das Eigenthum in dem loyalen Gebiet sicherlich das Doppelte des Werthes erreicht hat, den es 1850 hatte, während in dem rebellischen die Zunahme schwerlich 50 Procent erreicht. Danach kann man mit Sicherheit annehmen, daß das erstere jetzt um das Sechsfache das letztere übersteigt.

In einem ähnlichen Verhältniß, wie der Werth des Eigenthums, steht der Werth der jährlichen Erzeugnisse. Im Jahre 1850 wurden in den damaligen 16 freien Staaten, in Delaware und dem loyalen Theil Virginiens an Weizen, Roggen, Mais, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Buchweizen, Bohnen, Erbsen, Klee- und Grassamen, Flachssamen, Gartengewächsen, Obst, Heu, Hopfen, Hanf, Flachs, Ahornzucker, Tabak, Wolle, Butter und Käse, Wachs und Honig für 589,263,291 Dollar erzeugt, in dem rebellischen Gebiet an denselben Produkten, nebst Baumwolle, Reis und Rohrzucker, für 326,183,202, an Industrieprodukten in dem loyalen Gebiet für 857,137,113, in dem rebellischen für 70,046,486 Doll. Bei der Vergleichung dieser Zahlen, welche seitdem ebenfalls bedeutend angewachsen sind und eine wesentliche Veränderung zu Gunsten des Nordens erlitten haben, darf man nicht übersehen, daß in dem rebellischen Gebiet zu der freien Bevölkerung von 5,271,723 noch 3,475,161 Sklaven hinzukommen, welche produciren und konsumiren helfen, daß also die producirende und konsumirende Menschenzahl in dem rebellischen Gebiet sich auf 8,746,884 stellt, gegen 19,128,385 in dem loyalen Gebiet.

Zur Vervollständigung dieser vergleichenden Uebersicht mögen noch die folgenden Zahlen dienen. Im Jahre 1859 belief sich der Tonnengehalt der Schiffe der loyalen Staaten auf 4,265,826, der des rebellischen Gebietes auf 537,797. Das Bankkapital betrug in demselben Jahre in jenen 304,312,919, in diesen 76,805,419 Dollar. An Eisenbahnen hatten die loyalen Staaten 1858/59 20,280, die rebellischen 7,090 Meilen, an Kanälen jene 4,197, diese nur 288 Meilen. Um diese Zahlen richtig zu würdigen, ist noch Zweierlei in's Auge zu fassen: das Eine, daß ein großer Theil des Kapitals, welches im Süden in Eisenbahnen, Banken u. s. w. angelegt ist, dem Norden gehört; das Andere, daß die Eisenbahnen und Kanäle der loyalen Staaten sich auf eine Oberfläche von nur 635,167 Quadratmeilen, die in den rebellischen Staaten hingegen auf 713,294 Quadratmeilen vertheilen.

Aus allen diesen Zahlen nun ergibt sich, daß der Nerv des Kriegführens bei'm Norden ist, daß die Bundesregierung einen viel längeren und viel schwerer zu erschöpfenden Geldbeutel zu ihrer Verfügung hat, als die Rebellenregierung. Sie braucht in

der That nur zu bestimmen, was sie haben will; jede Geldsumme ist für sie bereit. Inländisches und ausländisches Kapital steht ihr in jedem Betrage zu Gebote. In den Banken des Landes häufen sich in Folge der Stockung der Einfuhr und der bedeutenden Ausfuhr von Getreide und Mehl gegen baares Geld immer größere Geldmassen an, die im Handel und in der Industrie keine Verwendung finden können und deßhalb gern gegen Schuldscheine der Regierung hergegeben werden; europäisches Kapital aber hat von jeher sich zu der Anlage in Papieren der Vereinigten Staaten gedrängt, die bei der vollkommensten Sicherheit 6, 7 und 8 Procent Zinsen tragen. Der Rebellenregierung gehen alle diese Hülfsmittel ab. Ihre Existenz ist eine höchst unsichere, sie kann keinerlei Garantie bieten, und kein ausländischer Kapitalist wird ihr deßhalb auch nur einen Dollar borgen. Selbst wenn die einzelnen rebellischen Staaten in den Riß treten wollten, würde das wenig fruchten, weil ihr Kredit, der niemals weit her war, gegenwärtig fast eben so tief gesunken ist, als der ihrer ephemeren Konföderations-Regierung. Freiwillige Beisteuern, hohe Auflagen und Zwangsanleihen oder Papiergeld mit Zwangskurs sind fast die einzigen finanziellen Hülfsmittel, auf welche diese Regierung hingewiesen ist. Es sind das aber alles Mittel, mit denen sie nicht weit kommen wird und die bald versiegen müssen.

So weit es also auf die finanziellen Kräfte ankommt, kann man annehmen, daß die Bundesregierung vollkommen im Stande ist, nicht allein das Maximum von 3 Procent der Bevölkerung der loyalen Staaten mit Leichtigkeit in's Feld zu stellen, sondern auch für längere Zeit zu unterhalten, daß es dagegen der Rebellenregierung sehr schwer fallen, wenn nicht unmöglich sein wird, ihr darin nachzukommen. Drei Procent der Bevölkerung des loyalen Gebiets ergeben etwa 570,000 Mann, drei Procent der Bevölkerung des rebellischen Gebiets 156,000. In der ersten Hälfte des Juli hatte die Bundesregierung bereits eine Armee von 310,000 Mann im aktiven Dienst, die Rebellenregierung höchstens 90—100,000, und in den nördlichen Staaten waren noch so viele Regimenter in der Bildung begriffen und hatten so viele ihre Dienste angeboten, daß in kurzer Zeit die Zahl von 570,000 erreicht werden konnte, wenn die Regierung es wollte; während dagegen in den rebellischen Staaten, trotz alles Bramarbasirens, sich nicht so viele Freiwillige

stellten, als ihre Regierung verlangte. Bestimmtes darüber zu erfahren, hält im gegenwärtigen Augenblick schwer, weil der Verkehr mit dem Süden fast ganz abgebrochen ist; indeß liegen z. B. aus Virginien positive Nachrichten vor, daß die Regierung sich wahrscheinlich genöthigt sehen würde, zu einer zwangsweisen Aushebung zu schreiten, weil die Zahl der Freiwilligen ihren Anforderungen nicht entspreche.

Ein großes Hinderniß liegt für die Rebellenregierung darin, daß sie eine starke unionstreue Partei gegen sich hat, die sich, wenn sie auch augenblicklich zum Schweigen gebracht ist, doch durch passiven Widerstand geltend macht und im weiteren Verlauf des Kampfes einen immer größeren Einfluß äußern wird. Wenn dies schon die Rebellen in ihren Rüstungen und in allen ihren Bewegungen hemmt, so hängt sich vollends wie ein Bleigewicht der Fluch der Sklaverei an ihre Füße. Mag auch hundert und tausend Mal die Behauptung wiederholt werden, die Sklaven seien glücklich und zufrieden, sie dächten nicht an Revoltiren, sie seien bereit, für ihre Eigenthümer durch's Feuer zu gehen, so widerspricht dem die Natur der Dinge, so streiten dagegen die Thatsachen und die eigenen Geständnisse der Sklavenhalter. Lebt doch sogar in jedem Lastthier der Drang nach Freiheit — wie viel mehr in jedem Menschen! Dieser Drang kann zeitweilig erstickt werden; ganz ausrotten läßt er sich nie. Er glimmt wie ein Funke unter der Asche fort, und es bedarf nur einer geeigneten Veranlassung, um ihn zur hellen Flamme anzufachen. Das massenhafte Fortlaufen der Sklaven, wo sich ihnen eine Gelegenheit bietet, ihre vielen Aufstände und Verschwörungen, die ängstliche Ueberwachung aller ihrer Aeußerungen und ihres ganzen Thuns und Treibens, das sorgfältige Fernhalten jedes Belehrungs- und Aufklärungsmittels von ihnen — alles das beweist das gerade Gegentheil von den idyllischen Zuständen, welche Oberflächlichkeit oder Interesse häufig als das Wesen der amerikanischen Negersklaverei schildern. Im Allgemeinen kann man annehmen, daß die Sklavenhalter während dieses Kampfes, den sie um der Erhaltung ihres Menscheneigenthums wegen zu führen vorgeben, ansehnliche Kräfte, die sonst zum Kampfe verwandt werden könnten, zur Bewachung dieses Eigenthums verwenden müssen, damit ihnen dasselbe nicht davonläuft oder sie und die Ihrigen todtschlägt. Auf entlegenen

Plantagen, wo die Sklaven gar nichts von der Außenwelt wissen, und bei solchen Eigenthümern, von denen sie besonders gut behandelt werden, mögen dazu wenige Kräfte erfordert werden; aber an den Grenzen, in den größeren Städten, in der Nähe der Bundestruppen, und da, wo die Sklaven eine schlechte oder gar, was oft genug der Fall ist, eine tyrannische Behandlung zu erdulden haben, werden um so mehr Kräfte dadurch in Anspruch genommen.

Ueber die Brauchbarkeit der Mannschaft des Nordens und Südens zum Kriegsdienst möge ein Urtheil Washington's, der die beste Gelegenheit hatte, dieselbe praktisch kennen zu lernen, hier Platz finden. „Ich versichere Ihnen," schrieb er einem Freunde, „bei aller meiner Parteilichkeit für meine speziellen Landsleute und allen meinen Vorurtheilen gegen die Neu-Engländer, daß ich die Letzteren nur als die Blüthe der amerikanischen Armee ansehen kann. Sie sind ein starkes, kräftiges und abgehärtetes Volk, an Arbeit und Mühseligkeiten gewöhnt, was bei unserem Volk selten ist; und wenn auch unser ungestümes, hitziges Temperament sich besser zu einem plötzlichen, verzweifelten Unternehmen eignen mag, so kann man doch bei der Art und Weise, wie jetzt Krieg geführt wird, dauernde Vortheile nur von jenem geduldigen und ausdauernden Temperament erwarten, welches das Ergebniß der Arbeit ist. Die Neu-Engländer sind kaltblütig, überlegt und verständig, während wir ganz Feuer und Flamme sind. Gleich ihrem Klima bewahren sie eine gleichmäßige Temperatur, während wir nicht leuchten können, ohne zu brennen. Sie haben eine Gleichförmigkeit und Beständigkeit des Charakters, auf welche das Volk keines anderen Staates irgendwie Anspruch machen kann."

Dieses Urtheil Washington's gilt auch heute noch, und was er von den Neu-Engländern sagt, paßt mehr oder weniger auf die Bevölkerung aller nördlichen Staaten, welche zum großen Theil von den Neu-Engländern abstammt. Der starke Zusatz von Deutschen und Irländern, welchen der Norden seit den Zeiten Washington's bekommen hat, hat der Brauchbarkeit seines Volkes für den Kriegsdienst keinen Eintrag gethan; beide Volksstämme geben bekanntlich ganz gutes Material zu Heeresbildungen ab. Was die Ausbildung des Volkes für den Krieg betrifft, so war davon im Norden, wie im Süden gleich wenig zu finden. Die stehende

Armee ist viel zu gering, als daß sie einen nennenswerthen Einfluß darauf ausüben könnte, und die Ausbildung der aktiven Miliz beschränkte sich im Allgemeinen auf Handgriffe mit dem Gewehr und etwas Paradeexerziren. Es mußte also Alles aus dem Rohen geschaffen werden, wobei der Süden dem Norden in so weit voraus war, als er mit seinen Organisationen früher begonnen hatte. Einen kleinen Kern hatte die Armee der Bundesregierung an den paar tausend Mann regulärer Truppen, welche für den Krieg verwendbar gemacht werden konnten, und einen größeren in den zahlreichen deutschen, irischen, englischen, schottischen, ungarischen, französischen und italienischen Freiwilligen, welche schon in europäischen Armeeen gedient und großentheils Feldzüge mitgemacht hatten. Die deutschen Freiwilligen zeichneten sich vor allen anderen aus, sowohl durch ihre Zahl, als auch durch ihre gute militärische Ausbildung.

An tüchtigen Offizieren war auf beiden Seiten großer Mangel. Die geringe Zahl, welche die reguläre Armee hatte, vertheilte sich fast gleich auf den Norden und auf den Süden, indem fast alle Offiziere, die aus dem Süden herstammten, von den niedrigsten bis zu den höchsten hinauf, ihren Abschied nahmen, desertirten oder zu Verräthern wurden und in den Dienst der Rebellen übertraten. Außerdem gab es noch eine Anzahl Offiziere, die nach einer Dienstzeit von wenigen Jahren in das bürgerliche Leben zurückgetreten waren, eine Anzahl Volontäroffiziere, welche den Krieg gegen Mexico mitgemacht hatten, und endlich eine Anzahl von Männern, welche, ohne eine militärische Laufbahn einzuschlagen, auf der vortrefflichen Militärakademie zu West-Point ausgebildet worden waren. Das alles zusammengenommen war aber viel zu wenig, um den Bedarf zu decken. Die auf die Hälfte reducirten Offiziere der regulären Armee reichten bei weitem nicht einmal hin, um nach der Vermehrung derselben auf weit über das Doppelte die Stellen nur auf das Nothdürftigste zu besetzen. Die meisten derselben avancirten um zwei Rangstufen, und zur Ergänzung der vakanten Stellen, sowie zu den meisten Offizierstellen der Freiwilligen-Armee mußten Leute genommen werden, die nie Soldat gewesen waren, oder höchstens die militärische Spielerei in der Miliz mitgemacht hatten. Nur bei den deutschen Regimentern fanden sich zur Besetzung der Offizierstellen Leute genug, die entweder schon Offiziere oder doch gediente Militärs gewesen waren.

Mit Waffen waren die Rebellen im Anfang besser versorgt, als die Truppen der Bundesregierung, weil ihnen der verrätherische Kriegsminister der vorigen Administration soviel in die Hände gespielt hatte, als er nur konnte. Die Bundesregierung hätte mit Leichtigkeit das Fehlende vom Auslande beziehen können; aber sie zog es vor, den Bedarf im Lande zu decken, theils durch ihre eigenen Fabriken, theils durch Ankäufe von Privatmanufakturen. Vom Auslande kamen nur einige Batterieen gezogener Kanonen und 10,000 Büchsen, welche amerikanische Bürger in England und Frankreich angekauft hatten. Was den Rebellen in die Hände gefallen war, bestand, außer Geschützen, größtentheils in glatten Perkussionsgewehren und zu einem geringen Theil in Büchsen. Die Bundesregierung schaffte für ihre Truppen vorzugsweis gezogene Gewehre neuester Konstruktion an. An Munition fehlte es beiden kriegführenden Parteien nicht.

Ein anderes wichtiges Kampfmittel steht der Bundesregierung in ihrer Flotte zur Verfügung. So schwach und vernachlässigt dieselbe beim Amtsantritt des Präsidenten Lincoln war, wurde sie doch durch die Thätigkeit des neuen Marineministers bald so weit gebracht, daß sie in der zweiten Hälfte des Mai hinreichte, um die Blokade aller Häfen der rebellischen Staaten auszuführen. Diese Vermehrung der Seemacht wurde erzielt durch Instandsetzung aller abgetakelten und noch brauchbaren Schiffe, durch Heimberufung der meisten Geschwader von auswärtigen Stationen, durch Ankauf und Miethen von Dampfern, die sich zu Kanonenbooten und bewaffneten Transportschiffen eigneten. Eine große Anzahl neuer Schiffe ist seitdem in Bestellung gegeben worden, und die bedeutenden Schiffswherfte der nördlichen Häfen sind im Stande, jede beliebige Zahl von Kriegsfahrzeugen in kurzer Zeit herzustellen. Außerdem stehen der Regierung jeden Augenblick wenigstens tausend Fahrzeuge von der Handelsmarine zu Gebote, die sich zu Kriegsschiffen dritter und vierter Klasse verwenden lassen. Einstweilen beschränkt sich die Thätigkeit der Flotte auf die Absperrung des rebellischen Gebietes vom Verkehr mit der Außenwelt; sobald sie aber einen weiteren Zuwachs erhält, wird sie im Stande sein, bei den Offensivoperationen der Armee thätig mitzuwirken. Die Absperrung des rebellischen Gebietes ist eine Maßregel, deren Folgen auf den Verlauf des Kampfes einen großen Einfluß ausüben

werden. Sie ruinirt den Handel, erzeugt Verarmung, schneidet alle Hülfsmittel ab, die von Außen kommen könnten, was den rebellischen Staaten um so empfindlicher ist, als sie fast gar keine eigene Industrie haben, und wird besonders dann ihr ganzes Gewicht geltend machen, wenn die Zeit der nächsten Baumwollernte kommt, und die Pflanzer ihre Baumwolle nicht gegen baares Geld oder gegen andere Produkte umsetzen können.

Die Rebellen haben diesem Kampfmittel so gut wie gar nichts entgegen zu stellen. An Flottenoffizieren, welche aus dem Dienst der Bundesregierung ausgetreten sind, fehlt es ihnen zwar nicht, aber an Schiffen. Präsident Davis gab, wie wir gesehen haben, ihre Flotte nur auf 2 Schiffe an. Nach einem Bericht aus der zweiten Hälfte des Mai jedoch bestand dieselbe aus folgenden Fahrzeugen: Im Hafen von New-Orleans 11 Dampfer und 2 Segelschiffe mit 26 Kanonen; im Hafen von Charleston 10 Dampfer und 1 Segler mit 20 Kanonen; im Hafen von Savannah 4 Dampfer mit 5 Kanonen; im Hafen von Pensacola 1 Dampfer mit 5 Kanonen, und in den Häfen von Mobile und Galveston je 1 Segler mit 2 Kanonen. Die meisten derselben waren Flußschiffe oder Küstenfahrer, welche die hohe See nicht zu halten vermochten. Hie und da schlüpft wohl eines dieser Fahrzeuge durch das Blokadegeschwader, um eine Rauberpedition zu unternehmen; im Allgemeinen liegen sie aber in den Häfen festgebannt. Wie viele Kaperschiffe in den Dienst der Rebellenregierung getreten sein mögen, weiß man nicht; so viel ist aber gewiß, daß dieses Raubgesindel keinerlei Einfluß auf den Gang des Kampfes ausüben wird, und daß die Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten bald damit aufräumen werden.

An diese Betrachtungen über die Kampfmittel will ich noch einige Worte über die auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten knüpfen, so weit dieselben auf den Kampf einwirken oder einwirken könnten. Die einzigen Mächte, welche dabei in Betracht kommen, sind England, Frankreich und allenfalls noch Spanien. Durch die lange Unthätigkeit der Administration des Präsidenten Buchanan gegenüber der rebellischen Bewegung und die wenigstens scheinbare Fortsetzung dieser Unthätigkeit während der ersten sechs Wochen der Administration des Präsidenten Lincoln wurden die europäischen Mächte ganz natürlich zu der Meinung veranlaßt, daß

die Regierung der Vereinigten Staaten nicht die Kraft habe, ihre eigene Existenz zu behaupten, und daß es den Konföderirten Staaten gelingen werde, sich als unabhängige Macht zu erhalten. Sie hüteten sich indeß doch, einen voreiligen Schritt zu thun, und so klopften die Bevollmächtigten, welche die Rebellenregierung abgesandt hatte, um in Europa ihre Anerkennung und im Gefolge derselben vielleicht Bündnisse zu erzielen, überall an verschlossene Thüren. Die rasch auf einander folgenden Proklamationen des Präsidenten Lincoln und die Art und Weise, wie die Bevölkerung der loyalen Staaten denselben entsprach, belehrten die fremden Mächte, daß die Regierung der Vereinigten Staaten beides, den Willen und die Kraft, habe, um ihre Existenz zu behaupten, und wenn ihnen ja noch ein Zweifel blieb, so klärten sie die Instruktionen, welche der Staatssekretär Seward den neuen Gesandten der Bundesregierung mitgab, darüber vollends auf.

Als eine Probe dieser Instruktionen ließ der Staatssekretär, um die Bevölkerung des Nordens in dieser Beziehung zu beruhigen, die dem Gesandten nach Paris ertheilte veröffentlichen. Er sagt darin: „Sie können nicht zu entschieden oder zu deutlich der französischen Regierung zu verstehen geben, daß bei dieser Regierung keine, auch nicht die allergeringste, Idee existirt, je existirt hat, oder existiren wird, zu dulden, daß eine Auflösung dieser Union auf irgend eine Weise, welche es auch immer sei, stattfinde. Es wird hier nur Eine Nation und nur Eine Regierung geben, und dieselbe Republik und dieselbe verfassungsmäßige Union wird bestehen, welche bereits ein Dutzend nationaler Veränderungen und Regierungswechsel in fast jedem anderen Lande überlebt hat. Diese Republik und diese Union werden auch ferner, wie bisher, als ein Gegenstand menschlicher Bewunderung und menschlicher Zuneigung dastehen. Sie haben am Vorabend Ihrer Abreise die Elasticität des Nationalgeistes gesehen, die Kraft der nationalen Regierung und die freigebige Hingabe des Nationalreichthums für diese große Sache. Sagen Sie also dem Herrn Thouvenel, mit der höchsten Achtung und freundschaftlichen Gesinnung, daß der Gedanke einer Auflösung dieser Union, sei es auf friedlichem Wege oder mit Gewalt, niemals einem aufrichtigen Staatsmann hier in den Sinn gekommen, und daß es hohe Zeit ist, daß auch die Staatsmänner in Europa sich eines solchen Gedankens entschlagen."

Sehr böses Blut wurde in den loyalen Staaten durch den feindseligen Ton, welchen ein Theil der britischen Presse gegen das energische Verfahren der Bundesregierung zur Unterdrückung der Rebellion anstimmte, und durch die Proklamationen der englischen und französischen Regierung erzeugt, wodurch dieselben ihren Unterthanen die Beobachtung einer strengen Neutralität zwischen den „kriegführenden Parteien“ anbefahlen. Man erblickte in diesem Verfahren und in dieser Ausdrucksweise eine Art versteckter Anerkennung der Rebellenkonföderation. Hierzu kamen noch andere feindselige Demonstrationen der beiden Mächte, welche der Aufregung des amerikanischen Volkes weitere Nahrung gaben. Gleich nach seinem Amtsantritt ließ der Präsident Lincoln der englischen und französischen Regierung anzeigen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten der Bestimmung des Pariser Vertrages von 1856, welche die Ausstellung von Kaperbriefen verbietet und Kaperei für Seeraub erklärt, eine Bestimmung, die von dem damaligen Präsidenten, Herrn Pierre, nicht anerkannt wurde, nachträglich beitrete. Auf diese Anzeige erfolgte keine Antwort. Dagegen schickten Frankreich und England nach Verhängung der Blokade über die Häfen der rebellischen Staaten starke Schiffsgeschwader nach der amerikanischen Küste, England außerdem mehrere Regimenter Landtruppen nach Canada. Die Kriegsschiffe sollten angeblich die Handelsinteressen der bezüglichen Unterthanen gegen Beeinträchtigung schützen und darauf sehen, ob die Blokade der Rebellenhäfen auch „wirksam“ sei, widrigenfalls sie, wenigstens von britischer Seite, nicht anerkannt werden sollte. Der kommandirende britische Admiral maßte sich sogar an, eine Erklärung darüber zu geben, was unter einer „wirksamen“ Blokade zu verstehen sei, worauf eines der verbreitetsten amerikanischen Blätter bemerkte: „Wir liegen nicht mit einer fremden Macht im Kriege, so daß die Bestimmungen des internationalen Rechts auf uns Anwendung finden könnten. Es steht uns vollkommen frei, unsere eigenen Häfen zu schließen, wie wir es für gut halten. Niemand hat sich da hinein zu mischen, und wenn die Schiffe Ihrer Großbritanischen Majestät sich das herausnehmen sollten, so werden wir Ihrer Großbritanischen Majestät eine Lektion geben, die Sie nicht so bald vergessen soll.“

Die Meinung ist gegenwärtig ziemlich verbreitet in Amerika, daß, wenn zur Zeit der Baumwollernte die Häfen der rebellischen

Staaten noch gesperrt sind, die britische Regierung einen Vorwand suchen wird, um entweder allein, oder mit französischer Hülfe, die Blokade zu brechen und so ihre Fabriken mit Baumwolle zu versorgen. Sollte das aber geschehen, so wird die Republik der Vereinigten Staaten eine Kraft entfalten, gegen die ihr jetziger Aufschwung nur ein Kinderspiel ist, und wird den europäischen Monarchieen, die sich mit ihr einlassen, zeigen, daß alle ihre Kriegsapparate, auf die sie Jahraus, Jahrein das Mark ihrer Länder verwenden, von einem freien Volke, das sich für seine Unabhängigkeit erhebt, wie Spreu vor dem Sturme weggefegt werden.

Dreizehntes Kapitel.

Die Sklaverei. Was zu ihren Gunsten und gegen ihre Aufhebung angeführt wird. Stimmen hervorragender Sklavenhalter über die Frage. Unverfassungsmäßige und verfassungsmäßige Wege zur Aufhebung der Sklaverei.

Da die Frage der Sklaverei dem Kampf in den Vereinigten Staaten zu Grunde liegt und im Verlaufe desselben immer mehr in den Vordergrund treten wird, so verdient dieselbe eine ausführlichere Besprechung, als ich ihr bis jetzt zu Theil werden lassen konnte.

Wie alle die großen Kulturfragen der Gegenwart ist auch diese für Jeden, dessen gesundes Urtheil nicht durch Unkenntniß beschränkt oder durch Interesse befangen ist, eigentlich eine sehr einfache und leicht zu beantwortende. Sollen die Protestanten weniger Rechte haben, als die Katholiken? oder die Katholiken weniger Rechte, als die Protestanten? Die Juden weniger Rechte, als die Christen? Die Ungläubigen weniger Rechte, als die Gläubigen? Soll eine Klasse von Staatsbürgern höher gestellt sein, als die anderen, und Vorrechte vor diesen genießen? Soll Gesetz oder Willkür im Staat herrschen? Soll Polizei und Militär die oberste Gewalt in einem Gemeinwesen sein? Sollen die Bürger eines Staates nur mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung sprechen, schreiben, drucken, sich versammeln, reisen, arbeiten, ein Geschäft betreiben, von einem Ort zum anderen übersiedeln dürfen? Sollen Bauern Leibeigene und Menschen von schwarzer, brauner oder gelber Hautfarbe Sklaven sein? Alles das sind Fragen, die seit Jahrzehnten und zum Theil seit Jahrhunderten nach allen Richtungen hin so gründlich durchackert, über die solche Ströme von Tinte verschrieben und solche Meere von Druckerschwärze verdruckt worden sind, daß der gesunde Menschenverstand sich am Ende in gar keine Debatte mehr darüber einlassen, sondern nur noch mit den Worten Sallet's darauf antworten kann: „Werft in's Gemüll

den Plunder!" oder mit den Worten der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten: „Wir halten diese Wahrheiten für sich von selbst verstehend: daß alle Menschen gleich geschaffen sind; daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß zu diesen Rechten Leben, Freiheit und Streben nach Glück gehören; daß, um diese Rechte zu sichern, Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, welche ihre gerechten Gewalten von der Zustimmung der Regierten ableiten."

Es kann sich also hier gar nicht darum handeln, zu untersuchen, ob die Sklaverei etwas Rechtes oder etwas Unrechtes, etwas Gutes oder etwas Böses ist, und ob sie aufgehoben werden soll und muß, oder nicht; sondern nur darum, welche Schwierigkeiten ihrer Aufhebung im Wege stehen, und wie sie am leichtesten, schnellsten, sichersten und mit den wenigsten Nachtheilen abgeschafft werden kann. Da sich jedoch in der letzten Zeit auch in Deutschland wieder Leute finden, welche im Interesse der Sklavenhalter den principiellen, wie den Zweckmäßigkeitsstandpunkt der Frage verdrehen und das natürliche, gesunde Urtheil zu verwirren trachten, so will ich im Interesse derjenigen Leser dieses Buches, welche mit der ganzen Sache weniger vertraut sind, auch diese Seiten der Frage kurz beleuchten.

Man behauptet, die afrikanische Race sei entweder gar nicht, oder nur bis zu einer gewissen Stufe entwickelungsfähig, und sei deßhalb nicht zur Freiheit berechtigt, sondern müsse unter Vormundschaft gehalten werden. Wäre die Voraussetzung richtig, so ließe sich auch gegen die Folgerung nichts einwenden. Allein die afrikanische Race hat ihre Entwickelungsfähigkeit zur Genüge bewiesen. Wo ihr die Gelegenheit zur Ausbildung geboten worden ist, hat sie dieselbe benutzt, und mit eben so großem Vortheil benutzt, als die weiße Race. Von Sklaven freilich, die wie Lastthiere oder im besten Falle wie Hausthiere gehalten werden, kann man nicht erwarten, daß sie sich zu vollkommenen Menschen entwickeln. Und doch haben selbst solche Sklaven, denen es erst im reiferen Alter gelang, sich frei zu kaufen oder den Fesseln zu entrinnen, es in einzelnen Fällen noch zu einer hohen Stufe der Ausbildung gebracht. Von den freien Schwarzen kann man sagen, daß sie durchschnittlich auf derselben Stufe der Entwickelung stehen, wie Weiße, welche unter einigermaßen gleichen Verhält-

nissen, wie sie, gelebt haben, wie Irländer z. B. oder mecklenburgische und pommersche Bauern, deren es eine große Zahl in den Vereinigten Staaten gibt. Wenn sie auch wirklich etwas hinter diesen zurückständen, oder wenn es verhältnißmäßig wenige unter ihnen gibt, die auf einem Gebiet menschlichen Wissens oder Könnens sich auszeichnen, so ist der Grund hierfür darin zu suchen, daß ihnen die meisten dieser Gebiete, welche Gelegenheit zur Auszeichnung geben, verschlossen sind, daß sie in den meisten Staaten der Union kein volles Bürgerrecht haben und in eine untergeordnete sociale Stellung verwiesen sind. Da, wo sie solche Zurücksetzungen und Beschränkungen nicht zu erleiden haben, und wo ihnen alle Ausbildungsmittel unseres Zeitalters an die Hand gegeben werden, wie im Staat Massachusetts, oder wie in der unter dem Schutz der amerikanischen Kolonisationsgesellschaft stehenden Republik Liberia, machen sie eben so guten und erfolgreichen Gebrauch davon, wie Menschen von anderer Hautfarbe. Solche Beispiele genügen, um die Entwickelungsfähigkeit der afrikanischen Race zu beweisen. Mag noch so oft das Gegentheil demonstrirt werden, der praktische Beweis, von einer Anzahl Individuen der Race geliefert, widerlegt alle solche Demonstrationen. Für die menschliche Entwickelungsfähigkeit aber, wenn sie einmal vorhanden ist, gibt es keine Grenzen. Allerdings werden Generationen dazu gehören, um Millionen, die wie Thiere aufgewachsen und in denen alle menschlichen Anlagen nicht bloß unentwickelt geblieben, sondern systematisch unterdrückt sind, zu vollkommenen Menschen zu machen, zu so vollkommenen, daß sie auf der durchschnittlichen Kulturstufe stehen, welche unser Zeitalter erreicht hat; allein das ändert an dem principiellen Standpunkt der Frage nichts.

Man behauptet, die Neger seien faul und lasterhaft und dürften deßhalb nicht als gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zugelassen werden. Sollte dies als Grundsatz gelten, so müßte man konsequenter Weise eine Fleiß- und Tugendpolizei einführen, welche das Recht hätte, ohne Rücksicht auf die Hautfarbe alle Menschen, welche hinter einem bestimmten Maß des Fleißes und der Tugend zurückbleiben, unter ihre Obhut zu nehmen und von den bürgerlichen Rechten auszuschließen. Eine solche Maßregel würde vor allen anderen die Sklavenhalter treffen, welche an Fleiß und Tugend ihren Sklaven um nichts voraus

sind. Aber als allgemeine Regel hingestellt, ist die Behauptung von der Faulheit und Lasterhaftigkeit der afrikanischen Race ebenso unrichtig, wie die von ihrer Nichtentwickelungsfähigkeit. Großer Fleiß ist in heißen Klimaten überhaupt nicht zu finden, so wenig bei weißen, wie bei schwarzen Menschen, so wenig in Italien und Spanien, wie in Mittelamerika und im Süden der Vereinigten Staaten. Es arbeitet sich eben unter einer glühenden Sonne nicht so leicht, als im kühlen Schatten oder in einer gemäßigten Zone. Von Sklaven aber, die keinen anderen Trieb zur Arbeit haben, als die Furcht vor der Peitsche, die nur für Andere schaffen und nichts ihr Eigen nennen, die ohne alle Erziehung aufwachsen, denen jede Belehrung fern gehalten wird, deren Person ihren Herren nichts gilt, als was sie in Geld werth ist, die gekauft und verkauft werden wie jedes andere Stück Eigenthum, deren sittliche und Familienbande keinerlei Beachtung finden, die man beliebig von Weib, Eltern und Kindern trennt, je nachdem Laune oder Interesse ihrer Eigenthümer es für gut finden — von solchen Sklaven kann man weder viel Fleiß, noch viel Tugend erwarten, in der That wohl kaum ein größeres Maß von beiden, als von den Lastthieren, mit welchen sie gleich gehalten werden; und wenn sie stehlen, rauben oder gelegentlich ihre Herren und Zuchtmeister todtschlagen und die Häuser derselben in Brand stecken, so kann man ihnen das weder übel nehmen, noch einen Schluß daraus ziehen auf die natürlichen Eigenschaften der Race, welcher sie angehören. Zu Menschen erzogen und mit menschlichen Rechten ausgestattet, werden sie schon anders werden. Die freien Neger sind durchschnittlich nicht fauler und nicht lasterhafter, als die Gesellschaft, in der sie sich bewegen; das weiß Jeder, der sich genauer um ihre Verhältnisse gekümmert hat, das weisen auch statistische Tabellen, Polizei- und Kriminalberichte nach. Stehen sie aber in diesen Beziehungen zurück, so ist der Grund dafür wieder in der untergeordneten Stellung zu suchen, welche die Gesellschaft ihnen anweist, oder auch darin, daß es ihnen nach der Befreiung aus der Sklaverei noch an der nöthigen Erziehung gefehlt hat.

Man sagt ferner, die Sklaverei sei ein Civilisationsmittel; in Afrika seien die Neger viel übler daran und ständen auf einer viel niedrigeren Stufe, als in der amerikanischen Sklaverei. In

der Thal, ein eigenthümliches Civilisationsmittel, das seit 240 Jahren — so alt ist die Sklaverei in den Vereinigten Staaten — noch nicht mehr gewirkt hat, das den zu civilisirenden Objekten jede Möglichkeit der Civilisation systematisch fern hält! Will man die afrikanische Race civilisiren, so gehe man nach Afrika hin und wende dort an Ort und Stelle die geeigneten Mittel an.

Man behauptet, die Sklaven seien im Allgemeinen besser daran, als die freien Arbeiter; ihre Existenz sei besser gesichert, für alle ihre Bedürfnisse sei besser gesorgt und dergleichen mehr. Dieses vortreffliche Argument für die Sklaverei würde auf alle Arbeiter passen; es würde einfach daraus folgen, daß man alle Diejenigen, welche den Knochen- und Muskelbau der menschlichen Gesellschaft bilden, welche durch ihre körperliche Thätigkeit die Grundlage alles dessen, was zum Leben erforderlich ist, schaffen, zu Sklaven machen müßte. Wirklich ist dies auch die Anschauungsweise der Ultras unter den heutigen amerikanischen Sklavenhaltern. Sie sprechen es ungescheut aus, daß es sich bei der Sklaverei nicht sowohl um die afrikanische Race, als um den arbeitenden Theil der Menschheit überhaupt handelte, und daß ein wohlgeordnetes Staatswesen auf dem Fundament der Sklavenarbeit ruhen müsse. Diese Behauptungen sind zu abgeschmackt, als daß man auch nur ein Wort darüber verlieren könnte. Die Köpfe, in denen sie wurzeln, sind unverbesserlich, und es gibt kein anderes Mittel gegen die Träger derselben, als sie unschädlich zu machen.

Man behauptet endlich, die Sklaverei sei ein nothwendiges Uebel, das sich ohne die verderblichsten Folgen nicht beseitigen lasse. Eine plötzliche Aufhebung der Sklaverei, die plötzliche Befreiung von vier Millionen menschlicher Wesen, denen zum größten Theil jede Erziehung, jede Befähigung zu einem selbstständigen, unabhängigen Dasein abgeht, würde freilich sehr üble Folgen nach sich ziehen; aber von einer so plötzlichen Aufhebung ist gar nicht die Rede und ist niemals die Rede gewesen. Nur die Unvernunft, der hartnäckige Widerstand der Sklavenhalter, die Tollheit ihrer rebellischen Erhebung gegen die Bundesregierung könnte dazu führen. Die Nothwendigkeit des Uebels wird hauptsächlich aus der Unentbehrlichkeit der Baumwolle und aus der Behauptung hergeleitet, die Neger allein seien im Stande, die Baumwolle zu kultiviren, und sie thäten das nur im Zustande der Sklaverei,

das heißt, nur unter Antrieb der Peitsche. Alle diese Gründe sind gleich haltlos. Daß die Weißen im Stande sind, Baumwolle zu bauen, beweisen die nicht Sklaven haltenden Deutschen in Texas, welche ein verhältnißmäßig weit größeres Quantum dieses Artikels und eine weit bessere Qualität, die um etwa ein Zehntel bis ein Achtel höhere Preise bringt, produciren. Aber bei einem vernünftigen Emancipationssystem würde es auch den Schwarzen gar nicht einfallen, sich der Kultur der Baumwolle zu entziehen. Die große Masse derselben, wenn zu Menschen erzogen, würde beim Feldbau bleiben und gerade so gut, oder besser, Baumwolle produciren, als bisher. Wenn aber auch alles dies irrig wäre, wenn der Baumwollenbau wirklich durch die Aufhebung der Sklaverei zu Grunde gerichtet würde, nun so mag er zu Grunde gehen. Ein Produkt, das nur um den enormen Preis der Sklaverei von vier Millionen menschlicher Wesen gewonnen werden kann, ist nicht werth, ferner erzeugt zu werden; und die Menschheit wird auch ohne dasselbe zu leben wissen.

Ist keiner von den Gründen, welche für die Sklaverei vorgebracht werden, stichhaltig, so sprechen auf der anderen Seite die schlagendsten Gründe jeder Art für ihre Aufhebung, Gründe rechtlicher, moralischer und nationalökonomischer Natur. Schon weiter oben, bei der Vergleichung der Kampfmittel des Nordens und Südens, habe ich Zahlen angeführt, welche unwiderleglich beweisen, wie weit die Sklavenstaaten in ihrem Nationalreichthum, ihrer Produktion und der Entwickelung ihrer Hülfsquellen gegen die freien Staaten zurückstehen. Ich könnte dem noch Vieles hinzufügen, aber ich will statt dessen lieber einige kompetente Autoritäten hier sprechen lassen, deren Urtheil schwerer in's Gewicht fällt, als alle Sophistereien, welche die modernen Vertheidiger der schlechten Sache der Sklavenhalter vorzubringen wissen. Autoritäten für sich in den Kampf zu führen, ist zwar ein mißliches Ding und verräth in der Regel Mangel an Gründen; allein wer könnte in dieser Sache ein besseres Urtheil haben, als gerade die Leute, die unmittelbar damit zu thun haben, als Sklavenhalter? Sklavenhalter freilich von hervorragenden Talenten und edlem Charakter, die nicht von den demoralisirenden Folgen der „eigenthümlichen Institution“ angesteckt worden sind, sondern sich ein unbefangenes Urtheil zu bewahren gewußt haben.

Hören wir also einige dieser gewichtigen Stimmen.

George Washington von Virginien, erster Präsident der Vereinigten Staaten, schrieb am 9. September 1786: „Ich gedenke niemals, wenn nicht etwa eigenthümliche Umstände mich dazu zwingen sollten, noch einen Sklaven mehr durch Kauf zu besitzen; es gehört vielmehr zu meinen ersten Wünschen, daß irgend ein Plan angenommen werde, vermöge dessen die Sklaverei in diesem Lande gesetzlich abgeschafft wird." Am 12. April desselben Jahres schrieb er: „Ich hoffe, man wird aus diesen Bemerkungen nicht schließen, daß es mein Wunsch sei, die unglücklichen Leute, welche der Gegenstand dieses Briefes sind, in der Sklaverei zu erhalten. Ich kann nur sagen, daß es keinen Menschen gibt, der aufrichtiger, als ich, die Annahme eines Planes zur Abschaffung derselben wünscht; aber es gibt nur einen geeigneten und erfolgreichen Weg, auf welchem dies erreicht werden kann, und das ist durch legislative Autorität. An meiner Stimme, so weit dieselbe reicht, soll es dabei niemals fehlen." In seinem Testament verordnete Washington, daß alle seine Sklaven nach dem Tode seiner Frau freigegeben werden sollten. Seine Frau aber ehrte das Andenken ihres edlen Gatten dadurch, daß sie ihnen sofort die Freiheit schenkte.

Thomas Jefferson von Virginien, der dritte Präsident der Vereinigten Staaten, sagt im seinen „Noten über Virginien": „Die Existenz der Sklaverei in unserer Mitte muß ohne Zweifel einen unglücklichen Einfluß auf die Sitten unseres Volks ausüben. Der ganze Verkehr zwischen Herr und Sklave ist eine beständige Uebung der heftigsten Leidenschaften — unnachlässiger Despotismus auf der einen, entwürdigende Unterwerfung auf der anderen Seite. Unsere Kinder sehen dies und lernen es nachahmen; denn der Mensch ist ein Nachahmungsthier. Diese Eigenschaft ist der Keim aller Erziehung in ihm. Von der Wiege bis zum Grabe lernt er zu thun, was er Andere thun sieht. Wenn Eltern keinen Beweggrund, weder in ihrer Philanthropie, noch in ihrer Selbstliebe, finden können, sich der maßlosen Leidenschaft gegen ihre Sklaven zu enthalten, so sollte doch stets die Anwesenheit ihrer Kinder ein hinlänglicher sein. Aber gewöhnlich ist sie das nicht. Die Eltern toben, das Kind sieht zu, erhascht den Ausdruck des Zorns, nimmt dieselben Mienen im Kreise junger Sklaven an,

läßt der schlechtesten aller Leidenschaften den Zügel schießen und kann am Ende, so aufgewachsen, erzogen und täglich in der Tyrannei geübt, nur die Prägung gehässiger Eigenthümlichkeiten erhalten. Der Mensch müßte ein Wunder sein, der unter solchen Umständen seine Sitten und Gewohnheiten unentwürdigt erhalten könnte. Und welchen Fluch ladet der Staatsmann auf sich, welcher die eine Hälfte der Bürger die andere so mit Füßen treten läßt, jene in Despoten, diese in Feinde verwandelt, die Sitten der Einen und die Vaterlandsliebe der Anderen zerstört; denn wenn ein Sklave ein Vaterland in dieser Welt haben kann, so muß es ein anderes sein, als das, worin er nur geboren ist, um für Andere zu leben und zu arbeiten, in welchem er seine natürlichen Anlagen verschließen und entweder, so weit es an ihm liegt, zum Untergang des Menschengeschlechts beitragen, oder seine eigene jämmerliche Lage auf die endlosen Generationen, die nach ihm folgen, vererben muß. Mit den Sitten des Volks wird auch sein Fleiß untergraben; denn in einem warmen Klima will Niemand selbst arbeiten, der Andere für sich arbeiten lassen kann. Dies ist so wahr, daß man in der That von den Sklaveneigenthümern nur einen sehr geringen Theil selten jemals arbeiten sieht."

In einem Brief vom 7. August 1785 schrieb Jefferson: „Die Emancipation im Norden ist so im Gange, daß es in einigen Jahren nördlich von Maryland keine Sklaven mehr geben wird. In Maryland finde ich keine solche Neigung, mit der Wiedergutmachung dieser Ungeheuerlichkeit zu beginnen, wie in Virginien. Dies ist der nächste Staat, auf welchen wir unser Auge richten können, um das interessante Schauspiel der Gerechtigkeit im Kampfe mit Habgier und Unterdrückung zu sehen; ein Kampf, in welchem die heilige Seite täglich Rekruten gewinnt an den heranwachsenden jungen Männern, welche die Grundsätze der Freiheit mit der Muttermilch eingesogen haben." In einem anderen Briefe, den er im Jahre 1814 schrieb, sagt der große Staatsmann: „Was für ein unbegreifliches Wesen ist doch der Mensch! Mühseligkeiten, Hunger, Schläge, Einkerkerung und selbst den Tod kann er erdulden, wenn es gilt, seine eigene Freiheit zu behaupten, und im nächsten Augenblick kann er taub sein gegen alle jene Motive, deren Kraft ihn in seinen Prüfungen aufrecht erhielt, und seinem Mitmenschen eine Knechtschaft auferlegen, von der eine einzige

Stunde mehr Elend in sich trägt, als Menschenalter jener anderen Knechtschaft, gegen die er sich in Empörung erhob." Und noch kurz vor seinem Tode, am 20. Mai 1826, sprach er sich zum letzten Mal mit diesen Worten über die große Frage aus: „Meine Ansichten haben seit vierzig Jahren dem Publikum vorgelegen. Hätte ich sie vierzig Mal wiederholt, sie würden nur schal und abgemattet dadurch erschienen sein. Obschon ich ihre Verwirklichung nicht erleben werde, werden sie doch nicht mit mir sterben."

Von James Madison von Virginien, dem vierten Präsidenten der Vereinigten Staaten, sind unter anderen folgende Aeußerungen aufgezeichnet: „Ich halte es für unrecht, in der Bundesverfassung die Idee zuzugeben, daß ein Eigenthumsrecht auf Menschen existiren kann." „Wo Sklaverei besteht, wird die republikanische Theorie zur Lüge." „Wir haben gesehen, wie im aufgeklärtesten Zeitalter der bloße Unterschied der Farbe zu einem Grunde für die tyrannischste Herrschaft, welche je Menschen über Menschen ausgeübt haben, gemacht worden ist."

John Randolph von Virginien, obschon einer der anmaßendsten Verfechter des Sklavenhalterinteresses im Kongreß, sprach während einer Debatte im Repräsentantenhause die Worte aus: „Ich beneide weder das Herz, noch den Kopf des Mannes aus dem Norden, der sich hier erhebt, um die Sklaverei principiell zu vertheidigen," und verfügte in seinem Testament Folgendes: „Ich gebe meinen Sklaven ihre Freiheit, zu welcher sie, wie mir mein Gewissen sagt, vollkommen berechtigt sind. Es ist lange Zeit ein Gegenstand des tiefsten Bedauerns für mich gewesen, daß die Umstände, unter denen ich sie erbte, und die von den Gesetzen des Landes in den Weg gelegten Hindernisse es mir unmöglich gemacht haben, sie zu meinen Lebzeiten zu emancipiren."

Thomas Randolph, Gouverneur von Virginien, legte im Jahr 1820 in seiner Botschaft an die Legislatur das Geständniß ab: „Wir sind von Staaten, gegen welche die Natur weit weniger freigebig gewesen ist, weit übertroffen worden. Es ist schmerzlich, daran zu denken, wie groß unter anderen Umständen der allgemeine Reichthum Virginiens hätte sein können."

Thomas Jefferson Randolph sagte im Jahr 1832 in der Sitzung der Legislatur von Virginien: „Es ist in einigen Theilen Virginiens eine zunehmende Praxis, Sklaven für den Markt zu

ziehen. Wie kann ein ehrenhafter Mann, ein Patriot und Freund seines Vaterlandes ruhig mit ansehen, daß dieser alte Staat, der durch die edle Hingebung seiner Söhne für die Sache der Freiheit berühmt geworden ist, zu einer großen Menagerie gemacht wird, wo Menschen für den Markt gezogen werden, wie Ochsen für die Schlachtbank? Ist das etwa besser, oder ist es nicht vielmehr weit schlimmer, als der afrikanische Sklavenhandel, jener Handel, für dessen Abschaffung die besten und weisesten Männer jedes Glaubens und jeder Zone ihre Anstrengungen vereinigt haben? Die Bande des Vaters, der Mutter, des Gatten, des Kindes werden rücksichtslos zerrissen. Individuen, die der Herr von Jugend auf gekannt, mit denen er die Spiele der Kindheit gespielt hat, die daran gewöhnt waren, auf ihn als ihren Beschützer zu blicken, er reißt sie aus den Armen ihrer Lieben und verkauft sie in ein fremdes Land, unter fremde Leute, wo sie grausamen Zuchtmeistern unterworfen sind. Mein Vorredner hat versucht, die Sklaverei hier zu rechtfertigen, weil sie in Afrika existire. Mit demselben Grunde könnte er auch den Muhamedanismus mit seiner Vielweiberei rechtfertigen, oder Raub, Plünderung, Mord und andere Scheußlichkeiten wilder Völker. Existirt die Sklaverei in irgend einem Theil des civilisirten Europa's? Nein, Herr, in keinem Theil desselben."

Aus derselben denkwürdigen Sitzung der Legislatur von Virginien, in welcher die Frage der Aufhebung der Sklaverei zur Verhandlung kam, ohne daß jedoch ein Resultat erreicht wurde, hebe ich noch die Aeußerungen einiger anderen Redner hervor. Herr Marshall bemerkte: „Weßhalb erheben wir uns gegen die Sklaverei? Weil sie die Weißen zu Grunde richtet, Verbesserungen zurückhält, eine arbeitsame Bevölkerung ausrottet, das freie Landvolk verbannt, den Spinner, den Weber, den Schmied, den Schuhmacher, den Zimmermann der Arbeit und des Unterhalts beraubt." Kräftiger sprach sich der Exgouverneur McDowell über die humane und rechtliche Seite der Frage aus, indem er sagte: „Wer blickt wohl auf diese unglückliche Knechtschaft eines unglücklichen Volkes inmitten unserer Gesellschaft und alles, was damit zusammenhängt, ohne zu klagen über sie als einen Fluch, der ebenso groß ist für den, der sie auferlegt, als für den, der sie erduldet? Bringen Sie den Sklaven hin, wohin Sie wollen; verdörren Sie, so weit Sie vermögen, die Quellen seiner Gefühle und seiner Ge-

danken; verschließen Sie seinem Verstande jeden Zugang des Wissens und bedecken Sie ihn mit künstlicher Nacht; jochen Sie ihn auf zu Ihrer Arbeit wie den Ochsen, der nur lebt, um zu arbeiten und nur arbeitet, um zu leben; thun Sie alles mit ihm, was, ohne seinen Werth als Sklaven zu zerstören, dazu dienen kann, ihn zu erniedrigen und als vernünftiges Wesen zu vernichten — und die Idee, daß er geboren wurde, um frei zu sein, wird alles das überleben."

Noch weiter ging Charles James Faulkner, welcher die Aufhebung der Sklaverei ohne Entschädigung für den Sklavenhalter verlangte. „Denkt wohl," sagte er, „der Sklavenhalter, während er sich seiner Sklaven erfreut, an das tiefe Unrecht und den unberechenbaren Verlust, welchen der Besitz jenes Eigenthums den wahren Interessen des Landes zufügt? Die Sklaverei ist ein Uebel, welches die besten Interessen des Landes zu Boden drückt. Sie verbannt den freien weißen Arbeiter, sie vertreibt den Handwerker, den Künstler, den Fabrikanten. Sie beraubt sie der Beschäftigung, sie beraubt sie des Brodes. Sie verwandelt die Energie eines Gemeinwesens in Indolenz, seine Kraft in Schwäche, seine Macht in Ohnmacht. Und wenn sie so verderblich wirkt, haben wir nicht ein Recht, ihre Ausrottung zu verlangen? Soll die Gesellschaft leiden, damit der Sklavenhalter fortfahren kann, seine Menschenfleischernte zu sammeln? Was liegt an seinem pekuniären Anspruch im Vergleich mit den großen Interessen des Gemeinwesens! Aber man sagt, daß dieses Eigenthum, da die Gesellschaft es dem Sklavenhalter übertragen habe, ihm jetzt nicht wieder genommen werden könne ohne entsprechende Entschädigung. Nun, meine Herren, ich fordere Sie auf, mir ein Gesetz oder einen Rechtsgrundsatz anzuführen, wonach ein Gemeinwesen verpflichtet wäre, für Eigenthum eine Zahlung zu leisten, welches beseitigt oder vernichtet wird, weil es ein gemeinschädliches Uebel ist und die Gesellschaft beeinträchtigt. Es gibt kein solches Gesetz, keinen solchen Grundsatz. Die Gesellschaft hat keine Verpflichtung, Ihr Recht einen Augenblick länger fortdauern zu lassen, wenn es die besten Interessen des Gemeinwohls verletzt, oder Sie für den Verlust desjenigen zu entschädigen, dessen Wegnahme die Sicherheit des Staates erheischt. Es wird zugegeben, daß die Sklaverei in dem gegenwärtigen Augenblick für die Interessen dieses Gemein-

wesens verderblich ist und dasselbe mit Umsturz und Untergang bedroht. Wir haben also die Pflicht und das Recht, das gemeinschädliche Uebel ohne Entschädigung für die Eigenthümer zu beseitigen."

Henry Clay, der berühmte Senator von Kentucky, zwei Mal Präsidentschaftskandidat der Whigpartei, erklärte im Jahre 1850 im Senat der Vereinigten Staaten: „Ich bedauere außerordentlich, zu hören, daß der Senator von Mississippi die Ausdehnung der Missouri-Kompromißlinie nach dem Stillen Ocean und eine positive Bestimmung über die Zulassung der Sklaverei südlich jener Linie verlangt. Und jetzt, Herr Präsident, schulde ich, der ich von einem Sklavenstaat komme, es mir selbst, der Wahrheit und dem Gegenstand, zu sagen, daß keine irdische Gewalt mich bewegen kann, für eine Maßregel zu stimmen, welche die Sklaverei einführt, da, wo sie vorher nicht bestanden hat, sei es südlich oder nördlich jener Linie." Und weiterhin erklärte derselbe Clay: „So lange Gott den Lebensstrom durch meine Adern fließen läßt, werde ich niemals, niemals, niemals, weder durch Worte, noch durch Gedanken, weder mit meinem Verstande, noch mit meinem Willen, dazu behülflich sein, daß auch nur ein Fuß breit freien Bodens dem Fluche menschlicher Knechtschaft übergeben werde."

James Birney von Kentucky möge den Schluß dieser Antisklaverei-Autoritäten bilden. Im Jahre 1844 von den Abolitionisten als Kandidat für das Präsidentenamt aufgestellt, sprach er sich in diesen Worten über die Frage der Sklaverei aus: „Ich räume keinen menschlichen Gesetzen, gleichviel, von einer wie großen Zahl, oder mit welchen Feierlichkeiten sie erlassen worden sein mögen, den geringsten Schein von Recht ein, meine Mitmenschen zu Eigenthum zu machen. Individuell, wie als Gemeinwesen, haben die Menschen nicht mehr Recht, Sklaverei einzuführen, als sie haben, Raub oder Mord oder Blutschande zu legalisiren. Sklaverei einführen heißt das Recht vom Throne stoßen und Gerechtigkeit, die einzige wahre Grundlage der Regierung, mit Füßen treten. Regierungen bestehen nicht zur Zerstörung der Freiheit, sondern zu ihrer Vertheidigung, nicht zur Vernichtung der Menschenrechte, sondern zu ihrer Erhaltung. Kann irgend Jemand so thöricht sein, auch nur einen Augenblick anzunehmen, daß der Sklavenhalter ein Atom von Recht auf seinen Sklaven, oder daß

der Sklave ein Atom von Verpflichtung hat, den Gesetzen, welche ihn in Fesseln schlagen, welche ihn um alles, welche ihn seiner selbst berauben, zu gehorchen? Nein, Niemand. Weßhalb sonst freuten sich alle gerechten Menschen aller Länder, wenn sie hören, daß die Unterdrückten irgend eines Landes ihre Freiheit errungen haben, was es auch immer ihren Tyrannen gekostet haben mag."

Ich komme jetzt auf die im Anfang dieses Kapitels aufgeworfenen Fragen zurück: Welche Schwierigkeiten stehen der Aufhebung der Sklaverei im Wege? Und wie kann sie am leichtesten, schnellsten und sichersten abgeschafft werden?

Es gibt zweierlei Wege zur Aufhebung der Sklaverei: verfassungsmäßige und unverfassungsmäßige. Beide werden wahrscheinlich Hand in Hand gehen. Auf unverfassungsmäßigem Wege kann die Sklaverei zunächst aufgehoben werden, indem die Sklaven einfach davonlaufen. Dieses naheliegende Mittel ist bereits vielfach in Anwendung gebracht worden und wird im Verlaufe des Krieges immer ausgedehnter in Anwendung kommen. Alle diejenigen Sklaven, welche Sinn für die Freiheit haben und begreifen, daß die Bundesarmee ihnen nicht feindlich ist, nicht Jagd auf sie macht, machen davon Gebrauch. So sind schon Tausende aus Maryland, Virginien und Missouri entflohen, und Zehntausende, ja Hunderttausende werden nachfolgen. Das Sklavenfanggesetz ist selbstredend, so weit es sich um das Menscheneigenthum der Rebellen handelt, während der Dauer des Kampfes suspendirt, und die Grenze des Bodens, auf dem die Sklaven sicher sind, rückt mit den Bundestruppen vor. Die Truppen werden es überdies nicht an aktiver Unterstützung des Davonlaufens fehlen lassen.

Dieser Weg hat viele Vortheile. Er ist leicht, schnell, sicher, kostet nichts, indem den Eigenthümern keine Entschädigung gegeben wird, und keinerlei Schwierigkeit steht ihm im Wege. Sicher ist er freilich nur unter der Voraussetzung, daß die entflohenen Sklaven alle aus den Vereinigten Staaten sich entfernen, oder daß das Sklavenfanggesetz nie wieder in Kraft tritt. Um das Unterkommen der fortlaufenden Sklaven braucht man nicht besorgt zu sein, auch wenn ihre Zahl auf Hunderttausende steigen sollte. So gut wie für Hunderttausende von europäischen Einwanderern hat der Norden auch für Hunderttausende von entlaufenen Sklaven Platz. Das Mittel wird jedoch immer nur ein sekundäres bleiben.

Ein zweiter unverfassungsmäßiger Weg ist die förmliche Proklamirung der Freilassung der Sklaven als Kampfmittel, durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der ganzen Streitmacht. Die Berechtigung zum Einschlagen dieses Weges läßt sich nicht bestreiten; allein es treten dem so viele Bedenken entgegen, daß der Präsident wahrscheinlich nicht, oder doch nur im äußersten Nothfall dazu schreiten wird, und auch dann nur in einzelnen Distrikten. Präsident Lincoln ist ängstlich bemüht, die Linie seiner konstitutionellen Befugnisse so wenig als irgend möglich zu überschreiten und so wenig als irgend möglich Gewalt anzuwenden, wenn gleich dieses Möglichstwenige im Verlauf des Kampfes einen sehr weiten Umfang erreichen mag. Eine Proklamation zur Aufhebung der Sklaverei würde große Sklavenaufstände mit massenhaften Ermordungen und ausgedehnten Verwüstungen zur Folge haben, so daß die Bundestruppen sich wahrscheinlich genöthigt sehen würden, sich selbst gegen die entfesselte rohe Masse zu kehren. Die vielen loyalen Bürger in den rebellischen Staaten, die jetzt nur gezwungen und mit Widerstreben der Sache der Rebellion folgen, und auf deren Beihülfe die Bundesregierung im weiteren Fortgang des Kampfes rechnen kann, würden sich von ihr abwenden und sich ganz der Rebellion anschließen; während die alten Verbündeten der Sklavenhalter im Norden wieder ihr Haupt erheben und der Regierung entgegen arbeiten würden. Alle diese Gründe werden wahrscheinlich den Präsidenten abhalten, zur Proklamirung der Sklavenemancipation als Kampfmittel zu schreiten.

Ein dritter unverfassungsmäßiger Weg endlich könnte vom Kongreß oder einer Nationalkonvention der loyalen Staaten eingeschlagen werden. Beide haben keine konstitutionelle Befugniß zur Aufhebung der Sklaverei. Wenn jedoch der Widerstand der Rebellen in einzelnen Staaten ein so hartnäckiger sein sollte, daß sie sich auch nach dem Niederwerfen ihrer Streitkräfte der Autorität der Bundesregierung nicht wieder fügen wollen, so würde kein anderes Verfahren übrig bleiben, als das, sie einstweilen als Territorien zu behandeln und durch Bundesgouverneure, denen eine entsprechende Streitmacht zur Seite stände, regieren zu lassen. In solchen Fällen würde dann die Nationalgesetzgebung auch kein Bedenken tragen können, dem Grundübel die Art an die Wurzel zu legen, das heißt, die Abschaffung der Sklaverei in der einen oder

anderen Weise in solchen als Territorien behandelten Staaten zu dekretiren.

Den verfassungsmäßigen Wegen zur Aufhebung der Sklaverei stehen große Schwierigkeiten entgegen. Damit der Kongreß oder eine Nationalkonvention sich befehlend einmischen könnte, müßte erst ein Amendement zur Konstitution gemacht werden, welches eine solche Einmischung gestattet. Da zur Gültigkeit von Abänderungen der Konstitution aber die Zustimmung von drei Vierteln aller Staaten erforderlich ist, so könnte davon einstweilen gar keine Rede sein. Die Opposition von neun Sklavenstaaten würde schon genügen, um jedes Amendement unmöglich zu machen. Handelt es sich aber einmal um ein verfassungsmäßiges Verfahren, so müssen auch die von der Verfassung gezogenen Linien streng innegehalten werden; die rebellischen Staaten, selbst wenn sie temporär als Territorien behandelt werden, können also nicht aus der Rechnung bleiben. Um sich verfassungsmäßig dem Ziele zu nähern, muß die Nationalgesetzgebung demnach anders zu Werke gehen. Sie kann den Weg der Unterhandlung einschlagen, kann die Sklavenstaaten auffordern, mahnen und ihnen die Unterstützung der Bundesregierung in der Abschaffung der Sklaverei anbieten. Dies dürfte zunächst wohl nur in den Staaten Delaware, Maryland, Virginien, Kentucky und Missouri Erfolg haben; ob vielleicht auch noch in Tennessee, Arkansas, Nord-Carolina, Georgia, oder gar in Louisiana und Texas, würde hauptsächlich davon abhängen, welchen Verlauf der Kampf nimmt, und in wie weit die Unionspartei in diesen Staaten die Oberhand gewinnt. Indeß würde schon mit der Durchführung der Emancipation in nur einigen Staaten viel erreicht sein, theils indem damit die Emancipation endlich einmal wieder in Fluß käme, theils indem durch die Vermehrung der freien und die Verminderung der Sklavenstaaten der Zeitpunkt immer näher gerückt würde, in welchem die gänzliche Aufhebung der Sklaverei auf verfassungsmäßigem Wege durch die Bundesgewalt möglich wäre. So weit es bei der Mithülfe der Bundesgesetzgebung auf Geld ankommt, hat die Sache gar keine Schwierigkeit. Der Kongreß würde jede dazu erforderliche Summe, sei es als Geschenk, sei es als Darlehen für die betreffenden Staaten, votiren, und das Land ist reich genug, um ihre Beschaffung zu sichern; selbst wenn alle Sklaven auf Einmal in

Freiheit gesetzt und die Sklavenhalter für ihr Eigenthum volle Entschädigung erhalten sollten. In diesem extremen Falle, der aber nicht eintreten wird, würde die erforderliche Summe für vier Millionen Sklaven, den durchschnittlichen Marktpreis zu 400 Dollar gerechnet, ein Preis, der gegenwärtig bei Weitem nicht erreicht wird, sich auf 1600 Millionen Dollar belaufen, eine Schuldensumme, welche die Vereinigten Staaten noch ganz wohl auf sich nehmen können. Bei derselben vollen Entschädigung würde die sofortige Aufhebung der Sklaverei in Delaware, Maryland, Virginien, Kentucky und Missouri für 924,122 Sklaven sich auf 369,648,800, in Delaware, Maryland und Missouri allein für 202,806 Sklaven auf 81,122,400 Dollar belaufen.

Die Ausführung der Emancipation auf verfassungsmäßigem Wege kann, wie wir in dem Vorhergehenden gesehen haben, einstweilen allein durch die betreffenden Staaten geschehen. Es fragt sich also, welche Schwierigkeiten dort zu überwinden sind. Die erste und größte, welche uns entgegen tritt, und fast die einzige, an der bis jetzt alle Emancipationsbestrebungen scheiterten, ist die fast absolute Herrschaft, welcher sich die Sklavenhalter über jene Staaten zu bemächtigen gewußt haben, und die Herrschsucht, die Habgier und das mißverstandene Interesse dieser Kaste. So sonderbar es klingt, ist es nichts desto weniger eine unumstößliche Thatsache, daß etwa 187,000 Sklavenhalter*) die fünfzehn Sklavenstaaten beherrschen, fast ohne Ausnahme die Aemter bekleiden, das Volk in den Legislaturen, die Staaten im Kongreß vertreten, alle Gesetze machen und handhaben. Diese Kaste aus der Herrschaft zu verdrängen, muß das nächste Streben sein. Schwer ist das nicht, da das allgemeine Stimmrecht und die häufig wiederkehrenden Wahlen das Mittel dazu an die Hand geben. Das Einzige, was Noth thut, ist die Aufklärung der Nichtsklavenhalter über ihre wahren Interessen und über die Beeinträchtigung, welche dieselben durch die Sklaverei erleiden. Zu dieser Aufklärung wird der gegenwärtige Kampf sehr viel beitragen. Wird sie erreicht, und machen die Nichtsklavenhalter dann von ihrer politischen Macht

*) Nach dem Census von 1850 war die Zahl der Sklavenhalter 347,625; darunter waren jedoch viele, die in mehren Staaten Sklaven besitzen, doppelt und dreifach aufgeführt, und alle diejenigen mit eingerechnet, welche sich Sklaven miethen, und die Zahl dieser kommt der der Sklaveneigenthümer fast gleich.

an der Wahlurne den richtigen Gebrauch, so ist der größte Theil der Aufgabe gelöst. Es liegen so viele Emancipationsgesetze, sowohl aus den nördlichen Staaten der Union, als aus Mexico, aus Mittel- und Südamerika und den Kolonieen europäischer Staaten zur Auswahl vor, daß die Sklavenstaaten nicht in Verlegenheit kommen können, wie sie die Sache anfangen sollen.

Für Delaware, Maryland und Missouri dürfte es am Besten sein, die Sklaverei sofort aufzuheben und den Sklaveneigenthümern volle Entschädigung zu geben. Die Zahl der Sklaven in diesen Staaten ist so gering und die menschliche Entwicklung derselben schon so weit vorgeschritten, daß keine erheblichen Nachtheile aus ihrer Befreiung folgen würden. Dabei ist die erforderliche Entschädigungssumme so unbedeutend, daß daraus kein Hinderniß erwachsen kann. Virginien und Kentucky könnten mit einer kurzen, die übrigen Sklavenstaaten mit einer längeren Emancipationsfrist nachfolgen, mit einer Frist, welche dazu hinreichte, die Sklaven zu Menschen zu erziehen und sie allmälig in den Zustand der Freiheit hinüberzuführen. Bei dieser Emancipationsweise würde entweder gar keine, oder doch nur eine sehr geringe Entschädigung erforderlich sein. In Betreff dieser Entschädigungsfrage gehen übrigens die Ansichten sehr weit auseinander. Ich erwähnte schon oben, daß Herr Faulkner im Jahre 1832 sich in der Legislatur von Virginien gegen jede Entschädigung an die Sklavenhalter aussprach, weil die Sklaverei als gemeinschädliches Uebel anzusehen sei, und das Gemeinwesen für die Beseitigung von Eigenthum, welches in diese Kategorie falle, keine Schadloshaltung zu leisten verpflichtet sei. Andere gehen noch weiter und verlangen umgekehrt, daß die Sklavenhalter den Sklaven bei ihrer Befreiung eine Entschädigung für das erduldete Unrecht geben. Auf diese Frage, so wie auf die andere, welche in neuerer Zeit vielfach erörtert worden ist, ob es zweckmäßig oder nothwendig sei, die Neger ganz aus den Vereinigten Staaten fortzuschaffen und nach Mittelamerika, Hayti oder Afrika zu übersiedeln, näher einzugehen, liegt nicht in den Grenzen dieser Arbeit.

Vierzehntes Kapitel.

Erhebung Westvirginiens gegen die Rebellion; Einsetzung einer Oppositions-Staatsregierung. Versuche des loyalen Osttennessee's, sich von der Rebellenherrschaft loszureißen. Rüstungen der Rebellenpartei in Missouri. Energisches Einschreiten des Kapitän Lyon; Aufhebung des Rebellenlagers bei St. Louis; Gefechte zwischen Volkshaufen und Bundestruppen in und bei der Stadt. Absetzung des verdächtigen Generals Harney. Kriegsplan der Bundesregierung.

Bald nachdem die Staatskonvention von Virginien die Lossagung des Staates von der Union und die Vereinigung desselben mit den Konföderirten Staaten beschlossen hatte, erhob sich in dem jenseits der Alleghanies liegenden Westvirginien eine energische Reaktion gegen die rebellische Bewegung. Eine Versammlung der Kaufleute von Wheeling beschloß am 2. Mai, den rebellischen Staatsbehörden keine Steuern mehr zu bezahlen, und in einer zwei Tage später gehaltenen Versammlung aller Bürger des Countys wurde dieser Beschluß gut geheißen, die Lostrennung des Staates von der Union verdammt, die feste Anhänglichkeit der Bürger an die Bundesregierung erklärt und eine Aufforderung an alle übrigen Counties Westvirginiens erlassen, Delegaten zu einer am 13. Mai zu eröffnenden Konvention zu schicken. In vielen anderen Orten wurden ähnliche Versammlungen gehalten, ähnliche Beschlüsse gefaßt und die von Wheeling ergangene Aufforderung zur Beschickung einer Konvention angenommen. Bei den meisten dieser Versammlungen, sowie in der Presse gab sich die vorherrschende Ansicht kund, daß Westvirginien sich von dem östlichen Theil des Staates trennen und einen Staat für sich bilden müsse.

Am 13. Mai eröffnete die Konvention in Wheeling ihre Sitzungen. Drei verschiedene Ansichten traten sich gegenüber. Während ein Theil der Delegaten vor der Hand noch nichts Entscheidendes thun, sondern erst die Volksabstimmung über die Lostrennung des Staates abwarten wollte, drängten Andere zum unverzüglichen Handeln, weil sie befürchteten, daß jeder Aufschub

mit der Gefahr der gewaltsamen Unterjochung Westvirginiens durch die rebellischen Staatsbehörden verknüpft sei. Diese Partei des unverzüglichen Handelns spaltete sich wieder in zwei Fraktionen, von denen die eine aus Westvirginien einen neuen Staat machen, die andere dagegen die rebellischen Staatsbehörden für abgesetzt erklären und andere an ihre Stelle wählen wollte. Da eine Einigung zwischen diesen verschiedenen Ansichten nicht so rasch zu erzielen war, so entschied sich die Konvention nach dreitägigen Debatten für Berufung einer neuen Konvention auf den 11. Juni und ernannte einen Ausschuß von neun Mitgliedern, welcher die Interessen Westvirginiens bis zu jenem Tage wahrnehmen, Countyausschüsse zu demselben Zweck anstellen und die Befugniß haben sollte, im Fall der Noth die Konvention zu jeder Zeit vor dem 11. Juni wieder einzuberufen.

Um das Volk von Westvirginien in Stand zu setzen, sich gegen Angriffe von Seiten der Rebellen zu vertheidigen, schickte die Bundesregierung mehrere tausend Büchsen und Musketen mit der nöthigen Munition hin. Ueberdies versprachen die Gouverneure der benachbarten Staaten Ohio und Pennsylvanien den loyalen Westvirginiern jeden Beistand, dessen sie etwa bedürfen sollten. Eine große Anzahl von Freiwilligenkompagnieen bildeten sich im Laufe des Mai, welche von der Bundesregierung in Dienst genommen wurden, und nachdem die Volksabstimmung über die Lossagung Virginiens von der Union stattgefunden hatte, ließen die Sicherheitsausschüsse der Counties sich die Stimmbücher geben, um daraus die Namen der Secessionisten zu erfahren, holten diese Leute dann herbei, brachten sie vor einen Richter und ließen sie dort der Bundesregierung einen Eid der Treue schwören. Die Zahl der so bekehrten Secessionisten belief sich auf etwa 2000.

Die Stimme Westvirginiens vermochte natürlich die Losreißung des Staates nicht aufzuhalten, die längst schon thatsächlich ausgeführt war, als das Possenspiel der Volksabstimmung stattfand. Im östlichen Theil des Staates wurde eine so große Stimmenzahl zusammengetrieben, daß die loyalen Stimmen des westlichen Theils nicht dagegen in Betracht kamen.

In der zweiten Konvention, welche am 11. Juni in Wheeling zusammentrat, herrschte eine größere Uebereinstimmung der Ansichten, als in der ersten. Zunächst wurde eine Unabhängigkeits-

erklärung nach dem Muster derjenigen der Vereinigten Staaten von 1776 aufgesetzt und von allen Mitgliedern der Konvention unterzeichnet. Dann nahm die Konvention am 19. Juni mit 73 gegen 3 Stimmen „eine Verordnung zur Reorganisation der Staatsregierung von Virginien" an. Die, welche früher die Bildung eines neuen Staates befürwortet hatten, waren von dieser Idee zurückgekommen. Sie hatten eingesehen, daß nach der Bundesverfassung der Kongreß kein Recht habe, einen neuen Staat, der aus dem Gebiete eines schon bestehenden, ohne die Zustimmung der Legislatur desselben, gebildet worden, als Mitglied der Union aufzunehmen; während dagegen der Anerkennung neuer Staatsbehörden, welche in Stelle der rebellischen von den loyalen Bürgern eingesetzt würden, kein Hinderniß Seitens der Bundesregierung im Wege stehen konnte. Dieses Verfahren war zugleich der beste Weg, um ganz Virginien nach und nach wieder unter die Autorität der Bundesregierung zu bringen.

Der wesentliche Inhalt der Verordnung ist dieser:

1. „Die Konvention stellt einen Gouverneur und Vicegouverneur an, welche ihre Amtspflichten nach den Gesetzen des Staates zu erfüllen haben, und bis zur Wahl und Qualificirung ihrer Nachfolger im Amte bleiben.

2. „Die Konvention stellt einen Rath von fünf Mitgliedern, mit gleicher Amtsdauer, an, welcher dem Gouverneur in den Angelegenheiten, die derselbe ihm vorlegt, Rath ertheilen und ihm in der Vollziehung seiner Befehle Beistand leisten soll.

3. „Die auf Grund der bestehenden Gesetze zu Sitzen in der General-Assembly berechtigten Repräsentanten und Senatoren, welche den weiter unten angeführten Eid leisten, sollen die Legislatur des Staates bilden und sich am 1. Juli in Wheeling versammeln. Eine Mehrheit der so qualificirten Mitglieder soll ein Quorum bilden.

4. „Alle Staats-, County-, Stadt- und Townbeamten, einschließlich der Richter, Miliz- und Volontäroffiziere, sollen folgenden Eid leisten, bevor sie ihre Funktionen ausüben dürfen:

„Ich schwöre feierlich (oder versichere), daß ich die Verfassung der Vereinigten Staaten und die auf Grund derselben erlassenen Gesetze als das höchste Gesetz des Landes unterstützen will, ohne Rücksicht auf das, was in der Verfassung und den

Gesetzen Virginiens, oder in den Verordnungen der Konvention, die sich am 13. Februar 1861 in Richmond versammelte, damit in Widerspruch Stehendes enthalten sein mag; und daß ich die Regierung Virginiens, wie sie durch die Konvention, die sich am 11. Juni 1861 in Wheeling versammelte, wiederhergestellt worden ist, in der Erfüllung ihrer Pflichten aufrecht erhalten und unterstützen will.

5. „Wenn irgend ein Beamter sich weigert, den vorgeschriebenen Eid abzulegen, so soll der Gouverneur das Amt für erledigt erklären und eine Neuwahl anordnen, oder eine neue Anstellung treffen."

Nach der Annahme dieser Reorganisationsverordnung schritt die Konvention zur Wahl der Staatsbeamten. Zum Gouverneur wurde Frank Pierpont gewählt, welcher augenblicklich sein Amt antrat. Um keinen Zweifel über die Stellung des reorganisirten Staates zur Bundesregierung zu lassen, beschloß die Konvention, daß es die Pflicht der Staatsregierung sei, jeder Requisition von Miliz Seitens der Bundesregierung Folge zu leisten. Am 25. Juni vertagte sie sich bis zum ersten Dienstag im August.

Die neuen Behörden des reorganisirten Virginiens wurden von der Regierung der Vereinigten Staaten förmlich anerkannt.

In einer ähnlichen Lage, wie das westliche Virginien, befand sich das östliche Tennessee. Wie dort hielt die große Mehrheit seiner Bevölkerung treu zur Union, während der Staat mit Hülfe der konstituirten Behörden in die Rebellion hineingerissen war. Osttennessee war jedoch weit ungünstiger gestellt, als Westvirginien. Es war von aller Verbindung mit der Bundesregierung und den loyalen Staaten abgeschnitten, konnte auf keine Hülfe von jener, auf keinen Beistand von diesen rechnen und war fast ganz von rebellischen Staaten umgeben. Die Truppen von Westtennessee, von Arkansas und Mississippi, welche nach Virginien, wo die Hauptarmee der Rebellen gesammelt wurde, marschirten, passirten alle durch Osttennessee, so daß dieses fortwährend eine feindliche Besatzung hatte. Trotz aller dieser Schwierigkeiten waren die Führer der Unionspartei keineswegs müßig. Senator Johnson und einige andere hervorragende Männer zogen unter fortwährender Lebensgefahr von Ort zu Ort, nicht bloß durch den östlichen Theil des Staates, sondern auch durch manche Distrikte des west-

lichen, um durch Reden in öffentlichen Versammlungen und auf andere Weise für die Sache der Union zu wirken. Als Johnson von dieser gefährlichen Expedition gegen die Mitte des Juni nach Washington kam, berichtete er, daß mit 15,000 Büchsen zur Bewaffnung der loyalen Bürger von Osttennessee und nur sechs Wochen Zeit und Gelegenheit, um das Volk in Westtennessee über die Lage der Dinge und seine wahren Interessen aufzuklären, der Staat wieder für die Union gewonnen werden könne.

Unter den ungünstigen Umständen, in denen sich das Volk von Osttennessee befand, konnte es nicht so handeln, wie das Volk von Westvirginien. Eine Konvention von Delegaten, welche gegen Ende Mai in Knoxville zusammentrat, vertagte sich, ohne ein Resultat erzielt zu haben, auf den 24. Juni nach Greenville. Diese zweite Versammlung, in welcher ganz Osttennessee, mit Ausnahme eines einzigen County, vertreten war, setzte eine Denkschrift auf, in welcher sie nachwies, daß „das freie Stimmrecht durch die secessionistische Regierung des Staates beeinträchtigt worden, daß das Volk mißhandelt, seine Flagge niedergerissen, Häuser erbrochen, Weiber und Kinder erschossen, Bürger beraubt und ermordet worden seien, daß der Beschluß der Legislatur, den Staat von der Union loszusagen und ein militärisches Bündniß mit der südlichen Konföderation abzuschließen, verfassungswidrig und für keinen loyalen Bürger bindend sei." Ein Ausschuß wurde gewählt, um diese Denkschrift der Legislatur des Staates, welche ebenfalls am 24. Juni in Sitzung getreten war, vorzulegen und dieselbe zu ersuchen, daß sie dem östlichen Theil des Staates gestatten möge, einen Staat für sich zu bilden. Zugleich wurde eine Wahl von Delegaten zu einer neuen Konvention, die in Kingston abgehalten werden sollte, angeordnet.

Bei Eröffnung der Sitzung der Legislatur von Missouri legte der Gouverneur Jackson eine Botschaft vor, worin er sich zwar nicht für unmittelbare Lostrennung des Staates erklärte, aber deutlich genug zu erkennen gab, daß der Anschluß an die Sache der Rebellen das Ziel war, auf welches er losging. „Unsere Interessen und Sympathieen," sagte er, „sind mit denen der sklavenhaltenden Staaten identisch und verknüpfen nothwendiger Weise unser Geschick mit dem ihrigen. Die Aehnlichkeit unserer socialen und politischen Institutionen, unsere industriellen Interessen, unsere

Sympathieen, Gebräuche und Neigungen, unsere gemeinsame Abstammung, unser territorialer Zusammenhang, alles das deutet auf unsere Pflicht in Beziehung auf die Trennung hin, welche jetzt zwischen den Staaten der alten Union stattfindet. Missouri hat indeß jetzt keinen Krieg zu führen. Es liegt nicht in seiner Politik, anzugreifen; aber bei dem gegenwärtigen Zustand des Landes würde es seiner Ehre etwas vergeben und seine Pflicht verletzen, wenn es einen Augenblick zauderte, die ausgedehntesten Vorbereitungen zum Schutz des Volkes gegen alle Angreifer zu machen. Ich empfehle deßhalb die Bewilligung einer hinlänglichen Geldsumme, um den Staat so schnell als möglich in vollkommenen Vertheidigungszustand zu setzen."

Mit anderen Worten hieß das: In diesem Augenblick können wir uns der Rebellion noch nicht anschließen, weil uns die Macht dazu fehlt; aber wir wollen uns so schnell als möglich rüsten, um dann unser Geschick mit dem der rebellischen Staaten zu vereinigen. Vier Freiwilligenregimenter waren damals nämlich schon in St. Louis gebildet und in den Dienst der Bundesregierung aufgenommen, ein fünftes nebst mehreren Regimentern loyaler Home Guards, oder Bürgerwehr, in der Bildung begriffen, eine Macht, welcher der Gouverneur so gut wie gar Nichts entgegen zu stellen hatte, und welche durch Regimenter aus den benachbarten Staaten Illinois, Iowa und Kansas leicht verstärkt werden konnte.

Die Legislatur, welche größtentheils auf Seiten der Rebellen stand, begriff vollkommen die Absicht des Gouverneurs. Bei verschlossenen Thüren bewilligte sie die Verwendung aller Ueberschüsse der Staatseinnahmen von 1860 und 1861 und des Schulfonds, die Erhebung einer besonderen Steuer von 15 Cents per 100 Dollar Kapital und die Abschließung einer Anleihe von einer Million Dollar für militärische Rüstungen, beschloß die Errichtung einer Waffen- und Munitionsfabrik und nahm ein Milizgesetz an, welches den Staat in Militärdistrikte theilt, die unter Kommando von Generalmajoren stehen sollen, jeden körperlich tüchtigen Mann vom 18. bis zum 45. Jahre zum Dienst in der Miliz verpflichtet, achtungswidrige Sprache gegen oder über den Gouverneur mit kriegsgerichtlicher Bestrafung bedroht und von jedem Bürger die Ablegung eines Eides der Treue gegen den Staat Missouri verlangt.

Ehe noch dieses Gesetz in's Leben trat, hatte der Gouverneur schon mit den Rüstungen begonnen. Unter Befehl des Generals Frost wurde in der Nähe von St. Louis eine Milizbrigade in einem Lager zusammengezogen. In Abwesenheit des General Harney, der das westliche Militärdepartement der Vereinigten Staaten kommandirte und in St. Louis sein Hauptquartier hatte, führte der Kapitän Lyon von der regulären Armee den Oberbefehl über die dortigen Bundesstreitkräfte. Dieser zufällige Umstand war von wichtigen Folgen. Harney, ein Sklavenhalter, dessen ganze Verwandtschaft auf der Seite der Rebellen stand, war nach Washington gereist, um sich von dem Verdacht, daß er es ebenfalls mit der Rebellion halte, zu reinigen und der Bundesregierung seine treue Anhänglichkeit zu versichern. Er wollte damit nichts Anderes erreichen, als daß man ihn auf seinem Posten lassen sollte, damit er zu gelegener Zeit dieselbe Rolle, wie der General Twiggs in Texas, spielen könnte. Wäre er in St. Louis geblieben, er würde die Rüstungen der Secessionspartei ruhig mit angesehen haben, ohne etwas dagegen zu thun. Kapitän Lyon jedoch, ein geborener Vermonter, ein treuer Anhänger der Union und dabei ein energischer, entschlossener Offizier, benutzte seine provisorische Befehlshaberstellung dazu, die beginnende Rebellion im Keime zu ersticken. Am 10. Mai rückte er mit den Freiwilligenregimentern der Obersten Sigel, Börnstein, Schuttner und Blair und den Home-Guard-Regimentern der Obersten Mc Neal und Brown nach dem Lager des General Frost, umzingelte dasselbe und forderte den kommandirenden Offizier auf, sich binnen einer halben Stunde mit seiner ganzen Mannschaft ohne Bedingung zu ergeben. General Frost, welcher den 6000 Mann des Kapitän Lyon nur 800 entgegenzustellen hatte — viele seiner Leute befanden sich in der Stadt und anderswo auf Urlaub —, leistete der Aufforderung Folge und streckte die Waffen. Die Bundestruppen, denen 6 Feldgeschütze, 7 Mörser, 6 schwere Kanonen, 5000 Gewehre, 1200 Büchsen, eine Menge Munition, Equipirungsstücke und Lagergeräth in die Hände fielen, nahmen die Milizen in ihre Mitte, um sie als Kriegsgefangene nach dem Arsenal in St. Louis zu escortiren.

Eine große Volksmenge, welche sich in der Nähe des Lagers versammelt hatte, um das Schauspiel, das dort vor sich ging,

mit anzusehen, begleitete die Bundestruppen mit Zischen, Pfeifen, Brüllen und Schimpfreden, ging dann zu Steinwürfen und endlich zu Pistolenschüssen über. Das überstieg die Geduld der Truppen, und sie machten von ihren Waffen Gebrauch, um sich das Volk vom Leibe zu halten. Zuerst wurde an der Spitze der Kolonne, dann zu zwei verschiedenen Malen am Ende derselben gefeuert, wodurch 22 Menschen getödtet und viele verwundet wurden. Von den Verwundeten starben später noch 27. Die gefangenen Milizen wurden schon am nächsten Tage wieder in Freiheit gesetzt, nachdem sie geschworen hatten, nicht gegen die Bundesregierung zu kämpfen.

Unter demjenigen Theil der Bevölkerung von St. Louis, welcher es mit den Rebellen hielt, gab sich in Folge dieser Ereignisse eine große Erbitterung gegen die Deutschen kund, weil die Freiwilligenregimenter und die Home Guards fast ausschließlich aus Deutschen bestanden. Die Druckereien der deutschen Zeitungen wurden mit Zerstörung bedroht und mußten durch eine starke Polizeimacht geschützt werden. Deutsche, die sich bei Abend oder an abgelegenen Stellen in den Straßen blicken ließen, wurden verfolgt, mißhandelt oder ermordet. Die wachsende gegenseitige Erbitterung führte schon am 11. Mai zu einem zweiten blutigen Konflikt in den Straßen von St. Louis. Ein neu gebildetes Bürgerwehrregiment, welches im Zeughaus Waffen und Munition empfangen hatte, wurde bei seiner Rückkehr in die Stadt von einem Volkshaufen, der zu beiden Seiten der Straße stand, mit ähnlichen Demonstrationen empfangen, wie die Truppen des Kapitän Lyon am Tage vorher. Ein Pistolenschuß, auf die Bürgerwehr abgefeuert, war für diese das Signal zu einem regellosen Schießen die Straße entlang, wobei es sowohl unter dem Volk, als in ihren eigenen Reihen eine Anzahl Todte und Verwundete gab.

General Harney, welcher am 11. Mai von Washington zurückkehrte, erließ am 12. eine Proklamation an das Volk der Stadt St. Louis und des Staates Missouri, worin er sein tiefes Bedauern über den Zustand der Dinge aussprach, alles zu thun versprach, was in seiner Macht stehe, um den Frieden zu erhalten, und das Volk, so wie die Behörden aufforderte, ihm in der Erfüllung seiner schwierigen Pflichten beizustehen. Um weitere Konflikte zwischen dem Volk und der Bürgerwehr zu verhüten, stellte

er ein Bataillon reguläre Infanterie, das sich in St. Louis befand, unter die Befehle der Polizei. Zwei Tage später erließ er wieder eine Proklamation an das Volk von Missouri, in welcher er entschieden gegen die rebellische Haltung der Staatsbehörden Front machte. Das von der Legislatur angenommene Milizgesetz, sagt er in dieser Proklamation, sei eine indirekte Lostrennungs-Ordonnanz, sei augenscheinlich verfassungswidrig und für keinen loyalen Bürger bindend; welchen Verlauf auch immer die Ereignisse in den Baumwollstaaten nehmen mögen, Missouri müsse bei der Union bleiben, alle seine Interessen erfordern das, und die Bundesregierung werde nöthigenfalls ihre ganze Macht aufwenden, um den Staat in der Union zu halten. „Ohne irgend welche Absicht," so lautet der Schluß der Proklamation, „mich in die Prärogative des Staates oder in die Funktionen seiner Exekutivbehörde einzumischen, halte ich es doch für meine unzweifelhafte Pflicht, dem Volke in achtungsvollen aber bestimmten Worten zu sagen, daß in der Sphäre meines Kommandos das höchste Gesetz des Landes aufrecht erhalten werden soll und muß und weder ein legislativer Akt, noch was sonst immer, als Vorwand geduldet werden kann, um gute, dem Gesetz gehorchende Bürger zu unterdrücken. Ich werde meine Autorität dazu anwenden, ihre Person und ihr Eigenthum gegen Gewaltthätigkeiten jeder Art zu schützen, und es für meine Pflicht halten, alle gesetzwidrigen Verbindungen, mögen sie unter einer militärischen Organisation oder wie sonst gebildet sein, aufzuheben."

Trotzdem aber wurde das Milizgesetz ausgeführt, und es bildeten sich solche „verfassungs- und gesetzwidrige Verbindungen" in Jefferson City, dem Regierungssitz des Staates, in St. Joseph und manchen anderen Orten, das heißt, es organisirte sich unter dem Oberbefehl des Exgouverneurs General Price eine rebellische Macht auf Grund des Milizgesetzes, ohne daß General Harney etwas dagegen that. Im Gegentheil hielt er am 20. in St. Louis eine Konferenz mit dem General Price und schloß dort einen förmlichen Friedensvertrag mit ihm ab, worin Beide die Absicht erklärten, Konflikte zwischen der Bundes- und Staatsregierung zu vermeiden, Ordnung und Frieden wieder herzustellen und zu erhalten und für Befolgung der Bundes- und Staatsgesetze Sorge zu tragen. General Price verpflichtete sich noch besonders, daß

die ganze Macht des Staates zur Sicherstellung der Ordnung verwandt werden solle, und General Harney erklärte darauf hin, er wolle keine militärischen Bewegungen machen, um keine Aufregung und kein Mißtrauen hervorzurufen.

Dieser Friedens- und Freundschaftsvertrag erschien den loyalen Bürgern von Missouri mit Recht so verdächtig, daß sie von der Bundesregierung die Absetzung des General Harney verlangten. Ihre Vorstellungen fanden Gehör. Die Regierung sah ein, daß Harney entweder ein Verräther oder aber zu schwach sein müsse, um seinen wichtigen Posten mit Erfolg auszufüllen, setzte ihn ab und übertrug sein Kommando einstweilen an Lyon, welcher von den ersten vier Freiwilligenregimentern Missouri's mittlerweile zum Brigadegeneral gewählt worden war.

Für die Bundesregierung ergaben sich nun zunächst folgende gleichzeitig zu erfüllende Aufgaben:

1. Die Rebellion in Maryland niederzuhalten und die Bundeshauptstadt zu decken.

2. Das loyale Westvirginien und Osttennessee zu unterstützen.

3. Missouri der Union zu erhalten.

4. Das neutrale Kentucky zu beobachten.

5. Die Rebellen von allem Verkehr mit dem Norden und mit fremden Nationen abzusperren.

6. Den Handel des Nordens gegen die Kaperschiffe der Rebellenregierung zu schützen.

Keine dieser Aufgaben durfte vernachlässigt werden, ohne daß erhebliche Nachtheile daraus erwuchsen, die auf den Gang des Ganzen sehr ungünstig einwirken konnten und später schwer wieder gut zu machen waren. Reichten also die vorhandenen Mittel aus, so mußte die Regierung von vorn herein so darüber disponiren, daß alle jene Aufgaben zu gleicher Zeit erfüllt werden konnten; reichten sie dagegen nicht, so mußte freilich das Wichtigere zuerst in Angriff genommen werden, und das weniger Wichtige einstweilen zurückstehen.

Waren jene ersten Aufgaben erreicht, so knüpften sich daran unmittelbar die folgenden weiteren:

1. Das ganze Virginien von Rebellen zu säubern und unter die Autorität der Bundesregierung zurückzubringen.

2. Kentucky aus einem neutralen zu einem loyalen Staat zu machen.

3. Tennessee für die Union wieder zu gewinnen.

Sehen wir nun zu, wie die Bundesregierung sich diesen Aufgaben gegenüber verhielt.

Um die Rebellion in Maryland niederzuhalten und die Bundeshauptstadt zu decken, zog sie eine Armee in und bei Washington, und an verschiedenen Punkten im Staat Maryland zusammen. Diese Armee hatte zugleich den Zweck, später zur Offensive überzugehen, in Ostvirginien einzurücken, den Staat von den Rebellen zu säubern und der Bundesautorität wieder zu unterwerfen.

Um das loyale Westvirginien und Osttennessee zu unterstützen, konzentrirte sie an der Nordgrenze Westvirginiens, von Ohio und Pennsylvanien her, ein starkes Armeekorps. Osttennessee jedoch konnte dabei nicht gleich an die Reihe kommen, sondern erst im weiteren Verlauf der Operationen dieses Armeekorps, nachdem dasselbe Westvirginien vollständig gesichert hatte. Das Armeekorps diente zugleich mit dazu, Kentucky zu beobachten, und konnte, wenn es den ersten Theil seiner Aufgabe erfüllt, sich entweder gegen Kentucky und Tennessee wenden, oder mit der Hauptarmee zusammen operiren.

Um Missouri der Union zu erhalten, wurden alle Streitkräfte, welche die loyalen Bürger des Staates stellten, dort gelassen und viele Regimenter aus den benachbarten Staaten Illinois, Kansas und Iowa zu ihrer Verstärkung beordert.

Um das neutrale Kentucky zu beobachten, wurde eine Division bei Cairo, in der südlichen Spitze von Illinois, an der Mündung des Ohio in den Mississippi, zusammengezogen. Im weiteren Verlauf des Kampfes sollte diese Division mit den in Missouri disponibel werdenden Truppen dazu dienen, Kentucky aus einem neutralen zu einem loyalen Staat zu machen und Tennessee für die Union wieder zu gewinnen. Dabei konnte, wie ich bereits gesagt habe, das Armeekorps von Westvirginien mitwirken. Gegen Kentucky offensiv zu verfahren, konnte jedoch erst dann rathsam erscheinen, wenn die Hauptarmee und das Armeekorps in Westvirginien erhebliche Erfolge errungen hatte; weil der moralische Eindruck solcher Erfolge nothwendig war, um der unbedingten Unionspartei in Kentucky zum Siege zu verhelfen.

Um die Rebellen von allem Verkehr abzusperren, hatte die Bundesregierung ihre Häfen geschlossen, die Klarirung von Schiffen nach diesen Häfen verboten, die Ausfuhr alles dessen, was als Mittel zum Kriegführen dienen konnte, von Waffen, Munition, Geld, Lebensmitteln u. s. w., nach dem rebellischen Gebiet, sei es zu Wasser oder zu Lande, untersagt, und die Durchsuchung aller Schiffe, Eisenbahnzüge und Fuhrwerke, welche ihren Weg aus den loyalen Staaten nach dem Süden nahmen, sowie die Beschlagnahme der für Kriegskontrebande erklärten Artikel angeordnet. Zur Ausführung dieser Anordnungen auf der Landseite wirkten die Hauptarmee, das Korps in Westvirginien und die Division bei Cairo mit. Die letztere spielte dabei die wichtigste Rolle, indem sie den Ohio und Mississippi und die Illinois Central-Eisenbahn, also die bedeutendsten Verkehrstraßen des Westens mit dem Süden, kontrolirte. Nach Mexico und nach den Territorien hin blieb die Verbindung des rebellischen Gebietes offen. Dieses hatte wenig zu bedeuten, jenes dagegen konnte von großer Wichtigkeit werden. Um aber die Verbindung nach Mexico abzusperren, hätte die Bundesregierung den Staat Texas wieder unter ihre Gewalt bringen müssen. Sie hatte das ohne Zweifel von Anfang an auch im Auge, mußte es aber auf eine spätere Periode hinausschieben, weil die See- und Landmacht, die dazu erforderlich war, nicht so schnell beschafft werden konnte. Alle die übrigen Aufgaben, welche gleichzeitig zu lösen waren, nahmen die Kräfte hinlänglich in Anspruch. Nach den nördlichen Staaten hin wurde übrigens die Absperrung in dem Maße strenger, wie die Bildung der Armeekorps fortschritt, und die militärischen Operationen ihren Anfang nahmen. Im Laufe des Mai erhielt sie noch dadurch eine Verschärfung, daß der Generalpostmeister den Postenlauf nach dem ganzen rebellischen Gebiet einstellte.

Um den Handel gegen Kaperschiffe der Rebellenregierung zu schützen, hatte die Bundesregierung Anfangs geglaubt, daß die Blokade genügen werde; aber es stellte sich bald heraus, daß dieselbe für diesen Zweck unzulänglich war. Nicht allein gelang es einigen Kaperschiffen, das Blokadegeschwader zu durchbrechen, sondern die Blokade konnte auch nichts nützen gegen Kaper, die nicht in den Häfen der rebellischen Staaten lagen, als die Absperrung derselben ihren Anfang nahm, und gegen alle diejenigen, welche

noch im Verlaufe der Zeit in fremden Häfen ausgerüstet werden und in Dienst der Rebellenregierung treten konnten. Solche Schiffe waren im Stande, den amerikanischen Handel auf allen Meeren zu beeinträchtigen, weßhalb die Bundesregierung Bedacht darauf nehmen mußte, eine besondere Flotte für den Zweck, den Handel zu schützen und auf die Kaper Jagd zu machen, anzuschaffen.

Ursprünglich und namentlich noch zu der Zeit, als der Präsident Lincoln seine erste Proklamation erließ, hatte die Bundesregierung nicht die Absicht gehabt, große militärische Operationen zu Lande zu unternehmen, weil sie glaubte, durch eine strenge Blokade, durch Entfaltung einer überlegenen Macht und durch Wiedereroberung einiger Forts der Rebellion ein Ende machen zu können. Von diesem guten Glauben war sie jedoch bald zurückgebracht worden. Die Konzentrirung einer großen Rebellenarmee in Virginien hatte sie belehrt, daß es zunächst auf einen Kampf zu Lande ankomme, und der ursprüngliche, noch sehr unbestimmte Kriegsplan hatte dadurch eine ganz andere und sehr bestimmte Richtung erhalten.

Fünfzehntes Kapitel.

Die Hauptarmee der Bundesregierung. Organisirung und Einübung der Truppen. Der Oberbefehlshaber der Armee, General Scott. Mangel an Kavallerie und Feldartillerie. Die Offiziere; die „politischen" Generale und Obersten. Ueberschreitung des Potomac bei Washington und Anlegung eines verschanzten Lagers. Angriff auf Fairfax Court House. Rekognoscirung gegen Vienna. Bildung des Armeekorps unter General McDowell. Bildung eines zweiten Armeekorps unter General Patterson am obern Potomac. Die Rebellendivision unter General Johnston bei Harper's Ferry. Räumung von Harper's Ferry. Patterson geht vor und wieder zurück. Johnston legt ein verschanztes Lager bei Winchester an. Patterson geht wieder vor bis Martinsburg. Gefangennahme einer Pennsylvanischen Kompagnie. Maßregeln zur Niederhaltung der Rebellion in Baltimore und Maryland. Fort Monroe; Bildung einer Division daselbst unter General Butler. Verschanzte Lager; Rekognoscirungen; Gefecht bei Big Bethel. Operationen der Flotte im Potomac.

Bei der Hauptarmee der Vereinigten Staaten wurden die Monate Mai, Juni und die erste Hälfte des Juli größtentheils mit der Organisirung, Ausbildung und Disciplinirung der Truppen zugebracht. Abgesehen von den politischen Gründen, welche einem raschen Vorgehen zur Offensive im Wege standen, wollte auch der Oberbefehlshaber der Armee den Kampf nicht mit Truppen beginnen, die nicht bloß großen Mangel an gebildeten Offizieren litten, sondern denen es auch an jeder militärischen Ausbildung gebrach. Ließ sich auch der Mangel an Offizieren nicht ersetzen, so konnte doch dem Mangel an Ausbildung abgeholfen werden. General Scott hatte aus eigener Erfahrung oft genug den großen Unterschied in der Kriegstüchtigkeit zwischen gut ausgebildeten und disciplinirten Truppen und frisch zusammengerafften Mannschaften ohne Disciplin und militärische Ausbildung kennen gelernt. Hatten ihm schon die Feldzüge von 1812 bis 1814 gezeigt, daß sich mit jenen ganz anders fechten läßt, als mit diesen, so gab ihm der Krieg gegen Mexico im großen Maßstabe den Beweis dafür, daß sie nicht bloß zum Fechten, sondern auch zu Allem, was sonst noch vom Soldaten im Kriege verlangt wird, zum Marschiren, Bivouakiren u. s. w. viel besser zu brauchen sind, daß sie nicht allein besser in's Feuer gehen und besser Stand halten, sondern

auch besser alle Strapazen und Entbehrungen erdulden und weit weniger darunter leiden, als undisciplinirte und unausgebildete Mannschaften.

Im Jahre 1786 in Virginien geboren, war Winfield Scott, nachdem er erst Jurisprudenz studirt, und dann zwei Jahre als Advokat prakticirt hatte, 1808 als Artilleriekapitän in die Armee getreten, nachdem der Kongreß wegen des damals schon in Aussicht stehenden Krieges mit England eine bedeutende Vermehrung derselben verfügt hatte. Der Krieg von 1812 bis 1814, bei dessen Ausbruch Scott schon zum Oberstlieutenant vorgerückt war, gab ihm die erste Gelegenheit, blutige Lorbeeren einzuerndten. In dem Gefecht bei Queenstown, auf dem kanadischen Ufer des Niagara, führte er den Oberbefehl, nachdem mehrere höhere Offiziere außer Gefecht gesetzt worden waren. Die Amerikaner, welche theils aus Regulären, theils aus Miliz bestanden, setzten auf wenigen Booten in kleinen Abtheilungen über den Fluß und griffen die Engländer an. Ohne Artillerie, einer doppelten Uebermacht gegenüber, mußte Scott sich nach einem hartnäckigen Kampfe mit dem Rest seiner Mannschaft ergeben, da ihm gar kein Rückzug blieb. Auf dem amerikanischen Ufer des Flusses standen noch 1200 Milizen, die aber nicht zu bewegen waren, sich übersetzen zu lassen, und eine Milizabtheilung von 200 Mann, die noch vor dem Ende des Kampfes herübergekommen war, wollte nicht in's Feuer, sondern gab sich gefangen. Der Verlust der Amerikaner belief sich auf 1000 Mann; ihre meisten Offiziere waren getödtet oder verwundet. Scott, welcher in diesem Gefecht eine außerordentliche Tapferkeit, Besonnenheit, Kaltblütigkeit und Umsicht an den Tag gelegt hatte, wurde als Kriegsgefangener abgeführt, aber bald wieder ausgewechselt.

Beim Beginn des Feldzuges von 1813 war Scott Oberst und Chef des Stabes des General Dearborn. Am 27. Mai unternahm der General eine Expedition gegen die Briten, die in der Nähe von Fort George, am Ausfluß des Niagara in den Ontariosee, standen. In 11 Kriegsschiffen, mehreren Kanonenbooten und Transportfahrzeugen wurden die Truppen, die sechs Regimenter zählten, über den See gesetzt. Scott führte die Avantgarde und warf sich, sobald dieselbe am Lande war, auf den Feind, der 1200 Mann unter General Vincent zählte. Der erste

Angriff wurde abgeschlagen, beim zweiten aber wurden die Briten geworfen. Oberst Scott, dem unterdeß noch zwei Regimenter nachgefolgt waren, warf im Vorübergehen eine Besatzung in das Fort George, welches der Feind verlassen hatte, und rettete das Pulvermagazin desselben, indem er das Zündfeuer, welches die Briten angelegt hatten, löschte. Dann setzte er dem geschlagenen Feinde unaufhaltsam nach und ließ sich erst durch einen dritten Befehl des kommandirenden Generals nach mehrstündiger Verfolgung zur Umkehr bewegen. Im Juli legte Scott seinen Posten als Chef des Stabes nieder und erhielt statt dessen den Befehl über zwei Regimenter. Mit Genehmigung des General Lewis, welcher damals den Oberbefehl führte, schiffte er sich im August zu einer Expedition gegen Toronto ein, vertrieb die Besatzung der Stadt, befreite das amerikanische Milizregiment des Oberst Börstler, welches, 600 Mann stark, im Juni von den Briten gefangen genommen war, erbeutete 11 bewaffnete Boote, mehrere Kanonen, große Munitions-, Lebensmittel- und Bekleidungsvorräthe und verbrannte die Kasernen und Depots der Briten.

Im Frühjahr 1813 wurde Scott zum Brigade-General ernannt und erhielt provisorisch das Kommando über eine Division, welche größtentheils aus Rekruten in Buffalo gebildet werden sollte. Zwei Brigaden Regulärer und eine Brigade New-Yorker und Pennsylvanier Miliz gehörten dazu. General Scott verwandte die Monate April, Mai und Juni dazu, die Division gründlich auszubilden und eine strenge Disciplin einzuführen. Zuerst kamen die Generale und Stabsoffiziere an die Reihe; von diesen ging das Gelernte an die Subalternoffiziere und dann an die Unteroffiziere und Gemeinen über. Drei Monate unermüdlichen Fleißes und eiserner Strenge machten die Rekruten zu tüchtigen, brauchbaren Truppen. Am 3. Juli begannen die Operationen unter Führung des Generalmajor Brown. Scott kommandirte die Avantgarde, die aus seiner eigenen Brigade und einem Artilleriebataillon bestand. Er setzte über den Niagara, nahm das Fort Erie und trieb am 4. die britische Avantgarde unter dem Marquis Tweedale, die aus europäischen Veteranen bestand, von Stellung zu Stellung 16 Meilen vor sich her. Am nächsten Tage rückte der britische General Riall aus seiner verschanzten Stellung von Chippewa gegen die Amerikaner vor,

wurde aber von der Brigade des General Scott so übel empfangen, daß seine Truppen nach einem mehrstündigen Gefecht in großer Unordnung zurückwichen. Die Briten verloren von 2200 Mann 503, die Amerikaner von 1900 Mann 347. Scott erhielt für sein ausgezeichnetes Verhalten in diesem Gefecht den Charakter als Generalmajor, die höchste Rangstufe in der amerikanischen Armee. Am 8. Juli ließ der amerikanische Kommandeur eine seiner Brigaden drei Meilen nördlich vom britischen Lager eine Brücke über den Chippewa schlagen, um den Feind von dort zu umgehen, während die Brigade Scott gleichzeitig einen Frontangriff gegen dieselbe machte; worauf General Riall sich nach Queenstown zurückzog.

Am 25. Juli, um 5 Uhr Nachmittags, stieß General Scott an Lundy's Lane, einer Straße, die von den Niagarafällen nach den Höhen von Burlington führt, unweit der Fälle auf die Briten unter Riall, die eine starke Stellung auf einer mit neun Kanonen besetzten Höhe hatten, und griff ohne Bedenken den ihm dreifach überlegenen Feind an. Die Arbeit wurde indessen so heiß, und die kleine Truppe schmolz so zusammen, daß er kaum mehr das Feld behaupten konnte. Nach zwei Stunden rückte allmälig der Rest der amerikanischen Truppen heran; aber auch der Feind erhielt Verstärkungen unter dem Generallieutenant Drummond. Die Amerikaner bemächtigten sich gegen Anbruch der Nacht der britischen Stellung und ihrer Kanonen. Damit war der Kampf jedoch nicht zu Ende; sondern General Drummond führte seine Truppen wieder zum Angriff vor, um das Verlorene wieder zu gewinnen. Mehrmals zurückgeworfen, wiederholte er seine Angriffe immer von Neuem. So wogte der Kampf in völliger Dunkelheit bis um 11 Uhr Nachts. Die Amerikaner behaupteten das Schlachtfeld. Sie verloren auf etwa 3500 Mann 851, während die Briten von 5000 Mann 878 einbüßten. Auf beiden Seiten waren mehr als die Hälfte der Offiziere todt oder verwundet. Dem General Scott wurden zwei Rippen und die linke Schulter von Flintenkugeln zerschmettert.

Von seinen Wunden wieder hergestellt — in der linken Schulter blieb eine Lähmung zurück — wurde Scott im Oktober 1814 zum Befehlshaber des 10. Militärdistrikts in Washington ernannt. Anfangs 1815 bot ihm der Präsident Monroe das

Kriegsministerium an. Scott lehnte das Anerbieten ab, weil er zu einer solchen Stellung, welche damals das Oberkommando der Armee mit umfaßte, seinen älteren Kameraden gegenüber nicht berechtigt sei. Im folgenden Jahre erhielt er für ein Jahr Urlaub, um die militärischen Einrichtungen der europäischen Mächte zu studiren. Nach seiner Rückkehr im Jahr 1816 wurde ihm der Befehl über das östliche Militärdepartement übertragen, und er beschäftigte sich dann eine Reihe von Jahren damit, Dienstvorschriften, Exerzierreglements und Handbücher der Taktik für alle Waffen zu schreiben, welche nach und nach als maßgebend für die amerikanische Armee eingeführt wurden.

Im Winter von 1832 bis 1833 nach Süd-Carolina gesandt, verhinderte General Scott durch seine klugen Maßregeln den Ausbruch offener Feindseligkeiten von Seiten dieses rebellischen Staates, leitete dann im Jahre 1835 den Krieg gegen die Florida-Indianer, bis die eifersüchtige Feindseligkeit des Präsidenten Jackson ihm das Kommando entzog, und beugte als Militärbefehlshaber und Civilbevollmächtigter an der nördlichen Grenze der Vereinigten Staaten in den Jahren 1837, 1838 und 1839 durch seine mit Mäßigung gepaarte Energie dreimal dem Ausbruch eines Krieges mit England vor.

Der Krieg gegen Mexico, in welchem er gegen Ende 1846 die Oberleitung der amerikanischen Streitkräfte übernahm, gab dem General Scott Gelegenheit, auch seine strategische Befähigung an den Tag zu legen. Die Führung des ganzen Feldzuges, die Eroberung von Vera Cruz, die Schlachten und Gefechte von Cerro Gordo, Conteras, Cherubusco, Molino del Rey und Chapultepec und die Einnahme der Stadt Mexico bewiesen, daß Scott ein Feldherr ist. Dieser Krieg gab ihm übrigens im größeren Maßstabe wieder eine Bestätigung für die Erfahrung, die er schon bei Eröffnung seiner kriegerischen Laufbahn gemacht hatte, daß geschulte Truppen nicht bloß zum Fechten, sondern auch zu den übrigen Dingen, welche von Soldaten im Kriege verlangt werden, besser zu gebrauchen sind, als ungeschulte. In Zahlen wurde dies dadurch bewiesen, daß die Regulären, welche den Krieg mitmachten, weit mehr in den Gefechten, dagegen viel weniger durch Märsche und Bivouacs verloren, als die Freiwilligen, welche den größten Theil der Armee bildeten.

Im Jahre 1852 wurde Scott vom Kongreß zum Generallieutenant und stellvertretenden Oberbefehlshaber der Armee — wirklicher Oberbefehlshaber der Land- und Seemacht ist nach der Verfassung der Präsident — ernannt. Scott ist jetzt 75 Jahre alt und obschon von riesigem Körperbau, doch so leidend, daß er nicht mehr zu Pferde sitzen kann und sehr schlecht zu Fuß ist; dagegen ist er geistig noch vollkommen rüstig.

Die meisten der nach Washington beorderten Regimenter trafen im Laufe des Mai, einige erst im Juni dort ein. General Scott, welcher von der Ansicht ausging, daß Kavallerie und Artillerie nicht in einigen Wochen oder höchstens Monaten — die längste Zeit, welche ihm wahrscheinlich bis zum Beginn der aktiven Operationen bleiben würde — ausgebildet werden könne, und daß schlechte Kavallerie und Artillerie dem Heere eher schädlich als nützlich sei, hatte nur Infanterie- und Schützenregimenter verlangt. Alle Anerbietungen von Kavallerie- und Artillerie-Freiwilligenregimentern wurden deßhalb auch vom Kriegsministerium abgewiesen. Was die Hauptarmee an diesen beiden Waffengattungen hatte, beschränkte sich deßhalb auf die wenigen Kavallerieregimenter und Feldbatterieen der regulären Armee und auf kleine Kavallerietrupps, sowie auf einzelne Geschütze oder schwache Batterieen, welche einige Milizregimenter mitbrachten. Dies reichte nicht einmal hin, um jeder Brigade eine Batterie von 3 Geschützen und eine Kompagnie Kavallerie zu geben. Von Reserve-Artillerie und Kavallerie war gar keine Rede.

Wie die Regimenter der regulären Armee, so wurden auch die Miliz- und Freiwilligenregimenter in 10 Kompagnieen zu je 77 Mann, einschließlich der Offiziere, organisirt, so daß ein Regiment Infanterie oder Schützen mit dem Stab, der in einem Oberst, einem Oberstlieutenant, einem Major, einem Adjutanten, Chirurgus 2c. besteht, 780 Mann zählt. Manche Regimenter überschritten jedoch diese Stärke und zählten bis 1100 Mann. Eine Ausnahme davon machten die neuen Regimenter der regulären Armee, welche nach europäischem Muster in 3 Bataillons zu je 8 Kompagnieen von 100 Mann organisirt wurden, also eine Stärke von 2400 Mann hatten. Zur Einübung der Regimenter wurden auf einige Wochen eine geringe Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren der regulären Armee kommandirt. Das

Resultat dieser Einübung war ein sehr verschiedenes, je nach der Fähigkeit und dem Eifer der Regimentskommandeure. Unter tüchtigen und thätigen Obersten trug die kurze Uebung sehr gute Folgen, unter den sogenannten „politischen“ oder „Advokaten“-Obersten, die sich mehr um ihre Epaulets, als um ihren Dienst und ihre Regimenter kümmerten, gar keine oder sehr geringe.

Diese „politischen“ oder „Advokaten“-Stabsoffiziere und Generale waren ein sehr großes Uebel für die Armee. In die Organisations- und Kommando-Verhältnisse der Milizregimenter sich einzumischen, stand dem Kriegsministerium und Oberkommando der Armee gar nicht zu. Die Regimenter brachten ihre selbstgewählten Offiziere mit, und diese Leute waren zum großen Theil Personen von politischem oder socialem Einfluß, ohne militärische Kenntnisse und Fähigkeiten. Dasselbe galt mehr oder weniger auch von den Generalen. Staaten, die Regimenter genug zu einer Brigade stellten, schickten auch die nöthigen Brigadegenerale mit, oder beanspruchten wenigstens deren Ernennung, und die nöthigen Generalmajore, wenn die Zahl ihrer Brigaden zu einem Armeekorps hinreichte. Auch solche Generale mußte die Bundesregierung hinnehmen, oder sie war wenigstens so rücksichtsvoll, sich in das Geschenk zu fügen; ja, sie ernannte selbst in Folge der politischen Beeinflussung, der sie unterworfen war, solche politischen und Advokaten-Generale.

Bei den Freiwilligenregimentern hatten die Gouverneure der betreffenden Staaten die Befugniß, die Offiziere zu ernennen. Das Kriegsministerium, im Einverständniß mit dem Oberkommando, schränkte diese Befugniß dahin ein, daß kein Lieutenant älter als 22, kein Kapitän älter als 30, kein Major älter als 35 Jahr, kein Oberstlieutenant älter als 40, kein Oberst älter als 45 Jahr sein, daß Niemand zum Offizier ernannt werden solle, der nicht vollkommen gesund und dessen Moralität und Patriotismus nicht zweifellos sei, und Niemand zum Stabsoffizier, der nicht entweder die Militärakademie der Vereinigten Staaten absolvirt habe, oder militärische Kenntnisse und Erfahrung besitze. Allein diese Einschränkung nützte nicht viel. Die Freiwilligenregimenter wählten ihre Offiziere, wie die Miliz, und die Gouverneure bestätigten sie, oder die Gouverneure ernannten auch zum Voraus Stabsoffiziere, welche sie mit der Bildung von Regimentern beauftragten, und in

beiden Fällen schlüpfte mancher „politische" Offizier durch, der den Anforderungen der Bundesregierung nicht entsprach.

Die Brigade- und Divisionsverbände wurden nur nach und nach gebildet, augenscheinlich weil der Oberbefehlshaber der Armee sich Zeit nehmen wollte, seine Leute erst etwas kennen zu lernen, bevor er ihnen Kommandos anvertraute. Die Stärke der Brigaden und Divisionen war im Anfang sehr verschieden: jene zählten von 2 bis zu 4 Regimentern, diese von 2 bis zu 4 Brigaden. Im Juni erhielt der General Scott, dem die politischen Generale ein Dorn im Auge waren, vom Präsidenten die Erlaubniß, Obersten der regulären Armee als Brigade- und Divisionsführer zu kommandiren. Von der Zeit an wurden auch die Generalsernennungen einstweilen sehr eingeschränkt, um die Verlegenheit zu vermeiden, Generale unter die Befehle von Obersten stellen zu müssen. Die Offiziere der regulären Armee aber konnte man nicht massenhaft zu Generalen befördern, weil man nicht wußte, was nach dem Kriege mit so vielen Generalen anfangen. Die Drei-Monats-Miliz und die Freiwilligen der verschiedenen Staaten wurden theils in den Brigadeverbänden vereinigt, theils bildeten sie getrennte Brigaden; ein System herrschte darin nicht. Was von Regulären disponibel war, wurde in Regimentern oder Bataillons, Kavallerie und Artillerie, wie ich bereits erwähnte, in Batterieen und Eskadrons, den Miliz- und Freiwilligenbrigaden beigegeben. Von den alten Regulären mochten im Ganzen 8000 Mann verfügbar sein, einschließlich dessen, was von der Division, welche der General Twigge in Texas den Rebellen in die Hände zu spielen gesucht hatte, gerettet worden war. Etwa 1500 Mann von dieser Division hatten glücklich die Küste erreicht und sich nach dem Norden, einige Kompagnieen nach Fort Pickens, zu dessen Besatzung sie bestimmt wurden, eingeschifft; 1000 vielleicht wurden in verschiedenen Abtheilungen von den Rebellen gefangen genommen und nur gegen eidliche Verpflichtung, nicht gegen sie zu kämpfen, wieder freigegeben. Diese konnte die Bundesregierung natürlich nicht verwenden. Der Rest der Division, gegen 500 Mann, wurde theils gefangen gehalten und lief theils auseinander.

In der Nacht vom 23. zum 24. Mai brachen von den in und bei Washington stehenden Truppen der Hauptarmee 13,000 Mann auf, um an drei Punkten zugleich über den Potomac zu

setzen und auf dem rechten Ufer des Flusses ein verschanztes Lager zu beziehen. Eine Kolonne maschirte über die „lange Brücke," die zweite über die Kettenbrücke, welche von Georgetown auf das andere Ufer führt; die dritte wurde in Washington unter Escorte einer Kriegsschaluppe eingeschifft und bei Alexandria an's Land gesetzt. Keine dieser Kolonnen stieß auf den Feind; die vorgeschobenen Posten desselben, welche bis dahin das rechte Potomacufer inne gehabt, hatten sich zurückgezogen. Nur in Alexandria wurde eine Kavallerieabtheilung der Rebellen von 36 Mann überrascht und gefangen genommen. Oberst Elsworth, Kommandeur des 1. New-Yorker „Feuerzuaven"-Regiments, ein junger Mann von 24 Jahren, wurde von dem Eigenthümer eines Gasthofes, nachdem er vom Dache desselben mit eigener Hand eine Rebellenfahne heruntergerissen hatte, erschossen. Früh Morgens am 24. Mai war die Bewegung aller Kolonnen vollständig ausgeführt, und die Truppen gaben sich sofort daran, ein verschanztes Lager mit zwei Brückenköpfen aufzuwerfen, wobei auch das New-Yorker Dandy-Regiment tapfer mitschaufelte. In zwei Tagen waren die Verschanzungen so weit fertig, daß die Armirung derselben mit schwerem Geschütz beginnen konnte.

Nach und nach rückten immer mehr Truppen in das verschanzte Lager ein, und die Uebungen im Exerzieren, Manövriren, Schießen und Felddienst wurden dort mit Eifer fortgesetzt. Vorposten- und Patrouillendienst wurde gegen den Feind geübt.

Von kriegerischen Ereignissen kam auf diesem Punkt bis gegen die Mitte des Juli nichts von Wichtigkeit vor. Nur zwei Vorfälle sind erwähnenswerth: der kühne Angriff eines Kavallerielieutenants auf den Flecken Fairfax Court House und die kopflose Rekognoscirung eines Generals gegen das Städtchen Vienna. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni brach der Lieutenant Tompkins mit der Kompagnie B. des 2. Kavallerieregiments, die 53 Mann zählte und der sich 5 Offiziere vom 5. New-Yorker Regiment als Freiwillige anschlossen, aus dem Lager auf. Einige Meilen diesseits Fairfax Court House stießen sie auf eine Doppelvedette, schossen einen davon nieder, während der andere nach dem Flecken sprengte, und jagten dann, als der Tag eben anbrach, mit verhängten Zügeln in den Ort hinein. In der Hauptstraße desselben waren eine Schützenkompagnie und 2 Kavalleriekompagnieen

aufgestellt. Außerdem waren mehrere Häuser besetzt, und in einer Seitenstraße standen 2 Geschütze. Die kleine muthige Schaar sprengte die ganze Hauptstraße entlang bis zum anderen Ende des Ortes, Alles vor sich niederwerfend, und kehrte dann auf demselben Wege zurück. Damit noch nicht zufrieden, ließ der Lieutenant Tompkins den verwegenen Ritt zum zweiten Mal wiederholen. Da aber die Rebellen jetzt ihre Geschütze in die Hauptstraße gebracht hatten, schlug er am jenseitigen Ende des Fleckens einen Nebenweg ein und machte sich auf den Rückweg nach dem Lager, welches er schon um 8 Uhr Morgens wieder erreichte. Die ganze Expedition hatte wenig über acht Stunden gedauert; der in dieser Zeit zurückgelegte Weg belief sich auf 44 Meilen. Als Siegestrophäen brachte die Kompagnie 5 Gefangene und 6 erbeutete Pferde mit. Außerdem hatte sie 20 bis 30 Rebellen getödtet und viele verwundet; wogegen ihr eigener Verlust in einem Todten, 5 Verwundeten, 9 getödteten Pferden und 2 Mann, die dem Feinde in die Hände fielen, weil sie ihre Pferde eingebüßt hatten, bestand. Dem Lieutenant Tompkins selbst wurden nach einander 3 Pferde unter dem Leibe erschossen. Am Abend des 1. Juni wurde von Fairfax Court House die Nachricht in das Lager gebracht, daß die beiden zurückgebliebenen Kavalleristen am nächsten Morgen von den Rebellen gehängt werden sollten. Lieutenant Tompkins ließ seine Kompagnie auf der Stelle wieder aufsitzen, ritt nochmals nach dem Ort, wo er in der Nacht ankam, befreite seine beiden Leute, ohne auf Widerstand zu stoßen, und kehrte wieder in's Lager zurück.

Mit der kopflosen Rekognoscirung ging es so zu. Der Brigadegeneral Schenk von Ohio, einer der „politischen" Generale, fuhr am 17. Juni mit dem 1. Freiwilligenregiment seines Staates, 697 Mann stark, in einem Eisenbahnzuge von Alexandria zu einer Rekognoscirung nach dem 4 Meilen von Fairfax Court House entfernten Vienna. Während der Fahrt setzte er nach und nach an verschiedenen Punkten 6 Kompagnieen zur Bewachung dieser Punkte und zur Durchsuchung der Umgegend ab, so daß nur noch 4 Kompagnieen, in der Stärke von 275 Mann, auf dem Zuge blieben. Als dieser, etwa $1/4$ Meile, oder 500 bis 600 Schritt, von Vienna entfernt, in einem tiefen Einschnitt um eine Kurve bog, eröffnete plötzlich eine feindliche Batterie ein hef-

tiges Feuer auf die Wagen. Der Maschinist löste die Lokomotive, welche hinten angespannt war, ab und eilte damit fort. Die Mannschaften sprangen rechts und links von den Wagen herunter und eilten in den Wald, welcher die Bahn zu beiden Seiten einfaßte. Da sich hinter der feindlichen Batterie starke Abtheilungen Infanterie und Kavallerie zeigten, war an einen Angriff auf dieselbe nicht zu denken. Die 4 Kompagnieen zogen sich also längs der Eisenbahn zurück und nahmen 5 Todte und 6 Verwundete mit. Außerdem wurden 10 Mann vermißt, die wahrscheinlich todt in den Eisenbahnwagen lagen. General Schenk blieb General, und es wurde nicht einmal eine Untersuchung wegen dieses Vorfalls eingeleitet.

Ende Juni wurden die in dem verschanzten Lager stehenden Truppen nebst einigen, die sich noch auf dem linken Ufer des Potomac befanden, zu einem Armeekorps unter dem Brigadegeneral Mc Dowell vereinigt. Die Zusammensetzung dieses Korps war folgende:

Chef des Stabes — Kapitän Fry; Chef des Geniewesens — Major Barnard; Generalinspekter — Major Wood, alle von der regulären Armee.

Erste Division unter Kommando des Brigadegenerals Tyler von der Connecticuta-Miliz. Zu dieser gehörten:

Die erste Brigade, unter Befehl des Oberst Keyes von der regulären Infanterie, bestehend aus dem 1., 2. und 3. Freiwilligenregiment von Connecticut und dem 4. von Maine, aus einer Milizbatterie und einer Kavalleriekompagnie.

Die zweite Brigade, unter Befehl des General Schenk von der Ohio-Miliz, bestehend aus dem 1. und 2. Freiwilligenregiment von Ohio, dem 2. von New-York und einer leichten Batterie von der regulären Armee.

Die dritte Brigade, unter Oberst Sherman von der regulären Infanterie, bestehend aus dem 69. und 79. Milizregiment von New-York, dem 13. Freiwilligenregiment von New-York, dem 2. Freiwilligenregiment von Wisconsin und einer leichten Batterie von der regulären Armee.

Die vierte Brigade, unter Oberst Richardson von den Michigan-Freiwilligen, bestehend aus dem 2. und 3. Freiwilligenregiment von Michigan, dem 1. von Massachusetts und dem 12. von New-York.

Zweite Division unter Befehl des Oberst Hunter von der regulären Kavallerie. Zu dieser gehörten:

Die erste Brigade, unter Oberst Porter von der regulären Infanterie, bestehend aus einem Bataillon regulärer Infanterie, dem 8. und 14. New-Yorker Milizregiment, 2 Kavalleriekompagnieen und einer leichten Batterie von der regulären Armee.

Die zweite Brigade, unter Oberst Burnside von den Rhode-Island-Freiwilligen, bestehend aus dem 1. und 2. Freiwilligenregiment von Rhode-Island, dem 71. Milizregiment von New-York, dem 2. Freiwilligenregiment von New-Hampshire und einer leichten Batterie, die zu dem 2. Rhode-Island-Regiment gehörte.

Dritte Division unter Befehl des Oberst Heintzelmann von der regulären Infanterie. Zu dieser gehörten:

Die erste Brigade, unter Oberst Franklin von der regulären Infanterie, bestehend aus dem 4. Milizregiment von Pennsylvanien, dem 5. Milizregiment von Massachusetts, dem 1. Freiwilligenregiment von Minnesota, einer Kavalleriekompagnie und einer leichten Batterie von der regulären Armee.

Die zweite Brigade, unter Oberst Wilcox von den Michigan-Freiwilligen, bestehend aus dem 1. Freiwilligenregiment von Michigan, dem 11. von New-York und einer leichten Batterie von der regulären Armee.

Die dritte Brigade, unter Oberst Howard von den Maine-Freiwilligen, bestehend aus dem 2., 4. und 5. Freiwilligenregiment von Maine und dem 2. von Vermont.

Vierte Division unter Befehl des Brigadegenerals Runyon von der New-Jersey-Miliz. Diese Division hatte keine Brigadeeintheilung. Sie bestand aus dem 1., 2., 3. und 4. Miliz- und dem 1., 2. und 3. Freiwilligenregiment von New-Jersey.

Fünfte Division unter Befehl des Oberst Miles von der regulären Infanterie. Zu dieser gehörten:

Die erste Brigade, unter Oberst Blenker von den New-Yorker Freiwilligen, bestehend aus dem 8. und 29. Freiwilligenregiment von New-York, dem Regiment „Garibaldi-Garde“ und dem 24. Freiwilligenregiment von Pennsylvanien. Diese ganze Brigade, einschließlich ihres Kommandeurs, besteht aus Deutschen, ausgenommen den Kommandeur der Garibaldi-Garde, welcher ein

Ungar ist, und einen Theil der Mannschaft derselben, welche theils Ungarn, theils Italiener sind.

Die zweite Brigade, unter dem Oberst Davies von den New-Yorker Freiwilligen, bestehend aus dem 16., 18., 31. und 32. New-Yorker Freiwilligenregiment und einer leichten Batterie von der regulären Armee.

Der Kommandeur dieses Armeekorps, Brigadegeneral Mc Dowell, ein Offizier der regulären Armee, war im Mai noch Major im Generalstab und wurde in Folge des allgemeinen Avancements zum Brigadegeneral befördert. Dann wurde ihm zunächst der Befehl über eine Brigade in dem verschanzten Lager gegeben, bald darauf aber das Kommando über das Armeekorps anvertraut. Die Gesammtstärke dieses Korps mochte 45,000 Mann betragen.

Ein zweites Armeekorps wurde am oberen Potomac zusammengezogen; den Befehl über dasselbe erhielt der pennsylvanische Milizgeneral Patterson, ein Mann, der sich durch so große Vorsicht und Aengstlichkeit auszeichnete, daß er gar nicht vorwärts zu bringen war. Die Aufstellung dieses Armeekorps wurde durch die Bewegungen des Feindes veranlaßt. Harper's-Ferry nämlich war, gleich nachdem es von seiner kleinen Besatzung geräumt, durch eine Rebellenabtheilung besetzt worden, welche täglich Zuwachs erhielt, bis nach und nach eine Division von 14,000 Mann daraus wurde. General Johnston, ein Ueberläufer von der Armee der Vereinigten Staaten und einer der besten Offiziere der Rebellenarmee, führte den Befehl über diese Division. Ihre Stellung bei Harper's-Ferry hatte einen doppelten Zweck. Einestheils sollten durch sie alle Hülfsmittel des nordöstlichen Virginiens, welches der Sache der Rebellion fast ebenso abgeneigt war, wie der westliche Theil des Staates, seine Mannschaften, Pferde, Lebensmittel und Geldkräfte, bis zum letzten Augenblick ausgenutzt werden, anderntheils sollte sie den Rebellen in Maryland die Hand reichen, eine Erhebung derselben erleichtern und unterstützen und die Stadt Washington im Rücken bedrohen. Der erste dieser Zwecke wurde vollständig erreicht. General Johnston beutete die Hülfsmittel dieses Theiles von Virginien fast drei Monate lang und bis zu dem Augenblick, in welchem die Operationen der Bundesarmee von Washington aus ihn zum Rückzuge nöthigten, so gründlich aus,

daß wenig mehr dort zu holen blieb. Er preßte die Mannschaften zum Dienst und erhielt so, wenn auch viele durch die Flucht nach Maryland und Pennsylvanien sich dieser Zwangspflicht entzogen, einen hübschen Zuwachs an Streitkräften, requirirte an Pferden und Wagen, was irgend aufzutreiben war, und lebte ganz auf Kosten des Landstrichs, den er okkupirt hatte.

Schwieriger war die Aufgabe, die Rebellion in Maryland zu unterstützen. An denjenigen Punkten dieses Staates; wo die Rebellen am stärksten waren, wurden sie durch die überlegene Machtentfaltung der Bundesregierung niedergehalten; während die Counties am oberen Potomac, welche General Johnston zunächst vor sich hatte, treu der Union anhingen. Um den Rebellen des Staates die Hand reichen zu können, hätte Johnston also erst durch feindliches Gebiet marschiren und entweder seinen Rückzug über den Potomac ganz Preis geben, oder den größten Theil seiner Streitkräfte zur Deckung desselben zurücklassen müssen. Beides durfte er nicht wagen; seine Mittel reichten dazu nicht aus. Er beschränkte sich deßhalb darauf, von Harper's-Ferry und von einigen anderen Punkten oberhalb und unterhalb kleine Detachements über den Potomac hinüber zu schicken, um die loyale Bevölkerung einzuschüchtern, die Rebellen zu ermuthigen und die Bundestruppen über seine Stärke,, Stellung und Absichten im Ungewissen zu erhalten. Diese Demonstrationen wurden stromaufwärts bis gegenüber Williamsport, 25 Meilen, stromabwärts bis Leesburg, 20 Meilen weit, ausgedehnt, während die Hauptmacht bei Harper's-Ferry vereinigt blieb. Sie führten zu verschiedenen Scharmützeln zwischen den Rebellen einerseits und der loyalen Bevölkerung von Maryland, sowie Abtheilungen der Bundestruppen andererseits, die aber zu unbedeutend waren, als daß sie nähere Erwähnung verdienten. Um der unionstreuen Bevölkerung des nördlichen Virginiens die Flucht über den Potomac, welcher die Grenze des Staates nach Maryland zu bildet, zu erschweren und um es den Bundestruppen unmöglich zu machen, in Schiffen über den Fluß zu setzen und sich des auf der Marylander Seite längs des Potomac hinlaufenden Kanales zu Transporten zu bedienen, ließ General Johnston alle Schiffe, deren er habhaft werden konnte, mehrere hundert an der Zahl, verbrennen oder versenken und die Dämme und Schleusen des Kanals zerstören.

Außer dem Armeekorps, welches unter dem General Patterson gebildet wurde, stellte General Scott der Rebellendivision des General Johnston noch eine Division unter dem Oberst Stone von der regulären Armee entgegen, welche in Washington zusammengesetzt wurde. Dieselbe bestand aus 2 Regimentern des Distrikts Columbia, dem 5. und 9. New-Yorker, dem 1. Pennsylvanischen und 1. New-Hampshire Regiment, 2. Batterieen und 1 Kavalleriekompagnie von der regulären Armee, zusammen etwa 7000 Mann. Oberst Stone rückte bis nach Poolsville, gegenüber Leesburg, vor und blieb dort stehen.

Das Armeekorps des General Patterson wurde in der Gegend von Hagerstown, 5 Meilen von Williamsport, formirt. Aus den bis jetzt vorliegenden Mittheilungen ist seine Stärke und Zusammensetzung nicht genau zu ersehen. Um die Zeit, als es seine Operationen begann, Anfangs Juli, wird es etwa 20,000 Mann gezählt haben; es wurde aber noch fortwährend durch neue Regimenter verstärkt. Außer einigen Bataillons, Batterieen und Kavalleriekompagnieen von der regulären Armee, bestand es fast nur aus Pennsylvanischen Freiwilligen- und Milizregimentern. Wie es scheint, war das Korps in zwei Divisionen eingetheilt; wenigstens finden wir den Pennsylvanischen Milizgeneral Cadwalader als Divisionskommandeur aufgeführt. Woraus aber seine Division bestand, und wer der zweite Divisionsführer war, ist nicht ersichtlich. Dagegen finden wir folgende Brigadeeintheilung angegeben:

Erste Brigade, unter Oberst Thomas von der regulären Armee, bestehend aus 1 Bataillon Regulärer, dem 6., 21. und 23. Pennsylvanischen Regiment, 1 Freiwilligeneskadron von Philadelphia, 4 Kavalleriekompagnieen und 2 Batterieen von der regulären Armee.

Zweite Brigade, unter General Negley, bestehend aus dem 15. und 24. Pennsylvanischen Regiment.

Dritte Brigade, unter General Williams, bestehend aus dem 7., 8., 10. und 20. Pennsylvanischen Regiment.

Vierte Brigade, unter Oberst Abercrombie, bestehend aus dem 11. Pennsylvanischen und 1. Wisconsiner Regiment und einem Pennsylvanischen Jägerbataillon.

Außerdem scheint noch eine fünfte Brigade unter Befehl des

Oberst Wynkoop, aus dem 2. und 3. Pennsylvanischen Regiment bestehend, existirt zu haben. Die Angaben über die Zusammensetzung der Brigaden sind jedenfalls unvollständig, indem wir noch verschiedene Truppentheile erwähnt finden, wie z. B. das 4. Connecticuter Regiment, die in jener Zusammenstellung nicht vorkommen, und überdies die angegebene Regimenterzahl aller Brigaden noch weit hinter der Zahl zurückbleibt, welche das Armeekorps allen Berichten zufolge hatte, als es seine Operationen begann.

General Johnston zog sich am 14. Juni von Harper's Ferry zurück. Von dem Augenblick an, wo er erwarten konnte, daß die Bundestruppen den obern Potomac überschreiten würden, wurde seine dortige Stellung unhaltbar. Den Flußübergang nördlich oder südlich von Harper's Ferry zu verhindern, war er nicht im Stande, weil der obere Potomac an vielen Stellen einer Armee kaum ein Hinderniß bietet, sondern mit Leichtigkeit durch Fuhrten zu passiren ist. War aber der Feind erst auf dem rechten Ufer, so hatte die Stellung bei Harper's Ferry nicht allein keinen Werth mehr für General Johnston, sondern konnte ihn in eine sehr unangenehme Lage bringen, theils weil sie schwer zu vertheidigen war, theils weil ein vom Norden kommender Feind ihn leicht von seinen Verbindungen mit der Hauptarmee der Rebellen, die bei Manassas Junction und weiter südlich gegen Richmond zu stand, abzuschneiden vermochte. Er ließ deßhalb die Maschinerieen der Gewehrfabrik zu Harper's Ferry fortschaffen, die Gebäude bis auf den Grund niederbrennen, die prachtvolle, mehr als 1000 Fuß lange Eisenbahnbrücke über den Potomac und den eine halbe Meile langen Viadukt in die Luft sprengen, und zog sich gegen Winchester zurück.

Drei Tage später, am 17. Juni, faßte General Patterson sich das Herz, einen Theil seines Armeekorps unter General Cadwalader bei Williamsport durch eine Furth den Potomac überschreiten zu lassen. Am 19. war Cadwalader 12 Meilen weiter, bis Martinsburg, gekommen. Als dann aber General Johnston plötzlich den Oberst Jackson mit einigen tausend Mann gegen diesen Ort vorsandte, zog sich Cadwalader eiligst wieder über den Potomac zurück, und General Patterson ließ sein ganzes Armeekorps bis nach Hagerstown, 10 Meilen rückwärts vom Potomac, retiriren, während er bei Williamsport Batterieen auf-

stellen und Verschanzungen aufwerfen ließ, aus Furcht, daß die Rebellen ihn über den Potomac hinüber verfolgen könnten.

General Johnston hatte jetzt seinen Gegner vollständig kennen gelernt, wenn er ihn nicht schon früher kannte, und konnte sicher sein, daß er von einem Patterson nichts zu befürchten hatte, sondern ihm Alles bieten durfte. Er würde auch wahrscheinlich den Potomac überschritten haben und seinem zaghaften Gegner zu Leibe gerückt sein, wenn ihm nicht von der linken Flanke her eine Gefahr gedroht hätte, die ernsterer Natur war und ihn zur Vorsicht mahnte. General McClellan nämlich, der, wie wir im folgenden Kapitel näher sehen werden, in Westvirginien mit einem Bundesarmeekorps operirte, machte eine sehr verdächtige Bewegung gegen Johnston's linke Flanke, welche diesem mit Recht Besorgniß einflößte. Mit Benutzung der Baltimore- und Ohio-Eisenbahn hätte McClellan in zwei bis drei Tagmärschen von einem geeigneten Punkte dieser Bahn aus einen Theil seines Korps nach Winchester werfen können, und Johnston würde dann vollständig abgeschnitten gewesen sein, wenn er sich zu weit gegen den Potomac oder gar über den Fluß hinaus vorgewagt hätte. Er begnügte sich deßhalb damit, Patterson Schrecken eingejagt zu haben und kleine Detachements gegen Williamsport und Harper's Ferry vorzuschicken, um ihn in seinem Schrecken zu erhalten. Mit dem Gros seiner Division aber blieb er bei Winchester, wo er eine starke verschanzte Stellung anlegte und alles Eisenbahn-Transportmaterial, dessen er irgend habhaft werden konnte, zusammenbrachte. Er hatte über 40 Lokomotiven und 300 Wagen zu seiner Verfügung, genug, um wenigstens 12,000 Mann auf einmal transportiren zu können.

In dieser Stellung bei Winchester, wo acht Landstraßen zusammenlaufen, konnte General Johnston ruhig jeden Angriff von Patterson oder McClellan abwarten. Vor einer großen Uebermacht konnte er sich auf der Eisenbahn oder auf der Landstraße zurückziehen und war im Stande, auf der über Straßburg durch den Manassas Gap nach Manassas Junction führenden Bahn der bei und vor dem letztern Punkt stehenden Hauptarmee in 5 bis 6 Stunden jede beliebige Verstärkung, bis zur Stärke seiner ganzen Division, zuzuführen, wenn es verlangt wurde.

Nachdem der General Patterson wieder über den Potomac

zurückgewichen war, erhielt er am 24. oder 25. Juni vom Oberkommando der Armee den strengen Befehl, den Fluß von Neuem zu überschreiten und seinem Gegner auf den Leib zu rücken. Er nahm sich noch acht Tage Zeit, ehe er diesen peremptorischen Befehl ausführte. Am 2. Juli, früh Morgens, marschirte die Brigade des Oberst Abercrombie mit 2 Geschützen durch die Furth bei Williamsport, welche General Cadwalader früher schon zwei Mal passirt hatte, warf die feindlichen Vorposten zurück und rückte auf der Straße nach Martinsburg vor. Bei Hainesville stellte sich die feindliche Avantgarde unter Oberst Jackson, angeblich 4 Regimenter Infanterie, einige hundert Mann Kavallerie und 4 Geschütze stark, auf, zog sich aber bald nach Martinsburg zurück, als das 1. Wisconsiner Regiment und das Jägerbataillon der Brigade, unterstützt durch die 2 Kanonen, entschlossen angriffen. Die Rebellen ließen 21 Todte auf dem Schlachtfeld, die Bundestruppen hatten 2 Todte und 9 Verwundete.

Wie es scheint, ließ General Patterson seiner Avantgarde nur 2 Brigaden nachfolgen und hielt den Rest seines Armeekorps aus Vorsicht einstweilen noch zurück, nach dem weisen Grundsatz, dem man so häufig bei vorsichtigen Generalen begegnet, lieber einen Theil ihrer Truppen schlagen zu lassen, um den Rest zu retten, als das Ganze daran zu wagen, um den Sieg zu erringen. Am nächsten Morgen marschirte das Armeekorps, welches bei Hainesville Halt gemacht hatte, oder der Theil desselben, der jenseits des Potomac war, 5 Meilen weiter bis nach Martinsburg, ohne auf einen Feind zu stoßen. Da die Nachricht eingetroffen war, daß eine Abtheilung der Rebellen die linke Flanke und den Rücken des Korps zu gewinnen suche, wurde die Brigade Negley auf einer vor Hainesville links abgehenden Straße vorgeschickt. Eine Kompagnie des 15. Pennsylvanischen Regiments, welche die Spitze dieser Kolonne bildete, machte in einem Walde Halt, um zu rasten, stellte ihre Gewehre zusammen und machte sich's bequem. Plötzlich kam eine Kavallerietruppe, etwa 100 Mann stark, von der feindlichen Seite her angetrabt. Die sorglosen Pennsylvanier hatten so wenig Arg darin, daß dies Feinde sein könnten, daß Einer von ihnen hinging, um der Kavallerie das Gatterthor, welches die Straße sperrte, zu öffnen. Zum Dank für diesen Freundschaftsdienst wurde er von dem Führer der Truppe todt

geschossen. Dies öffnete natürlich den Pennsylvaniern die Augen, und sie sprangen zu ihren Gewehren. Allein der Feind war schon mitten zwischen ihnen, so daß es nur wenigen gelang, ihre Gewehre zu ergreifen und von der kleinen Lichtung, auf der sie sich gelagert hatten, in den Wald zu springen. 40 wurden gefangen genommen und von der feindlichen Kavallerie, die gleich wieder umdrehte, mit fortgeschleppt. Die, welche sich hatten retten können, hatten die kleine Genugthuung, 2 Kavalleristen herunter zu schießen und deren Pferde zu erbeuten.

General Patterson, zufrieden mit den Thaten, die er vollbracht hatte, blieb ruhig bei Martinsburg, 25 Meilen von Winchester, stehen und beschäftigte sich damit, Verstärkungen an sich zu ziehen. Um das Treiben des General Johnston kümmerte er sich nicht, sondern war froh, daß der ihn in Ruhe ließ.

Um rebellische Erhebungen im Staat Maryland zu verhindern, dienten zwar die an verschiedenen Punkten längs der Eisenbahn, wie Havre de Grace, Annapolis Junction u. s. w., aufgestellten Truppen und konnten die noch nicht hinlänglich geübten und noch keinem Korps zugetheilten Regimenter, welche bei Washington standen und sich immer auf 10- bis 20,000 Mann oder mehr beliefen, verwendet werden; allein die Bundesregierung hielt es für nöthig, den Herd der rebellischen Bewegung, die Stadt Baltimore, ganz besonders in's Auge zu fassen. Es wurde deßhalb ein eigenes Militärdepartement für den Staat Maryland geschaffen, unter dem Namen „Departement Annapolis," und der zum Kommandeur desselben ernannte Brigadegeneral Butler von der Massachusettser Miliz angewiesen, die Stadt Baltimore militärisch zu besetzen. Am 13. Mai rückte derselbe mit dem 6. Massachusettser und 8. New-Yorker Milizregiment nebst einer Batterie in Baltimore ein und besetzte den die Stadt beherrschenden Federal Hill. Am folgenden Tage erließ er eine Proklamation an das Volk von Maryland, worin er jede Versammlung bewaffneter Personen, außer der Polizei und der unter den Befehlen des Gouverneurs handelnden regulären Miliz, welche sich aber bei ihm zu melden habe, sowie das Tragen und Aufstellen von Fahnen, Abzeichen und Devisen der sogenannten Konföderirten Staaten verbot. Im Uebrigen beschränkte sich die Thätigkeit des General Butler in Baltimore darauf, daß er eine Quantität Munition, 2200

Gewehre und 4000 Piken, welche von dem Polizeimarshal der Stadt, einem fanatischen Secessionisten, versteckt worden waren, wegnehmen und nach dem eine Meile von Baltimore entfernten Fort McHenry bringen ließ. Butler wurde einige Tage später abberufen und zum Generalmajor und Kommandeur einer in und bei Fort Monroe zu bildenden Division ernannt. Die Truppen, welche er mitgebracht hatte, marschirten ebenfalls wieder ab und wurden einstweilen beim Relay House aufgestellt, einer Station der Baltimore- und Washington-Eisenbahn, bei welcher die Baltimore- und Ohio-Bahn einmündet.

Das Kommando des Departements Annapolis erhielt der Pennsylvanische Milizgeneral Cadwalader, welcher mit drei Regimentern aus seinem Staate in Baltimore einrückte. Er ließ dieselben Anfangs zwischen dem Fort und der Stadt ein Lager beziehen, verlegte sie aber bald wieder nach dem Federal Hill. Seine Thätigkeit beschränkte sich ebenfalls auf die Konfiskation von 1600 Gewehren und 5000 Piken. Am 9. Juni wurde er durch den zum Generalmajor der Armee ernannten Exgouverneur Banks von Massachusetts in seinem Kommando abgelöst und dem Armeekorps des General Patterson zugetheilt. General Banks griff zu energischeren Maßregeln, als seine Vorgänger, nachdem er sich erst mit der Lage der Dinge und den Persönlichkeiten in Baltimore näher vertraut gemacht hatte. Am 27. Juni ließ er den Polizeimarshal Kane verhaften und nach dem Fort bringen, weil er Mitwisser und Theilnehmer einer Rebellenverschwörung sei, und übertrug sein Amt provisorisch an den Profoßmarshal Kenly, Oberst des 1. Marylander Freiwilligenregiments. Die mit der Oberleitung der Polizeiangelegenheiten der Stadt betraute Polizeikommission, zu welcher auch der Mayor gehört, protestirte gegen diese Anordnungen und erklärte die ganze Polizei für aufgelöst. General Banks suspendirte darauf die Funktionen der Polizeikommission und wies den Profoßmarshal an, alle Polizeibeamten, welche ihre Pflichten erfüllten, im Dienst zu lassen, diejenigen hingegen, welche dieselben vernachlässigten oder sich weigerten, ihre Schuldigkeit zu thun, durch zuverlässige Leute zu ersetzen. Dann ließ er das Amtsgebäude der Polizeidirektion durchsuchen und die Waffen, welche man darin versteckt fand, 4 eiserne Kanonen, eine Anzahl Büchsen, Flinten, Revolver, Pistolen u. s. w., nebst einer

Masse von Munition nach dem Fort bringen, ließ zwei Regimenter in die Stadt einrücken und die Polizeikommissäre verhaften. Der Mayor entzog sich der Verhaftung durch die Flucht. In die reorganisirte Polizei kam ein ganz anderer Geist. Die Rebellen hatten an ihr nicht mehr, wie an der früheren Polizei, ihre beste Stütze, sondern ihren gefährlichsten Feind. Alle ihre Pläne wurden entdeckt, alle ihre Anschläge vereitelt; fast täglich lieferte die Polizei Gefangene in's Fort. Unter der zuverlässigen Wachsamkeit dieser Polizei und der energischen Handhabung der Bundesautorität durch den General Banks konnten die Vereinigten Staaten sicher sein, daß in der Stadt Baltimore und im Staat Maryland die Rebellion ihr Haupt nicht wieder erheben würde.

General Butler, wie ich weiter oben bemerkte, wurde zum Befehlshaber einer in und bei Fort Monroe zu bildenden Division ernannt. Fort Monroe, das größte Festungswerk der Vereinigten Staaten, liegt im Gebiet des Staates Virginien, auf einer schmalen Landzunge in der Rhede von Hampton, der breiten Mündung des James-Flusses, welcher sich in die Chesapeake-Bai, gerade am Eingang derselben, ergießt. Die Einfahrt in die Bai zu wehren, ist es nicht im Stande, weil dieselbe vom Fort bis nach der gegenüberliegenden Südspitze von Maryland eine Breite von wenigstens 16 Meilen hat; dagegen ist es vollkommen der Aufgabe gewachsen, die Rhede von Hampton und damit das Marinearsenal und die Flottenstation Gosport, welche an einer südwärts sich weit in's Land erstreckenden Bucht jener Rhede liegen, gegen jeden Angriff von der Seeseite her zu schützen. Fort Monroe ist eigentlich mehr, als ein Fort; es ist eine kleine Festung und wird auch gewöhnlich „Festung Monroe" in Amerika genannt. Die von Norden nach Süden laufende Landzunge, auf der es liegt, ist nach Westen durch eine 1 bis 3 Meilen breite Bucht vom Festlande getrennt, nach Osten von der Chesapeake-Bai begrenzt. Sie ist nicht breiter, als etwa 150 Yard und erweitert sich nur am südlichen Ende, wo das Fort erbaut ist, das so ziemlich den ganzen Boden einnimmt. Durch einen Damm und eine Brücke ist eine Verbindung über die Bucht nach Westen hin hergestellt. Die Festungswerke umfassen einen Raum von 65, das Innere enthält 25 Acres. Die sehr dicken Wälle, mit 35 Fuß hohen starken Granitmauern bekleidet, bilden ein ganz unregelmäßiges bastionirtes Siebeneck.

Ein ebenfalls mit Granitmauern eingefaßter nasser Graben, von 75 bis zu 150 Fuß breit, mit einer Wassertiefe von 8 bis 15 Fuß je nach dem Stand der Fluth, umgibt die Wälle, von denen ein großer Theil für die schwersten Bombenkanonen kasemattirt ist. Unmittelbar vor den nach dem Eingang der Rhede gerichteten Bastions liegt die ganz von Granit erbaute und für 42 42pfünder eingerichtete „Wasserbatterie," die eine etwas gekrümmte Linie bildet.

Die Geschützarmirung des Forts bestand vor Ausbruch der Feindseligkeiten in 371 Geschützen verschiedener Art und verschiedenen Kalibers, 231 42= und 32pfündern, 48 schweren Haubitzen und Mörsern u. s. w. Durch eine Anzahl der schwersten Bombenkanonen und Mörser wurde diese Armirung im Laufe des Mai und Juni noch bedeutend verstärkt. Mit Munition war das Fort reichlich versehen; überdies hatte es seine eigenen Gießereien und Werkstätten jeder Art. Der einzige Fehler, an dem das Fort Monroe leidet, ist Mangel an Wasser. Seine eigenen Hülfsmittel in dieser Beziehung beschränken sich auf Cisternen, in denen Regenwasser gesammelt wird. Ein artesischer Brunnen ist angefangen, aber nicht vollendet worden. Dagegen hat ein außerhalb des Forts erbauter Gasthof, der von Vergnügungsreisenden und Badegästen viel besucht wird, einen solchen Brunnen, dessen sich die Besatzung jetzt bedient. Die volle Kriegsbesatzung des Forts ist auf 2500 Mann berechnet; indeß kann es eine viel größere Truppenzahl fassen.

In und bei diesem Fort nun hatte der Oberbefehlshaber der Armee beschlossen, eine Division zusammenzuziehen. Die Aufstellung einer Streitmacht an diesem Punkte konnte nur den Zweck haben, einstweilen einen entsprechenden Theil der Kräfte des Feindes festzuhalten, im weiteren Verlauf des Kampfes aber, beim Vordringen der Hauptarmee von Washington gegen Richmond, die Hauptstadt Virginiens, den Rückzug des Feindes zu beunruhigen und zu erschweren und so den Erfolg des siegreichen Vordringens der Hauptarmee zu vergrößern. Fort Monroe liegt südöstlich von Richmond; der Richtung nach war also eine dort aufgestellte Division vollkommen im Stande, eine solche Aufgabe zu erfüllen. Allein die Entfernung des Platzes von Richmond beträgt über 80 Meilen, also mindestens vier Tagemärsche. Wenn demnach

die Division thätig in die Operationen eingreifen sollte, so durfte sie nicht bei dem Fort stehen bleiben, sondern mußte sich um ein tüchtiges Stück der Rückzugslinie des Feindes nähern, so daß sie zur rechten Zeit auf dem Schauplatz erscheinen konnte. Welche Instruktionen General Butler in dieser Beziehung, so wie hinsichtlich seines Verhaltens überhaupt, gehabt haben mag, ist nicht bekannt. Nur eine Notiz liegt vor, daß der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes am 5. Juli in Fort Monroe waren, um sich zu überzeugen, welcher Mittel der General noch zu aktiven Operationen bedürfe, und daß diese Mittel ihm unverzüglich geliefert werden sollten. Daraus folgt wenigstens, daß die Division wirklich zum aktiven Eingreifen in die Operationen der Hauptarmee bestimmt war.

Kommandant des Forts war der Artillerieoberst Dimmick; die Besatzung bestand bis zur Einberufung der Miliz durch den Präsidenten in 21 Artillerie-, 3 Ingenieur-Offizieren und 375 Artilleristen. Die erste Verstärkung, welche sie erhielt, war ein Milizregiment von Massachusetts. Dann folgten noch einige andere Regimenter, und nachdem die Zusammenziehung einer Division bei Fort Monroe beschlossen worden war, wurde die Zahl der Regimenter auf 12 erhöht. In Hampton stand eine Rebellentruppe. Der Führer derselben schickte, nachdem das Fort seine erste Verstärkung erhalten hatte, ein Detachement nach dem Damme vor, welcher die Landzunge westlich mit dem Festlande verbindet, und war dreist genug, vom Oberst Dimmick zu verlangen, daß er den Rebellen den alleinigen Besitz des Dammes und der Brücke gestatten solle. Der Oberst erwiderte darauf: „Ich gebe euch zehn Minuten Zeit zum Rückzuge. Seid ihr dann nicht fort, so werde ich euch mit meinen Kanonen den Weg zeigen.“ Die Rebellen benutzten die zehn Minuten, um sich fort zu machen, worauf Oberst Dimmick zum Schutz der Brücke und eines jenseits derselben liegenden Brunnens eine Feldwache auf das andere Ufer der Bucht schickte.

General Butler, welcher, beiläufig bemerkt, nebenbei auch zum Kommandeur eines aus den Staaten Virginien, Nord-Carolina und Tennessee zusammengesetzten Militärdepartements, „in partibus infidelium“ natürlich, ernannt worden war, verwandte die ersten Tage nach seiner Ankunft im Fort zu Rekognoszirungen,

um den schmalen, halbinselartigen Landstrich zwischen den breiten Mündungen des James- und des York-Flusses, auf dessen äußerster Spitze das Fort liegt, kennen zu lernen und über Stärke und Stellung des Feindes in dieser Gegend etwas zu erfahren. Eine dieser Rekognoszirungen ging nach Hampton und ein paar Meilen darüber hinaus. Der Weg nach diesem Orte, welcher drei Meilen von Fort Monroe entfernt ist, führt zunächst über den bereits erwähnten Damm und die sich daran schließende Brücke und unmittelbar vor dem Ort über eine zweite Brücke, welche die beiden Ufer einer schmaleren Meeresbucht verbindet. Als das erste Vermonter Regiment, welches die Rekognoszirung begleitete, sich dieser Brücke näherte, ritt ein Rebellenoffizier an den kommandirenden Oberst Phelps entgegen und fragte ihn, ob er in friedlicher Absicht komme. Auf die Antwort des Obersten, daß das ganz von Umständen abhänge, sprengte der Offizier zurück und ließ die Brücke in Brand stecken. Die Vermonter eilten im Laufschritt auf die brennende Brücke zu und erreichten sie noch früh genug, um ihre gänzliche Zerstörung verhindern zu können. Sie war indeß so stark beschädigt, daß sie ohne eine gründliche Ausbesserung nur mit Vorsicht von einzelnen Leuten benutzt werden konnte. Erst einen Monat später wurde sie wieder hergestellt, nachdem zu ihrer Deckung Verschanzungen um den Flecken Hampton aufgeworfen worden waren.

Durch die verschiedenen Rekognoszirungen und durch Mittheilungen von loyalen Bürgern erfuhr General Butler, daß er auf eine Entfernung von 10 bis 12 Meilen nichts von feindlichen Streitkräften vor sich habe, daß hingegen bei Yorktown, einige 20 Meilen auf dem Wege nach Richmond zu, an einer Stelle, wo die Halbinsel weniger als 5 Meilen breit ist, eine größere Macht stehe, welche dort eine verschanzte Stellung einrichte. Die nicht im Fort untergebrachten Truppen hatten Anfangs ein Lager zwischen dem Fort und Hampton bezogen. General Butler legte am 26. Mai ein zweites Lager bei Newport-News an, 10 Meilen vom Fort entfernt, am nördlichen Ufer des James-Flusses, und ließ dasselbe verschanzen. In dem Lager bei Hampton blieben 6 New-Yorker Regimenter unter Befehl des Massachusettser Milizgenerals Pierce, in dem bei Newport-News standen zunächst nur 3 Regimenter, das 1. Vermonter, das 4. Massachusettser und das

7. New-Yorker, ein ganz deutsches Regiment, welches den Namen „Steubengarde" führte. Später kamen noch 3 New-Yorker Regimenter, darunter das „Turnerschützen-Regiment," hinzu. Den Befehl über die Truppen in diesem Lager erhielt der Oberst Phelps, der früher als Offizier in der regulären Armee gedient hatte.

Bald nachdem die Truppenbewegung nach Fort Monroe begonnen hatte, erfuhren die Negersklaven in den benachbarten Theilen Virginiens aus der kriegerischen Thätigkeit, die sie rings um sich sahen, und aus den Aeußerungen ihrer Eigenthümer, daß ein großer Kampf im Werke sei, bei dem es sich um sie selbst handele, und daß sie bei den Feinden ihrer Eigenthümer ihre Freiheit finden könnten. Zuerst machten einzelne den Versuch, ob das wahr sei, und als sie wirklich von Fort Monroe nicht zurückgebracht wurden, folgten bald viele mit Weib und Kind nach. Einige Sklavenhalter wandten sich an General Butler, um ihr „Eigenthum" zu reklamiren, erhielten aber die Antwort, ihre Reklamation könne nur dann berücksichtigt werden, wenn sie ihr Eigenthumsrecht gehörig bewiesen und der Bundesregierung einen Eid der Treue geschworen haben würden. Da sie diese Bedingungen nicht erfüllten, behielt General Butler die Neger im Fort, ließ ihnen Lebensmittel geben und verwendete die Arbeitsfähigen zu militärischen Arbeiten. Auf eine Anfrage beim Kriegsminister, wie es mit den entflohenen Sklaven gehalten werden solle, erwiderte derselbe, General Butler solle seine Truppen anweisen, sich nicht in das Verhältniß zwischen Sklaven und Sklaveneigenthümern einzumischen, er solle aber auch, so lange einer der Staaten, innerhalb deren seine militärischen Operationen geführt würden, unter Kontrolle der Rebellen stehe, keine Person, welche in seine Linien komme, einem angeblichen Eigenthümer ausliefern, sondern solche Personen zu Arbeiten, zu denen sie am besten sich paßten, verwenden und eine genaue Rechnung über den Werth der von ihnen geleisteten Arbeit und der empfangenen Unterhaltsmittel führen. Dieses Verfahren konnte aber nur kurze Zeit festgehalten werden. Die Negereinwanderung nach Fort Monroe wurde bald so groß, daß man die Hunderte und Tausende, welche kamen, weder beherbergen, noch beköstigen, noch zu Arbeiten verwenden konnte. Man ließ sie deßhalb gehen, wohin sie wollten, und da sie ihren Weg

natürlich nach dem Norden nahmen, wohin nur zu Wasser zu kommen war, so mußte man ihnen dazu behülflich sein.

General Butler hatte in Erfahrung gebracht, daß bei einer Kirche, Namens Little-Bethel, 8 Meilen von Hampton und ebenso weit von Newport-News, der Feind ein vorgeschobenes Detachement habe, welches jede Nacht die Vorposten der beiden Lager alarmire, die loyalen Bewohner des Landes fortschleppe, um sie in die Rebellenarmee zu stecken, und deren Sklaven nach Yorktown transportire, um sie an den Verschanzungen arbeiten zu lassen, und daß 5 Meilen weiter, bei einer größeren Kirche, genannt Big-Bethel, an der Straße nach Yorktown, ein stärkeres feindliches Korps postirt sei, welches das vorgeschobene Detachement in seinen Expeditionen unterstütze. Er beorderte deßhalb den General Pierce, das Detachement bei Little-Bethel aufzuheben und dann den Feind aus seiner Stellung bei Big-Bethel zu vertreiben. Zu diesem Unternehmen wurden das 3. New-Yorker Regiment, Oberst Townsend, und das 5. New-Yorker (Zouaven-) Regiment, Oberst Duryee, nebst 2 Haubitzen, aus dem Lager von Hampton, das 7. New-Yorker (Steuben-) Regiment, Oberst Bendix, und ein aus dem 1. Vermonter und 4. Massachusettser kombinirtes Regiment unter Oberstlieutenant Washburne, nebst 2 Kanonen, aus dem Lager von Newport-News, bestimmt. Die Disposition war diese: „Um 1 Uhr Morgens am 9. Juli wird das 5. New-Yorker Regiment in Booten über die Bucht von Hampton gesetzt und marschirt dem bei Little-Bethel stehenden Feind auf einem Seitenpfade in den Rücken. Eine Stunde später folgt das 3. New-Yorker Regiment. Zugleich mit dem 5. New-Yorker marschirt das kombinirte Regiment ab, um den Feind in der Front zu beschäftigen, während jenes ihn im Rücken angreift. Ebenfalls eine Stunde später rückt das 7. New-Yorker Regiment nach und vereinigt sich da, wo die Straßen von Newport-News und Hampton, 1½ Meilen diesseits Little-Bethel, zusammentreffen, mit dem 3. Um Mißverständnisse in der Dunkelheit zu vermeiden, soll kein Regiment eher angreifen, bis es das Feldgeschrei ausgerufen hat, und zur leichteren Unterscheidung bei Tageslicht soll das 3. Regiment etwas Weißes am Arm tragen. Wenn der Angriff auf Little-Bethel gelungen ist, marschirt die ganze Kolonne auf Big-Bethel."

Oberst Duryee und Oberstlieutenant Washburne hatten beinahe

die ihnen bezeichneten Angriffspunkte erreicht, als sie plötzlich ein heftiges Feuer in ihrem Rücken hörten. Das feindliche Detachement, durch das Feuern aufgeschreckt, zog sich eiligst zurück, büßte aber 30 Gefangene ein, welche den New-Yorker Zouaven in die Hände fielen. Duryee und Washburne, die sich das Feuern nicht zu erklären wußten, gingen ebenfalls zurück, bis sie auf die beiden Reserveregimenter stießen. Mit dem unerklärlichen Feuer hing es so zusammen: Oberst Bendix war zuerst auf dem Punkt angekommen, wo er sich mit Oberst Townsend vereinigen sollte. Als dieser auf der anderen Straße heranrückte, hielten sie sich gegenseitig, wie es scheint, für Feinde. Bendix behauptet, er habe nicht allein von dem Befehl, daß das Regiment Townsend weiße Zeichen am Arm tragen und daß kein Regiment angreife solle, ohne vorher das Feldgeschrei gerufen zu haben, nichts gewußt, sondern die vorausreitenden Offiziere des 3. Regiments hätten zuerst mit Pistolen auf seine Leute geschossen, was von der anderen Seite in Abrede gestellt wird. Thatsache ist, daß das Steubenregiment zuerst eine Salve auf das 3. gab, worauf dieses wieder feuerte und zurückging. Eine Untersuchung über dieses blutige Mißverständniß, welches dem 3. Regiment 1 Todten und 10 Verwundete kostete, ist nicht eingeleitet worden. Der anbrechende Tag klärte dasselbe bald auf, und General Pierce, nachdem er mit seinen Obersten Kriegsrath gehalten hatte, rückte mit der ganzen Kolonne gegen Big-Bethel vor, nachdem er vorher an General Butler um Verstärkung geschickt hatte.

Gegen 10 Uhr Morgens kam die Kolonne, die sich sehr langsam vorwärts bewegt hatte, verstärkt durch das 2. New-Yorker Regiment, vor der Stellung des Feindes an. Dieselbe war sehr gut gewählt. Sie lag hinter einem Bach, war auf den Seiten durch Sümpfe gedeckt und durch Erdaufwürfe verstärkt. Wie stark die Streitkräfte des Feindes waren, von denen wenig zu sehen war, ist schwer zu ermitteln, wie denn überhaupt alle genaueren Nachrichten über Stärke und Eintheilung der Rebellenarmee fehlen. Geschätzt wurden sie sehr verschieden, auf 600 bis 5000 Mann und 4 bis 30 Geschütze. Die niedrigste Angabe scheint die richtige zu sein. General Pierce nahm jedenfalls die höchste an, denn er schickte, als kaum das Feuer eröffnet war, schon wieder um Verstärkung an General Butler, weil er sich sonst nicht halten

könne. Hätte General Pierce nicht durch die Vergrößerungsbrille der Angst gesehen, so würde er den Feind leicht haben vertreiben können. Seine 4 Geschütze brachten die sehr schlecht bedienten des Feindes, bis auf eins, das besser bedient wurde, zum Schweigen. Mehrere Regimenter wurden nach einander zum Angriff vorgeführt, kehrten aber vor dem Bach um. Oberstlieutenant Washburne machte auf einem großen Umwege eine Umgehung und war dem Feinde bereits in den Rücken gekommen, als General Pierce, nach einem Kriegsrath mit seinem Obersten, den Rückzug befahl. Der ganze Verlust seines Korps, einschließlich der Opfer des unglückseligen Mißverständnisses, belief sich auf 12 bis 15 Todte, darunter 2 Offiziere, und etliche 40 Verwundete, darunter 3 Offiziere. General Pierce blieb Brigadekommandeur, und sein Verhalten wurde keiner kriegsgerichtlichen Untersuchung unterworfen.

Seit diesem Gefecht kam bis zum Juli bei Fort Monroe nichts weiter mehr vor, als einige unbedeutende Rekognoszirungs- und Patrouillen-Scharmützel. Wie viel feindliche Streitkräfte durch die Division Butler's festgehalten wurden, ist nicht bekannt. Außer dem, was ihr auf der Straße nach Richmond entgegengestellt worden sein mag, wurde noch bei Portsmouth und Norfolk zum Schutz der dort mündenden Eisenbahn und alles desjenigen Schiffsmaterials, welches die Rebellen aus den Trümmern des Marinearsenals von Gosport gerettet hatten, und dessen, was sie wieder aus dem Wasser hervorholten, eine Truppenabtheilung postirt, die mindestens 3000 Mann zählte, nach einigen Angaben aber sich auf 10,000 bis 12,000 belaufen sollte.

Um die Darstellung der Bewegungen auf dem Kriegstheater der Hauptarmee, welches einstweilen das östliche Virginien und Maryland umfaßte, zu vervollständigen, bleiben mir noch die Operationen der Flotte in der Chesapeake-Bai zu erwähnen. An den Ufern der breiten Küstenströme James, York und Rappahannock hatten die Rebellen eine Anzahl Batterieen errichtet, um die vielen Fahrzeuge, welche sich dorthin geflüchtet hatten, gegen die Kriegsschiffe der Bundesmarine zu schützen und die Landung von Truppen im Innern Virginiens zu verhindern. Dieser Zweck wurde einstweilen vollständig erreicht, weil die Flotte der Vereinigten Staaten nicht allein überhaupt zu schwach war, um nur die Blockade der langen Küste von der Chesapeake-Bai bis nach

Texas vollständig und mit aller Strenge ausführen zu können, sondern weil es ihr namentlich auch an kleinen, leicht beweglichen Schiffen von geringem Tiefgang und mit geringer Trefffläche fehlte, die sich in die Flüsse hätten hineinwagen können, ohne Gefahr zu laufen, überall aufzurennen und gleich von den ersten Schüssen der Landbatterieen kampfunfähig gemacht oder versenkt zu werden. Eine größere Anzahl solcher Schiffe wurde erst im Juli in Bau gegeben. Bis die fertig waren, mußte die Bundesflotte sich darauf beschränken, die Mündungen jener Flüsse abzusperren.

Da sich die Errichtung der Batterieen am James, York und Rappahannock so wirksam gezeigt hatte, versuchten die Rebellen, dasselbe Mittel auch am untern Potomac anzuwenden, um die Bundeshauptstadt von der Wasserverbindung abzuschneiden, oder diese Verbindung wenigstens so viel als möglich zu erschweren. Zu diesem Zweck legten sie zuerst an der Bucht, in welche der Acquia Creek einmündet, ein ganzes System von neben- und übereinander liegenden Batterieen an. Am 29. Mai legten sich der Pawnee mit 11 und der Freeborn mit 2 Kanonen, unter Befehl des Kapitän Ward, vor die Batterieen und beschossen sie, bis die eintretende Dunkelheit und die Ebbe zur Einstellung des Feuers nöthigten. Am 31. Mai erneuerte Kapitän Ward, mit dem Freeborn, Anacosta und Resolute, von denen die beiden letzteren nur je 1 Geschütz hatten, den Angriff und brachte die sämmtlichen unteren Batterieen nach einem zweistündigen Feuer zum Schweigen. Gegen die weiter zurückliegenden oberen Batterieen vermochten sie jedoch nichts auszurichten, weil die Elevation, welche ihre Geschütze gestatteten, nicht genügend war, um die Kugeln hinzubringen. Am 1. Juni machten der Freeborn und Pawnee einen dritten Angriff. Die Rebellen hatten ihre Geschütze aus den oberen in die unteren Batterieen gebracht. Obschon diese Geschütze alle oder zum großen Theil gezogene waren, während die Schiffe nur glatte, aber freilich von sehr schwerem Kaliber, hatten, wurden sie durch ein zweistündiges Feuer wieder zum Schweigen gebracht. Beide Schiffe erhielten eine Anzahl Schüsse im Rumpf, in der Maschinerie, in den Masten und Sparren, von denen aber keiner sie kampfunfähig machte. Nachdem sie ihr Feuer eingestellt hatten, verbrannten die Rebellen das Schiffswherft und das Depot der an der Bucht auslaufenden Eisenbahn.

Etwa 20 Meilen stromabwärts von der Mündung des Aquia Creek macht der Potomac eine scharfe Biegung. Auf der virginischen Seite liegt dort eine weit vorspringende, mit dichtem Gehölz bewachsene Anhöhe, Mathias Point, welche den Fluß nach beiden Seiten hin vollständig beherrscht. Kapitän Ward, der unermüdlich war in dem Bestreben, die Schifffahrt des Potomac frei zu halten, vermuthete, daß die Rebellen diesen Punkt zur Anlegung neuer Batterieen benutzen würden. Wiederholte Rekognoszirungen, die er unternahm, ergaben jedoch nichts Verdächtiges. Als aber in der zweiten Hälfte des Juni von Mathias Point aus mehrmals auf Schiffe gefeuert wurde, beschloß Kapitän Ward, sich des Punktes zu bemächtigen, das Gehölz auf eine größere Entfernung niederhauen und verbrennen zu lassen und eine Verschanzung am Ufer anzulegen, um die Festsetzung des Feindes zu verhindern. Am 27. Juni legte er sich mit dem Freeborn, Reliance und 2 großen Booten, welche einige für die aufzuwerfende Verschanzung bestimmte Haubitzen führten, vor Mathias Point, ließ die Mannschaft der Boote an's Land setzen und ihre Arbeit beginnen. Während ein Theil der Leute mit dem Niederhauen der Bäume, ein Theil mit dem Füllen der mitgebrachten Sandsäcke beschäftigt war, brach aus dem Gehölz eine starke feindliche Truppe hervor und eröffnete ein heftiges Feuer auf die arbeitende Mannschaft. Diese griff zu ihren Gewehren, mußte sich aber vor der großen Uebermacht schleunigst nach ihren Booten zurückziehen. Kapitän Ward deckte den Rückzug durch Granatfeuer aus einem seiner Geschütze. In dem Augenblick, als er dasselbe, in Stelle eines verwundeten Kanoniers, richtete, wurde er durch eine Flintenkugel getödtet. Mathias Point wurde seitdem unausgesetzt durch ein Kriegsschiff beobachtet, um die Errichtung von Batterieen an diesem wichtigen Punkt zu verhindern.

Sechzehntes Kapitel.

General McClellan und sein Armeekorps. Eröffnung des Feldzuges in Westvirginien. Proklamationen an das Volk und an die Soldaten. Freude der loyalen Bürger. Gefecht bei Philippi. Organisation der Bürgerwehren. Gefecht bei Romney. Gefecht beim Rich Mountain. Ein Rebellenkorps von 10000 Mann geschlagen, abgeschnitten, zum Theil gefangen, zum Theil in die Flucht getrieben. Gefecht bei Carricks Ford. Energische Verfolgung des Feindes und völlige Auflösung desselben.

Generalmajor McClellan, welchem der Befehl über das zunächst zu den Operationen in Westvirginien bestimmte Armeekorps und zugleich über das Militärdepartement „Ohio“, bestehend aus Ohio, Indiana, Illinois und einem Theil von Virginien und Pennsylvanien, concentrirt wurde, ist am 3. Decbr. 1826 in Philadelphia geboren. In der Militärakademie zu West-Point ausgebildet, trat er 1846 als Ingenieurlieutenant in die Armee ein und machte bei einer Sappeur- und Mineurkompagnie den Krieg in Mexico mit. Bei Contreras und Chapultepec zeichnete er sich so aus, daß ihm zur Belohnung erst der Charakter als Premierlieutenant, dann als Kapitän beigelegt wurde. Nach dem Kriege war er als Ingenieuroffizier bei Fortifikationsbauten, Küstenvermessungen und bei den Expeditionen zur Erforschung des Red River und der nördlichen Eisenbahnlinie nach dem Stillen Ocean thätig. Im Jahre 1855 wurde er zur Kavallerie versetzt und dann mit zwei anderen Offizieren nach der Krimm geschickt, um die Organisation, das Material und die Kriegführung der europäischen Armeen zu studiren. Der Bericht, den er nach seiner Rückkehr erstattete, soll ein sehr belehrendes Werk sein. Im Januar 1857 trat McClellan aus der Armee aus und übernahm das Amt eines Vicepräsidenten und Oberingenieurs der Illinois-Central-Eisenbahn, welches er 1860 mit dem des Präsidenten und Betriebsdirektors der Ohio- und Mississippi-Eisenbahn vertauschte. Am 23. April 1861 wurde er vom Gouverneur von Ohio zum Generalmajor der Miliz des Staates und

am 14. Mai vom Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Generalmajor der regulären Armee ernannt. Da es damals keinen einzigen Generalmajor in der regulären Armee gab, so nahm McClellan nächst dem Generallieutenant Scott den höchsten Rang im Heere ein.

Ueber Zusammensetzung, Stärke und Eintheilung des Mc Clellan'schen Armeekorps liegen keine Berichte vor. Um einen Ueberblick darüber zu erhalten, muß man die einzelnen Notizen zusammenlesen, welche sich in den Mittheilungen und Berichten über die Bewegungen und Gefechte des Korps finden, was dadurch sehr erschwert wird, daß dasselbe in verschiedenen Abtheilungen operirte, die bald hier, bald dort auftauchen. Das Korps war zum größten Theil aus Regimentern von Ohio und Indiana zusammengesetzt, hatte, wie es scheint, gar keine regulären Truppen und sehr wenig Artillerie und Kavallerie. Von dieser werden nur einige kleine Trupps, die den Freiwilligenregimentern beigegeben waren, von jener nur zwei Batterieen erwähnt. Folgende Ohioregimenter waren bei dem Armeekorps: das 3., 4., 5., 6., 7., 9., 10., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20. und 21., und folgende Indianaregimenter: das 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 13. und 14.; außerdem 2 Regimenter von Westvirginien, 2 von Kentucky und wahrscheinlich 2 von Pennsylvanien. Das würden im Ganzen 31 Regimenter sein; indeß mag sich die Zahl derselben noch etwas höher belaufen. Man wird nicht weit fehl greifen, wenn man die Gesammtstärke des Korps auf 30,000 Mann schätzt, indem die Regimenter meist alle ziemlich stark waren, 900 bis 1000 Mann und darüber.

Von Generalen findet man angeführt: Morris, Hill, Cox, Rosencranz, Scheich und Kelly. Rosencranz und Morris waren auf der Militärakademie in West-Point ausgebildet und hatten als Offiziere in der regulären Armee gedient; die übrigen schienen bloß „politische" Generale gewesen zu sein. Was dieselben kommandirten, ist nicht mit Bestimmtheit ersichtlich. Morris hatte, wie es scheint, das 6., 14., 15. und 16. Regiment von Ohio, das 6., 7. und 9. von Indiana und die Cleveland Batterie unter seinem Befehl; Rosencranz das 8., 10. und 13. Regiment von Indiana und das 19. von Ohio; Cox das 17., 18. und 21. Regiment von Ohio und das 1. und 2. von Kentucky; Hill's

Kommando wird auf 5000 Mann angegeben; Scheich wird nur als „Brigadegeneral“ aufgeführt; Kelly, zuerst Oberst des 1. virginischen Regiments, wurde später zum Kommandeur der 1. virginischen Brigade ernannt.

General McClellan's Aufgabe bestand zunächst darin, die von den loyalen Bürgern Westvirginiens neu eingesetzte Staatsregierung zu unterstützen und zu befestigen, einzelne Distrikte, Counties und Towns, in denen die Rebellen die Oberhand hatten, von der Herrschaft derselben zu befreien und die loyalen Bürger in den Stand zu setzen, unter seinem Schutz sich zu bewaffnen und militärisch zu organisiren, sei es, um sich den Bundestruppen anzuschließen, oder um sich später selbst helfen und neue Erhebungen der Rebellen niederhalten zu können. Die Erfüllung dieser Aufgabe erforderte eine große Ausbreitung seiner Streitkräfte, die er aber dreist wagen konnte, weil ihm keine starke feindliche Macht entgegen stand; wenn er sie nur immer so beisammen hielt, daß er im Stande war, überall da, wo es nothwendig werden mochte, zeitig genug eine hinlängliche Truppenzahl zum Kampfe zusammenzuziehen.

Schon am 27. Mai begann McClellan seine Operationen. Das 1. virginische Regiment, dem zunächst das 16. Ohioregiment folgte, rückte von Wheeling aus auf der Baltimore- und Ohio-Eisenbahn vor, während gleichzeitig das 14. Ohioregiment bei Marietta den Ohio überschritt und die Stadt Parkersburg besetzte, wo die bei Grafton von der Baltimore- und Ohio-Bahn sich abzweigende westvirginische Bahn ausläuft. Dem Einrücken in Virginien ließ McClellan zwei Proklamationen vorausgehen, die eine an „die Unionsleute Westvirginiens,“ die andere an die Soldaten seines Armeekorps. In jener heißt es: „Die Bundesregierung hat lange genug die Machinationen einiger wenigen faktiösen Rebellen in eurer Mitte geduldet. Bewaffnete Verräther haben sich vergebens bemüht, euch vom Ausdruck eurer Loyalität an den Wahlurnen abzuschrecken. Nachdem ihnen dieses infame Attentat mißlungen, suchen sie jetzt ein Schreckensregiment einzusetzen, um euch so zur Nachgiebigkeit gegen ihre Pläne und zur Unterwerfung unter das Joch der verrätherischen Verschwörung zu zwingen, die sich südliche Konföderation nennt. Ich habe meine Truppen beordert, den Fluß zu überschreiten. Sie kommen als

eure Freunde und Brüder, als Feinde nur gegen bewaffnete Rebellen. Eure Heimstätten, eure Familien und euer Eigenthum sind sicher unter unserem Schutz. Alle eure Rechte sollen mit religiöser Gewissenhaftigkeit geachtet werden. Trotz allem, was Verräther euch gesagt haben, um euch glauben zu machen, daß unsere Ankunft das Signal zur Einmischung in die Sklaverei sein würde, erkläre ich auf's Bestimmteste, daß wir uns nicht allein einer jeden solchen Einmischung enthalten, sondern auch mit eiserner Hand jeden Insurrektionsversuch von Seiten der Sklaven unterdrücken werden."

Zu den Soldaten sagte er: „Ihr habt den Befehl erhalten, den Boden Virginiens zu betreten. Eure Mission besteht darin, Frieden und Vertrauen wieder herzustellen, die Majestät des Gesetzes zu schützen und unsere Brüder vor der Gewalt bewaffneter Verräther zu sichern. Ich stelle die Personen und das Eigenthum der Virginier unter den Schutz eurer Ehre. Ich weiß, ihr werdet ihre Gefühle und alle ihre Rechte achten und die strengste Disciplin erhalten. Denkt daran, daß Jeder von euch die Ehre Ohio's und der Union zu bewahren hat. Wenn ihr berufen werdet, bewaffneten Widerstand zu überwinden, so weiß ich, daß euer Muth der Aufgabe gewachsen ist. Vergeßt nicht, daß eure einzigen Feinde bewaffnete Verräther sind, und übt selbst gegen die Schonung, wenn sie in eurer Gewalt sind; denn Viele von ihnen sind mißleitet. Wenn die loyalen Männer Westvirginiens unter eurem Schutz im Stande sein werden, sich zu organisiren und selbst zu schützen, so könnt ihr mit dem stolzen Bewußtsein in eure Heimath zurückkehren, ein wackeres Volk vor der Vernichtung bewahrt zu haben."

Die Regimenter, welche von Wheeling per Eisenbahn gegen Grafton vorrückten, wurden überall von der loyalen Bevölkerung mit dem größten Enthusiasmus aufgenommen. Ihr Vorrücken ging langsam, weil mehrere Eisenbahnbrücken, welche die Rebellen zerstört hatten, erst wiederhergestellt werden mußten, und weil sie sich überall, wo es nöthig war, zu beiden Seiten der Route ausbreiteten, um bewaffnete Rebellentrupps zu zerstreuen, die Führer gefangen zu nehmen und die übrigen, deren sie habhaft werden konnten, einen Eid der Treue für die Verfassung und Bundesregierung schwören zu lassen. Erst am 1. Juni kam die Division

des General Morris bis Grafton. Ein Detachement der Rebellenarmee von 1000 Mann, welches der General Johnston von Harper's Ferry bis dahin vorgeschoben hatte, hatte schon bei der ersten Nachricht von dem Vorrücken der Bundestruppen den Ort geräumt und sich wieder gegen Harper's Ferry zurückgezogen.

Am 2. Juni erfuhr General Morris, daß bei Philippi, 20 Meilen südlich von Grafton, ein Rebellenlager von 2000 Mann aufgeschlagen sei. Er beschloß, dasselbe durch Ueberraschung aufzuheben, und schickte zu dem Ende am Abend zwei Kolonnen ab, welche die Nacht hindurch marschiren und bei Tagesanbruch den Feind angreifen sollten. Die eine, welche unter Befehl des Oberst Lander aus dem 9. Indiana- und 14. Ohioregiment bestand, sollte ihn in der Front, die andere, unter Befehl des Oberst Kelly aus dem 1. virginischen und einem Theil des 7. Indiana- und 16. Ohioregiments zusammengesetzt, gleichzeitig im Rücken angreifen. Trotz der stockfinstern Nacht, der schlechten Wege und eines strömenden Regens war die erste Kolonne lange vor 4 Uhr, der zum Angriff bestimmten Stunde, auf ihrem Platz. Die Stunde kam, aber von der zweiten Kolonne war noch nichts zu hören; dagegen begann es sich im Lager des Feindes zu regen. Oberst Lander glaubte keine Zeit mehr versäumen zu dürfen und ließ ¼ nach 4 den Angriff durch Kanonenfeuer eröffnen. In demselben Augenblick kam Oberst Kelly, dessen Kolonne einen noch beschwerlicheren Marsch, als die erste, und überdies unzuverlässige Führer gehabt hatte, am linken Ufer des East Fork, der ihn noch von dem Städtchen Philippi und dem Lager des Feindes trennte, im Rücken des letzteren an. Ohne nur einen Versuch zum Widerstand zu machen, ergriffen die Rebellen, zum Theil nur halb angekleidet und ohne Waffen, die Flucht. Die Mannschaften beider Kolonnen setzten ihnen zwar einige Meilen weit nach; es gelang aber nicht, auch nur einen einzigen Gefangenen zu machen. Der anstrengende Marsch hatte die Leute zu sehr ermüdet, als daß sie mit dem gehörigen Nachdruck den Feind hätten verfolgen können. Die Rebellen ließen 15 Todte auf dem Platze, außerdem 40 Pferde, 500 Flinten, 1400 Pistolen, Zelte, Tornister, Uniformen, Hüte, Mützen, Reisetaschen, sogar Hosen und Epaulets. Oberst Kelly, der seinen Truppen immer voraus war, wurde während der Verfolgung

schwer verwundet; sonst hatten die Bundestruppen gar keinen Verlust.

Die Bewohner von Philippi und Umgegend, fast ohne Ausnahme treue Anhänger der Union, waren glücklich über ihre Befreiung von der drückenden Herrschaft der Rebellen und gaben den Bundestruppen ihre Dankbarkeit dadurch zu erkennen, daß sie alles, was sie vermochten, zur Erquickung derselben herbeischleppten. General Morris erließ eine Aufforderung an alle Waffenfähigen, sich ohne Säumen als Infanterie oder Kavallerie zum Schutz ihres Staates zu organisiren, und stellte ihnen Waffen und Munition für diesen Zweck zur Verfügung.

Nach dem Gefecht bei Philippi blieb der größte Theil des Armeekorps bei Grafton, Clarksburg und Philippi stehen, während General Hill östlich gegen den Cheat-Fluß, Oberst Wallace mit dem 11. Indiana-Regiment bis Cumberland am Potomac und General Cox südlich gegen den Kanawha-Fluß vorgeschoben wurde. Wallace, der, wie es scheint, später durch 2 Pennsylvanische Regimenter verstärkt wurde, sollte den General Johnston beobachten und die Baltimore- und Ohio-Eisenbahn so weit als möglich decken. Hill hatte die Aufgabe, die Straßen- und Eisenbahnbrücken über den Cheat, sowie die benachbarten Pässe über die Alleghanies zu sichern und die ganze Gegend innerhalb seines Bereichs von Rebellen zu reinigen, sowie den loyalen Bürgern Gelegenheit zu geben, sich unter seinem Schutz militärisch zu organisiren. Das Letztere war ebenfalls die Beschäftigung des General Cox und des Gros des Armeekorps.

Oberst Wallace unternahm am 11. Juni mit einem Theil seines Regiments eine Expedition nach dem 20 Meilen südlich von Cumberland liegenden Ort Romney, wo eine 500 Mann starke Abtheilung von der Division des General Johnston stand, überfiel dieselbe, trieb sie mit Verlust von einigen Todten, Verwundeten und Gefangenen zurück, erbeutete ihr Lagergeräth nebst einigen Waffen, Munition und Lebensmitteln und zog sich dann wieder nach Cumberland. Acht Tage später, am 19. Juni, drang die Rebellenabtheilung, welche Romney unterdessen wieder besetzt hatte, nach der über den New-Creek führenden Eisenbahnbrücke, welche 20 Meilen in westlicher Richtung von Cumberland entfernt ist, vor, zerstörte dieselbe und besetzte dann das Dorf Piedmont. Eine

Milizkompagnie, welche mit dem Schutz der Brücke beauftragt war, zog sich zurück, ohne den Rebellen Widerstand zu leisten. Die Eisenbahnbeamten waren so verständig, alle Lokomotiven und Wagen bei der Annäherung des Feindes nach Grafton zu in Sicherheit zu bringen. Piedmont sowohl, als Romney blieben im Besitz der Rebellen, so daß die direkte Verbindung des Oberst Wallace mit dem Gros des Armeekorps abgeschnitten war. Seine Stellung war übrigens nicht gefährdet, weil er dicht an der Grenze Pennsylvaniens stand. Den Feind wieder anzugreifen wagte er jedoch nicht, weil sich derselbe auf mehrere Regimenter verstärkte. Dagegen hatte seine aus 13 Mann bestehende Kavallerie am 26. Juni auf dem Wege von Cumberland nach Romney ein Scharmützel mit einer überlegenen feindlichen Kavallerieabtheilung, welche von ihr beim ersten Anprall in die Flucht gejagt wurde und mehrere Todte einbüßte. Als aber der Feind verstärkt zurückkehrte, ergriffen die 13 Mann ihrerseits die Flucht und konnten sich am Ende nur dadurch vor den Verfolgern retten, daß sie ihre Pferde im Stich ließen und sich in ein dichtes Gehölz warfen, von wo aus sie dem Feinde durch Büchsenfeuer noch einen bedeutenden Verlust beibrachten. Sie selbst büßten nur 2 Todte ein.

Gegen Ende Juni ging durch alle Zeitungen die Nachricht, General McClellan habe mit dem Gouverneur von Kentucky ein Uebereinkommen abgeschlossen, kraft dessen er die neutrale Stellung dieses Staates förmlich anerkannt und zu respektiren versprochen habe. Das angebliche Uebereinkommen wurde in allen seinen Details angeführt, so daß die Nachricht den Schein der größten Glaubwürdigkeit hatte und auch wirklich überall Glauben fand, bis General McClellan selbst sie für eine völlig unbegründete Erfindung erklärte.

Nach der Niederlage bei Philippi hatte die Rebellenregierung von Richmond aus frische Truppen nach Westvirginien geschickt, über welche General Garnett, früher Major in der Armee der Vereinigten Staaten, den Befehl führte. Schon am 26. Juni erfuhr General McClellan durch einen sehr zuverlässigen Kundschafter, daß der Feind in der Nähe von Beverly im Gebirge, an einer der Hauptstraßen, die von West- nach Ostvirginien führen, ein verschanztes Lager bezogen habe, und daß seine Stärke sich auf 6000 bis 7000 Mann belaufe. Am 30. ließ er die Brigade Rosen-

cranz durch einen Nachtmarsch nach Buckhannon verrücken, bis wohin der Feind eine Avantgarde vorgeschoben hatte. Als die Brigade früh Morgens am 1. Juli ankam, war der Feind, welcher zeitig genug benachrichtigt worden war, bereits abgezogen. In den nächsten Tagen wurde die Gegend nach allen Richtungen hin durchstreift und von Rebellen gesäubert.

Am 7. brach die Brigade Morris von Philippi gegen die befestigte Stellung des Feindes auf dem Laurel Hill, 6 bis 7 Meilen nördlich von Beverly, auf und machte in einiger Entfernung vor derselben Halt. Die Absicht McClellan's ging dahin, durch diese Brigade den Feind in der Front zu beschäftigen und ihn mittlerweile mit der Brigade Rosencranz zu umgehen und im Rücken anzugreifen. Auf Laurel Hill, an der Landstraße von Philippi nach Beverly, stand General Garnett mit etwa 8000 Mann. Seine Stellung war so gut gewählt und so durch künstliche Hindernisse verstärkt, daß sie durch einen Frontangriff nur von einer überlegenen Macht und nur mit großen Opfern genommen werden konnte. Außer der Straße von Philippi führt weiter westlich eine zweite Straße von Buckhannon nach Beverly. Diese Straße konnte dem Rücken der Stellung auf dem Laurel Hill gefährlich werden. General Garnett hatte deßhalb da, wo dieselbe das Gebirge, den Rich Hill oder Rich Mountain, überschreitet, ein Detachement von 1500 Mann unter dem Oberst Pegram aufgestellt, welches ebenfalls eine von Natur sehr feste und durch Kunst verstärkte Stellung einnahm. Diese Stellung von Rich Mountain mochte etwa 6 bis 7 Meilen südwestlich von der auf dem Laurel Hill liegen.

Die Brigade Morris trieb am 8., 9. und 10. Juli die Vorposten des Feindes zurück und machte verschiedene Scheinangriffe gegen die Hauptstellung desselben, um dadurch die beabsichtigte Umgehung zu maskiren. Am 10. kam General McClellan mit der Brigade Rosencranz vor dem Rich Mountain an und fand dort, daß er es erst mit einem anderen Feinde zu thun hatte, ehe er dem Hauptkorps auf dem Laurel Hill beikommen konnte. Früh Morgens am 11. schickte er den General Rosencranz mit dem 8. und 10. Indiana- und 19. Ohio-Regiment auf einem Seitenpfade, der um die rechte Flanke der feindlichen Stellung herumführte, in den Rücken derselben, während er selbst mit dem 4., 9. und 17. Ohio- und 13. Indiana-Regiment sich zum Frontangriff

gegen die Stellung vorbereitete. Rosencranz erreichte nach einem sehr mühseligen Marsch auf einem Waldpfade, der meilenweit gar nicht zu passiren war, sondern erst mit Axt und Spaten gangbar gemacht werden mußte, um 3 Uhr Nachmittags die Landstraße 2 Meilen im Rücken des Feindes. Dieser hatte durch Auffangen eines Couriers von der Bewegung Nachricht erhalten und 800 Mann mit 2 Geschützen der Umgehungskolonne entgegen geworfen. General Rosencranz, das 10. Indiana-Regiment voran, ging frisch auf den Feind los und trieb ihn nach einem kaum einstündigen Gefecht in die Flucht. Die Rebellen büßten ihre beiden Geschütze, 100 bis 150 Todte und 200 Gefangene ein, von denen die Hälfte verwundet war; die Bundestruppen hatten nur 15 Todte und 40 Verwundete.

General McClellan hatte die Stellung auf dem Rich Mountain in Front angreifen wollen, sobald er das Feuer der Rosencranz'schen Kolonne hören würde. Es war jedoch der Stellung so schwer beizukommen, daß er einen weiter westlich liegenden Angriffspunkt wählte, auf welchem wenigstens Artillerie mit Erfolg verwandt werden konnte. Um nach diesem Punkt zu gelangen, mußte aber erst ein zwei Meilen langer Weg durch den Wald gehauen werden, und bis dieser Weg fertig wurde, war es Abend geworden. Als McClellan am nächsten Morgen vorrückte, hatte der Feind seine Stellung verlassen und sich in die Berge und Wälder zurückgezogen. Das ganze Lager mit 4 Kanonen, 200 Zelten, 60 Wagen und einer Menge anderer Dinge fiel in die Hände der Sieger. McClellan marschirte ohne Aufenthalt bis nach Beverly und schickte ein Regiment bis gegen Huttonsville, um den Paß über den Cheat River Mountain und die Brücke über den Cheat River zu sperren, damit der geschlagene Feind nicht dort durchkommen könnte, wenn er auf Umwegen hingelangen sollte.

Oberst Pegram fand aus den Bergen und Wäldern, in die er sich hineingeworfen hatte, keinen Ausweg; seine Leute waren auf den Tod ermüdet und halb verhungert, und so blieb ihm nichts übrig, als sich mit dem Rest seines Detachements, der nicht mehr, als 600 Mann zählte, schon am 13. dem General McClellan in Beverly zu stellen und kriegsgefangen zu ergeben.

General Garnett erfuhr in der Nacht vom 11. zum 12. Juli, daß er umgangen, und daß Oberst Pegram angegriffen und zu-

rückgeworfen worden sei, hatte aber noch keine Ahnung davon, daß Pegram eine vollständige Niederlage erlitten, und daß der Feind bereits im Begriff stand, ihm den Rückzug nach Huttonsville und über den Cheat River Mountain-Paß vollständig zu verlegen. Bei Tagesanbruch am 12. verließ er das Lager auf dem Laurel Hill und marschirte auf Beverly zu, in dem guten Glauben, er werde sich noch mit Pegram vereinigen und über Huttonsville zurückziehen können. Der Abmarsch geschah in solcher Hast, daß alle Zelte, viele Wagen, eine Kanone, eine große Anzahl Decken, die kranken Mannschaften, eine Feldapotheke und sogar die Kriegskasse zurückgelassen wurden. General Morris, dessen Vorposten den Aufbruch des Feindes meldeten, besetzte augenblicklich das Lager auf dem Laurel Hill. Als Garnett sich bis auf zwei Meilen dem Städtchen Beverly genähert hatte, erfuhr er, daß McClellan schon dort angekommen sei und ihm den Weg verlegt habe, während er von der Kolonne des Oberst Pegram nur einige Versprengte fand, welche ihm die totale Niederlage derselben mittheilten. Er drehte auf der Stelle wieder um und schlug einen beschwerlichen Seitenpfad ein, der ihn einige Meilen weiter nördlich über das Gebirge in das Thal des Cheat führte und diesem Fluß stromabwärts folgte bis nach der großen Landstraße, welche von Parkersburg am Ohio über Clarksburg nach Romney und Winchester führt und West- mit Ostvirginien verbindet.

McClellan beauftragte den General Morris, dem Feinde auf den Fersen zu folgen und ihn dem General Hill in die Hände zu treiben. An Hill wurde sofort der Befehl gesandt, so schnell als möglich an Truppen zusammen zu raffen, was er könne, und dem retirirenden Feinde die Gebirgsübergänge nach Ostvirginien zu verlegen.

Die Division Morris hatte um 10 Uhr Morgens das verlassene Lager auf dem Laurel Hill besetzt. Um 11 Uhr brachen das 14. Ohio- und das 7. und 9. Indiana-Regiment zur Verfolgung auf und setzten ihren Marsch bis 11 Uhr Nachts fort, ohne den Feind einzuholen. Durch die grundlos schlechte Straße, durch einen heftigen Regen, durch Verhaue, welche der Feind angelegt, durch Bäume und Felsstücke, welche er auf den Weg geworfen hatte, wurden sie sehr aufgehalten. An einigen Stellen gelang es, auf Seitenpfaden die Hindernisse zu umgehen; bald aber

wurde es als nothwendig erkannt, ein starkes Detachement mit Aexten und anderen Geräthschaften vorauszuschicken, um den Weg frei machen zu lassen. Schon um 2 Uhr Morgens am 13. Juli, nach nur dreistündiger Rast, wurde die Verfolgung fortgesetzt. Weggeworfene Decken, Tornister, Koffer, Futtersäcke und Bekleidungsstücke bezeichneten überall die Richtung, welche der Rückzug des Feindes genommen hatte, so daß es keiner Führer und keiner Erkundigungen bedurfte. Mehrmals führte der Weg durch den Cheatfluß, der viele scharfe Biegungen macht, und durch die Bäche, welche demselben zufließen. Ohne nach der Tiefe des Wassers zu fragen, stürzten sich die Truppen hinein und wateten hindurch. So ging es unaufhaltsam weiter, bis um 1 Uhr Nachmittags endlich der Feind eingeholt wurde.

Mit einer Arrieregarde von 1500 Mann und 2 Kanonen hatte General Garnett bei Carrick's-Ford, einer Fuhrt durch einen der Nebenflüsse des Cheat, auf dem hochliegenden jenseitigen Ufer Posto gefaßt, um seiner abgehetzten Truppe Zeit zur Rast und Sammlung zu verschaffen. In der Fuhrt standen 40 Wagen, dem Anschein nach festgefahren, deren Fuhrleute Zeichen machten, als ob sie sich ergeben wollten; während General Garnett seine Truppen so versteckt hatte, daß nichts von ihnen zu sehen war. Die Sache sah indeß verdächtig aus, und das 14. Ohio-Regiment, welches die Spitze der Verfolger bildete, rückte langsam, mit vorgezogenen Tirailleurs, gegen den Fluß. Als die letzteren bis auf 200 Yard nahe gekommen waren, eröffnete der versteckte Feind plötzlich ein heftiges Kanonen- und Flintenfeuer, das aber zum Glück für die Angreifer viel zu hoch ging. Bald kamen zwei der Avantgarde beigegebene Kanonen herbei und erwiderten das Feuer, während das 7. Indiana-Regiment weiter abwärts den Fluß durchwatete, das steile jenseitige Ufer erklomm und sich auf die rechte Flanke des Feindes stürzte, worauf dieser sich, mit Hinterlassung von 26 Todten, eilig zurückzog, von den Bundestruppen hitzig verfolgt. Eine Viertelmeile weiter, bei einer anderen Fuhrt, versuchte General Garnett vergebens, seine Truppen wieder zum Stehen zu bringen. Eine einzige Salve des 7. Indiana-Regiments, welches ihnen dicht auf den Fersen war, genügte, um die Handvoll Leute, die Garnett um sich gesammelt hatte, wieder auseinander zu treiben. Der General selbst wurde von einer

Kugel todt niedergestreckt. Sein Fall war das Signal zur wildesten Flucht, welche sich von der Arrieregarde dem ganzen Korps mittheilte. Die Verfolgung wurde noch zwei Meilen weit fortgesetzt, mußte aber dann eingestellt werden, weil die Mannschaften nach den furchtbaren Anstrengungen der letzten 30 Stunden dringend der Rast bedurften.

General Hill erhielt den oben erwähnten Befehl McClellan's erst am 13. Mittags. Er hatte in dem Augenblick nicht mehr als 14 Kompagnieen von zwei verschiedenen Regimentern bei der Hand; der ganze Rest seines Kommando's war zum Schutz der Eisenbahn und zur Säuberung des Landes von Rebellen weithin ausgebreitet. Mit dem, was er zur Hand hatte, rückte er auf der Straße nach Romney vor und beorderte von den längs der Eisenbahn stationirten Regimentern herbei, was irgend entbehrlich war und zeitig genug eintreffen konnte. Obschon er bis in die Nähe von Romney vorging, gelang es ihm nicht, irgend eine größere Abtheilung des fliehenden Feindes zu erwischen. Die Auflösung desselben war so vollständig, daß sich die Mannschaft einzeln und in kleinen Trupps auf Nebenpfaden über das Gebirge nach Ostvirginien geflüchtet hatte. Von diesen einzelnen Flüchtlingen und kleinen Trupps wurde eine Menge zusammengebracht, bis vom Hauptquartier der Befehl kam, keine Gefangenen mehr zu machen und auch die bereits eingebrachten, mit Ausnahme der Führer, wieder laufen zu lassen, wenn sie sich dazu verständen, der Bundesregierung Treue zu schwören.

Als es nichts mehr zu verfolgen gab, wurde General Hill nach Rowlesburg zurückbeordert. Morris und Rosencranz blieben bei Beverly und Philippi und beschäftigten sich mit der Reorganisation derjenigen ihrer Regimenter, welche aus Drei-Monats-Milizen bestanden, indem die Dienstzeit derselben nahezu abgelaufen war, und viele dieser Leute, denen ihre Verhältnisse ein längeres Bleiben nicht gestatteten, heimgehen wollten. Die einzige organisirte Streitmacht, welche die Rebellen noch in Westvirginien hatten, war ein 3000 bis 4000 Mann starkes Korps unter Befehl des Exgouverneurs Wise, welches am Großen Kanawha stand, aber an keine Offensive dachte, sondern vor dem General Cox fortwährend zurückwich.

General McClellan sagte am 19. Juli in einer Prokla-

mation an „die Soldaten der Armee des Westens“: „Ich bin mehr als zufrieden mit euch. Ihr habt zwei Armeen, die von gebildeten und erfahrenen Offizieren befehligt wurden und in festen Gebirgsstellungen verschanzt waren, vernichtet. Ihr habt 7 Kanonen, 12 Fahnen, 1500 Flinten erobert und 1000 Gefangene gemacht. Der zweite Kommandeur der Rebellen ist gefangen, der erste hat sein Leben auf dem Schlachtfelde eingebüßt. Ihr habt dem Feinde mehr als 260 Mann getödtet und habt ihm alle Bagage und alles Feldgeräth genommen. Alles dies ist mit dem Verlust von 20 Todten und 60 Verwundeten eurerseits vollbracht worden. Ihr habt bewiesen, daß Unionsmänner, welche für die Erhaltung unserer Regierung kämpfen, unseren mißleiteten und irrenden Brüdern mehr als gewachsen sind. Und mehr als das, ihr habt den Besiegten Schonung gezeigt. Ihr habt lange und anstrengende Märsche gemacht, bei unzureichender Nahrung, häufig den Unbilden des Wetters ausgesetzt. Ich habe nicht angestanden, dies von euch zu fordern, indem ich fühlte, daß ich auf euere Ausdauer, eueren Patriotismus und Muth bauen konnte. In Zukunft werde ich vielleicht noch größere Anforderungen an euch machen, noch größere Opfer euch zumuthen; aber ich weiß jetzt auch, daß euere Tapferkeit und euere Ausdauer alles vollbringen werden, was gefordert wird. Soldaten, ich habe Vertrauen zu euch, und ich baue darauf, daß ihr gelernt habt, auch mir zu vertrauen. Vergeßt nicht, daß Disciplin und Subordination Eigenschaften sind, die ebenso viel Werth haben, als Muth. Ich bin stolz darauf, daß ich sagen kann: Ihr habt die höchste Belohnung erworben, welche amerikanische Truppen erhalten können — den Dank des Kongresses und den Beifall eurer Mitbürger.“

Siebenzehntes Kapitel.

Die Division bei Cairo unter General Prentiß. — General Lyon. Energisches Vorschreiten desselben gegen die Rebellen; Expedition nach Potosi. Tagesbefehl des Milizgenerals Price. Zusammenkunft Lyon's mit Gouverneur Jackson. Kriegerische Proklamation und Flucht des Gouverneurs. Proklamation General Lyon's. Stellung und Stärke der Parteien. Die Aufgabe des Generals. Besetzung aller Eisenbahnlinien und des Missouri. Verfolgung des Gouverneurs; Besetzung von Jefferson City, Gefecht von Booneville. Kleinere Scharmützel und Gefechte in andern Theilen des Staates. Lyon's weitere Thätigkeit; sein Vorrücken nach dem Süden. Organisation der rebellischen Streitkräfte. Expedition Oberst Siegel's; Gefecht bei Carthage. Glänzender Rückzug Sigel's. Gefechte im Norden des Staates. Die Rebellen bei Monroe und Fulton geschlagen.

Die Division, welche zur Absperrung des Mississippi und zur Beobachtung des neutralen Kentucky bei Cairo zusammengezogen wurde, bestand aus Illinois-Regimentern, über die General Prentiß den Oberbefehl führte. Sie wurde auf 6000 Mann, mit einer großen Anzahl meist schwerer Geschütze, gebracht und errichtete auf der Landspitze zwischen der Ohiomündung und dem Mississippi ein verschanztes Lager. Um die Sperrung des Mississippi vollständiger zu machen, wurde bei Bird's Point in Missouri, Cairo gegenüber, noch ein anderes verschanztes Lager errichtet und mit einem Missourier Freiwilligenregiment unter Oberst Schüttner besetzt, welches ebenfalls dem Befehl des General Prentiß unterworfen war. Die Division konnte ihre ganze Zeit zu ihrer militärischen Ausbildung verwenden, da sie außer einem scharfen Wachtdienst durch nichts Anderes in Anspruch genommen wurde. Das einzige erwähnenswerthe Ereigniß, welches dort vorkam, war eine kleine Expedition nach Kentucky. General Prentiß hatte nämlich erfahren, daß bei Elliott Mills, 10 Meilen von Cairo, auf Kentucky'schem Gebiet, ein Rebellenlager gebildet werde, und schickte deßhalb am 9. Juni 2 Kompagnieen dorthin, um das Lager aufheben zu lassen. Als die Kompagnieen ankamen, hatten sich die Rebellen bereits aus dem Staube gemacht. Einige Tage darauf kam der Kentucky'sche Oberst Wickliffe zum General Prentiß, um

im Namen des Gouverneurs gegen die Invasion Kentuckys zu protestiren. Prentiß zeigte ihm Briefe von angesehenen Bewohnern des Staates, worin dieselben ihn aufforderten, sie gegen die Rebellen zu schützen, und erklärte, er werde seine Truppen jederzeit dahin senden, wo die Interessen oder die Befehle der Bundesregierung es erheischten.

General Lyon, welcher nach der Entlassung des General Harney provisorisch das Kommando in Missouri erhielt, stammt aus dem Staat Connecticut. Er war auf der Militärakademie in West-Point ausgebildet worden, trat 1841 als Unterlieutenant in das 2. Infanterieregiment ein, machte als solcher den Krieg gegen Mexico mit, während dessen er zum Oberlieutenant befördert wurde, und avancirte 1857 zum Kapitän. In den Listen des Kriegsministeriums war er verzeichnet als ein Offizier, der sich zu einem höheren Kommando eigene.

So lange General Harney sein Vorgesetzter war, konnte er nicht mit der Energie gegen die Rebellion einschreiten, wie er es gern wollte. Er that indeß, was er unter den Umständen vermochte. Am 17. Mai ließ er das dem Staat gehörende Tabakslagerhaus in St. Louis besetzen und eine große Menge Waffen, Munition und Kriegsgeräth, die darin verborgen waren, wegnehmen. Dann ließ er die Stadt mit einer Postenkette umgeben, um den Aus- und Eingang Bewaffneter, so wie die Aus- und Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern, und ordnete eine strenge Durchsuchung aller ankommenden und abfahrenden Schiffe und Eisenbahnzüge nach Kriegskontrebande an. Um loyale Bürger gegen Gewaltthätigkeiten von Seiten der Rebellen zu schützen, schickte er verschiedene kleine Expeditionen von St. Louis aus. Eine der ersten dieser Expeditionen ging nach dem 60 Meilen südwestlich von St. Louis gelegenen Potosi, wo sich eine bedeutende Bleimine befindet, deren Ertrag zu sichern ebenfalls ein Hauptzweck der Expedition nach diesem Orte war. Das Unternehmen wurde so gut geleitet, daß es vollständig gelang. Vor Tagesanbruch am 17. Mai hatten die Truppen den Flecken so umstellt, daß Niemand entkommen konnte. Sie verhafteten dann gegen hundert Rebellen, nahmen aber nur neun davon mit, während sie die übrigen, nachdem dieselben der Bundesregierung Treue geschworen, wieder laufen ließen, und bemächtigten sich alles Bleis, das sie fanden, über

400 Mulden. Auf der Rückkehr stießen sie in De Soto auf eine berittene Rebellenkompagnie, trieben dieselbe auseinander und erbeuteten 30 Pferde.

Nachdem General Harney entlassen worden war, ordnete Lyon die Bildung von Home Guards in verschiedenen Orten des Staates an, so in St. Joseph, Hannibal, Kansas City und Springfield. Der Milizgeneral Price erließ darauf einen Tagesbefehl an „die Brigadegenerale der Militärdistrikte von Missouri," worin er sagte: „Die Bundesregierung hat es für zweckmäßig erachtet, den General Harney vom Kommando des Departements des Westens zu entfernen; aber da der Nachfolger desselben sich sicherlich für gebunden halten wird, das mit jenem abgeschlossene Uebereinkommen zu halten, so bin ich überzeugt, daß unsere Bürger in seiner Absetzung keinen Grund der Besorgniß für die Sicherheit ihrer Freiheit und ihres Eigenthums erblicken können. Die Gerüchte, daß es die Absicht des jetzt kommandirenden Offiziers sei, diejenigen Bürger, welche nicht mit den Ansichten der Administration in Washington übereinstimmen, zu entwaffnen und denjenigen Waffen in die Hand zu geben, welche in einigen Theilen des Staates mit den Ansichten der Bundesregierung sympathisiren, sind, wie ich hoffe, unbegründet. Der Zweck einer solchen Bewegung wäre nicht mißzuverstehen. Es würde darin nicht allein eine augenfällige Verletzung des Uebereinkommens liegen und eine eben so klare Verletzung unserer verfassungsmäßigen Rechte, sondern auch eine grobe Beleidigung der Bürger des Staates, welcher der äußerste Widerstand entgegengesetzt werden würde. Eine Million solchen Volkes, wie die Bürger von Missouri, ist noch nie unterjocht worden, und wenn der Versuch gemacht werden sollte, so brauchen wir das Resultat nicht zu fürchten."

General Lyon ließ die rebellischen Staatsbehörden nicht lange im Unklaren über seine Absichten. Er lud den Gouverneur Jackson, unter dem Versprechen freien Geleites bis zum 12. Juni, zu einer Unterredung nach St. Louis ein. Am 11. fand diese Unterredung zwischen Gouverneur Jackson und General Price einerseits, General Lyon und Oberst Blair andererseits, statt. Der Gouverneur verlangte, daß die Bundestruppen die Stadt St. Louis nicht verlassen und daß die Home Guards aufgelöst werden sollten, wogegen er versprach, keine Staatstruppen weiter zu organisiren,

die Anhänger der Bundesregierung zu schützen und seine ganze Macht anzuwenden, um Mißhandlungen loyaler Bürger zu verhindern. General Lyon wies die Forderung des Gouverneurs kurzweg ab, erklärte sich dagegen bereit, mit seinen Truppen und den Bürgerwehren die Staatsbehörden in der Durchführung der Gesetze der Vereinigten Staaten und der des Staates Missouri, so weit dieselben mit jenen nicht in Widerspruch ständen, zu unterstützen. Da an eine Verständigung nicht zu denken war, wurden die Unterhandlungen sehr bald abgebrochen, und der Gouverneur reiste augenblicklich nach Jefferson City zurück.

Kaum dort angekommen, erließ er am folgenden Tage eine Proklamation an das Volk von Missouri, die mit den Worten schließt: „Mitbürger! Alle unsere Bemühungen zur Versöhnung sind fehlgeschlagen. Wir können von der Gerechtigkeit oder Mäßigung der Agenten der Bundesregierung in diesem Staate nichts erwarten. Sie beschleunigen energisch die Ausführung ihrer blutigen und revolutionären Pläne zur Einsetzung des Bürgerkrieges in eurer Mitte, zur militärischen Okkupation eures Staates durch bewaffnete Banden gesetzloser Eindringlinge, zum Umsturz eurer Staatsregierung und zur Vernichtung jener Freiheiten, welche die Regierung stets zu schützen gesucht hat. Deßhalb berufe ich die Miliz des Staates, in der Zahl von 50,000 Mann, in aktiven Dienst, um solche Invasion zurückzutreiben und Leben, Freiheit und Eigenthum der Bürger des Staates zu schützen, und ich ermahne ernstlich alle guten Bürger, sich zum Schutz ihrer Heimstätten und zur Vertheidigung ihrer heiligsten Rechte und theuersten Freiheiten um die Fahne ihres Staates zu schaaren. Indem ich diese Proklamation erlasse, halte ich es für meine heilige Pflicht, auch daran zu erinnern, daß Missouri noch einer der Vereinigten Staaten ist, daß die Exekutive der Staatsregierung sich nicht anmaßt, diese Beziehung zu stören, daß diese Gewalt wohlweislich nur der Konvention verliehen ist, und daß ihr mittlerweile allen verfassungsmäßigen Anforderungen der Bundesregierung Folge zu leisten habt. Ebenso ist es aber auch meine Pflicht, euch zu sagen, daß ihr zuerst euerem eigenen Staat Treue schuldet und keinerlei Verpflichtung habt, den verfassungswidrigen Edikten des Militärdespotismus, der sich in Washington eingesetzt hat, zu gehorchen.“

Diese Kriegserklärung des Gouverneurs brachte vollständige Klarheit in die Situation. Die ganze Staatsregierung, wohl wissend, was darauf folgen würde, machte sich schon am 13. mit den bei Jefferson City versammelten Milizen von dem Regierungssitze fort, um weiter westlich einen sicheren Platz aufzusuchen, nahm alles Transportmaterial der Eisenbahn mit und zerstörte die Brücken hinter sich.

An demselben Tage, an welchem Gouverneur Jackson seinen Rückzug antrat, machte sich General Lyon auch schon zu seiner Verfolgung auf. Er brachte an Dampfschiffen zusammen, was er auftreiben konnte, schiffte einen Theil seiner Truppen darauf ein und fuhr den Missouri aufwärts nach Jefferson City zu. Gleichzeitig erließ er ebenfalls eine Proklamation an die Bürger des Staates, worin er sagte: „Schon vor dem Erlaß der Proklamation des Gouverneur Jackson vom 12. Juni war es euch wohl bekannt, daß der Gouverneur und die Legislatur mit den rebellischen Bewegungen sympathisirten und alle Mittel aufgeboten hatten, um eine Lostrennung dieses Staates von der Bundesregierung zu erzielen. Zu diesem Zweck sind, mit voller Kenntniß und Billigung des Gouverneurs, im ganzen Staat Parthieen eingeständiger Secessionisten zu Militärkompagnieen organisirt worden. Die Errichtung von Lagern im Staat zu einer ungewöhnlichen Zeit im Jahre und für eine unbestimmte Periode konnte keinen anderen Zweck haben, als eine große Militärmacht zu konzentriren, welche den Bestimmungen des damals in Berathung stehenden und später angenommenen Militärgesetzes unterworfen sein sollte, eines Gesetzes, welches so augenscheinlich verfassungswidrig ist, daß es nur von denen angenommen werden konnte, die bereit waren, sich seinen außerordentlichen Bestimmungen zu fügen, um ihr ersehntes Ziel, die Auflösung der Bundesregierung, zu erreichen. — Die Proklamation des Gouverneur Jackson, in welcher er den Behörden der Vereinigten Staaten Trotz geboten und euch aufgefordert hat, Krieg gegen sie zu führen, ist nur die Vollendung seiner hochverrätherischen Absichten, die schon lange durch seine Handlungen und seine ausgesprochenen Ansichten angedeutet worden waren. Wenn bei der Unterdrückung dieser hochverrätherischen Pläne und bei der Aufrechterhaltung der Würde der Regierung es zu Feindseligkeiten kommen und unglückliche Folgen eintreten sollten, so hoffe ich, daß

alles vermieden werden wird, was diese Ereignisse verschlimmert, und daß sie von den Unschuldigen abgewandt werden und nur auf die Häupter derjenigen fallen, durch welche sie provocirt worden sind. In der Erfüllung dieser klaren, aber drückenden Pflichten rechne ich auf die thätige Mitwirkung aller guten Bürger, und ich erwarte, daß sie sich auf keine gesetzwidrigen Verbindungen oder Organisationen einlassen und mit allen gesetzlichen Mitteln die Bundesregierung unterstützen, von deren Erhaltung ihre Freiheiten und der vollkommene Genuß aller ihrer Rechte abhängen."

Um die jetzt folgenden militärischen Bewegungen in Missouri richtig verstehen zu können, muß man sich zunächst die Stellung und Stärke der einander gegenüberstehenden Parteien vergegenwärtigen. Die Rebellen hatten den Südwesten des Staates vollständig in ihrem Besitz. Wenn man von St. Joseph an der Grenze des Kansas eine Linie nach Osten zieht, von dieser Linie südlich auf Boonville am Missouri geht, dann dem Laufe des Missouri bis Jefferson City folgt und von dort wieder eine Linie nach Süden bis an die Grenze von Arkansas zieht, so ist dadurch ungefähr das Gebiet abgegrenzt, in welchem die Rebellen entschieden die Oberhand hatten. In jenem Gebiet lagen ihre Hülfsmittel; dort organisirten und sammelten sie ihre Streitkräfte. Auf Unterstützung konnten sie nur von einer Seite, von Arkansas her, rechnen. Eine größere Macht von mehreren tausend Mann hatten sie zur Zeit der Eröffnung der Feindseligkeiten, oder vielmehr der förmlichen Kriegserklärung, nur bei Boonville, wohin sich Gouverneur Jackson und General Price geflüchtet hatten, beisammen, während an vielen anderen Punkten kleinere Abtheilungen in der Bildung begriffen waren. Die Gesammtstärke dieser Macht ist schwer zu bestimmen; indeß werden es nicht mehr als 10,000 bis 12,000 Mann gewesen sein, unter denen viele Berittene waren. Im Ganzen kann man annehmen, daß der rebellische Distrikt im Stande war, für die lokale Vertheidigung, um die es sich wesentlich handelte, bis zu 20,000 Mann aufzubringen, und diese Zahl wird auch nach und nach erreicht worden sein. In dem übrigen Theil des Staates gab es zwar auch Rebellen, und sie hatten noch in manchen Orten und kleineren Distrikten die Oberhand; allein größere militärische Abtheilungen zu bilden und die Hauptmacht in dem eigentlichen Rebellendistrikt zu verstärken, waren sie

nur dann im Stande, wenn man sie völlig in Ruhe ließ und ihnen den Weg nicht versperrte.

Auf der anderen Seite konnte der General Lyon unmittelbar über etwa 12,000 bis 15,000 Mann Regulärer, Freiwilliger und Bürgerwehren verfügen. Diese Macht nahm jedoch fortwährend zu durch die Bildung neuer Freiwilligenregimenter und die Organisirung von Bürgerwehren in den loyalen Ortschaften und Distrikten; wobei aber zu beachten ist, daß die Bürgerwehren nur in ihrer Heimath oder in der nächsten Umgegend zu verwenden waren. Als Reserve standen dann ferner dem General Lyon eine ziemlich beträchtliche Anzahl von Regimentern aus den benachbarten Staaten Illinois, Iowa und Kansas zur Verfügung, die nah an der Grenze von Missouri aufgestellt waren. So standen 4 Regimenter von Iowa bei Keokuk, 3 von Illinois bei Quincy, 4 bei Jerseyville und 4 bei Belleville, 2 von Kansas bei Leavenworth. An regulären Truppen waren in St. Louis 400 Mann Infanterie, in Kansas 1200 Mann, größtentheils Kavallerie, welche in Missouri, nach St. Joseph, Kansas City und Independence, einrückten. Die Freiwilligenregimenter von Missouri standen alle in St. Louis, wo sie gebildet worden waren, mit Ausnahme des bereits oben erwähnten bei Bird's-Point, welches in Gemeinschaft mit der Division bei Cairo den Mississippi zu bewachen hatte.

Die Aufgabe des General Lyon bestand nun darin, in dem vorherrschend loyalen Theil des Staates alle diejenigen Ortschaften und Distrikte, in denen die Rebellen entweder die Oberhand hatten, oder doch so stark waren, daß sie eine Streitmacht zu bilden und die loyalen Bürger zu bedrohen vermochten, gründlich von ihnen zu reinigen und Bürgerwehren dort zu bilden, die Truppen der Rebellen zu zerstreuen, oder zu schlagen und gefangen zu nehmen, die weitere Bildung rebellischer Streitkräfte zu verhindern und den Theil des Staates, in welchem die Rebellion die Oberhand hatte, mit Hülfe der loyalen Bürger nach und nach ganz unter die Herrschaft der Bundesregierung zurückzubringen. Die Erfüllung dieser Aufgaben auf einem so ausgedehnten Terrain — Missouri enthält 67,830 amerikanische, oder etwa 3200 deutsche Quadratmeilen — erforderte eine große Ausbreitung der Streitkräfte und führte zu einer Menge von Gefechten und Scharmützeln, wovon ich nur das Wichtigste hier anführen kann.

Als Lyon seine Operationen begann, ließ er ein Illinois-Regiment von Quincy nach Hannibal rücken und von dort aus einen Theil der Hannibal- und St. Joseph-Eisenbahn besetzen. Zur Beschützung der westlichen Hälfte dieser Bahn zog er ein Regiment von Jowa nach St. Joseph. Er selbst, wie ich schon erwähnte, fuhr mit seiner Hauptmacht nach St. Louis den Missouri hinauf, schickte aber einen Theil derselben auf der Pacific-Eisenbahn vor, die von St. Louis auf den Missouri zuführt, eine Zeit lang demselben folgt, 10 Meilen jenseits Jefferson City aber den Fluß wieder verläßt und in westlicher Richtung weiter geht bis nach Sedalia. Gleichzeitig ließ er von St. Louis aus ein Regiment auf der Nord-Missouri-Eisenbahn vorrücken, welche bei Hudson in die Hannibal- und St. Joseph-Bahn einmündet, und 2 Regimenter unter dem Oberst Sigel auf dem „Südwest-Zweig der Pacific-Eisenbahn," welcher die letztere bei Franklin verläßt und bis Rolla am Gasconada-Fluß führt. Einem Theil der von Kansas einrückenden Truppen gab er Befehl, den Missouri abwärts ihm entgegen zu kommen.

Auf diese Weise sicherte sich General Lyon die wichtige Wasserstraße des Missouri-Flusses, welche den Staat fast in der Mitte durchschneidet, und alle Eisenbahnen, rückte der einzigen größeren Streitmacht der Rebellen, welche in dem Augenblick vorhanden war, direkt auf den Leib, schnitt den nördlichen Theil des rebellischen Gebietes von dem größeren südlichen ab, trieb in den letzteren einen Keil hinein und machte einen Anfang mit der Reinigung der einzelnen Rebellennester in dem vorherrschend loyalen Theil des Staates.

Am 15. Juni rückte er in Jefferson City ein, besetzte das Kapitol, nahm die verlassenen Büreaus und Archive der Staatsregierung in Besitz, ernannte den Oberst Börnstein zum Kommandanten des Platzes, ordnete die Bildung einer Bürgerwehr an, ließ 250 Reguläre und die Hälfte des Regiments Börnstein als Besatzung zurück und fuhr am 16. mit seiner Dampferflotte weiter stromaufwärts. Als die Flotille am nächsten Morgen um 6 Uhr bei Rocheport anlegte, erfuhr General Lyon, daß der Feind einige Meilen diesseits Boonville Stellung genommen habe. Um 7 Uhr ließ er seine Truppen 8 Meilen von Boonville landen und marschirte auf den Feind los. Auf einem der Schiffe, welches eine

alte eiserne Haubitze führte, ließ er eine Kompagnie Regulärer zur Bewachung der Flotte und zur Unterstützung des Angriffs, wenn sich dazu Gelegenheit bieten sollte, zurück. Das Terrain war für die Vertheidigung sehr gut geeignet, indem es sich allmälig gegen Boonville zu wellenförmig erhob und in Obstpflanzungen, kleinen Gebüschen und einzelnen Häusern dem Vertheidiger gute Stützpunkte bot. Eine Meile vor Boonville hatten die Rebellen ein Lager aufgeschlagen, innerhalb dessen sie ein kleines Zeughaus und eine Werkstatt zur Ausbesserung und Umänderung von Gewehren errichtet hatten. Ihre Stellung hatten sie 2 Meilen vor diesem Lager, hinter dem Kamm einer Hügelreihe, längs eines Weges, der von der Straße nach Boonville auf den Fluß zuführt, gewählt. Ein großes Steinhaus diente ihnen als Stützpunkt der rechten Flanke; auf der linken, nahe dem Ufer des Flusses, hatten sie 2 Sechspfünder placirt, welche den Fluß beherrschten. Ihre Stärke belief sich auf etwa 3000 Mann, worunter 900 Mann Kavallerie. Den Befehl führte Oberst Marmaduke. General Price war von einem heftigen Unwohlsein befallen worden und hatte sich entfernt; Gouverneur Jackson hielt sich weit im Hintergrunde.

Die Angreifer zählten 2000 Mann: Das Freiwilligenregiment des Oberst Blair, die Hälfte des Regiments Börnstein unter Oberstlieutenant Schäffer, eine Kompagnie Regulärer und eine Neunpfünder Batterie von 4 Geschützen. Sobald General Lyon den Feind bemerkte, ließ er seine Truppen aufmarschiren, zog Tirailleurs vor und ließ die Batterie ihr Feuer eröffnen. Einige Kanonenschüsse reichten hin, um den Feind aus dem Hause, das er besetzt hatte, zu vertreiben, einige mehr brachten seine ganze Linie in's Wanken, und als dann die Infanterie Lyon's vorrückte und ein paar Salven gab, trat er seinen Rückzug an. In 20 Minuten war das ganze Gefecht zu Ende. Der Dampfer, welcher die Kompagnie Regulärer an Bord hatte, unterstützte den Angriff mit seiner Haubitze und setzte die Kompagnie an's Land, worauf dieselbe sich der beiden Kanonen des Feindes mit ihren Pferden und Bedienungsmannschaften bemächtigte. Noch zwei Mal versuchten die Rebellen, wieder Stand zu halten; aber einige Schüsse aus der Batterie und von der Haubitze des Dampfers, welcher den Bewegungen folgte, trieben sie schnell wieder fort. Hinter Boonville traten sie einen excentrischen Rückzug an: Ein

Theil ging über den Fluß nach Norden, ein Theil wandte sich nach Süden, ein Theil nach Westen. Der Rückzug ging mit solcher Eile vor sich, daß die Bundestruppen nicht weiter folgen konnten. Der Verlust der Rebellen bestand in 30 Todten, einer nicht ermittelten Zahl von Verwundeten, 80 Gefangenen, 3 Kanonen, 1 Munitionswagen, 30 Pferden, 2 Fahnen, 60 Flinten, 1200 Paar Schuhen, 30 Zelten, einer Menge Munition, Decken u.s.w. Die Bundestruppen hatten nur 3 Todte und 9 Verwundete. Die meisten Gefangenen machte ein Feldkaplan, welcher an der Spitze von 5 Mann einen Trupp Rebellen von 24 nöthigte, das Gewehr zu strecken.

Dieser leichte und vollständige Sieg der Bundestruppen schüchterte die Rebellen in den benachbarten Counties gewaltig ein. Namentlich auf das weiter stromaufwärts liegende County Lafayette und dessen Hauptstadt Lexington, eine der festesten Positionen der Rebellion, äußerte er einen sehr günstigen Einfluß. Der Mayor dieses Ortes entfloh, und der Stadtrath ernannte einen treuen Anhänger der Bundesregierung zu seinem Nachfolger. Viele, welche die Sache der Rebellen bis dahin unterstützt hatten, eilten nach Boonville, um dem General Lyon ihre Legalität zu versichern.

Bevor ich die Operationen Lyon's weiter verfolge, muß ich erst einige Bewegungen und Gefechte an anderen Punkten erwähnen. Als am 17. Juni eine Abtheilung eines der Bürgerwehrregimenter von St. Louis von einer Expedition längs der Nord-Missouri-Eisenbahn nach der Stadt zurückkehrte und eben bei dem Recorder's Gerichtshof vorbeimarschirte, wurden mehrere Schüsse aus diesem oder einem der benachbarten Gebäude auf die Truppen abgefeuert, wodurch ein Kapitän und einige Leute verwundet wurden. Die hinterste Kompagnie drehte sich um und schoß in die Fenster des zweiten und dritten Stocks mehrerer jener Häuser hinein. Sechs Personen wurden getödtet, mehrere verwundet. Seitdem herrschte in St. Louis Ruhe, und die Angriffe auf die Truppen hörten auf. Einen Tag nach diesem Vorfall machte eine Rebellenabtheilung von 30 Mann einen Angriff auf eine kleine Anzahl von Bundestruppen, welche in der Nähe von St. Charles zur Bewachung einer Eisenbahnbrücke aufgestellt war, wurde aber zurückgetrieben. Auf beiden Seiten gab es einige Verwundete.

Bei Liberty, nördlich des Missouri, 20 Meilen von der Grenze von Kansas, hatte sich unter dem Milizgeneral Morin ein Rebellenlager gebildet, welches 500 Mann zählte. Am 19. Juni rückte Kapitän Prince mit 4 Kompagnieen regulärer Kavallerie von Kansas City gegen dieses Lager vor. Ehe er dasselbe jedoch erreichte, liefen die Rebellen nach allen Richtungen auseinander, so daß der Führer der Bundestruppen nichts Anderes mehr zu thun fand, als die im Stich gelassenen Waffen, Equipirungsstücke und Lagergeräthschaften aufzulesen, die Führer der Rebellen, darunter ihren General, zu verhaften und in der Stadt Liberty eine Bürgerwehr zu organisiren.

In Benton County, dessen Bevölkerung zum großen Theil aus Deutschen besteht, hatte sich Anfangs Juni eine Bürgerwehr zu bilden begonnen. Von St. Louis waren Waffen geschickt worden, aber nicht in hinreichender Zahl. Ohne eine weitere Zufuhr abzuwarten, bezogen sie in der Zahl von 700 Mann, von denen höchstens die Hälfte bewaffnet war, 18 Meilen nordöstlich von Warsaw, ein Lager, um sich militärisch auszubilden. Die meisten von ihnen waren Deutsche. Am 19. Juni, um 3 Uhr Morgens, wurde das Lager, das gar nicht oder doch sehr schlecht bewacht gewesen zu sein scheint, von 400 wohlbewaffneten Rebellen, die von Warsaw kamen, überfallen. Der Feind stand schon mitten unter ihnen, ehe sie seine Anwesenheit erfuhren. An eine ordentliche Vertheidigung war unter diesen Umständen nicht zu denken. Die Unbewaffneten suchten augenblicklich ihr Heil in der Flucht; die Bewaffneten wehrten sich, so gut sie konnten, flohen aber ebenfalls nach kurzem Widerstande. Ihr Verlust belief sich auf 25 Todte und 72 Verwundete; der des Angreifers kann nur ein höchst unbedeutender gewesen sein. Im Laufe des Vormittags sammelten sich die Geschlagenen wieder und gingen um 11 Uhr ihrerseits zum Angriff über. Die Rebellen geriethen durch diese Entschlossenheit eines Feindes, von dem sie nicht anders glaubten, als daß er in völliger Auflösung auseinander gelaufen sei, so in Bestürzung, daß sie nur schwachen Widerstand leisteten und mit einem Verlust von 8 Todten der Bürgerwehr ihr Lager wieder überließen.

Nach dem Rückzug der Rebellen von Boonville wußte man im ersten Augenblick nicht, wohin ihre Hauptmacht und wohin

namentlich der Gouverneur Jackson sich gewandt hatte. Die Nachrichten, welche darüber einliefen, lauteten verschieden. Erst am 19. erhielt General Lyon die Gewißheit, daß der Gouverneur mit dem größeren Theil der von Boonville entkommenen Mannschaft bei Syracuse, 25 Meilen südlich, an der Pacific-Eisenbahn, stehe, worauf er den Kapitän Totten von der regulären Armee mit 1000 Mann und 4 Geschützen hinter ihm her schickte, um seine weiteren Bewegungen beobachten und zugleich die Eisenbahn beschützen zu lassen. Bei der Annäherung dieser Macht zog Jackson sich 10 Meilen weiter, bis nach Florence, zurück. Totten blieb einstweilen bei Syracuse stehen.

Den Feind weiter zu verfolgen, war Lyon einstweilen nicht im Stande, weil er erst die Missouri-Linie hinlänglich sichern und die Verbindung zwischen den nördlichen und südlichen rebellischen Distrikten völlig abschneiden mußte. Um das zu erreichen, mußte er unter den Führern der Rebellen etwas aufräumen, mußte manche Orte mit Besatzungen versehen und Bürgerwehren organisiren, lauter zeitraubende Arbeiten. Bei der Bildung der Bürgerwehren waren überall die Deutschen wieder voran; die erste Kompagnie, welche in Boonville errichtet wurde, bestand ausschließlich aus Deutschen, die Angloamerikaner folgten erst später nach. Boonville erhielt eine Besatzung von 500 Mann unter dem Oberstlieutenant Schäffer. Zum Kommandanten der ganzen Missouri-Linie von Kansas City bis zur Mündung des Flusses wurde Oberst Stevenson ernannt. Durch die Besatzungen, welche General Lyon zurücklassen mußte, wurde sein kleines Korps so geschwächt, daß er genöthigt war, erst Verstärkungen an sich zu ziehen, bevor er seine Operationen weiter fortsetzen konnte. Er zog zunächst das 1. Jowa-Regiment von Keokuk an sich, welches auf der Hannibal- und St. Joseph-Eisenbahn bis Renick fuhr und von dort zu Fuß nach Boonville marschirte, wo es am 21. eintraf. Auf seinem Marsche war dieses Regiment mehrmals auf kleine Rebellentrupps gestoßen, die sich aber bei seiner Annäherung immer schnell zerstreut hatten. Dann verstärkte er sich weiter durch zwei Missourier-Regimenter, wodurch seine zu aktiven Operationen verwendbare Streitmacht wieder auf 5000 Mann stieg. Noch ein anderes Hinderniß, welches der unmittelbaren Verfolgung der Operationen nach dem Gefecht bei Boonville im Wege stand, war der Mangel

an Munitions- und Bagagewagen und den zugehörigen Pferden, an Feldgeräth und größeren Munitionsvorräthen. Die Truppen waren, wie sie gingen und standen, von St. Louis zur Verfolgung des Gouverneur Jackson aufgebrochen, ohne sich viel um alle die Dinge zu kümmern, die für einen längeren Feldzug unentbehrlich sind. Das mußte nun alles erst nachgeholt, das für einen größeren Feldzug noch Fehlende ergänzt werden.

Erst am 2. Juli war General Lyon so weit gekommen, daß er seine Operationen fortsetzen konnte. Er brach in zwei Kolonnen von Boonville auf. Die eine, welche er selbst führte, zählte 3000 Mann und schlug eine südliche Richtung ein; die andere, über welche General Sweeney den Befehl erhielt, zählte etwa 2000 und wandte sich südwestlich. Beide sollten auf ihrem Vormarsch Rebellenhaufen, auf die sie stoßen oder von deren Dasein sie erfahren würden, auseinander treiben, Bürgerwehren organisiren und in Springfield wieder zusammentreffen.

Gouverneur Jackson hatte auf seinem weiteren Rückzuge nach dem Süden zunächst die bei Warsaw stehende Rebellentruppe, deren Gefecht mit einer Abtheilung loyaler Bürgerwehr ich oben erwähnte, an sich gezogen und sich dann gegen die Grenze von Arkansas gewandt. Ueber seinen Aufenthalt und sein Thun und Treiben während der nächsten Wochen fehlen genauere Nachrichten; nur so viel ist bekannt, daß er eifrig bemüht war, Streitkräfte im ganzen Süden des Staates zu organisiren, aus dem benachbarten Arkansas Unterstützungen an Waffen, Munition und Mannschaft zu bekommen und Alles, was er auftreiben konnte, in dem südwestlichen Winkel von Missouri zusammenzuziehen.

Oberst Sigel war mit seiner kleinen Kolonne unaufhaltsam quer durch das rebellische Gebiet auf die Südwestecke des Staates losmarschirt und schon am 28. Juni in Sarcorie, 28 Meilen von der Grenze von Kansas und 40 von der Grenze von Arkansas, angekommen. Seine Arrieregarde unter Oberst Salomon stand noch 17 Meilen nordöstlich bei Mount Vernon. Er erfuhr hier, daß eine Rebellentruppe von 800 Mann, unter General Price, südlich von Neosho, etwa 27 Meilen von ihm entfernt stehe, zwei andere Abtheilungen dagegen, 5000 Mann stark, unter Gouverneur Jackson, General Parson und General Rains, 30 bis 40 Meilen nördlich von ihm seien. Sigel beschloß, zunächst sich

gegen den General Price zu wenden und dann umzudrehen, um Jackson und Rains anzugreifen und nach Kansas zu werfen, wo die Truppen dieses Staates, welche zu seiner Unterstützung herbeikamen, den geschlagenen Feind in Empfang nehmen und vernichten würden.

Auf dem Marsche von Sarcorie nach Neosho erfuhr er am folgenden Tage, daß General Price sich gegen Elk Mills, 10 Meilen von der Grenze von Arkansas, zurückgezogen habe. Er setzte seinen Marsch bis Neosho fort, überzeugte sich aber dort, daß er die Truppe des General Price nicht würde einholen können, und wandte sich deßhalb wieder gegen Norden. Damit ihm der Feind nicht auf der längs des Neosho-Flusses führenden Straße entgehen könne, schickte er 2 Kompagnieen mit 2 Geschützen nach Grand Falls. Zugleich beorderte er den Oberst Salomon, in Eilmärschen von Mount Vernon nach Neosho zu rücken. Als dieser zu ihm gestoßen war, marschirte er am 3. Juli gegen Carthage und sandte dem nach Grand Falls geschickten Detachement Befehl zu, sich wieder mit ihm zu vereinigen. Eine Kompagnie ließ er in Neosho zum Schutz der loyalen Bürger jenes Ortes zurück. Am 4. Juli erreichte er Diamond Grove, 7 Meilen südlich von Carthage. Von dem nach Grand Falls geschickten Detachement waren 1 Kompagnie und die beiden Geschütze wieder zu ihm gestoßen, die andere Kompagnie blieb zurück.

Die Streitkräfte, welche Oberst Sigel vereinigt hatte, bestanden nach seiner Angabe aus 9 Kompagnieen des 3., 7 Kompagnieen des 5. Missourier-Regiments, zusammen 950 Mann, und 2 Batterieen von je 4 Geschützen. Mit dieser Macht beschloß er, am nächsten Morgen dem Feind, welcher, 4000 bis 5000 Mann stark, einige Meilen nördlich von Carthage stehen sollte, entgegen zu rücken, um ihn zur Schlacht zu zwingen.

Er brach früh am 5. Juli auf und stieß jenseits Carthage auf einer weiten, offenen Ebene, die nur von einigen Hügeln, Waldpartieen und Bächen durchschnitten ist, auf eine große Zahl berittener Büchsenschützen, welche seine Truppen von allen Seiten umschwärmten, sich aber vor den Plänklern Sigel's zurückzogen. Neun Meilen weiter erblickte er die feindliche Hauptmacht, auf einer sanft aufsteigenden Erhöhung, in einer Entfernung von 1½ Meilen, in Schlachtordnung aufgestellt. Die erste Linie zählte

etwa 2500 Mann und bestand aus Infanterie und Kavallerie mit 2 Geschützen im Centrum, aus Kavallerie mit ebenfalls 2 Geschützen auf beiden Flügeln; der Rest des Feindes stand weiter zurück in Reserve.

„Da unsere Arrieregarde," sagt Sigel in seinem Bericht, „bereits im Gefecht war" — woraus die Arrieregarde bestand, wird nicht angegeben — „so schickte ich zu ihrer Unterstützung 2 Kanonen und 2 Kompagnieen des 3. Regiments ab. Ein Geschütz und 1 Kompagnie des 3. Regiments postirte ich hinter den, 4½ Meilen rückwärts liegenden Dry Fork Creek zum Schutz gegen die Bewegungen der Kavallerie gegen unsere Arrieregarde und unsere Bagage. Den Rest unserer Truppen formirte ich in folgender Ordnung: Das 2. Bataillon des 3. Regiments unter Kommando des Mayor Bischoff auf der Linken in geschlossener Kolonne, dabei 4 Geschütze; im Centrum das 5. Regiment in 2 Bataillons unter Oberst Salomon und Oberstlieutenant Wolff; auf dem rechten Flügel 3 Geschütze unter Kommando des Kapitän Essig, nebst dem 1. Bataillon des 3. Regiments unter Oberstlieutenant Hassendeubel.

„Als diese Dispositionen getroffen und wir einige hundert Schritt weiter vorgerückt waren, befahl ich Mayor Backhoff, mit allen 7 Geschützen sein Feuer gegen den Feind zu eröffnen. Das Feuer fand prompte Erwiderung. Ich bemerkte bald, daß die beiden berittenen Regimenter der Rebellen sich anschickten, unseren rechten und linken Flügel zu umgehen. Sie machten eine Flankenbewegung, und indem sie einen großen Kreis beschrieben, ließen sie einen weiten Zwischenraum zwischen sich und dem Centrum. Ich dirigirte sofort das ganze Feuer unserer Artillerie gegen das rechte feindliche Centrum, so daß in kurzer Zeit das Feuer der Rebellen auf diesem Punkte nachzulassen begann. Jetzt bildete ich eine Tirailleurkette zwischen unseren Geschützen, beorderte 2 Geschütze von Kapitän Essig's Batterie vom rechten auf den linken Flügel und gab den Befehlshabern und den Truppen zu wissen, daß es meine Absicht sei, die Höhen durch Vorgehen mit meinem linken Flügel zu gewinnen und auf der rechten Flanke des feindlichen Centrums Position zu nehmen.

„In diesem kritischen Moment erklärte Kapitän Wilkens, Kommandeur der einen unserer zwei Batterieen, daß er aus

Mangel an Munition nicht vorrücken könne. Keine Zeit war zu verlieren, da ein Theil unserer Truppen auf der äußersten Rechten und Linken bereits mit der feindlichen Reiterei engagirt war und mir das Vorrücken mit dem Reste ohne Unterstützung von Artillerie als eine Bewegnng erschien, die leicht in einer Niederlage hätte endigen können. Der moralische Effekt, welchen die feindliche Reiterei in unseren Rücken machte, konnte nicht geläugnet werden, obgleich die wirkliche Gefahr nicht groß war. Der drohende Verlust unserer ganzen Bagage war eine andere nicht zu übersehende Erwägung. Ich beorderte deßhalb, obschon mit großem Widerstreben, einen Theil der Truppen hinter Dry Fork Creek zurück, während Oberstlieutenant Hassendeubel mit dem 1. Bataillon des 3. Regiments und 1 Bataillon des 5. Regiments unter Oberstlieutenant Wolff, nebst den 4 Geschützen der Batterie Wilkens, sich nach dem Bagagetrain begaben, um denselben gegen den projektirten Angriff zu decken.

„Der Feind folgte langsam nach Dry Fork Creek nach. Kapitän Essig's Batterie hatte hinter der Furth Stellung genommen, unterstützt von 1 Kompagnie des 5. Regiments auf der Linken und 1 Kompagnie des 3. auf der Rechten, während 2 Kompagnieen des 5. Regiments als Reserve hinter beiden Flügeln standen. An diesem Punkt leisteten die Batterie und die beiden Kompagnieen der ganzen Macht des Feindes zwei volle Stunden erfolgreichen Widerstand und brachten ihm die schwersten Verluste bei. Die beiden starken Kavallerieabtheilungen hatten uns inzwischen vollständig umzingelt und eine Linie gegen unseren Rücken gebildet. Sie waren hinter einem kleinen Bach, dem Buck Branch, den wir passiren mußten, postirt. Um ihnen zu begegnen, verließ ich die Stellung am Dry Fork und beorderte 2 Geschütze rechts und 2 links von unserer Reserve und Bagage ab, unterstützt durch die in Kolonnen formirten Theile des 3. und 5. Regiments unter Oberst Salomon und Oberstlieutenant Wolff, während Oberstlieutenant Hassendeubel mit seiner bewährten Geschicklichkeit 3 Kompagnieen des 1. Bataillons vom 3. Regiment in Linie formirte und so in Front der Bagage gegen die Kavallerie aufmarschiren ließ. Hinter diesen Truppen und der Bagage führte Lieutenant Schrickel die aus 2 Kompagnieen und 2 Geschützen gebildete Nachhut gegen die Hauptmacht des vom Dry Fork heranziehenden Feindes.

„Nach einer Salve unserer ganzen Linie stürzte sich die Infanterie im Laufschritt auf den Feind und warf ihn vollständig. Seine Flucht wurde von donnernden Hurras unserer kleinen Armee begleitet.

„Die Truppen und der Bagagetrain kreuzten ungehindert den Creek und zogen sich nach den Höhen hinauf, welche den Springfluß Carthage vom Norden her beherrschen. Hier nahmen sie wieder Stellung. Der Feind rückte langsam mit seinem Centrum vor, während er die Kavallerie rasch avanciren ließ, um unseren Flügel zu umgehen und die Straße nach Springfield zu gewinnen. Da ich es für überaus wichtig und nothwendig erachtete, meine Verbindung mit Springfield und Mount Vernon offen zu erhalten, so beorderte ich den Oberstlieutenant Wolff mit 2 Geschützen, Carthage zu passiren und die östlichen Höhen an der Straße nach Sarcoxie zu besetzen. Kapitän Cramer mit 2 Kompagnieen sollte ihm folgen, um die westliche Seite der Stadt gegen eine Bewegung in dieser Richtung zu decken. Unsere Arrieregarde besetzte die Stadt, um dem Rest der Truppen Zeit zur Ruhe zu verschaffen, da dieselben nach einem Marsch von 22 Meilen am 4. und 18 Meilen am 5. bis jetzt von 9 Uhr früh den ganzen Tag über beständig in Bewegung gewesen waren, einer brennenden Sonne ausgesetzt, und fast ohne zu essen und zu trinken.

„Die Kavallerie des Feindes passirte an verschiedenen Stellen den Springfluß, breitete sich überall nach den Wäldern zu aus und belästigte unsere Truppen auf allen Seiten. Ich ordnete deßhalb den Rückzug nach Sarcoxie an und nahm zunächst auf den Höhen hinter Carthage, dann beim Eintritt der Straße nach Sarcoxie in den Wald, etwa 2½ Meilen südöstlich von Carthage, eine Aufstellung. Von hier aus rückten wir ungehindert bis Sarcoxie."

Der Verlust Sigel's belief sich auf 13 Todte, 31 Verwundete, von denen noch 10 in den nächsten Tagen an ihren Wunden starben, 9 Artilleriepferde und 1 Bagagewagen, der wegen Mangel an Bespannung zurückgelassen werden mußte. Der Verlust des Feindes soll sich auf einige hundert Mann belaufen haben.

Sigel hebt in seinem Bericht die Kaltblütigkeit, Ruhe, Ordnung und Ausdauer hervor, welche seine Offiziere und Mannschaften während des ganzen Gefechts und aller der großen Anstrengungen, die sie zu erdulden hatten, bewahrten.

Die in Neosho zurückgelassene Kompagnie, 94 Mann stark,

wurde von einer überlegenen feindlichen Macht, die aus Truppen von Missouri und Arkansas bestand, überrumpelt und gefangen genommen. Die Missourier wollten die ganze Kompagnie hängen; die Arkansasser aber gaben das nicht zu, sondern ließen sie frei abziehen, nachdem sie ihnen Waffen, Munition und Kriegsgeräth abgenommen und sie einen Eid hatten schwören lassen, nicht wieder gegen die Rebellen zu kämpfen.

Oberst Sigel, früher badischer Infanterieoffizier, bekannt durch seine Mitwirkung bei den badischen Aufständen 1848 und 1849 und durch seine hervorragende Stellung in dem Reichsverfassungskampfe von 1849, in welchem er erst Oberanführer der badischen revolutionären Streitkräfte, dann Generalstabschef Mieroslawski's und nach dessen Entfernung schließlich wieder Oberanführer war, wurde wegen der Bravour und der militärischen Fähigkeiten, die er in dem Gefecht bei Carthage bewiesen, zum Brigadegeneral befördert.

Von Sarcorie zogen sich die Bundestruppen langsam über Mount Vernon bis Springfield zurück, wo bis zur Mitte des Juli auch General Sweeney und General Lyon mit ihren Kolonnen eintrafen und ein Lager bezogen. Da einige der Missourierregimenter nur auf drei Monate in Dienst genommen waren und diese Dienstzeit zu Ende ging, mußten sie erst reorganisirt werden, bevor die Operationen fortgesetzt werden konnten. Die meisten der Mannschaften blieben zwar in Dienst, aber die Lücken, welche in den ohnehin sehr schwachen Kompagnieen durch die Ausscheidenden, durch Todte, Verwundete und Kranke entstanden, mußten wieder gefüllt werden.

Der Feind stand zu jener Zeit, so viel man erfahren konnte, etwa 5000 Mann stark in Arkansas, hart an der Südwestecke von Missouri und 10,000 Mann stark in Missouri, 15 Meilen weiter nördlich.

Während dies im Süden des Staates vor sich ging, entwickelten die Rebellen auch im Norden eine große Thätigkeit. General Harris hatte eine Macht von 1600 Mann gesammelt, womit er am 9. Juli bei Monroe an der Hannibal- und St. Joseph-Eisenbahn, 30 Meilen von Hannibal, ein Lager von 300 Mann des 3. Jowa-, 200 Mann des 16. Illinoisregiments und 100 Mann Bürgerwehr von Hannibal überfiel. Mit Verlust zurückgeschlagen,

zog er sich nach Monroe, von wo die Bundestruppen ihn eben=
falls vertrieben. Er verbrannte dann mehrere Brücken zwischen
Hannibal und Palmyra und schickte am nächsten Tage ein De=
tachement von 100 Mann gegen Monroe vor, nachdem er erfahren,
daß die dort aufgestellte Wache zu einer Expedition in's Land
abmarschirt sei. Die Rebellen verbrannten eine Masse Transport=
material, welches sie auf dem Bahnhof in Monroe fanden, und
als der Wachtposten der Bundestruppen von seiner Expedition
zurückkehrte, ohne etwas von der Anwesenheit des Feindes zu wissen,
wurde er mit einer Flintensalve begrüßt, die ihm 8 Mann kostete.

Oberst Smith, der Kommandeur der Bundestruppen, besetzte
hierauf Monroe mit 500 Mann und 2 Kanonen. Am nächsten
Tage, dem 11. Juli, von 1200 Rebellen angegriffen, hielt er
sich bis gegen Dunkelwerden. Von Quincy, in Illinois, war
Tags vorher eine Kavallerietruppe zu seiner Unterstützung abge=
schickt worden, welche noch zur rechten Zeit auf dem Kampfplatz
eintraf, um den Ausgang des Gefechts zu entscheiden. Sie fiel
dem Feinde in den Rücken, trieb ihn in die Flucht, nahm ihm
eine Kanone, 80 Gefangene und eine große Anzahl Pferde; außer=
dem büßte er gegen 20 Todte ein. General Harris zog sich
gegen Süden, nach dem an den Missouri grenzenden County
Calloway, zurück, wo ihm von der anderen Seite des Flusses
viele einzelne Leute nnd kleine Trupps als Verstärkung zukamen.
Um dies zu verhindern, ließ Oberst Börnstein alle Fährboote in
der Nähe von Jefferson City zerstören oder bewachen.

Am 17. Juli kam der Oberst Mc Neil mit einem Bataillon
von St. Louis in Jefferson City an, um den Befehl über die in
der Gegend stehenden Bundestruppen zu übernehmen und gegen
die Streitmacht der Rebellen in Calloway County einen entschei=
denden Schlag zu führen. Er brach gleich nach seiner Ankunft
gegen Fulton, bei welchem Ort General Harris ein Lager bezogen
hatte, auf, nachdem er dem Oberst Smith, der von Monroe aus
dem Feinde nachgefolgt war, Befehl zugeschickt hatte, ebenfalls auf
Fulton zu rücken. Schon am 17., bevor Oberst Smith hatte
den Ort erreichen können, stieß Mc Neil auf den Feind und schlug
ihn nach einem kurzen Gefecht in die Flucht. Ein großer Theil
der Rebellen zerstreute sich nach dieser Niederlage.

Achtzehntes Kapitel.

Vorrücken des Armeekorps McDowell am 17. Juli. Gefecht am Bull's Run am 18. Juli; Schlacht am Bull's Run am 21. Juli. Flucht der Bundestruppen.

Am 4. Juli, dem sechsundachtzigsten Jahrestage der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten, wurde die vom Präsidenten Lincoln berufene außerordentliche Sitzung des Kongresses eröffnet. Ich muß die zusammenhängende Darstellung der wichtigen Verhandlungen dieser Sitzung auf ein späteres Kapitel verschieben, um zunächst die kriegerischen Ereignisse bei der Hauptarmee im Laufe des Juli zu schildern.

Aus der Haltung des Kongresses war bald zu ersehen, daß derselbe die Maßregeln des Präsidenten vollkommen billigte, eine energische Führung des Krieges gegen die Rebellen wünschte und zur Bewilligung aller erforderlichen Mittel bereit war.

Wenn die Bundesexekutive vielleicht noch gezaudert hatte, große Schläge gegen die Rebellen zu führen, weil sie nicht wußte, was die Vertretung des Landes dazu sagen würde, so erhielt sie jetzt durch die Haltung des Kongresses einen neuen Antrieb zum Handeln. Von der Zeit an drang Alles in den Oberbefehlshaber der Armee, endlich den Befehl zum Vorrücken der Streitkräfte am Potomac zu geben und auf Richmond, den Centralsitz der Rebellion, zu marschiren. Die Administration, die Mitglieder des Kongresses, die Presse und auch die Truppen setzten dem alten Scott so lange zu, bis er dem stürmischen Andrang nicht mehr widerstehen konnte und den Befehl zum Vorrücken gab. General Scott hatte wahrscheinlich den Plan, erst eine noch stärkere Streitmacht, als die, über welche er Anfangs Juli verfügen konnte, am Potomac zusammenzuziehen, diese Streitmacht gründlicher auszubilden, als sie damals ausgebildet war, und dann den Feind mit Hülfe des Armeekorps am oberen Potomac, der Division bei Fort Monroe und des Armeekorps von Westvirginien den Feind aus seinen Stellungen herauszumanövriren, oder nach Umständen zu erdrücken oder zu zersprengen. Das allseitige Drängen bestimmte ihn, von diesem wohlüberlegten Plan abzugehen und die Offensiv-

operationen, anstatt mit einer dem Feinde weit überlegenen, mit einer ihm kaum gewachsenen Macht zu beginnen.

Diese Operationen und die sich daran knüpfenden Gefechte schon jetzt zu beschreiben, ist ein gewagtes Unternehmen, weil die Materialen zu einer solchen Beschreibung noch außerordentlich dürftig, die Berichte voller Lücken und Widersprüche sind. Wenn ich trotzdem den Versuch mache, so muß das große Interesse, welches jene Ereignisse gewähren, und der Umstand, daß sie einen wichtigen Abschnitt in dem Fortgang des Kampfes bilden, als Entschuldigung dienen.

Am 17. Juli rückten 4 Divisionen des Armeekorps Mc Dowell aus dem verschanzten Lager gegen Fairfax-Courthouse und Vienna auf drei Straßen vor; die Division Runyon blieb im Lager zurück. An der Zusammensetzung und Eintheilung des Armeekorps, wie ich sie weiter oben angegeben habe, war nichts geändert, als daß noch 2 New-Yorker Milizregimenter, einige Kavalleriekompagnieen, 300 Marinesoldaten, 5 leichte Batterieen und eine Batterie gezogener 32pfünder hinzugekommen waren. Die Division Tyler hatte noch 2 Feldbatterieen und einige der 32pfünder, die Divisionen Hunter, Heintzelman und Miles je 1 Feldbatterie, die Division Hunter die übrigen 32pfünder, die Kavallerie, die Marinesoldaten und das 27. New-Yorker Regiment, die Division Heintzelman das 38. New-Yorker Regiment bekommen.

Die Straße nach Fairfax-Courthouse hatte der Feind auf eine ziemliche Strecke ungangbar gemacht und vor dem Ort Verschanzungen aufgeworfen. Die Besatzung jedoch, welche gegen 6000 Mann zählte, zog sich bei der Annäherung der Division Hunter eilig zurück. Oberst Hunter ließ sie einige Meilen weit durch seine Kavallerie verfolgen; es gelang jedoch nicht, sie einzuholen. Das Armeekorps bivouaquirte bei Fairfax-Courthouse und Vienna.

Am 18. wurde der Marsch bis Centreville und Umgegend festgesetzt. General Tyler rückte über den Ort hinaus bis eine Meile von dem unter dem Namen Bull's Run bekannten Bach vor und ließ sich dort auf ein Rekognoszirungsgefecht ein; zu welchem Zweck, und ob mit oder ohne Befehl, mit oder ohne Erlaubniß, ist nicht ersichtlich.

Bull's Run ist ein tief eingeschnittener Bach mit hohen, steilen Ufern, der sich in den Ocoquan, einen kleinen Nebenfluß

des Potomac, ergießt. Der Lauf des Baches ist nur in ganz naher Entfernung sichtbar, wird aber an vielen Stellen durch Gesträuch und Gebüsch, welches seine Ufer bedeckt, angedeutet. Der Boden in der Nähe des Baches ist wellenförmig; er steigt auf dem rechten oder südlichen Ufer allmälig an zu einer Hügelkette, welche das linke oder nördliche Ufer im Allgemeinen übersieht. Der größere Theil des Bodens auf beiden Ufern, auf viele Meilen von Centreville, ist mit Wald bewachsen, zwischen welchem sich größere und kleinere, mit Mais, Waizen u. dergl. bepflanzte Lichtungen befinden.

General Tyler ritt auf eine kleine Anhöhe vor, welche den Anfang einer dieser gegen den Bull's Run und darüber hinaus sich ziehenden Lichtungen bildet, und sah von dort aus zum ersten Mal etwas vom Feinde. In der Nähe des Baches, bei einer Scheune, war eine Feldwache zu bemerken; weiterhin, auf den jenseitigen Anhöhen, sah man Zelte und etwas Infanterie und Kavallerie, die theils in Bewegung war, theils lagerte. Er zog zuerst eine Kavalleriekompagnie heran, mit der aber, wie sich gleich herausstellte, nichts zu machen war, dann die Batterie der Brigade Richardson, welche rechts von der Straße placirt wurde und eine Kanonade auf die Feldwache, auf den benachbarten Wald, in dem man Truppen vermuthete, und auf die weit entfernte Kavallerie des Feindes eröffnete, hierauf nach einander die 4 Infanterieregimenter der Brigade und zum Schluß noch eine zweite Batterie, welche sich links vom Wege aufstellte und ebenfalls in's Blaue hinein kanonirte. Von der Infanterie kam nur das 1. Massachusettser Regiment in's Gefecht. Dasselbe trieb die Feldwache des Feindes zurück, kam dann beim weiteren Vordringen in das trockene Bett eines Baches, der in den Bull's Run mündet, überschritt dasselbe und warf sich in einen links liegenden Wald, aus dem ein heftiges Infanteriefeuer kam. Das 1. und 2. Michigan-Regiment wurden weiter rechts vorgeschickt, fanden aber dort keinen Feind, also auch keine Gelegenheit zum Kämpfen, und blieben ruhig stehen. Das 12. New-Yorker Regiment wurde gegen denselben Wald vorgeschickt, in welchem das Massachusettser Regiment im Feuer stand, drehte aber gleich um, als die Kugeln pfiffen, und lief davon.

Der Feind war sehr zurückhaltend mit seinen Streitkräften.

Auf das Artilleriefeuer antwortete er nur mit wenigen Schüssen aus einer gut versteckten Batterie, welche die Bundestruppen vorher gar nicht gesehen hatten. Dagegen hat das Massachusettser Regiment ununterbrochen ein wohlgenährtes Flintenfeuer von verschiedenen Richtungen her auszuhalten, sah aber ebenfalls wenig vom Feinde. Zu seiner Unterstützung schickte General Tyler 2 Haubitzen vor, welche dreist in das Flintenfeuer hineinfuhren und ihre Munition nutzlos verknallten. Nachdem sie mehrere Leute und Pferde und die Massachusettser über 50 Mann verloren hatten, kam General Tyler endlich zu der Einsicht, daß er seine Leute ganz zwecklos opfere, und brach das Gefecht ab.

Sollte der Zweck dieses Gefechts der sein, etwas Genaueres über Stärke und Stellung des Feindes zu erfahren, so war derselbe völlig verfehlt. Man hatte nichts weiter erfahren, als daß der Feind eine sehr gute Stellung hatte, von seinen Streitkräften wenig zeigte und Willens schien, sich ernstlich zu vertheidigen. Ueber die Leitung des Gefechts sagt ein intelligenter Augenzeuge, daß der größte Wirrwarr darin herrschte und Niemand wußte, wer Koch oder Kellner war, obschon die Führer persönlich große Kaltblütigkeit an den Tag legten.

Das ganze Armeekorps wurde am 18. in und bei Centreville vereinigt, mit Ausnahme der Division Runyon, welche aus dem verschanzten Lager bis nach Fairfax vorgezogen wurde. General McDowell hatte erfahren, daß er die Hauptmacht des Feindes, in einer Stärke, die der seinigen mindestens gleich, wahrscheinlich aber überlegen war, vor sich habe, daß die Stellung desselben schwer zugänglich und in der Front sowohl, als auf beiden Flanken mit ungewöhnlich starken natürlichen und künstlichen Vertheidigungsmitteln versehen sei. Er verwandte die nächsten beiden Tage dazu, mit seinem Generalstab die feindliche Stellung, die Zugänge zu derselben und das Terrain ringsum zu rekognosciren. Seine Absicht war ursprünglich, den Feind in der rechten Flanke anzugreifen, um ihm den Rückzug auf der Eisenbahn nach Richmond abzuschneiden und ihn in's Gebirge gegen Westvirginien hin zu drängen. Die Wege, welche nach der rechten Flanke hinführten, erwiesen sich jedoch als so grundschlecht, daß es als unmöglich erkannt wurde, eine größere Truppenzahl auf dieser Seite an den Feind heranzubringen. Der Plan mußte deßhalb aufge-

geben werden. Dagegen fand sich eine gute Straße, welche, wenn auch auf einem großen Umwege, über den Bull's Run und dann auf eine größere Lichtung in der linken Flanke des Feindes führte. Das Vorhandensein dieser Straße bestimmte wesentlich den Angriffsplan. McDowell beschloß, seinen Hauptangriff gegen die linke Flanke der feindlichen Stellung zu führen. Fielen damit auch die strategischen Vortheile, welche von einem siegreichen Angriff auf die rechte Flanke zu erwarten standen, fort, so ließen sich doch wesentliche taktische Vortheile von dem Angriff auf die linke Flanke erwarten.

Der Angriffsplan, wie McDowell ihn am 20. Juli spät Abends den Divisions-, Brigade- und Regimentskommandeuren mittheilte, war dieser: Die Divisionen Tyler, Hunter und Heintzelman brechen um halb 3 Uhr am 21. Juli auf, Hunter und Heintzelman voran. Diese beiden wenden sich auf der nordwestlich führenden Straße rechts, überschreiten auf derselben den Bull's Run und greifen die linke Flanke des Feindes an. Die Brigade Richardson von der Division Tyler wendet sich links und bedroht die rechte Flanke des Feindes. Die übrigen drei Brigaden der Division Tyler rücken auf der Hauptstraße gerade gegen den Bull's Run vor, überschreiten den Bach, beschäftigen den Feind und schieben sich rechts, um die Verbindung mit Hunter und Heintzelman zu suchen und dieselben nach Umständen zu unterstützen. Die Division Miles stellt sich vorwärts von Centreville auf und erwartet weitere Befehle.

McDowell hatte hiernach auf dem Schlachtfelde 41 Regimenter mit 10 Feldbatterieen, meist zu 4 Geschützen, einer 32pfünder Batterie und 7 Kavalleriekompagnieen, alles zusammen etwa 40,000 Mann. Die 6000 bis 7000 Mann starke Division Runyon ließ er zwischen Fairfax und Centreville, außerhalb des Gefechtsbereichs, stehen, wo sie ihn gegen eine Umgehung schützen sollte. Die Gefahr einer Umgehung war aber gar nicht vorhanden, weil der Feind, wenn er überhaupt an dergleichen denken konnte, ihm nur auf sehr weiten Umwegen in den Rücken zu kommen vermochte, welche zurückzulegen ein Tag lange nicht hinreichte. War indeß der Feind wirklich so thöricht, sich auf dem Schlachtfelde zu schwächen, um eine so gewagte, weit aussehende Operation zu unternehmen, so konnte McDowell derselben nicht

besser begegnen, als dadurch, daß er alle seine Streitkräfte darauf verwandte, das, was er vom Feinde vor sich hatte, zu schlagen, um dann hinterher die Umgehungskolonne zu zersprengen oder gefangen zu nehmen. Die Idee, sich gegen alle Gefahren, die möglicher Weise eintreten könnten, schützen und Alles decken zu wollen, ist von jeher allen ängstlichen Generalen eigen gewesen und hat sie zu einer Verzettelung ihrer Streitkräfte geführt, die sie den schmählichsten Niederlagen zu verdanken hatten. War übrigens nach der Meinung McDowell's und nach den Nachrichten, die er erhalten hatte, der Feind so stark, daß er ihm nicht allein in der Schlacht die Spitze bieten, sondern auch noch eine große strategische Umgehung wagen konnte, so durfte er gar keine Angriffsschlacht wagen.

Von den 40,000 Mann, welche General McDowell auf dem Schlachtfelde hatte, kamen, wie wir weiter unten sehen werden, die Division Miles und die Brigade Richardson, 12 Regimenter mit 3 Batterieen, gar nicht in's Gefecht, so daß also auf Seiten der Bundestruppen höchstens 28,000 bis 29,000 Mann wirklich an der Schlacht Theil nahmen.

Ueber Stärke, Stellung und Eintheilung der Rebellenarmee ist sehr wenig bekannt. Die Stärkeangaben variiren zwischen 40,000 und 90,000 Mann; wahrscheinlich waren es mehr als 40,000, aber wohl kaum über 50,000, die jedoch an einer zahlreichen, größtentheils schweren Artillerie eine starke Stütze hatten. Die Zahl dieser Geschütze auch nur annähernd anzugeben, ist nicht möglich, weil die Angreifer wenig davon erfahren und die Vertheidiger nichts darüber veröffentlicht haben. Die Truppen, unter denen ziemlich viel Kavallerie war, jedenfalls weit mehr, als unter denen der Bundesarmee, bestanden aus Regimentern der meisten, oder aller rebellischen Staaten; Virginien hatte jedoch das größte Kontingent dabei. Von der Divisions- und Brigadeeintheilung wissen wir gar nichts Bestimmtes. Den Oberbefehl führte General Beauregard, früher Oberst in der Armee der Vereinigten Staaten; es scheint aber, daß er sich mit dem General Johnston in das Kommando getheilt hatte, seitdem im Laufe des Vormittags Jefferson Davis, der Präsident der „Konföderirten Staaten," welcher in früherer Zeit ebenfalls dreizehn Jahr als Offizier in der Bundesarmee gedient hatte, von Richmond auf dem Schlachtfelde ange-

kommen war, um selbst die Oberleitung zu übernehmen. Die Stellung war ungefähr halbkreisförmig, so daß das Centrum gegen den Bull's Run gekehrt war und die Flügel sich nach Manassas Junction hin zurückbogen. Sie lag, wie ich bereits bemerkte, auf Hügeln, hinter deren Kämmen die Batterieen eingeschnitten und durch Erdaufwürfe gedeckt waren. Wie es scheint, lagen mehrere Reihen von Batterieen hinter einander. Die Truppen, namentlich die weiter zurückstehenden Reserven, waren dem Auge und dem Feuer des Angreifers ziemlich entzogen. Von dem ganzen Schlachtfelde ließ sich wegen seiner hügeligen Beschaffenheit und der vielen Waldpartheien, welche dasselbe durchschnitten, wenig auf Einmal übersehen; doch hatte der Vertheidiger auch in diesem wichtigen Punkt durch seine dominirende Stellung einen entschiedenen Vortheil voraus.

General Johnston, dessen Anwesenheit bei Bull's Run ich eben erwähnte, hatten wir im 15. Kapitel in der verschanzten Stellung bei Winchester verlassen, ihm gegenüber bei Martinsburg, in der respektabeln Entfernung von 27 Meilen, General Patterson. Diese Entfernung war selbst für einen General, wie Patterson etwas groß, weßhalb General Johnston, damit jener nicht auf die Idee kommen möchte, ihm näher auf den Leib zu rücken und in die Karten zu sehen, eine Avantgarde bis nach Bunker-Hill, 16 Meilen von Winchester gegen Martinsburg zu, vorschickte. Das genügte, um Patterson in Martinsburg festzubannen. Am 15. Juli zog er seine Avantgarde wieder ein, weil die Nachricht eingetroffen war, daß das Armeekorps McDowell in den nächsten Tagen die Offensive ergreifen werde, und er sich deßhalb bereit halten mußte, zu der Armee Beauregards am Bull's Run zu stoßen. Als Patterson den Rückzug des Feindes von Bunker-Hill nach Winchester erfuhr, faßte er sich das Herz, bis Bunker-Hill vorzurücken, erschrack jedoch so sehr vor seiner eigenen Kühnheit, daß er am 17. links abbog und nach Charlestown marschirte, wo er wieder 23 Meilen von Winchester, dagegen nur 11 Meilen von Harper's-Ferry am Potomac entfernt war.

Ungehindert und unbemerkt konnte Johnston am 18. Juli mit 15,000 Mann und dem größten Theil seiner zahlreichen Artillerie nach Bull's Run abmarschiren, wo er am Tage der Schlacht eintraf. Von den 22,000 Mann, auf die sein Armee-

korps angewachsen war, blieben 7000, worunter mehr als 1000 Kranke, in Winchester zurück. Patterson rührte sich nicht, sondern war froh, daß der Feind ihn in Charlestown in Ruhe ließ.

Kehren wir jetzt nach Bull's Run zurück. Um halb 3 Uhr, am 21. Juli, begann das Armeekorps McDowell, sich von Centreville in Bewegung zu setzen. Bei Weitem die meisten der Truppen hatten nicht gefrühstückt und führten wenig oder gar keine Lebensmittel bei sich. Die Divisionen Hunter und Heintzelman, welche voraus marschirten, schlugen die rechts abführende Straße ein, auf der sie einen weiten Weg von etwa 14 Meilen zurückzulegen hatten, bevor sie an den Feind kamen. Die Brigade Richardson bog links ab, und die übrigen 3 Brigaden der Division Tyler blieben auf der Hauptstraße, während die Reserve-Division Miles vorwärts von Centreville ihre Aufstellung nahm — alles in Uebereinstimmung mit den Dispositionen des kommandirenden Generals.

Das Centrum, bei welchem sich General McDowell befand, kam nach einem mehrstündigen Marsch, größtentheils durch Wald, am Bull's Run an und passirte den Bach ohne Schwierigkeit. Vom Feinde war noch nichts zu sehen. Als die Spitze eine kurze Strecke weiter gekommen war, rief einer der Generalstabsoffiziere der Division aus: „Da sind sie!" In ziemlich großer Entfernung zeigte sich auf einer Wiese eine lange Infanterielinie, welche auf beiden Seiten sich in den Wald hinein erstreckte. Die Kolonne hielt, und den Brigaden wurde der Befehl gegeben, sich in Schlachtordnung aufzustellen. Bis dahin hatten die Meisten sich dem Glauben hingegeben, der Feind werde wieder nicht Stand halten; jetzt aber drängte sich Allen das Gefühl auf, daß es diesmal werde Ernst werden, und daß ein heißer Tag bevorstehe. Die Brigade Schenck, aus dem 1. und 2. Ohio-, dem 2. New-Yorker-Regiment und einer Feldbatterie bestehend, wurde links, die Brigade Sherman, aus dem 13., 69. (Irländer-), 79. (Schotten-) New-Yorker-, 2. Wisconsiner-Regiment und einer Feldbatterie zusammengesetzt, rechts der Straße aufgestellt, während die Brigade Keyes, 1., 2. und 3. Connecticut-, 4. Maine-Regiment, 2 Batterieen und 1 Kavalleriekompagnie, in Reserve blieb. Dann wurde ein 32pfünder auf der Straße vorgezogen, welcher um halb 7 Uhr durch einen Schuß auf die feindliche Infanterielinie die Schlacht eröffnete. Der Feind zog sich zurück und verschwand im Walde.

Nach einer kurzen Pause richtete der 32pfünder sein Feuer auf eine weit entlegene feindliche Batterie, erhielt aber keine Antwort. Die beiden Brigaden wurden dann zum Vorrücken beordert, und die Brigade Keyes nahm ihre Stelle ein. Schenck drang etwa eine Meile vor, gerieth dann aber in ein so heftiges Artillerie- und Infanteriefeuer, daß er sich nach einem halbstündigen Gefecht durch die Vorstellungen seiner Regimentskommandeure bestimmen ließ, langsam wieder bis in seine erste Stellung zurückzugehen.

Die Brigade Sherman kam bald in das Artilleriefeuer des Feindes hinein, ließ sich aber dadurch nicht irre machen, sondern drang langsam, aber stetig nach vorwärts und rechts vor und vertrieb die feindliche Artillerie aus zweien ihrer am weitesten vorgeschobenen verschanzten Stellungen. Die Brigade Keyes wurde einige Zeit später der Brigade Sherman zur Unterstützung nachgeschickt. Das Gefecht gerieth dann auf diesem Punkt einstweilen in's Stocken. Der Angreifer wollte das Vorrücken des rechten Flügels abwarten, und der Vertheidiger verhielt sich ganz ruhig.

Zwischen 10 und 11 Uhr erhielt die Brigade Schenck Befehl, wieder vorzugehen. Sie kam jedoch nicht weiter, als bei ihrem ersten Vorrücken, und drehte vor dem feindlichen Feuer wieder um. Sie blieb dann an der Straße stehen, wo sie die Stelle der Brigade Keyes einnahm und zur Sicherung des Ueberganges über den Bull's Run diente.

Richardson kam zwischen 8 und 9 Uhr auf der rechten Flanke der feindlichen Stellung, am Ufer des Bull's Run, an und machte sich durch eine lebhafte Kanonade bemerkbar. Der Feind nahm indeß gar keine Notiz von ihm, sondern ließ ihn ruhig seine Munition verknallen, ohne ihn einer Antwort zu würdigen. Einen Versuch, den Bach zu überschreiten, um seiner Demonstration ein ernstlicheres Ansehen zu geben, scheint er nicht gemacht zu haben; er beschränkte sich darauf, seine Kanonade bis zum Nachmittag langsam fortzusetzen.

Hunter und Heintzelman hatten einen mühseligen und langwierigen Marsch. Die Mannschaft hatte größtentheils nicht gefrühstückt und in der vorhergehenden Nacht nur wenig geschlafen. Dazu kam, daß der Tag sehr heiß wurde und eine drückende Schwüle sich über den Wald lagerte, durch welchen der größere Theil des Weges führte. Die lange Kolonne brauchte in Folge

dessen über 8 Stunden, um die 14 Meilen bis zum Schlachtfelde zurückzulegen. Um 10 Uhr kam General McDowell von der Division Tyler herüber und forderte die an der Spitze marschirende Brigade Burnside der Division Hunter auf, ihren Marsch zu beschleunigen. Die Leute thaten, was sie konnten, und kamen um halb 11 Uhr auf einer größeren Lichtung im Angesicht des Feindes an, der sie mit Kanonen- und Flintenfeuer empfing. Unter diesem Feuer marschirten die 4 Regimenter der Brigade Burnside, das 1. und 2. Rhode-Islander, das 71. New-Yorker und 2. New-Hampshirer, eine Rhode-Islander Milizbatterie und 2 Haubitzen, welche das 71. New-Yorker mit sich führte, auf. Daß es hier ziemlich heiß herging, kann man daraus abnehmen, daß der Divisionskommandeur, Oberst Hunter, gleich zu Anfang des Gefechts durch einen Flintenschuß in den Hals so schwer verwundet wurde, daß er vom Schlachtfelde fortgetragen werden mußte, während der Brigadekommandeur, Oberst Burnside, und der Gouverneur Sprague von Rhode-Island, der die Regimenter seines Staates als Volontär begleitete, ihre Pferde durch Kanonenkugeln verloren. Die feindliche Batterie, welche der Brigade den meisten Schaden zufügte, wurde durch die Milizbatterie und die beiden Haubitzen zum Schweigen gebracht. Das 71. New-Yorker Regiment stand auf einem Hügel und hatte rechts vor sich einen Waldstreifen. Aus diesem Walde brach plötzlich ein feindliches Infanterieregiment hervor und rückte gegen die New-Yorker an. Diese warteten jedoch den Angriff nicht stehenden Fußes ab, sondern gingen dem Feinde entgegen, gaben ihm eine Salve und stürzten dann im Laufschritt auf ihn los. Der Feind machte Halt, blieb einen Augenblick stehen und eilte dann in den schützenden Wald zurück. Weiter ist von dem Gefecht dieser Brigade nichts bekannt. Oberst Burnside, der keinen Feind mehr vor sich sah, ließ die Brigade bis an den Saum des Waldes, aus dem sie auf ihrem Anmarsch hervorgekommen war, zurückgehen und die erschöpfte Mannschaft im Schatten rasten.

Die Brigade Porter der Division Hunter, bestehend aus dem 8., 14. und 27. New-Yorker Miliz- und einem regulären Infanterieregiment, 2 Batterieen und 5 Kavalleriekompagnieen, wurde rechts von der Brigade Burnside herausgezogen und kam eine halbe Stunde später, als diese, in's Gefecht. Sie warf zuerst,

das 14. Regiment voran, eine Abtheilung feindlicher Infanterie aus einem Stück Wald heraus und drang dann gegen eine Batterie vor, durch deren Feuer sie jedoch zurückgetrieben wurde. Nachdem sie wieder gesammelt und geordnet worden war, machte sie einen zweiten und einige Zeit später noch einen dritten Angriff, hatte aber keinen besseren Erfolg, als bei dem ersten, worauf sie sich neben die Brigade Burnside zurückzog und ebenfalls rastete, wie diese.

Den äußersten rechten Flügel des Angriffs bildete die Brigade Wilcox von der Division Heintzelman, welche aus dem 1. Michigan, dem 11. (Feuerzuaven) und 38. New-Yorker Regiment und einer Batterie bestand. Sie kam erst zwischen 11 und 12 Uhr in's Gefecht, nachdem sie die letzten 2 Meilen ihres Weges im Laufschritt zurückgelegt hatte. Ihren Aufmarsch mußte sie ebenfalls unter einem heftigen Artilleriefeuer bewerkstelligen. Dieses Feuer brachte einige Verwirrung hervor, welche ein feindlicher Kavallerietrupp von nur 70 Mann zum Einhauen zu benutzen suchte. Die Ordnung wurde jedoch rasch wieder hergestellt und die Kavallerie mit einem so heftigen Feuer empfangen, daß von den 70 Mann keine 10 zurückkamen. Oberst Heintzelman, der gleich zu Anfang des Gefechts verwundet worden war, aber auf dem Schlachtfelde blieb, so lange er sich auf dem Pferde halten konnte, befahl den beiden New-Yorker Regimentern, den Wald, den sie vor sich hatten, mit dem Bajonnet zu säubern. Mit lautem Hurrah stürzten sie im Laufschritt auf den Wald los, kamen aber durch das Artilleriefeuer, dem sie auf dem ganzen Wege bis zum Walde ausgesetzt waren, so in's Schwanken, daß es der größten Anstrengungen der Offiziere bedurfte, um die Reihen wieder zu ordnen und vorwärts zu bringen. Sie drangen in den Wald ein und stießen in einer Lichtung auf mehrere feindliche Regimenter, von denen sie mit einer vollen Salve begrüßt wurden. Sie stutzten, erwiederten das Feuer, kehrten nach Austausch einiger weiteren Salven um und eilten in Unordnung bis in ihre erste Stellung zurück. Dies war gegen 2 Uhr Nachmittags.

Die Brigaden Franklin und Howard von der Division Heintzelman blieben Anfangs in Reserve, nahmen aber später Theil am Kampfe. Jede nähere Angabe über die Art und Weise ihrer Theilnahme fehlt jedoch.

Als die ersten Kanonenschüsse von der Division Hunter er-

schallten, setzte sich die Brigade Sherman von der Division Tyler wieder in Bewegung und rückte immer weiter rechts, an den rastenden Brigaden vorüber, bis auf den äußersten rechten Flügel. Dort angekommen, griff sie die feindlichen Truppen an, welche die beiden New-Yorker Regimenter der Brigade Wilcox zurückgeworfen hatten, und trieb sie aus ihrer Stellung. Bei dieser Gelegenheit wurde dem 69. Regiment seine Fahne entrissen, was eine Kompagnie der in der Nähe stehenden New-Yorker Feuerzuaven zufällig bemerkte. Rasch entschlossen eilte die Kompagnie dem Feinde nach, stürzte sich auf ihn und entriß ihm die Fahne wieder.

Diese Bruchstücke bilden so ziemlich Alles, was bis jetzt über den Hergang der Schlacht bis zum Rückzuge und zur Flucht der Bundestruppen bekannt ist und als einigermaßen zuverlässig angesehen werden kann. Im Laufe des Nachmittags, bis gegen vier, fünf Uhr hin, wurde noch an manchen Punkten gekämpft; aber jede klare und bestimmte Nachricht darüber fehlt, was wohl hauptsächlich darin seinen Grund hat, daß in den Divisionen, Brigaden und Regimentern ein entsetzliches Durcheinander herrschte. So viel scheint gewiß zu sein, daß gegen 4 Uhr die Schlacht vollständig in's Stocken gekommen war, und daß zwischen 4 und 5 die Rebellen plötzlich aus allen ihren Batterieen wieder ein heftiges Feuer eröffneten, während zugleich auf ihrer linken Flanke weit von hinten her starke Reserven vorrückten.

Die Truppen waren hungrig und abgemattet. Die geringen Erfolge, welche sie errungen hatten, der gänzliche Mangel an ordentlicher Führung, welcher sich bei den meisten Regimentern und Brigaden fühlbar gemacht, die Kopflosigkeit vieler höhern und niedern Offiziere, die augenscheinliche Abwesenheit eines einsichtsvollen und energischen Oberbefehls — alles das war durchaus nicht geeignet, ihnen Vertrauen, Muth und Begeisterung einzuflößen; es ist deßhalb ganz natürlich, daß sich bei der Wiedereröffnung des feindlichen Feuers und bei dem Sichtbarwerden der starken Reserven, welche auf der linken Flanke des Feindes vorrückten, jedem Soldaten das niederdrückende Gefühl sich aufdrängen mußte, daß die Schlacht verloren sei. Die Brigade Sherman, welche das Meiste auf dem Schlachtfelde geleistet hatte, zog sich am ersten zurück. Sie passirte bei der Brigade Schenck und ging über die Brücke der Hauptstraße. Die Brigade Schenck

war die nächste, welche ihr folgte. In dem Augenblick, als diese ihren Abmarsch antreten wollte, wurde sie von einem feindlichen Kavallerieregiment angegriffen, schlug dasselbe jedoch zurück. Dieser Angriff diente dazu, den Rückzug der übrigen Brigaden zu beschleunigen, welche alle ihren Weg nach der einen Brücke hinnahmen, über welche die ersten Brigaden gegangen waren. Abgesehen davon, daß die Truppentheile ziemlich durcheinander gewürfelt waren, ging der Rückzug in leidlicher Ordnung vor sich. Als jedoch die Munitionswagen einer der regulären Batterieen, welche zurückgeschickt wurden, um Munition zu holen, im Gallop rücksichtslos in die Regimenter hineinfuhren, um sich einen Weg zu bahnen, entstand eine grenzenlose Verwirrung.

Unglücklicherweise war ein Theil der Bagagewagen, die ursprünglich in der Nähe von Centreville aufgestellt waren, auf die Nachricht hin, daß die Truppen im siegreichen Vorrücken seien, der Armee bis in die Nähe des Schlachtfeldes nachgerückt und versperrte jetzt den Weg. Die Verwirrung, welche zunächst die Munitionswagen unter den Truppen angerichtet hatten, theilte sich den Bagagewagen mit, ging dann auf die Hunderte und Tausende von Zuschauern, welche zu Wagen, zu Pferde und zu Fuß von Washington gekommen waren, um sich die Schlacht anzusehen, und endlich auf den größten Theil der Armee über. Ein panischer Schrecken ergriff die Regimenter, und bald war Alles, ohne das geringste Zuthun des Feindes, in wilde Flucht aufgelöst. Viele warfen Gewehre, Tornister, Patrontaschen, Wolldecken fort, um schneller laufen zu können. Kanonen und Wagen wurden in der Hast umgeworfen und zerbrochen und mußten stehen bleiben; viele blieben auch stehen, weil die Fuhrleute die Pferde abspannten, um rascher fortzukommen.

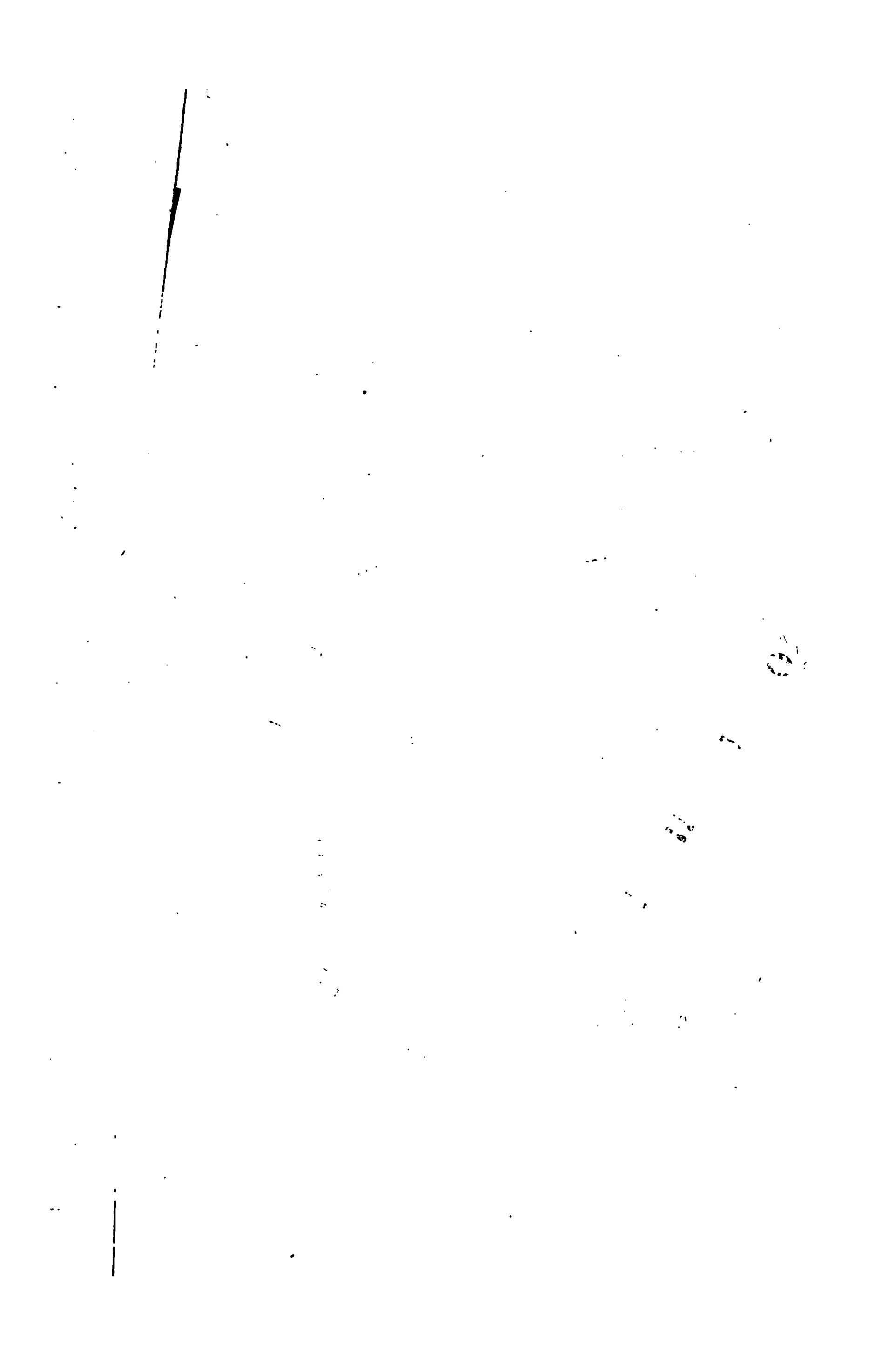
Nur wenige Regimenter hielten zusammen. Die Brigade Burnside und einige Regimenter der Brigade Porter verließen zwar in Ordnung das Schlachtfeld, wurden aber mit in den Strom hineingerissen, als sie bis zur Brücke kamen. Nur das Regiment regulärer Infanterie wurde nicht in die Flucht verwickelt, sondern ließ Alles an sich vorüber passiren und hielt bis am späten Abend auf dem Schlachtfeld Stand. Von der Reservedivision wurden einige Regimenter der Brigade Davies, wie es scheint, nach dem links von Centreville führenden Wege geschickt,

um den Rückzug der Brigade Richardson zu decken und eine Verfolgung von der Seite her zu verhindern. Das 32. New-Yorker, dem sich das 1. Massachusettser und das frisch von Alexandria angekommene deutsche De Kalb-Regiment angeschlossen hatten, sicherte hier den Rückzug. Auf der Hauptstraße von Centreville waren es die 4 Regimenter der deutschen Brigade Blenker, welche durch ihre feste Haltung die Armee vor der Vernichtung retteten. Die Brigade nahm eine Stellung zu beiden Seiten der Straße und blieb dort stehen, bis der letzte Mann vorüber war. Sie sah vom Feinde nichts, als eine Schwadron Kavallerie, welche nach Einbruch der Dunkelheit einen Angriff versuchte, aber durch eine einzige Salve des 8. Regiments zurückgetrieben wurde. Es war 11 Uhr Nachts, als die Brigade abmarschirte und sich langsam gegen Fairfax-Courthouse zurückzog. Sie nahm eine stehen gebliebene Batterie mit und brach, um dem Feinde die Verfolgung zu erschweren, mehrere Brücken hinter sich ab.

Der Verlust der Bundestruppen in der Schlacht von Bull's Run belief sich auf 480 Todte, 1000 Verwundete, 1200 Vermißte (fast alle gefangen), 20 Kanonen, 2500 Gewehre, eine Anzahl Wagen u. s. w. Die Rebellen büßten an Todten und Verwundeten wahrscheinlich eben so viel, vielleicht auch mehr ein, als die Bundestruppen; ihre eigenen Angaben wenigstens sind höher. Auf beiden Seiten waren unter den Todten und Verwundeten unverhältnißmäßig viel höhere Offiziere; ein Beweis, daß es diesen Leuten, wenn es ihnen auch an militärischen Kenntnissen und Fähigkeiten gebrach, doch wenigstens nicht an Tapferkeit fehlte.

Weßhalb General Mc Dowell seine Reserve nicht in's Gefecht gezogen hat, ist nicht aufgeklärt; wahrscheinlich jedoch aus demselben Grunde, aus welchem er die ganze Division Runyon gar nicht auf's Schlachtfeld brachte, sondern viele Meilen weit zurückließ.

Unzureichende Streitkräfte der starken feindlichen Stellung gegenüber und schlechte Führung, von den höchsten bis zu den niedrigsten Kommandostellen, waren die Hauptursachen, weßhalb die Bundestruppen, man kann nicht sagen: geschlagen wurden, sondern nicht siegten. Mangel an Kommando und an Disciplin führten zu dem panischen Schrecken und der wilden Flucht.






3 2044 010 409 407

